

BETEILIGUNGSBERICHT 2020

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Foto Titelseite:

Copyright: Stadtwerke Halle GmbH

Redaktionsschluss: 8. September 2021

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2020	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2020 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019	39
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018	42

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	45
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	50
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	55
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	56
	Stadtwerke Halle GmbH	57
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	78
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	79
	A/V/E GmbH	93
	Cives Dienste GmbH	99
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	109
	EGE-B Verwaltung GmbH	120
	EGE-P Verwaltung GmbH	125
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	130
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	139
	EVH GmbH	150
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	168
	EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	174
	EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	180
	EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	186
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	192
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	198
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	203
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	214
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	242
	IT-Consult Halle GmbH	250
	RAB Halle GmbH	266
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	276

SHS Energiedienste GmbH	284
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	290
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	295
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	302
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	307
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	318

3.3 VERKEHR **330**

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	331
Hallesche Verkehrs-AG	339
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	357
Servicegesellschaft Saale mbH	369

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT **378**

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	379
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	384
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	395
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	419

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG **422**

Bio-Zentrum Halle GmbH	423
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	440
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	446
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	453
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	460
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	471

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	489
	Bäder Halle GmbH	490
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	502
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	512
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	522
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	541
	Maya mare GmbH & Co. KG	547
	Oelhufe-Zeysesche-Stiftung	559
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	563
	Serva GmbH	575
	Stadion Halle Betriebs GmbH	578
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	583
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	586
3.7	KULTUR	590
	Stiftung Händel-Haus	591
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	598
	Zoologischer Garten Halle GmbH	612
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	623
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	624
	Saalesparkasse	632

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Bürgermeisters

Die kommunalen Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) waren im Jahr 2020 unvermeidlich auch von den negativen Auswirkungen der weltweiten Pandemie betroffen. Dennoch konnte in diesem schwierigen Jahr viel Positives erreicht werden.

Im Programm STADTBAHN Halle zur nachhaltigen Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur wurde der Bauabschnitt Merseburger Straße Nord als erster von drei Bauabschnitten der Merseburger Straße fertiggestellt und im Mai 2020 für den Verkehr freigegeben.

Die EVH GmbH fördert den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien im Rahmen der Energie-Initiative Halle (Saale). Dabei können sich Bürgerinnen und Bürger direkt an Photovoltaikanlagen der EVH beteiligen und haben so die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zu leisten, um die Stadt sowie die Region ökologischer zu gestalten.



Mit dem neuen Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße 11 hat die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH ihre größte Neubauinvestition seit über 30 Jahren realisiert. Das architektonisch anspruchsvolle Gebäude ist nunmehr ein prägender Teil des Riebeckplatzes, dem Eingangstor zur historischen Innenstadt von Halle (Saale).

Im Mitteldeutschen Multimediazentrum, einem modernen Existenzgründerzentrum für die Medien- und Kreativwirtschaft, konnten der Hochwasserschutz, die Errichtung der neuen Postproduktions- und Veranstaltungsräume sowie die Schaffung weiterer Gewerbeflächen im Kubusaufbau abgeschlossen werden.

Nicht zuletzt können die Sehenswürdigkeiten unserer schönen Stadt seit dem Jahr 2020 mit dem Touristenbus Halle*Hopper entdeckt werden, mit dem die Stadtmarketing Halle GmbH ihre touristischen Angebote um Stadtrundfahrten ergänzt.

Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten der städtischen Beteiligungen, den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien für ihren Einsatz und die erbrachten Leistungen, insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen des Jahres 2020. Für die jederzeit kompetente Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten danke ich der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

Halle (Saale), im August 2021


Egbert Geier
Bürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2020 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen sowie 50 Kapital- und Personengesellschaften und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 59 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen über 7.000 Mitarbeitenden und rund 260 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2020 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2019 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

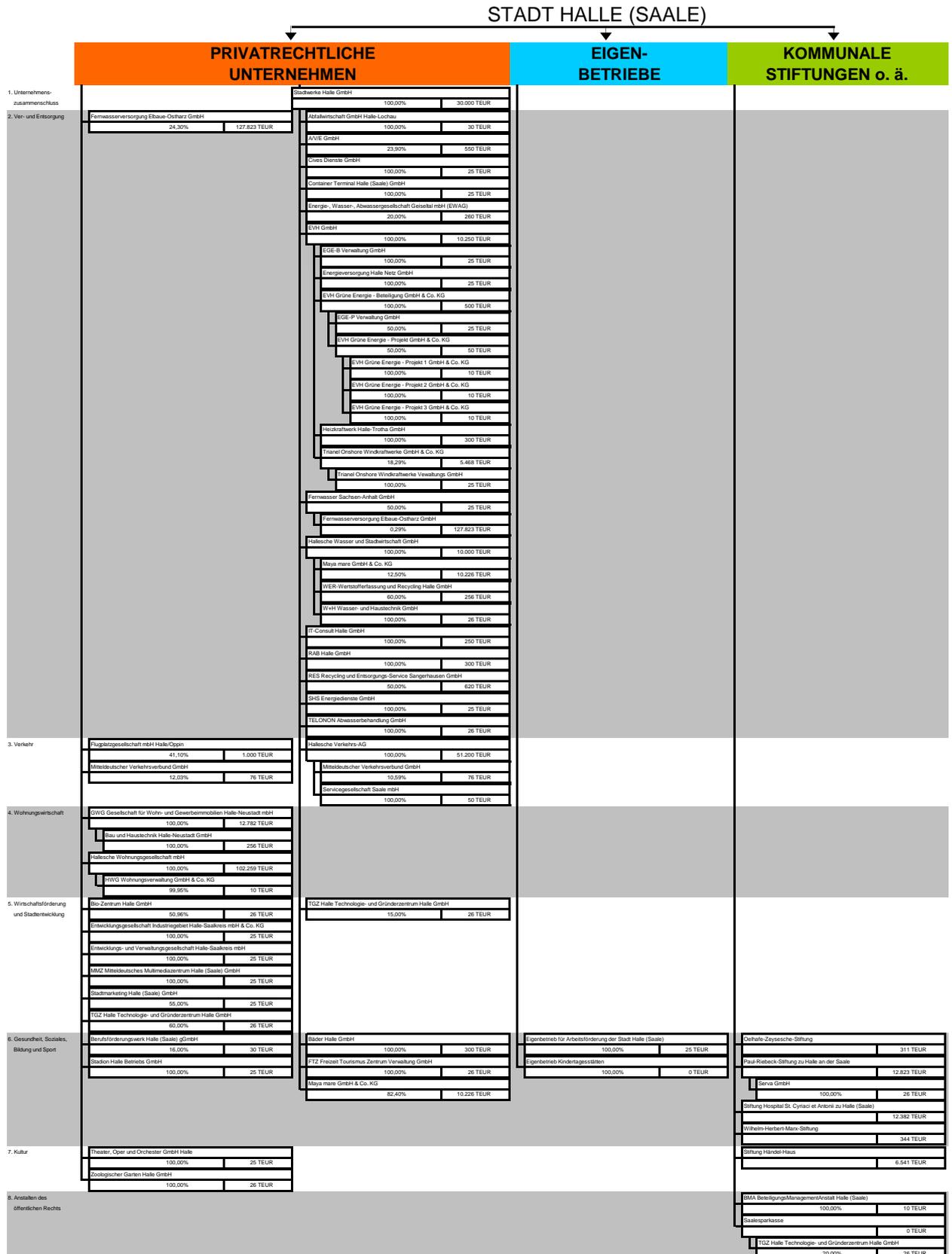
Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2020



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	25	50,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	50	50,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	24,44
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	76	22,62
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH	300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
Serva GmbH	26	100,00
Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	

7. KULTUR

Stiftung Händel-Haus	6.541	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2019 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Berichtsjahr 2020 sämtliche Anteile an der Cives Dienste GmbH von der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH erworben.

Die EVH GmbH hat die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG und die EGE-B Verwaltung GmbH gegründet.

Die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG hat gemeinsam mit einem strategischen Partner die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG und die EGE-P Verwaltung GmbH gegründet.

Die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG ist Kommanditistin der ebenfalls neu gegründeten EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG und der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2020 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 16 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen wirtschaftlich erbracht werden.

Die Balance zwischen einem effektiven Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) bei der Steuerung ihrer Beteiligungen. Mit Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben in einer hohen Qualität erbringen sowie an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden / Bürgerinnen und Bürger ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine moderne und kosteneffiziente Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Gewährleistung von Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen und ökologischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung einer **hohen Lebensqualität** und **Wirtschaftsattraktivität**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** durch eine erfolgreiche und zugleich nachhaltige Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Mit dieser Zielsetzung übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird damit eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** gegeben.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios und dessen Steuerung zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungsstrategie.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2020 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2020 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Angaben in TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.20)	Stand Bürg- schaften (31.12.20)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	1.730					1.941	11.035			
Stadtwerke Halle GmbH	1.730 ¹⁾					1.941 ²⁾	11.035 ³⁾			
2. VER- UND ENTSORGUNG		86				9.367		8.226		
Abfallwirtschaft GmbH Halle- Lochau							(141 ³⁾)			
A/V/E GmbH							(53 ³⁾)			
Cives Dienste GmbH							(32 ³⁾)			
Container Terminal Halle (Saale) GmbH							(24 ³⁾)			
EGE-B Verwaltung GmbH										
EGE-P Verwaltung GmbH										

¹⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.730 TEUR)

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (1.513 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.20)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.20)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Energieversorgung Halle Netz GmbH						(301 ³⁾)			
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)						(100 ³⁾)			
EVH GmbH		86				(23.497 ³⁾)		7.809 ⁴⁾	
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG									
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG									
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG									
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG									
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG									

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.509 TEUR für Strom und Gas sowie 300 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 34 TEUR höherer Aufwand von insgesamt 7.843 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.079 TEUR) und Gas (464 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (300 TEUR) gemäß Jahresabschluss 2020.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.20)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.20)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(562 ³⁾)			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH					9.367	(10.726 ³⁾)		417 ⁵⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH						(1.064 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH						(1.717 ³⁾)			
RAB Halle GmbH						(314 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(160 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH ⁶⁾						(50 ³⁾)			
TELONON Abwasserbehandlung GmbH									
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(316 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2019, die in 2020 an die Stadt gezahlt worden ist.

⁶⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.20)	Stand Bürg- schaften (31.12.20)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

Trianel Onshore Windkraftwerke
Verwaltungs GmbH

WER-Wertstofffassung und
Recycling Halle GmbH

W + H Wasser- und Haustechnik
GmbH

3. VERKEHR

4.614

5.302

556

23

Flugplatzgesellschaft mbH
Halle/Oppin

Hallesche Verkehrs-AG

Mitteldeutscher Verkehrsverbund
GmbH

Servicegesellschaft Saale mbH

23³⁾

3.300⁷⁾

5.302⁸⁾

556

(2.062³⁾)

1.314

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.300 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (2.155 TEUR) sowie Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

⁸⁾ Mittel aus Billigkeitsleistungen zur Kompensation von Schäden durch die COVID-19-Pandemie für die Phase 1 im Zeitraum März bis August 2020 (3.180 TEUR) und für die Phase 2 im Zeitraum September bis Dezember 2020 (1.877 TEUR) sowie Zahlungen zum Ausgleich von Aufwendungen für Infektionsschutzmaßnahmen (245 TEUR)

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.20)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.20)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT							56.282	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(190 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							5.411 ⁹⁾	2.000 ⁹⁾		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH							50.871 ¹⁰⁾	5.000 ¹⁰⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Bilanzgewinn 2019 in Summe 7.411 TEUR, aus Jahresüberschuss 2019 (6.473 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 938 TEUR

¹⁰⁾ Bilanzgewinn 2019 in Summe 55.871 TEUR, aus Jahresüberschuss 2019 (15.771 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.577 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 41.677 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.20)	Stand Bürg- schaften (31.12.20)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.519			457		547	8.661		43
-----------	--	--------------	--	--	------------	--	------------	--------------	--	-----------

Bio-Zentrum Halle GmbH										
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG							494 ³⁾	8.661 ¹¹⁾		
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							21 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					457					43
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.519 ¹²⁾						32 ³⁾			
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹¹⁾ Entnahme aus der Kapitalrücklage

¹²⁾ davon 350 TEUR für Projekt Standortmarketing und 8 TEUR Zuschuss aus dem Investitionsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.20)	Stand Bürg- schaften (31.12.20)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	53.526	12.838		500	363	8.428	677			82
Bäder Halle GmbH	4.886 ¹³⁾						(1 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.639									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	46.131	12.838 ¹⁴⁾					677 ³⁾			
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					363	4.937				82

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹³⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.933 TEUR (netto) zzgl. 197 TEUR USt.

Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 756 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH für Maßnahmen zur Sanierung der Elektroinstallationen im Stadtbad.

[Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2020 für das Jahr 2019 in Höhe von 15 TEUR (brutto).]

¹⁴⁾ davon für Kindertagesstätten „Stadtzwerge“ (965 TEUR), „Albrecht-Dürer-Straße“ (6.478 TEUR), „Kinderinsel“ (1.210 TEUR), „Traumland/Sausewind“ (537 TEUR), „Am Breiten Pfuhl/Einstein“ (410 TEUR), „Tabaluga/Fuchs und Elster“ (286 TEUR) und für Neubau Hort/Kita (Ausweich) „Silberhöhe“ (2.952 TEUR)

Transfer- *Investi-* *Kapital-* *Sonstige* *Stand* *Stand* *nicht* *Gewinn-* *Kon-* *Rück-*
aufwen- *tions-* *zuführung* *Zahlungen* *Darlehen* *Bürg-* *ausge-* *abführung* *zessions-* *zahlung*
dungen *zuschüsse* *(31.12.20)* *schaften* *schüttete* *o.ä.* *abgaben* *von*
 (31.12.20) *Gewinne* *Darlehen*

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁵⁾						
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.491				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR 44.182 256 711

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle **	39.199 ¹⁶⁾						287 ³⁾			
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256					424 ³⁾			

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Berichts nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁵⁾ Pacht Erdgas Sportpark (Zahlung an Stadt)

¹⁶⁾ davon Zuschuss Liquidität (995 TEUR) und Dynamisierung (2.150 TEUR) sowie für Abfindungen (2.976 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.20)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.20)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		1.054						51		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.054						51 ¹⁷⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	106.625	13.180		4.802	820	20.292	69.326	15.661	8.226	125

¹⁷⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	9.919	8.653	16.458	623.759	483.825	60.761	255.505	41,0	89	4
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.055	7.576	-448	59.887	7.395	7	3.876	6,5	38	0
A//E GmbH	18.792	18.566	268	6.974	574	137	2.022	29,0	287	13
Cives Dienste GmbH	663	662	43	108	2	2	25	23,2	13	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.374	16.036	49	2.532	665	501	290	11,4	72	0
EGE-B Verwaltung GmbH	12	12	0	30	0	0	25	83,5	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	15	15	2	33	0	0	27	81,7	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	118.088	115.580	302	18.443	10.500	1.915	7.954	43,1	260	37
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.071	5.854	323	6.285	4.719	545	3.118	49,6	56	0
EVH GmbH	535.591	495.805	36.352	483.904	358.692	58.214	105.028	21,7	292	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	0	0	314	7.675	6.538	6.538	5.500	71,7	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.412	54	968	22.634	18.754	18.869	3.410	15,1	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	487	38	285	12.388	11.526	11.592	4.610	37,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	27	3	-31	5.944	2.112	2.119	3.479	58,5	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	7	7	747	14.763	11.530	11.530	13.050	88,4	0	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-12	16	0	0	3	18,7	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	51.243	47.731	2.997	167.134	157.420	14.089	127.791	76,5	216	6
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.666	119.921	11.502	563.190	530.313	24.432	90.028	16,0	555	24

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	12.093	12.079	-2.034	21.089	14.949	2.600	8.892	42,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.747	32.724	1.580	8.520	3.555	816	522	6,1	246	5
RAB Halle GmbH	8.545	8.494	354	4.211	2.823	1.395	1.708	40,6	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.654	5.588	212	4.526	1.787	945	4.047	89,4	52	3
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	4.489	4.489	101	6.161	5.401	679	2.025	32,9	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	1	0	-6	32	0	0	26	79,4	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.303	1.213	1.243	47.135	43.540	111	46.602	98,9	9	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	50	0	20	256	0	0	236	92,3	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	228	217	9	543	0	0	489	90,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.780	4.708	254	1.046	220	88	225	21,5	56	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***	767	669	89	2.003	1.638	13	1.616	80,7	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	94.148	51.585	2.231	300.076	278.013	19.795	83.583	27,9	740	40
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	5.311	1.126	0	2.750	808	188	477	17,4	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.717	5.455	62	825	172	83	209	25,3	144	5
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.220	3.233	196	1.093	76	17	526	48,1	33	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	52.190	50.320	6.095	346.786	316.901	18.513 ²⁾	186.922	53,9	114	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	98.610	89.405	13.184	664.794	593.653	21.504	309.061	46,5	257	8
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.573	3.570	0	64.300	64.288	0	10	0,0	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien.
Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.973	1.885	-18	8.117	6.487	1.006	6.724	82,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle- Saalkreis mbH & Co. KG*	3.441	1.923	198	14.628	0	0	14.149	96,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	857	844	15	413	13	0	151	36,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.391	747	-125	22.010	20.693	3.538	1.117	5,1	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.378	817	-38	346	52	37	121	34,9	36	4
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.889	4.648	10	24.399	20.668	2.113	14.337	58,8	15	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.856	5.370	3	12.689	10.504	36	6.849	54,0	46	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.881	7.247	782	15.279	11.386	367	7.751	50,7	68	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	52.961	50.635	-1.043	61.746	54.236	16.230	20.106	32,6	1014	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	63	0	0	57	90,6	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	6.971	3.852	0	7.181	6.109	343	3.516	49,0	124	5
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	579	311	0	579	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	29.365	28.810	1.534	59.070	53.707	1.255	21.163	35,8	442	36
Serva GmbH	3.448	3.397	-44	334	7	6	81	24,2	98	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.821	1.821	1	729	79	51	27	3,6	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.240	9.630	-99	28.892	26.998	257	18.158	62,8	119	11
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	7	546	344	0	546	100,0	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

**Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.528	56	-33	10.926	8.537	426	9.965	91,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**										
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.649	4.090	290	20.316	18.493	1.124	6.840	33,7	79	2
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.044	0	12	718	168	10	285	39,7	9	0
Saalesparkasse	127.517 ¹⁾	0	57.887 ²⁾	5.348.052	107.253	30.863	211.228	3,9	631	39

**Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	11.493	8.069	11.035	551.352	455.457	117.059	239.047	43,4	86	9
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.710	7.797	141	59.036	7.394	1	4.323	7,3	37	0
A/V/E GmbH	19.693	19.434	221	7.249	593	227	1.975	27,2	298	14
Cives Dienste GmbH	602	602	32	103	1	2	25	24,2	12	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.607	16.497	24	3.205	322	96	290	9,0	69	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.492	111.011	301	16.276	9.906	1.170	7.954	48,9	260	35
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.616	6.379	499	6.460	4.667	619	3.096	47,9	59	0
EVH GmbH	443.695	434.480	23.497	448.449	345.968	69.898	101.628	22,7	287	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-11	23	0	0	15	62,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.157	44.502	2.299	162.488	152.885	14.124	124.794	76,8	213	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.283	118.859	10.726	565.699	528.044	23.847	90.029	15,9	560	25
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	21.989	21.858	1.064	19.715	13.137	7.725	10.926	55,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	34.067	32.284	1.717	11.023	3.485	682	522	4,7	244	3
RAB Halle GmbH	8.107	8.030	349	3.416	1.914	221	1.708	50,0	9	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.957	4.916	319	4.353	1.630	829	3.949	90,7	53	1
SHS Energiedienste GmbH	2.203	2.203	50	5.624	5.155	5.377	2.025	36,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2	0	-12	32	0	0	26	80,6	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.105	1.084	1.722	51.404	47.372	4	50.781	98,8	3	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	11	0	2	55	0	0	51	93,2	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	167	154	9	518	0	0	480	92,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.714	4.657	346	1.158	213	77	225	19,4	55	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	760	739	55	1.975	1.721	11	1.527	77,4	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	93.459	58.789	2.062	315.694	288.228	35.177	83.583	26,5	745	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	5.562	971	0	2.938	885	422	477	16,2	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.079	4.648	-1	698	180	116	147	21,0	141	4
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.396	3.329	190	1.046	105	23	526	50,3	32	2
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.791	49.801	6.473	342.103	315.498	22.705 ¹⁾	182.827	53,4	111	5
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.237	90.121	15.771	648.055	584.331	32.521	300.877	46,4	251	9
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.949	3.949	0	65.539	65.527	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.779	1.807	-121	8.652	6.049	9	6.742	77,9	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.507	4.214	494	22.912	0	0	22.612	98,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	904	891	21	309	39	4	137	44,2	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.271	644	-102	18.936	17.839	5.540	1.241	6,6	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.972	1.390	58	480	35	26	159	33,2	34	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.433	4.374	-269	26.055	20.281	31	14.327	55,0	14	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2019

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.757	5.465	1	13.311	11.250	115	6.846	51,4	53	5
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.766	7.129	845	14.935	11.810	514	6.969	46,7	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	5.019	1.785	0	10.993	49	35	37	0,3	289	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	53.542	51.424	677	47.922	39.756	4.774	21.149	44,1	964	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	63	0	0	56	89,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	8.736	6.453	0	8.411	7.010	999	3.517	41,8	135	5
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	19	0	5	573	311	0	573	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26.720	25.953	743	58.360	54.631	4.412	19.628	33,6	421	29
Serva GmbH	3.360	3.343	6	285	11	0	81	28,3	97	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.802	1.801	-1	926	48	0	26	2,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	9.957	9.063	467	29.383	27.591	163	18.257	62,1	114	10
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	4	540	344	0	540	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.703	106	-160	10.635	8.353	188	9.993	94,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.999	3.451	287	26.661	22.586	509	22.026	82,6	478	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.734	4.830	424	21.321	19.235	1.009	6.550	30,7	82	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.071	0	51	686	168	12	273	39,8	9	0
Saalesparkasse	129.178 ¹⁾	0	2.098 ²⁾	4.887.487	88.216	30.008	209.140	4,3	649	35

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	13.365	8.090	11.507	460.692	362.772	94.809	228.011	49,5	89	11
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.927	7.779	-793	58.322	7.454	0	4.182	7,2	38	0
A/V/E GmbH	21.123	20.735	-1.604	7.764	566	447	1.754	22,6	344	13
Cives Dienste GmbH	662	661	-6	74	0	0	25	34,0	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	14.888	14.622	-1.791	5.469	354	96	290	5,3	65	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	108.580	107.402	300	19.903	10.120	1.957 ¹⁾	7.954	40,0	266	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.045	5.914	427	5.957	4.599	497	2.881	48,4	58	0
EVH GmbH	427.633	421.458	21.394	385.069	299.055	57.754 ¹⁾	98.228	25,5	281	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-36	29	0	0	6	19,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	53.182	49.700	2.382	158.171	147.923	14.158	122.495	77,4	212	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	132.430	124.507	10.341	558.285	525.871	35.735	90.033	16,1	545	28
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.289	25.207	824	17.708	7.479	221	9.862	55,7	0	0
IT-Consult Halle GmbH	30.884	30.362	2.228	12.704	3.592	867	522	4,1	238	3
RAB Halle GmbH	7.288	7.186	261	3.155	2.294	202	1.708	54,1	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.213	4.921	363	4.106	1.317	397	3.769	91,8	54	0
SHS Energiedienste GmbH	96	96	-29	45	0	0	25	56,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	4.189	4.189	18	772	0	0	26	3,3	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.056	1.019	555	52.278	50.176	26	51.613	98,7	3	0

¹⁾ inkl. Einlage des technischen Betriebsführungsgebäudes (818 TEUR) durch die EVH GmbH in die Energieversorgung Halle Netz GmbH

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	9	0	4	54	0	0	49	91,5	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	159	142	3	510	0	0	471	92,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.487	4.441	360	1.113	221	71	225	20,2	52	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	756	741	46	2.008	1.807	69	1.472	73,3	10	0
Hallesche Verkehrs-AG	91.268	59.667	10	306.749	286.288	38.966	83.583	27,2	735	38
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.671	967	0	2.416	682	83	461	19,1	41	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.819	3.633	14	516	131	96	147	28,6	106	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.261	3.095	197	1.050	114	40	526	50,1	31	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	51.262	49.917	5.862	342.965	309.373	24.565 ¹⁾	178.354	52,0	111	5
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	101.039	89.962	14.448	632.485	567.250	23.585	290.106	45,9	233	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.433	4.433	0	66.779	66.767	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.791	1.820	7	9.060	7.359	47	6.864	75,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	5.814	8.404	3.987	23.119	0	0	22.947	99,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	840	826	-10	212	62	17	116	54,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.550	536	-181	14.669	12.952	2.393	1.343	9,2	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.139	832	-36	529	34	24	101	19,2	27	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.478	4.564	22	27.245	21.989	128	14.596	53,6	11	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.771	5.532	2	14.017	11.935	825	6.845	48,8	48	4
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.372	6.853	652	14.840	12.096	218	6.124	41,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	7.062	8.813	0	8.115	30	12	37	0,5	374	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	48.307	45.332	30	44.832	37.557	2.613	20.320	45,3	943	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	66	0	0	55	83,4	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.788	5.799	0	8.117	7.132	203	3.517	43,3	138	6
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	19	0	3	568	311	0	568	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	23.808	23.316	754	55.675	52.243	1.814	18.885	33,9	400	24
Serva GmbH	3.103	3.073	1	293	19	5	81	27,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.859	1.852	2	1.225	121	40	27	2,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.692	8.556	-670	30.482	28.339	113 ¹⁾	17.790	58,4	110	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	6	535	344	0	535	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.610	109	-282	10.747	8.404	210	10.129	94,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.076	3.492	135	26.435	23.443	447	21.739	82,2	478	4
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.788	3.845	572	21.718	20.101	2.610	6.126	28,2	84	6
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.047	0	93	624	163	14	222	35,6	9	0
Saalesparkasse	138.266 ²⁾	0	10.348 ³⁾	4.670.167	61.165	8.992	207.043	4,4	677	33

¹⁾ Zugang zum Anlagevermögen (146 TEUR) abzgl. Umbuchung (33 TEUR)

²⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

³⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt**

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Mitarbeitenden gibt den Anteil eines Mitarbeitenden an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

** nicht zu berücksichtigen sind z. B. Vertretungsorgane, Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse; vgl. § 285 Nr. 7 HGB i. V. m. § 267 Abs. 5 HGB

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben den Löhnen und Gehältern sind soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung zu berücksichtigen. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag/Verlustvortrag und Jahresüberschuss/-fehlbetrag (bzw. Bilanzgewinn/-verlust). Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30.000	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	30.000 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias
	Arbeitsdirektor	Walther, René
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	König, Simona
		Berend, Stephanie
		Dr. Brock, Inés
		Dr. Meerheim, Bodo
		Eigendorf, Eric
Franke, Frank		

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Gellert, Beate
Mischke, Brita
Otto, Renate
Poppe, Susanne
Richter, Ulrich
Scholtyssek, Andreas
Sehrndt, Martin
Thielemann, Dirk
Wolter, Tom

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	447	404	408
Aufsichtsrat	29	30	30

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57

mittelbar

	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,21
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	182	0,14
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,02
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,02
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,16
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG	0	18,37

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hüfelfden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Wind und Solar Verwaltungs GmbH	0	0,03
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,08

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen	483.825	78	455.457	83	362.772	79	28.368	6
Umlaufvermögen	138.651	22	95.103	17	96.977	21	43.548	46
Rechnungsabgrenzungsposten	1.283	0	792	0	943	0	491	62

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	483.825	78	455.457	83	362.772	79	28.368	6
Umlaufvermögen	138.651	22	95.103	17	96.977	21	43.548	46
Rechnungsabgrenzungsposten	1.283	0	792	0	943	0	491	62

Bilanzsumme

623.759	100	551.352	100	460.692	100	72.407	13
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital	255.505	41	239.047	43	228.011	49	16.458	7
Sonderposten für Investitionszulagen	321	0	349	0	375	0	-28	-8
Rückstellungen	18.707	3	13.778	3	11.452	3	4.929	36
Verbindlichkeiten	348.073	56	297.494	54	220.044	48	50.579	17
Rechnungsabgrenzungsposten	1.153	0	684	0	810	0	469	69

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	255.505	41	239.047	43	228.011	49	16.458	7
Sonderposten für Investitionszulagen	321	0	349	0	375	0	-28	-8
Rückstellungen	18.707	3	13.778	3	11.452	3	4.929	36
Verbindlichkeiten	348.073	56	297.494	54	220.044	48	50.579	17
Rechnungsabgrenzungsposten	1.153	0	684	0	810	0	469	69

Bilanzsumme

623.759	100	551.352	100	460.692	100	72.407	13
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.653	8.069	8.090
sonstige betriebliche Erträge	1.266	3.424	5.275
Personalaufwand	6.792	6.966	7.016
Abschreibungen	1.443	1.429	2.202
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.740	10.138	8.590
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	52.211	38.391	34.253
Erträge aus Beteiligungen	234	129	86
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.932	2.294	2.286
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.827	1.944	2.526
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.683	18.996	18.005
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	6	12	1.820
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.446	3.211	3.292
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.483	2.418	-160
Ergebnis nach Steuern	16.530	11.081	11.751
sonstige Steuern	72	46	244
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.458	11.035	11.507

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	190,20	136,77	142,24	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,88	4,84	5,31	%
Cash-Flow:	36.584	31.460	31.714	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	111	134	150	T€
Personalaufwandsquote:	68,47	60,62	52,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,21	3,74	4,72	%
Eigenkapitalquote:	40,96	43,36	49,49	%
Fremdkapitalquote:	59,04	56,64	50,51	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden mathematisch exakt berechnet und summiert. Durch Summenbildung bzw. Aufrundungen der Angaben (TEUR bzw. %) können Rundungsdifferenzen entstehen.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Unter der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 35 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Betätigungen unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr, Hafen- und Containerterminalbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Beteiligungs-/Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) sowie Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

ENERGIE	WASSER & ENTSORGUNG	MOBILITÄT	SERVICES
<ul style="list-style-type: none"> ▶ EVH GmbH 100 % SWH • Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH • EGE-B Verwaltung GmbH 100 % EVH • EVH Grüne Energie Beteiligung GmbH & Co. KG Kommanditist: 100% EVH • EGE-P Verwaltung GmbH 50 % EVH Grüne Energie Bet. KG EVH Grüne Energie Projekt GmbH & Co. KG Kommanditist: 50 % EVH Grüne Energie • Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH • Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH • Meter1 Verwaltung GmbH 33 % EVH Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist: 33% EVH • Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH • Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co.KG Kommanditist 18,8 % EVH • Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG Kommanditist: 4,1% EVH • Trianel GmbH 1,57 % SWH • SHS Energiedienste GmbH 100 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH • Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH • RAB Halle GmbH 100 % SWH • TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH • Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS • Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH • RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Verkehrs-AG 100 % SWH • Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100 % SWH • Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,95 % HAVAG • beka GmbH 0,63 % HAVAG 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH • Bäder Halle GmbH 100 % SWH • FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS • W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS • Gives Dienste GmbH 100 % SWH • Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG • A/V/E GmbH 23,9 % SWH • TGZ - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15 % SWH
▶ Geschäftsfeldführungsgesellschaft • Tochterunternehmen/Beteiligungen			

Abbildung 1: Gruppenstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewebesteuer und Kapitalertragsteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratings simuliert werden können. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität der SWH-Gruppe anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft erfolgten im Geschäftsjahr nicht, die Geschäftsorganisation hat sich in personeller, organisatorischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht bewährt.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Im Geschäftsjahr erwarb die SWH-Holding sämtliche Anteile an der Cives Dienste GmbH (Cives) von der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Der Gewinnabführungsvertrag zwischen der Cives und der HWS wurde beendet und zugleich ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen Cives und SWH geschlossen.

In Verfolgung der strategischen Zielsetzung des weiteren Ausbaues erneuerbarer Energien gründete die EVH GmbH die „EVH Grüne Energie Beteiligung GmbH & Co. KG“. Diese gründete zusammen mit einem strategischen Partner die „EVH Grüne Energie Projekt GmbH & Co. KG“ (EGE) als Joint Venture. Ziel der EGE ist die Errichtung von Photovoltaikanlagen in einem Volumen von bis zu 200 MW in mehreren eigens dazu zu gründenden Projektgesellschaften. Hierzu wurden bereits drei Projektgesellschaften errichtet, welche die bereits vor den Gründungen bestehenden PV-Anlagen der EVH erwarben und weitere Projekte entwickelten. Das Modell ermöglicht es, den Umbau und Ausbau unseres Portfolios an regenerativen Erzeugungsanlagen auf zunächst 200 MW (peak-) Leistung auszubauen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Corona-Pandemie

Der pandemiebedingte Lockdown ab Mitte März 2020 und der zweite Lockdown ab Mitte November 2020 haben erwartungsgemäß auch Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Stadtwerke Halle - Gruppe gehabt.

Am stärksten betroffen war der ÖPNV durch ein Ausbleiben von Fahrgeldeinnahmen von bis zu 70 % in einzelnen Tarifen. Die negativen Auswirkungen konnten durch die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung (zweites Konjunkturpaket) ausgeglichen werden.

Die Bäder im Stadtgebiet mussten zu jedem Lockdown geschlossen werden. Dieses hatte besonders für das Freizeitbad Maya mare einen höheren Betriebskostenzuschussbedarf und Kurzarbeit für fast alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Folge.

Die erwarteten Einnahmeverluste durch Insolvenzen von Geschäftskunden der Versorgungsunternehmen blieben bislang weit unter den anfänglichen Befürchtungen.

Seit dem ersten Lockdown wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie ergriffen. Mit der Vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wurde eine Betriebsvereinbarung zur Nutzung von Kurzarbeit, Überstundenabbau und mobiles Arbeiten abgeschlossen.

Die Pandemiebeauftragte der SWH-Gruppe leitet ein Team zur Information über Maßnahmen zu Schutzvorkehrungen.

In allen Tochterunternehmen wurden mehrstufige Präventions-, Interventions- und Reaktionspläne entwickelt und der jeweiligen Infektionslage entsprechend umgesetzt. Die Ver- und Entsorgung im Stadtgebiet war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Zur besseren Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen der Stadtwerke wurde die Risikoehebung und -berichterstattung jeden zweiten Monat durchgeführt.

3.1.2. Neufinanzierung der SWH-Gruppe

Zur Sicherstellung der Finanzierung der größten Investitionsvorhaben in der Geschichte der Stadtwerke (920 Mio. EUR in den Jahren 2020-2026) wurden im Geschäftsjahr neue Wege der Fremdkapitalbeschaffung beschritten und erfolgreich abgeschlossen. Die neu geschlossene Finanzierungsstruktur mit einem Gesamtvolumen von 510 Mio. EUR besteht aus einem Darlehen der Europäischen Investitionsbank über 200 Mio. EUR bei einer Laufzeit von 25 Jahren, Schuldscheindarlehen bzw. Namensschuldverschreibungen mit Laufzeiten zwischen 8 und 25 Jahren über zusammen 80 Mio. EUR sowie einem Konsortialkredit über 230 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 7 Jahren, davon 60 Mio. EUR Kreditlinie. Alle Finanzierungsinstrumente sind jeweils unbesichert.

3.1.3. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag ÖPNV

Ein weiterer Meilenstein im Geschäftsjahr 2020 war der erfolgreiche Abschluss der Ende 2018 eingeleiteten Direktvergabe des ÖPNV im Stadtgebiet Halle an die Hallesche Verkehrs AG (HAVAG) durch Abschluss eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages zwischen Stadt Halle (Saale), SWH und HAVAG. Der Auftrag hat eine Laufzeit von 22,5 Jahren und gilt ab dem 1. Januar 2021. Hierdurch ist die Finanzierung des ÖPNV langfristig sichergestellt.

3.1.4. Konzessionsvertrag Trinkwasserversorgung

Ebenso erfolgreich wurde der Konzessionsvertrag Trinkwasserversorgung für die Dauer von 20 Jahren zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS abgeschlossen.

3.1.5. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz werden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle - Gruppe geleisteten Spenden im Internet veröffentlicht.

Ebenso werden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.1.6. Prüfung Risikomanagement

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020.

Im Ergebnis konnte ein positives Prüfungsurteil bescheinigt werden.

3.1.7. Sonderpreis des Stadtwerke - Award

Die SWH erhielt diesen Preis für ein Projekt unter dem Namen „Neustart“. Es führt Menschen mit problematischer Berufs- und Ausbildungsbiographie an eine erfolgreiche Ausbildungs- und Berufspraxis heran.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise sowie zunehmend steigende Bauleistungspreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur begrenzte Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. EuGH-Verfahren zum steuerlichen Querverbund beendet

Mit Beschluss vom 13. März 2019 hatte der Bundesfinanzhof (BFH) dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage vorgelegt, ob die für den steuerlichen Querverbund wichtige Regelung des § 8 Abs. 7 KStG mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar ist. (Vgl. Berichterstattung zur 66. (ordentlichen) Aufsichtsratssitzung am 12. Dezember 2019.)

Angesicht der erheblichen Konsequenzen einer nicht auszuschließenden negativen EuGH-Entscheidung hat die Klägerin die Klage zurückgenommen. Die Finanzverwaltung hat der Verfahrensbeendigung zugestimmt.

Das BMF hat mitgeteilt, dass es weiterhin zum Querverbund steht und die bisherige Praxis weiterführen wird. Jedoch sind weitere Klagen beim BFH anhängig, deren Gegenstand der steuerliche Querverbund ist. Es könnte also zu einer erneuten EuGH-Vorlage kommen. Zudem bleibt abzuwarten, ob nun die EU-Kommission in der Sache tätig wird.

3.3.2. Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Mit Verabschiedung des zweiten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen wurde eine befristete Absenkung der Mehrwertsteuer für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 eingeführt. Dieses führte zu einem hohen Umstellungsaufwand bei den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Erträgen/Aufwendungen aus Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur Cives Dienste GmbH, Container Terminal Halle (Saale) GmbH, EVH GmbH; Hallesche Verkehrs AG (HAVAG), Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), IT-Consult Halle GmbH (ITC), RAB Halle GmbH (RAB), SHS Energiedienste GmbH (SHS) und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON).

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +13.826,4 TEUR bzw. um +36,0 % und liegt deutlich über unseren Planerwartungen (39.242 TEUR):

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives	0,0	42,6	42,6	>100
CTHS	24,3	49,3	25,0	>100
EVH	23.497,4	36.352,1	12.854,7	54,7
HAVAG	2.061,7	2.231,3	169,6	8,2
HWS	10.726,1	11.501,7	775,6	7,2
ITC	1.717,1	1.579,9	-137,2	-8,0
RAB	314,1	353,6	39,5	12,6
SHS	50,1	100,8	50,7	>100
TELONON	-11,9	-6,0	5,9	49,6
Saldo Organschaft	38.378,9	52.205,3	13.826,4	36,0

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der Stadtwerke Halle GmbH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2020 bei 62,5 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2020 unverändert bei 100 %.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31. Dezember 2020 bei 43,8 %.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 16.458,2 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt somit erheblich über unseren Planerwartungen (Plan: 11.373 TEUR). Zu dem Erfolg haben wesentlich höhere Ergebnisse des Beteiligungsportfolios beigetragen.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	8.068,7	8.653,2	584,5	7,2
Übrige betriebliche Erträge	3.423,9	1.265,8	-2.158,2	-63,0
Personalaufwand	6.966,3	6.791,7	-174,6	-2,5
Übrige betriebliche Aufwendungen	29.134,2	29.423,7	289,5	1,0
Ergebnis aus Beteiligungen	40.803,0	55.371,8	14.568,8	35,7
EBITDA	16.195,2	29.075,5	12.880,3	79,5
Erträge ÖPNV	3.045,8	0,0	-3.045,8	-100,0
Aufwand ÖPNV	18.330,0	18.683,2	353,2	1,9
Saldo ÖPNV	15.284,3	18.683,2	-3.389,9	22,2
EBITDA (vor ÖPNV)	31.479,4	47.758,7	16.279,3	51,7
Abschreibungen	1.428,9	1.442,5	13,6	1,0
EBIT	30.050,5	46.316,1	16.265,6	54,1
Zinsergebnis	-1.266,8	-3.619,0	-2.352,2	>100,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	28.783,7	42.697,1	13.913,4	48,3
Ertragsteuern	2.418,0	7.483,3	5.065,3	>100,0
Sonstige Steuern	46,1	72,4	26,3	56,8
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	26.319,6	35.141,4	8.821,8	33,5
Saldo ÖPNV	-15.284,3	-18.683,2	-3.399,0	22,2
Jahresüberschuss	11.035,3	16.458,2	5.422,9	49,1

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung 2020

Die Umsatzerlöse lagen mit 8.653,2 TEUR um +584,5 TEUR über dem Vorjahreswert, was zum einen auf höhere Umsätze aus der Erbringung von Personal- und Kommunikationsdienstleistungen, zum anderen auf die Weiterbelastung von Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdfinanzierungen in 2020 zurückzuführen ist.

Die übrigen betrieblichen Erträge verringerten sich um -2.158,2 TEUR oder -63,0 % gegenüber dem Vorjahr. Infolge des guten Vorjahresergebnisses (2019) konnte im Geschäftsjahr 2020 der städtische Anteil an der Betriebskostenfinanzierung der HAVAG (in 2020) vollständig selbstgedeckt werden.

Der Personalaufwand lag leicht unter dem Vorjahresniveau.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um +289,5 TEUR auf 29.423,7 TEUR gestiegen. Maßgeblich hierfür waren höhere Rechts- und Beratungskosten und ebenso höhere Aufwendungen für Instandhaltungen.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.996,3	18.683,2	-313,1	-1,6
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss¹</i>	18.330,0	18.683,2	353,2	1,9
Sonstiger betrieblicher Aufwand	10.137,9	10.740,5	602,6	5,9
Gesamt (mit ÖPNV)	29.134,2	29.423,7	289,5	1,0

¹Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +14.568,8 TEUR (+35,7 %) auf 55.371,8 TEUR, welches weitgehend auf dem gestiegenen Saldo aus Organschaftsverhältnissen beruhte.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2019	2020	Veränderung	
	Vorjahr	TEUR	TEUR	%
Aufwand aus Verlustübernahme	-11,9	-6,0	-137,1	<-100
Erträge aus Ergebnisabführung	38.390,8	52.211,3	13.820,5	36,0
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	38.378,9	52.205,3	13.826,4	36,0
Beteiligungserträge	129,7	234,3	104,6	80,6
Erträge aus Wertpapieren/ Ausleihungen des Finanzanlagevermögen	2.294,4	2.932,2	637,9	27,8
Gesamt	40.803,0	55.371,8	14.568,8	35,7

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA lag infolge der höheren Gewinne des Beteiligungsportfolios mit 29.075,5 TEUR über unseren Erwartungen und auch über dem entsprechenden Vorjahreswert. Das EBITDA (vor ÖPNV) in Höhe von 47.758,7 TEUR gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (Co-Finanzierung des ÖPNV) wieder.

Die Abschreibungen lagen mit 1.442,5 TEUR um +13,6 TEUR nahezu auf Vorjahresniveau.

Das Zinsergebnis verringerte sich zum Vorjahr um -2.352,2 TEUR auf -3.619,0 TEUR. Dieses ist Folge der zentralen Kreditaufnahme durch die Holding für die Finanzierung der Tochtergesellschaften. Während die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme im Zinsergebnis der SWH verbucht werden, sind die von den Töchtern an die SWH geleisteten Zinsen in den Erträgen aus Ausleihungen an das Finanzanlagevermögen auszuweisen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH nach Kapitaldienst. Mit den höheren Erträgen aus den Gewinnen der Tochterunternehmen konnte ohne Inanspruchnahme städtischer Zuschüsse für den ÖPNV trotz höherer betrieblicher Aufwendungen bei zugleich geringerem Zinsergebnis der Vorjahreswert um +13.913,4 TEUR, bzw. +48,3 % gesteigert werden.

Die deutlich gestiegenen Ertragsteuern sind der Risikoversorge durch Steuerrückstellungen geschuldet. Die steuerlichen Betriebsprüfungen für die Jahre 2007-2014 sind noch nicht abgeschlossen.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerkeunternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Konzern-Kredithandbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Zinssicherungsinstrumente mehr.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2020 stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 255.504,9 TEUR an. Auch unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (320,7 TEUR) verringerte sich jedoch die Quote des so berechneten wirtschaftlichen Eigenkapitals von 43,4 % auf 41,0 %.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerkeunternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen so sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten). Mit diesem Anstieg kann der Eigenkapitalausweis der Holding nicht schritthalten.

Die Finanzverbindlichkeiten betragen 298.895,6 TEUR. Die Zunahme von +70.805,7 TEUR (+31,0 %) war durch die Aufnahme (und Weiterleitung) weiterer Tranchen aus dem Konsortialdarlehen sowie durch die Aufnahme neuer Fremdfinanzierungen verursacht.

Finanzverbindlichkeiten	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anleihen	15.302,1	73.343,6	58.041,6	>100
Bankdarlehen	189.958,4	225.552,0	35.593,6	18,7
Schuldscheindarlehen	22.829,4	0,0	-22.829,4	-100,0
Gesamt	228.089,8	298.895,6	70.805,7	31,0
dav. Ausleihungen an verb. Unternehmen	205.691,7	231.223,7	25.531,9	12,4
Finanzverbindlichkeiten Holding	22.398,1	67.671,9	45.273,8	>100

Tabelle 5: Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 202.723,4 TEUR (hiervon die Holding betreffend 67.671,9 TEUR) und Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen in Höhe von 96.172,2 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen). Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 5,06 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 5,04 Jahre. Die Bankdarlehen werden überwiegend auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst.

Nettoverschuldungsgrad	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten ¹	22.398,1	67.671,9	45.273,8	>100
Liquide Mittel	-14.417,2	35.691,4	50.108,6	>100
Nettofinanzverbindlichkeiten	36.815,3	31.980,5	-4.834,8	-13,1
EBITDA (vor ÖPNV)	32.145,7	46.927,7	14.782,0	46,0
Net Debt/EBITDA	1,1	0,7		-40,5

¹ ohne Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Tabelle 6: Nettoverschuldungsgrad

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere) der Holding (ohne Cash-Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen 35.691,4 TEUR. Durch die Regeltilgungen verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen) auf 31.980,5 TEUR (-13,1 %). Zusammen mit dem gestiegenen EBITDA (vor ÖPNV) führte dies zu einer Verbesserung des Nettoverschuldungsgrades auf 0,7 (-40,5 %).

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in Höhe von 60.761,3 TEUR getätigt:

Investitionen	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle VG	42,1	6,7	-35,4	-84,1
Sachanlagen	191,8	801,4	609,6	>100
darunter Anlagen im Bau	19,0	94,6	75,6	>100
Finanzanlagen	116.825,0	59.953,2	-56.871,8	-48,7
dar. Gesellschafterdarlehen	93.085,0	37.770,0	-55.315,8	-59,4
dar. Anteilserwerb an verb. Unternehmen	0,00	100,0	100,0	>100
dar. Einlagen in die Kapitalrücklage	5.400,0	3.400,0	-2.000,0	-37,0
dar. Einlage HAVAG	18.330,0	18.683,2	353,2	1,9
Gesamt	117.059,0	60.761,3	-56.297,7	-48,1

Tabelle 7: Investitionen 2020

Der größte Teil der Investitionen entfiel mit knapp 60 Mio. EUR auf die Finanzanlagen, wobei davon 37.770 TEUR in der Gewährung von Gesellschafterdarlehen aus der Konsortialfinanzierung entfielen.

Die Einlage in die Kapitalrücklage betraf die EVH und diente der Finanzierung des Eigenanteils für die Modernisierung des Heizkraftwerkes Dieselstraße. Zudem wurde im Geschäftsjahr 2020 die Anteile an der Cives, die zuvor von der HWS gehalten wurde, von der SWH erworben.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG (18.683,2 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr erhöhte sich der Finanzmittelfonds um 29.553,0 TEUR auf 61.463,8 TEUR.

Kapitalflussrechnung	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-6.640,4	-12.090,7	-5.450,3	82,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-76.308,9	-5.136,9	71.172,0	-93,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	74.265,2	46.780,6	-27.484,6	37,0
Zahlungswirksame Veränderungen	-8.684,1	29.533,0	38.237,1	>100
Finanzmittelfonds zum 01.01.	40.594,9	31.910,8	-8.684,1	-21,4
Finanzmittelfonds zum 31.12.	31.910,8	61.463,8	29.553,0	92,6

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung 2020

Der Rückgang des operativen Cashflows spiegelt im Wesentlichen die gute Ergebnisentwicklung des Beteiligungsportfolios wider, welche auf dieser Stufe der Kapitalflussrechnung zu eliminieren ist.

Die deutlich gestiegenen investiven Liquiditätsabflüsse korrespondieren mit den an die Tochterunternehmen ausgereichten Gesellschafterdarlehen der Holding.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zeigt, dass die zuvor angesprochene Gesellschafterfinanzierung durch Aufnahme von Fremdkapital ermöglicht wurde.

5.3. Vermögenslage

Bilanz (Kurzfassung)	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	455.457,2	483.824,7	28.367,5	6,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	265,3	178,4	-86,9	-32,8
Sachanlagen	20.595,9	20.018,4	-577,5	-2,8
Finanzanlagen	434.596,0	463.627,9	29.031,9	6,7
Umlaufvermögen	95.894,9	139.934,7	44.039,8	45,9
Forderungen und sonstige VG	62.994,7	76.932,9	13.938,2	22,1
Wertpapiere und liquide Mittel	32.108,5	61.718,0	29.609,4	92,2
Rechnungsabgrenzungsposten	791,7	1.283,9	492,2	62,2
Bilanzsumme Aktiva	551.352,1	623.759,4	72.407,3	13,1
Eigenkapital	239.046,7	255.504,9	16.458,2	6,9
Investitionszuschüsse	348,8	320,7	-28,2	-8,1
Rückstellungen	13.778,1	18.706,6	4.928,5	35,8
Verbindlichkeiten	297.494,4	348.073,4	50.579,1	17,0
Rechnungsabgrenzungsposten	684,2	1.153,8	469,6	68,6
Bilanzsumme Passiva	551.352,1	623.759,4	72.407,3	13,1

Tabelle 9: Bilanz

Die zentrale Finanzmittelversorgung der Stadtwerkeunternehmen durch die Holding führt zu einem Anstieg der Finanzanlagen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 29.031,9 TEUR (+6,7 %).

Die hohen Ergebnisbeiträge der Tochterunternehmen führten zu einem Anstieg der Forderungen (aus Ergebnisanführungsverträgen). Bei einer Zunahme der Stichtagsliquidität (+29.609,4 TEUR) erhöhte sich das Umlaufvermögen (inkl. Abgrenzungsposten) insgesamt um +44.039,8 TEUR.

Zusammengenommen zeigt die Aktiva die für eine Holding typische Finanzanlagenintensität mit einem Anteil von 74,3 % der Aktiva.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 255.504,9 TEUR an (+6,9 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des überwiegend fremdfinanzierten Anlagevermögens (aus der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen) in absoluten Beträgen nicht schritthalten. Durch den höheren prozentualen Anstieg des Eigenkapitals gegenüber dem Anlagevermögen stieg der Anlagendeckungsgrad leicht auf 52,9 %.

Anlagendeckungsgrad	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	239.395,5	255.825,5	16.430,0	6,9
Anlagevermögen	455.457,2	483.824,7	28.367,5	6,2
Deckungsgrad	52,6%	52,9%		0,6

¹ Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 10: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen erhöhten sich um +4.928,5 TEUR infolge der bilanziellen Berücksichtigung nicht auszuschließender Steuernachzahlungen. Die Zunahme der Verbindlichkeiten war Folge der planmäßigen Aufnahme von Fremdkapital.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 16.458,2 TEUR. Dieses Ergebnis wurde durch die deutlich gestiegenen Ertragslagen der Tochterunternehmen erreicht. Zugleich konnte weitere bilanzielle Risikovorsorge gebildet werden.

Mit der neuen Finanzierungsstruktur sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinaus gehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Mit dem dritten Lockdown zu Beginn des Jahres 2021 erwarten wir vergleichbare Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten der Stadtwerkeunternehmen wie im Jahr 2020. Im Bereich der Bäder zeichnen sich bereits Einnahmeausfälle ab, ebenso im ÖPNV. In den Unternehmen der Ver- und Entsorgung können Einnahmeausfälle infolge von Insolvenzen und konjunkturell bedingten Absatzrückgängen eintreten. Hierdurch können Auswirkungen für die SWH in Form von zu leistenden Zuschüssen und/oder Verlustausgleichsverpflichtungen bzw. verminderten Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen folgen.

Die im letzten Jahr ergriffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge im Stadtgebiet haben sich bewährt und werden deshalb weitgehend unverändert fortgeführt.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem geregelt und wurden im Geschäftsjahr fortgeschrieben. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.2. Gesamtbild

Für das Geschäftsjahr 2021 wurden von den Unternehmen der Stadtwerke Gruppe insgesamt 208 Einzelrisiken identifiziert. Hiervon lagen insgesamt 5 Einzelrisiken (Vorjahr: 4) über dem Schwellenwert und wurden als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	davon Risikogruppe:	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	11	0	0
Finanzrisiken	30	1	0
Führung/ Organisation	25	0	0
Marktrisiken	82	1	1
Rechtliche Risiken	84	1	1
Technische Risiken	32	0	0
Gesamt	264	3	2

Tabelle 11: Risikogruppen

Die Risiken der Gruppe 1 umfassen steuerliche Risiken aus laufender Betriebsprüfung im Organkreis der SWH, nicht auszuschließender Sanierungsaufwendungen zur Stilllegung und Nachsorge der Deponie in Folge zeitlicher Verzögerungen und veränderter bautechnischer Anforderungen sowie die Einnahmeausfälle als nicht auszuschließende Folge der Corona-Pandemie.

In der Gruppe 2 bestehen Risiken in der möglichen Nachzahlung von Niederschlagswasserabgaben und aus der möglichen Reduzierung von Erlösobergrenzen in den Energienetzen.

Für diese aus Konzernsicht bestehenden Risiken ergeben sich im Fall ihres Eintritts unterschiedliche Auswirkungen auf die SWH.

Mögliche Nachzahlungen von Niederschlagswasserabgaben durch die HWS könnten sich – im Fall der Nichtberücksichtigung im Rahmen der Abwasserentgeltkalkulation – über den Ergebnisabführungsvertrag nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH auswirken. Gleiches gilt für ein mögliches Abschmelzen der Erlösobergrenzen im Netzbetrieb sowie auch für nicht auszuschließende Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2020 von einem Jahresüberschuss von 11.373 TEUR aus. Für das Geschäftsjahr 2021 rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von etwa 6.674 TEUR. Die Planwerte für das Jahr 2021 basieren auf den in der zweiten Jahreshälfte 2020 erstellten Wirtschaftsplänen. Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie sind für den ÖPNV und für das Freizeitbad Maya mare berücksichtigt. Dennoch können die tatsächlichen Auswirkungen unsere Erwartungen übertreffen. Ebenso können aus der Corona-Pandemie Auswirkungen auch auf die übrigen Geschäftsfelder nicht ausgeschlossen werden. Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist 2020	Plan 2021	Veränderung	
	Vorjahr	TEUR	TEUR	%
Cives	43	20	-22	-52,1
CTHS	49	77	28	56,9
EVH	36.352	27.994	-8.358	-23,0
HAVAG	2.231	87	-2.144	-96,1
HWS	11.502	10.829	-673	-5,9
ITC	1.580	1.051	-529	-33,5
RAB	354	320	-34	-9,5
SHS	101	101	0	-0,2
TELO	-6	-6	0	-0,1
Saldo Organschaft	52.205	40.473	-11.732	-22,5

Tabelle 12: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

8.2. Investitionen

In der Planung für das Jahr 2021 sind Investitionen für die Akquisition energieeffinerer Beteiligungen von 1.500 TEUR und Einlagen in die Kapitalrücklagen der EVH (10.885 TEUR) und HWS (1.055 TEUR) vorgesehen. Zudem sollen in Höhe von TEUR 2.597 Investitionen in die Geschäftsausstattung getätigt werden.

Investitionsplan	2021 TEUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.597
Anteile an verbundenen Unternehmen	11.940
Beteiligungen	1.500
Gesamt	16.036

Tabelle 13: Planinvestitionen 2021

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 23.330 TEUR vorgesehen.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist die Ziehung einer Tranche aus dem abgeschlossenen EIB-Darlehen in Höhe von 29.000 TEUR für das Geschäftsjahr 2021 vorgesehen. Regeltungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf -1.518,4 TEUR.

8.4. Risiken

Für das Jahr 2021 werden keine bestandsgefährdenden Risiken erwartet. Über die in den Planungen bereits berücksichtigten Corona-Risiken (ÖPNV, Freizeitbad) können weitere Risiken nicht ausgeschlossen werden. Dies betrifft auch die Bereiche der Ver- und Entsorgung.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Belger, Fredo

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.395	12	7.394	13	7.454	13	1	0
Umlaufvermögen	52.485	88	51.632	87	50.856	87	853	2
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	10	0	12	0	-3	-30

Bilanzsumme

59.887	100	59.036	100	58.322	100	851	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.876	6	4.323	7	4.182	7	-447	-10
Rückstellungen	55.534	93	54.041	92	53.572	92	1.493	3
Verbindlichkeiten	477	1	672	1	568	1	-195	-29

Bilanzsumme

59.887	100	59.036	100	58.322	100	851	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf
Wertpapiere des Umlaufvermögens
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.576	7.797	7.779
sonstige betriebliche Erträge	2.479	2.913	3.148
Materialaufwand	881	920	823
Personalaufwand	2.377	2.231	2.197
Abschreibungen	7	13	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.148	7.542	7.292
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	54	67	51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	324	358	371
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	140	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	108	109	563
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	204	163	1.235
Ergebnis nach Steuern	-432	157	-774
sonstige Steuern	16	16	19
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-448	141	-793

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-5,91	1,81	-10,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,36	3,37	-15,94	%
Cash-Flow:	-301	154	-780	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	265	289	288	T€
Personalaufwandsquote:	23,64	20,83	20,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,41	2,45	2,59	%
Eigenkapitalquote:	6,47	7,32	7,17	%
Fremdkapitalquote:	93,53	92,68	92,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Abfallmenge	553.539,00	649.446,00	594.043,00	Mg
Durchschnittserlöse	9,66	8,29	9,23	EUR/Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im Geschäftsjahr operativ weiter optimiert. Wesentliche Änderungen ergaben sich hierbei im Geschäftsjahr nicht.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2020 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung nach den Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung in der Fassung von 2017. Im September 2020 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßig alle drei Jahre erforderliche Qualitätsmanagement-Wiederholungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis des erfolgreichen Wiederholungsaudits wurde der AWH das neue QM-Zertifikat ausgestellt, welches bis zum Oktober 2023 gilt. Im August 2020 fand die externe Überwachung des akkreditierten Tätigkeitsbereiches Probenahme und Bodenmechanik der AWH zur Umstellung auf die revidierte Norm DIN ISO/IEC 17025:2018 durch die DAkkS GmbH statt. Dabei wurde die Akkreditierung des bodenmechanischen Labors auch nach der aktuellen Normengrundlage bestätigt, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2020 war für die AWH bezüglich der Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes eine rückläufige Gesamtmenge der angenommenen und verwerteten Abfälle im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Während die Menge im Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u. ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit) planmäßig auf Grund des anstehenden Auslaufens der genehmigten Maßnahmen im Vergleich zu 2019 etwas zurückging, konnte im Vergleich zu 2019 eine deutlich höhere Annahmemenge im Segment der Materialien für den drainablen Horizont (Bauschuttmaterial) erzielt werden. Auch im Bereich der Deponieersatzbaustoffe für die Wasserhaushaltsschicht (Bodenmaterial) wurde wie schon im Vorjahr wieder eine gegenüber 2018 deutlich erhöhte Annahmemenge registriert, wengleich diese auf Grund des Auslaufens einiger Bauprojekte, von denen Bodenaushub bezogen wurde, auch geringer ausfiel als die 2019 angenommene Menge. Bei der geotechnischen Sicherung wurde weiter nach der 2017 erteilten Genehmigung zum überhöhten Abfalleinbau zwecks Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen gearbeitet, welche 2019 nochmals auf Antrag der AWH durch die Genehmigungsbehörde am westlichen Randbereich erweitert wurde (Fünfte Ergänzung vom 17. Dezember 2019 zur Rekultivierungsanordnung).

Im Bereich der Bauschuttmaterialien konnte in Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung im Jahr 2019 wiederum die Fertigstellung von Teilflächen in den östlichen, südlichen und zentralen Deponiebereichen realisiert werden. Auch im Bereich der Wasserhaushaltsschicht konnten 2020 wieder Abnahmen für Teilflächen im nördlichen und südlichen Bereich realisiert werden, darunter die erste erfolgreiche Endabnahme für eine Teilfläche der Wasserhaushaltsschicht seit der genehmigungsrechtlichen Verschärfung der Annahmebedingungen und Vorgaben für den Einbau im Jahr 2016.

Insgesamt ist die Mengenentwicklung im abgelaufenen Jahr 2020 sehr positiv einzuschätzen, auch weil die Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit den aktuellen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und den einzuhaltenden QM-Plänen wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten. Gleichwohl ist mit dem Auslaufen des Segments der geotechnischen Sicherung beim Aufbau des bindigen Horizontes am Anfang des kommenden Jahres zu rechnen, da dort dann die Überhöhung abgeschlossen sein wird. Aus diesem Grund wurden 2020 die Verträge mit fast allen Abfallanlieferern für das betreffende Material fristgerecht beendet. Im Teilsegment der Trenn- und Stützsysteme wird die geotechnische Sicherung mit deutlich geringeren Materialmengen höherer bodenmechanischer Anforderung im Jahr 2021 noch fortgeführt, bevor dann dort auch die genehmigten Maßnahmen auslaufen. Von der AWH wird weiterhin angestrebt, einen Übergang zum Projekt der Drehpunktgestaltung hinsichtlich des weiteren Einsatzes der Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung zu erreichen. Es wurden auch 2020 entsprechende Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt durchgeführt, allerdings ist diese Frage genehmigungsrechtlich bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2020 konnte die AWH ein gutes Ergebnis bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen erreichen, wobei die Einsatzmengen für die geotechnische Sicherung (Aschen, Schlacken usw.) sowie die Mengen an Bodenmaterial für die Rekultivierung im Vergleich zu 2019 etwas zurückgingen während merkliche höhere Mengen beim Material für den drainablen Horizont (Bauschutt) zu verzeichnen waren. Die 2017/2018 umgesetzte Preispolitik in Richtung auf höhere Annahmepreise für Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung entsprechend der Marktsituation wurde im vergangenen Jahr konsequent weitergeführt. Daraus resultierten in diesem Segment erneut sehr hohe Umsatzerlöse.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Auch im Geschäftsjahr 2020 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind. Im Jahr 2020 war hierbei in Bezug auf das für den Aufbau des drainablen Horizontes einzusetzende Bauschuttmaterial mit einer deutlichen Steigerung der Annahmemengen eine sehr positive Entwicklung zu registrieren. Insofern ist dies ein Erfolg für den regionalen und überregionalen Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen in diesem Segment, der trotz einer großen Anzahl an Wettbewerbern erreicht werden konnte.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2020 trat im Juli eine Novelle der Deponieverordnung in Kraft, die ohne weitere Übergangsphase umzusetzen war. Vorwiegend beinhalteten die Änderungen neben neuen Vorgaben für die Schulung des Personals und die nachzuweisende Sachkunde der Mitarbeiter vor allem Änderungen bei den anzuwendenden Analyse- und Untersuchungsverfahren für die Abfälle. Die AWH hat das Gesetzgebungsverfahren bereits im ersten Halbjahr entsprechend ausgewertet und im Rahmen vorbereitender Maßnahmen so die Voraussetzungen geschaffen, dass die gesetzlichen Änderungen fristgerecht für die Deponie Halle-Lochau umgesetzt wurden. Dazu gehörte u. a. die Information sämtlicher Abfallanlieferer über die anstehenden Änderungen, die entsprechende Umstellung der internen Arbeits- und Kontrollverfahren sowie die Änderung der mit den Untersuchungslaboren geschlossenen Verträge hinsichtlich der anzuwendenden Untersuchungsverfahren.

Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb resultierte auch im Jahr 2020 ein entsprechend höherer Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren vor 2016 sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich weiterhin in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigten.

Grundlage für die im Jahr 2020 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juli 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit fünf Ergänzungen (letztmals vom 17. Dezember 2019) und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u. a. die Gestaltung der Deponiewestböschung zum Drehpunktbereich hin beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurde die Entwurfsplanung im April 2019 der AWH übergeben und nach der internen Prüfung im Juni 2019 an das Landesverwaltungsamt übermittelt. Seitdem läuft die behördeninterne Prüfung und Abstimmung zu dieser Planung. Ob und wie dazu entschieden wird, ist derzeit weiterhin offen. Nach den bereits 2019 bekannt gewordenen ablehnenden Standpunkten der Wasserbehörde und der zu beteiligenden Dritten (LMBV, MUEG) hat sich Mitte 2020 auch das Bergamt (LAGB) noch einmal ausführlich zur Entwurfsplanung positioniert und sieht deren Umsetzung ebenfalls als nicht möglich an. Aus Sicht der AWH erscheint deshalb eine Genehmigung und Umsetzung dieser Planung als kaum realistisch. Aus diesem Grund wurden 2020 die ab Ende 2019 mit dem LVwA laufenden Abstimmungen zur Umsetzung möglicher Alternativkonzeptionen insbesondere in Bezug auf eine Begrenzung der Verantwortlichkeit der AWH auf die Gestaltung der Deponiewestböschung fortgeführt. An den entsprechenden Themen wird kontinuierlich unter Einbeziehung von Beratern und Juristen weitergearbeitet.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass bis Ende 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnten 2018 und 2019 praktikable Lösungen für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes sowie der Wasserhaushaltsschicht erarbeitet werden, sodass hier ab 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich wurden. Diese erfolgreiche Entwicklung konnte mit der Abnahme neuer Teilflächen auch im Jahr 2020 fortgesetzt werden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielten. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen sowie die Akquise neuer Kunden hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2020 wiederum ein hohes Niveau erreichten. Beginnend im Jahr 2021 werden die genehmigten Maßnahmen hier jedoch auslaufen, und eine direkte Fortsetzung dieser Maßnahmen bei der geotechnischen Sicherung im Drehpunktbereich ist aufgrund des obenstehend dargestellten schwierigen Abstimmungsprozesses für die Drehpunktgestaltung nicht in Sicht.

Auch im Jahr 2020 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungsteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2020 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin noch nicht rechtskräftig vor, gleichwohl Ende 2020 der Bundesrat mit Änderungen dem Gesetzgebungsverfahren zugestimmt hat. Nun steht jedoch eine erneute Befassung der Bundesregierung und des Bundestages mit der „Mantelverordnung“ an, deren Durchführung und Abschluss momentan nicht absehbar sind. Die in der neuen Verordnung geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik, vor allem im Bereich der Abfallüberwachung, im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Aufgrund der aktuellen Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird die Überprüfung des Weiterbetriebs der Boden- und Bauschuttbörse für Ende 2025 eingeplant, indem hier unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die weitere Rentabilität der Anlage geprüft werden muss.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2020 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Hier konnte trotz gesunkener Annahmemengen an Verwertungsabfällen mit 554 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 649 TMg ein konstanter Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 5.346 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 5.386 generiert werden. Der Planwert von TEUR 3.523 konnte aufgrund der gestiegenen Annahmepreise deutlich gesteigert werden.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung sowie der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 1.064 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 1.174 sowie zum Planwert von TEUR 938. Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen.

Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2020 einen Umfang von TEUR 1.098. Die entsorgte Menge betrug knapp 96 Tm³. Damit ist die Ist-Menge geringer als im Vorjahr mit 109 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand deutlich unterhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.295. Die für 2020 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.759 konnten deutlich unterboten werden. Die Einsparungen sind auch Ergebnis der im 1. Halbjahr 2020 erfolgten Ausschreibung der Transportleistungen sowie der Sulfidbehandlung des Sickerwassers. Für beide Leistungen konnten mit der Ausschreibung bessere Preise erzielt werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 577 angefallen. Hiermit wurden zwar der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 455 übertroffen, aber der Planwert mit TEUR 1.109 deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den seit Februar 2017 abgeschlossenen Finanzanlagen entsprechend der mit dem Landesverwaltungsamt vorgegebenen Anlagerichtlinie. Mit dieser hieraus resultierenden Anlage- und Risikostruktur konnten trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten analog zum Vorjahr Erträge in Höhe von TEUR 374 erzielt werden.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoring-Programm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen. Entsprechend der Vorgaben der Rekultivierungsanordnung sind dabei auch die Setzungen des Deponiekörpers kontinuierlich zu beobachten sowie zu messen und auf Grundlage der jeweils aktuellen Daten ist alle drei Jahre die Setzungsprognose zu aktualisieren. Turnusmäßig fand die letzte Setzungsprognoseaktualisierung auf dieser Grundlage Ende 2020 statt. Mit dem neuen Gutachten vom November 2020 konnten die bisher dem Stilllegungskonzept zugrunde liegenden Setzungsprognosen weiterhin bestätigt werden.

Unter Einbeziehung aller Monitoring-Daten in der Deponiestilllegungsphase wird eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß der Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft. Im Jahr 2019 erfolgte turnusmäßig die letzte dieser Überprüfungen auf Grundlage der aktuellen Ergebnisse und Daten bei der Umsetzung des Stilllegungskonzeptes. Im Ergebnis dieser externen Überprüfungen und Modellprognosen wurde bislang stets bestätigt, dass die Ziele hinsichtlich einer umweltgerechten und nachhaltigen Deponiestilllegung weiterhin erreicht werden.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 betrug der Personalbestand der AWH 35,6 VBE, was eine Abweichung von -1,0 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2020 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2025 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 24,6 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH war im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr konstant gut, was vor allem auf die generierten Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit TEUR 7.797 im Geschäftsjahr 2020 mit TEUR 7.576 nahezu vollumfänglich bestätigt werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 5.488 und wurde somit deutlich übertroffen. Die positive Entwicklung basiert wie schon im Vorjahr vor allem auf der bereits erläuterten Anhebung der Anlieferpreise für die Annahme von Verwertungsabfällen als Konsequenz aus dem aktuellen Marktpreisniveau. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine konstante Erzielung von TEUR 5.346 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 5.386. Der Planwert in Höhe von TEUR 3.523 konnte somit deutlich übertroffen werden.

Daneben konnte die AWH auch bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit TEUR 1.064 ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert von TEUR 1.174 nicht ganz erreicht, aber der Planwert von TEUR 938 wurde deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen aufgrund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung und den turnusmäßigen Wartungen der Deponiegasmotoren zurückzuführen.

Im Bereich der Erlöse aus Ansiedlungen konnten das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 959 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 915 fast vollumfänglich bestätigt werden. Der Planwert mit TEUR 910 wurde leicht übertroffen. Hauptursache für den leichten Erlösrückgang im Vergleich zum Vorjahr waren die Preissenkungen bei den Dieselmotorenbezugskosten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mit TEUR 2.422 auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 6 und die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 23 verwiesen.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2020 um TEUR 147 auf TEUR 2.377 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Ausschlaggebend für diese Steigerung sind die notwendigen Zuführungen zur Altersteilzeitrückstellung, vor allem auf Grund des Neuabschlusses eines ATZ-Vertrages mit Wirkung zum 1. Dezember 2020.

Beim Materialaufwand kam es zu einer Senkung mit TEUR 881 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 920. Ursache hierfür ist die bereits unter den Erlösen aus Ansiedlung angeführte Preissenkung bei den Beschaffungskosten für Dieselmotorkraftstoff. Somit wurde auch der Planwert in Höhe von TEUR 1.055 deutlich unterboten.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser und für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltung wurde bereits unter Punkt 2.7. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Wesentliche Kostenpositionen waren im Geschäftsjahr das Brechen von Beton- und Bauschuttmaterialien sowie notwendige Kosten im Rahmen der Errichtung und Erhöhung von Deponiegasfassungselementen. Im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2020 Aufwendungen von TEUR 360 angefallen. Dieser Wert liegt aufgrund von Maßnahmenverschiebungen in die Zukunft deutlich unter dem des Vorjahres mit TEUR 895 sowie unter dem Planwert in Höhe von TEUR 2.643.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr erhöht und hat zum 31. Dezember 2020 einen Wert von TEUR 55.534, was eine Abweichung von TEUR 1.493 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurde in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Zuführung in Höhe von TEUR 815 gebucht. Diese Zuführung basiert auf der aktualisierten Deckungsrechnung (Stand 15. Februar 2021) und resultierte hauptsächlich aus der Verlängerung der Stilllegungsphase um ein Jahr bis Ende 2028. Die hiermit verbundene Kostenverlagerung ist das Ergebnis der zeitlichen Verzögerungen bei den zahlreichen Abstimmungen und den daraus resultierenden Genehmigungen von Einzelmaßnahmen durch die beteiligten Behörden. Dies betrifft vor allem die Stilllegungsmaßnahmen Böschungsgestaltung Drehpunkt (Planungs- und Bauleistungen) sowie die Aufbringung der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht. Darüber hinaus musste die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge um TEUR 571 aufgestockt werden, als Ergebnis der Bewertung der zukünftigen Verpflichtung (Berücksichtigung von Preissteigerungen) mit anschließender Abzinsung und der damit verbundenen Zuführung auf den sich hieraus ergebenden Barwert.

Weitere wesentliche Rückstellungen sind die Rückstellung Betriebsprüfung sowie die bestehende Rückstellung für Zinszahlungen, resultierend aus den Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes Halle (Saale) im BP-Bericht vom 21. Dezember 2018. Unter Berücksichtigung der Folgewirkungen bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 wurde die Rückstellung Betriebsprüfung um TEUR 121 aufgestockt. Die bestehende Rückstellung für Zinsnachzahlungen musste um TEUR 81 aufgestockt werden, da eine Neubewertung der Zinslast bis zum 31. Dezember 2020 vorzunehmen war.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit TEUR 477 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 672, um TEUR 195 verringert.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2020 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 1.428. Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

3.3. Vermögenslage

In der Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2020 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Sachanlagen	1.442	1.449	-7
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	5.953	5.945	8
Langfristig gebundenes Vermögen	7.395	7.394	1
Vorräte (RHB)	47	45	2
Forderungen aus LuL	567	540	27
Forderung verb. Untern. (LuL)	7	6	1
Forderung verb. Untern. (CP)	1.428	1.306	122
Sonstige Vermögensgegenstände	29.516	42.544	-13.028
Wertpapiere des Umlaufvermögens	12.883	0	12.883
Flüssige Mittel	8.037	7.191	846
Aktiver RAP	7	10	-3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	52.492	51.642	850
Gesamtvermögen	59.887	59.036	851

Kapitalstruktur	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	3.876	4.324	-448
Langfristige Rückstellungen	51.388	49.886	1.502
Langfristiges Kapital	55.264	54.210	1.054
Kurzfristige Rückstellungen	4.146	4.154	-8
Verbindlichkeiten aus LuL	231	320	-89
Verbindlichkeiten verb. Untern.	70	207	-137
Sonstige Verbindlichkeiten	176	145	31
Kurzfristiges Kapital	4.623	4.826	-203
Gesamtkapital	59.887	59.036	851

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umgliederung von Sonstigen Vermögensgegenständen in die Position Wertpapiere des Umlaufvermögens. Hintergrund bildet die Wiederanlage von Finanzmitteln aus ausgelaufenen Schuldscheindarlehen im Geschäftsjahr 2020 in festverzinsliche Wertpapiere. Aufgrund des sich ergebenden Jahresfehlbetrages mit TEUR 448 hat sich das vorhandene Eigenkapital entsprechend verringert.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem niedrigeren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 448 liegt deutlich unter dem Vorjahresergebnis mit einem Jahresüberschuss von TEUR 141 sowie unterhalb des Planwertes mit TEUR 70. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresfehlbetrag wesentlich durch den Sondereffekt aus der Aufstockung der Rückstellung Rekultivierung beeinflusst wird. Diese Aufstockung resultiert mit TEUR 571 aus der erforderlichen Zuschreibung auf den sich aus der gesetzlich geforderten Abzinsung ergebenden Barwert.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der AWH insgesamt 17 Risiken ermittelt (Vorjahr: 14 Risiken). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	4	0	1
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	7	0	1
Gesamt	17	0	2

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weisen die Risikokategorien Sonstige/Interne Prozesse/Strategie und Beschaffungsmarkt jeweils 1 Einzelrisiko der Gruppe 2 aus. Beim Beschaffungsmarkt betrifft das Risiko dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. In der zweiten Kategorie ist die Gesellschaft aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, zum Bilanzstichtag die langfristige Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge neu zu bewerten. Hierbei sind zur Ermittlung des Barwertes einerseits zukünftige Preissteigerungen und andererseits die von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahresdurchschnitt) zu berücksichtigen. Aufgrund der stetigen Abnahme der Abzinsungszinssätze, resultierend aus der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, erwartet die Gesellschaft für die kommenden Jahre, dass die Rückstellung jährlich auf den zu ermittelnden Barwert aufgestockt werden muss. Der sich hieraus ergebende Aufwand aus der Aufstockung der Rückstellung wirkt sich vollständig ergebnismindernd aus.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2021 bis 2026 unter Beachtung der vom LVvA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der vorliegenden Entwurfsplanung zur Gestaltung des Drehpunktbereiches. Aufgrund der aktuellen Böschungszustände, vor allem der Bergbauböschungen, erachtet es der Planer für notwendig, wesentlich mehr Einbaumassen zu verwenden, um eine ausreichende Standsicherheit herzustellen. Aus diesen erheblich umfangreicheren Massenbeschaffungen und -bewegungen heraus resultiert auch eine wesentlich längere Bauzeit als bisher in den ingenieurtechnischen Vorplanungen ausgewiesen. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Genehmigungsbehörde sowie mit der Gesellschafterin zur Umsetzung möglicher Alternativkonzeptionen insbesondere in Bezug auf eine Begrenzung der Verantwortlichkeit der AWH auf die Gestaltung der Deponiewestböschung.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von schwankenden Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend von der sich einstellenden Genehmigungssituation und den daraus resultierenden Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den entsprechenden Annahmepreisen begründet sind. Der Hauptteil dieser Annahmemengen resultiert aus der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie an der Schnittstelle zum Drehpunkt.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2021 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel seitdem in diversen Schulscheindarlehen, Termingeldanlagen und festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Im Februar 2020 endete die Laufzeit von zwei Schulscheindarlehen. Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung wurden die Gelder in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Damit soll auch in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, sodass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten. Darüber hinaus wäre eine Anpassung der Regelungen des BilMoG durch den Gesetzgeber in Bezug auf die verbindlich anzuwendenden Abzinsungzinssätze der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Bewertung von langfristigen Rückstellungen wünschenswert. Diese Abzinsungzinssätze sind in den letzten Jahren aufgrund der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank stetig gefallen.

Trotz der momentanen Ausbreitung des Corona-Virus wird die AWH GmbH die Rekultivierung der Deponie auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen und verpflichtet. Das Unternehmen ist vorbereitet und gerüstet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und damit auf die zukünftigen Ergebnisse ergeben.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Kundenservice, Supportdienstleistungen, Verbrauchs- und Mengenabrechnung, Verbrauchsdaten-, System- sowie Zähler- und Servicemanagement einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
2. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
3. Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
574	8	593	8	566	7	-19	-3
6.388	92	6.565	91	7.110	92	-177	-3
12	0	91	1	88	1	-79	-87

Bilanzsumme

6.974	100	7.249	100	7.764	100	-275	-4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.022	29	1.975	27	1.754	23	47	2
4.318	62	4.331	60	4.961	64	-13	0
634	9	943	13	1.049	13	-309	-33

Bilanzsumme

6.974	100	7.249	100	7.764	100	-275	-4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2020	2019	2018
T€	T€	T€
18.566	19.434	20.735
226	259	388
4.280	4.800	3.045
12.324	12.720	14.070
155	200	207
1.519	1.578	5.016
7	0	74
194	141	154
59	33	309
268	221	-1.604
268	221	-1.604

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,44	1,14	-7,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,29	12,58	-47,77	%
Cash-Flow:	424	421	-1.397	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	65	66	61	T€
Personalaufwandsquote:	65,58	64,59	66,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,93	2,32	3,22	%
Eigenkapitalquote:	29,00	27,24	22,59	%
Fremdkapitalquote:	71,00	72,76	77,41	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Die A/V/E GmbH bietet individuelle Prozess-, Service- und Supportdienstleistungen entlang der Customer Journey bei Unternehmen der Energiewirtschaft. 325 Mitarbeiter stehen nach unserer Einschätzung seit fast 30 Jahren für kompetenten und freundlichen Service von Mensch zu Mensch, wo automatisierte Prozesse und komplexe Produkte und Dienstleistungen Unterstützung brauchen.

Zunehmend digitale Angebote eröffnen eine Vielzahl von Möglichkeiten, aber auch eine Flut an Informationen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an einfache und reibungslose Abläufe. In der Umsetzung kommt es daher vor allem auf das richtige Zusammenspiel zwischen Digitalisierungsstrategie und darauf abgestimmte Prozess- und Support-Dienstleistungen an. A/V/E setzt auf ganzheitliche Servicelösungen, die die Akzeptanz und damit die Zufriedenheit bei Kunden und Nutzern erhöht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Pandemie des neuen Corona-Virus hielt 2020 die Welt und damit auch die deutsche Wirtschaft in Atem. So wurden z.B. alle bisherigen Arbeitsweisen, betrieblichen Abläufe und Zusammenarbeitsweisen in Frage gestellt und teilweise verworfen. Binnen kürzester Zeit mussten die Unternehmen Themen wie Home-Office, mobiles Arbeiten und digitale Arbeitsweisen implementieren, so auch die A/V/E.

Die neuen Rahmenbedingungen führten ebenfalls zu Veränderungen im Kundenverhalten. Auch die Unsicherheit durch Pandemiemaßnahmen und stark schwankende Infektionszahlen erschwerten die Planbarkeit und die operative Gestaltung der Leistungserbringung.

Trotz dieser außergewöhnlichen Umstände war für die A/V/E die Wirtschaftslage insgesamt verhältnismäßig stabil.

Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2020 war für A/V/E weiterhin von den Auswirkungen der Digitalisierung, sei es bei Kundenprozessen als auch bei internen Abläufen, geprägt. Die Corona-Pandemie zeigte sich maßgeblich als Katalysator dieser Entwicklungen. Bestehende Kundenbeziehungen konnten erweitert und die Entwicklung neuer Produkte und Geschäftsfelder vorangetrieben werden. So wurden u.a. Tätigkeiten im Bereich „Helpdesk“ ausgebaut.

Die Vertriebsaktivitäten wurden 2020 auch unter erschwerten Bedingungen durchgeführt. Vier Neuzugänge, sowohl für einzelne Kampagnen und auch längerfristige Verträge, konnten in der Kundenakquise verzeichnet werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E zeichnete sich erneut durch Stabilität aus. Die Bilanzsumme der A/V/E verringerte sich zum 31. Dezember 2020 stichtagsbezogen gegenüber dem 31. Dezember 2019 um 4 % auf 6.974 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2020: 137 T€ (im Vorjahr: 227 T€). Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Investitionen in IT-Technik, speziell die Kapazitätsausweitung von mobiler IT-Technik, die Anschaffung einer neuen Personaleinsatzplanungssoftware, sowie Ersatzinvestitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen sank stichtagsbezogen um 177 T€ auf 6.388 T€ (31. Dezember 2019: 6.565 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung auf 294 T€ (31. Dezember 2019: 344 T€) und der geringere sonstige Forderungsbestand von 299 T€ (31. Dezember 2019: 424 T€), insbesondere gegen das Finanzamt. Auch im Jahr 2020 wurde von Pauschalwertberichtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses Gebrauch gemacht, um möglichen Forderungsausfällen Rechnung zu tragen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 47 T€ auf 2.022 T€ (31. Dezember 2019: 1.975 T€). Die Eigenkapitalquote stieg stichtagsbezogen auf 29 % (31. Dezember 2019: 27 %).

Die Rückstellungen sanken leicht auf 4.318 T€ (31. Dezember 2019: 4.331 T€). Wesentliche Ursache dafür ist die Inanspruchnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus dem Teilbetriebsverkauf des Zählermanagements bei einer Zunahme der Pensionsrückstellungen. Die Pensionsrückstellungen stiegen insbesondere durch die erstmalige Bilanzierung von mittelbaren Verpflichtungen aus der Umwandlung von Zeitguthaben um 303 T€ auf 1.466 T€ (31. Dezember 2019: 1.163 T€). Die Steuerrückstellungen erhöhten sich stichtagsbezogen auf 50 T€ (31. Dezember 2019: 16 T€).

Zum 31. Dezember 2020 lagen die Verbindlichkeiten mit 634 T€ um 310 T€ unter dem Vorjahreswert von 944 T€. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowohl im Bereich gegenüber verbundenen Unternehmen als auch gegenüber Dritten.

Die Gesellschaft finanzierte sich auch im Jahr 2020 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Die A/V/E verfügt weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2020 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2020 gewährleistet.

Die Umsatzerlöse gingen im Jahr 2020 um 868 T€ (4 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus zwei Gründen. Zum einen sorgten geringere Mengen im Gesellschafterkreis (z.T. pandemiebedingt) für Umsatzerlösrückgänge und zum anderen wurden erheblich weniger Umsatzerlöse mit Ableseleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen erzielt. Auf Grund von Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen, sowie der fortschreitenden Digitalisierung in der Zählwertbeschaffung kam es zu nicht unbedeutenden Mengenrückgängen. Auf Grund der fortschreitenden Digitalisierung in der Zählwertbeschaffung kam es zu überplanmäßigen Mengenrückgängen. Die Umsatzerlöse im Jahr 2020 entfallen zu 70 % auf die Marktrolle Lieferant und zu 30 % auf die übrigen Markttrollen.

Im Bereich der betrieblichen Erträge ist ein Rückgang von 32 T€ gegenüber 2019 (258 T€) auf 226 T€ zu verzeichnen. Dieser Rückgang resultiert nahezu vollständig aus geringeren Erträgen aus Förderung von Personal gegenüber dem Vorjahr.

Die Personalaufwendungen sanken um 396 T€ auf 12.324 T€ (Vorjahr: 12.720 T€). Diese Kostenverringerung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Aufwendungen für Altersteilzeit und einer geringeren Mitarbeiterzahl bei höheren Aufwendungen für Altersvorsorge.

Der Materialaufwand verringerte sich im Jahr 2019 um 519 T€ auf 4.280 T€ (Vorjahr: 4.800 T€). Wesentliche Ursache des Rückgangs ist der geringere Bezug von Fremddablesung im Zusammenhang mit der Umsatzentwicklung. Gegenläufig dazu stiegen die Aufwendungen für Leiharbeit in 2020.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Jahr 2020 leicht um 59 T€ auf 1.519 T€ (Vorjahr: 1.578 T€). Die Ursache liegt hier vornehmlich in geringeren Kosten für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, da pandemiebedingt Veranstaltungen wie Messen oder Kongresse ausfallen mussten.

Mit dem Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 515 T€ (im Vorjahr: 395 T€) konnte das Ziel des Wirtschaftsplanes trotz der besonderen Begleitumstände im Jahr 2020 überschritten werden.

Das Finanzergebnis sank um 46 T€ auf -187 T€ (im Vorjahr: -141 T€). Maßgeblich hierfür sind Zinsaufwendungen auf Grund von versicherungsmathematischen Gutachten für die betriebliche Altersvorsorge sowie die Aufzinsung von Rückstellungen.

Der Steueraufwand für das Jahr 2020 beläuft sich auf 59 T€. Dies bedeutet eine Erhöhung um 26 T€ gegenüber dem Vorjahr mit 33 T€.

Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von 268 T€ (im Vorjahr: 221 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für die A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 2020: 515 T€) und der Effizienzgrad.

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2020, ein Betriebsergebnis von 415 T€ zu erreichen, wurde übertroffen. Geringere Umsatzerlöse wurden insbesondere durch rückläufige Personalaufwendungen überkompensiert.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2020 leicht um 1,3 Prozentpunkte auf 93,0 % gesteigert werden. Demzufolge wurde auch das Ziel, den Effizienzgrad auf Vorjahresniveau zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen auch zukünftig in der Neukundengewinnung und in der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben.

Leider muss auch für das Jahr 2021 mit Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gerechnet werden. Diese, als auch die Pandemie selbst stellen ein Risiko für die A/V/E dar, seien es weitere Mengengeringerungen, Personalausfall oder die eingeschränkten Möglichkeiten für Vertriebs- bzw. Marketingaktivitäten. Insgesamt sind jedoch bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft derzeit nicht erkennbar.

Als Chance sieht A/V/E auch zukünftig die Weiter- und Neuentwicklung von etablierten Prozessprodukten zu maßgeschneiderten Lösungen sowie in der erfahrungsbasierten Know-how-Sicherung für und bei unseren Kunden. Weiterhin bietet auch der weiter fortschreitende Ausbau von Non-commodity-Produkten der Energieversorger und die sich damit ergebenden neuen Produkte Chancen für die A/V/E.

Strategie

Die A/V/E hat in den vergangenen Jahren begonnen sich in der digitalen Welt neu aufzustellen und nutzt weiterhin die Chancen am Markt, sich vom klassischen Prozessdienstleister zum Service- und Supportspezialisten für die Digitalisierung in der Energiebranche zu entwickeln.

Ihr Leistungsspektrum findet die A/V/E genau dort, wo automatisierte Prozesse an ihre Grenzen kommen. Fragen und Probleme, die entstehen, wollen die Kunden beantwortet und gelöst haben. Schnelle und flexible Lösungsansätze auf allen Eingangskanälen, die zudem kompetente Antworten bieten, tragen maßgeblich zur Kundenzufriedenheit bei.

In 2020 hat die A/V/E erneut ihre Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft unter Beweis gestellt, sei es durch bestmögliche Reaktion auf das unerwartete Pandemiegeschehen oder aber den Ausbau des Produktportfolios. Diese Eigenschaften sollen nach unserer Auffassung auch in Zukunft weiterhin dazu beitragen, dass die A/V/E erfolgreich und profitabel am Markt ist.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2021 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 545 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 2020 gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	25					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">T€</th> <th style="text-align: left;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="border-top: 1px solid black;">25</td> <td style="border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	25	100,00
T€	%					
25	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale) sowie Beratung und Betreuung im Bereich „Ausbildungspool.Halle“, ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2	2	1	1	0	0	1	100
Umlaufvermögen	106	98	102	99	74	100	4	4
Bilanzsumme	108	100	103	100	74	100	5	5
Passiva								
Eigenkapital	25	23	25	24	25	34	0	0
Rückstellungen	31	29	25	24	26	35	6	24
Verbindlichkeiten	52	48	53	52	23	32	-1	-2
Bilanzsumme	108	100	103	100	74	100	5	5

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	662	602	661
sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
Materialaufwand	34	108	18
Personalaufwand	480	378	580
Abschreibungen	1	1	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	105	83	68
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	43	32	-6
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0	6
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	43	32	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,43	5,31	-0,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	170,20	127,85	-22,45	%
Cash-Flow:	44	33	-3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	51	50	29	T€
Personalaufwandsquote:	72,42	62,76	87,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,04	1,31	0,00	%
Eigenkapitalquote:	23,19	24,20	33,99	%
Fremdkapitalquote:	76,81	75,80	66,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Einsatzstunden Entsorgungsdienste	18.255	17.841	15.017	Stunden

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2020 am Markt zum einen als Dienstleister im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale) sowie im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH im Rahmen der Durchführung des sogenannten Ausbildungspool(s).Halle.

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte ein Gesellschafterwechsel. Der Gesellschafterwechsel von der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Stadtwerke Halle GmbH wurde im 3. Quartal des Geschäftsjahres mit Wirkung zum 01. Januar 2020 durchgeführt. Der Ergebnisabführungsvertrag mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wurde durch Kündigung zum 26.08.2020 beendet. Die Gesellschaft hat als beherrschte Gesellschaft mit der Stadtwerke Halle GmbH am 28.08.2020 einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Bei dem Ausbildungspool.Halle handelt es sich um ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen, welche auf eine Berufsorientierung oder auf eine Ausbildung in einem Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe oder bei Kooperationspartnern abzielt.

Beide Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber Gesellschaften im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht. Dabei ist das Beschwerdeverhalten der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Entsorgung für Leichtverpackungen im Vergleich zu den Vorjahren leicht rückläufig gewesen. Schwankungen ergeben sich aufgrund von Fluktuation im Rahmen der Einarbeitungsphase für neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In den Unternehmen der SWH-Gruppe entsteht regelmäßig Bedarf für zeitlich befristete Leistungen, die von Personen mit einer hohen fachlichen gewerblichen Qualifikation erbracht werden müssen. Diese Bedarfe bestehen regelmäßig nicht ganzjährig, sondern z.T. wesentlich kürzer und unterschreiten das Zeitvolumen einer ganzen Stelle mitunter deutlich. Vor diesem Hintergrund soll der Geschäftsbereich Entsorgung sukzessive weiterentwickelt werden. Mitarbeitende des Bereiches Entsorgung sollen durch gezielte Aus- und Weiterbildungen befähigt werden, zeitweise in anderen Unternehmen Leistungen zu übernehmen. Die Flexibilität und Reaktionsfähigkeit in den Unternehmen kann dadurch erhöht und externe Leiharbeit gemindert werden. Für die Mitarbeitenden kann die Arbeitstätigkeit abwechslungsreicher gestaltet werden, was sich positiv auf die Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung auswirken kann. Im Jahr 2020 konnte dies aufgrund eines unterplanmäßigen Personalbestandes noch nicht umgesetzt werden.

Gegenstand des Ausbildungspools ist die Vorbereitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund besonderer Umstände nur geringe Aussichten auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung haben sowie Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Berufsorientierungsangeboten, auf die Anforderungen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Dabei können die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe zum Teil reguläre Ausbildungsstellen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Ausbildungspool.Halle“ besetzen. Zusätzlich soll der „Ausbildungspool.Halle“ für Klein- und Kleinstunternehmen aus und in Halle geöffnet werden. Ziel dieser Öffnung ist es diesen Unternehmen, die vielfach auch Partner der SWH-Gruppe sind, ein Ausbildungsengagement zu ermöglichen. Schwerpunkt bleiben dabei die Unternehmen der SWH-Gruppe. Des Weiteren wird im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ eine netzwerkorientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Handwerks- und Handelskammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Migrationsprojekten, den Klein- und Kleinstunternehmen, der SWH-Gruppe und der Stadt Halle angestrebt.

Ergänzend prüft die Gesellschaft die Erweiterung ihres Leistungsangebotes. In diesem Zusammenhang verfolgt das Unternehmen derzeit die Implementierung eines neuen Geschäftes zur Erbringung von Schulungen zum sicheren Handeln in schwierigen Kundensituationen. Eine Umsetzung wird ab dem Geschäftsjahr 2021 angestrebt.

Die Cives Dienste GmbH setzt bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Entsorgung, Ausbildungspool und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Über den Gesellschafterwechsel von der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH auf die Stadtwerke Halle GmbH hinaus, lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 keine wesentlichen Veränderungen vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Entsorgungsleistungen sowie mit der Stadtwerke Halle GmbH zur Durchführung des Ausbildungspool.Halle fixiert.

Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an der Leistungsvergabe der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2020 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 13 Beschäftigten und 5 Auszubildenden zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Im Geschäftsjahr 2020 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen ein durchschnittlicher Krankenstand in Höhe von 8,5 % zu verzeichnen. Zur Kompensation der krankheitsbedingten Ausfälle, griff die Gesellschaft auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften zurück.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein leichter Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 21,4 TEUR (2019: 480,6 TEUR; 2020: 502,0 TEUR) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 18.291 Arbeitsstunden. Dies entspricht einer Steigerung von 450 Arbeitsstunden. Begründet ist dies durch eine erhöhte Nachfrage durch die Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Die Durchführung und Betreuung der Maßnahmen im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ erfolgt ausschließlich gegenüber der Stadtwerke Halle GmbH. Im Rahmen dessen wurden im Geschäftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von 160,1 TEUR erzielt.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Abnahme auf 34,4 TEUR (2019: 108,2 TEUR). Begründet ist dies durch einen verringerten Bedarf an Leiharbeitskräften zur Abdeckung der angeforderten Leistungskapazität im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen (2019: 100,1 TEUR; 2020: 26,9 TEUR).

Der Personalaufwand stieg von 378,4 TEUR im Geschäftsjahr 2019 auf 480,3 TEUR im Geschäftsjahr 2020. Die Belegschaft im Geschäftsjahr 2019 betrug im Jahresdurchschnitt 12,8 Personen, wobei im Geschäftsjahr 2020, insbesondere aufgrund der neu eingestellten Auszubildenden, eine Belegschaft von im Jahresdurchschnitt 16,8 Personen (Veränderung: +4,0 Personen) zu verzeichnen ist.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 21,1 TEUR auf einen Wert in Höhe von 104,6 TEUR im Geschäftsjahr 2020 zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung, für Büromiete sowie für Aus- und Fortbildungen im Rahmen des Ausbildungspool(s).Halle. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert der Kostenanstieg durch die letztgenannte Kostenposition.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 42,6 TEUR. Damit konnte das geplante Jahresergebnis in Höhe von 9,1 TEUR um 33,5 TEUR überschritten werden.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 30,5 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (9,9 TEUR; Vorjahr 8,6 TEUR), Personalarückstellungen (15,4 TEUR, Vorjahr 12,9 TEUR), Rückstellungen für die ausstehende Rechnungen (4,3 TEUR; Vorjahr 2,4 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (0,9 TEUR, Vorjahr 0,8 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (2,7 TEUR, Vorjahr 17,1 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (3,8 TEUR, Vorjahr 1,9 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (3,3 TEUR, Vorjahr 2,7 TEUR) zusammen. Ferner bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin im Rahmen der Ergebnisabführung i.H.v. 42,6 TEUR (Vorjahr 32,0 TEUR).

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden 2,0 TEUR für die Anschaffung von EDV-Hard- und Software investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash-Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2020 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Anlagevermögen	2,2	1,3	+0,9
Langfristig gebundenes Vermögen	2,2	1,3	+0,9
Forderungen aus LuL	0,0	0,0	0,0
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	35,9	95,8	-59,9
Forderung verb. Unternehmen (Steuer)	1,3	2,5	-1,2
Forderung verb. Unternehmen (CP)	67,2	0,0	+67,2
sonstige Vermögensgegenstände	1,2	3,6	-2,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	105,6	101,9	+3,6
Gesamtvermögen	107,8	103,3	+4,5
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	30,5	24,7	+5,8
Verbindlichkeiten aus LuL	2,6	17,1	-14,5
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	3,8	1,3	+2,5
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	42,6	32,0	+10,6
Verbindlichk. verb. Unternehmen (CP)	0	0,5	-0,5
übrige Verbindlichkeiten	3,3	2,7	+0,5
Kurzfristiges Kapital	82,8	78,3	+4,5
Gesamtkapital	107,8	103,3	+4,5

Bei der Analyse der Bilanz verzeichnet die Gesellschaft auf der Aktivseite eine Erhöhung der Bilanzsumme um 4,5 TEUR. Im Bereich des Anlagevermögens führten die Investitionen des Geschäftsjahres unter Ansatz der Abschreibungen des Geschäftsjahres zum 31.12.2020 zu einem Bilanzausweis von 2,2 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine kumulierte Erhöhung des Bilanzwertes um 3,6 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 107,8 TEUR (Vorjahr: 103,3 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2020 zeigen eine Erhöhung von 5,8 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 24,7 TEUR. Offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Verbundbereich resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,8 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 2,5 TEUR dar.

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten in Höhe von 2,6 TEUR (Vorjahr 17,1 TEUR), aus.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 103,3 TEUR auf 107,8 TEUR in dieser Berichtsperiode gestiegen.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin verbessern. Wies die Gesellschaft im Vorjahr ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 32,0 TEUR aus, konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 42,6 TEUR erwirtschaften (+10,6 TEUR).

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2020 wurden für das Jahr 2021 bei der Cives Dienste GmbH insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr 6). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Risikomatrix bestehen vorrangig Risiken im Zusammenhang mit der Absatzleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen. Verschiedenste Gründe, wie krankheitsbedingte Ausfälle oder die schleppende Neubesetzung offener Stellen, führen zu einer Reduzierung der Leistungskapazität der Gesellschaft. Generell wird die Abhängigkeit von der Gesellschafterin sowie der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienst GmbH angebotenen Leistungen als Risiko angesehen.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2021 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 1.032,6 TEUR.

Auf Grund der gegebenen und abzuschließenden Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 533,7 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung im Rahmen der LVP-Sammlung und 169,4 TEUR der konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung von Kraftfahrern und Ladern zugeordnet werden. Durch einen sukzessiven Aufbau des Geschäftsfeldes konzerninterner Arbeitnehmerüberlassung in den Folgejahren plant die Gesellschaft mit steigenden Umsatzerlösen. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches aus Entsorgungsdienstleistungen und Arbeitnehmerüberlassung betragen im Geschäftsjahr 2022 kumuliert 733,9 TEUR und steigen bis zum Geschäftsjahr 2025 auf 788,3 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen im Geschäftsbereich Ausbildungspool in Höhe von 203,9 TEUR für das Geschäftsjahr 2021. Diese umfassen neben der Betreuung und Entwicklung des Ausbildungspools auch das betriebliche Ausbildungsengagement. Für die Folgejahre plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen im Bereich Ausbildung zwischen 221,5 TEUR im Geschäftsjahr 2022 und 241,8 TEUR im Geschäftsjahr 2025.

Für die Durchführung von Schulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kundensituationen plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 mit Umsatzerlösen in Höhe von 125,5 TEUR. Nach Etablierung der Dienstleistung strebt die Gesellschaft für die Folgejahre Umsatzerlöse zwischen 178,2 TEUR (Geschäftsjahr 2022) und 183,6 TEUR (Geschäftsjahr 2025) an.

6.2. Investitionen

Geplante Investitionen umfassen ausschließlich die Beschaffung von EDV-Hard- und Software im Rahmen von konzernweiten Digitalisierungsprogrammen. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2021 und den weiteren Planungsjahren jeweils konstant auf 3,0 TEUR.

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2021 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 20,4 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Nebenleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktureinrichtungen zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	665	26	322	10	354	7	343	107
Umlaufvermögen	1.837	73	2.876	90	5.110	93	-1.039	-36
Rechnungsabgrenzungsposten	30	1	7	0	5	0	23	329

Bilanzsumme

2.532	100	3.205	100	5.469	100	-673	-21
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	290	11	290	9	290	5	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	15	1	24	1	36	1	-9	-38
Rückstellungen	149	6	381	12	292	5	-232	-61
Verbindlichkeiten	2.078	82	2.480	77	4.851	89	-401	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	30	1	0	0	-30	-100

Bilanzsumme

2.532	100	3.205	100	5.469	100	-673	-21
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	16.036	16.497	14.622
sonstige betriebliche Erträge	338	110	266
Materialaufwand	10.222	10.746	10.078
Personalaufwand	2.910	2.816	2.359
Abschreibungen	158	127	1.559
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.993	2.830	2.615
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16	36	42
Ergebnis nach Steuern	75	52	-1.765
sonstige Steuern	26	28	26
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0	1.791
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	49	24	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,31	0,15	-12,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,99	8,40	-617,85	%
Cash-Flow:	207	152	-232	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	227	241	229	T€
Personalaufwandsquote:	17,77	16,96	15,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	25,12	8,53	5,57	%
Eigenkapitalquote:	11,45	9,04	5,30	%
Fremdkapitalquote:	88,55	90,96	94,70	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Containerumschlag	82.714	81.232	66.696	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.544.597	1.518.599	1.286.327	t
Hafenbahn	645.721	623.921	508.215	t
Straßengüterverkehr	898.876	894.678	778.112	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Entwicklung des Aufwands
- 6.3. Investitionen
- 6.4. Finanzierung
- 6.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremerhaven und dem Standort Halle ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent unit) unverändert einen vorderen Platz ein.

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die sechs Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr sowie
- Dienstleistungen.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u. a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen und Rangierleistungen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z. B. Verriegelung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verriegelung von Übersee-Containern gemäß SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Wie im Vorjahr begonnen, wurden im Kombinierten Verkehr regelmäßig sechs Zug-Rundläufe Hamburg-CTHS-Hamburg je Woche realisiert. Ziel im Rahmen der Tätigkeiten des Kombinierten Verkehrs ist es, bestellte Zug-Kapazitäten durch eine verstärkte Akquise besser zu nutzen und parallel ein flexibles, auf die Container-Mengen angepasstes Transportsystem operativ den Beauftragungen anzupassen.

Im Bereich des Container-Terminal-Betriebes ist es auf Grund dessen weiterhin Zielstellung, die vorhandene Infrastruktur auszubauen. Damit wird die Grundlage geschaffen, den Systemen des Kombinierten Verkehrs weitere Mengen zuführen zu können, und auch weiteres Reeder-Geschäft zu akquirieren. Nicht zuletzt wird damit auch das Ziel verfolgt, die praktischen Abläufe im Bereich der Terminal-Dienstleistungen abzusichern und ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

In enger Verbindung zur geplanten Terminal-Infrastrukturweiterung steht die aktive Unterstützung des Zustandes des Transportsystems Saale. Wichtig bei diesen strategischen Zielen ist die Fokussierung von Leistungen auf entsprechende Infrastrukturbereiche.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung bzw. Hafenerleitung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für **Containerumschlag, Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und dabei zeitgemäß und effektiv zu gestalten. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das deutlich höhere Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang noch bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Teilautomatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten dazu sind abgeschlossen. Eine Implementierung wird für 2021 angestrebt. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2020 war durch die anhaltenden Einflüsse der COVID-19-Pandemie bestimmt. Hinzu kamen wesentliche Einflüsse durch die Afrikanische Schweinepest (ASP), die im 4. Quartal kurzfristig zu deutlichen Veränderungen innerhalb der Systemstruktur führten. Diese Umstände verlangten der Organisation, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an Disziplin, Flexibilität und Einsatzbereitschaft ab. Im Hinblick auf die unabsehbaren Auswirkungen der Pandemie und der damit einhergehenden Veränderung der strukturellen Leistungserbringung bei unseren Auftraggebern werden die weltwirtschaftlichen Veränderungsprozesse an Fahrt aufnehmen und uns ein noch höheres Maß an Kalkül und strategischer Organisation abverlangen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von der weiteren Stabilisierung und Entwicklung des Geschäftsvolumens. Die Anzahl der Rundläufe Hamburg/Halle blieb dabei leicht unter dem Vorjahresniveau. Der infolge der Afrikanischen Schweinepest im September 2020 u. a. in China verhängte Einfuhrstopp für deutsche Fleischwaren (Schweinefleisch) hat für unser Zugsystem zu einem spürbaren Auslastungsdefizit geführt. Mit reduzierten Rundlaufzahlen haben wir versucht, diesem zumindest teilweise entgegenzuwirken.

Die vor drei Jahren begonnenen regelmäßigen Zugverkehre zwischen Rostock und dem CTHS mit einem Ganzzug je Woche und Richtung haben sich erfolgreich stabilisiert.

Ebenso wurden die kontinentalen KV-Verkehre mit Italien im Geschäftsjahr weitergeführt.

Gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen haben die bahnsseitigen Leistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2020 zeigte sich laut Umfragen des ifo-BVL-Logistikindikator für das 4. Quartal weiter eine angespannte Situation im Welthandel. Zu den Verunsicherungen haben insbesondere der Handelskonflikt zwischen den USA und China, der Brexit sowie zunehmender Protektionismus und dirigistische staatliche Eingriffe beigetragen. Verschärfend hinzugekommen ist ab dem Frühjahr 2020 die COVID-19-Pandemie und ab dem Herbst 2020 die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland. Aufgrund der ASP haben sich durch den Einfuhrstopp für deutsches Schweinefleisch im Hauptempfängerland China die monatlichen Umsätze mit unserem diesbezüglichen Geschäftspartner fast halbiert. Dementsprechend blieben die Umsatzerlöse in der Kernsparte Dispositive Leistungen sowohl unter den Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr als auch unter denen des Vorjahres.

Im Rahmen des Verkehrs- und Transportgewerbes, kam es dabei zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Industrielles Geschäft war in diesem Zusammenhang eher negativ beeinflusst. Hingegen erlebte beispielsweise das Geschehen im Bereich der Online-Distribution und Ihren angeschlossenen Systemleistungen einen Boom.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar verändert. Die Auswirkungen der Pandemie-Maßnahmen haben zu diversen notwendigen Maßnahmen im privaten Bereich der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geführt. Die notwendigen Maßnahmen aus Fürsorge und Arbeitsschutz stellten für die Gesellschaft eine zusätzliche Herausforderung dar.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Um dauerhaft Mengen und Leistung aufrecht zu erhalten, ist es daher notwendig, einerseits den wachsenden Kundenbedürfnissen flexibel und effizient gerecht zu werden. Andererseits ist die Akquisition von Neukunden und auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2020 einen Umsatz von 14.942 T€.

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung auf sinnvolle Digitalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, war auch im Jahr 2020 einer der organisatorischen Schwerpunkte. Zwei grundlegende Erkenntnisse der Entwicklungen sind, dass die Prozessanalyse im Sinne des Proof of value entscheidend für den Erfolg eines digitalisierten Prozesses ist und außerdem über deren Akzeptanz bei den Anwendern bestimmt. Problematisch bleiben die zur Verfügung stehenden Entwicklerressourcen. Die die Gesellschaft begleitenden IT-Unternehmen sind nach wie vor kaum noch in der Lage, verlässliche Angaben über Ressourcen oder Umsetzungszeiträume zu geben. Dies wird mittel- bis langfristig das größte Hindernis darstellen, sich die Möglichkeiten der Prozessdigitalisierung zu Nutzen zu machen und eine positive Akzeptanz zu erzeugen. Besonders problematisch ist dies im Zusammenhang mit einer wachsenden Nachfrage nach digitalen Prozessschnittstellen unserer Auftraggeber zu bewerten. Im Rahmen von Geschäftsbeziehungen ist dies bereits ein Kriterium für deren Entstehen oder Verlauf.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Alle Aufgaben konnten im Rahmen der organisatorischen Belange bewältigt werden. Der Personalstamm konnte in 2020 gefestigt und an die wachsenden Leistungsvolumina angepasst werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von 16.036,0 T€. Mit 13.907,6 T€ hatten die **Dispositiven Leistungen** einen Anteil von etwa 87 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte per 31. Dezember 2020 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 338,2T€. Neben etwa 68,3 T€ Versicherungserträgen wurden etwa 111,7 T€ Erträge aus der Erstattung von Trassenentgelten nach der TraFöG-Richtlinie (**Trassenpreisförderung im Güterverkehr**) des Bundes, 45,0 T€ Erträge aus Anlagenabgängen, 38,0 T€ aus der Erstattung nach § 16 AEG für die Unterhaltung von Bahnübergängen sowie 36,2 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen erzielt. Auf die Auflösung von Fördermitteln entfielen 9,4 T€.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 10.222,5 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 1.314,8 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.046,4 T€) sowie den Energiebezug (255,7 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2020 bei 8.907,7 T€. Bestimmende Größe waren mit 8.625,0 T€ die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte.

Im Jahr 2020 fiel ein Personalaufwand in Höhe von 2.910,1 T€ an. Die Abschreibungen beliefen sich auf 157,6 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2020 bei 2.992,5 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.371,8 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (392,2 T€), Mautkosten (355,5 T€), Versicherungen (167,5 T€) sowie die Instandhaltung an Grundstücken und Gebäuden (165,0 T€) zu nennen. Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass die Gesellschaft gemäß Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Finanzergebnis (-16,2 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter sowie Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gem. BImSchG-Genehmigung geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2020 insgesamt 500,7 T€. Hiervon entfielen 336,4 T€ auf die Anschaffung von gebrauchten Lkw. Auf Anpassungen und Erweiterung von Hard- und Software entfielen 60,3 T€. Auf die Anschaffung und elektrotechnische Anbindung von Arbeitsplattformen für das stromseitige Anschließen von Kühlcontainern entfielen 57,8 T€. Weitere 20,9 T€ fielen für Aufwendungen Betriebs- und Geschäftsausstattungen/GWG an.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 2.500 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2020 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 665,0 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 1.837,4 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.682,1 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 14,8 T€. Die Rückstellungen über 148,9 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (65,0 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (67,0 T€) geprägt. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (889,5 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (1.140,0 T€, darunter 1.025,4 T€ aus Cash Pool) und sonstigen Posten (49,1 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2020 auf insgesamt 2.078,7 T€.

Zum 31. Dezember 2020 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 2.532,2 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von +49,3 T€ erzielt.

Die in den Sparten Containerumschlag und Bahnleistungen für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten erreicht und übertroffen werden. In der Sparte Dispositive Leistungen konnten die Umsatzziele aufgrund der unter 3.2 beschriebenen Rahmenbedingungen nicht erreicht werden.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen unter der Prognose.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z. B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter und die weltwirtschaftliche Gesamtlage – unverändert große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Niveau unserer Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen. Daneben betrachten wir es als Priorität, infrastrukturelle Voraussetzungen für die Absicherung bestehender als auch die Akquise neuer Geschäfte zu schaffen. Dazu gehören im Wesentlichen die Instandsetzung defekter als auch die Schaffung neuer Infrastrukturen im Bereich der Terminalfläche.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der CTHS insgesamt 27 Risiken ermittelt (Vorjahr 24). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 10 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	7	1	6
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	1	0	1
Gesamt	10	1	9

In der Kategorie Marktrisiken haben wir 7 Risiken identifiziert. Neben dem Risiko der Tierseuchen (Marktrisiken, Beschaffungsmarkt) in Gruppe 1 sehen wir in der Gruppe 2 die Marktrisiken

- der Ersatzbeschaffung von Zugleistungen (Beschaffungsmarkt),
- aus der derzeitigen globalen Entwicklung (Absatzmarkt),
- aus dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt)
- der aggressiven Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe (Wettbewerber),
- aus der COVID-19-Pandemie (Pandemie) sowie
- aus der anhaltenden Diskussion um Lärmemissionen und die Durchführung eines B-Plan-Verfahrens am Standort (Rechtliche Risiken).

Dabei sehen wir in der derzeitigen globalen Entwicklung Risiken, denen durch uns kaum zu begegnen ist. Diese können sehr kurzfristig zu Veränderungen sowohl der Relationen als auch der Mengenströme der derzeitigen Verkehrsabwicklung führen. Neben den Ausführungen unter 3.2 Marktbezogene Entwicklung ist ergänzend die Gründung der weltweit größten Freihandelszone im Asien-Pazifik-Raum im Herbst 2020 zu nennen.

In der Kategorie Rechtliche Risiken sehen wir unverändert die Diskussion über innerstädtische Fahrverbote für Lkw als ein Risiko der Gruppe 2. Bei den Technischen Risiken in Gruppe 2 haben wir extreme Hochwasser über HQ100 identifiziert.

Die beschriebenen Risiken werden auch in den Folgejahren fortbestehen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Erhöhung des Preis- und Leistungsdrucks ein. Verstärkte Konsolidierungen von Akteuren, beeinflusst durch globale als auch pandemisch beeinflusste Neuordnungen, werden uns in den Folgejahren stärker beeinflussen.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr und einer Kapazitätserweiterung des Terminalbereichs.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbepark an der A 14 weiterhin Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

5.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In den Planungen für das Jahr 2021 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge sowie der genannten weiteren Bahnverkehre ergeben. Im Jahr 2021 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 1.400 T€ geplant. Bei den Umsätzen der **Dispositiven Leistungen** gehen wir für das Jahr 2021 von Umsätzen in Höhe von etwa 14.600 T€ und von im Mittel jährlichen Zuwächsen um 390 T€ aus. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir Umsätze von jährlich etwa 790 T€.

6.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2021 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material Aufwendungen in Höhe von etwa 1.630 T€, die bis in das Jahr 2025 auf 1.880 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu über 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Für das Jahr 2022 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Diesellok BR 265 (Poseidon) in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand erhöhen. Die Ergebnisse der tarifvertraglichen Neuregelungen hat die Gesellschaft in den Planungen berücksichtigt. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal) gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu etwa 70 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren aufgrund sinkender Mieten ab und liegen zwischen etwa 2.490 T€ im Jahr 2021 und 2.170 T€ (einschließlich 400 T€ Eimalaufwendungen) im Jahr 2025.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 6.152 T€ im Jahr 2021 und 7.018 T€ in 2025 erwarten wir ein EBIT zwischen 150 T€ im Jahr 2021 und 216 T€ im Jahr 2025.

Das Finanzergebnis wird zwischen -40 T€ in 2021 und -125 T€ in 2025 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 33 T€ in die Planungen eingestellt.

6.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren im Wesentlichen auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Daneben werden Investitionen in die Bereich IT- und IT-Infrastruktur erforderlich sein. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen und Containerumschlag) sind für das Jahr 2021 und 2022 Investitionen für Flächenerweiterungen und in Umschlagtechnik vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

6.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

6.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2021 planen wir ein Ergebnis von 77,3 T€ vor Ergebnisabführung. Bis zum Jahr 2025 wird sich dieses auf 57,9 T€ verändern.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt alle weiteren Auswirkungen der weltweiten COVID-19-Pandemie und dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland auf das Transportaufkommen noch nicht berücksichtigt sind. Insoweit unterstellt der Prognosebericht eine planmäßige Entwicklung. Da aber der überwiegende Teil aller durch uns umgeschlagenen und transportierten Container im Export und Import mit China realisiert wird, ist eine sichere Prognose aus heutiger Sicht nicht möglich.

EGE-B Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG mit Sitz in Halle(Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	30	100

Bilanzsumme	30	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	25	84
Rückstellungen	3	11
Verbindlichkeiten	2	5

Bilanzsumme	30	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	12
Personalaufwand	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,68	%
Cash-Flow:	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:	43,82	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	83,51	%
Fremdkapitalquote:	16,49	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-B Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-B Verwaltung GmbH (EGE-B Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin der EGE-B Verwaltung ist die EVH GmbH.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Torsten Horn wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

3. Lage der Gesellschaft

Nach der Gründung der Gesellschaft im März 2020 wurde der Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-B Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 T€.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 12 T€ enthalten den Aufwendersersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 12 T€. Diese beinhalteten Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Prüfungskosten sowie Aufwendungen für die Gründung des Unternehmens.

Der Finanzmittelbestand der EGE-B Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2020 auf 30 T€.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 25 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 3 T€ sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2 T€.

Die EGE-B Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2020 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-B Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,4 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

EGE-P Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
Ingenieurversorgung Baden Württemberg	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an

- a) der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG sowie
- b) der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 4 GmbH & Co. KG und der EVH Grüne Energie - Projekt 5 GmbH & Co. KG

mit Sitz in Halle (Saale) (die unter b) aufgeführten Gesellschaften jeweils sog. "Projektbündelgesellschaften") und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	33	100

Bilanzsumme	33	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	27	82
Rückstellungen	4	12
Verbindlichkeiten	2	6

Bilanzsumme	33	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	15
Personalaufwand	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,63	%
Cash-Flow:	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:	35,53	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	81,65	%
Fremdkapitalquote:	18,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-P Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-P Verwaltung GmbH (EGE-P Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und Übernahme der Geschäftsführung der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG sowie der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG, der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG und der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG.

Ferner soll die Gesellschaft zukünftig auch gegenüber weiteren Projektgesellschaften die Position der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie die Geschäftsführung übernehmen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Es gliedert sich in zwei Geschäftsanteile zu je 12.500 €, welche durch die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg) gehalten werden.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Thomas Hollstein wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach dem historischen Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im 2. Quartal 2020 infolge der einsetzenden Pandemie in Deutschland um 11,3 % ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal zwar deutlich gewachsen. Im Vorjahresvergleich war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 jedoch 4,1 % niedriger als im 2. Quartal 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rechnet für das Jahr 2020 mit einem Minus von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie, insb. Umsatzausfälle durch Einschränkungen bzw. Schließungen, für betroffene Unternehmen abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3. Lage der Gesellschaft

Nach der Gründung der Gesellschaft im April 2020 wurde der Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-P Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 2 T€.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 15 T€ enthalten den Aufwendungsersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 13 T€. Diese beinhalten den Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Prüfungskosten sowie Aufwendungen für die Gründung des Unternehmens.

Der Finanzmittelbestand der EGE-P Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2020 auf 28 T€.

Das Eigenkapital beträgt 27 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 4 T€ sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2 T€. Auf der Aktivseite bestanden neben den oben genannten liquiden Mitteln Forderungen in Höhe von 4 T€.

Die EGE-P Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2020 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 2 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.500	57	9.906	61	10.120	51	594	6
Umlaufvermögen	7.674	42	6.120	38	9.520	48	1.554	25
Rechnungsabgrenzungsposten	269	1	250	1	263	1	19	8

Bilanzsumme

18.443	100	16.276	100	19.903	100	2.167	13
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.954	43	7.954	49	7.954	40	0	0
Rückstellungen	8.135	44	5.937	36	6.761	34	2.198	37
Verbindlichkeiten	2.354	13	2.385	15	5.188	26	-31	-1

Bilanzsumme

18.443	100	16.276	100	19.903	100	2.167	13
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	115.580	111.011	107.402
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	106	-456	62
sonstige betriebliche Erträge	2.402	937	1.116
Materialaufwand	82.793	77.085	73.401
Personalaufwand	19.961	19.660	19.391
Abschreibungen	1.241	1.352	1.249
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.673	12.966	14.121
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	9	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54	81	118
Ergebnis nach Steuern	378	357	361
sonstige Steuern	76	56	61
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	302	301	300
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,26	0,27	0,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,80	3,78	3,77	%
Cash-Flow:	1.543	1.653	1.549	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	454	429	408	T€
Personalaufwandsquote:	16,90	17,63	17,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	44,69	49,37	40,56	%
Eigenkapitalquote:	43,12	48,87	39,96	%
Fremdkapitalquote:	56,88	51,13	60,04	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Netznutzung Gas	1.099	1.121	1.137	GWh
Netznutzung Strom	768	782	789	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers 2017 bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Seit dem Frühjahr 2018 hat die Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout begonnen, um moderne Messeinrichtungen in den Haushalten einzubauen. Nach deren Marktverfügbarkeit wurde in der zweiten Jahreshälfte 2020 auch mit dem Einbau der ersten intelligenten Messsysteme begonnen.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Wärmeanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilernetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Netzbetrieb Gas, Netzbetrieb Strom, Netzbetrieb Wärme, Messstellenbetrieb, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung Kabel, Strategie/Planung Rohrtechnik, Dokumentation/Liegenschaften) und Marktgebietsmanagement (Vertragsmanagement, Wechselprozesse, Energiedatenmanagement, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie stand im Frühjahr die öffentliche Versorgungswirtschaft vor bis dahin nicht gekannten Herausforderungen, die das laufende Geschäftsjahr wesentlich geprägt haben. Der Fokus lag hierbei in der ersten Zeit vor allem auf der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen, dem hierfür notwendigen Schutz der Mitarbeiter*innen, der Umsetzung von Hygienekonzepten sowie der Lösung hiermit zusammenhängender arbeitsorganisatorischer Fragestellungen, die ständig aktualisiert werden mussten.

Ungeachtet dessen konnte das vor dem Hintergrund der neuen und komplexen Anforderungen, die mit der Energiewende, dem Trend zur Digitalisierung sowie der steigenden Erwartungshaltung von Seiten der Kunden einhergehen, vor drei Jahren gestartete Projekt „PZG – Prozesse zukunftssicher gestalten“ Ende 2020 erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel des Projektes war es, die Prozesse im Netzbetrieb zukunftssicher, massenprozessfähig und kundenorientiert auszugestalten. Insbesondere wurden Themen wie Arbeitsabläufe, IT-Unterstützung und Organisation betrachtet und optimiert. Die Netzgesellschaft Halle arbeitet an der Umsetzung der Digitalisierung von Bauprojekten. Dazu wird der Prozess beginnend mit der Asset-Vorplanung über die Realisierung bis zur Abrechnung von Bauprojekten aufbereitet und digitalisiert. Die Implementierung hat im Jahr 2020 begonnen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde am 13. August 2020 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 1. November 2020 in Kraft. Das bisherige Energieeinsparungsgesetz (EnEG), die bisherige Energieeinsparverordnung (EnEV) und das bisherige Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) treten mit dem Inkrafttreten des GEG außer Kraft. Wie das bisherige Energieeinsparrecht für Gebäude enthält das neue GEG Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden, die Erstellung und die Verwendung von Energieausweisen sowie an den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden. Durch das GEG werden EnEG, EnEV und EEWärmeG in einem modernen Gesetz zusammengeführt. Es wird ein einheitliches, auf einander abgestimmtes Regelwerk für die energetischen Anforderungen an Neubauten, an Bestandsgebäude und an den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden geschaffen.

Am 31. Januar 2020 hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) einen dritten Anbieter von Smart-Meter-Gateways zertifiziert und mit Wirkung zum 24. Februar 2020 folgte die Erklärung der Marktverfügbarkeit. Damit konnte ab Frühjahr 2020 mit dem Einbau für intelligente Messsysteme in der Einbaugruppe aller Letztverbraucher an Zählpunkten in der Niederspannung mit einem Jahresstromverbrauch von höchstens 100.000 kWh und ohne registrierende Lastgangmessung begonnen werden. Grundzuständige Messstellenbetreiber (gMSB) haben seitdem drei Jahre Zeit, (mindestens) die ersten 10 % von Letztverbrauchern, die an das Niederspannungsnetz angeschlossen sind und maximal 100.000 kWh im Jahr verbrauchen, mit intelligenten Messsystemen auszustatten.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Konjunkturpaketes zur Corona-Krise die Umsatzsteuer temporär vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 abgesenkt. Im Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der volle Umsatzsteuersatz von bisher 19 % auf 16 % und der verminderte Steuersatz von 7 % auf 5 % gesenkt. Die Absenkung führte die Netzgesellschaft Halle zu besonderen Herausforderungen bei der steuerrechtlichen und vertragsrechtlichen Abwicklung. Dies betrifft Fragen zur richtigen Ausweisung des geltenden Umsatzsteuersatzes und Anforderungen an die Rechnungslegung.

Am 5. November 2020 sind die Änderungen der StromNEV sowie der N(D)AV in Kraft getreten. Die Anpassung der StromNEV dient u. a. zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen aus der Corona-Pandemie. Das Sonderentgelt für intensive Netznutzer kann in 2020 auch dann beansprucht werden, wenn noch in 2019 die Voraussetzungen erfüllt wurden, in 2020 hingegen nicht. Bei Netzanschluss und Anschlussnutzung in Niederspannung und Niederdruck in Netzen der allgemeinen Versorgung wird an verschiedenen Stellen auf die Schriftform verzichtet. Damit wird insbesondere ein elektronischer Vertragsschluss per E-Mail ermöglicht.

Am 17. Dezember 2020 hat der Bundestag das EEG 2021 mit zahlreichen Änderungen verabschiedet, welches zum 1. Januar 2021 in Kraft tritt.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Netzgesellschaft für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) erfolgte mit Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 9. Juli 2019 und für die dritte Regulierungsperiode Gas (2018 bis 2022) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 4. November 2019.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2020 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 279 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 44 Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sank zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (287 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) um 8 Beschäftigte, was sich im Wesentlichen durch den Übergang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der passiven Phase der Altersteilzeit in die Rente begründet.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 43 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 20 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieurausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken und den wichtigen Wissenstransfer abzusichern.

Des Weiteren unterstützt die Netzgesellschaft Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der Konzern-Mitarbeiterentwicklung zu besuchen. Aufgrund der Ausbreitung des COVID-19-Virus war die Personalentwicklung der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) dieses Jahr gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikantinnen- und Praktikanten- und Traineestellen im Rahmen der Hochschulkontaktpflege kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2020	2019	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	115,6	111,0	4,6	4,1
Übrige Erträge	2,5	0,5	2,0	>100%
Materialaufwand	82,8	77,1	5,7	7,4
Deckungsbeitrag	35,3	34,4	0,9	2,6
Personalaufwand	20,0	19,7	0,3	1,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13,7	12,9	0,8	6,0
EBITDA	1,6	1,8	-0,1	-7,7
Abschreibungen	1,2	1,4	-0,2	-11,4
EBIT	0,4	0,4	0,0	5,0
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Steuern	0,1	0,1	0,0	-24,0
Jahresergebnis	0,3	0,3	0,0	0,7

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahrs stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Mio. €, was im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus EEG- und KWK-Belastungsausgleich zurückzuführen ist. Ein korrespondierender Anstieg zeigt sich im Materialaufwand. Darüber hinaus erfolgte im Geschäftsjahr eine Anpassung des Ausweises für einzelne (im Vorjahr saldierte) Positionen der Erfolgsrechnung. Diesbezüglich wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Gegenläufig wirkten geringere Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom und Gas aufgrund von Anpassungen in den Regulierungskonten. Der Anstieg der übrigen Erträge um 2,0 Mio. € ist vor allem auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen. Im Ergebnis ergab sich eine Erhöhung des Deckungsbeitrages um 0,9 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,3 Mio. € aus. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung ab dem 1. August 2020 um 3 %. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 0,8 Mio. € im Wesentlichen aufgrund höherer Zuführungen zu Rückstellungen.

Im Ergebnis erreichte die Netzgesellschaft Halle ein auf dem Vorjahresniveau liegendes EBIT in Höhe von 0,4 Mio. € sowie ein Jahresergebnis in Höhe von 0,3 Mio. €.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2020 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 43,1 Prozent (Vorjahr: 48,9 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in Höhe von 1,9 Mio. € getätigt im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 0,3 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2020	2019
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2,8	1,7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,9	-1,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	0,6	0,3
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	0,4	0,1
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	1,0	0,4

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 1,0 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash-Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 18,4 Mio. € und lag somit 2,2 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 10,5 Mio. € um 0,6 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Das Umlaufvermögen stieg um 1,6 Mio. € auf 7,7 Mio. €.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Rückstellungen (+2,2 Mio. €) geprägt. Die Verbindlichkeiten lagen mit 2,4 Mio. € auf Vorjahresniveau.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2020 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Für das Risiko aus Lieferanteninsolvenzen im Zusammenhang mit COVID-19 wurden Rückstellungen im Geschäftsjahr 2020 gebildet.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Der regulierte Messstellenbetrieb Strom wird gemäß § 29 Abs. 3 MsbG bis spätestens 2032 durch den "intelligenten Messstellenbetrieb" von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen abgelöst. Das MsbG führt zu mehr Wettbewerb im Messstellenbetrieb.

Trotz der Ausbreitung des COVID-19-Virus wird die Gesellschaft die Versorgung mit Elektrizität und Erdgas sicherstellen. Mitarbeitende sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung hingewiesen worden. Zum Schutz des Personals wurden unterstützende Maßnahmen eingeleitet (zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsleistungen). Das Unternehmen ist weiterhin gut vorbereitet, dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Es besteht ein erhöhtes Risiko von Lieferanteninsolvenzen und daraus folgenden vollständigen Zahlungsausfällen und Anfechtungen. Zur Risikominderung erfolgte diesbezüglich eine Zuführung zu Rückstellungen im Geschäftsjahr 2020. Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenaufkommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.719	75	4.667	72	4.599	77	52	1
Umlaufvermögen	1.500	24	1.721	27	1.280	22	-221	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	8	0	7	0	0	0
Aktive latente Steuern	58	1	64	1	71	1	-6	-9

Bilanzsumme	6.285	100	6.460	100	5.957	100	-175	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.118	50	3.096	48	2.881	48	22	1
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	497	8	402	6	396	7	95	24
Rückstellungen	214	3	318	5	288	5	-104	-33
Verbindlichkeiten	2.456	39	2.644	41	2.392	40	-188	-7

Bilanzsumme	6.285	100	6.460	100	5.957	100	-175	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.854	6.379	5.914
andere aktivierte Eigenleistungen	51	67	58
sonstige betriebliche Erträge	166	170	73
Materialaufwand	1.252	1.373	1.333
Personalaufwand	2.147	2.114	2.081
Abschreibungen	489	477	457
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.698	1.916	1.532
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	35	41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	123	188	160
Ergebnis nach Steuern	336	513	441
sonstige Steuern	13	14	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	323	499	427

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,51	7,83	7,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,54	19,23	17,39	%
Cash-Flow:	812	976	884	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	108	112	104	T€
Personalaufwandsquote:	35,36	31,95	34,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,83	71,96	76,78	%
Eigenkapitalquote:	49,62	47,92	48,36	%
Fremdkapitalquote:	50,38	52,08	51,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Absatz Fernwärme	18,8	19,3	20,6	GWh
Absatz Strom	15,9	18,8	18,6	GWh

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2020 kann trotz der ab März 2020 einsetzenden Corona-Epidemie als stabil und normal eingeschätzt werden. Alle eingeleiteten Maßnahmen zur Durchsetzung von Hygiene-, Schutz-, und Sicherheitsmaßnahmen zeigten Wirkung und sind grundsätzlich für die Normalität des Geschäftsverlaufs zu nennen. Im gesamten Geschäftsjahr 2020 waren keine Ansteckungen bzw. Erkrankungen am Coronavirus zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2020 blieben die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) mit den Bereichen Energieerzeugung, Energieverteilung und Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) unverändert. Das betrifft in gleicher Weise die Versorgungsbereiche mit den jeweilig zur Verfügung stehenden Anlagenkonfigurationen.

Nach der Teilbetriebsveräußerung der Trinkwassersparte der Bereiche Ortsteile Wünsch und Langeneichstädt der Stadt Mücheln/Geiseltal zum 31.12.2019 sowie des Ortsteils Klobikau der Goethestadt Bad Lauchstädt zum 30.06.2019 an die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland GmbH konzentriert sich das Kerngeschäft der EWAG auf die Energieerzeugung, Energielieferung und Energieversorgung.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich Ortsteil Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt. Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra, Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS).

Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Reserve Erdgas) erzeugt.

Im Kraftwerk Geiseltalstraße wird nur Strom erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ Strom) eingespeist.

Auf Grund eines Generatorschadens war im Kraftwerk Geiseltalstraße ein außerplanmäßiger Stillstand für die Dauer von 6 Wochen zu verzeichnen.

Auf Grundlage eines zwischen der E.MAGIS energy GmbH (E.MAGIS) Weimar und der EWAG bestehenden Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die E.MAGIS.

Der zur optimalen wirtschaftlichen Vermarktung des Stroms bestehende Leitfaden zum Energieverkauf wird stetig den Strommarktentwicklungen angepasst und bildet die verbindliche Arbeitsgrundlage für die an der Vermarktung beteiligten Partner.

Der Leitfaden regelt die Ziele der Verkaufsstrategie und die Verkaufsmethoden als solche. Hauptziele der Verkaufsstrategie sind:

1. Absicherung eines geplanten Mengenabsatzes und der geplanten Erträge
2. Erzielung eines durchschnittlichen Verkaufspreises, der möglichst oberhalb der allgemeinen Marktentwicklung des Strompreises liegt.

Grundlage der Verkaufsmethode ist der Verkauf elektrischer Energie durch Ausschreibung fester 1-h- bzw. ¼-h-Verkaufspläne (Prognose). Grundlage der Verkaufspläne bilden historische Lastdaten sowie die Produktionsplanung der EWAG, die jeweils im Juni für die Folgejahre als Prognosen abgestimmt werden.

Ebenfalls Bestandteil des Energieverkaufs sind Regelungen bezüglich des Ausgleiches zwischen Mehr- und Mindermengen zwischen der E.MAGIS und der EWAG, die im Geschäftsjahr 2020 angewandt wurden.

Die Direktvermarktung der erzeugten Elektroenergie an Privat- und Firmenkunden wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen zum 31.12.2020 eingestellt.

Die Sparte Stromverkauf-Stromlieferung hat sich im Vergleich zum Vorjahr planmäßig entwickelt.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter zur Beendigung der Stromlieferung von Privat- und Firmenkunden wurde dieser Sachverhalt bereits im Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 berücksichtigt, so dass die Erlösminderungen in dieser Teilsparte im Vergleich zum Vorjahr 2019 eingeplant waren.

Auch die Sparte Stromverkauf-Stromlieferung entwickelte sich im Vergleich zum Jahr 2019 sowie auch zum Wirtschaftsplan 2020 stabil und planmäßig.

Die Abschlüsse von mittelfristigen Stromlieferverträgen im Jahr 2018 sowie einen kurzfristigen Stromliefervertrag im Jahr 2019 trugen wesentlich zu dieser Entwicklung bei.

Bedingt durch das relativ milde Klima in den Frühlings- und Wintermonaten setzte sich im Bereich Fernwärme der Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Trotz stetiger Erhöhung des Anschlussgrades der Fernwärmeversorgung infolge der in den letzten Jahren durchgeführten Investitionen sowie durchgeführten Preisanpassungen entwickeln sich die Absatzmengen und somit die Fernwärmeerlöse rückläufig.

Die positive Entwicklung im Bereich Verwertung Ersatzbrennstoffen (EBS) hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht fortgesetzt. Trotz kontinuierlichen Fahrweise der Energieerzeugungsanlagen im Kraftwerk Grubenweg konnten die geplanten Brennstoffmengen nicht durchgesetzt werden. Ursächlich dafür sind das Erreichen der Kapazitätsgrenze für den Durchsatz aber auch Qualitätsverbesserungen bei den Ersatzbrennstoffen zu nennen.

Im Kraftwerk Geiseltalstraße konnte der geringere Brennstoffdurchsatz auf Grund des Brennstoffpreises ausgeglichen werden.

Tendenziell ist der technische Zustand der Energieerzeugungsanlagen an den Standorten Grubenweg und Geiseltalstraße als normal einzuschätzen. Die Sanierung des Dampferzeugers DE 7 in den Jahres 2019 und 2020 trug zu einer stabileren Fahrweise zur Energieerzeugung bei.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist auch für das Geschäftsjahr 2020 aus der Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Im Jahre 2020 wurde der Ausbau des Fernwärmenetzes in Braunsbedra mit dem Netzanschluss der Straße des Friedens und dem Nordrand fortgeführt. 20 Neuanschlüsse wurden in diesem Bereich sowie 3 Neuanschlüsse an bereits erschlossenen Straßen realisiert.

Weiterhin wurden in Braunsbedra 12 Fernwärmehausanschlüsse im Kastanienweg und im Birkenweg saniert.

In Großkayna wurden 4 Neuanschlüsse ans Fernwärmenetz sowie die Sanierung eines Fernwärmehausanschlusses realisiert.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 323 erwirtschaftet (Vorjahr: TEUR 499).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr auch unter Berücksichtigung des Verkaufs der Trinkwassersparte um TEUR 524 auf TEUR 5.855 verringert.

Die geringeren Erlöse aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 12 vergleichsweise zum Jahr 2019 resultieren weitestgehend aus dem Wegfall von Dienstleistungen (Reparatur- und Instandhaltungsleistungen an Kundenanlagen) durch den Verkauf der Trinkwasserbereiche.

Mit dem Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Beendigung der Stromlieferung an Privat- und Firmenkunden und der damit verbunden Kündigung der entsprechenden Stromlieferverträge zum 31.12.2020 durch die EWAG sowie der Inanspruchnahme von Sonderkündigungsrechten einiger Kunden begründet sich die Abweichung der Erlöse Stromverkauf Dritte in Höhe von TEUR -81 im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Erlösen Stromlieferungen ist ein Erlösrückgang in Höhe von TEUR 8 zum Vorjahr zu verzeichnen. Zu berücksichtigen sind dabei die vermiedenen Netznutzungsentgelte als Bestandteil der Stromerlöse. Diese werden zum Bilanzstichtag des jeweiligen Geschäftsjahres als Sonstige Forderungen gegen den Stromnetzbetreiber eingestellt. Im Jahr 2019 wurden Erlöse aus Vermiedenen Netznutzungsentgelte in Höhe von TEUR 115 bilanziert. Mit der Abrechnung durch den Stromnetzbetreiber im Jahr 2020 wurden davon jedoch nur TEUR 41 fakturiert. TEUR 74 wurden als periodenfremde Erträge aufgelöst.

Basierend auf diesen Sachverhalt wurde aus Gründen kaufmännischer Sicherheit als Erlöse aus vermiedenen Netznutzungsentgelte für das Jahr 2020 nur TEUR 37 bilanziert.

Die Trend der sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 20 verringerten Fernwärmeerlöse infolge der Klimaveränderungen hat sich auch im Geschäftsjahr 2020 fortgesetzt.

Tendenziell sind in den letzten Jahren bedingt durch klimatischen Veränderungen Stagnationen bzw. Rückgänge der Wärmeverbrauchsmengen zu verzeichnen, die sich wesentlich auf die Wärmeerlöse auswirken.

Aber auch ein zunehmender Wohnungsleerstand ist in Braunsbedra zu verzeichnen.

Die seit dem Jahr 2014 jährlich durchgeführten Investitionen in verschiedenen Fernwärmeversorgungsgebieten erweisen sich als richtig und wirken dem Abwärtstrend der Absatzmengen aus Wärmeversorgung infolge der klimatischen Veränderungen entgegen.

Bei den Brennstoffertlösen ist im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung in Höhe von TEUR 109 zu verzeichnen. Im Heizkraftwerk Grubenweg wurde auf Grund veränderter Qualitäten (höhere Heizwerte, Veränderungen an der Struktur der Brennstoffe) weniger Brennstoff durchgesetzt.

Im Betriebsteil Kraftwerk Geiseltalstraße ist der geringere Brennstoffdurchsatz auf den außerplanmäßigen Stillstand infolge des Generatorschadens zurückzuführen.

Die Erlösminderungen bei den Erlösen Solarstrom um TEUR 1 sind auf die geringeren Sonnenstunden im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra, haben sich vergleichsweise zu den geplanten Eigenleistungen des Wirtschaftsplans 2021 um TEUR 18 erhöht, weisen jedoch im Vergleich zum Vorjahr eine Verringerung um TEUR 15 aus.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge haben sich bei nahezu unveränderten Ertragsinhalten im Vorjahresvergleich minimal um TEUR 4 verringert.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 122 verringert. Im Einzelnen verringerten sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 103 sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 19.

Die geringeren Aufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen durch geringere Aufwendungen für Strom Weiterberechnung in Höhe von TEUR 78, für Heizöl in Höhe von TEUR 39, für Holzbrennstoffe in Höhe von TEUR 48 sowie für Aufwendungen für Trink- und Brauchwasser in Höhe von TEUR 7 begründet.

Dagegen sind die Aufwendungen der Bestandsveränderungen um TEUR 30 sowie die Aufwendungen für Chemikalien und Hilfsstoffe um TEUR 25 vergleichsweise zum Jahr 2019 gestiegen.

Die geringeren Aufwendungen für die Strom Weiterberechnung stehen in Verbindung mit der Beendigung der Stromversorgung von Privat- und Firmenkunden zum 31.12.2020.

Die geringeren Aufwendungen um TEUR 39 für Heizöl ergeben sich neben geringeren Einkaufsmengen im Wesentlichen aus geringeren Einkaufspreisen als im Vorjahr.

Nach Beendigung eines Rechtsstreites mit dem Landkreis Saalekreis bezüglich des Brennstoffeinsatzes in der Holzverbrennungsanlage der Wärmeversorgung Großkayna können die gleichen Brennstoffe wie vor dem Rechtsstreit wieder eingesetzt werden. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu geringeren Aufwendungen in Höhe von TEUR 48.

Die höheren Aufwendungen für Chemikalien und Hilfsstoffe sind durch Preisanpassungen der Lieferanten im Geschäftsjahr 2020 begründet.

Die Minderung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen um TEUR 19 ist weitestgehend auf geringere Entsorgungsmengen und damit auch Entsorgungsaufwendungen für Rostaschen, Filteraschen sowie sonstiger Abfälle zurückzuführen.

Allgemein haben sich die Aufwendungen für die Prüfungen von den Hochdruckkesseln, von Druck- und Lagerbehältern, für die Funktionsprüfungen und Kalibrierungen sowie für die Emissionsmessungen der Hochdruckkessel im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3% erhöht.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.243 um TEUR 423 auf TEUR 4.820 minimiert.

Die Personalkosten haben sich infolge durchgeführter Lohn- und Gehaltsanpassungen vergleichsweise zum Vorjahr planmäßig um TEUR 33 erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr (59 Mitarbeiter) wurde im Geschäftsjahr (58 Mitarbeiter) im Durchschnitt ein Mitarbeiter weniger beschäftigt.

Trotz durchgeführter Investitionen, vor allem im Bereich Fernwärme, haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 13 vermindert.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 217 verringert. Diese Minderungen beruhen im Wesentlichen auf geringeren Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen um TEUR 182, für Dienst- und Fremdleistungen um TEUR 49, für Rechts- und Beratungskosten um TEUR 19, für Beiträge, Gebühren und Versicherungen um TEUR 10 sowie für Post- und Bürokosten um TEUR 7.

Höhere Aufwendungen für Fahrzeugkosten um TEUR 46 sind hauptsächlich auf außerplanmäßige Reparaturen des Radladers im Heizkraftwerk Grubenweg zurückzuführen. Weiterhin sind vergleichsweise höhere EDV-Kosten um TEUR 4 (Softwareumstellung der Arbeitsplätze auf WINDOWS 10.0) sowie höhere Raumkosten um TEU 3 (Abwasserentsorgung) zu verzeichnen.

Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Zinserträge um TEUR 5 resultierend weitestgehend aus Zinsgutschriften die mit der Beendigung und Auszahlung einer Mitarbeiter-Unfallversicherung verbunden sind.

Durch die Entwicklung der Finanzmärkte aber auch durch ein stetiges Finanzmanagement konnten die Zinsaufwendungen um TEUR 4 gesenkt werden.

Auf Grund der veränderten Geschäftstätigkeit haben sich die Steuern von Einkommen und Ertrag vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 65 verringert.

Bei gleichbleibender Steuerquote des Vorjahres von 27,5 % verringerten sich die Aufwendungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätsbeitrag um TEUR 32, die Aufwendungen für Gewerbesteuer um TEUR 16. Dagegen erhöhten sich die Aufwendungen für latente Steuern als Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz um TEUR 9.

Die Aufwendungen für Sonstige Steuern haben sich in den Positionen Grund- und Kfz-Steuern nahezu unverändert. Durch Steuernachzahlungen (Nachzahlungen aus der Lohnsteuerprüfung) erhöhten sich diese Aufwendungen um TEUR 3.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich trotz Abweichungen der Erlös-, Ertrags- bzw. Aufwandspositionen zum Vorjahr sowie auch zum Wirtschaftsplan eine positive Entwicklungstendenz der Ertragslage im Geschäftsjahr 2020 fortgesetzt hat.

2.2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2020 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 6.460 um TEUR 175 auf TEUR 6.285 verringert.

Das Anlagevermögen hat sich trotz der mit dem Verkauf des Anlagevermögens der Trinkwassersparte verbundenen Anlagenabgängen im Jahre 2019 bei Zugängen von TEUR 545 und Abschreibungen von TEUR 489 um TEUR 52 im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Bedingt durch die getätigten Abschreibungen haben sich die Buchwerte der immateriellen Wirtschaftsgüter vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 3 verringert.

Die Buchwerte der Sachanlagen erhöhten sich bedingt durch die getätigten Investitionen von TEUR 4.649 abzüglich der Abschreibungen um TEUR 54 auf TEUR 4.703.

Neben den Minderungen der Buchwerte für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten um TEUR 40 sowie der Buchwerte für Betriebs- und Geschäftsausstattungen um TEUR 39 haben sich die Buchwerte für Technische Maschinen und Anlage um TEUR 99 sowie die Buchwerte für Anlagen im Bau um TEUR 35 erhöht.

Die Zugänge des Anlagevermögens beinhalten im Wesentlichen die getätigten Investitionen zur Erweiterung des Fernwärmeleitungsnetzes Braunsbedra in Höhe von TEUR 225 sowie zum Neuanschluss von Fernwärme-Hausanschlüssen und der Sanierung bereits vorhandener Fernwärme-Hausanschlüsse in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 185.

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 1.721 um TEUR 221 auf TEUR 1.500 verringert.

Trotz einer Erhöhung der Vorräte um TEUR 8 sowie die Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 203 sind die Verringerungen der Forderungen und Leistungen um TEUR 234 und die Verringerung der Sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 199 ursächlich dafür zu nennen.

Als Grund für die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist der geringere Forderungsbestand in allen Sparten, mit Ausnahme der Forderungen aus den Sonstigen Dienstleistungen, im Vergleich zum Vorjahr zu nennen.

Die geringeren Sonstigen Vermögensgegenstände ergeben sich im Wesentlichen aus vergleichsweise zum Vorjahr geringeren Steuerüberzahlungen von Ertragssteuern in Höhe von TEUR 50 sowie geringeren Sonstigen Forderungen, konkret um Forderungen aus vermiedenen Netzentgelten gegenüber dem Stromnetzbetreiber, in Höhe von TEUR 94.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen, Finanzierungskosten und Beiträge haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 1 verringert.

Die zum 31. Dezember 2020 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 58 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristigen Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen. Diese haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 6 verringert.

Das Eigenkapital hat sich infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2020 von TEUR 323 abzüglich einer Gewinnausschüttung von TEUR 300 gegenüber 2019 von TEUR 3.096 um TEUR 23 auf TEUR 3.119 erhöht.

Dabei hat sich die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag auf 49,6 % im Vergleich zum Vorjahr von 47,8 % verändert.

Der Bestand des Sonderpostens mit Rücklageanteil hat sich um TEUR 95 erhöht. Der Sonderposten mit Rücklageanteil untergliedert sich in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, der sich um TEUR 2 sowie den Sonderposten für Baukostenzuschüsse, der sich um TEUR 93 erhöht hat.

Seit 2015 wird für erhaltene öffentliche Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 der Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Im Jahr 2020 erhöhte sich dieser Bestand durch die Gewährung öffentlicher Fördermittel für die Nutzung von elektrisch betriebenen Kraftfahrzeugen.

Diese Sonderposten werden jährlich über die Nutzungsdauer bzw. über die Vertragslaufzeiten der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt und aufgelöst.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden Zuschüsse für Hausanschlusskosten erhoben. Diese werden in dem Sonderposten für Baukostenzuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer der entsprechenden Hausanschlüsse aufgelöst.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 105 verringert. Ursächlich dafür sind die Auflösung von Rückstellungen für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen in Höhe von TEUR 15 sowie keine Rückstellungen für Reparaturen und Instandhaltungen, im Vorjahr TEUR 90, zu nennen.

Wesentliche Sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für Personalverpflichtungen mit TEUR 175, Rückstellungen für Jahresabschlusskosten mit TEUR 13, Rückstellungen für öffentliche Abgaben mit TEUR 11 sowie Rückstellungen für Entsorgungskosten mit TEUR 6.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 2.643 um TEUR 188 auf TEUR 2.455 verringert. Dies ist auf die sich um TEUR 87 geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, auf die sich um TEUR 67 geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sich um TEUR 34 geringeren Sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Bei Aufnahmen von Darlehen in Höhe von TEUR 280 verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten infolge der Tilgung von Darlehen um TEUR 367.

Die geringeren Lieferantenverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 67 sind ursächlich für die Verringerung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr zu nennen.

Die geringeren Sonstigen Verbindlichkeiten von TEUR 34 sind weitestgehend auf geringere Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 68 bei höheren Verbindlichkeiten aus den kreditorischen Debitoren in Höhe von TEUR 24 sowie bei den noch ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen in Höhe von TEUR 10 zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

2.3. Finanzlage

Die Liquiditäts- und Finanzierungsstruktur der EWAG steht auf einer soliden Basis.

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Das zeigen auch die nachfolgenden Auswertungen von Bilanzkennzahlen.

Die Liquidität 1. Grades hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 49,5 % auf 82,0 % erhöht, die Liquidität des 2. Grades erhöhte sich ebenfalls von 170,5 % auf 182,9

Der Anlagendeckungsgrad mit 66,1 % hat sich vergleichsweise zum Vorjahr mit 66,3 % geringfügig verringert. Der Anlagendeckungsgrad 2 ist im dagegen von 75,0 % im Vorjahr auf 76,6 % gestiegen.

Der finanzwirtschaftliche Überschuss (Cashflow) verringerte sich infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses von TEUR 907 im Jahr 2019 auf TEUR 771 im Geschäftsjahr 2020.

Der Dynamische Verschuldungsgrad (in Jahren) hat sich mit 4,11 im Vergleich zum Vorjahr 3,71 erhöht.

Die kurzfristige Liquidität hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 203 erhöht.

Im Rahmen der durchgeführten Investitionen wurden im Geschäftsjahr Auszahlungen in Höhe von TEUR 570 (brutto) sowie für die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 367 vorgenommen.

Aus erhobenen Anschlusskostenzuschüssen für Fernwärme-Neuanschlüsse sind Einnahmen in Höhe von TEUR 154 (brutto) zu verzeichnen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 280 sowie durch Eigenkapital finanziert.

Die Kredittilgungen in Höhe von TEUR 367 konnten im Wesentlichen durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von TEUR 700 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Aus dem Jahresüberschuss 2019 wurden gemäß Gesellschafterbeschluss TEUR 300 an die Gesellschafter ausgeschüttet, der Restbetrag wurde in den Gewinnvortrag eingestellt.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 545 getätigt.

Der Schwerpunkt der durchgeführten Investitionen lag weiterhin im Bereich Energieanlagen mit TEUR 417, davon mit TEUR 23 für sich im Bau befindliche Energieanlagen.

Die Erweiterung des Fernwärmenetzes wurde mit dem Leitungsbau zur Erschließung der Straße des Friedens und des Nordrandes in Braunsbedra mit TEUR 225 fortgesetzt.

In Braunsbedra wurden für 23 Fernwärme-Neuanschlüsse TEUR 98 und für die Sanierung von 12 Fernwärme-Hausanschlüssen TEUR 54 investiert.

Im Versorgungsbereich Großkayna wurden 4 Fernwärme-Hausanschlussstationen mit einem Wertumfang in Höhe von TEUR 26 neu angeschlossen und 1 Fernwärme-Hausanschluss in Höhe von TEUR 3 saniert.

Weitere Zugänge sind bei Software in Höhe von TEUR 5, bei Außenanlagen in Höhe von TEUR 8, bei Technischen Einrichtungen in Höhe von TEUR 2 sowie bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 34 zu verzeichnen.

Für den weiteren Ausbau des Fernwärmeortsnetzes Großkayna sowie für einen möglichen Anschluss dieses Ortsnetzes an das Heizkraftwerk Grubenweg in Braunsbedra wurden Planungsleistungen 2020 in Auftrag gegeben.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2020

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war auch unter den immer noch anhaltenden Corona-Bedingungen jederzeit stabil abgesichert.

Am 01.01.2021 trat ein Liefervertrag mit der RAB GmbH Halle über die Lieferung von Ersatzbrennstoffen in Kraft. Mit diesem Vertrag werden die Lieferungen von ca. 30 % der Gesamtmengen von Ersatzbrennstoffen bis in das Jahr 2024 abgesichert.

Die betrieblichen Abläufe sowie die betriebswirtschaftliche Entwicklung im I. Quartals 2021 verlief planmäßig.

Trotz Abweichungen in bestimmten Erlös- und Aufwandspositionen konnte das geplante Betriebsergebnis erwirtschaftet werden.

Die Stromerlöse entwickeln sich planmäßig.

In der Sparte Fernwärme konnten in den Monaten Januar bis März 2021 ca. 10 % höhere Erlöse vergleichsweise zu den geplanten Fernwärmeerlösen erzielt werden.

Abweichungen sind bei geringeren Brennstoffenerlösen infolge eines geringeren Brennstoffdurchsatzes zu verzeichnen. Trotz vergleichbarer Fahrweise der Dampferzeuger in beiden Anlagen im Vergleich zum Vorjahr konnten die geplanten Brennstoffmengen nicht durchgesetzt werden.

Eine Ursache könnte in der Qualität der Brennstoffe (Brennwert, Brennstoffstruktur) begründet sein. Entsprechende Gespräche mit den Brennstofflieferanten zur Klärung dieses Sachverhalts werden durchgeführt.

Die Entwicklungen aller Aufwandspositionen verliefen bisher ebenfalls planmäßig. Die von einigen Lieferanten zu Ende des Jahres 2020 sowie zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 angekündigten Preiserhöhungen werden zwar wirksam, befinden sich aber im Rahmen der allgemeinen Preisanpassungen des Wirtschaftsplans für 2021.

Neben den erhöhten Aufwendungen für Heizöl und Kraftstoffe infolge der CO₂-Umlage betrifft das vor allem Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen, für Reparatur- und Instandhaltungsmaterialien, für Chemikalien sowie für sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Die verschärften Anweisungen der Geschäftsführung zur Einhaltung allgemeiner hygienischer Handlungsweisen, zur Vermeidung von persönlichen Kontakten zu Kunden und Lieferanten sowie Bereitstellung ausreichender hygienischer Schutzmaterialien bezüglich der Bekämpfung der Corona-Epidemie werden weiterhin durchgesetzt.

Ziel ist weiterhin die Minimierung notwendiger Kontaktaufnahmen der Mitarbeiter untereinander sowie zu betriebsfremden Personen im Rahmen von Geschäftsbeziehungen.

Weiterhin wird eine kontinuierliche Bevorratung mit Hygiene- und Schutzmaterialien zur ausreichenden Versorgung der Mitarbeiter gewährleistet. Seit Anfang April werden allen Mitarbeitern Corona-Tests zur freiwilligen Durchführung angeboten.

Die Corona-Krise führte bisher zu keinen Forderungsausfällen. Lediglich mit einem Kunden wurde die Stundung der Abschlagszahlungen für Strom- und Fernwärmeabschläge für die Monate März bis Juni in Höhe von TEUR 7 vereinbart.

Hinweise auf weitere finanzielle Auswirkungen durch die Corona-Krise bezüglich Forderungsausfällen infolge Nichtzahlungen erhobener Abschläge bzw. Rechnungen liegen uns bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vor.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen des Geschäftsjahres 2020 können als stabil eingeschätzt werden.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) des Geschäftsjahres 2021 wurden mit den Lieferanten bereits Ende 2020 entsprechend den Marktpreisen angepasst. Das Preisniveau hat sich im Vergleich zum 2. Halbjahr 2020 leicht erhöht.

Die Entsorgungsbedingungen sowie die Entsorgungspreise für die Entsorgung von Rostaschen, Filteraschen sowie anderer Abfälle blieben vergleichsweise zum Vorjahr nahezu unverändert.

Auswirkungen wie kurzfristiger Preisverfall infolge der Corona-Krise sind derzeit nicht ersichtlich.

Preiserhöhungen von Lieferanten sind aber für verschiedene Branchen wie Entsorgungskosten für Aschen, Reparatur- und Instandhaltungsmaterialien sowie für spezielle Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für das Jahr 2021 angekündigt.

Auch in dem Bereich der Bautätigkeiten sind höhere Preise angekündigt, die mögliche Auswirkungen auf die Baumaßnahmen im Rahmen der geplanten Investitionstätigkeiten im Jahr 2021 haben könnten.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Mittel- und langfristige Auswirkungen könnte die Corona-Krise in Bezug auf die Strompreise haben. Bedingt durch die allgemeine wirtschaftliche Situation in Deutschland in Folge dieser Krise sind die Strompreise, entgegen den Erwartungen, zurzeit relativ hoch gestiegen.

Das bedeutet, dass bei erforderlichen Stromeinkäufen die tatsächlichen Aufwendungen höher als die geplanten Stromaufwendungen sind.

Für das Jahr 2021 wurde seitens der EWAG der Verkauf aller produzierten Strommengen vertraglich fixiert. Die hohen Strommarktpreise könnten sich aber bei erforderlichen Stromzukaufen auf höhere Stromkosten auswirken.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in beiden Anlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren.

Durch eine gezielte, planmäßige und vorbeugende Instandsetzung der Schwerpunktanlagen (Bandanlage, Dampferzeuger, Turbine, Generator) soll die geplante Verfügbarkeit der Stromproduktion gewährleistet werden.

Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit der E.MAGIS energy GmbH Weimar als dem Strombilanzkreisverantwortlichen die Entwicklungen am Strommarkt kontinuierlich ausgewertet, um rechtzeitig auf unvorhergesehene Marktveränderungen reagieren zu können.

Seit einigen Jahren sind infolge klimatischer Veränderungen deutliche Veränderungen bei den Fernwärmeerlösen zu verzeichnen. Trotz höheren Fernwärmeerlösen im I. Quartal 2021 im Vergleich zum Plan ist davon auszugehen, dass infolge der weltweiten Klimaveränderungen sich die verbrauchten Wärmemengen der Kunden und somit auch die Fernwärmeerlöse rückläufig entwickeln.

Mit den in den vergangenen Jahren durchgeführten Investitionen im Wärmebereich konnte dieser Entwicklung erfolgreich entgegengewirkt werden. Der Ausbau der Fernwärmenetze sowie die Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen werden auch im Geschäftsjahr 2021 zielgerichtet fortgeführt.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement stetig neu eingeschätzt und bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2021 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet.

Die Beachtung der weiteren Entwicklung der Corona-Epidemie wird dabei ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit sein. Ziel ist die weitere, ständige Gewährleistung der Versorgungssicherheit aller Fernwärme- und Stromkunden.

Der in der 15. KW und 16. KW des Geschäftsjahres geplante Stillstand im Heizkraftwerk Grubenweg wurde trotz Corona durchgeführt. Alle Reparaturen und Wartungen wurden wie vorgesehen realisiert.

Für das Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von TEUR 613 geplant.

Ein Schwerpunkt der zu realisierenden Investitionen sind der weitere Fernwärmeausbau sowie die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra und Großkayna.

Auf dem Gelände des Heizkraftwerks Grubenweg ist im Jahr 2021 die Erneuerung von Platz- und Wegebefestigungen geplant, deren Realisierung im März 2021 planmäßig begonnen hat.

Für das Geschäftsjahr 2021 ist ein Jahresergebnis vor erfolgsabhängigen Steuern von ca. TEUR 607 geplant.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzende	Poppe, Susanne	
		Baier, Stephan	
		Dr. Burkert, Silke	
		Ernst, Johannes	
		Gärtner, Steffen	
		König, Simona	
		Krischok, Marion	
		Luppe, Ulrich	
		Mischke, Brita	
		Plassa, Rebecca	(bis 31.12.2020)
		Schmidt, Claudia	
		Schramm, Rudenz	
		Streckenbach, Johannes	
		Teichfuß, Sylke	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	26	27

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,15
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,09
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG	0	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09

mittelbar

	T€	%
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,04

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	358.692	74	345.968	77	299.055	78	12.724	4
Umlaufvermögen	118.804	25	96.239	22	83.108	21	22.565	23
Rechnungsabgrenzungsposten	6.408	1	6.242	1	2.906	1	166	3

Bilanzsumme

483.904	100	448.449	100	385.069	100	35.455	8
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	105.028	22	101.628	23	98.228	26	3.400	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.553	0	2.032	0	2.666	1	-479	-24
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	37.142	8	29.622	7	25.437	6	7.520	25
Rückstellungen	43.724	9	45.563	10	37.425	10	-1.839	-4
Verbindlichkeiten	296.457	61	269.604	60	221.313	57	26.853	10

Bilanzsumme

483.904	100	448.449	100	385.069	100	35.455	8
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	495.805	434.480	421.458
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	12.843	559	-623
	894	984	737
sonstige betriebliche Erträge	26.049	7.672	6.061
Materialaufwand	427.974	355.488	344.447
Personalaufwand	21.766	21.202	20.220
Abschreibungen	24.708	21.591	20.569
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.601	18.096	15.388
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	302	301	300
Erträge aus Beteiligungen	761	101	333
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	164	173	188
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.377	3.392	5.323
Ergebnis nach Steuern	37.392	24.501	22.507
sonstige Steuern	1.040	1.004	1.113
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	36.352	23.497	21.394
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,33	5,41	5,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	34,61	23,12	21,78	%
Cash-Flow:	61.060	45.088	41.963	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.834	1.546	1.522	T€
Personalaufwandsquote:	4,06	4,78	4,73	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,80	69,72	69,62	%
Eigenkapitalquote:	21,70	22,66	25,51	%
Fremdkapitalquote:	78,30	77,34	74,49	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Absatz Erdgas	3.187,00	3.450,00	3.942,00	GWh
Absatz Strom	2.922,00	2.183,00	2.035,00	GWh
Absatz Wärme	630,00	650,00	661,00	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister für die EVH tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleiniger Anteilseigner an der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

Weiterhin hält die EVH 100 % der Anteile an der KWT, welche am Standort Halle-Trotha eine Gas- und Dampfturbinen-Anlage betreibt.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) hält die EVH 18,3 % der (Komman-dit-) Anteile. Mittels der Beteiligung an Tochter- und Beteiligungsgesellschaften betreibt diese Gesellschaft ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland. Mit 4,1 % ist die EVH an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditist beteiligt. Vor allem über die Beteiligung an weiteren Gesellschaften besteht ein Anlagenportfolio, welches von der TEE betrieben wird.

Im Geschäftsjahr 2020 gründete die EVH die 100%ige Tochtergesellschaft EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B). Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben. Gemeinsam mit einem Co-Investor wurde die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) ebenfalls im Jahr 2020 als Tochterunternehmen der EGE-B gegründet.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 % der Anteile. Die Gesellschaft ist seit 31. Dezember 2015 ohne operativen Geschäftsbetrieb.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Kern-Geschäftsfelder sind Vertrieb für Privat- und Gewerbekunden sowie für Industrie- und Geschäftskunden, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen unterliegen einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen sowohl zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Im strategischen Geschäftsfeld Erzeugung hat die EVH mit dem Projekt „KWK35“ die Modernisierung des Energieparks Dieselstraße vorangetrieben. Das Projekt beinhaltet unter Nutzung der Möglichkeiten des KWKG 2016 die vom Markt geforderte Erhöhung der Flexibilität für die Strom- und Wärmeerzeugung und soll die Zukunftsfähigkeit langfristig sicherstellen. In diesem Zusammenhang erfolgt derzeit ebenfalls eine Modernisierung des Kraftwerkes der KWT am Standort Halle-Trotha.

Das strategische Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ soll stetig ausgebaut werden. Dazu erwarb die EVH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften TOW und TEE. Diese Beteiligungen tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisierte die EVH im Berichtszeitraum im Rahmen der Unternehmensstrategie erneut eigenverantwortlich Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Durch die Gründung der EGE-B sowie weiterer Beteiligungs-Tochtergesellschaften wurde die Basis für den Anlagenbetrieb sowie die Umsetzung weiterer Photovoltaikgroßprojekte geschaffen, verbunden mit einem minimierten Kapitalbedarf. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2020 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 66,8 Megawatt (MW).

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen. Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezüglichen Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂-Zertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Der Geschäftsbereich „Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder“ wird stetig weiterentwickelt. Diesbezügliche Maßnahmen zielen darauf ab, den digitalen Wandel im Unternehmen EVH zu begleiten und zu koordinieren, ohne dabei arbeitsorganisatorische Aspekte zu vernachlässigen. Die eingeleiteten Projekte zur Optimierung und Modernisierung der IT-Landschaft bilden die Basis zur Bewältigung künftiger „digitaler“ Herausforderungen im Marktumfeld.

Die strategisch motivierten IT-Projekte CRM-Einführung, Schnittstellenweiterentwicklung zwischen Vertriebs- und Beschaffungssystemen und EVH Serviceportal wurden fortgeführt und weiterentwickelt.

Im Bereich Geschäftsprozess-Management wurden Methodik und Zielstellungen weiter konkretisiert und entwickelt. Im Sinne der Vereinfachung und Transparenz wurde eine neue Methode aus dem Six-Sigma-Umfeld etabliert, welche die EVH in die Lage versetzt, Prozesse schneller zu erfassen und Optimierungspotenziale zu erkennen.

Der Bereich Automatisierung hat sich im Jahr 2020 insbesondere auf die Automatisierung von vertriebsrelevanten Arbeitsprozessen konzentriert. Das Spektrum der eingesetzten Werkzeuge reicht von der Excel-Makro-Programmierung, Schnittstellenbefähigung bis hin zum Einsatz von Robotern. Im Ergebnis sind wirksame Arbeitserleichterungen und Prozessoptimierungen umgesetzt worden.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/ Sicherheit, Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/ Beschaffung, Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden/Privat- und Gewerbekunden sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Zum 1. Januar 2020 stieg die EEG-Umlage auf 6,756 Cent je kWh (Vorjahr: 6,405 Cent je kWh) und erreichte damit in etwa wieder das Niveau aus 2018. Während sich die Preisentwicklungen der diversen weiteren Umlagen in etwa ausglich, stiegen die Netzentgelte ebenfalls an. Diese Entwicklung wurde teilweise an die Kunden weitergereicht und führte zu einer Erhöhung der Strompreise zum Februar 2020. Durch die permanente Optimierung der Beschaffung und weitere Effizienzsteigerungen konnten die beim Strom entstandenen Mehrkosten teilweise kompensiert werden. Die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung konnten hingegen konstant gehalten werden.

Die Modernisierung und Erweiterung des Energieparks Dieselstraße im Rahmen des Projektes „KWK35“ zur Umsetzung der Strategie der flexiblen Wärme- und Stromerzeugung ist mit der Inbetriebnahme des letzten Kraftwerksblockes weitestgehend abgeschlossen. Durch die Errichtung des Energie- und Zukunftsspeichers, die Modernisierung der Kraftwerksblöcke A und B sowie den Neubau des Kraftwerksblockes C wird die Flexibilität des Kraftwerksbetriebs deutlich erhöht. Dies bietet die Möglichkeit einer preis- und nachfrageoptimierten Fahrweise.

Das EVH-Tochterunternehmen KWT nutzt ebenfalls die Möglichkeiten des KWKG, durch eine Modernisierung der GuD-Anlage von erhöhten Fördersätzen zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept befindet sich bereits in der Umsetzung. Die Vorbereitungen für einen Austausch der Gasturbine und den Wechsel der Peripherieanlagen im Zeitraum von April bis Oktober 2021 wurden fortgeführt. Des Weiteren nahm die KWT im April 2020 eine 140 kW-Netzersatzanlage in Betrieb. Die Anlage versorgt das Kraftwerk mit Strom und Wärme, wodurch die Betriebskosten am Standort reduziert werden.

Die Gründung der EGE-B sowie weiterer Beteiligungs-Tochtergesellschaften (siehe Gliederungspunkt 1.2) im abgelaufenen Jahr 2020 stellt für die EVH einen wichtigen Meilenstein zum Ausbau der regenerativen Erzeugungskapazitäten dar. Gleichzeitig bietet das im Juni 2020 gestartete Bürgerbeteiligungsmodell den Hallenser*innen die Möglichkeit, aktiv die Energiewende in ihrer Stadt mitzugestalten.

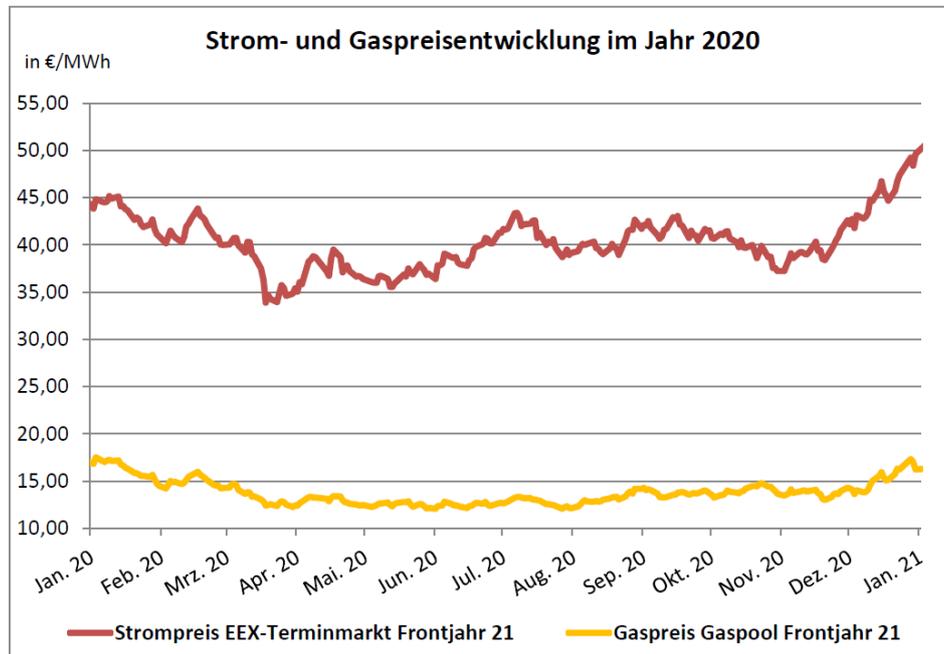
Nach dem erfolgreichen Start der neuesten SAP-Version SAP S4/HANA zum Jahresbeginn konnte im Geschäftsjahr 2020 die zweite Phase des Großprojektes begonnen werden. Während die erste Phase der grundlegenden Ablösung des Altsystems diente und zeitgleich die Realisierung benutzerfreundlicher Eingabemöglichkeiten sowie die Prozessoptimierung und -standardisierung im Mittelpunkt standen, wird im zweiten Schritt der Fokus auf weiteren Systemoptimierungen, Berichtsauswertungen und der Anbindung an zusätzliche IT-Systeme liegen.

Im gesamten Jahr 2020 waren die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft und die Gesellschaft ein prägendes Thema. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie führten im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Einschränkungen und bergen für zahlreiche Unternehmen und Privathaushalte wirtschaftliche Unsicherheiten. Die Auswirkungen auf die EVH werden unter Gliederungspunkt 5 dargelegt. Auch unter den Einschränkungen des Lockdowns war und ist die Versorgungssicherheit weiterhin vollumfänglich gewährleistet und der operative Geschäftsbetrieb der EVH und ihrer Tochterunternehmen abgesichert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein starker Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil des Preises tatsächlich noch im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind von hoher Komplexität geprägt. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden regenerativen Erzeugungskapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2020 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im Frühjahr 2020 sanken sowohl die Strom- als auch die Gaspreise infolge des mit der Corona-Pandemie einhergehenden Nachfragerückgangs und erreichten ebenso wie die CO₂-Preise ein Jahrestief. Im Verlauf des Sommers erholten sich die Strompreise und verzeichneten einen Anstieg bis knapp unter das Vorkrisenniveau, während die Gaspreise saisonbedingt seitwärts liefen und nur geringe Schwankungen aufwiesen. Mit Beginn der Heizperiode stiegen letztere wieder an und erreichten zum Jahreswechsel das Niveau des Jahresbeginns. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2020 zwischen 15 € und 33 € je CO₂-Zertifikat. Dadurch entwickelte sich der „Clean Spark Spread“ in einem Korridor von ca. 15 € bis 22 € pro MWh mit einem Höchstwert im Dezember. Das hohe Niveau des „Clean Spark Spread“ stellt eine positive Rahmenbedingung für die EVH dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken aus starken Preisschwankungen abgesichert.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Anderthalb Jahre, nachdem die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung die Arbeit mit ihrem Abschlussbericht beendet hat, haben Bundesrat und Bundestag am 3. Juli 2020 den Kohleausstieg und die KWKG-Novelle endgültig beschlossen. Nachdem der KWKG-Gesetzesentwurf der Bundesregierung auf scharfe Kritik sowohl seitens der Energiebranche als auch der Umweltverbände gestoßen war, wurde die ursprünglich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgesehene drastische Begrenzung der jährlich förderfähigen Vollbenutzungsstunden für KWKG-Anlagen abgemildert. Die im Gesetzgebungsverfahren beschlossene Begrenzung der Vollbenutzungsstunden tangiert zwar den optimalen Kraftwerksfahrplan der EVH, durch die Erhöhung von 3.500 Stunden auf 5.000 Stunden in 2021 und 2022 sowie 4.000 Stunden in 2023 und 2024, werden die der EVH entstehenden Nachteile jedoch minimiert. Die Änderungen im KWKG stehen unter beihilferechtlichem Genehmigungsvorbehalt der Europäischen Kommission. Um diese Genehmigung zu erhalten, wurde die KWKG-Novelle im Dezember 2020 kurzfristig nochmals angepasst. Eine Genehmigung des KWKG durch die EU-Kommission erfolgte dennoch vorerst nur bis 2026. Die EVH ist von dieser kurzfristigen zweiten Gesetzesanpassung mit ihrem Kraftwerkspark nicht direkt betroffen.

Nachdem das Klimakabinett der Bundesregierung bereits im Jahr 2019 das „Eckpunktepapier für das Klimaschutzprogramm 2030“ inklusive eines Maßnahmenkataloges vorgelegt hatte, wurde im Jahr 2020 die darin enthaltene Einführung einer CO₂-Bepreisung für fossile Energieträger in den Sektoren Verkehr und Wärme auf den Weg gebracht. Nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat ist das Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes am 10. November 2020 in Kraft getreten und sieht eine entsprechende CO₂-Bepreisung ab dem 1. Januar 2021 vor. Die EVH ist mit ihren konventionellen Erzeugungsanlagen sowie ihrem Geschäftsfeld Gasvertrieb von höheren Kosten für CO₂-Emissionen direkt betroffen, ist jedoch auf die Einführung der CO₂-Bepreisung gut vorbereitet.

Am 3. Juli 2020 gab der Bundesrat außerdem grünes Licht für die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-GW-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung war mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen worden und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaikanlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. 750-kW-Anlagen werden regelmäßig auch von der EVH verbaut. Branchenexperten hatten mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020 gerechnet. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert. Davon profitiert die EVH insbesondere durch den im Rahmen der Gründung der EGE-Gesellschaften geplanten Ausbau des eigenen Photovoltaikportfolios.

Die Bundesnetzagentur hat am 16. November 2020 entschieden, die bislang strittigen 450-MHz-Frequenzen vorrangig für kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bereitzustellen. Bereits vor Jahren war ein Streit darum entbrannt, ob diese nun freiwerdenden Frequenzen künftig den Sicherheitsbehörden oder der Energiewirtschaft dienen sollten, da für beide Nutzungen Bedarf angemeldet wurde. Für die Energiewirtschaft hat diese Entscheidung eine besondere Bedeutung. Nur mit einer intelligenten Vernetzung und Kommunikation zwischen allen Akteuren des Energiesystems können die Energiewende und der Ausbau der Elektromobilität gelingen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Die 450-MHz-Frequenzen sind diesen Anforderungen am besten gewachsen. Sie weisen eine hervorragende Gebäudedurchdringung (Messgeräte sind häufig im Keller installiert) und Ausbreitungseigenschaften auf. Zugleich sind die Kosten für den Aufbau eines Netzes relativ gering. Die Technik wird zum Teil schon genutzt und geeignete Endgeräte (z.B. Smart-Meter-Gateways) sind inzwischen auch am Markt verfügbar.

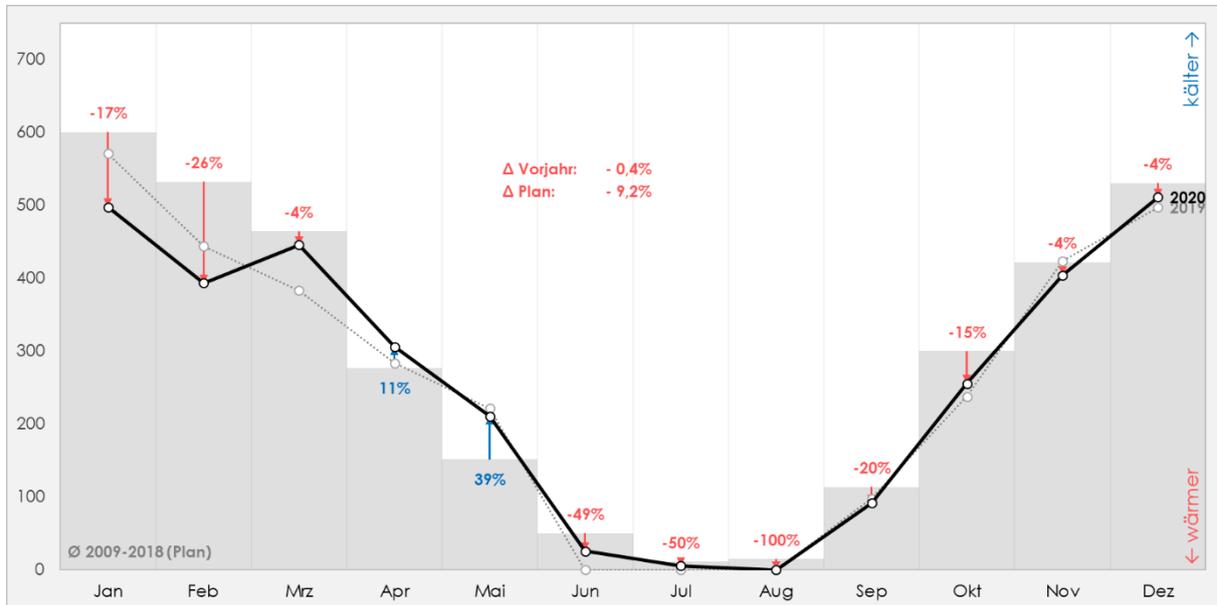
Am 17. Dezember 2020 verabschiedete der Bundestag die fünfte umfassende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021), welche ab 1. Januar 2021 in Kraft trat. Der Beschluss des Bundesrates erging am Folgetag. Das Gesetz steht im engen Zusammenhang mit dem Bundesbedarfsplanungsgesetz, welches zum aktuellen Zeitpunkt lediglich als Gesetzesentwurf vorliegt. Beide Gesetze bedingen einander, denn der Ausbau der regenerativen Energien muss mit dem dafür notwendigen Netzausbau synchronisiert werden. Im EEG 2021 wird die Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür wird erstmals die Zielmarke von 65 % regenerativer Energien im Stromsektor in konkreten Ausbau- und Strommengenpfaden im Jahr 2030 festgelegt. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien soll durch ein strenges Monitoring überwacht werden, um die Zielerfüllung zu sichern und gegebenenfalls durch weitere Ausbaupfade, Zwischenziele und Gebotshöchstwerte einer potentiellen Zielverfehlung entgegensteuern zu können.

Im Rahmen des Corona-Konjunkturpaketes der Bundesregierung wurde für die Jahre 2021 und 2022 eine teilweise Finanzierung der EEG-Umlage aus Steuermitteln und damit eine Begrenzung der Umlagehöhe beschlossen, um einen zu großen Anstieg der EEG-Umlage infolge der COVID-19-Pandemie zu verhindern. Hintergrund ist die Berechnungslogik des EEG-Umlagesatzes. Die durch den Nachfrageeinbruch gesunkenen Börsenstrompreise, haben die im Jahr 2020 erzielbaren Verkaufserlöse des geförderten EEG-Stroms verringert und so die Differenz gegenüber der gesetzlich garantierten EEG-Einspeisevergütung, welche die Anlagenbetreiber erhielten, vergrößert. Diese Differenz stellt jedoch die Basis für die zu zahlende EEG-Umlage des Folgejahres dar.

Außerdem stehen aus dem Corona-Konjunkturpaket für unterschiedliche Maßnahmen insgesamt etwa 7 Mrd. € Fördermittel, auch für die Förderung der Elektromobilität, zur Verfügung. Das meiste Geld fließt dabei zwar in Form von Kaufprämien an die Kunden beziehungsweise die Autohersteller. Beim Verkauf des Autostroms, beim Aufbau der Ladeinfrastruktur und beim notwendigen Ausbau der Verteilnetze kann die EVH jedoch in einem wachsenden Markt mit ihrer Kompetenz als regionaler Infrastrukturdienstleister und einer klaren Positionierung im Bereich E-Mobilität profitieren. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Konjunkturpaketes zur COVID-19-Pandemie die Umsatzsteuer temporär vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 abgesenkt. Im Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der volle Umsatzsteuersatz von bisher 19 % auf 16 % und der verminderte Steuersatz von 7 % auf 5 % gesenkt. Von der Absenkung profitierten auch die Kunden der EVH. Die laufenden Abschlagspläne der Kunden der EVH wurden hierbei aus Gründen des Prozessaufwandes nicht angepasst. Mit der Erstellung der Jahresabrechnung wurde jedoch der reduzierte Umsatzsteuersatz für die Monate Juli bis Dezember berücksichtigt und die Rechnungsbeträge entsprechend reduziert.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbrauchsverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2020 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.146 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2018 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-9,2 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 0,4 % niedrigere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkt sich der ausgeprägte Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie die Kosten für CO₂-Zertifikate. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, auch infolge der pandemiebedingten wirtschaftlichen Unsicherheiten, wengleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Unternehmen prüft kontinuierlich die Übernahme bzw. den Bau von Photovoltaikanlagen, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen. Um das gesetzte Ziel einer Gesamtleistung von 200 MW zu erreichen, sollen die Photovoltaikgroßprojekte der EVH zukünftig in den EGE-Gesellschaften betrieben werden. Hierzu sei auf Gliederungspunkt 3.1 verwiesen.

Die SWH hat Ende 2020 den Zuschlag für das Projekt „eSpeicher: Implementierung, Steuerung, Wirtschaftlichkeit“ verbunden mit Fördermitteln in Höhe von knapp 215.000 € erhalten. Ein innovativer Hochtechnologie-Elektrospeicher mit einer Kapazität von 134 Kilowattstunden soll am städtischen Verwaltungsstandort „Am Stadion 5“ hinzukommen und unter anderem der Ergänzung der bereits vorhandenen zwei Ladesäulen um drei weitere dienen. Mit der Errichtung der Ladesäulen wurde die EVH beauftragt. Zudem sollen Erfahrungen gesammelt und Antworten auf Fragen gefunden werden, wie man Lastspitzen kappen und das Netz unter Ausnutzung dieser Technologie stabilisieren kann. Das Projekt wird von der Hochschule Merseburg wissenschaftlich begleitet und soll bis Ende des Jahres 2021 abgeschlossen werden.

Mit Start eines langfristig ausgerichteten Pilotprojekts im Jahr 2020 zusammen mit der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH konnte EVH im Bereich neue Geschäftsfelder die LoRa-WAN-Technik operativ zum Einsatz bringen und sich im neuen Themenfeld Submetering platzieren. Hierbei geht es um die Fernauslese von Zählerständen von Kalt- und Warmwasserzählern von ca. 70 Wohneinheiten, die kabellose Datenübertragung der Zählerstände via LoRa-Technik und Vorbereitung der Nebenkostenabrechnung für die Mieter*innen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2020 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 597 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 44 Auszubildende. 318 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr (304 Beschäftigte) um 14 Beschäftigte gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig rekrutiert und eingearbeitet.

Eine abgeleitete Maßnahme aus dieser detaillierten Nachfolgeplanung ist unter anderem die Erhöhung der Anzahl an Ausbildungsplätzen im Unternehmen. So soll die Zahl der Auszubildenden mittelfristig von aktuell 44 auf 64 (Ende 2023) gesteigert werden. Die dazu nötigen Voraussetzungen liefert das im Mai 2018 eröffnete Ausbildungszentrum der SWH. Die vollständig sanierten Räumlichkeiten bieten dabei beste Bedingungen für eine erfolgreiche Ausbildung.

Des Weiteren unterstützt die EVH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu besuchen. Aufgrund der Ausbreitung des COVID-19-Virus war die Personalentwicklung der SWH dieses Jahr gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an verschiedenen Job-Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikantinnen und Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen 25,0 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31,44 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 %. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag erhöhte sich für die 1. Führungsebene auf 14 %, im Gegensatz zu 0 % im Vorjahr, und auch für die 2. Führungsebene ergab sich eine Steigerung von 25 % im Vorjahr auf 33 % im Betrachtungsjahr.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2020 bei 47 % (Vorjahr: 53 %).

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifvertrag über die Tabellenvergütung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt des AVEU, welcher im Jahr 2019 neu verhandelt wurde. Im Ergebnis ergab sich eine Tarifsteigerung um 3 % ab 1. März 2019 sowie eine weitere Erhöhung um 3 % ab 1. August 2020. Für die Auszubildenden ergab sich eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um Festbeträge je Ausbildungsjahr.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die EVH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 36,4 Mio. € und lag damit 12,9 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2020	2019	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	495,8	434,5	61,3	14,1
Übrige Erträge	39,8	9,2	30,6	>100
Materialaufwand	428,0	355,5	72,5	20,4
Deckungsbeitrag	107,6	88,2	19,4	22,0
Personalaufwand	21,8	21,2	0,6	2,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21,6	18,1	3,5	19,3
Beteiligungsergebnis	1,1	0,4	0,7	>100
EBITDA	65,3	49,3	16,0	32,5
Abschreibungen	24,7	21,6	3,1	14,4
EBIT	40,6	27,7	12,9	46,6
Finanzergebnis	-3,2	-3,2	0,0	0,0
Steuern	1,0	1,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	36,4	23,5	12,9	54,9

Die Umsatzerlöse fielen im Vorjahresvergleich um 61,3 Mio. € (+14,1 %) höher aus. Dies war vor allem durch höhere Handelsmengen innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung in den Segmenten Strom und Gas sowie durch höhere Stromabsatzmengen im Endkundengeschäft bedingt. Die erneut wärmere Witterung wirkte in den Segmenten Wärme und Gasabsatz an Endkunden gegenläufig. Umsatzsteigernde Effekte ergaben sich ferner aus einer höheren Einspeisevergütung gemäß KWKG in Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Kraftwerksblöcke im Energiepark Dieselstraße sowie aus der Veräußerung von Photovoltaikanlagen an die EGE-Gesellschaften.

Die Übrigen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 30,6 Mio. € (>100 %), was hauptsächlich auf Bestandserhöhungen für unfertige Leistungen (Photovoltaikanlagen), die Auflösung von Rückstellungen und den Veräußerungsgewinn für Abgang von Anlagevermögen zurückzuführen war.

Einhergehend mit der insgesamt gestiegenen Absatzmenge fielen auch die Aufwendungen für den Bezug von Energie höher als im Vorjahr aus. Die bezogenen Leistungen lagen über dem Vorjahresniveau, sodass sich insgesamt ein Materialaufwand von 428,0 Mio. € (+20,4 %) ergab. Der Deckungsbeitrag fiel im Vergleich zum Vorjahr um 19,4 Mio. € (+22,0 %) höher aus.

Der im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. € (+2,8 %) höhere Personalaufwand ist im Wesentlichen auf die tarifliche Erhöhung zum 1. August 2020 sowie eine sogenannte „Corona-Sonderzahlung“ des Unternehmens an die Belegschaft als Dank für die hervorragende Arbeit unter diesen besonderen Herausforderungen und erschwerten Bedingungen zurückzuführen. Des Weiteren wirkten um insgesamt 3,5 Mio. € gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen, was hauptsächlich auf Zuführungen zu Rückstellungen zurückzuführen war. Das EBITDA stieg daher um 16 Mio. € auf 65,3 Mio. €.

Das Abschreibungsvolumen stieg investitionsbedingt gegenüber dem Vorjahr an. Zusammen mit dem Finanzergebnis auf Vorjahresniveau ergab sich zum 31. Dezember 2020 ein um 12,9 Mio. € verbessertes Jahresergebnis.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2020 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 143,7 Mio. €, was einer Steigerung von 10,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies war durch eine Kapitaleinlage der SWH in Höhe von 3,4 Mio. € sowie eine Erhöhung der Sonderposten um 7,0 Mio. € bedingt.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 29,7 %, welche auf Vorjahresniveau blieb.

Entwicklung des Eigenkapitals	2020	2019	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	21,7	22,7	-1,0	-4,4
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	29,7	29,7	0,0	0,0

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2020	2019	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	200,6	203,3	-2,7	-1,3
Liquide Mittel	23,4	35,6	-12,2	-34,3
Nettoschulden	177,2	167,7	9,5	5,7
EBITDA	65,3	49,3	16	32,5
Nettoschulden/EBITDA	2,7	3,4	-0,7	-20,6

Bei einer Abnahme liquider Mittel um 12,2 Mio. € erhöhte sich die Nettoverschuldung um 9,5 Mio. € auf 177,2 Mio. €. Hauptsächlich in Folge der gestiegenen Kennzahl EBITDA verringerte sich der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 2,7. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2020 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen in Höhe von 58,2 Mio. €.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionen betrifft Planungs- und Bauleistungen für das Projekt „KWK35“, unter anderem für die Modernisierung des Kraftwerksblocks B, den Neubau des Kraftwerksblocks C und Restarbeiten am bereits im Vorjahr modernisierten Kraftwerksblock A.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren die Sanierung, der Ersatz sowie die Anpassung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in die Anschaffung neuer Software, um die Digitalisierung im Unternehmen weiter voranzutreiben.

Darüber hinaus führte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen fort. Hierbei fielen Planungs- und Bauleistungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen an, die bereits im Geschäftsjahr in Betrieb genommen wurden oder in 2021 fertiggestellt werden. Nach Fertigstellung der Anlagenprojekte ist eine Übertragung an die EGE-P geplant.

Die Investitionen für die Finanzanlage EGE-B betragen 7,0 Mio. €. In Höhe von 0,7 Mio. € erwarb die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Beteiligung an der TEE. Im Rahmen der planmäßigen Kapitalrückführung flossen von der TOW 0,7 Mio. € zu, weshalb sich der Buchwert der TOW entsprechend verringerte.

4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2020 war bei der EVH ein Finanzmittelabfluss in Höhe von 12,2 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 6,5 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2020	2019
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	20,4	36,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-27,3	-68,7
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-5,3	38,4
Zahlungswirksame Veränderungen	-12,2	6,5
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	35,6	29,1
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	23,4	35,6

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 16,4 Mio. € war im Wesentlichen auf stichtagsbedingte Effekte (Entwicklung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der Rückstellungen sowie der unfertigen Leistungen in der Position Vorräte) zurückzuführen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von -27,3 Mio. € beinhaltet neben den Investitionen in Höhe von 58,2 Mio. € im Geschäftsjahr insbesondere Einzahlungen aus den Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (v. a. Veräußerung von PV-Anlagen an die EGE) in Höhe von 27,7 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 18,3 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 21,0 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 23,5 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 23,4 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EVH 483,9 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 35,9 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 12,7 Mio. € auf 358,7 Mio. €, was zum Großteil auf das Projekt „KWK35“ sowie die Beteiligung EGE-B betraf. Das Umlaufvermögen in Höhe von 118,8 Mio. € (Vorjahr: 95,8 Mio. €) war von einem höheren Vorratsbestand infolge unfertiger Leistungen und einem höheren Forderungsbestand geprägt, während ein geringeres Cash Pool-Guthaben gegenläufig wirkte.

Auf der Passivseite wirkten höhere Verbindlichkeiten sowie ein gestiegenes Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung durch den Gesellschafter. Auch Sonderposten für Investitionszuschüsse nahmen zu.

4.4. Tätigkeitsabschlüsse

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG sind bei einem „vertikal integrierten“ Energieversorgungsunternehmen für die Tätigkeitsbereiche jeweils getrennte Konten in der internen Rechnungslegung zu führen und Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen. In der internen Rechnungslegung der Gesellschaft werden aus diesem Grund jeweils getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors, für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie gemäß § 3 Abs. 4 MsbG für den intelligenten Messstellenbetrieb geführt. Hieraus wurde für die jeweiligen Tätigkeiten eine Gewinn- und Verlustrechnung und eine Bilanz abgeleitet.

Die Jahresergebnisse der Tätigkeiten Elektrizitäts- und Gasverteilung in Höhe von 10,5 Mio. € (Vorjahr: 12,9 Mio. €) werden im Wesentlichen durch die Erträge aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die Netzgesellschaft Halle bestimmt. Die Bilanzsumme dieser Tätigkeitsbereiche betrug zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 146,1 Mio. € (Vorjahr: TEUR 141,5 Mio. €).

4.5. Gesamtaussage

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis über Plan ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden bei der EVH insgesamt 31 Risiken ermittelt (Vorjahr: 21). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt drei Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	2	0	0
Marktrisiken	9	0	1
Rechtliche Risiken	14	0	1
Technische Risiken	4	0	0
Gesamt	31	0	3

Risiken der höchsten Risikogruppe 1 lagen nicht vor.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Aufgrund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen für Ein- und Verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limit-Überschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben. Aus der Bewirtschaftung der Energieportfolien ergeben sich systemimmanent das Risiko von Verlusten sowie die Chance auf Gewinne.

Darüber hinaus erfolgt die kontinuierliche Überwachung des Risikos aus einer Bürgschaft für eine Beteiligung.

Für das Risiko aus Kundeninsolvenzen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wurden Rückstellungen im Geschäftsjahr 2020 gebildet.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwacht und bewertet die Gesellschaft Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potenziellem Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2021 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

Trotz der Ausbreitung des COVID-19-Virus wird die Gesellschaft die Belieferung der Kunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas sicherstellen. Sie hat Notfallfahrpläne ausgearbeitet, die bei Bedarf schrittweise Anwendung finden. Mitarbeitende sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung hingewiesen worden. Zum Schutz des Personals wurden unterstützende Maßnahmen eingeleitet (zusätzliche Reinigungs- und Desinfektionsleistungen). Das Unternehmen ist weiterhin gut vorbereitet, dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Da die EVH zu Leistungen an Privathaushalte und Kleinunternehmen auch dann verpflichtet ist, wenn Kund*innen keine Abschläge/Rechnungen bezahlen, resultieren hieraus zumindest Zahlungsverzögerungen. Darüber hinaus besteht ein erhöhtes Risiko von Insolvenzen und daraus folgenden vollständigen Zahlungsausfällen und Anfechtungen. Bei den Gewerbetunden besteht das Risiko einer Margenreduktion durch sinkende Absatzmengen. Ferner müsste die bereits beschaffungsseitig fixierte Menge mit zu erwartenden Verlusten aus Preisdifferenzen am Markt abgegeben werden. Zur Risikominderung erfolgt eine fortlaufende Analyse der Kundenabnahmen sowie eine entsprechende Justierung der Prognosen zur Vermeidung von Ausgleichsenergie. Mittelfristige Mengenabsicherungen werden bei entsprechender Marktlage aufgelöst. Darüber hinaus erfolgte diesbezüglich eine Zuführung zu Rückstellungen im Geschäftsjahr 2020.

6.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. In der Sparte Strom ist dabei von einer steigenden Anzahl von Zählern mit einem gleichzeitig leicht sinkenden spezifischen Verbrauch im Privat- und Gewerbetundenbereich auszugehen. Ursächlich hierfür sind gesellschaftliche Prozesse wie die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten, die zunehmende Anzahl von Studenten in Halle (Saale) sowie auch Energieeinspareffekte bspw. durch LED-Beleuchtung. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen neben der Netzausweitung auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben die EVH und die SWH zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden die „Energie-Initiative-Halle (Saale)“ gegründet, die bereits im Geschäftsjahr 2019 auch von der Deutschen Energie-Agentur besonders gewürdigt wurde.

Positive Effekte in Form der KWK-Einspeisevergütung auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld „Zentrale Erzeugung“ erwartet die EVH auch weiterhin infolge des novellierten KWKG.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichten am 15. Oktober 2020 die Prognose der 2020 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach EEG sowie die daraus resultierende Umlage für das Jahr 2021. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Anders als in der Vergangenheit wurde im Rahmen des Corona-Konjunkturpaketes für das Jahr 2021 und das Folgejahr erstmals eine Begrenzung der EEG-Umlage gesetzlich beschlossen. Diese wurde für 2021 auf maximal 6,5 Cent je kWh (2020: 6,756 Cent je kWh) und für 2022 auf maximal 6,0 Cent je kWh festgelegt. Der Ausgleich des sogenannten EEG-Kontos erfolgt über Steuermittel. Ohne den Bundeszuschuss wäre die EEG-Umlage, auch infolge des Berechnungsschemas und der durch den wirtschaftlichen Einbruch gesunkenen Börsenstrompreise, auf den Rekordwert von 9,651 Cent je kWh angestiegen.

Weiterhin steigen die Umlage zur Netzentgeltreduzierung stromintensiver Betriebe (§ 19 StromNEV) von 0,358 Cent je kWh auf 0,432 Cent je kWh sowie die Umlage für abschaltbare Lasten von 0,007 Cent je kWh auf 0,009 Cent je kWh im Jahr 2021. Ferner steigt der Aufschlag nach dem KWKG von 0,226 Cent je kWh auf 0,254 Cent je kWh. Die Offshore-Netzumlage wird von 0,416 Cent je kWh auf 0,395 Cent je kWh verringert.

Infolge der gesetzlichen Einführung der CO₂-Besteuerung auf Brennstoffe, ist eine Weitergabe der diesbezüglichen Mehraufwendungen im Segment Gas leider unumgänglich.

6.2. Investitionen

Die EVH baut weiterhin regenerative Erzeugungskapazitäten auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. In Zukunft werden dazu alle bestehenden und künftigen Photovoltaikgroßprojekte in den eigenständigen EGE-Gesellschaften gebündelt, wodurch der Kapitalbedarf für die Errichtung der Anlagen verringert werden kann.

Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes Kundennahe Energiedienstleistungen alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen sollen vorwiegend innerhalb von Halle zu Investitionen führen.

Darüber hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das Projekt „KWK35“ sind darüber hinaus auch weiterhin umfassende Investitionen geplant. In 2021 wird der Energiepark der KWT in Halle-Trotha ertüchtigt. Insgesamt plant die EVH bis zum Jahr 2022 in diesem Geschäftsfeld Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 138 Mio. €, wovon bis zum 31. Dezember 2020 bereits 117 Mio. € realisiert wurden und bis 2022 weitere 21 Mio. € folgen.

6.3. Finanzierung

Die EVH geht davon aus, dass die geplanten Investitionen zentral über Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzstrategie finanziert werden.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2021 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Ertragsteuern und Ergebnisabführung in Höhe von 28,0 Mio. €. Mögliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind berücksichtigt.

Für die Folgejahre geht die Gesellschaft von einer stabilen Ergebnissituation aus.

EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	500		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	500	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).
2. Im übrigen ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.
3. Zur Verwirklichung des Gesellschaftszweckes strebt die Gesellschaft auch die finanzielle Beteiligung von Mitarbeitern verbundener Unternehmen sowie von Bürgern der Stadt Halle (Saale) durch Darlehen an.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-B Verwaltung GmbH *(vertreten durch Horn, Torsten)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-B Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

EGE-P Verwaltung GmbH

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

mittelbar

EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

	T€	%
	13	50,00
	25	50,00
	T€	%
	5	50,00
	5	50,00
	5	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	6.538	85
Umlaufvermögen	1.137	15

Bilanzsumme	7.675	100
--------------------	--------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	5.500	72
Rückstellungen	27	0
Verbindlichkeiten	2.148	28

Bilanzsumme	7.675	100
--------------------	--------------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	44
Erträge aus Beteiligungen	373
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15
Ergebnis nach Steuern	314
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	314
Gutschrift auf Verrechnungskonto	314
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	5,71	%
Cash-Flow:	314	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	71,66	%
Fremdkapitalquote:	28,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2020

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-B ist ihre Komplementärin die EGE-B Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH GmbH (EVH).

Die EGE-B hält jeweils 50 % der Kapitalanteile an der EGE-P sowie 50 % der Geschäftsanteile an der EGE-P Verwaltung GmbH.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach der Gründung der Gesellschaft im April 2020 konnte der Gründungsprozess auch für die Tochtergesellschaft EGE-P sowie von drei Projektbündelgesellschaften (Tochtergesellschaften der EGE-P) bis zum Ende des zweiten Quartals abgeschlossen werden. Im Zuge dessen wurde den Gesellschaften von der EGE-B Eigenkapital in Höhe von 6.538 T€ zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung erfolgte über die Einlagen der Gesellschafterin in Höhe von 5.500 T€ sowie über Nachrangdarlehen im Rahmen einer Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung, die bis zum Stichtag 31. Dezember 2020 eine Höhe von 1.834 T€ aufwiesen.

Der Kauf der ersten Photovoltaikanlagen in den Projektbündelgesellschaften erfolgte im Laufe des vierten Quartals 2020. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 wurden 14 Projekte mit einer Gesamtleistung von 36,1 MW umgesetzt.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Bundesrat die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung wurde mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. Branchenexperten rechneten beim gegenwärtigen Zubau mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die attraktive Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert.

Am 23. September 2020 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) sowie die Novelle des Bundesbedarfsplanungsgesetzes. Im Entwurf des EEG 2021 wird eine Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür werden ambitionierte Ausbaupfade für regenerative Energien bis 2030 festgelegt, um das im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegte Ziel, den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern, erreichen zu können.

Als einen wichtigen Eckpunkt sollen die Ausbaumöglichkeiten für regenerative Energien verbessert werden. So wird der Ausbau als öffentliches Interesse definiert, was dazu führt, dass derartige Projekte rechtlich besser gestellt und Genehmigungen beschleunigt werden können.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-B sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften, insbesondere der EGE-P. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-B einen Jahresüberschuss in Höhe von 314 T€.

Die EGE-B erzielte aufgrund ihrer Funktion als Holding keine Umsatzerlöse oder sonstige Erträge. Die Beteiligungserträge aus der Gewinnausschüttung der EGE-P betragen 373 T€.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Prüfungskosten sowie aus der Gründung des Unternehmens, in Höhe von insgesamt 45 T€ an.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen, insbesondere für die Darlehen aus der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung, betragen 15 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-B belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 764 T€.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -30 T€ ergab sich insbesondere aus den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen der Gesellschaft spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -6.538 T€ wider. Dabei handelte es sich um die Beteiligung an der EGE-P und der EGE-P Verwaltung GmbH.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 7.332 T€ beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen (Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung) in Höhe von 1.834 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 5.500 T€ enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EGE-B 7.675 T€.

Auf der Aktivseite war die Bilanz durch das Finanzanlagevermögen in Höhe von 6.538 T€ geprägt, da hier die Beteiligung an der EGE-P abgebildet ist. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 764 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Kommanditkapital der Gesellschafterin mit 5.500 T€ die größte Position. Des Weiteren bestanden sonstige Verbindlichkeiten aus der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung in Höhe von 1.834 T€ sowie Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 314 T€ und Rückstellungen in Höhe von 27 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-B schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren höhere Beteiligungserträge.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bescheinigt.

Da die Gesellschaft nicht an den Cash Pool der Konzernmutter angeschlossen ist, besteht ein erhöhtes Liquiditätsrisiko. Insbesondere die Kapitalabrufe der Finanzbeteiligungen sowie der Kapitaldienst im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung erfordern eine vorausschauende Liquiditätsplanung. Die Aussteuerung der Kapitalströme gehört somit zu den wesentlichen Steuerungsinstrumenten und Erfolgsfaktoren der Gesellschaft.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 104 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale). Im Übrigen ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	18.754	83
Umlaufvermögen	3.880	17

Bilanzsumme	22.634	100
--------------------	---------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	3.410	15
Rückstellungen	158	1
Verbindlichkeiten	19.066	84

Bilanzsumme	22.634	100
--------------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	54
sonstige betriebliche Erträge	1.358
Materialaufwand	37
Abschreibungen	115
sonstige betriebliche Aufwendungen	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	133
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	141
Ergebnis nach Steuern	968
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	968
Gutschrift auf Verrechnungskonto	968
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.780,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	28,40	%
Cash-Flow:	1.083	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,86	%
Eigenkapitalquote:	15,07	%
Fremdkapitalquote:	84,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	18,9	MWp

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2020

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG (EGE-P1) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P1 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach dem historischen Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im 2. Quartal 2020 infolge der einsetzenden Pandemie in Deutschland um 11,3 % ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal zwar deutlich gewachsen. Im Vorjahresvergleich war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 jedoch 4,1 % niedriger als im 2. Quartal 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rechnet für das Jahr 2020 mit einem Minus von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie, insb. Umsatzausfälle durch Einschränkungen bzw. Schließungen, für betroffene Unternehmen abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach der Gründung der Gesellschaft im Juni 2020 konnte die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebes vorbereitet werden.

Im Laufe des vierten Quartals 2020 erfolgte der sukzessive Erwerb von Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 18.869 T€, sodass zum 31. Dezember 2020 acht Photovoltaikanlagen in der EGE-P1 betrieben werden. Für die Finanzierung der Anlagen wurden Kreditverträge über ein Volumen in Höhe von 15.471 T€ abgeschlossen, wovon im Geschäftsjahr 2020 bereits 3.519 T€ abgerufen wurden.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Bundesrat die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung wurde mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. Branchenexperten rechneten beim gegenwärtigen Zubau mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die attraktive Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert.

Am 23. September 2020 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) sowie die Novelle des Bundesbedarfsplanungsgesetzes. Im Entwurf des EEG 2021 wird eine Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür werden ambitionierte Ausbaupfade für regenerative Energien bis 2030 festgelegt, um das im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegte Ziel, den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern, erreichen zu können.

Als einen wichtigen Eckpunkt sollen die Ausbaumöglichkeiten für regenerative Energien verbessert werden. So wird der Ausbau als öffentliches Interesse definiert, was dazu führt, dass derartige Projekte rechtlich bessergestellt und Genehmigungen beschleunigt werden können.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P1 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 18,9 MW.

Während des Betriebs im Kalenderjahr 2020 wurden insgesamt 21,2 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung in 2020 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 107,2 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,7 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-P1 einen Jahresüberschuss in Höhe von 968 T€.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 54 T€ resultieren aus der Stromvermarktung. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1.358 T€ für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs angefallene Materialaufwand im Geschäftsjahr 2020 betrug 37 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 115 T€ an.

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten insgesamt 18 T€. Zinsaufwand fiel in Höhe von 133 T€ an.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P1 belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 2.685 T€.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 184 T€ war insbesondere durch die Ausgleichszahlungen für verspätete Anlagenübergänge geprägt.

Der zahlungswirksame Teil der Investitionen in die Photovoltaikanlagen in Höhe von 4.294 T€ spiegelt sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 6.795 und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 3.519 T€ sowie Zinszahlungen in Höhe von 134 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 3.410 T€ enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EGE-P1 22.634 T€.

Auf der Aktivseite war die Bilanz durch das Sachanlagevermögen in Höhe von 18.754 T€ geprägt. Im Umlaufvermögen bestanden Forderungen in Höhe von 1.195 T€ sowie liquide Mittel in Höhe von 2.685 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten Verbindlichkeiten für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen in Höhe von 14.574 T€ die größte Position. Des Weiteren bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 3.519 T€ und die Einlage der Gesellschafterin in Höhe von 3.410 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P1 schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die einmaligen Ausgleichszahlungen für verspätete Anlagenübergänge zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P1 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P1 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P1 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die EGE-P1 hat im Geschäftsjahr 2020 bereits alle geplanten Anlagen gekauft. Vorerst sind keine weiteren Anlagenübernahmen vorgesehen.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 241 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale). Im Übrigen ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	11.526	93
Umlaufvermögen	862	7

Bilanzsumme	12.388	100
--------------------	---------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	4.610	37
Rückstellungen	64	1
Verbindlichkeiten	7.714	62

Bilanzsumme	12.388	100
--------------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	38
sonstige betriebliche Erträge	449
Materialaufwand	13
Abschreibungen	66
sonstige betriebliche Aufwendungen	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	57
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47
Ergebnis nach Steuern	285
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	285
Gutschrift auf Verrechnungskonto	285
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	758,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,18	%
Cash-Flow:	351	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,04	%
Eigenkapitalquote:	37,21	%
Fremdkapitalquote:	62,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	14,7	MWp

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2020

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG (EGE-P2) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P2 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach dem historischen Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im 2. Quartal 2020 infolge der einsetzenden Pandemie in Deutschland um 11,3 % ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal zwar deutlich gewachsen. Im Vorjahresvergleich war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 jedoch 4,1 % niedriger als im 2. Quartal 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rechnet für das Jahr 2020 mit einem Minus von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie, insb. Umsatzausfälle durch Einschränkungen bzw. Schließungen, für betroffene Unternehmen abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach der Gründung der Gesellschaft im Juni 2020 konnte die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebes vorbereitet werden.

Im Laufe des vierten Quartals 2020 erfolgte der sukzessive Erwerb von Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11.592 T€, sodass zum 31. Dezember 2020 fünf Photovoltaikanlagen in der EGE-P2 betrieben werden. Für die Finanzierung dieser und weiterer Anlagen wurde ein Kreditvertrag über ein Volumen in Höhe von 18.358 T€ abgeschlossen, wovon im Geschäftsjahr 2020 bereits 481 T€ abgerufen wurden.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Bundesrat die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung wurde mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. Branchenexperten rechneten beim gegenwärtigen Zubau mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die attraktive Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert.

Am 23. September 2020 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) sowie die Novelle des Bundesbedarfsplanungsgesetzes. Im Entwurf des EEG 2021 wird eine Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür werden ambitionierte Ausbaupfade für regenerative Energien bis 2030 festgelegt, um das im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegte Ziel, den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern, erreichen zu können.

Als einen wichtigen Eckpunkt sollen die Ausbaumöglichkeiten für regenerative Energien verbessert werden. So wird der Ausbau als öffentliches Interesse definiert, was dazu führt, dass derartige Projekte rechtlich besser gestellt und Genehmigungen beschleunigt werden können.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P2 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 14,7 MW.

Während des Betriebs im Kalenderjahr 2020 wurden insgesamt 8,7 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung in 2020 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 106,1 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,7 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-P2 einen Jahresüberschuss in Höhe von 285 T€.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 38 T€ resultieren aus der Stromvermarktung. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 449 T€ für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs angefallene Materialaufwand im Geschäftsjahr 2020 betrug 13 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 67 T€ an.

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten, insgesamt 19 T€. Zinsaufwand fiel in Höhe von 57 T€ an.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P2 belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 16 T€.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 209 T€ war insbesondere durch die Ausgleichszahlungen für verspätete Anlagenübergänge geprägt.

Der zahlungswirksame Teil der Investitionen der Investitionen in Photovoltaikanlagen in Höhe von 5.227 T€ spiegelt sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 5.033 T€ und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 481 T€ sowie Zinszahlungen in Höhe von 57 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 4.610 T€ enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EGE-P2 12.388 T€.

Auf der Aktivseite war die Bilanz durch das Sachanlagevermögen in Höhe von 11.526 T€ geprägt. Im Umlaufvermögen bestanden Forderungen in Höhe von 847 T€ sowie liquide Mittel in Höhe von 16 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten Verbindlichkeiten für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen in Höhe von 6.935 T€ die größte Position. Des Weiteren bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 481 T€ und die Einlage der Gesellschafterin in Höhe von 4.610 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P2 schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die einmaligen Ausgleichszahlungen für verspätete Anlagenübergänge zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P2 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P2 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P2 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2021 beabsichtigt die EGE-P2 den Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 292 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale). Im Übrigen ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	2.112	36
Umlaufvermögen	3.832	64

Bilanzsumme	5.944	100
--------------------	--------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	3.479	59
Rückstellungen	7	0
Verbindlichkeiten	2.458	41

Bilanzsumme	5.944	100
--------------------	--------------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	3
sonstige betriebliche Erträge	24
Materialaufwand	1
Abschreibungen	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38
Ergebnis nach Steuern	-31
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-31
Belastung des Verlustvortragskontos	-31
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-978,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,90	%
Cash-Flow:	-24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	35,53	%
Eigenkapitalquote:	58,52	%
Fremdkapitalquote:	41,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	Angaben in
Installierte Leistung	2,5	MWp

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2020

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG (EGE-P3) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P3 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach dem historischen Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im 2. Quartal 2020 infolge der einsetzenden Pandemie in Deutschland um 11,3 % ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal zwar deutlich gewachsen. Im Vorjahresvergleich war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 jedoch 4,1 % niedriger als im 2. Quartal 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rechnet für das Jahr 2020 mit einem Minus von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie, insb. Umsatzausfälle durch Einschränkungen bzw. Schließungen, für betroffene Unternehmen abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach der Gründung der Gesellschaft im Juni 2020 konnte die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebes vorbereitet werden.

Im Laufe des vierten Quartals 2020 erfolgte der Erwerb der ersten Photovoltaikanlage von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 2.119 T€. Für die Finanzierung dieser und weiterer Anlagen wurde ein Kreditvertrag über ein Volumen in Höhe von 12.686 T€ abgeschlossen, wovon im Geschäftsjahr 2020 noch keine Mittel abgerufen wurden.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Bundesrat die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung wurde mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. Branchenexperten rechneten beim gegenwärtigen Zubau mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die attraktive Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert.

Am 23. September 2020 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) sowie die Novelle des Bundesbedarfsplanungsgesetzes. Im Entwurf des EEG 2021 wird eine Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür werden ambitionierte Ausbaupfade für regenerative Energien bis 2030 festgelegt, um das im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegte Ziel, den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern, erreichen zu können.

Als einen wichtigen Eckpunkt sollen die Ausbaumöglichkeiten für regenerative Energien verbessert werden. So wird der Ausbau als öffentliches Interesse definiert, was dazu führt, dass derartige Projekte rechtlich besser gestellt und Genehmigungen beschleunigt werden können.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P3 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 2,5 MW.

Während des Betriebs im Kalenderjahr 2020 wurden insgesamt 0,5 GWh Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde in 2020 ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 96,9 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 100 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-P3 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 31 T€.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 3 T€ resultieren aus der Stromvermarktung. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 24 T€ für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs angefallene Materialaufwand im Geschäftsjahr 2020 betrug 1 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 7 T€ an.

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten insgesamt 13 T€. Zinsaufwand fiel in Höhe von 38 T€ an.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P3 belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 3.465 T€.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -7 T€ war insbesondere durch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Die Investition in die Photovoltaikanlage spiegelt sich nicht im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider, da diese noch nicht zahlungswirksam war.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 3.472 T€ und beinhaltet Zinszahlungen in Höhe von 38 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin in Höhe von 3.510 T€ enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EGE-P3 5.944 T€.

Auf der Aktivseite war die Bilanz durch das Sachanlagevermögen in Höhe von 2.112 T€ geprägt. Im Umlaufvermögen bestanden Forderungen in Höhe von 367 T€ sowie liquide Mittel in Höhe von 3.465 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten Verbindlichkeiten für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen in Höhe von 2.458 T€ die größte Position. Des Weiteren bestanden Rückstellungen in Höhe von 7 T€ und die Einlage der Gesellschafterin in Höhe von 3.510 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P3 schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem geringeren Jahresfehlbetrag ab, als in der Wirtschaftsplanung prognostiziert. Ursächlich war der Zeitpunkt des Anlagenübergangs.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P3 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P3 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P3 ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2021 beabsichtigt die EGE-P3 den Erwerb weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 270 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25	50,00
Ingenieurversorgung Baden Württemberg	25	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).
2. Im Übrigen ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	11.530	78
Umlaufvermögen	3.232	22
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0

Bilanzsumme	14.763	100
--------------------	---------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	13.050	88
Rückstellungen	19	0
Verbindlichkeiten	1.694	12

Bilanzsumme	14.763	100
--------------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020
	T€
Umsatzerlöse	7
sonstige betriebliche Erträge	0
Materialaufwand	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	485
Erträge aus Beteiligungen	1.253
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19
Ergebnis nach Steuern	747
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	747
Gutschrift auf Verrechnungskonten	747
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11.163,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,72	%
Cash-Flow:	747	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	88,40	%
Fremdkapitalquote:	11,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2020

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils 50 % des Festkapitals die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach dem historischen Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im 2. Quartal 2020 infolge der einsetzenden Pandemie in Deutschland um 11,3 % ist die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal zwar deutlich gewachsen. Im Vorjahresvergleich war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2020 jedoch 4,1 % niedriger als im 2. Quartal 2019. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rechnet für das Jahr 2020 mit einem Minus von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft weiterhin mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Auswirkungen der Pandemie, insb. Umsatzausfälle durch Einschränkungen bzw. Schließungen, für betroffene Unternehmen abzufedern und Insolvenzen zu verhindern.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach der Gründung der Gesellschaft im April 2020 konnte der Gründungsprozess auch von drei Projektbündelgesellschaften (Tochtergesellschaften der EGE-P) bis zum Ende des zweiten Quartals abgeschlossen werden. Im Zuge dessen wurde den Gesellschaften von der EGE-P Eigenkapital in Höhe von 11.530 T€ zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung erfolgte über die Einlagen der Gesellschafter der EGE-P in Höhe von insgesamt 13.050 T€, die beide jeweils im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesellschaft einzahlten. Der Kauf der ersten Photovoltaikanlagen in den Projektbündelgesellschaften erfolgte im Laufe des vierten Quartals 2020.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Bundesrat die vom Bundestag am 18. Juni 2020 beschlossene Aufhebung des 52-Gigawatt-Deckels für die Förderung der Photovoltaik. Die Begrenzung wurde mit der EEG-Novelle 2011 beschlossen und sah ein Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 Kilowatt beim Erreichen der Marke vor. Branchenexperten rechneten beim gegenwärtigen Zubau mit einem Erreichen der 52-Gigawatt-Schwelle spätestens im Herbst 2020. Durch die Streichung der Grenze aus dem EEG ist die attraktive Förderung des Photovoltaikausbaus auch in Zukunft gesichert.

Am 23. September 2020 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) sowie die Novelle des Bundesbedarfsplanungsgesetzes. Im Entwurf des EEG 2021 wird eine Treibhausneutralität des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms bereits vor dem Jahr 2050 als neues Langfristziel gesetzlich verankert. Hierfür werden ambitionierte Ausbaupfade für regenerative Energien bis 2030 festgelegt, um das im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegte Ziel, den Anteil des regenerativ erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 % zu steigern, erreichen zu können.

Als einen wichtigen Eckpunkt sollen die Ausbaumöglichkeiten für regenerative Energien verbessert werden. So wird der Ausbau als öffentliches Interesse definiert, was dazu führt, dass derartige Projekte rechtlich besser gestellt und Genehmigungen beschleunigt werden können.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-P sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften sowie die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2020 erzielte die EGE-P einen Jahresüberschuss in Höhe von 747 T€.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 7 T€ resultieren aus der Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen. Die Beteiligungserträge aus den Gewinnausschüttungen der Projektbündelgesellschaften betragen 1.253 T€.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Versicherungen, den Investitionsausschuss, Prüfungskosten sowie für die Gründung des Unternehmens, in Höhe von insgesamt 485 T€ an.

Sonstige Zinsaufwendungen für die Geldverwahrung betragen 19 T€. Außerdem fiel Materialaufwand in Höhe von 9 T€ für die Geschäftsbesorgung an.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P belief sich am 31. Dezember 2020 auf insgesamt 1.045 T€.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -475 T€ ergab sich insbesondere aus Aufwendungen für die Gründung des Unternehmens, den Aufwendungen und Erträgen aus der Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen der Gesellschaft spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -11.530 T€ wider. Dabei handelte es sich um die Beteiligung an den Projektbündelgesellschaften.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 13.050 T€ beinhaltet die Kapitaleinlagen der Gesellschafter.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der EGE-P 14.763 T€.

Auf der Aktivseite war die Bilanz durch das Finanzanlagevermögen in Höhe von 11.530 T€ geprägt, da hier die Beteiligungen an den Projektbündelgesellschaften abgebildet sind. Das Umlaufvermögen in Höhe von 3.232 T€ beinhaltete liquide Mittel, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und sonstige Vermögensgegenstände.

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Kommanditkapital der Gesellschafter mit 13.050 T€ die größte Position. Des Weiteren bestanden Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von 1.713 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren höhere Beteiligungserträge aus den Projektbündelgesellschaften.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 549 T€. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried (bis 26.09.2020)
Kipping, Bertram (seit 17.12.2020)
Störzner, Uwe

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer haben im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH erhalten.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		82,72

mittelbar

	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	364	0,29

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	16	100	23	100	29	100	-7	-30
Bilanzsumme	16	100	23	100	29	100	-7	-30

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3	19	15	62	6	20	-12	-80
Rückstellungen	11	67	8	38	22	76	3	38
Verbindlichkeiten	2	14	0	0	1	4	2	100
Bilanzsumme	16	100	23	100	29	100	-7	-30

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	12	11	36
Ergebnis nach Steuern	-12	-11	-36
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-12	-11	-36

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-79,90	-43,31	-86,29	%
Cash-Flow:	-12	-11	-36	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	18,68	62,38	19,94	%
Fremdkapitalquote:	81,32	37,62	80,06	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Grundlagen

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg, und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale).

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Diplom-Ingenieur (FH) Uwe Störzner und Herr Bertram Kipping (seit dem 17. Dezember 2020). Herr Dr. Lauda war Geschäftsführer der Gesellschaft bis zum 26. September 2020.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 11,7 aus. Dieser resultiert maßgeblich aus Verwaltungskosten. Die FSA verfügt über keine nachhaltige Ertragsquelle.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Vergütung.

Der Jahresfehlbetrag 2020 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der FSA war das Halten mittelbarer Beteiligungen an der FWV. Hierzu war die FSA seit ihrer Gründung über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, in Höhe von 25,5 %, sowie über einen Auskehranspruch aus der Auflösung einer „Kleinen GbR“, bestehend aus der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i.L. und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH, in Höhe von 20,2664 % an der FWV beteiligt.

Seit Anfang der 1990er Jahre verlangen die anspruchsberechtigten Kommunen die Kommunalisierung und unentgeltliche Übertragung der Anteile an der FWV. Nach dem Erlass diverser Bescheide, die sämtlich Gegenstand gerichtlicher Überprüfung waren, erließ zuletzt das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) am 25. Januar 2016 den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010. Der Übertragungsbescheid sieht eine unmittelbare dingliche Zuordnung sämtlicher Anteile an der FWV an die sächsischen und sachsen-anhaltischen Gemeinden vor.

Mit Urteil vom 12. Dezember 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die mit Bescheid vom 25. Januar 2016 erfolgte Zuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH weitgehend rechtmäßig ist. Hiervon betroffen sind auch die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, die die FSA über die „Große GbR“ und die „Kleine GbR“ hält. Die Begründung des Urteils wurde der FSA am 1. März 2019 zugestellt. Mit der Umsetzung des Urteils und der Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister verliert die FSA ihre Geschäftsanteile an der FWV. Am 18. März 2019 wurde die neue Gesellschafterliste der FWV im HRB 86 des Amtsgerichts Leipzig eingetragen.

Der FSA ist mit der HRB-Einreichung der neuen Gesellschafterliste die maßgebliche Beteiligung an der FWV entzogen und somit für ihre Geschäftstätigkeit wirtschaftlich bedeutsamen Beteiligungen. Der FSA verbleibt lediglich als Gesellschafter der großen GbR gemeinsam mit der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH noch ein Geschäftsanteil von 0,57 %. Auswirkungen auf den Jahresabschluss bestehen jedoch nur in geringem Umfang, da die Beteiligungen an der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ jeweils mit 1 EUR bewertet sind.

Ausblick

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2018 geht der Verlust der Geschäftsanteile an der FWV einher. Ersatzansprüche für die FSA bestehen nicht. Für das Käuferkonsortium MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und Stadtwerke Halle GmbH, welches die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH im Jahr 2004 vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR erworben hat, besteht jedoch ein Rücktrittsrecht gemäß § 12 Abs. 3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 22. Juli 2004. Entsprechende Ansprüche sind damit durch die Gesellschafter der FSA zu realisieren. Die FSA wird bis zur Umsetzung der Zuordnung und bei Erfordernis darüber hinaus ihren Pflichten nachkommen.

Im Jahr 2019 hat der Konsortialausschuss der FSA einen Beschluss bezüglich des Herstellens von Einvernehmen über die Ausübung des Rücktrittsrechtes gefasst, fanden Sondierungsgespräche der großen GbR (FSA/KWL) mit dem BMF/BvS bezüglich einer Entschädigung aus dem Kauf- und Abtretungsvertrag aus dem Jahr 1994 sowie der Gesellschafter der FSA mit dem Ministerium Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt zum Rücktritt vom Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA vom 22. Juli 2004 statt.

Im Zuge der Klageerhebung der großen GbR gegen die BvS auf Rückzahlung des Kaufpreises, den die große GbR im Jahr 1994 für den 51 % Anteil an der FWV gezahlt hat, haben KWL und FSA eine Vereinbarung über die Aufteilung der Kosten des Klageverfahrens geschlossen. Danach wird der Prozess von KWL finanziert. Im Falle des vollständigen Unterliegens der großen GbR trägt KWL sämtliche Kosten allein. Im Falle des teilweisen Obsiegens tragen KWL und FSA entsprechend der gerichtlich festgelegten Kostenquote für die große GbR die Kosten je zur Hälfte, FSA jedoch nicht mehr als sie von BvS als Zahlung auf die eingeklagte Forderung tatsächlich erhält.

Mit Schreiben ihres Prozessbevollmächtigten vom 2. April 2020 hat das Konsortium (MIDEWA/SWH) nunmehr unter Berufung auf § 12.3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages angekündigt, die Rückabwicklung der Beteiligung an der FSA zu betreiben. Unter Verweis auf die gesetzlichen Rückabwicklungsvorschriften nach § 346 ff. BGB sieht das Konsortium (MIDEWA/SWH) vor, ermittelte Ansprüche gemäß Anlage 2, Punkt III, geltend zu machen. Das Konsortium (MIDEWA/SWH) ist der Auffassung, die Rückabwicklung durch eine vertragliche Rückabwicklung umzusetzen. Eine schriftliche Fixierung darüber steht zum derzeitigen Zeitpunkt aus, da das Land Sachsen-Anhalt bzw. der Talsperrenbetrieb die Ansprüche der Höhe nach auf Belastbarkeit und Verhandlungsreife prüft. Die Ansprüche aus dieser Rückabwicklung stehen nicht der FSA, sondern der MIDEWA und der SWH zu.

Gemäß vorliegendem Zeitplan wird das Ergebnis der Prüfung erst Ende Februar 2021 vorliegen. Ein Vertragsentwurf bzw. ein Vertrag werden gemäß Zeitplan erst Anfang des 2. Quartales 2021 erwartet, und erst zu diesem Zeitpunkt stehen die tatsächlichen Ansprüche des Konsortiums fest.

Eine abschließende Entscheidung über den Rücktritt vom Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag bezüglich der FSA gegenüber dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR steht deshalb noch aus, ist aber für 2021 geplant. Soweit in diesem Zusammenhang weitere Kosten entstehen und nicht aus dem Liquiditätsbestand der FSA gedeckt werden können, geht die FSA von einer fortgesetzten Unterstützung aus dem Gesellschafterkreis aus.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Leipzig	31.249,39	24,45
Stadt Halle (Saale)	31.058,68	24,30
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	10.692,52	8,37
Stadt Bitterfeld-Wolfen	8.038,53	6,29
Stadt Aschersleben	3.103,16	2,43
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	2.816,20	2,20
Stadt Bernburg	2.657,44	2,08
Stadt Dessau-Roßlau	2.519,26	1,97
Stadt Merseburg	2.376,23	1,86
Stadt Hettstedt	2.313,47	1,81
Stadt Gräfenhainichen	1.943,80	1,52
Lutherstadt Eisleben	1.903,03	1,49
Stadt Sandersdorf-Brehna	1.566,60	1,23
Große Kreisstadt Torgau	1.510,23	1,18
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1.489,52	1,17
Stadt Ballenstedt	1.354,41	1,06
Gemeinde Teutschenthal	1.270,56	0,99
Stadt Seeland	1.197,06	0,94
Stadt Schkeuditz	1.151,81	0,90
Gemeinde Petersberg	1.059,01	0,83
Stadt Leuna	998,55	0,78
Gemeinde Muldestausee	997,79	0,78
Gemeinde Kabelsketal	956,50	0,75
Große Kreisstadt Eilenburg	810,65	0,63
Gemeinde Schkopau	809,50	0,63
Stadt Nienburg/Saale	790,07	0,62
Gemeinde Salzatal	787,39	0,62
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	728,59	0,57
Gemeinde Mockrehna	696,00	0,54
Stadt Quedlinburg/Harz	666,85	0,52
Stadt Bad Schmiedeberg	661,74	0,52
Große Kreisstadt Wurzen	578,53	0,45

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Taucha	552,71	0,43
Stadt Gerbstedt	524,20	0,41
Stadt Wettin-Löbejün	521,39	0,41
Stadt Markleeberg	464,13	0,36
Stadt Mansfeld	434,34	0,34
Stadt Landsberg	428,97	0,34
Gemeinde Laußig	407,63	0,32
Stadt Könnern	384,88	0,30
Gemeinde Klostermansfeld	324,29	0,25
Stadt Arnstein	272,90	0,21
Gemeinde Helbra	217,17	0,17
Stadt Dommitzsch	217,17	0,17
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	196,98	0,15
Stadt Kemberg	196,46	0,15
Gemeinde Trossin	194,93	0,15
Gemeinde Doberschütz	191,99	0,15
Stadt Raguhn-Jeßnitz	176,65	0,14
Stadt Südliches Anhalt	171,03	0,13
Stadt Falkenstein/Harz	156,71	0,12
Gemeinde Elsnig	155,94	0,12
Gemeinde Wimmelburg	144,31	0,11
Gemeinde Bornstedt	114,53	0,09
Gemeinde Dreiheide	114,53	0,09
Gemeinde Benndorf	101,24	0,08
Stadt Braunsbedra	89,99	0,07
Stadt Belgern-Schildau	65,06	0,05
Stadt Blankenburg	58,42	0,05
Gemeinde Hergisdorf	53,69	0,04
Stadt Zörbig	48,57	0,04
Goethestadt Bad Lauchstädt	40,26	0,03
Stadt Köthen (Anhalt)	28,63	0,02
Gemeinde Jesewitz	9,84	0,01
Gemeinde Lossatal	9,84	0,01
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,51	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser und die Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar und mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:		Wollenberg, Jan	
Technische Geschäftsführung:		Dr. Michalik, Peter	(bis 31.12.2020)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	stellv. Vorsitzender	Hörning, Ulrich	(seit 27.05.2020 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar	(bis 27.05.2020)
		Barth, Romina	(seit 27.05.2020)
		Bergner, Rayk	(seit 27.05.2020)
		Dallhammer, Wolf-Dieter	(bis 27.05.2020)
		Dr. Meyer, Ulrich	(bis 27.05.2020)
		Dr. Ruhland, Alexander	(seit 27.05.2020)
		Fuchshuber, Bernhard	(seit 27.05.2020)
		Gawantka, Mario	(seit 27.05.2020)
		Geier, Egbert	(seit 27.05.2020)
		Gründler, Cornelia	(bis 27.05.2020)
		Henning, Burkhard	(bis 27.05.2020)
		Kunau, Jan	(seit 27.05.2020)
		Kunert, Franz-Xaver	(seit 27.05.2020)
		Mittelberger, Thiébauld	(bis 27.05.2020)
		Müller, Annerose	(bis 27.05.2020)
		Rosenthal, Heiko	(seit 27.05.2020)
		Schenk, Armin	(seit 27.05.2020)
		Schilling, Enrico	(seit 27.05.2020)
		Schlicke, Friedhelm	
		Schulze, Jörg	(seit 27.05.2020)
		Schütze, Karsten	(seit 27.05.2020)
		Störzner, Uwe	
		Walther, René	(seit 27.05.2020)
		Wenzel, Christian	(bis 27.05.2020)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	31	26	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	157.420	94	152.885	94	147.923	94	4.535	3
Umlaufvermögen	9.586	6	9.486	6	10.171	6	100	1
Rechnungsabgrenzungsposten	128	0	117	0	77	0	11	9

Bilanzsumme

167.134	100	162.488	100	158.171	100	4.646	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Empfangene Ertragszuschüsse
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	127.791	76	124.794	77	122.495	77	2.997	2
Sonderposten für Investitionszulagen	55	0	59	0	65	0	-4	-7
Empfangene Ertragszuschüsse	292	0	316	0	338	0	-24	-8
Rückstellungen	8.477	5	7.802	5	7.516	5	675	9
Verbindlichkeiten	30.519	19	29.517	18	27.757	18	1.002	3

Bilanzsumme

167.134	100	162.488	100	158.171	100	4.646	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	47.731	44.502	49.700
andere aktivierte Eigenleistungen	2.647	2.538	2.461
sonstige betriebliche Erträge	865	1.117	1.021
Materialaufwand	18.018	16.532	22.070
Personalaufwand	14.522	14.074	13.545
Abschreibungen	9.452	9.016	8.892
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.477	5.585	5.506
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	475	505	568
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	100	11	82
Ergebnis nach Steuern	3.216	2.437	2.519
sonstige Steuern	219	138	137
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.997	2.299	2.382

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,28	5,17	4,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,40	1,88	1,98	%
Cash-Flow:	12.449	11.315	11.274	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	237	226	251	T€
Personalaufwandsquote:	28,34	29,22	25,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,11	94,04	93,45	%
Eigenkapitalquote:	76,46	76,80	77,44	%
Fremdkapitalquote:	23,54	23,20	22,56	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	201.250,00	201.250,00	201.250,00	m ³
Fernleitungsnetz	793,00	789,00	775,00	km
Trinkwasserverkauf	80,10	80,20	81,40	Mio. m ³

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Seit mehr als 50 Jahren besteht die Kernaufgabe des Unternehmens in der Gewinnung und Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie dessen Verteilung an das Fernwassersystem angeschlossene Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und große industrielle Direktabnehmer. Damit ist das Unternehmen ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Teilen Nordthüringens.

Weiter gefestigt wurde diese Rolle des Unternehmens durch die Verabschiedung des neuen Gesellschaftsvertrages am 30.01.2020. Darin verankert ist die Bedeutung kommunaler Gesellschafter vertreten durch Gemeinden, Zusammenschlüssen von Gemeinden oder durch Gesellschaften in privater Rechtsform, die mehrheitlich in kommunaler Hand sind.

Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens konnte auch in 2020, wie auch in den Vorjahren, insbesondere in den warmen und trockenen Witterungsphasen des Frühlings und Sommers unter Beweis gestellt werden. Die Versorgung mit qualitätsgerechtem Trinkwasser unserer Kunden konnte jederzeit sichergestellt werden. Darüber hinaus konnte im Raum Bitterfeld/Wolfen ein neuer Industriekunde an das Fernwassersystem angeschlossen werden. Das ist ein Beispiel dafür, dass in großen Teilen des Versorgungsgebietes die Bereitstellung größerer Wassermengen nur noch durch das Fernwassersystem möglich ist. Die maximale Tagesförderung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz betrug 291 Tm³ und wurde am 08.08.2020 erreicht. Über das gesamte Geschäftsjahr wurden 80,1 Mio. m³ Wasser an die Kunden geliefert.

Darüber hinaus konnte das Unternehmen 9,6 GWh regenerativen Strom in den Turbinen im Ostharz-Ableitungssystem und in den Photovoltaikanlagen in der Elbaue erzeugen. Für Trinkwasser- und andere Kunden aus dem Versorgungssystem wurden Labordienstleistungen in einer Höhe von 169 T€ erbracht.

Geprägt wurde die Tätigkeit des Unternehmens durch die allgegenwertigen Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Intensitäten ab März 2020 bis zum Jahresende. Kernfrage waren insbesondere der Erhalt der Gesundheit unserer Mitarbeiter und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. So konnten aufgrund der umfangreich eingeführten Vorsichts-/ Hygienemaßnahmen Ansteckungsketten innerhalb des Unternehmens weitestgehend vermieden werden und durch zeitnahe Testszenarien potentiell gefährdeter Mitarbeiter möglichen Ausfällen frühzeitig begegnet werden. Ebenso konnten alle wichtigen bestellten Materiallieferungen und Fremdleistungen realisiert werden, wo sinnvoll wurde die Bevorratung erhöht. Somit war die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens jederzeit sichergestellt. Zu Beginn der Pandemie stellte sich ebenfalls die Frage der weiteren unterjährigen Absatzentwicklung im Trinkwasserbereich. Ein signifikanter Umsatzrückgang von bis zu 13 % setzte bei industriellen Direktabnehmern in Wesentlichen erst ab der Mitte des Jahres ein. Im Jahresdurchschnitt erfolgte gegenüber dem Wirtschaftsplan eine um 6 % geringere Abnahme. Diese wurde im Jahr 2020 aber deutlich durch die höheren Abnahmen der Weiterverteiler kompensiert.

Daher ist es trotz aller Corona-bedingten Einschränkungen dem Unternehmen gelungen, mit den in 2020 erzielten Absätzen und den damit erreichten wirtschaftlichen Ergebnissen die positive Unternehmensentwicklung der letzten Jahre kontinuierlich fortzuführen. Die bisher erarbeiteten, den jeweiligen Entwicklungen stets angepassten, langfristigen Konzepte waren dafür eine wichtige Grundlage. Gleichwohl besteht die Aufgabe, sie mit neuen Erkenntnissen zu justieren und damit die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Gesellschafterkreis abzustimmen. Dabei sollen die Leitlinien der Unternehmenspolitik weiterhin Basis zukünftigen Handelns sein:

- Sichere Wasserversorgung
- Sozialverträgliche Entgelte
- Angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit.

2. Forschung und Entwicklung

Wesentliche Forschungs- und Analysearbeiten ergeben sich für die Fernwasserversorgung aktuell auf dem Gebiet des Ressourcenschutzes. Dies betrifft sowohl das Einzugsgebiet der Rappbodetalsperre wie auch die Bereiche der Rohwassergewinnung über Tiefbrunnen entlang der Elbe im Raum Torgau. Gemeinsam mit dem Talsperrenbetrieb des Landes Sachsen — Anhalt (TSB) und dem Zentrum für Umweltforschung (UFZ) nutzt die Fernwasserversorgung die vielfältigen Monitoringdaten des Talsperrenobservatoriums Rappbode (TOR) für die optimale Steuerung der Trinkwasseraufbereitungsanlagen in Wienrode. Ergänzt wird der Datenfundus durch eigene Tiefenprofile. Alle Messdaten werden in eine Auswertungsmatrix integriert, die eine tagesaktuelle Übersicht über die qualitative und quantitative Rohwassersituation visualisiert.

Im Rahmen der Anpassung von nach früherem Recht festgelegten Wasserschutzgebieten an das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i.V.m. dem Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA) beteiligt sich die Fernwasserversorgung intensiv an den Gesprächen mit den Behörden und dem Betreiber des Rappbodetalsperrensystems (TSB).

Im Versorgungsbereich Elbaue wird ein mehrfach gestaffeltes Monitoringsystem betrieben, das einen Überblick über die fließzeitliche und teufenbezogene Qualitätsentwicklung ermöglicht. Zahlreiche Forschungseinrichtungen (u.a. TU Berlin, UBA, HTW Dresden) nutzen die Grundwassermessstellen entlang der Elbe als Referenzstandorte für ihre Projekte. Das Messprogramm der Fernwasserversorgung ist in enger Zusammenarbeit mit der HTW Dresden optimiert und um zahlreiche relevante anthropogene Spurenstoffe erweitert worden.

Die Messungen dieser Substanzen werden in Kooperation mit dem Technologiezentrum des DVGW e.V. (TZW) in Karlsruhe und der Südsachsen Wasser GmbH durchgeführt. Auf der Homepage der Fernwasserversorgung sind die Untersuchungsergebnisse für die Verbraucher erläutert und dokumentiert.

Jährlich wird dieses Messprogramm mit den Mitgliedsunternehmen der Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Einzugsgebiet der Elbe (AWE) aktualisiert. Gleichzeitig wird ein gemeinsamer Qualitätsbericht erstellt, der qualitative Anforderungen an die Elbe und ihre Nebenflüsse aus Sicht der Trinkwasserversorgung enthält (www.awe-elbe.de).

Als koordinierendes Mitglied in der AWE vertritt die Fernwasserversorgung die Interessen der Trinkwasserversorger bei der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE). Die IKSE wurde von den Anrainerstaaten gegründet, um das Vorgehen bei der Erfüllung der Aufgaben der EU-WRRL in dem Elbeeinzugsgebiet unter einem Dach zu bündeln.

Im Rahmen der Anhörungsprozesse zu dem bevorstehenden 3. Bewirtschaftungszeitraum (2022-2027) beteiligt sich die AWE mit konkreten Reduzierungszielen für Spurenstoffe in den betroffenen Flüssen. Um die Forderungen der Trinkwasserversorger zur Verbesserung der Oberflächenwasserqualität auch europaweit noch effizienter an die Entscheidungsträger in Verwaltungen und Behörden heran zu tragen, wurde eine Koalition gebildet, die ein aktualisiertes Europäisches Fließgewässermemorandum (ERM) 2020 publiziert hat. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften an Rhein, Ruhr, Donau, Schelde und Elbe veröffentlichten als Strategie des Gewässerschutzes der Wasserwerke 10 Thesen im ERM. Das ERM soll zu einer offenen und transparenten Diskussion in der Öffentlichkeit beitragen und die Notwendigkeit eines vorsorgenden Gewässerschutzes aufzeigen, zumal eine mit dem Klimawandel auftretende Verknappung der Wasserressourcen den Stellenwert der verbleibenden Wasserressourcen erhöhen wird. Die Umsetzung dieser Forderungen sehen die Wasserversorger als Schlüssel für eine sichere Trinkwassergewinnung auf der Basis naturnaher Aufbereitungsverfahren für kommende Generationen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach der konjunkturell positiven Lage der letzten Jahre, welche sich auch durch die positive Entwicklung im Versorgungsgebiet widergespiegelt hat, ist das Unternehmen auch für 2020 von einer weiteren positiven Entwicklung in Mitteldeutschland ausgegangen und hat seine Wirtschaftsplanung entsprechend ausgerichtet. Die ab Ende Februar 2020 sich auch in Deutschland zunehmend auswirkende Corona-Pandemie hat die gesamtwirtschaftlichen aber auch die branchenbezogenen Rahmenbedingungen deutlich verändert. Aufgrund der in der Art und Weise und in diesem Ausmaß neuen Situation, mussten viele unternehmerische Bereiche bzgl. ihrer Stabilität und weiteren Entwicklung überprüft werden. So zeigten die teilweise verschärften und vorsorglich getroffenen Maßnahmen, z.B. bei der Beschaffung und Bevorratung von Aufbereitungschemikalien oder der Organisation innerbetrieblicher Abläufe auch in der 2. Welle im Pandemieverlauf ab Herbst 2020, ihre volle Wirksamkeit.

Weiterhin fraglich, auch über das Jahresende 2020 hinaus, sind die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen im mittel- und langfristigen Bereich, die neben einer allgemeinen konjunkturellen Abschwächung auch zu punktuellen Schließungen von Gewerbeeinheiten führen und damit unmittelbar und mittelbar auf die Absatzentwicklung des Unternehmens Einfluss nehmen können. Eine Stagnation auf dem aktuellen Absatzniveau ist somit möglich. Darüber hinaus müssen aber auch die aktuellen Themen des Klimawandels oder des quantitativen und qualitativen Erhalts der Rohwasserdarangebote beachtet werden. So muss die der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden und damit einhergehend ein entsprechender Schutz der Rohwasserdarangebote erfolgen. Beispiele hierfür sind die Beherrschung der Spurenstoffproblematik, die Vermeidung des Eintrags von Mikroschadstoffen in den Wasserkreislauf oder die erfolgreiche Umsetzung der aktuellen Düngemittelverordnung, um z.B. eine Nitratbelastung von Rohwässern zu vermeiden.

Dem gesamtwirtschaftlichen Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens sieht sich auch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz verpflichtet. Dazu zählt u.a. ein entsprechender Ressourcen schonender Energieeinsatz. Seit 2014 wird der effiziente Energieeinsatz durch ein implementiertes Energiemanagementsystem DIN EN ISO 50001: 2018 begleitet, welches seitdem fortlaufend erfolgreich einer Zertifizierung unterzogen wurde.

2. Geschäftsverlauf und Lage

a. Ertragslage

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 80,1 Mio. m³ liegt mit ca. 0,8 Mio. m³ deutlich über den Erwartungen des Wirtschaftsplans und nur geringfügig unter dem Vorjahreswert von 80,2 Mio. m³. Im Mehrjahresvergleich, insbesondere unter Berücksichtigung der Einflüsse der Corona-Pandemie auf die gewerblichen Kunden, kann dieser Absatzwert wie in den Vorjahren als sehr erfolgreich gewertet werden. Die warme und trockene Witterung im Frühjahr und Sommer führte wie in den Vorjahren besonders bei den Weiterverteilern zu guten Trinkwasserabsätzen. Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2020 machen 43,18 Mio. € aus. Damit konnten sowohl der Vorjahreswert (41,48 Mio. €) als auch der Planwert für das Jahr 2020 (42,13 Mio. €) übertroffen werden.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen, aus der Erzeugung regenerativen Stroms nach dem EEG und Labordienstleistungen gegenüber Dritten. Die Erlöse aus den Umverlegungen liegen mit 2,70 Mio. € leicht unter dem geplanten Wert, betragen aber doppelt so viel wie im Vorjahr (1,29 Mio. €). Diesen Erlösen stehen korrespondierende Materialaufwendungen gegenüber. Mit 1,42 Mio. € Erlösen aus der Stromerzeugung durch die eingebauten Trinkwasserturbinen und die installierten Photovoltaikanlagen wurde der Vorjahreswert (1,39 Mio. €) leicht überschritten. Die Erlöse aus Wasseranalysen für unsere Kunden umfassen 169 T€ liegen damit leicht unter dem Vorjahresniveau (197 T€). Die gesamten Sonstigen Umsatzerlöse liegen mit 4,55 Mio. € in 2020 somit deutlich über dem Vorjahr (3,02 Mio. €). Daraus ergeben sich für 2020 Gesamtumsatzerlöse von 47,73 Mio. €. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr (44,50 Mio. €) ergibt sich durch höhere Erlöse beim Trinkwasserabsatz und den Umverlegungen.

Im Geschäftsjahr 2020 konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,65 Mio. € realisiert werden. Damit wurde der Vorjahreswert von 2,54 Mio. € leicht übertroffen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (865 T€) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte (produktionsbedingt erhöhter Energieeinsatz) und Versicherungsschädigungen.

Die Gesamtleistung des Geschäftsjahres 2020 beträgt 51,24 Mio. € und liegt aufgrund der beschriebenen Abweichungen somit mit über 3,09 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (48,16 Mio. €).

Der Materialaufwand 2020 umfasst 18,02 Mio. € und liegt somit etwas über dem Vorjahreswert von 16,53 Mio. €. Wesentliche Abweichungen ergaben sich durch höhere Strombezugsaufwendungen und höheren Aufwendungen für die Realisierung der von Dritten verursachten Umverlegungsleistungen an Fernwasseranlagen. Weitere wesentliche Positionen des Materialaufwandes betreffen den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR und Instandhaltungsaufwendungen zum Erhalt der Anlagen.

Der Personalaufwand stieg durch Tarifsteigerungen und durch die rechtzeitige Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen auf 14,52 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (14,07 Mio. €) an.

Durch das Investitionsniveau der letzten Jahre von ca. 12-14 Mio. € steigt das Abschreibungsniveau gegenüber den Vorjahren (2019: 9,02 Mio. €) weiter an. Im Jahr 2020 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,45 Mio. €.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen in 2020 5,48 Mio. € und liegen damit leicht unter dem Vorjahreswert (5,58 Mio. €). Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Insbesondere aufgrund der weiteren positiven Erlösentwicklung im Trinkwasserabsatz und geringeren Reparaturaufwendungen konnte im Geschäftsjahr 2020 ein Jahresüberschuss von 3,00 Mio. € erreicht werden (Plan 1,68 Mio. €). Das Vorjahresergebnis betrug 2,30 Mio. €.

b. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2020 wurden zwei Kredite in einer Höhe von insgesamt 4,50 Mio. € aufgenommen. Dem gegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 2,69 Mio. €.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (12,15 Mio. €) auf 13,85 Mio. €. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen aus dem besseren Jahresergebnis, höheren Abschreibungen und Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (76,8 %) leicht auf 76,5 % gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigen Fremdkapital liegt zum Bilanzstichtag mit 99,1 % auf Vorjahresniveau.

c. Vermögenlage

Die wesentlichsten Investitionsprojekte in 2020 waren:

- die Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Bernburg und Halle (Errichtung und Inbetriebnahme von zwei Teilabschnitten)
- die Sanierung des Wasserwerks Mockritz (Filter/ Röhrenabsetzbecken, Mess- und Steuerungstechnik, elektrische Installation)
- Fertigstellung der Erneuerung des Hochbehälters Hohe Gieck mit der Inbetriebnahme der zweiten Behälterkammer
- Fertigstellung und Inbetriebnahme einer neuen Anschlussleitung eines gewerblichen Kunden im Bereich Bitterfeld/Wolfen
- die Fertigstellung des dritten „Abschnittes“ des zu migrierenden Prozessleitsystems.

Darüber hinaus erfolgten kleinere Investitionsmaßnahmen zur Erneuerung des Anlagenbestandes der Fernwasserversorgung im Bereich der Netze und Wasserwerksanlagen.

Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (2,37 Mio. €) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (10,40 Mio. €) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 0,85 Mio. €, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,10 Mio. € und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,37 Mio. €.

3. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den qualitativen Indikatoren, wie Versorgungssicherheit und qualitätsgerechte Trinkwasserlieferung sind der Trinkwasserabsatz und die damit verbundenen Umsatzerlöse sowie das erzielte Jahresergebnis die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren. Der Trinkwasserabsatz ist trotz der diesjährigen schwierigen Rahmenbedingungen bei ca. 80 Mio. m³ weiter stabil. Die daraus erzielten Umsatzerlöse konnten aufgrund inflationärer Preissteigerungen um 1,70 Mio. € erhöht werden. Das Jahresergebnis als finanzieller Leistungsindikator beträgt 3,00 Mio. € und liegt mit 1,32 Mio. € über dem Planwert.

4. Gesamtaussage

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird als gut und stabil eingeschätzt. Die Absatz- und damit einhergehende Umsatzentwicklung bestätigt die positiven Prognosen im Kerngeschäft des Unternehmens. Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Lieferungen und Leistungen und Personalaufwendungen konnten durch steigende Erlöse kompensiert werden. Die stabile und qualitätsgerechte Versorgung unserer Kunden mit Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

Zum Nachtragsbericht wird auf den Anhang verwiesen.

III. Prognosebericht

Die positive Absatzentwicklung bei Bestandskunden in den letzten Geschäftsjahren und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen führen in den Folgejahren zu einem stabilen Absatzniveau von ca. 80 Mio. m³. So gingen frühere Prognosen (vornehmlich beeinflusst durch die demografischen Effekte) für die Zeiträume ab 2020-2025 noch von bereitzustellenden Jahresmengen von ca. 70 Mio. m^{3/a} aus.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Trinkwasserabsatz von 80,9 Mio. m³ erwartet. Es wird eingeschätzt, dass dieser sich in den Folgejahren noch leicht erhöhen kann. Neben den Absatzerweiterungen in bestehende Kundenbeziehungen und Neuabschlüsse wurden auch demographische Entwicklungen berücksichtigt. Die daraus zu erwartenden Umsatzerlöse werden sich von 43,66 Mio. € in 2021 bis auf 45,21 Mio. € im Jahr 2025 erhöhen. Darin enthalten sind die weiter zu berechnenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Positionen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstige Dienstleistungen werden mit 1,48 Mio. €, insbesondere Laborleistungen gegenüber Kunden, mit 0,25 Mio. €, auf dem Niveau der Vorjahre in 2021 und den Folgejahren eingeplant. Mit hohen Unsicherheiten verbunden sind die Auswirkungen von Maßnahmen zur Leitungssicherung auf Veranlassung Dritter. Aufgrund der korrelierten Entwicklung auf der Erlös- wie auch der Aufwandsseite entstehen daraus aktuell keine wesentlichen Ergebnisauswirkungen.

Auf Basis der in 2021 geplanten Investitionen erwartet das Unternehmen aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,50 Mio. €. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die geplanten sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,48 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netznutzungsentgelten bzw. Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen. Das Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und im Februar 2021 rezertifiziert.

Für das Geschäftsjahr 2021 wurden Materialaufwendungen von 20,99 Mio. € eingeplant. Die größten Einzelpositionen betreffen den Stromaufwand und die Kosten für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode von 5,12 Mio. € bzw. 4,59 Mio. €. Weitere wesentliche Aufwendungen entstehen durch Instandhaltungsaufwendungen, die Beschaffung von Aufbereitungskemikalien und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen.

Basis der Personalplanungen sind das erarbeitete Personalentwicklungskonzept, die Regelungen des Tarifvertrages für Versorgungsbetriebe und die individualvertraglichen Regelungen zur 37h-Woche. Mittelfristige Zielstellung des Personalentwicklungskonzeptes ist es, mit ca. 200 Mitarbeitern die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen. Dazu wird zukünftig die Akquisition neuer Arbeitskräfte notwendig sein. Im Geschäftsjahr 2021 wird mit einem Personalaufwand von 14,63 Mio. € gerechnet.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Die witterungsbedingten Extremsituationen der letzten Jahre beeinflussten die Fortschreibung des Fernwasserentwicklungskonzeptes. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Im Jahr 2021 sollen wesentliche Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt aber auch neue Teilvorhaben begonnen werden. Dafür sind Investitionen in einem Umfang von 13,19 Mio. € eingeplant.

Die Voruntersuchungen zur Reaktivierung von in Reserve gestellten Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen werden in 2021 fortgeführt. Bei einer weiteren positiven Absatzentwicklung muss über die Erweiterung entsprechender Kapazitäten entschieden werden.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2021 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einem Jahresergebnis von 1,80 Mio. € gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen leicht auf bis zu 1,90 Mio. € verbessern werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (S 43 Abs. 1 GmbH iVm § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- wirtschaftspolitisches Umfeld
- Produktion
- Ertrags- und Finanzlage
- Personalmanagement
- Einkauf
- Informationsmanagement
- höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes Anfang 2021 bestehen nach wie vor umfangreiche Einschränkungen durch die seit Anfang 2020 kursierende Corona-Pandemie. Das Unternehmen reagierte durch die Umsetzung vorhandener Maßnahmenpläne und zusätzliche organisatorische/technische Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungsaufgabe. Dazu zählen u.a. Maßnahmen zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken für die Mitarbeiter und die Sicherstellung der Lieferketten. Unabhängig davon spiegeln sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie in der aktuellen Risikobetrachtung deutlich wider. Es wird eingeschätzt, dass die genannten zusätzlichen Risiken nur temporär auftreten und beherrscht werden.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- weitere Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die Corona-Pandemie und damit einhergehender Absatzstagnation,
- Verfügbarkeit des Personals durch Corona bedingte Erkrankungen,
- Verfügbarkeit aller Einsatzstoffe durch Corona bedingte Störung in Lieferketten,

- hohe Auslastung der verfügbaren Aufbereitungs-/Transportkapazitäten, Prüfung notwendiger Systemverstärkungen in Teilbereichen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,
- rechtzeitige Akquisition von qualifiziertem Personal zur Wiederbesetzung altersbedingt freierwerdender Stellen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen, z. B. durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit der Zielstellung einer Risikoreduzierung. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen auch für die Zukunft nicht.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 10.000

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Schulze, Jörg
Aufsichtsrat:	
Vorsitzende	Ranft, Melanie
stellv. Vorsitzender	Franke, Frank
	Bernstiel, Christoph
	Blasche, Steffen
	Dr. Ernst, Martin
	Ernst, Johannes
	Geier, Egbert
	Lange, Hendrik
	Liedtke, Monika
	Raschke, Jens
	Senius, Kay
	Weiland, Mathias

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	20	21

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	530.313	94	528.044	93	525.871	94	2.269	0
Umlaufvermögen	31.899	6	37.066	7	31.702	6	-5.167	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	978	0	589	0	712	0	389	66

Bilanzsumme	563.190	100	565.699	100	558.285	100	-2.509	0
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	90.028	16	90.029	16	90.033	16	-1	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.558	1	4.874	1	5.191	1	-316	-6
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	169.520	30	165.023	29	157.095	28	4.497	3
Rückstellungen	13.164	2	16.559	3	16.435	3	-3.395	-21
Verbindlichkeiten	285.894	51	289.201	51	289.531	52	-3.307	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	26	0	13	0	0	0	13	100

Bilanzsumme	563.190	100	565.699	100	558.285	100	-2.509	0
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	119.921	118.859	124.507
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-17	1	25
andere aktivierte Eigenleistungen	1.133	1.005	897
sonstige betriebliche Erträge	8.629	6.418	7.001
Materialaufwand	40.288	39.889	36.391
Personalaufwand	33.387	31.934	29.718
Abschreibungen	22.077	21.502	20.327
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.076	13.566	25.695
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	254	378	360
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	36	32
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.471	8.957	10.225
Ergebnis nach Steuern	11.645	10.849	10.460
sonstige Steuern	143	123	119
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.502	10.726	10.341
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,59	9,02	8,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,78	11,91	11,49	%
Cash-Flow:	33.579	32.228	30.668	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	234	226	243	T€
Personalaufwandsquote:	25,75	25,29	22,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,99	93,13	93,98	%
Eigenkapitalquote:	15,99	15,91	16,13	%
Fremdkapitalquote:	84,01	84,09	83,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.631,00	10.512,00	10.536,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.795,00	18.486,00	18.584,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	13.201,00	12.885,00	14.261,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.838,00	7.830,00	7.583,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	35.870,00	36.309,00	36.287,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	265.632,00	260.710,00	205.292,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	70.316.925,00	70.785.810,00	68.791.000,00	m ²
Hausanschlüsse	27.878,00	27.628,00	27.794,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	8.980.510,00	9.197.954,00	8.090.118,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	64.854,00	60.435,00	53.137,00	KKm (Kehr- Kilometer)

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
- 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung
- 1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
- 1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
- 1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb
- 1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. **Geschäftsverlauf**

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

3.6.1. Personalentwicklung

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote

3.6.4. TalentPool

3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

4. **Lage der Gesellschaft**

4.1. Ertragslage

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

5.2. Liquidität

5.3. Vermögenslage

5.4. Gesamtaussage

6. **Chancen- und Risikobericht**

6.1. Risikomanagementsystem

6.2. Chancen und Risiken

7. **Prognosebericht**

7.1. Umsatzentwicklung

7.2. Investitionen

7.3. Finanzierung

7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über ihre Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), RAB Halle GmbH (RAB) sowie der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES).

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen für Sekundärrohstoffe.

Neben der Hauptgesellschafterin SWH hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe sowie Straßen- und Gebäudereinigung. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetzes- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung bestehen mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS sowohl für die nachhaltige Ver- und Entsorgungssicherheit, für die Preisbildung und Abrechnung gegenüber den Endkunden, als auch für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen und für die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS weitere Dienstleistungen im Umland. Die HWS sichert weiterhin die Trinkwasserbereitstellung für den WAZV Saalkreis, die MIDEWA, bezogen auf das Versorgungsgebiet Merseburg, und die Dow Olefinverbund GmbH.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin sichert der Bereich die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Grundlage der Leistungserbringung sind langfristige Dienstleistungsverträge mit der Stadt Halle (Saale). Zu den Leistungen des Bereiches gehören ebenso die Entsorgung und die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt für die SWH-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das ebenfalls in diesem Geschäftsbereich angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Fahrzeuge der Tochterunternehmen des SWH-Konzerns.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen im Stadtgebiet erbracht. Dies erfolgt insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH und ihre Tochtergesellschaften sowie für Dritte.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

Im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf werden die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens erstellt. Des Weiteren erfolgt durch die Unternehmenssteuerung die Koordination der Umsetzung der operativen Exzellenz sowie der für die Erreichung dieser Ziele umzusetzenden HWS Impuls-Projekte. Dazu erfolgt, neben einem umfangreichen Kennzahlensystem, eine permanente Weiterentwicklung der 30-Jahres-Planung. Weiterhin werden die Geschäftsprozessmodellierung sowie die IT-Strategie der Gesellschaft koordiniert. In der Abteilung Rechnungswesen werden sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft sowie für Dritte als Serviceleistung erbracht. Neben dem zentralen Facilitymanagement, welches die Wartung und Pflege der Liegenschaften und der damit verbundenen Anlagen durchführt, gehört auch der zentrale Einkauf zum Geschäftsbereich, welcher sämtliche vergaberechtliche Einkaufsprozesse des Unternehmens durchführt. Abgerundet wird das Portfolio des Geschäftsbereiches durch das Controlling für die Durchführung der internen und externen Berichterstattung.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Akquise und Verhandlung von Ver- und Entsorgungs- sowie Dienstleistungsverträgen verantwortlich. Neben Kundenbetreuung ist es Aufgabe des Geschäftsbereiches, die Weiterentwicklung und Kontrolle von festgelegten Servicelevels sicherzustellen.

Die Bewirtschaftung sowie Optimierung der drei Wertstoffmärkte der HWS gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie der Betrieb der Recyclinganlagen inklusive der Umschlags-, Lager- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen am Standort Äußere Hordorfer Straße sowie das Stoffstrommanagement. Darüber hinaus führt der Geschäftsbereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch.

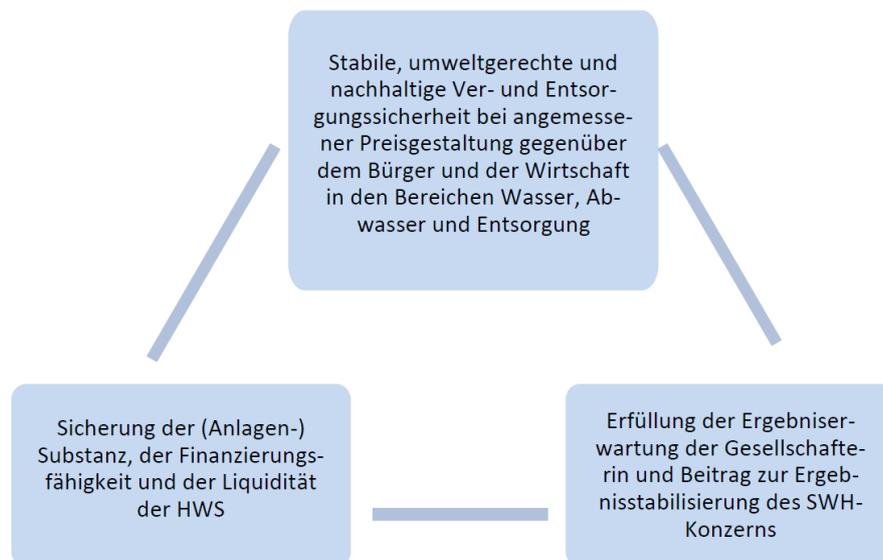
1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

Das Referat der Geschäftsführung ist für das Betriebs- und Prozessmanagement sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens verantwortlich. Die Arbeitssicherheit sowie der Brand- und Gesundheitsschutz gehören ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern, welche der Geschäftsbereich auch für Tochter- und Schwesterunternehmen erbringt. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen.

Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, welches die Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall für die HWS und für Dritte durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung stabil, nachhaltig, sicher, umweltgerecht und effizient zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Substanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung und Gebäudereinigung wurden 2020 trotz erschwelter Bedingungen durch die COVID-19-Pandemie ohne Einschränkungen sichergestellt.

Der Trinkwasserpreis konnte in der Kalkulationsperiode 2019/2020 stabil gehalten werden. Um die Fixkosten der Trinkwasserversorgung stärker über den Grundpreis zu refinanzieren, hat die HWS zum 1. Januar 2021 ein neues Trinkwasserpreismodell eingeführt. Damit werden nicht nur die Vorhaltekosten über einen stärker ausgerichteten Grundpreis refinanziert, sondern die unterschiedlichen Kundengruppen ausgewogener an den Vorhaltekosten beteiligt und damit mehr Verursachungsgerechtigkeit erzielt. Darüber hinaus gibt es preisliche Veränderungen unter anderem infolge des Abschlusses eines neuen Konzessionsvertrages Trinkwasser mit der Stadt Halle (Saale). So steigt der Durchschnittspreis um 0,23 EUR/m³ (netto). Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Trinkwasserpreise über die letzten 14 Jahre stabil waren. Kostensteigerungen durch Preisentwicklungen im Bereich Bau- und Lohnkosten konnten durch Effekte aus den HWS Impuls-Maßnahmen bislang kompensiert werden.

Der Preis für die Schmutzwasserbeseitigung aus dem Haushalt, Kleingewerbe und Industrie wurde in der Kalkulationsperiode 2019/2020 um 0,03 Euro/m³ gesenkt. Hingegen wurde der Preis für Niederschlagswasser um 0,06 Euro/m² erhöht. Im Jahr 2020 erfolgten die Kalkulationen für die Kalkulationsperiode 2021/2022, welche eine Preisanpassung bei Schmutzwasser um 3 Cent/m³ auf das Niveau der Kalkulationsperiode 2017/2018 ab 1. Januar 2021 vorsieht. Der Preis für Niederschlagswasser bleibt konstant.

Um die stabile, nachhaltige und umweltgerechte Ver- und Entsorgung sicherzustellen, wurden im Rahmen des Investitions- und Substanzwerterhaltungsprogramms Trink- und Abwasser im Jahr 2020 20,8 Mio. EUR in die Infrastruktur der HWS investiert. Davon konnte auf 15,4 Mio. EUR aus Eigenmitteln zurückgegriffen werden.

Das geplante Ergebnis 2020 vor Ergebniserfüllung wurde analog den Vorjahren erreicht und übererfüllt. Die Ergebniserwartung des Gesellschafters wurde mit 1.000 TEUR übertroffen.

Die HWS stellt sich, wie auch in den vergangenen Jahren, der Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz als ständigen Verbesserungsprozess im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses SWH-Kompass zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz).“

Im Rahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramm HWS Impuls wurden zahlreiche Projekte bearbeitet, die zur Hebung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen geführt haben. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens wurden konsequent umgesetzt und somit eine weitere Reduzierung der Schulden erreicht.

Zur langfristigen Sicherung der Daseinsfürsorge wurde 2020 die Aufhebung des Konzessionsvertrags Trinkwasser zum 31. Dezember 2020 sowie ein neuer Konzessionsvertrag Trinkwasser zum 1. Januar 2021 mit der Stadt Halle (Saale) verhandelt und mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen. Des Weiteren wurden der Dienstleistungsvertrag Gebäudereinigung sowie die Verträge zur Durchführung der Stadtreinigung, der Abfallentsorgung und des Winterdienstes zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS um fünf Jahre verlängert.

Durch Ersatz auszusondernder Fahrzeuge mit klassischen Verbrennungsmotoren durch alternative Antriebskonzepte wurde der Prozentsatz für Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit einer zulässigen Gesamtmasse von unter 3,5 t von 30 % auf 43 % gesteigert. Durch die Entwicklungen im Nutzfahrzeugbereich mit einer zulässigen Gesamtmasse von unter 3,5 t beträgt der Anteil an alternativen Antriebsarten 14 %. Das Ziel des Unternehmens besteht weiterhin darin, herkömmliche Antriebsarten durch emissionsarme Antriebsarten zu ersetzen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

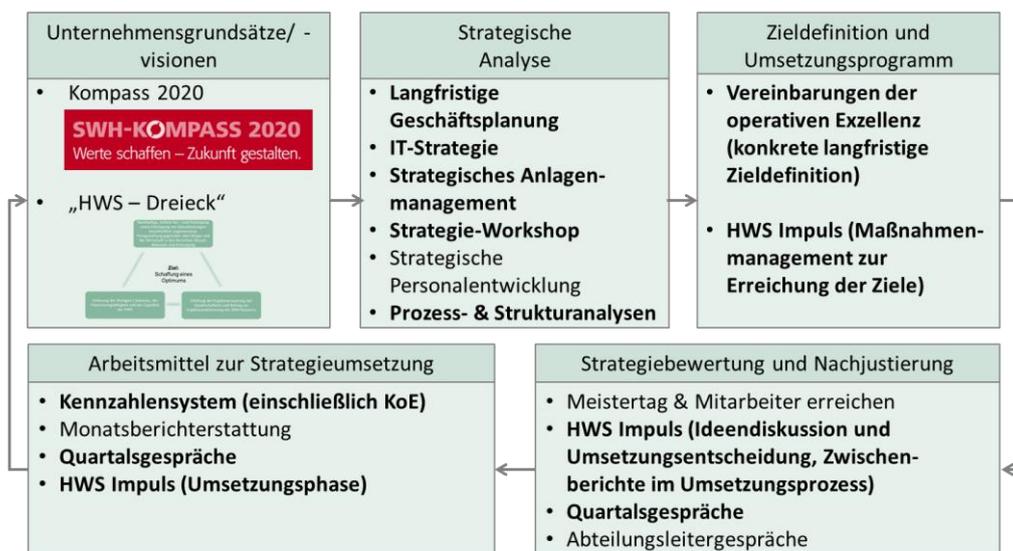
Ein weiterer wesentlicher strategischer Schwerpunkt der HWS ist die Digitalisierung. Im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements wurden bis zum Ende des Geschäftsjahres 175 Ist-Prozesse modelliert, woraus bereits 23 Soll-Prozesse mit entsprechenden Effizienz- und Effektivitätsziele modelliert wurden.

Weitere Schwerpunkte der Digitalisierung in den Fachbereichen sind die Einführung eines Betriebsinformationssystems im Bereich Wasser/Abwasser, die Einrichtung der digitalen Leitstände im Bereich Versorgungsdienste sowie die Vorprojekte zu den Softwareablösungen SAP S/4HANA und opti.AWI.

1.3. Steuerung

Die auf Konzernebene gemeinsam erarbeiteten strategischen Ziele, Führungsgrundsätze und das Leitbild stellen den Rahmen für einen zukunftsorientierten Entwicklungsprozess aller Stadtwerkeunternehmen dar. Die im Konzern erarbeiteten Richtlinien und Handlungsgrundsätze sind die Grundlage für die Führungsstruktur, die Organisation und das Richtlinienmanagement der HWS.

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Die Wesentlichsten sind in der folgenden Abbildung dargestellt.



Analog der eingangs dargestellten Unternehmensstruktur ist die interne Führungsstruktur organisiert. Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die mittelfristige und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Planung wird für weitere vier Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die strategische 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahres- und Mittelfristplanungen aktualisiert. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 400 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern abgebildet und ausgewertet.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der HWS Impuls-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend diskutiert. Die Vorbereitung und Nachbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilungen des kaufmännischen Bereiches. Eine grundlegende Auswertung erfolgt in den Dienstberatungen der Bereiche und Abteilungen sowie in den quartalsweisen Abteilungsleiterbesprechungen der Geschäftsführung.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS Impuls-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den genannten Arbeitsschwerpunkten des HWS Impuls-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. Abgeschlossene HWS Impuls-Maßnahmen mit langfristiger strategischer Wirkung werden über jährliche Qualitätsberichte nachhaltig verfolgt. In speziellen, zweimal jährlich stattfindenden, Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf Null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Als zusätzliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Regelwerk der HWS dar, welches in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Zusätzlich wird über das zentrale Beschwerdemanagement der HWS durch die auf Leitungsebene erfolgende halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Beschwerden, Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation aufgedeckt.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS, welches im Referat der Geschäftsführung angegliedert ist. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im Geschäftsjahr 2020 konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgungsdienste zum Entsorgungsfachbetrieb

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 1. Januar 2020 wurden die bisherigen Abteilungen Klärwerke und Abwassernetz im Bereich Wasser/Abwasser zu einer neuen Abteilung Abwasser zusammengeschlossen. Gleichzeitig fand ein Wechsel in der Führungsebene statt. Den beiden langjährigen Abteilungsleitern, welche altersbedingt aus dem Unternehmen ausschieden, folgte ein neuer Kollege, welcher langjährige Erfahrungen im Aufgabengebiet einbringt.

Rückwirkend zum 1. Januar 2020 hat die HWS ihren Geschäftsanteil an der Cives Dienste GmbH an die Stadtwerke Halle GmbH übertragen. Somit ist die Stadtwerke Halle GmbH nunmehr die alleinige Gesellschafterin der Cives Dienste GmbH.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmensübergreifend

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hat auch die HWS vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen sind die Maßnahmen des Bundes, des Landes und der Stadt Halle (Saale) zur Kontaktvermeidung und Unterbrechung von Infektionsketten umzusetzen, zum anderen die Aufgaben der Daseinsfürsorge zuverlässig zu erfüllen. Zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeitenden sowie Kundinnen und Kunden wurden in Umsetzung der Verordnungen und Festlegungen des Bundes, des Landes und der Stadt Halle (Saale) bereichskonkrete Pandemiepläne erarbeitet und umgesetzt. Diese Pläne wurden permanent den Entwicklungen angepasst und fortgeschrieben. Zur Umsetzung der Kontaktminimierung wurden darin umfangreiche Maßnahmen, wie die Ausdehnung der Arbeitszeit und Einführung von Schichtsystemen zur Vereinzelung von Büroarbeitsplätzen, die Einrichtung von ca. 200 VPN-Verbindungen zur Sicherung des mobilen Arbeitens, der Arbeitsbeginn von zuhause aus bei den Reparaturteams und Übermittlung ihrer Arbeitsaufgaben über Tablets, die Limitierung von Kundinnen und Kunden auf den Wertstoffmärkten, um die Abstandsregelungen einzuhalten, die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Leistungsreduzierung bei starkem Ausfall von Mitarbeitenden bis hin, dass Maßnahmen vorbereitet wurden, Mitarbeitende in Schlüsselfunktionen zu kasernieren.

Unter konsequenter Umsetzung dieser Pandemiepläne wurde die Erbringung der Leistungen der Daseinsfürsorge ohne Einschränkungen sichergestellt. Für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung sowie die Gebäudereinigung konnten und können alle Aufgaben im vollen Leistungsumfang erbracht werden. Auf den Wertstoffmärkten werden kundenregulierende Maßnahmen zur Sicherung der Kontaktvermeidung umgesetzt. Nach derzeitiger Einschätzung kann auch unter den weiter erschwerten Bedingungen die Leistungserbringung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und dem Gewerbe uneingeschränkt erfolgen.

In Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) wurden auf Antrag von Gewerbetreibenden bei nachweislicher Notlage die Abschlagsrechnungen der Müllgebühr gestundet. Gleiches hat die HWS für gewerbliche Trinkwasserkunden angeboten, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit durch die Verordnung zur Eindämmung der Pandemie einstellen mussten.

Aufgrund der unbestimmten Zeitdauer der Pandemie ist davon auszugehen, dass erhebliche Beeinträchtigungen der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere im Dienstleistungsbereich, eintreten werden. Darum hat die HWS eine Risikoeinschätzung erarbeitet, die monatlich fortgeschrieben wird.

Insgesamt sind bei der HWS 2020 ca. 570 TEUR Mehrkosten infolge der COVID-19-Pandemie angefallen.

Umsatz- und Ergebnisausfälle, wie zum Beispiel Umsatzrückgänge oder Ausfälle bei Bildungseinrichtungen und bei Gewerbebetrieben oder öffentlich-rechtlichen Einrichtungen infolge von Schließung oder Reduzierung des Betriebs, ausgefallene Reinigungsleistungen in Kultureinrichtungen, fehlende Entsorgungs- und Reinigungsumsätze durch ausgefallene Großevents etc. konnten durch Mehrleistungen in der Trinkwasserversorgung, höheren Umsätzen auf den Wertstoffmärkten, zusätzlichen Leistungen durch Hygienemaßnahmen in der Gebäudereinigung sowie erhöhtem Abfallaufkommen kompensiert werden. Durch die initiativreiche Leistungserbringung der Mitarbeitenden der HWS konnte trotz erschwelter Arbeitsbedingungen infolge der Pandemie die Umsatz- und Ergebnisplanung übererfüllt werden.

Für 2021 sieht die HWS folgende Risiken infolge der Pandemieentwicklung:

- Verstärkte Forderungsausfälle durch Insolvenzen bei klein- und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerks- und Gewerbetreibenden. Durch das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie ist die HWS verpflichtet, Wasser zu liefern ohne Sanktionen bei Nichtzahlung ausüben zu können, dies erhöht das Risiko der Höhe des Forderungsausfalls bei der Insolvenz. Hinzu kommt, dass auch bei anderen Leistungen der Entsorgung und der Reinigung ein höheres Insolvenzrisiko besteht.

- Bestehende Zahlungsvereinbarungen können durch Entzug der wirtschaftlichen Grundlage in Frage gestellt werden, sodass bei überfälligen Forderungen von einer höheren Ausfallquote auszugehen ist.
- Margenausfälle sind durch Reduzierung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Kundinnen und Kunden der HWS infolge von Unterbrechungen der Lieferketten, fehlender Nachfrage und wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu erwarten.
- Es können Einschränkungen von Leistungen der HWS durch Reduzierung des Personals infolge notwendiger präventiver Maßnahmen auftreten, welche zu zusätzlichen Fremdleistungen führen, um die Verantwortung der Daseinsvorsorge für die Stadt Halle (Saale) wahrzunehmen.
- Der Gesellschaft entstehen zusätzliche Aufwendungen durch Anschaffung notwendiger Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel, Kosten für IT-Leistungen zum Schutz von Schlüsselfunktionen, Einrichtung der Möglichkeit des mobilen Arbeitens, Veränderung der Arbeitsprozesse in Umsetzung der Verordnung und Weisungen.
- Es sind Schadensersatzforderungen von Bauunternehmen durch Leistungsverzögerungen infolge der Verordnung des Landes und des Bundes zu erwarten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt im Geschäftsjahr war die Vorbereitung der neuen Kalkulationsperiode 2021/2022 für Trinkwasser, Abwasser und Abfall. Auf der Grundlage der Konzessions- und Dienstleistungsverträge sowie der gesetzlichen Regelungen wurden die Kalkulationen erstellt und durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Im Bereich Trinkwasser lag der Fokus auf der Einführung eines neuen Preismodells ab dem 1. Januar 2021. Das bisherige Preismodell war auf eine verbrauchsabhängige Refinanzierung ausgerichtet. Die tatsächliche Kostenstruktur der HWS wurde im alten Preismodell nur ungenügend abgebildet (51 % der Gesamtkosten sind fixe Vorhaltekosten). Mit dem neuen Preismodell werden die Vorhaltekosten über den Grundpreis dargestellt. Damit werden auch die unterschiedlichen Verbrauchsgruppen ausgewogener an den Vorhaltekosten beteiligt und damit mehr Verursachungsgerechtigkeit erzielt.

Die HWS hat das neue Preismodell frühzeitig mit der Landeskartellbehörde diskutiert und umfangreichen Schriftverkehr ausgetauscht. Im Ergebnis dieses Vorgangs hat die Landeskartellbehörde schriftlich bestätigt, „dass keine grundsätzlichen kartellrechtlichen Bedenken gegen Einführung des Preismodells“ bestehen.

Parallel zur Erarbeitung des neuen Preismodells wurde mit der Stadt Halle (Saale) ein neuer Konzessionsvertrag Trinkwasser verhandelt. Durch den Stadtrat wurde der alte Konzessionsvertrag vorzeitig zum 31. Dezember 2020 aufgehoben (Laufzeitende war 31. Dezember 2021). Diese vorzeitige Beendigung war aus folgenden Gründen notwendig:

- Im Jahr 2021 beginnt eine neue Kalkulationsperiode. Um zu vermeiden, dass 2021 nach dem alten und 2022 nach dem neuen Konzessionsvertrag kalkuliert wird, war ein Neuabschluss unumgänglich.
- Für die Investitionsprojekte und Personalfolgeplanung benötigt die HWS Planungssicherheit.
- Die Stadt Halle (Saale) erhält aus dem neuen Konzessionsvertrag Mehreinnahmen, die für die Haushaltskonsolidierung kurzfristig zugeführt werden sollen.

In der Stadtratssitzung im September 2020 wurde der Konzessionsvertrag beschlossen. Er wurde zum 1. Januar 2021 wirksam und läuft 20 Jahre. Er verlängert sich um weitere zehn Jahre, wenn er nicht mit Einhaltung einer Frist von drei Jahren zum Ende der Festlaufzeit gekündigt wird. Im Ergebnis des Abschlusses des neuen Konzessionsvertrages ergeben sich folgende Veränderungen:

- Der Vertrag wurde dem neuen Rechtsrahmen angepasst.
- Die Serviceleistungen für die Stadt Halle (Saale) werden erweitert.
- Die Konzessionsabgabe wurde der anderer großer und mittelgroßer Städte Deutschlands angepasst.
- Die Löschwasserbereitstellung wurde nach neuesten Rechtsbestimmungen geregelt.

Für die Einführung des neuen Preismodells und die preislichen Wirkungen aus dem Abschluss des neuen Konzessionsvertrages wurde eine umfassende Kommunikation gegenüber den Kundinnen und Kunden der HWS vorgenommen. Die wesentlichsten Punkte davon sind:

- Vorstellung der Veränderungen bei den Wohnungsgesellschaften bereits im Oktober 2020 und anschlussbezogene Darstellung der Veränderungen zur Ermittlung der Nebenkosten der Wohnungsgesellschaften.
- Erläuterung des neuen Preismodells und der preislichen Wirkungen in den einschlägigen Printmedien in Form von geschalteten Anzeigen.
- Darstellung über elektronische Medien.
- Beifügung eines Erläuterungsschreibens in der Jahresverbrauchsabrechnung.

Die Dienstleistungsverträge zur Abfallentsorgung und Stadtreinigung wurden um fünf Jahre verlängert. Das betrifft

- den Vertrag über die Abfallentsorgung, Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026,
- den Vertrag über die Stadtreinigung, Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026,
- den Vertrag über den Winterdienst, Laufzeit bis zum 31. März 2027,
- den Vertrag über die Gebäudereinigung, Laufzeit bis zum 30. September 2026.

Der Konzessionsvertrag zur Abwasserbeseitigung läuft bis zum 31. Dezember 2026.

Die HWS stellt sich einem ständigen Verbesserungsprozess, der am Erreichen der operativen Exzellenz gemessen wird. Diese wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten anhand von Kennziffern gemessen, welche in Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichen festgeschrieben sind. Nach Möglichkeit spiegeln die Kennziffern Benchmarks wieder. Wo dies nicht möglich ist, wurden Kennzahlen insbesondere im Rahmen des bestehenden Kennzahlensystems, vereinbart. Mit dem Anspruch "Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören." formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls unteretzt wird. Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 88 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die laufende betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 44 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	1	5	0	20
Kundenorientierung & Servicequalität	1	2	2	4
Betriebsoptimierung	4	5	13	48
Langfristige Investitionsplanung	1	0	2	3
Personalentwicklung, Führung & Organisation	0	0	6	7
Interne & externe Kommunikation	1	1	0	6
Gesamt:	8	13	23	88

Die Sicherung der kritischen Infrastruktur der HWS war auch 2020 ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt. In allen Standorten wurden Zugangsbeschränkungen 2020 umgesetzt. Ein Standort wurde mit neuer Technik ausgestattet, um bei fremden Eindringen rechtzeitig reagieren zu können. Bis 2022 wird das Konzept abgeschlossen.

In Umsetzung der Klärschlammverordnung und der ökologischen Zielstellungen des Unternehmens wird die HWS die bodenbezogene Verwertung von Klärschlamm bis zum Jahr 2022 beenden. Darin eingeschlossen besteht das Ziel, spätestens ab 2029 den im Klärschlamm gebundenen Phosphor rückzugewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde gemeinsam mit den kommunalen Partnern Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH und Abwasserbeseitigung Weißenfels AöR eine verfahrensoffene Ausschreibung durchgeführt. Im Ergebnis der Ausschreibung konnte die HWS mit der KSR Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH einen zehnjährigen Verwertungsvertrag abschließen. Die thermische Klärschlammverwertung beginnt zum 1. Januar 2023. Das Recycling von Phosphor erfolgt gemäß Klärschlammverordnung spätestens ab 1. Januar 2029. Mit der Umsetzung des Vertrages ab 1. Januar 2023 wird einer wesentlichen Forderung zur Vermeidung von Verunreinigungen von Böden durch Klärschlamm Düngung Rechnung getragen. Die ökologischen Kriterien der Ausschreibung, wie beispielsweise die CO₂-Vermeidung, konnten sicherstellen, dass sich eine ortsnahe Anlage im Wettbewerb durchsetzen konnte und somit geringe Transportwege notwendig sind. Aufgrund der Mengenbündelung mit den anderen kommunalen Partnern konnte ein angemessener Preis erzielt werden.

Um Bäume und Straßenbegleitgrün in Dürreperioden zu erhalten, hat die HWS unter fachlicher Beteiligung des Grünflächenamtes der Stadt Halle (Saale) ein Bewässerungskonzept für das Jahr 2020 erarbeitet und umgesetzt. Die vorhandene Technik des Fuhrparks wurde dafür in einer dritten Schicht genutzt.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde im Rahmen der Strategiegespräche die IT-Strategie der HWS ausgearbeitet. Als Mission in der IT-Strategie wird dabei formuliert: „Die digitalisierte Daseinsfürsorge schafft Mehrwerte für Kunden und Unternehmen“. Unter Nutzung einer hohen Standardisierung der Business-IT und eines höchst möglichen Automatisierungs- und Flexibilisierungsgrades der Geschäftsprozesse sollen die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, um die HWS zu einem modernen Unternehmen mit einer bedarfsgerechten IT-Landschaft zu entwickeln.

Arbeitsschwerpunkte bei der Umsetzung der IT-Strategie waren:

- Vorprojekte für die Umstellung auf SAP S/4HANA sowie die Ablösung der im Abfall vorhandenen Software opti.AWI,
- Realisierung der Pilotprojekte zur Umsetzung des Betriebsinformationssystems im Trink- und Abwasserbereich,
- Inbetriebnahme der digitalen Leitstände im Bereich Behälterentsorgung und Straßenreinigung sowie die weitere Vorbereitung für den Containerdienst,
- Umsetzung des digitalisierten Hausanschlusswesens.

Im Jahr 2020 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass zur weiteren Reduzierung von schädlichen Abgasen 16 LKWs des Bereiches Abfallentsorgung von EURO 5 auf EURO 6 mittels entsprechender Bausätze umgestellt werden. Darüber hinaus wurden an zehn Fahrzeugen Abbiegeassistenten installiert. Im Rahmen der Stadtwerke-Gruppe erarbeitet das Zentrale Fuhrparkmanagement der HWS derzeit die Grundlagen für eine Konzeption zur Installation einer ausreichenden Ladeinfrastruktur an den einzelnen Standorten für Elektro- und Hybridfahrzeuge. Die Dimensionierung der Ladesäulen soll so vorgenommen werden, dass auch Mitarbeitende ihre privaten Fahrzeuge laden können. Ein entsprechendes Abrechnungssystem wird ebenfalls mit vorgesehen.

Bis 31. Dezember 2020 wurden von den 29.720 Trinkwasserzählern 11.801 durch fernauslesbare Funkzähler ersetzt. Bis 2024 sollen alle 27.720 Hausanschlüsse mit Funkzählern ausgestattet sein. Im Jahr 2020 wurde getestet, ob die Auslesung über Ablesemodems, die auf den Müllsammelfahrzeugen installiert wurden, vorgenommen werden kann. Im Ergebnis der Testfahrten konnten mehr als 90 % der Zähler erfasst werden. Sowohl die ökonomischen als auch die qualitativen Vorteile, wie Vermeidung von Ablesefehlern, schnelle und unkomplizierte Ablesung, mögliche Zwischenauswertungen und Reduzierung der Aufwendungen für die Kunden, wurden durch die Jahresverbrauchsabrechnung 2020 bestätigt. Die Resonanz bei der Bevölkerung ist positiv, weniger als 0,5 % lehnten einen Funkzähler ab.

Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung

Die Investitionstätigkeit im Bereich Trinkwasser und Abwasser konnte trotz COVID-19-Pandemie bis auf zwei Baumaßnahmen planmäßig umgesetzt werden. Da Kampfmittelbeseitigungshandlungen durch die Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt über einen längeren Zeitraum untersagt waren, mussten zwei Baumaßnahmen zeitweise komplett eingestellt werden. Dies führte zum Verzug von drei bis sechs Monaten.

Eine weitere Aufgabe in diesem Geschäftsfeld war die Umsetzung der Substanzwerterhaltungsstrategie des Unternehmens.

Schwerpunkt im Bereich Abwasser war und ist die Abarbeitung des Kanalreparaturprogramms zur Instandhaltung der Abwasserkanäle bis zu einer Dimension von DN 700. Im Rahmen dieser Reparaturstrategie werden die Abwasserkanäle inspiziert und ihre Schäden bewertet. Im Anschluss erfolgt die Entscheidung zur Reparatur oder Erneuerung/Renovation des Kanals. Insgesamt wurden 41,1 km Netz im Jahr 2020 im Rahmen des Reparaturprogramms realisiert. Der Vorteil dieser Methode besteht einerseits in seiner hohen Kosteneffizienz und andererseits in der schnellen und unkomplizierten Umsetzung, da im wesentlichen Robotertechnik eingesetzt wird. So kann in vielen Fällen auf aufwändige, weitreichende Straßensperrungen verzichtet werden.

Bereits im Jahr 2019 wurden die konzeptionellen und technischen Voraussetzungen geschaffen, um eine Reparaturstrategie für die Großraumprofile (über DN 700) umzusetzen. Das Pilotprojekt wurde 2020 mit der Sanierung von 112 m Großraumprofil in der Torstraße gestartet, nachdem auf der Gesamtlänge von 640 m der Kanalzustand vollständig bewertet wurde. Dabei wurden verschiedene Reparaturtechniken erprobt. Analog der Kanalsanierungsstrategie für Kleinprofile soll in 2021 ein Programm zur Instandhaltung der Großraumprofile erstellt und in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Zur weiteren Verbesserung von Umweltstandards und Verwirklichung der ökologischen Ziele des Unternehmens konnte im Rahmen von zielgerichteten komplexen Investitionsvorhaben im Abwasserbereich bereits die Schmutzfracht im Mischsystem um 8 kg CSB je Jahr je Hektar reduziert werden. Durch Erhöhung des Stauvolumens im Hauptsammler, den Bau eines neuen Rechenhauses, die Ertüchtigung der Pumpstation Tafelwerder, die Erweiterung der Kläranlage Halle-Nord und die Ertüchtigung der Nachklärbecken wurden darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, durch Veränderungen im Abwassernetz weitere Reduzierungsmöglichkeiten der Schmutzfracht aus dem Mischsystem in den nächsten zwei bis drei Jahren erreichen zu können. Das Ziel besteht darin, die Schmutzfracht im Mischsystem um 14 % zu senken. Durch Erweiterung des Klärwerkes Nord konnte darüber hinaus die Stickstofffracht von 18 auf 13 mg/l gesenkt werden. Durch Nachrüstung des mittlerweile zweiten Nachklärbeckens mit der hydrograph adapt-Installation wird angestrebt, die Ablaufwerte weiter zu verbessern.

Im Trinkwasserbereich ist die Ablösung von Doppelgraugussleitungen und Asbestzementleitungen weiterhin im Fokus.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt im Trinkwassernetz bildete die Sanierung der Zubringerleitung Nord, die wesentlich für die Versorgungssicherheit der Stadt Halle (Saale) ist. Im Geschäftsjahr 2020 konnte der nunmehr dritte Bauabschnitt auf einer Länge von 1.750 m begonnen werden. Die Wiederinbetriebnahme fand am 2. Februar 2021 statt. Damit ist die Gesamtleitung (5.700 m) instandgesetzt.

Insgesamt wurden im Jahr 2020 rund 20,8 Mio. EUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt. Nachfolgend sind die wesentlichsten Investitionsschwerpunkte aufgeführt:

Abwasser

- Verfahrenstechnische Optimierung der Schlammmentwässerung, -speicherung und -verladung auf der Kläranlage Halle-Nord
- Neubau Entlastungsbauwerk Willy-Brandt-Straße/Thomasiusstraße
- Neubau Abluftbehandlungsanlage am Übergabebauwerk Böllberger Weg

Trinkwasser

- Erneuerung alter, störanfälliger bzw. schadhafter Trinkwasserleitungen (Zscherbener Straße, Ernst-Grube-Straße),
- Maßnahmen aus Städtebauförderung (TWL Heide-Nord, TWL Hemingwaystraße)

Komplexmaßnahmen Tiefbau mit Stadt Halle (Saale) und EVH

- Trinkwasserleitung und Mischwasserkanal August-Bebel-Straße
- Umverlegung Trinkwasserleitung Rosengartenbrücke

Stadtbahnprogramm

- Folge- und Zusatzmaßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms - bei den Projekten Merseburger Straße Mitte, Dessauer Straße

Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Gesellschafterdarlehen sowie aus Mitteln der Fluthilfe bzw. Fördermitteln im Rahmen der Städtebauförderung finanziert.

Um die Planungssicherheit der Substanzwerterhaltung zu verbessern und mit dem langfristigen Investitionsplan und dem strategischen Anlagenmanagement zu verbinden, wurde 2020 die Entwicklung eines prognosegestützten Alterungsmodells für das Kanalnetz der Stadt Halle (Saale) weiter fortgeführt. Als wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes wurde die Datenplausibilisierung abgeschlossen. Durch das Alterungsmodell kann eine haltungsgenaue Prognose der Entwicklung des Zustandes des Abwassernetzes in den nächsten 30 Jahren abgebildet werden. Diese Prognose ermöglicht es der HWS, in Verbindung mit der schon bestehenden 30-Jahres-Planung dann sowohl technische Maßnahmen langfristig zu planen, als auch kaufmännische Entscheidungen zu Investitionen, Kosten und der Wirkung auf Verschuldung, Ergebnis und Preis abzuleiten. Mit Hilfe statistischer Verfahren wird das Alterungsverhalten des Kanalnetzes in Abhängigkeit von Parametern wie Alter, Rohrmaterial, Lage im Verkehrsraum, Tiefenlage der Kanäle und vorliegende Schäden analysiert. Der Fokus liegt auf der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Es werden verschiedene Szenarien bezüglich des monetären Einsatzes betrachtet und die sich daraus abzuleitenden Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung analysiert. Diese Maßnahme wird begleitet von der Hochschule Aachen und soll 2021 erste Ergebnisse aufzeigen.

Das Klärwerk Halle-Nord gehört zu den größten Energieverbrauchern innerhalb der HWS. In Umsetzung der ökologischen Verantwortung wurde schon 1997 damit begonnen, das im Aufbereitungsprozess entstehende Klärgas zu verstromen und somit einen Teil der verbrauchten Energie selbst zu erzeugen. Zurzeit beträgt die Eigenenergieerzeugung 48 %. In den nächsten fünf Jahren ist geplant, durch zielgerichtete koordinierte Maßnahmen den relativen Energiebedarf des Klärwerkes weiter zu senken, durch Erhöhung der Gasausbeute und Verbesserung der Effizienz der Klärgasverstromung, einen höheren Anteil an der Eigenstromversorgung zu sichern und durch Gewinnung regenerativer Energien am Standort den mittleren jährlichen Energiebedarf ohne Nutzung von Erdgas oder Energie aus dem Netz zu decken. Eine darauf ausgerichtete Potenzialanalyse wurde mit dem Ingenieurbüro aqua Consult im Jahr 2020 erarbeitet. Sie bildet die Grundlage für die HWS Impuls-Maßnahme „Energieautarkes Klärwerk“, welche in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden soll. Die HWS wird 2021 damit beginnen, die Klärgasverstromung effizienter zu gestalten und den Wirkungsgrad der BHKWs zu erhöhen. Darüber hinaus wird 2021/2022 die Belüftung der Belebungsbecken durch neue Aggregate energieeffizienter gestaltet.

Im Jahr 2019 und 2020 wurden durch die HWS unter Einbeziehung der Stadt Halle (Saale), des Landes Sachsen-Anhalt, der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sowie dem Ingenieurbüro für Wasser und Boden aus Bannwitz Schwerpunkte zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser im Havarie- und Katastrophenfall sowie Aspekte einer Notwasserversorgung diskutiert und die Erarbeitung einer Risikoanalyse beauftragt. Auf Grundlage einer umfassenden Gefahrenanalyse wurden einzelne Gefahren mit den höchsten Auswirkungen identifiziert und in Szenarienbeschreibungen daraus resultierende Schlussfolgerungen erarbeitet. Die Analyse soll im ersten Halbjahr 2021 vorgestellt werden.

Die HWS hat 2020 die Konzeption zur Sicherstellung der Betriebsfähigkeit der Trinkwasserversorgung im Falle eines großflächigen Stromausfalls von bis zu 72 Stunden abgeschlossen. Die HWS nutzt den Höhenunterschied vom Einspeisepunkt Hammelberg und kann somit drucklos ohne Pumpwerk die Versorgung sicherstellen. Um die Sensorik und Anlagen zu betreiben, werden bis Juni 2021 sieben Notstromaggregate angeschafft und installiert. Die Betankung erfolgt über eigene Fahrzeuge aus der betriebseigenen Tankstelle. Die Beschaffung der Notstromaggregate wird durch den Bund im Rahmen des Strukturprogramms zur Härtung der Wasserinfrastruktur gefördert. Für die Abwasserentsorgung wurden die Variantenbetrachtungen zur Sicherstellung der Abwasserbeseitigung bei einem Stromausfall von bis zu 72 Stunden abgeschlossen. Die Erarbeitung einer analogen Konzeption, wie im Trinkwasser, soll im ersten Halbjahr 2021 abgeschlossen werden.

Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe

Unter dem Aspekt der Erhöhung des Kundenservice, einhergehend der Weiterentwicklung des Onlineauftrittes, besteht für die Kunden der Stadt Halle (Saale) zukünftig in einem größeren Umfang die Möglichkeit, Korrespondenz papierlos zu führen. Die digitale Bearbeitung wird zukünftig durch ein Workflow-System unterstützt. Parallel erfolgt die sukzessive Umstellung von bisher geführten Papierakten auf digitale Verbrauchsstellenakten.

Mit dem Inkrafttreten des Verpackungsgesetzes wurde unter anderem auch die Zuständigkeit für die Erfassung, Nachweismeldung und Abrechnung der Verpackung aus PPK (Papier, Pappe, Kartonage) neu geregelt. Zukünftig ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger direkt für die in der kommunalen Sammlung mit erfassten PPK-Verpackungen verantwortlich und muss die notwendigen Abstimmungen dazu mit den dualen Systemen führen. Bisher hat dies die HWS getan. Auf Grund der somit vorhandenen Erfahrung unterstützt die HWS daher zukünftig die Stadt Halle (Saale) bei der Abwicklung in Bezug auf das Handling der PPK-Verpackungen und Abstimmungen mit den verantwortlichen dualen Systemen. Dies betrifft insbesondere die monatlichen Mengenmeldungen und Vorbereitung der entsprechenden Abrechnungen. Für die Übernahme der Aufgaben haben die Stadt Halle (Saale) und die HWS eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.

Der digitale Leitstand in der Abteilung Behälter-/Sperrmüllentsorgung befindet sich seit Januar 2020 im Regelbetrieb. Durch die tägliche Anwendung der webbasierten Software-Plattform MOBA MAWIS wurde noch weiterer Anpassungs- bzw. Feinjustierungsbedarf des Systems identifiziert. Aktuell werden die Abweichungen vom Regelbetrieb aller Touren, die sogenannte Konfliktsuche, erfasst. Als erste Ergebnisse konnten bis zum 31. Dezember 2020 ca. 20.144 km sowie 2.826 Arbeitsstunden eingespart werden.

Parallel erfolgte im Dezember 2020 die Einrichtung des zweiten digitalen Leitstandes für die Straßenreinigung. Die technischen Voraussetzungen, der Umbau der Räumlichkeiten sowie die Inbetriebnahme erfolgten zum Jahresende. Nunmehr befindet sich das System in der Test- bzw. Anfangsphase, mit ersten Erkenntnissen wird Anfang 2021 gerechnet.

Die seit mehreren Jahren bewährte Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg in der Tourenplanung der Müllentsorgung wurde fortgesetzt. Nachdem bislang aus vergangenheitsbezogenen Daten die Tourenoptimierungsmodelle entwickelt und umgesetzt wurden, geht es nunmehr darum, eine Online-Tourenplanung in Echtzeit zu entwickeln, um auf Verkehrsstörungen, unterschiedlich ausgelastete Fahrzeuge, Baustellen etc. sofort reagieren zu können.

Der Gesetzgeber hat für LKWs einen verbindlichen Einbau von Abbiegesystemen für neue Fahrzeugmodelle ab 2022 sowie für Neuzulassungen ab 2024 verordnet. Dieser Neuerung hat sich die HWS bewusst eher gestellt und mit Fördermitteln des Bundes bereits zehn LKWs aus dem Bestand von insgesamt 56 Fahrzeugen mit den Systemen ausgestattet. Für die Mitarbeitenden der HWS bedeutet dies mehr Sicherheit im Berufsalltag und die Vermeidung von Unfällen.

Im Verlauf des Jahres 2020 konnten im Stadtgebiet mehrere Unterfluranlagen errichtet und ausgestattet werden. Beispielsweise in den Franckeschen Stiftungen oder in Objekten der Wohnungsgesellschaften.

Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr mehrere große Firmen u. a. im Industriegebiet Star Park als Kunden akquiriert, darunter die Firma Schaeffler/Neovia, die Firma Schuler und das Möbelversandhaus Home24. Durch eine erfolgreiche Akquise konnte die Anzahl der Containertransporte um 2.803 Stück gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, dies entspricht einer positiven Entwicklung von ca. 10 %.

Auch in diesem Geschäftsfeld sind die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sichtbar. Da die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) im Lockdown vermehrt zuhause blieben, war ein wesentlicher Mengenanstieg auf den Wertstoffmärkten zu verzeichnen. Die Mengen des kommunalen Grünschnitts sowie des Sperrmülls lagen im Geschäftsjahr deutlich über den Vorjahresmengen.

Im Rahmen des HWS Impuls-Projektes „Digitalisierung Hausanschlusswesen“ und der Aufnahme der IST-Prozesse im Rahmen des digitalen Prozessmanagements lag der Fokus auf der Optimierung der Arbeitsabläufe, um zukünftig effizienter und digitaler zu arbeiten.

Geschäftsfeld Gebäudereinigung

Die Schulschließungen infolge der COVID-19-Pandemie im März/April 2020 führten zu keinen Umsatzausfällen, da in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) die Jahressonderreinigungen vorgezogen wurden. Darüber hinaus wurden und werden aufgrund der COVID-19-Pandemie seit Anfang Mai 2020 durch den Geschäftsbereich diverse Zusatzleistungen für die Stadt Halle (Saale) erbracht. Hierzu zählen unter anderem Zwischenreinigungen in den Schulen, Kindertagesstätten, Turnhallen und Verwaltungsobjekten der Stadt Halle (Saale). Diese Zwischenreinigungen beinhalten eine zusätzliche Reinigung der Sanitärbereiche und die desinfizierende Reinigung von Oberflächen (Handläufe, Türklinken) während der Unterrichtszeiten. Durch die Zusatzleistungen werden durch die HWS, SGS und weitere beauftragte Dritte seit Anfang Mai ca. 15 % Leistungen über der vertraglichen Grundlage erbracht. Ohnehin werden permanente Abstimmungen mit der Stadtverwaltung vorgenommen, um prioritäre Einrichtungen, insbesondere Kindergärten, Schulen und Verwaltungsgebäude mit hoher Besucherfrequenz, abzusichern.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkung des Reiseverkehrs und der damit vermehrt vor Ort gebliebenen Bürgerinnen und Bürger war ein überplanmäßiger Wasserumsatz zu verzeichnen. Dadurch konnten die Umsatzausfälle im gewerblichen Bereich überkompensiert werden.

Durch das vermehrte Baugeschehen im Stadtgebiet Halle (Saale) wurden im Jahr 2020 deutlich mehr Bauabfälle entsorgt. Weiterhin stieg die Anzahl der Containerleistungen durch zielgerichtete Akquise von Leistungen durch den Geschäftsbereich Vertrieb der HWS im gewerblichen Bereich stetig an.

Aufgrund der Konjunkturlage ist eine Erhöhung der Baupreise zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex für Tiefbau (Ortskanäle) in Sachsen-Anhalt von 2019 auf 2020 um 3,5 Punkte im Jahresdurchschnitt. Diese Situation wirkt insbesondere auf die von der HWS geplanten Investitionen im Trink- und Abwasserbereich. Durch eine gute Vorbereitung der Ausschreibungen und Vergaben sowie konsequent geführten Bietergesprächen konnte im Jahr 2020 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen oder Ausschreibungen wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben werden mussten.

Die Preise der Wertstoffe stagnieren im Allgemeinen im Jahr 2020. Für vereinzelte Fraktionen, wie den Preisen für Kunststoffe, setzte sich der leichte Aufwärtstrend fort. Beim Schrott hat sich die leichte Erholung mit dem Frühjahr verstetigt. Vom pandemiebedingten Anstieg der Preise für Papier, Pappe, Kartonagen (PPK) im zweiten Quartal ausgehend, blieben die Erlöse bei PPK auf einem niedrigen Niveau. Obwohl die Verwertungsmenge an gewerblichem PPK 30 % gesteigert wurde, konnte aufgrund der Erlösverschlechterung die Ergebnisverschlechterung in diesem Segment nicht kompensiert werden. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt aufgrund von ungewissen Entwicklungen weiterhin stark unter Druck. Insbesondere die mittel- und langfristigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind nach wie vor nicht abschätzbar. Das Aufkommen von Sperrmüll, Grünschnitt und Altholz ist weiterhin hoch.

Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Daher sind lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, unterjährigen Preisschwankungen unterworfen.

Die Vergütungen im Wertstoffbereich gegenüber Industrie- und Gewerbekunden erfolgen auf Grundlage der Bindung an die entsprechenden Indizes der Zeitschrift EUWID, sodass Marktschwankungen teilweise weitergegeben werden können. Im Geschäftsjahr 2020 ist hier von nahezu allen Kunden eine Zuzahlung erforderlich und somit eine Reaktion auf die aktuelle Preisentwicklung der Wertstoffe erreicht.

Ebenfalls basiert die Vergütung für Schrott grundsätzlich auf den monatlichen Preisinformationen der Verwerter. Als Reaktion auf die niedrigen Vergütungspreise für Kunststoff werden durch die HWS mindere Qualitäten weiterhin nur noch begrenzt gesammelt bzw. als Abfall angenommen und entsprechend berechnet. Im Weiteren wird der Entwicklung durch eine Intensivierung der Qualitätssicherung (Input-Bewertung) und Nachsortierung der Kunststoffe Rechnung getragen.

Zur Bewältigung des gestiegenen Aufkommens an Altholz wurde mit einem zusätzlichen Verwerter eine Abnahmevereinbarung abgeschlossen, die bei gelegentlichen Überschreitungen der ausgeschriebenen Planmengen zum Tragen kommt. Eine Zusatzvereinbarung mit dem Hauptabnehmer wurde abgeschlossen, jedoch zu höheren Preisen für die Mehrmengen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 ist dieses Gesetz in Kraft getreten. Schwerpunkt des Gesetzes ist die Steigerung der Recyclingquoten. Daneben wird aus Sicht der Stadt Halle (Saale) und der HWS der größte Handlungsbedarf in der Abstimmungsvereinbarung für die Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Dabei geht es insbesondere um den gestiegenen Anteil an Verpackungen und den damit einhergehenden höheren Anteil der dualen Systeme an den Kosten für das Erfassungssystem. Für die Fraktionen Altglas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) respektive die HWS unbedeutend sein. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem zugelosten Verhandlungsführer, der seitens der Systembetreiber bestimmt wird, verhandelt wurde. Für die Stadt Halle (Saale) ist dies die Duales System Deutschland GmbH. In Bezug auf die Rechtssicherheit haben die Stadt Halle (Saale) und die HWS u. a. die Bestrebungen des Interessenverbandes (VKU) und dem Deutschen Städtetag, welcher eine Orientierungshilfe zur Verfügung gestellt hat, mit der neuen Abstimmungsvereinbarung erfolgreich umgesetzt.

Im Dezember 2019 hat die Europäische Kommission einen Ergebnisbericht zur Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) veröffentlicht. Insgesamt kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die WRRL ihren Zweck weitgehend erfüllt und zu einem höheren Schutzniveau für Wasserkörper sowie einem besseren Hochwasserrisikomanagement geführt hat. Die Umsetzung hat sich erheblich verzögert und die Ziele konnten noch nicht vollständig erreicht werden. Dies ist auf unzureichende Finanzierung, eine zu langsame Umsetzung sowie die unzureichende Einbeziehung der umweltpolitischen Zielsetzungen in anderen Politikbereichen zurückzuführen, nicht jedoch auf Mängel an der WRRL selbst. Im dritten Quartal 2020 hat die EU-Kommission nunmehr entschieden, dass die WRRL selbst nicht geöffnet werden soll und keine Überarbeitung notwendig ist. Vielmehr muss die Umsetzung verbessert und beschleunigt werden. Die Kommission plant daher Folgemaßnahmen im Null-Schadstoff-Aktionsplan, den sie im zweiten Quartal 2021 veröffentlichen will. Ein größeres Augenmerk soll künftig sowohl auf bestehende, als auch auf neu auftretende Verschmutzungsquellen gelegt werden. Die Abgeordneten sehen in der Einleitung von ungereinigtem oder unzureichend gereinigtem kommunalem und/oder industriellem Abwasser die wichtigste und teilweise unregulierte Ursache der Wasserverschmutzung in der Europäischen Union.

Nach nunmehr über zweijähriger Gültigkeit der Datenschutz-Grundverordnung wurden innerhalb der HWS im Jahr 2020 zahlreiche Sensibilisierungsmaßnahmen in Form von Schulungen und direkter Abstimmung mit dem zuständigen Datenschutzbeauftragten durchgeführt, Formularanpassungen an erforderliche Informationspflichten umgesetzt sowie neue Instrumente im Datenschutzmanagement integriert. Letztere helfen dabei, die Datenschutzorganisation effizient zu erfassen und transparent gegenüber den jeweiligen Anspruchsgruppen darzustellen. Eine prozessuale Sichtweise, welche den Datenschutz berücksichtigt, hilft dabei, die Beachtung von Persönlichkeitsrechten betroffener Personen im operativen Tagesgeschäft sicherzustellen. Die HWS befindet sich weiterhin auf einem guten Weg, die komplexen Anforderungen der gültigen Datenschutzgesetze angemessen zu gewährleisten.

Die Europäische Union hat mit der Richtlinie 2014/55/EU ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet, die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen durchzusetzen. Seit November 2020 darf die Rechnungslegung an Bundesbehörden nur noch auf elektronischem Weg erfolgen. Dies erforderte umfangreiche Anpassungen in den Prozessen der HWS. Um den Anforderungen gerecht zu werden, wurde der Rechnungsstandard ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) im Rahmen eines konzernweiten Projektes bei der SWH eingeführt. Die Umstellung der Abrechnungssysteme für die Wasser- und Abwasserabrechnung sowie für die Fakturierung der Entsorgungsleistungen wurde fristgerecht umgesetzt.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da die Fahrzeuge der SWH-Gruppe hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der SWH-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht. Die für den 3. Dezember 2020 vorgesehene mündliche Verhandlung wurde durch das Landgericht Stuttgart aufgehoben. Ein neuer Termin zur mündlichen Verhandlung wurde noch nicht angesetzt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls, die Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Optimierungspotenzialen in den letzten Jahren geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeitenden in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren.

Eine umfangreiche Nachfolgeplanung und ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den TalentPool stellen gute Voraussetzungen dar, um die Entwicklungsmöglichkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sicherzustellen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen, verbesserten Internetauftritt und die Nutzung des Social Networks wird eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen der HWS, wie das Geschäftsprozessmanagement, Smart-metering durch fernauslesbare Wasserzähler, das Betriebsinformationssystem im Trink- und Abwasserbereich, die digitalen Leitstände oder die Tourenoptimierung im Bereich Entsorgungsdienste, werden zunehmend zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Eine grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bewirtschaftung von Wasserressourcen muss den aktuellen Herausforderungen angepasst werden, um die Auswirkungen des Klimawandels zu lindern, die Verschmutzung und die Erschöpfung von Ressourcen zu bekämpfen, den Wasserbedarf zu steuern, den Zusammenhang zwischen Wasser und Energie anzugehen und die Schädigung der Ökosysteme zu verhindern. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hat die HWS in Zusammenarbeit mit dem Technologiepark Weinberg Campus ein Grobkonzept zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Wasser erarbeitet. Ziel des Kompetenzzentrums soll es sein, die Kommunikation zwischen Akteuren der Wasserwirtschaft und den angrenzenden Wirtschafts- und Stakeholderbereichen zu stärken sowie Synergie- und Kooperationspotenziale zu identifizieren, um nachhaltige und zukunftsfähige Perspektiven zu schaffen. Anfang 2021 ist die Beantragung von Fördermitteln für dieses Projekt im Rahmen des STARK-Programms des Bundes vorgesehen. Die Initiative wird durch das Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

Im Rahmen der Mobilitätswende hat die HWS den Fuhrpark der SWH-Gruppe um weitere Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ergänzt. Der Ausbau des Carsharing mit alternativer Antriebstechnik sowie die Betrachtung technischer Themen zur Verbesserung der Emissionen stehen auch für 2021 auf der Agenda.

Neben diesen Projekten werden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt bzw. neu begonnen:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälter-/Sperrmüllentsorgung mit dem Partner Hochschule Merseburg,
- Alterungsmodell im Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen,
- Konzept zum Umgang mit Starkniederschlagsereignissen mit dem IWS Leipzig, einem Institut der HTWK Leipzig,
- Untersuchung von Möglichkeiten zur Abtrennung von Spurenstoffen aus Abwässern mit GMBU, TGZ und MLU im Rahmen der Spurenstoffstrategie des Bundes,
- Mitwirkung im Netzwerk NK2 des Fraunhofer IMWS zur Stärkung von Innovationsketten für emissionsarme Technologien,
- Mitwirkung im Projekt RUBIO als regionales unternehmerisches Bündnis zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für technische Biopolymere in Mitteldeutschland,
- Unterstützung des Forschungsprogramms „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Kunststoffrecyclingtechnologien“ im Rahmenprogramm der Forschung für nachhaltige Entwicklung der Hochschule Merseburg,
- Mitwirkung im Pilotprojekt Laserschweißen im Trinkwasserbereich in Zusammenarbeit mit der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Halle GmbH.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 ist der Personalstand im Unternehmen mit 562 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu beziffern. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 17 Jahren.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2020 in der Gesellschaft 30 Auszubildende beschäftigt, unter ihnen waren drei duale Studentinnen und Studenten.

Die Ausbildung erfolgt in folgenden Ausbildungsberufen:

- Berufskraftfahrerin und Berufskraftfahrer,
- Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft,
- Industriemechanikerin und Industriemechaniker,
- Elektronikerin und Elektroniker für Betriebstechnik,
- Chemielaborantin und Chemielaborant und
- Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie
- duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Betriebswirtschaftslehre.

3.6.1. Personalentwicklung

In diesem Jahr war die Personalentwicklung der SWH aufgrund der Ausbreitung des COVID-19-Virus gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden.

Im Rahmen der zentralen Mitarbeitendenentwicklung nahmen sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HWS an zweitägigen Präsenzveranstaltungen der Zufriedenheitstrilogie (Module Resilienz, Emotionale Klarheit und Veränderungskompetenz) statt. Ein Webinar zum Thema Zeit- und Selbstmanagement konnte ebenfalls durchgeführt werden. Mit dem Angebot eines Webinars zum Thema Zusammenarbeit auf Distanz wurde im Dezember der aktuellen Herausforderung Rechnung getragen. Vier Mitarbeitende der HWS haben daran teilgenommen.

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

Insbesondere zwischen Januar und Anfang März sowie über die Sommermonate bis in den Herbst hinein konnte das extern begleitete Führungskräfteentwicklungsprogramm in den Bereichen der HWS fortgeführt werden. Die Entwicklungsziele wurden durch die Bereiche individuell bestimmt. Sie reichten von Stärkung der Kommunikations- und Konfliktkompetenz, über die Entwicklung von Strukturen zur aktiven Beteiligung von Mitarbeitenden an Entscheidungsprozessen bis hin zur Optimierung von Prozessen in der Kennzahlenarbeit und Berichterstellung. Durchgeführt wurden Workshops mit den beteiligten Führungskräften sowie Führungskräfte- und Teamcoachings. Zur Transfersicherung bildeten sich teilweise Lerntandems.

Des Weiteren wurden Führungskräfte der SWH-Gruppe für einen virtuellen Austausch zum Thema „Führung auf Distanz“ eingeladen. Eine Führungskraft der HWS nahm daran teil. Die Führungskräfte verdeutlichten während des Webinars Mitte Dezember, dass weiterführende Maßnahmen zur Unterstützung virtueller Führungsaufgaben notwendig sind.

Im November 2019 sowie im Januar 2020 fanden zwei Führungskrafttagungen mit dem Titel „Wirkungsvoll führen, lernen, beteiligen“ statt. An diesen Veranstaltungen nahmen 69 Führungskräfte der HWS teil. Neben viel Raum zum Austausch untereinander und mit den Geschäftsführern des eigenen sowie der Schwesterunternehmen fand eine intensive Auseinandersetzung mit der aktuellen und zukünftigen Feedbackkultur in der Stadtwerke-Gruppe statt.

3.6.3. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene beläuft sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2020 auf 33,3 % und auf der 2. Führungsebene auf 31,6 %. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt bei 9%, eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

3.6.4. TalentPool

Der dritte TalentPool der Stadtwerke Halle Gruppe startete im 28. Mai 2019. Es wurden drei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter der HWS aufgenommen. Die aktive Phase ist auf drei Jahre bis Mai 2022 ausgelegt, wenngleich diese Zeit in diesem Jahr pandemiebedingt mehrfach unterbrochen wurde.

Das Jahr 2020 stand im Zeichen der Bearbeitung von Projektfragestellungen, die von der SWH-Geschäftsführung sowie den Geschäftsführungen der Tochterunternehmen eingereicht wurden. Folgende Fragestellungen wurden ausgewählt:

1. Gestaltet das Kundenerlebnis bei der HWS von morgen für "Privatpersonen die gerade ein Haus bauen" in einer Welt in der Zeit und Geld rares Gut sind,
2. Entwickelt ein smartes und innovatives Erlebnis, welches das Leben in der Stadt Halle (Saale) für Bürger komfortabler macht,
3. Entwickelt ein innovatives Erlebnis der Stadt Halle (Saale) für eine besonders flexible/anspruchsvolle/wechselwillige Zielgruppe, welches die Produkte der Stadtwerke Halle berücksichtigt,
4. Gestaltet ein innovatives Kundenerlebnis an den Touchpoints zwischen Kunden und SWH-Gruppe.

Diese Fragestellungen wurden unter Begleitung von Fachtrainern mit der agilen, kundenzentrierten Methode Design Thinking bearbeitet. Die Zwischenergebnisse nach Identifikation der Kundenanliegen wurden in verschiedenen Workshops sowie in der Freizeit der Talente entwickelt und im Februar präsentiert. Im Anschluss wurden die Anregungen und Hinweise der Geschäftsführungen integriert und Lösungen für diese Anliegen entwickelt. Die erarbeiteten Vorschläge wurden für geeignet befunden und sollen in einem nächsten Schritt umgesetzt werden.

3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die Aktivitäten des betrieblichen Gesundheitsmanagements waren stark von der Pandemie beeinflusst. Viele Aktionen, wie der Gesundheitstag, die alljährliche Rad-Aktion oder der Lauftreff mussten abgesagt werden. Die Gesundheitskurse und Massageangebote konnten nur einige Wochen mit entsprechenden Hygieneregeln durchgeführt werden. Auch konnte nur ein Raucherentwöhnungsseminar stattfinden, zwei weitere mussten abgesagt werden. Der Workshop zum ergonomischen Arbeiten in der Gebäudereinigung sowie die Ernährungssprechstunde konnten unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln durchgeführt werden.

Mit der AOK Sachsen-Anhalt konnte ab Juni 2020 ein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen werden, nachdem der Vertrag mit der IKK gesund plus auslief. Bei der AOK ist zahlenmäßig die größte Gruppe der Mitarbeitenden versichert.

Mit Unterstützung durch die AOK wurden im September 2020 alle Mitarbeitenden des Bereichs Wasser/Abwasser zum Thema „Gesund arbeiten“ befragt. Die Beteiligung war mit 65 % sehr hoch. Bei den Gesundheitsbeschwerden der Befragten standen vor allem muskulo-skelettale Beschwerden, wie z. B. Rücken- oder Gelenkschmerzen, im Vordergrund. Aber auch psycho-vegetative Beschwerden, wie Erschöpfung, Kopfschmerzen, Schlafstörungen usw. wurden von vielen Befragten genannt. Insbesondere die muskulo-skelettalen Beschwerden werden im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz gesehen. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich dennoch keinen anderen Arbeitsplatz aus gesundheitlichen Gründen. Untereinander fühlen sich die Mitarbeitenden anerkannt und fühlen sich im Unternehmen aufgehoben. Potenzial wird in mehr Feedback gesehen.

Ein Check-up zur Rückenmuskulatur konnte an allen Unternehmensstandorten gemeinsam mit der AOK durchgeführt werden. 160 Mitarbeitende nahmen teil, ein Zusatztermin musste pandemiebedingt abgesagt werden. Darüber hinaus bot die AOK, hauptsächlich für Führungskräfte, mehrere Webinare und Online-Schulungen zu gesundheitsrelevanten Themen an.

Beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) wurden pandemiebedingt lediglich beim zeitnahen Einladen von betroffenen Mitarbeitenden Abstriche gemacht. Trotzdem wurden wie in den Vorjahren knapp 100 Einladungen versandt und 73 BEM-Gespräche geführt. Zehn BEM-Verfahren wurden eingeleitet. Es ging dabei u. a. um psychische Probleme, um Lösungen für einen Altersübergang und um die Umsetzung auf leidensgerechte Arbeitsplätze.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2019	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	118.859	119.921	1.062	0,9
Bestandsveränderungen	1	-17	-19	-1.209,6
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.005	1.133	129	12,8
Übrige betriebliche Erträge	6.418	8.629	2.212	34,5
Materialaufwand	39.889	40.288	399	1,0
Personalaufwand	31.934	33.387	1.453	4,6
Übrige betriebliche Aufwendungen	13.566	14.076	510	3,8
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	378	254	-124	-32,8
EBITDA	41.272	42.169	897	2,2
Abschreibungen	21.502	22.077	575	2,7
EBIT	19.770	20.092	322	1,6
Zinsergebnis	-8.921	-8.447	474	-5,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.849	11.645	796	7,3
Sonstige Steuern	123	143	21	16,7
Ergebnis vor Gewinnabführung	10.726	11.502	776	7,2

Die Absatzmengen Trinkwasser sind für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, dies führt zu höheren Erlösen Trinkwasser von 318 TEUR. Die pandemiebedingten Verluste bei gewerblichen Kunden konnten durch Mehreinnahmen im tarifrechtlichen Bereich der Stadt Halle (Saale) überkompensiert werden.

Analog dazu stiegen die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung im Vergleichszeitraum um 758 TEUR. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte die Einführung eines Sonderpostens für Wiederbeschaffungszeitwerte. Dieser stellt die Differenz zwischen Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten und nach Anschaffungs- und Herstellungskosten dar. Für das Wirtschaftsjahr 2020 beträgt dieser Wert 4.358 TEUR.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen konnten aufgrund städtischer Bautätigkeiten sowie zielgerichteter Akquisetätigkeiten im gewerblichen Bereich und der damit einhergehenden Entsorgung und Verwertung von Bauabfällen und Wertstoffen erreicht werden. Die Gebäudereinigung partizipiert von den Hygienemaßnahmen in den Schulen, Kindergärten und städtischen Einrichtungen. In den Bereichen Stadtreinigung sowie Entsorgung und Verwertung konnte eine Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 691 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Die übrigen Umsatzerlöse sind vor allem aufgrund des Wegfalles des Sickerwassertransportes geprägt. Der Rückgang betrug insgesamt 697 TEUR.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die übrigen betrieblichen Erträge aufgrund der Auflösung von Rückstellungen um 2.212 TEUR gestiegen. Im Wesentlichen sind hier die Auflösung der Niederschlagswasserabgabe 2016 mit 500 TEUR und der Abwasserabgabe 2017 mit 708 TEUR und die Auflösung der Scheibenpacht mit 342 TEUR zu nennen.

Parallel zu den Umsatzerlösen ist der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 399 TEUR gestiegen. Wesentliche Einflussfaktoren dafür sind der Mehrbezug von Fernwasser aber auch der zusätzliche Aufwand aus Präventionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Ein Vergleich des Personalaufwandes mit dem Vorjahr zeigt einen Anstieg um 1.453 TEUR. Die Entwicklung ist unter anderem durch tarifliche Lohnsteigerungen sowie durch die Corona-Sonderzahlungen beeinflusst.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 510 TEUR gestiegen. Die Steigerung wird maßgeblich durch den notwendigen Substanzerhalt der betrieblichen Liegenschaften gesteuert.

Die gute Ertragslage gestattete der Gesellschaft zum einen die außerplanmäßige Konzentration auf den Substanzwerterhalt, welcher insbesondere im Materialaufwand erkennbar ist. Zum anderen konnten ebenfalls einmalig den Plan überschreitende Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude getätigt werden.

Für die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen ist zum Jahresende ein Wert von 254 TEUR festzustellen. Dieser liegt um TEUR 124 unter Vorjahresniveau und ist auf eine geringere Gewinnabführung durch die Tochtergesellschaft zurückzuführen.

In der Grundbetrachtung der vorgenannten Kostenarten zeigt das EBITDA mit 42.169 TEUR eine deutliche Entwicklung und überschreitet den Vorjahreswert um 897 TEUR.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 575 TEUR gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Zinsergebnis um 474 TEUR verbessert werden.

Somit überschreitet das Ergebnis vor Gewinnabführung von 11.502 TEUR das Vorjahresergebnis um 776 TEUR. Das geplante Ergebnis der HWS von 10.501 TEUR wurde um 1.000 TEUR übererfüllt.

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital zum 31. Dezember 2020 betrug 90.028 TEUR. Im Geschäftsjahr führte die nachträgliche Korrektur von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 zu einer Reduzierung um 1 TEUR.

Der Sonderposten für Baukosten- und Investitions- und Ertragszuschüsse erhöhte sich im Geschäftsjahr um 4.497 TEUR auf 169.520 TEUR. Diese Erhöhung resultiert bei planmäßiger Auflösung hauptsächlich aus Zugängen von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 sowie aus dem Ansatz kalkulatorischer Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte für die Preiskalkulation in der Sparte Abwasser.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Kumulativ erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 4.181 TEUR auf 264.107 TEUR.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 299.083 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 285.894 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 11.700 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2020 für vier Darlehen nach auslaufender Zins- bzw. Margenbindung neue Vereinbarungen teils durch Umschuldung abgeschlossen.

Im Jahr 2013 schloss die HWS einen Portfolioswap zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit ab. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und stieg im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2020 betrug der Nominalbetrag 86.076 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2019	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	256.770	253.226	-3.544	-1,4
Liquide Mittel	23.487	16.878	-6.609	-28,1
Nettoschulden	233.283	236.348	3.065	1,3
EBITDA	41.272	42.169	897	2,2
Nettoschulden/EBITDA	5,7	5,6	-0,1	-0,8

5.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2020 verfügte die HWS über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 15.862 TEUR (Vorjahr: 22.479 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

5.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 2.509 TEUR auf 563.190 TEUR. Das entspricht einer Entwicklung von -0,4 %.

Diese Reduzierung resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen. Zum einen reduzierte sich der Cash Pool-Bestand um 6.593 TEUR, gleichzeitig erhöhte sich das Anlagevermögen um 2.269 TEUR. Die Forderungen aus Umsatzsteuervoranmeldungen erhöhten sich aufgrund der im zweiten Halbjahr 2020 anzuwendenden reduzierten Umsatzsteuersätze im Vergleich zum Vorjahr um 1.789 TEUR.

Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 24.432 TEUR stehen Abschreibungen von 22.077 TEUR und Buchwertabgänge von 86 TEUR gegenüber.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2019	2020	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	93,3	94,2	1,0
Umlaufvermögen	6,7	5,8	-13,4

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 1,2 % im Jahr 2020 positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2019	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	528.044	530.313	2.269	0,4
Wirtschaftliches Eigenkapital	259.926	264.107	4.181	1,6
Deckungsgrad	49,2 %	49,8 %		1,2

5.4. Gesamtaussage

Die HWS hat im Geschäftsjahr 2020 ihre strategischen Zielsetzungen erfüllt. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen überboten werden. Durch die Realisierung von 24.432 Mio. EUR Investitionen konnten wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur erreicht werden. Dies erfolgt immer in Übereinstimmung mit den ökonomischen und ökologischen Zielstellungen des Unternehmens. Die Substanzwerterhaltung des Trink- und Abwassernetzes konnte im Jahr 2020 erfolgreich weitergeführt und auch zusätzliche Maßnahmen über dem Plan realisiert werden.

Die konsequente Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der HWS, die intensive Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die Mitwirkung in branchenbedingten Arbeitskreisen sichert die Zukunftsfähigkeit der HWS.

Der Abschluss des neuen Konzessionsvertrages Trinkwasser und die Verlängerung der Dienstleistungsverträge in den Bereichen Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Winterdienst und Gebäudereinigung mit der Stadt Halle (Saale) sind wesentlich für die perspektivische Entwicklung der HWS. Durch Umsetzung des neuen Trinkwasserpreismodells ist die Refinanzierung der vorhaltebezogenen Kosten langfristig gesichert.

Als Treiber der Weiterentwicklung sind die Aktivitäten zur Erreichung der operativen Exzellenz einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der langfristigen Geschäftsplanung und den begonnenen Digitalisierungsprozessen zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Qualifizierung sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden sind weiterhin wesentliche Aufgaben, um das Humankapital des Unternehmens stetig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2020 weiterhin stabil war und dass ausgangs des Geschäftsjahres 2020 die Grundlagen geschaffen sind, die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreichen zu können.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke-Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der HWS insgesamt 25 Risiken ermittelt (Vorjahr 25). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt zwei Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	7	0	1
Rechtliche Risiken	11	0	1
Technische Risiken	4	0	0
Gesamt	25	0	2

Bei den beiden Risiken der Gruppe 2 handelt es sich in der Risikokategorie „Rechtliche Risiken“ um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen sowie in der Risikokategorie „Marktrisiken“ um die Risiken aus der COVID-19-Pandemie.

7. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2021 sowie die Vorschau für die Jahre 2022 bis 2025 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt. Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2020, die für den Zeitraum bis 2025 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

7.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle analog zur Einwohnerentwicklung eine leicht steigende Entwicklung von +0,2 % angenommen. Zum 1. Januar 2021 wurde ein verursachungsgerechteres Preismodell für Trinkwasser eingeführt.

Im Abwasser ist für den Kalkulationszeitraum 2021/2022 eine Steigerung des Preises für Schmutzwassereinleitung aus Haushalten, Kleingewerbe und Industrie um 3 Cent/m³ von 3,43 EUR/m³ auf 3,46 EUR/m³ (brutto) berücksichtigt. Der Preis für Niederschlagswasser von 1,40 EUR/m² (brutto) konnte konstant gehalten werden.

Die leicht steigende Bevölkerungsentwicklung wirkt sich, trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz auf die Entsorgungsleistungen aus. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die im letzten Jahr einsetzende steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 bis 2,0 % angenommen. Im Rahmen der HWS Impuls-Maßnahme „Effizienzsteigerung Containerdienst“ wurde eine jährliche 5%ige mengenbasierte Steigerung der Containerumsätze unterstellt.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgt in Abstimmung mit der Auftraggeberin Stadt Halle (Saale) und unterstellt ein sich leicht erweiterndes Leistungsspektrum.

7.2. Investitionen

Für das Jahr 2021 steht ein Investitionsbudget von insgesamt 21.232 TEUR zur Verfügung, darunter sind 2.344 TEUR an Fördermitteln, Zuschüssen und kostenlosen Übernahmen geplant.

Die Eigenmittelanteile der HWS für das Stadtbahnprogramm wurden aus dem Koordinierten Investitionsplan vom 4. August 2020 entnommen. Sie betragen für das Jahr 2021 in der Sparte Trinkwasser 815,7 TEUR und in der Sparte Abwasser 1.891,4 TEUR.

Auch wenn im Bereich Wasser/Abwasser zwischen 1994 und 2020 über 660 Mio. EUR Investitionen getätigt wurden, hat die HWS noch vielfältige Aufgaben in der Substanzwerterhaltung der Netze und den damit verbundenen Anlagen zu erledigen. Darin eingeschlossen sind Projekte der HWS, die bei Nutzung optimaler Kosten- und Investitionsstrukturen eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit bei Einhaltung der umweltgerechten Rahmenbedingungen sicherstellen. Beginnend im Jahr 2015 und fortführend mit der Planung 2021 - 2030 wurden projektkonkrete Schwerpunkte in der Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwassernetz der HWS im Rahmen des Substanzwerterhaltungskonzeptes geplant und umgesetzt.

Die Investitionsmaßnahmen der kommenden Jahre sind maßgeblich durch die Investitionsanforderungen Dritter zur Beteiligung an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen geprägt. Den Schwerpunkt bildet die Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG. Die Fluthilfemaßnahmen der HWS werden mit den Maßnahmen zur Sanierung der komplexen Infrastruktur im Robert-Franz-Ring und der Verlegung der Trinkwasserleitung in Planena abgeschlossen.

Des Weiteren stehen der Ausbau und die Erweiterung der Kläranlage Halle-Nord mit der Inbetriebnahme der neugestalteten Rechenanlage, der Optimierung der Klärschlammwässerung und des Schlammaustrages, dem Ersatz der Blockheizkraftwerk (BHKW) und der Gebläse für das Belebungsbecken im Mittelpunkt des Investitionsgeschehens. Bei dem Projekt zur Klärschlammwässerung werden die Zentrifugen ersetzt, welche nicht dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Gleichzeitig wird der anschließende Schlammtransport sowie die Zwischenlagerung neugestaltet. Die neuen BHKW und Gebläse werden langfristig einen Beitrag zur Energieoptimierung der Kläranlage leisten und ist eine erste Teilmaßnahme, die in den nächsten 6 Jahren die energieautarke Versorgung des Klärwerks am Standort sicherstellt.

Auch aus der Koordinierungsplanung innerhalb der Stadtwerke-Gruppe resultieren weitere Baumaßnahmen. Gemeinsam mit der EVH/N sollen die Trinkwasserleitungen am Lutherplatz, im Wacholderweg und in der Schleiermacherstraße ausgewechselt werden. Verschobene Folgemaßnahmen des Straßenbaus (Fluthilfe) sind Maßnahmen in der Fritz-Kießling-Straße und in der Brachwitzer Straße.

Die Mitwirkung bei städtischen Erschließungs-, Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie innerstädtischen Maßnahmen im Rahmen des Konzessionsvertrages wird im jetzt bekannten Umfang weiterhin sichergestellt.

Im Rahmen des Stadtumbauprogrammes Ost hat die HWS ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Neugestaltung der Trinkwasserversorgung und Ablösung von I-Gang-Leitungen bei der Stadt Halle (Saale) eingereicht. Durch die Überlagerung des Gewerbe- und Einwohnerrückganges und der Minderung des pro-Kopf-Verbrauches an Trinkwasser ist die Dimension zahlreicher Hauptleitungen, meist durch Redimensionierungsmaßnahmen, anzupassen.

Des Weiteren wurde ein Programm zur Ablösung von Asbestzement-Leitungen ins Leben gerufen. Ab 2021 stehen hierfür zusätzliche Mittel für eine konsequente Ablösung der stark bruchgefährdeten Leitungen zur Verfügung.

Im Abwasserbereich werden neben einem umfänglichen Maßnahmenpaket an Reliningmaßnahmen auch wichtige Ersatzneubaumaßnahmen umgesetzt. Der desolate Sammler in der Krausenstraße (Großprofil) wird ausgewechselt und der Regenabwurfkanal am Weingärten neugestaltet. In der Industriestraße wird ein neuer Sammler zur hydraulischen Sanierung des Einzugsgebietes verlegt.

Die Investitionen im Bereich Entsorgungsdienste sind vorwiegend geprägt von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark. Für die dienstliche PKW-Nutzung werden nach Möglichkeit alternative Antriebsarten unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten beschafft. Bei Kleintransportern laufen Testreihen.

Im Bereich Vertrieb steht die Ersatz- und Erweiterungsinvestition der Ballenpresse aufgrund gesteigener, zu verarbeitender Stoffströme im Vordergrund.

Die Investitionen für die Bereiche Geschäftsführung, Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf und Vertrieb betreffen Maßnahmen für die Ausrüstung der HWS mit Hardware, Software und Kopiertechnik sowie die weitere Ausstattung des Zentrallabors. Maßnahmen zur Digitalisierung, u.a. die Einführung des Kundenportales im Vertrieb, die Einführung von SAP S/4HANA sowie das Betriebsinformationssystem im Bereich Wasser/Abwasser sind in den Investitionen im jeweiligen Bereich inbegriffen. Abschließend ergänzt die Umsetzung des in 2018 erstellten Sicherheitskonzeptes die Investitionen bis zum Jahr 2024.

7.3. Finanzierung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist wie bereits in den vergangenen Jahren durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse charakterisiert.

Mit Hilfe der langfristigen Geschäftsplanung der HWS als Werkzeug zur strategischen Analyse ist es möglich, modellhaft für die nächsten 30 Jahre die Veränderungen von Rahmenbedingungen und deren langfristige Wirkung zu betrachten. In Ausrichtung an dem unter 1.2 dargestellten Zieldreieck sind neben der angemessenen Preisgestaltung und der Ergebnisstabilisierung vor allem die Substanzwertsicherung und die Sicherung der Finanzierungsfähigkeit der HWS zentrale Parameter.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL	Vorschau			
	2021	2022	2023	2024	2025
HWS	10.829	11.199	11.352	11.271	11.258

Trotz anhaltender COVID-19-Pandemie stellt die HWS die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser und Abfall sowie Gebäudereinigung und damit im Zusammenhang stehende Leistungen sicher. Für den Gesundheitsschutz ihrer Mitarbeitenden und Kundinnen und Kunden hat die HWS seit einem Jahr Pandemiepläne erarbeitet und umgesetzt, die permanent den entsprechenden rechtlichen Grundlagen angepasst werden. Die aus der Pandemielage möglichen negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation wurden in der Risikobetrachtung des Unternehmens erfasst.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thiel, Hans-Ulrich

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	14.949	71	13.137	67	7.479	42	1.812	14
Umlaufvermögen	6.095	29	6.531	33	10.159	57	-436	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	45	0	47	0	70	1	-2	-4

Bilanzsumme

21.089	100	19.715	100	17.708	100	1.374	7
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	8.892	42	10.926	55	9.862	56	-2.034	-19
Rückstellungen	1.882	9	1.623	8	1.499	8	259	16
Verbindlichkeiten	10.315	49	7.166	37	6.347	36	3.149	44

Bilanzsumme

21.089	100	19.715	100	17.708	100	1.374	7
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.079	21.858	25.207
sonstige betriebliche Erträge	14	131	82
Materialaufwand	11.888	17.216	19.572
Personalaufwand	7	7	7
Abschreibungen	788	2.067	3.515
sonstige betriebliche Aufwendungen	973	1.158	950
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	54
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	181	224	306
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38	6	1
Ergebnis nach Steuern	-1.782	1.311	992
sonstige Steuern	252	247	168
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.034	1.064	824

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-16,84	4,87	3,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	-18,62	10,79	9,11	%
Cash-Flow:	-1.246	3.131	4.339	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,06	0,03	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	70,89	66,64	42,24	%
Eigenkapitalquote:	42,17	55,42	55,70	%
Fremdkapitalquote:	57,83	44,58	44,30	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Absatz Fernwärme	164	262	303	GWh
Absatz Strom	140	264	327	GWh

f) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2020 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2 Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

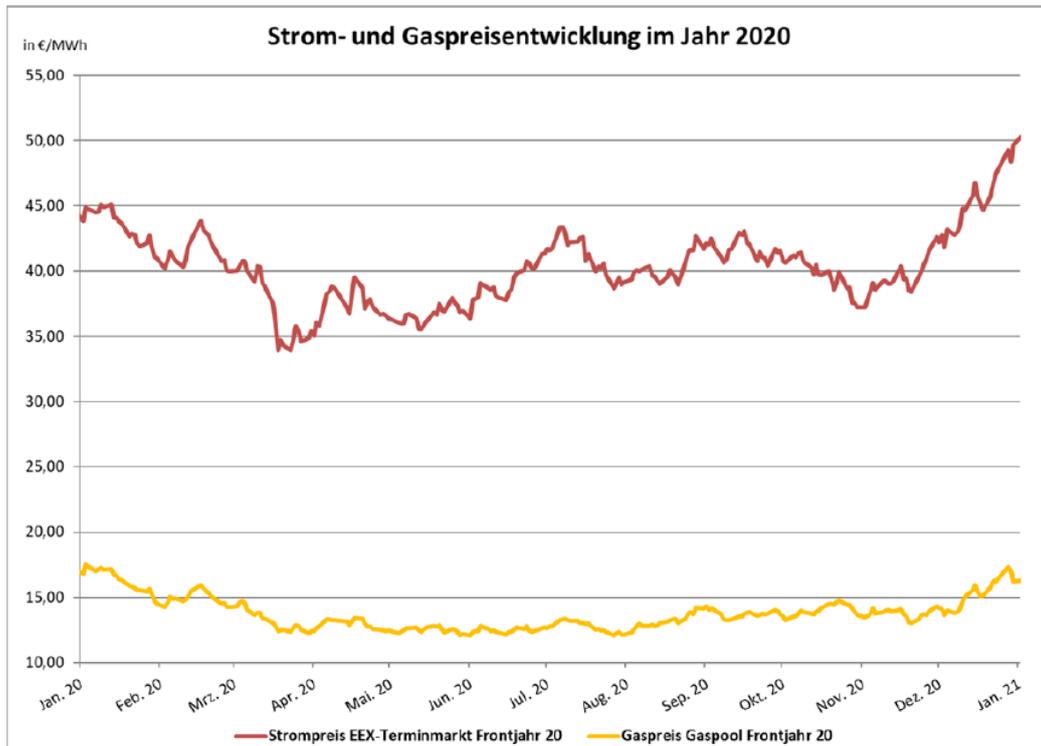
3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das KWK-Gesetz (KWKG) bietet die Möglichkeit, durch eine Modernisierung der Erzeugungsanlage von erhöhten Fördersätzen zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept befindet sich bereits in der Umsetzung. Diesbezüglich wurden die Vorbereitungen für einen Austausch der Gasturbine und den Wechsel der Peripherieanlagen im Zeitraum von April bis Oktober 2021 fortgeführt. Des Weiteren nahm die KWT im April eine 140 kW Netzersatzanlage in Betrieb. Die Anlage versorgt das Kraftwerk mit Strom und Wärme, wodurch die Betriebskosten am Standort reduziert werden.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2020 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im Frühjahr 2020 sanken sowohl die Strom- als auch die Gaspreise infolge des mit der COVID-19-Pandemie einhergehenden Nachfragerückgangs und erreichten ebenso wie die CO₂-Preise ein Jahrestief. Im Verlauf des Sommers erholten sich die Strompreise und verzeichneten einen Anstieg bis knapp unter das Vorkrisenniveau, während die Gaspreise saisonbedingt seitwärts liefen und nur geringe Schwankungen aufwiesen. Mit Beginn der Heizperiode stiegen letztere wieder an und erreichten zum Jahreswechsel das Niveau des Jahresbeginns. Die Preise für CO₂-Zertifikate lagen in 2020 zwischen 15 € und 33 € je CO₂-Zertifikat. Dadurch entwickelte sich der Clean Spark Spread in einem Korridor von ca. 15 € bis 22 € pro MWh mit einem Höchstwert im Dezember. Das hohe Niveau des Clean Spark Spread stellt eine positive Rahmenbedingung für die KWT dar. Durch eine langfristige Preissicherungsstrategie ist die Gesellschaft mittelfristig gegenüber Risiken aus starken Preisschwankungen abgesichert.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung. Die modernisierte Anlage soll voraussichtlich im November 2021 in Betrieb gehen.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit der EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2020 produzierte die Gas- und Dampfturbinen-Anlage mit 3.005 (Vorjahr: 5.605) Betriebsstunden Strom und Fernwärme. Im gesamten Jahr 2020 wurden 140 GWh Strom (Vorjahr: 264 GWh) und 127 GWh Wärme (Vorjahr: 236 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 343 GWh (Vorjahr: 645 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 37 GWh (Vorjahr: 26 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 45 GWh (Vorjahr 33 GWh).

4.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag nach Steuern in Höhe von 2,0 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von 1,1 Mio. €) aus. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr lässt sich hauptsächlich auf die zum 31. Dezember 2019 endende KWK-Förderung zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr (21,9 Mio. €) um 9,8 Mio. € auf 12,1 Mio. € zurück. Dies ist zum einen auf die oben genannte fehlende KWK-Förderung als auch auf der geringeren Produktion von Strom und Wärme zurückzuführen.

Aufgrund der niedrigeren Auskopplung von Strom und Wärme fielen die Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Vergleich zum Vorjahr (15,2 Mio. €) um 5,4 Mio. € niedriger aus. Die bezogenen Leistungen in Höhe von 2,1 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €) lagen annähernd auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1,0 Mio. €) sowie Aufwendungen für Zinsen (0,2 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Aufgrund der leistungsbezogenen Abschreibungsmethode verringerten sich Abschreibungen auf Sachanlagen um 1,3 Mio. € auf 0,8 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €).

4.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr -0,8 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €). Die Verringerung ist im Wesentlichen auf die Ergebnissituation zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeit in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €) betrifft geleistete Anzahlungen für die im Jahr 2021 geplante Modernisierung.

Der Mittelabfluss aus der der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen sowie den gezahlten Zinsen von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €) zusammen. Weiter wurde im Januar ein Darlehen in Höhe von 5 Mio. € im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Die Tilgungszeit beträgt zehn Jahre.

Die im Rahmen des Cash-Poolings in Anspruch genommene Kreditlinie beträgt 3,1 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) zum 31. Dezember 2020.

4.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2020 auf 21,1 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. € erhöht.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 15,0 Mio. € (Vorjahr: 13,1 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die Steigerung ist durch die geleisteten Anzahlungen zu begründen. Gegenläufig verringerte sich das Umlaufvermögen im Wesentlichen durch geringere Forderungen im Vergleich zum Vorjahr (6,5 Mio. €) um 0,4 Mio. € auf 6,1 Mio. €.

Auf der Passivseite verringerte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresfehlbetrages von -2,0 Mio. € auf 8,9 Mio. € (Vorjahr 10,9 Mio. €). Die Rückstellungen stiegen um 0,3 Mio. € auf 1,9 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €). Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 7,2 Mio. € auf 10,3 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Aufnahme eines 5,0 Mio. € Konsortialdarlehens zurückzuführen ist. Gegenläufig wirkte die Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

4.5 Gesamtaussage

Bedingt durch die fehlende KWK-Förderung und eine geringere Produktion von Strom und Wärme konnte die KWT das Vorjahresergebnis nicht erreichen.

5 Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bescheinigt.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauerte. Für die Stromproduktion erhält die KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen zugeteilt. Für die Wärmeerzeugung erfolgt eine abnehmende Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate. Künftig besteht die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Chancen bestehen aufgrund der bereits beschriebenen verbesserten Fördersituation (KWKG) für modernisierte und innovative KWK-Anlagen.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha wurde in das Gesamtenergieerzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Planmäßig wird das Kraftwerk ab April 2021 modernisiert. Die neue Anlage soll ab 1. November 2021 in Betrieb gehen. Dies bedeutet eine Stromproduktion in Höhe von 124 GWh sowie eine Fernwärmeproduktion in Höhe von 105 GWh. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Optimierungsmaßnahmen, der preislich abgesicherten Produktion und der weiteren KWK-Förderung aus Modernisierung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

Für das Geschäftsjahr 2021 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 14,4 Mio. €, einen Jahresüberschuss von 4,3 Mio. €. Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresüberschuss von 6,4 Mio. € erwartet, der in Folgejahren weiter steigen soll.

Trotz der Ausbreitung des COVID-19 Virus wird die KWT die Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind bereits in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschäftsbesorgers sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch können sich auf Basis der aktuellen Erkenntnisse Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Siebenhüner, Jörg Walther, René	(seit 01.06.2020)
--------------------------	------------------------------------	-------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar		T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"		15	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.555	42	3.485	32	3.592	28	70	2
Umlaufvermögen	4.801	56	7.378	67	8.743	69	-2.577	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	164	2	160	1	369	3	4	3

Bilanzsumme	8.520	100	11.023	100	12.704	100	-2.503	-23
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	6	522	5	522	4	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.025	12	1.081	10	1.138	9	-56	-5
Rückstellungen	2.975	35	4.016	36	4.611	36	-1.041	-26
Verbindlichkeiten	3.842	45	5.293	48	6.313	50	-1.451	-27
Rechnungsabgrenzungsposten	156	2	111	1	120	1	45	41

Bilanzsumme	8.520	100	11.023	100	12.704	100	-2.503	-23
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.724	32.284	30.362
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	286	192	-187
sonstige betriebliche Erträge	3	0	0
Materialaufwand	734	1.591	709
Personalaufwand	11.530	12.252	10.117
Abschreibungen	15.584	15.181	14.424
sonstige betriebliche Aufwendungen	746	780	505
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.295	4.114	3.580
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	0	1
Ergebnis nach Steuern	18	20	28
sonstige Steuern	1.583	1.720	2.231
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.580	1.717	2.228
	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,83	5,32	7,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	302,89	329,17	427,21	%
Cash-Flow:	2.326	2.497	2.733	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	137	140	130	T€
Personalaufwandsquote:	46,18	44,56	46,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,13	27,74	24,52	%
Eigenkapitalquote:	6,12	4,73	4,11	%
Fremdkapitalquote:	93,88	95,27	95,89	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.4. Forschung und Entwicklung
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Jahresergebnis
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage zur Lage der Gesellschaft
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell**
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen**

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Die ITC ist ein moderner IT Service Provider und erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH-Gruppe) und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Schwestergesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) innerhalb der SWH-Gruppe.

Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens ist breit gefächert: Kern-Handlungsfelder sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT Services.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen sind mittlerweile wichtiger Bestandteil des IT Serviceangebotes. Die Modernisierung langfristig bestehender IT-Infrastruktur-Komponenten und -systeme, wie zum Beispiel die gruppenweit eingesetzte Telekommunikationsanlage oder die komplette Netzwerklanschaft, zählen ebenso zu den vereinbarten Aufgaben der ITC.

Damit verbunden sind Beratungsleistungen zur Informationssicherheit und zum Datenschutz.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG i.V.m. § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG werden energiespezifische Dienstleistungen erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten sowie zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für die Bereiche Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb verpflichtet. Diese sind mit weiteren Erläuterungen dem Jahresabschluss beigefügt.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich im Wesentlichen um Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen für die Gesellschaften EVH und Netzgesellschaft Halle. Die diesbezüglichen Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung bzw. Gasverteilung bzw. grundzuständiger Messstellenbetrieb zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die übrigen Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist stärker denn je auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter IT Services,
- die Zufriedenheit der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer eigenen, sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Geschäftspartner sowie als führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

1.3. Steuerung

Die Geschäftstätigkeit der ITC spiegelt sich in der Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier kundenorientiert ausgerichteten Organisationseinheiten Kompetenzzentrum SAP, Anwendungsbetreuung, Abrechnungsdienstleistungen und IT-Infrastruktur sowie den drei Stabsbereichen Unternehmensentwicklung, Kaufmännischer Bereich sowie Kundenmanagement/Marketing. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z. B. für Datenschutz, Informations- oder Arbeitssicherheit).

Die ITC befindet sich seit dem 3. Quartal in einem Reorganisationsprozess, welcher die Aufbau- und die Ablauforganisation des Unternehmens optimieren soll. Ziel ist, die Leistungserbringung gegenüber den Kunden nachhaltig zu verbessern, arbeitsteilige und effiziente Prozesse zu implementieren und damit die Potentiale der ITC besser zu heben. Um diese Ziele zu erreichen, wurden nach einer entsprechenden Analysephase Vorschläge für die Unternehmensorganisation erarbeitet und unter Beteiligung der relevanten Gremien beschlossen. Die neue Struktur der ITC orientiert sich dabei am Kernleistungserbringungsprozess des Unternehmens und soll neben klaren Verantwortlichkeiten die Schnittstellen des Unternehmens besser ausrichten.

In der Umsetzung befindet sich die ITC aktuell nach der Analysephase und der Erarbeitung der Soll-Organisation in der dritten und wichtigsten Phase der Reorganisation. Mit der Implementierung des neuen Aufbaus und der Festlegung der zugrundeliegenden Prozesse werden die Abläufe im Unternehmen neu definiert. Dazu ist die Mehrzahl der Führungskräfte bestimmt und die Mitarbeitenden wurden dem neuen Aufbaukonzept zugeordnet. Aktuell bereiten sich die Mitarbeitenden auf ggf. notwendige Übergaben in den Zuständigkeiten vor und dokumentieren diese, um einen reibungslosen Ablauf mit möglichst minimierten Auswirkungen auf die Kunden zu ermöglichen.

Der alleinige Geschäftsführer der ITC war bis zum 31. Mai 2020 Herr Jörg Siebenhüner. Seit dem 1. Juni 2020 ist Herr René Walther als zweiter Geschäftsführer der ITC bestellt. Zum 30. April 2021 hat Herr Jörg Siebenhüner das Unternehmen verlassen.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt im Jahresdurchschnitt 246 Mitarbeiter und 5 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30. August 2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 1. Januar 2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2020 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 1.500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der weltweite Trend der sogenannten industriellen Revolution 4.0 beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Innovative und nachhaltige Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Transformation sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen.

In diesem Umfeld positioniert sich die ITC immer wieder neu. In der SWH-Gruppe wird aktuell eine moderne IT-Governance etabliert, die der Gesellschaft die bedeutende Rolle des kompetenten IT Service Providers der Gruppe zuschreibt. Neben effizienten IT Service Management Prozessen sowie einem professionellen IT Projektportfoliomanagement sind vor allem innovative, effiziente und nachhaltige IT-Lösungen mit Mehrwert für die Geschäftsfelder der Gruppe gefordert. Dazu findet monatlich ein operatives IT-Forum mit den IT-Ansprechpartnern der Unternehmen der SWH Gruppe und der IT-Koordination der SWH statt. Regelmäßig werden Entscheidungsbedarfe mit den Geschäftsführungen der SWH-Unternehmen im strategischen IT-Forum besprochen und entschieden.

Folgende Entwicklungsfelder wurden im Jahr 2020 besonders priorisiert:

- die Einführung einer IT-gestützten Kostenträgerrechnung und Tätigkeitserfassung auf Services und Projekten zur Verbesserung der internen Steuerungsinstrumente,
- preisrechtskonforme Stundensatzkalkulation als Basis für neue IT-Dienstleistungsverträge,
- die Schaffung wichtiger organisatorischer Voraussetzungen für die Tätigkeit als moderner IT Service Provider: die Erarbeitung eines Servicekatalogs mit unterstützenden und kundengerichteten Business-Services,
- die weitere Etablierung des Key Account Managements für die Gesellschafterkunden,
- das Projekt zur Einführung des IT Service Portals als neues Ticketsystem der ITC sowie
- die Aktivitäten zur Vorbereitung der Novellierung des IT-Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Halle (Saale).

Im Jahr 2020 wurde der Prozess der Professionalisierung des IT Projektmanagements durch ein „Project Management Office“ fortgesetzt. Dazu wurde die Gesprächsplattform „Projektportfolioboard“ als regelmäßige Einrichtung weiter etabliert. Fokussiert wird dabei auf die Annahme und Bearbeitung von neuen Kundenanfragen und Projekten, die erforderliche Ressourceneinsatzplanung und die projektübergreifende Berichterstattung.

Die Ablösung des Produktes SAP ECC durch das neue SAP S/4 HANA System wurde erfolgreich umgesetzt. Inhalt dieses Projektes waren auch die Einführung einer standardisierten Rechnungslegung oder auch elektronischer Bestellprozesse. In diesem Rahmen erfolgte eine Aufgabenerweiterung des bestehenden kaufmännischen Dienstleistungsvertrages zwischen EVH und ITC, so dass zukünftig Finanzbuchhaltung und Einkauf als Dienstleistung für die ITC durch die EVH erbracht werden.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung der Anwendbarkeit des integrierten Managementsystems und die damit verbundene weitere Etablierung des internen Regelwerkes bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Entwicklung der Unternehmensorganisation und -abläufe. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsetzung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt

Die unternehmensweite Prozesslandkarte und einzelnen Geschäftsprozessmodelle wurden mit dem Tool SIGNAVIO in der BPMN 2.0-Notation weiter ausgebaut und fortgeschrieben.

Die ITC absolvierte in 2020 mit Erfolg das externe Überwachungsaudit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit).

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die Netzgesellschaft Halle und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Die Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung für die Stadtverwaltung Halle wurde im I. Quartal 2020 erfolgreich abgeschlossen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen (Pandemie) wird die Vorgehensweise, die Priorisierung und der Umfang der Unterstützung der ITC für die Stadt Halle bei der Umsetzung des IT-Konzeptes für die Schulen in städtischer Trägerschaft neu bewertet und überarbeitet.

Im Dezember 2020 wurden im Rahmen der Umsetzung des Sofortausstattungsprogrammes die ersten 284 Laptops (von 2.700) installiert und an Schulen der Stadt Halle ausgeliefert. Die Lieferung der restlichen ca. 2.400 Laptops erfolgte im Januar 2021. Anschließend erfolgte die Installation und Auslieferung dieser an die Schulen.

Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) befindet sich für die Stadt Halle ein Projekt zum Aufbau eines Serviceportals unter Berücksichtigung der Basiskomponenten (Bezahlungsfunktion, Authentifizierung und Formularserver) in der Konzeption und wird bis 2022 zur Umsetzung gebracht. Hierzu gibt es gemeinsame Aktivitäten mit dem Land Sachsen-Anhalt (IT-Dienstleister Dataport) zur Nutzung von zentral bereitgestellten Basiskomponenten.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Die 2. Phase des Projektes zur Umstellung auf SAP S/4 HANA für die EVH/EVHN wurde mit einigen Aufgabenpaketen nach 2021 verschoben. Grund dafür ist ein kurzfristig entstandenes Projekt zur Migration des kaufmännischen ITC SAP-Mandanten in die SAP S/4 HANA Landschaft der EVH.

Die Ablösung des Produktes SAP ECC durch das neue SAP S/4HANA System zum 7. Januar 2021 konnte in nur drei Monaten umgesetzt werden. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Migration des SAP-Systems der EVH und in Zusammenarbeit mit der EVH konnten Kernelemente wie eine standardisierte Rechnungslegung oder auch elektronischer Bestellprozesse weiterentwickelt bzw. neu eingeführt werden.

Für die anderen Unternehmen der SWH-Gruppe werden im Rahmen von individuellen Vorprojekten auf der Basis der Vorgehensweise für EVH/EVHN und ITC im Jahr 2021 Umsetzungsstrategien für die Einführung von SAP S/4 HANA erarbeitet.

Im Rahmen des Projektes „DIVA“ (Neukonzeption der Investitions-, Instandhaltungs- und Abrüstungsprozesse) wurde für die EVH und Netzgesellschaft Halle im Jahr 2020 die Implementierung neuer Geschäftsprozesse mit neuer Softwareunterstützung gemäß Projektplanung weiter vorangetrieben. Der Abschluss ist für Mitte 2021 geplant.

Im Juni und Juli 2020 wurden erfolgreich die Aktivitäten zur Umsetzung der kurzfristig beschlossenen Mehrwertsteuersenkung in den relevanten IT-Systemen umgesetzt (einschließlich der Rechnungsformularanpassungen).

Das Kundenserviceportal der Stadtwerke Halle ging im Frühjahr 2020 mit Inhalten und Services mit EVHN und im Herbst für die EVH produktiv. Neben dem Aufbau und dem Betrieb der IT-Infrastruktur waren hier Schnittstellen zu den unterschiedlichsten technischen Datenbank- und Abrechnungssystemen zu entwickeln.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz und den gesetzlich geforderten Formatwechseln eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt.

Die EVHN hat einen umfangreichen Anforderungskatalog für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Produktgruppe EnTAM+ (Energietechnisches Anlagenmanagement) aufgestellt. Daraus ergibt sich eine Softwareentwicklungsprogrammplanung für 2021. Durch diese neue Schwerpunktsetzung des Kunden werden die Personalressourcen in der ITC neu disponiert, um die vereinbarten Meilensteine umsetzen zu können.

Mit dem Personalbereich der Stadtwerke Halle wird das Projekt zur Einführung von Mitarbeiter- bzw. Führungskräfte - „self services“ umgesetzt (DiMAS). Die Produktivsetzung weiterer Funktionalitäten (z. B. Reisekostenanträge und –abrechnung) für Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe wurde verschoben und neu geplant. Insbesondere betrifft dies die Umsetzungsaktivitäten für die Mitarbeiter der HAVAG, die über die mobile Nutzung der DiMAS-Anwendung von den Vorteilen bereits profitieren sollten. Die Bereitstellung der noch fehlenden technischen Voraussetzungen zur Nutzung der SAP-Cloudplattform erfolgte im November 2020. Damit konnte der Testbetrieb beginnen. Anschließend können die Funktionalitäten zur mobilen Nutzung für weitere Mitarbeiter der SWH-Gruppe eingerichtet werden.

Darüber hinaus erfolgt die Priorisierung und Umsetzungsplanung weiterer Digitalisierungsprojekte für die Gesellschaften der Stadtwerke Halle - Gruppe.

Das Projekt zur Implementierung einer neuen zentralen TK-Anlage für die Stadtwerke Halle Gruppe konnte zum 31. Juli 2020 erfolgreich abgeschlossen werden.

In einem Projekt „TMG-Ablösung“ soll ein einheitliches, dem Stand der Technik entsprechendes Firewall-/Secure-Web-Proxy-System (next generation firewall) zur Ablösung der bisherigen Lösung der Stadtwerke und der Stadtverwaltung Halle beschafft werden. Neben den technischen Parametern werden auch die sichere Bereitstellung von Diensten und der reibungslose Betrieb sichergestellt.

Die Planungen und Ausschreibung für die Erneuerung der IT-Netzwerkinfrastruktur wurden vorbereitet und durchgeführt. Erste Meilensteine der Erneuerung wurden erreicht.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe wurden im Rahmen des Projektes zur Umsetzung der Anforderungen aus der Verpflichtung zum Empfang und dem Versand elektronischer Rechnungen bis November (ZUGFeRD und X-Rechnung) die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen umgesetzt.

Die Verschlüsselung von mobilen Endgeräten mit Windows-Betriebssystem (Notebooks), Mobile Device Management für weitere mobile Endgeräte (Smartphones/Tablets) sowie Mobile Device Control (Schnittstellenmanagement) für PC's/Notebooks werden in der SWH-Gruppe schrittweise eingeführt.

Die Windows 10 Umstellung konnte bis auf die Geräte mit Restriktionen durch individuelle Anwendungssoftware erfolgreich abgeschlossen werden.

Interne Projekte zur Prozessverbesserung

Das Projekt zur Implementierung einer Kostenträgerrechnung zur Gewinnung von Steuerungsinformationen aus dem internen Rechnungswesen bei der IT-Consult Halle GmbH wurde mit Unterstützung durch das Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PWC) in einer Basisversion zum 30. Juni 2020 in einen Pilotbetrieb überführt. Dies beinhaltet auch die Einführung einer IT-gestützten Tätigkeitserfassung (mit SAP-CATS) auf Services und Projekten für alle Mitarbeiter der ITC.

Die vollständige Umsetzung aller Funktionalitäten der Sparten- und Kostenträgerrechnung sollte bis Ende 2020 erfolgen. Das Projekt wurde neu terminiert und dem Migrationsprojekt des kaufmännischen SAP Mandanten nach SAP HANA angeschlossen. Alle Voraussetzungen zur Kontierung auf der Basis von Kostenträgern im neuen SAP-System zum 7. Januar 2021 wurden geschaffen. Als eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Kostenträgerprojektes wird weiterhin daran gearbeitet, den IT-Servicekatalog, als detaillierten Überblick über das Leistungsportfolio der ITC, neu zu definieren.

Im Juni erreichte das IT-Service Management (ITSM) Projekt mit dem Produktivstart des neuen IT Service Portals (ITSP) einen wesentlichen Meilenstein. Neben dem Produktivstart des ITSP wurde der Fokus des ITSM-Gesamtprojektes für die kommenden Monate neu gesetzt.

Seit der Produktivschaltung des ITSP liegt der Fokus auf dem CMDB-Teilprojekt. Bis heute wurde bereits intensiv an der zentralen Informations- und Datenbasis für die Dokumentation von IT-Infrastruktur (CMDB) gearbeitet. Zentrale Stammdaten wie Inventurdaten wurden bereits aus verschiedenen Quellen in die Valuation-Software integriert, auf welche vom Incident Management aus zugegriffen werden kann. Hierfür wurden beispielsweise Schnittstellen für RayVentory, die Gerätedatenbank oder die Serverübersicht integriert. Derzeit liegt der Schwerpunkt in der Klassifizierung und Pflege der CMDB-Daten, als Vorbereitung auf die Strukturierung der Assets und Attribute sowie deren Interaktion untereinander.

Im Zuge der neuen strategischen Ausrichtung der ITC wurde entschieden, alle weiteren Teilprojekte wie beispielsweise das Teilprojekt Request Fulfillment neu zu priorisieren und nachgelagert zu bearbeiten.

Umfeldaktivitäten

Die Einführung der personalwirtschaftlichen Prozesse mit SAP Personalwesen für die Landeshauptstadt Dresden befindet sich in der finalen Abnahmephase. Zum 31. Dezember 2020 wurde nach intensiver Bearbeitung der offenen Punkte wiederholt die Abnahme des Gesamtsystems durch die ITC gegenüber der Landeshauptstadt Dresden angezeigt. Im Vorfeld wurden zwischen beiden Vertragspartnern die bisher unterschiedlichen Einschätzungen zur Abnahmefähigkeit des Systems besprochen und im Ergebnis eine abgestimmte Position erarbeitet. Auf dieser Grundlage erfolgte die Abnahme des Systems sowie mit Unterschrift durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden am 23. März 2021 eine gemeinsame Vereinbarung zur Bewertung der noch offenen Forderungen und Leistungspflichten der ITC.

Die ITC hat auf dem Gebiet der kompletten IT-Betriebsführung nur noch eine Kommune in Sachsen-Anhalt als Kunde und plant mittelfristig keinen weiteren Kommunen diese Leistung anzubieten. Der Konzentration auf die Erhöhung der Servicequalität für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadt Halle wird damit Rechnung getragen. Für diesen Kunden wurde ein Projekt zur Überführung der gesamten Server IT-Infrastruktur in das Rechenzentrum der ITC erfolgreich abgeschlossen.

Die ITC betreut innerhalb der Helmholtz-Gemeinschaft das Umweltforschungszentrum in Leipzig und das Institut der Polarforscher in Bremerhaven mit SAP-Dienstleistungen (Beratung und Rechenzentrumsbetrieb) und für die Personalabrechnung das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin mit der Einführung von SAP Personalwesen HCM als gemeinsames Projekt mit der Business Technology Consulting AG. Damit zählen einige der Helmholtz-Institute zu den Kunden der ITC. Diverse kleinere Folgebeauftragungen wurden in 2020 realisiert.

Aktuell greifen 52 Kommunen aus Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern mit ca. 560.000 Einwohnern auf die Cloud-Lösung (Betrieb von Fachanwendungen im Rechenzentrum) „Das elektronische Personenstandsregister ePR21+“ für Standesämter zu und nutzen dabei auch die Sammelaktenlösung, die alle Anforderungen der Personenstandsverordnung zur Führung des elektronischen Registers erfüllt. Dies schließt die produktive Nutzung des automatisierten, elektronischen Datenaustausches zwischen den Standesämtern nach dem normierten Übermittlungsstandard „X-Personenstand“ mit ein. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Zum Anfang des Jahres 2020 betrieb die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93 %) diese Anwendung in ihren Rechenzentren. Aktuell befindet sich der Vertrag in der automatischen, jährlichen Verlängerung.

Die ITC war auch 2020 Mitglied im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V.

Marktbezogene Entwicklung

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) hat 2020 das Key Account Management für die Geschäftsfelder Mobilität, Energie, Wasser/Entsorgung, Services und Stadtverwaltung Halle und die Drittkunden weiter etabliert und die Zusammenarbeit mit den Kunden ausgebaut.

Geplante Kundenveranstaltungen wurden im Jahr 2020 pandemiebedingt abgesagt. Die langjährige Workshopreihe am Jahresende zu den gesetzlichen Änderungen in der Personalabrechnung konnte als Onlineveranstaltung für die Kunden durchgeführt werden.

Die ITC betreute zum Jahresende 2020 mehr als 270 Kunden. Die Anzahl der Kunden verteilte sich 2020 regional:

- 60 % in Sachsen-Anhalt
- 28 % in Sachsen und Thüringen
- 12 % in anderen Bundesländern.

2020 war die Beteiligung an Ausschreibungen erneut ein Schwerpunkt der externen Vertriebstätigkeit. Die ITC beteiligte sich an Ausschreibungen zu den Themen DMS/Datenschutz und SAP.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Wesentliche Gesetzesgrundlagen sind u. a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - noch § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die Kunden der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter, den Kunden und Geschäftspartnern, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d. h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des IMS kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Im margenträchtigeren Projektgeschäft lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zusätzlich die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren.

3.4. Forschung und Entwicklung

Um in der IT-Branche langfristig erfolgreich zu sein und den stets komplexer werdenden Anforderungen der Geschäftsprozesse gerecht zu werden, ist es auch wichtig, organisatorische und personelle Rahmenbedingungen für disruptive Innovation oder Technologien zu schaffen. Etablierten Lösungsanbietern stehen immer öfter Marktteilnehmer mit derartigen Strategien gegenüber. Um hier schritthalten zu können, hat die ITC eine eigene Organisationseinheit gebildet und kreative Mitarbeitende zusammengebracht. Automation von Prozessen, offene Datendrehscheiben, Lösungen der Plattform-Ökonomie oder systemübergreifende Ansätze werden hier gefördert und entwickelt. Zudem erfolgt eine verstärkte projektbezogene Zusammenarbeit mit Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Jahresende waren bei der ITC insgesamt 247 Beschäftigte tätig. Das sind 6 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotenziale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit der SWH-Gruppe.

Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 % auf T€ 32.724. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 44 aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 6.922. Dies sind T€ 104 mehr als im Vorjahr.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2020 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 16.233. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 15.611) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 621.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.877 war das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.797) leicht ansteigend (T€ 80).

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle war im Geschäftsjahr 2020 (T€ 6.648) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 7.025) um T€ 377 rückläufig.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 11.530 an (Vorjahr T€ 12.252).

Der Aufwand für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2020 (T€ 3.539) sank im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.422) um T€ 883. Dies war maßgeblich auf die projektbezogene Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen sowie Drittkunden zurückzuführen.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 7.991 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 7.830) waren das T€ 161 mehr, was vor allem auf die Umgruppierung der kundenbezogenen DV-Leistungen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen war.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 15.584 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 15.181) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 403 steht im Ergebnis vor allem der Einstellung von neuen Mitarbeitern im Verlauf des Geschäftsjahres für unbesetzte Stellen, Tarifsteigerungen und einer Corona-Sonderprämie.

Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2020 lagen mit T€ 746 leicht unter dem Vorjahreswert (T€ 780).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2020 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 4.295 und bewegen sich mit einer Erhöhung um T€ 181 über dem Niveau des Vorjahres (T€ 4.114). Steigerungen der Rechts- und Beratungskosten und gestiegene Einzelwertberichtigungen überkompensieren rückgängigen Positionen wie Instandhaltung oder Bürokosten.

4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 1.580 und lag damit T€ 137 unter dem Vorjahreswert (T€ 1.717) und damit auf Planniveau.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2020 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.542. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 18,2 %. Gegenüber dem Vorjahr (14,5 %) erhöhte sich diese um 3,7 %-Punkte.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von T€ 816 getätigt. Hiervon wurden T€ 456 in Technische Anlagen und Maschinen, T€ 139 in IT-Software, T€ 89 in IT-Hardware, T€ 95 als Anlage im Bau und T€ 22 in geringwertige Wirtschaftsgüter sowie T€ 15 in Büro- und Geschäftsausstattung investiert.

Die getätigten Investitionsmaßnahmen liegen deutlich unter dem Planwert von 3,6 Mio. €. Die Abweichung in Höhe von 2,7 Mio. € ist dabei maßgeblich auf die Projekte Erneuerung der aktiven Netzwerkinfrastruktur und Internetsicherheit der SWH-Gruppe zurückzuführen. So werden die notwendigen Investitionen (Wirtschaftsplan 2020 ca. 2,2 Mio. €) erst in 2021 umgesetzt.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2020 im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 1.500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 8.520 und verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 11.023) um T€ 2.503.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 71 auf T€ 3.555 und das Umlaufvermögen sank von T€ 7.378 auf T€ 4.801. Die Verminderung des Umlaufvermögens beruhte im Wesentlichen auf einer Reduktion der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an Fremde um T€ 1.090 sowie der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um T€ 1.704.

Die Passivseite sank im Wesentlichen durch einen Rückgang der Rückstellungen um T€ 1.041 auf T€ 2.975 sowie niedrigere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei Dritten (-T€ 1.129).

4.4. Gesamtaussage zur Lage der Gesellschaft

Insgesamt setzte sich im Jahr 2020 die stabile Entwicklung des Unternehmens fort. Das Unternehmen konnte sich mit erfolgreich realisierten Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer weiter etablieren. Das geplante Jahresergebnis für 2020 konnte mit Anstrengungen trotz notwendiger Wertberichtigungen erreicht werden.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeitende entwickelt werden. Die Führungskräfteentwicklung wurde gestartet, administrative Prozesse wurden besser gesteuert. Zudem wurde ein organisatorischer Anpassungsprozess gestartet, um den zukünftigen Anforderungen im herausfordernden IT-Umfeld gerecht zu werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle-Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der Risikoinventur insgesamt 47 Risiken ermittelt (Vorjahr 47). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 7 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	-	-	-
Führung/Organisation	1	0	1
Marktrisiken	3	0	3
Rechtliche Risiken	2	0	2
Technische Risiken	1	0	1
Gesamt	7	0	7

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH-Gruppe, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen. Dabei ist insbesondere zu nennen die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und des effektiven und effizienten Hard- und Softwareeinsatzes für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale).

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die ITC die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen für die SWH-Gruppe, die Stadt Halle (Saale) und ihre sonstigen Kunden auch weiterhin sicherstellen. Die ausgearbeiteten Pläne für derartige Fälle sind in Kraft gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Unternehmen ist vorbereitet, dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsätze gliedern sich in fünf Hauptkategorien:

- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle
- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Projektgeschäft der Stadt Halle
- Umsätze aus dem Projektgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für Drittkunden

	Ist	Ist	WIPL
Angaben in T€	2019	2020	2021
davon Dienstleistungen für Stadt Halle	6.819	6.922	7.234
davon Dienstleistungen für Stadtwerke	15.611	16.233	16.545
davon Dienstleistungen und Projekte für Dritte	2.797	2.877	1.897
davon Projektgeschäft für Stadt Halle	3.482	2.760	3.000
davon Projektgeschäft für Stadtwerke	3.543	3.888	3.355
davon sonstige Erträge	32	44	37
Umsatzerlöse	32.284	32.724	32.069

Die Umsätze aus Dienstleistungen und Projektgeschäft mit der Stadt Halle haben sich gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2019 reduziert. Dies ist maßgeblich auf die mit der städtischen Haushaltskonsolidierung einhergehenden Einsparungen der Stadt zu zurückzuführen. Für das Wirtschaftsplanjahr wird von steigendem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für die Stadt Halle ausgegangen. Hier werden insbesondere Leistungserweiterungen zur Umsetzung des IT-Konzeptes für die Schulen der Stadt Halle, notwendige Anpassungen der IT-Infrastruktur oder auch der SAP-Umgebung wirksam. Die geplanten, finanziellen Mittel aus dem Finanzhaushalt der Stadt Halle wurden berücksichtigt.

Die deutliche Erhöhung der Umsätze mit der SWH-Gruppe und damit auch deutliche Überschreitung der für 2020 geplanten Werte resultierte vor allem aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegenen Umfang der von der IT-Consult Halle erbrachten Leistungen. Auch für das Jahr 2021 wird von weiteren Steigerungen ausgegangen. Die gestiegenen gesetzlichen und innerbetrieblichen Anforderungen und Veränderungen (u. a. Umsetzung des Messstellenbetriebgesetzes für die Energieversorgung Halle Netz) sowie die zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Umstellung der SAP Anwendungen auf die SAP HANA Version in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe führten zudem zu einem auf hohem Niveau gestiegenem Projektgeschäft. Für das Wirtschaftsplanjahr wird von einem umfangreichen, wenn auch voraussichtlich geringeren Projektgeschäft als in den vergangenen Jahren ausgegangen.

Die moderate Realisierung von Umsätzen aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der IT-Consult Halle. Gegenüber der vorherigen Planung haben sich die geplanten Umsätze aus den Dienstleistungen und Projekten für Dritte in der Vorschau ab dem Jahr 2021 reduziert. Es erfolgt die Fokussierung auf die Erbringung von IT-Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadtverwaltung Halle.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der ITC notwendig. Gleichsam steigen die Anforderungen an die Sicherheit für die IT-Infrastruktur deutlich.

Für das Jahr 2021 plant die ITC Investitionen in Höhe von T€ 3.687,8 mit folgenden Schwerpunkten:

Nachfolgende Projekte stellen Investitionen für die ITC und für die Kunden „managed service“ dar:

- Redesign und Modernisierung der aktiven Netzwerktechnik (SWH-Gruppe)
- Erneuerung TMG/Firewall – Infrastruktur zum Veröffentlichen von Diensten ins Internet (SWH-Gruppe)
- Aufbau SQL-Datenbankcluster (SWH-Gruppe)
- Austausch SAP-Infrastruktur (SWH-Gruppe)
- Erweiterung der virtuellen Server-Umgebung (SWH-Gruppe und Dritt-Kunden)
- Austausch von Firewalls (SWH-Gruppe).

Die Finanzierung der geplanten Investitionen soll über die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens erfolgen.

Gegenüber den Vorjahren erhöht sich der Investitionsbedarf, da die IT-Consult Halle in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern auch im Rahmen der Bereitstellung von Services für mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist in Höhe von 3,6 Mio. € notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.000.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	300	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 300 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.823	67	1.914	56	2.294	73	909	47
Umlaufvermögen	1.388	33	1.501	44	860	27	-113	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	1	0	-1	-100

Bilanzsumme

4.211	100	3.416	100	3.155	100	795	23
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.708	41	1.708	50	1.708	54	0	0
Rückstellungen	289	7	423	12	197	6	-134	-32
Verbindlichkeiten	2.214	52	1.285	38	1.250	40	929	72

Bilanzsumme

4.211	100	3.416	100	3.155	100	795	23
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.494	8.030	7.186
sonstige betriebliche Erträge	51	77	102
Materialaufwand	7.012	6.546	5.744
Personalaufwand	359	342	387
Abschreibungen	486	601	623
sonstige betriebliche Aufwendungen	327	296	268
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	4	6
Ergebnis nach Steuern	358	318	264
sonstige Steuern	4	4	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	354	314	261
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,16	3,91	3,63	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,71	18,39	15,26	%
Cash-Flow:	840	915	883	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.068	901	911	T€
Personalaufwandsquote:	4,20	4,22	5,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,04	56,01	72,64	%
Eigenkapitalquote:	40,56	50,00	54,13	%
Fremdkapitalquote:	59,44	50,00	45,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	80.806,00	77.534,00	71.989,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	81.000,00	78.000,00	72.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger sowie der Bereitstellung von Sekundärrohstoffen ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle aufbereitet und verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Sekundärrohstoffen zu unterstützen. In der effizienten Nutzung des biogenen Anteils im Restmüll und von mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur sowie zur Abdeckung gesetzlicher Anforderungen überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Notwendige Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2020 realisiert. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seitdem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Des Weiteren wurde der Gesellschaft der Status einer Vorbehandlungsanlage nach Gewerbeabfallverordnung bestätigt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2020 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Diesbezüglich erfolgte im Geschäftsjahr 2020 die Investition in eine Erweiterung der Sortieranlage und des Sortierkonzeptes mit dem Ziel den derzeitigen Ergebnisbeitrag im Konzernverbund zu erhalten bzw. zu steigern, den aktuellen Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung Rechnung zu tragen sowie eine zukunftssichere Ausrichtung der technischen Komponenten der Sortieranlage im Hinblick auf weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2020 durch eine grundsätzlich sehr gute Anlagenauslastung gekennzeichnet, wodurch sich ebenso die Entsorgungspreise auf einem konstant hohen Niveau gehalten haben. Damit konnte die Gesellschaft zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren und somit die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf hohem Niveau halten.

Der Sekundärrohstoffmarkt hingegen war geprägt von einer sehr volatilen und nicht vorhersehbaren Entwicklung. Insbesondere im ersten Halbjahr waren deutliche Vergütungsabschläge zu verzeichnen, welche sich teilweise in der zweiten Jahreshälfte erholten.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Weitergehende besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind aktuell nicht bekannt. Es ist jedoch zukünftig damit zu rechnen, dass weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen aus dem kommunalen und gewerblichen Bereich verabschiedet werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg (+897 Mg) zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2019 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.836 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2020 auf 58.733 Mg stieg. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Anstieg der Jahrestonnage um 228 Mg und beim Sperrmüll von 669 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 ebenso einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2019 von 19.698 Mg mit 22.073 Mg im Geschäftsjahr 2020 deutlich gesteigert werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 waren im Unternehmen neun Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie fünf Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 8.494 TEUR, wobei 5.824 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 2.522 TEUR aus der Behandlung von Gewerbeabfällen, 3 TEUR aus der Erbringung von Aufbereitungsleistungen und 145 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten sowie der Verwertung von metallischen Sekundärrohstoffen resultieren.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse von 8.030 TEUR in 2019 um 464 TEUR in 2020 gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist neben Preiseffekten hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle des kommunalen und gewerblichen Bereiches begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 466 TEUR und ist hauptsächlich durch die Endverwertungskosten der Outputstoffströme aufgrund der Steigerung der Input- bzw. Outputmengen sowie durch gestiegene Aufwendungen für Reparatur- und Fremdinstandhaltungskosten begründet.

Im Bereich der Personalaufwendungen verzeichnete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 eine leichte Steigerung um 17 TEUR. Begründet ist dies durch den Abschluss des neuen Tarifvertrages im Geschäftsjahr 2020.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 486 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 115 TEUR geringere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Kostenanstieg zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellten hierbei die Aufwendungen im Bereich von Rechts- und Beratungskosten eine Kostenerhöhung dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2020 auf 327 TEUR. Dies entspricht einem Kostenanstieg von 31 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH auf einen Betrag von 354 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 40 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 289 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (16 TEUR, Vorjahr 14 TEUR), Personalarückstellungen (70 TEUR; Vorjahr 75 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (70 TEUR; Vorjahr 96 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (133 TEUR; Vorjahr 238 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 56 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Minderung um 18 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 999 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung in Höhe von 292 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen war die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, im Dezember 2020 in Höhe von 800 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 800 TEUR (Vorjahr 186 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 354 TEUR ausgewiesen.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Erhöhung in Höhe von 2 TEUR auf 5 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Die im Vorjahr geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr 2020 betragen 586 TEUR und waren geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung erfolgte eine Überprüfung sowie Anpassung der notwendigen Investitionen.

Infolgedessen plante die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 mit einem Investitionsvolumen von 1.596 TEUR. Den größten Posten nahm hierbei der Umbau der Sortieranlage in Höhe von 1.353 TEUR ein. Hierbei wurde neben der Erweiterung der Sortieranlage um eine Sortierkabine sowie weitere Eisen- und Nichteisenabscheider auch das bisherige Sortierkonzept optimiert. Das restliche Investitionsvolumen war für die Ersatzinvestition des Radladers in Höhe von 213 TEUR sowie für weitere Kleininvestitionen in Höhe von 29 TEUR vorgesehen.

Von den geplanten 1.596 TEUR wurden final 1.395 TEUR investiert. Das Projekt zur Erweiterung und Optimierung der Sortieranlage konnte plangemäß nahezu vollständig zum 18. Dezember 2020 abgeschlossen werden. Hierfür wurden im Geschäftsjahr 1.340 TEUR investiert. Des Weiteren wurden Investitionen für den Brandschutz in Form einer Tragkraftspritze zur Bekämpfung von Kleinbränden, in einen Revisionslaufsteg in der Sortieranlage, in Lagercontainer und Kleingeräte vorgenommen. Das nicht in Anspruch genommene Investitionsvolumen wird auf das Folgejahr verschoben. Die geplante Ersatzinvestition des Radladers kann auf Grund der Einhaltung von Ausschreibungsfristen erst im Geschäftsjahr 2021 final abgeschlossen werden.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 um 310 TEUR gesunken und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 590 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 4 TEUR dar. Begründet ist die Reduzierung durch signifikante Investitionen im Geschäftsjahr 2020. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenlage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2020 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2020 TEUR	31.12.2019 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	3.009	2.100	909
Kurzfristiges Vermögen	1.202	1.316	-114
Gesamtvermögen	4.211	3.416	795
Langfristiges Kapital	2.375	1.766	609
Kurzfristiges Kapital	1.790	1.650	140
Gesamtkapital	4.211	3.416	795

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Investitionen des Geschäftsjahres 2020 die Abschreibungen der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände. Im Vergleich zum Vorjahr (1.914 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.823 TEUR.

Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (193 TEUR; Vorjahr 222 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen im Rahmen des Cash Pool (590 TEUR; Vorjahr 901 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 114 TEUR geringeres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Steigerung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 655 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch die Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens von 800 TEUR im Dezember 2020, wovon entsprechend dem Tilgungsplan 667 TEUR dem langfristigen Kapital zuzuordnen sind. Des Weiteren ist der anteilige Verbrauch (-12 TEUR) der langfristigen Personalrückstellung für Abfindungszahlungen berücksichtigt.

Im Bereich des kurzfristigen Kapitals verzeichnet die Gesellschaft einen Anstieg von 140 TEUR im Vergleich zum Vorjahr, welcher hauptsächlich durch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen begründet ist.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 298 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Ergebnis in Höhe von 354 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Fremdinstandhaltungen, Endverwertungskosten sowie Versicherungsschutz konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil erteilt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 14 Risiken ermittelt (Vorjahr 10). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	1	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	7	-	-
Rechtliche Risiken	3	-	-
Technische Risiken	3	-	-
Gesamt	14	0	-

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2021 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.065 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2021 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 keine Erlöse aus der Erbringung von Schredderleistungen im Rahmen der Brennstoffaufbereitung. Analog des Geschäftsjahres 2020 wird die Gesellschaft versuchen, zur Abdeckung freier Leistungskapazitäten nach Können und Vermögen entsprechende Leistungen auszuführen.

Zusätzlich plant die Gesellschaft mit Umsätzen aus Dienstleistungen für Verwiegung und Verladung im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 113 TEUR.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2021 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 mit Erlösen in Höhe von 12 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.190 TEUR.

6.2. Investitionen

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 300,0 TEUR sind geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Geplant wurden hierbei 50 TEUR für die Ersatzinvestitionen eines FE-Abscheiders, 200 TEUR für die Fertigstellung des Umbauprojektes zur Behandlung von Gewerbeabfällen sowie 50 TEUR für die Ersatzinvestition eines Mobilbaggers.

Anhand der Erfahrungen der Vergangenheit plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 mit Investitionen ebenfalls in Höhe von 300,0 TEUR, notwendige Ersatzinvestitionen für die Fahrzeugwaage, die Entstaubungsanlage, neue Sozialcontainer, eines Betriebsfahrzeuges und Anlagentechnik.

In den Geschäftsjahren 2023 bis 2025 wird von einem kumulierten Investitionsvolumen von 1.315,6 TEUR, für notwendige Investitionen für Ersatzbeschaffungen in Anlagen- und Mobiltechnik (1.220 TEUR) und für die Umsetzung von Beauftragungen der Genehmigungsbehörde, ausgegangen. Die Gesellschaft bewegt sich in ihrer operativen Tätigkeit im Rahmen von „Alt“-Genehmigungen und es besteht ein latentes Risiko von Nachforderungen seitens der Genehmigungsbehörde (z. Bsp. verschärfte Auflagen zum Gewässerschutz).

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2021 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sollen der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 320 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voranzutreiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2021 mit beeinflussen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Bieder, Marco
	Kretschmann, Reiner
	Probst, Michael
	Schulze, Jörg
	Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	78	80	77
Aufsichtsrat	1	1	0

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.787	39	1.630	37	1.317	32	157	10
Umlaufvermögen	2.718	60	2.710	62	2.778	68	8	0
Rechnungsabgrenzungsposten	21	1	13	1	11	0	8	62

Bilanzsumme	4.526	100	4.353	100	4.106	100	173	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.047	89	3.949	91	3.769	92	98	2
Rückstellungen	128	3	68	1	99	2	60	88
Verbindlichkeiten	351	8	336	8	238	6	15	4

Bilanzsumme	4.526	100	4.353	100	4.106	100	173	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.588	4.916	4.921
sonstige betriebliche Erträge	66	41	292
Materialaufwand	1.137	576	583
Personalaufwand	2.307	2.161	2.117
Abschreibungen	783	516	789
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.107	1.246	1.193
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	15	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89	136	152
Ergebnis nach Steuern	231	337	380
sonstige Steuern	19	18	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	212	319	363

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,79	6,50	7,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,52	8,80	10,64	%
Cash-Flow:	995	835	1.152	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	109	94	97	T€
Personalaufwandsquote:	40,80	43,59	40,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	39,42	37,39	31,98	%
Eigenkapitalquote:	89,42	90,71	91,81	%
Fremdkapitalquote:	10,58	9,29	8,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Bioabfall	7.406,00	6.840,28	6.163,12	t
Pappe, Papier	8.534,00	8.489,06	8.644,04	t
Restabfall	24.615,00	24.129,60	24.239,04	t

f) Lagebericht**Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Die Entsorgungswirtschaft kann mit dem Jahr 2020 insgesamt auf ein ausgeglichenes Jahr zurückblicken. Im Hinblick auf den zu Jahresbeginn angespannten Markt der Rohstoffe konnte vor allem im Bereich PPK bis zum Jahresende eine gewisse Stabilität erreicht werden.

Die Corona-Pandemie spaltet die Abfallwirtschaft in 2 Bereiche. Zum einen in den gewerblichen Teil, welcher unter der Pandemie aufgrund der anhaltenden Firmen- und Geschäftsschließungen erheblich leidet und einen Erlöseinbruch zu verzeichnen hat. Zum anderen in die Entsorger der Privathaushalte, die durch den Lockdown und den zunehmenden Onlinehandel Zuwächse zu verzeichnen haben.

Auch im Jahr 2020 sorgen die Firmenübernahmen durch die großen Entsorgungsunternehmen für eine anhaltende Verunsicherung in der Entsorgungsbranche. Gleichzeitig ist die Umsetzung des Verpackungsgesetzes für Systembetreiber und Kommunen eine große Herausforderung. Weiter steigend ist die Anzahl der auf dem Markt beantragten Systembetreiberzulassungen. Die Bundesrepublik hat im Jahr 2020 umfangreiche Änderungen erlassen, um die Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie zu realisieren. So wurden unter anderem das Kreislaufwirtschaftsgesetz und dessen Verordnungen angepasst. Die Produktverantwortung, Abfallvermeidung, das Ende der Abfalleigenschaft und die Anpassung der Recyclingquoten sind dabei nur einige Änderungen. Ebenfalls wurden das Elektronikgerätegesetz, die Richtlinie über Abfalldeponien und die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle angepasst. Die Umsetzung der durch den Gesetzgeber erlassenen Gesetze und Verordnungen erweist sich als schleppend, da es dafür an Erlassen, Handlungshilfen und Durchführungsbestimmungen fehlt.

Die zu schließenden Abstimmungsvereinbarungen zwischen den Landkreisen und den Systembetreibern zur Einhaltung der Vorgaben des Verpackungsgesetzes gestaltete sich schwierig. Bis zum Jahresende des Jahres 2020 wurden von beiden Verhandlungsparteien in den meisten Körperschaften Vereinbarungen geschlossen.

Die Papierpreisentwicklung war Mitte des zweiten Quartals 2020 als rückläufig zu bewerten. Durch die rückläufigen Importe und vermehrten Nachfragen war ab der Mitte des zweiten Quartals bis zum Jahresende eine stetige Steigerung der Preise zu verzeichnen. Wie erwartet, hat sich bei anderen Abfallarten eine weitere, aber gegenüber dem Jahr 2019 geringere, Preiserhöhung eingestellt.

Weiterhin kritisch wird die Entwicklung im Bereich der Bioabfälle gesehen. Zum einen infolge der Düngemittelverordnung, zum anderen durch Kapazitätsengpässe und fehlende Anlagenausgänge. Außerdem wird hier zukünftig der Reduzierung des Kunststoffanteils eine wachsende Bedeutung zukommen. In diesem Bereich wird es zu einer weiteren Verteuerung kommen.

Die Verwertung von Altholz und Grünabfällen bleibt durch Überkapazitäten am Markt schwierig. Auch in diesen Bereichen ist eine weitere Preissteigerung eingetreten.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2020 konnte von der RES GmbH wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden. Das mit 51 T€ über dem Plan von 160 T€ liegende Ergebnis ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen. Der erwartete Mengenrückgang in den Abfallarten Restabfall und PPK ist nicht eingetreten. Im Bereich Bioabfall wurde mit einer Steigerung von 5% gerechnet. Außerdem wurde durch die Verbesserung der Verwertungserlöse für PPK speziell im 2. Halbjahr ein besseres Betriebsergebnis erzielt. Bis zum Dezember 2020 stiegen die Preise für die PPK-Vermarktung um ca. 50%. Weiterhin wurde das Jahresergebnis durch geringere Personalkosten in Höhe von 256 T€ und geringere Abschreibungsbeträge in Höhe von 67 T€ gegenüber dem Plan positiv beeinflusst.

Den geringeren Personalkosten stehen erhöhte Aufwendungen für Leiharbeiter in Höhe von 99 T€ gegenüber, so dass die Personalkosteneinsparung 157 T€ beträgt.

In Anbetracht des stark schwankenden Marktes für PPK, bereits über einen Zeitraum von 1,5 Jahren, ist eine qualifizierte Voraussage im Hinblick auf kommende Jahre nicht möglich. Der Neuvertrag ab dem Jahr 2020 für die Leistungen Restabfall, PPK, Bioabfall, Elektroaltgeräte, Sperrmüll, Grünabfälle und schadstoffhaltige Kleinmengen konnte ohne wesentliche Umstrukturierungen im Betrieb realisiert werden.

Für die Steuerung des Unternehmens werden sowohl finanzielle Leistungsindikatoren (monatliche Umsatz- und Kostenentwicklung) als auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren (Entwicklung Bevölkerungszahl und umweltpolitische Aspekte der Bioabfallentsorgung) verwendet. Als weiterer wichtiger Faktor für die Unternehmensentwicklung wird darauf geachtet, Entscheidungsprozesse schnell zu realisieren und ständig zu kommunizieren.

Die Umsetzung der im Jahr 2019 ausgeschriebenen Leistungen wurde ab dem Jahr 2020 reibungslos realisiert. Die Ausschreibung der PPK-Verwertung erfolgte im 3. Quartal des Jahres 2020 für einen Leistungszeitraum von 2021 bis 2022 mit einer einseitigen Verlängerungsoption durch die RES.

Weiterhin positiv entwickelt sich die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle. Neben den bewährten Unterstützungen bei Fahrzeugbereitstellung und Technikaustausch erfolgt eine Unterstützung bei der Lehrlingsausbildung in der RES.

Die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge gestaltete sich weiterhin schleppend. Nach wie vor kommt es bei den Aufbaugerstellern zu Wartezeiten von durchschnittlich einem Jahr.

Die im Jahr 2020 aufgetretene Corona-Pandemie führte in der RES lediglich zu einer Anpassung des Betriebsablaufes an die erstellten Notfallpläne. Glücklicherweise ist das Unternehmen von einer Infektionswelle verschont geblieben. Das niedrigere Betriebsergebnis gegenüber 2019 entspricht der Neukalkulation des Vertrages ab 2020.

a.) Allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes. Erwähnenswert ist der Brand im Zwischenlager für PPK in der Lutherstadt Eisleben im ersten Quartal des Jahres 2020. Es wurden ca. 60 Tonnen durch Löschwasser verunreinigter Sammelware einer Entsorgung zugeführt.

Alle Aufgaben zum Einsammeln und Transportieren von Abfällen auf dem Gebiet des Landkreises Mansfeld-Südharz für die Abfallarten Restabfall, Bioabfall, PPK, Sperrmüll, Elektroaltgeräte sowie gefährliche Abfälle wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Im Jahr 2020 wurden in der RES vier Aufsichtsratssitzungen durchgeführt. Außerdem wurden zwei Gesellschafterversammlungen abgehalten. Zu den Sitzungen wurden die zuständigen Gremien über den Betriebsablauf aktuell informiert. Notwendige Empfehlungen und Beschlüsse wurden gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, beraten und beschlossen.

Das Jahr 2020 konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 211.769,07 € abgeschlossen werden.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2020 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben. Aufgrund der längeren Wartezeiten sind die Lieferungen der Fahrzeuge verspätet im März 2021 avisiert. Die aus dem Investitionsplan des Jahres 2019 offenen Fahrzeuge wurden im März 2020 geliefert.

Die Gesamtinvestition belief sich 2020 auf 945 T€, davon entfallen 757 T€ auf den Investitionsplan 2019 für die Lieferung von 4 Abfallsammelfahrzeugen. Durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 36 T€ erzielt, der Restbetrag in Höhe von 909 T€ wurde aus freien liquiden Mitteln finanziert.

Im Einzelnen werden die Investitionen aus dem Investitionsplan 2020 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge 2 Sammelfahrzeuge Lieferung bis April 2021	639 T€	117 T€	-521 T€
Betriebs- und Geschäftsausst.	191 T€	61 T€	-129 T€
EDV	20 T€	8 T€	-12 T€
Gesamt	850 T€	186 T€	-662 T€

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2020 51 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2020 betrug 56 (inkl. Geschäftsführer und Auszubildende).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Der Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2020 auf 2.307 T€ und lag damit um 146 T€ höher als im Vorjahr. Die Personalkosten stiegen durch die im 3. Zusatz zum Haustarifvertrag festgelegten Regelungen. Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 41 T€ inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden keine geleistet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von 70 T€.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 2 Arbeitnehmer und zum Jahresende 2 Mitarbeiter. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt. Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen in Höhe von 350 € sowie der bedarfsmäßige Einsatz von Leiharbeitern in Höhe von 159 T€ erbracht.

In der RES wurde im Jahr 2020 die bereits vorhandene Nachfolgeplanung fortgeschrieben, um eventuell entstehenden Personalengpässen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es wurde ein weiterer Auszubildender zum Berufskraftfahrer eingestellt. Außerdem wird versucht, durch eine Einstiegsqualifizierung einem weiteren jungen Menschen die Möglichkeit der Ausbildung zum Berufskraftfahrer vorzustellen und ihn bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

d.) Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2020 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen in Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im Dezember 2020 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt und hat im November erfolgreich das Energieaudit gemäß EDL bestanden.

Im Jahr 2020 wurde die Planung, Ausschreibung und Vergabe zum Umbau der Heizungsanlage umgesetzt. Die Heizung und Warmwasseranlage der RES soll zukünftig ohne den Einsatz fossiler Energieträger funktionieren. Für das Vorhaben wurde im 2. Quartal ein Fördermittelantrag gestellt und im Dezember 2020 bewilligt.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, Sperrmüll, PPK, Bioabfall, Grünabfall, Elektroaltgeräte und gefährliche Abfälle (Teilleistung 1-7) für die Jahre 2020 bis 2028 geschlossen. Alle drei Jahre erfolgt eine Kalkulation entsprechend den Richtlinien für Selbstkostenfestpreise. Diese wird durch den EAW geprüft und bestätigt.

Gemäß Auftrag soll ein Gutachten erstellt werden, welches die steuerrechtlichen, gebührenrechtlichen und handelsrechtlichen Sachverhalte der Festlegung im § 10 des Vertrages untersucht. Gleichfalls ist die Möglichkeit einer disquotalen Gewinnausschüttung zu prüfen. Des Weiteren soll aufgezeigt werden, welche anderen Möglichkeiten zur Rückführung von Gewinnen der RES GmbH in den Gebührenhaushalt unter Wahrnehmung von steuerrechtlichen, gebührenrechtlichen und handelsrechtlichen Grundsätzen möglich sind. Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 97% des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2020 über kommunale Verträge generiert. Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 166 T€.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2019	Tonnage 2019	Leerungen 2020	Tonnage 2020
Restmüll	980.825	24.130	991.936	24.615
PPK	506.568	8.489	521.391	8.534
Bioabfall	319.550	6.840	345.777	7.406
Grünabfall	0	1.943	0	2.076
Sperrmüll	0	2.985	0	3.040
Elektroaltgeräte	0	312	0	351
gefährliche Abfälle	0	80	0	85

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2020 hat sich durch eine eigenkapitalfinanzierte Zunahme der Sachanlagen positiv entwickelt. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 92 %. Das Eigenkapital hat sich auf 4.048 T€ und somit um 98 T€ erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen weiterhin nicht. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 90 T€ und 261 T€ für sonstige Verbindlichkeiten. Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand belaufen sich auf 2.418 T€.

g.) Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen.

III. Risikobericht

Im Jahr 2020 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass sich die positive Prognose für das Jahr 2020 erfüllt hat. Es sind keine der analysierten Risiken eingetreten.

Folgende Kriterien werden über das Risikomanagement kontinuierlich beobachtet und monatlich erneut bewertet:

- der Bereich der unerwarteten möglichen Kostensteigerungen im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten, Anordnungen und gesetzliche Änderungen sowie die demografische Entwicklung
- die Entwicklung des Preisniveaus der Verwertung von Abfällen sowie die Entwicklung des Preisniveaus im PPK-Bereich
- Ein weiteres bestehendes Risiko ist die Corona-Pandemie. Um Auswirkungen dieser entgegenzuwirken, wurden Notfallpläne aufgestellt. Glücklicherweise sind im Jahr 2020 keine Mitarbeiter oder Angehörigen erkrankt, so dass dadurch die Auswirkungen im Unternehmen gering waren. Eine Vorhersage zur weiteren Entwicklung ist nicht darstellbar.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Der Hauptvertrag der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld-Südharz ist bis zum 31.12.2028 gesichert.

a.) Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2021 und folgenden von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. So ist für die Gesellschaft im Jahr 2021 ein Umsatz von 5300 T€ bei einem Ergebnis von minus 181 T€ geplant. Im Jahr 2021 sollen 700 T€ investiert werden. Es sind durchschnittlich 56 Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Geschäftsleitung geplant.

Für die Jahre 2021 und 2022 geht die Unternehmensleitung trotz Corona-Pandemie von einer stabilen Entwicklung aus. Die geplanten Leistungen im Zusammenhang mit der Vergütungsregelung für PPK gegenüber dem Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft sorgen zwar für ein negatives Ergebnis, dieses ist aber in der Planung berücksichtigt und führt zu keinerlei Gefährdung des Unternehmens. Die Jahre 2021 sowie 2022 werden wie im Wirtschaftsplan 2021 und der dazugehörigen Vorausschau dargestellt prognostiziert.

Für den Bereich der Wertstoffhöfe gehen wir davon aus, dass sich die Erlöse kaum verändern werden. Die Verwertung wird weiterhin selbst durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ausgeführt.

Bezüglich der Jahre 2021 und 2022 ist davon auszugehen, dass aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Bevölkerungszahlen ein Mengenrückgang eintritt. Dieser ist jedoch geringer, als von Statistikern prognostiziert.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2021 im Bereich Restabfall die Mengen in Abhängigkeit annähernd den Stand des Jahres 2019 erreichen werden. Im PPK-Bereich wird die Menge nahezu konstant bleiben, das Volumen aufgrund des Onlinehandels zunehmen. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware weiterhin sinken.

Im Hinblick auf das Jahr 2021 muss mit einem negativeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden. Ursächlich hierfür ist, wie bereits erwähnt, die Erlösauskehrung für PPK.

Im Jahr 2021 wird entsprechend Wirtschaftsplan mit einem negativen Betriebsergebnis gerechnet.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird die positive Unternehmensentwicklung ab dem Jahr 2023 wie prognostiziert fortgesetzt. Die hohen Standards sollen durch die Einführung verschiedener weiterer Kontrollmechanismen gefestigt werden.

Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark wurden in die Planung für das Jahr 2021 einbezogen.

IV. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten. Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes sind im Rahmen des betrieblichen Ablaufes keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

V. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt 211.769,07 €. Von dem Jahresüberschuss werden 3 % bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 53.521,86 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und 158.247,21 € auf neue Rechnung vorgetragen.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt. Prokura wurde Herrn Steffen Möckel im Jahr 2018 erteilt.

SHS Energiedienste GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle insbesondere für die Wärmeversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.401	88	5.155	92	0	0	246	5
Umlaufvermögen	748	12	454	8	45	100	294	65
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	15	0	0	0	-3	-20

Bilanzsumme	6.161	100	5.624	100	45	100	537	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.025	33	2.025	36	25	56	0	0
Rückstellungen	105	2	8	0	5	11	97	1.213
Verbindlichkeiten	4.031	65	3.591	64	15	33	440	12

Bilanzsumme	6.161	100	5.624	100	45	100	537	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.489	2.203	96
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	3.764	1.852	97
Personalaufwand	7	7	8
Abschreibungen	434	221	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	130	40	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53	33	7
Ergebnis nach Steuern	101	50	-29
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0	29
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	101	50	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,25	2,28	-30,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,98	2,48	-115,57	%
Cash-Flow:	534	271	-29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,17	0,34	8,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	38,18	33,44	0,00	%
Eigenkapitalquote:	32,87	36,01	56,04	%
Fremdkapitalquote:	67,13	63,99	43,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Heizungsanlagen	153	154	-	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SHS Energiedienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die SHS Energiedienste GmbH (SHS) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der SHS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die SHS nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Jens Böttcher wahrgenommen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2020 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr: 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr: 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die SHS investierte für die Modernisierung von insgesamt 15 Heizungsanlagen T€ 679.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2020 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der SHS wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Für den künftigen Geschäftsverlauf spielt die Aufnahme zusätzlicher städtischer Heizungsanlagen eine wichtige Rolle. Dabei kann es sich um bisher nicht im Portfolio enthaltene Bestandsanlagen, aber auch um Heizungsanlagen künftiger Neubauvorhaben der Stadt Halle (Saale) handeln.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf kann der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2020 beschäftigte die SHS keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die das neue strategische Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ betreuen. Darüber hinaus werden Servicedienstleistungen von der EVH über einen Geschäftsbesorgungsvertrag bezogen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Verträge betreffend das Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“ sind mit Wirkung zum 1. Juli 2019 in Kraft. Die SHS erzielte Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 4.489 (Vorjahr: T€ 2.203), die schwerpunktmäßig auf den Vertrag zur Belieferung städtischer Liegenschaften mit Wärme mit der Stadt Halle (Saale) entfallen.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf T€ 3.764 (Vorjahr: T€ 1.851) und betrafen Dienstleistungen von der EVH. Für fixe Aufwendungen (Personal, Sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen,) fielen insgesamt T€ 571 (Vorjahr: T€ 269) an.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2020 ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 101 (Vorjahr: T€ 50) aus, welches aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Per 31. Dezember 2020 verfügt die SHS über ein Eigenkapital in Höhe von T€ 2.025 (Vorjahr: T€ 2.025).

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in Höhe von T€ 679 (Vorjahr: T€ 5.377) getätigt, welche durch die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen der SWH in Höhe von T€ 300 (Vorjahr: T€ 3.750) finanziert wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 1.024 T€ (Vorjahr: T€ 344). Der Cashoutflow aus Investitionstätigkeit fiel mit T€ 679 (Vorjahr: T€ 5.377) geringer aus. Hintergrund ist die Übernahme des wirtschaftlichen Eigentums an den Heizungsanlagen sowie die Betriebsrechte im Vorjahr. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ 20 (Vorjahr: T€ 5.283) beinhaltet die Aufnahme und die Tilgung von Gesellschafterdarlehen, sodass die Kapitalflussrechnung insgesamt einen Finanzmittelzufluss in Höhe von T€ 324 (Vorjahr: T€ 250) auswies.

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von T€ 562, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die SHS in das Cash Pool-System des Konzerns, welche der Minimierung des gesamteinheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenlage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres T€ 6.161 und lag somit T€ 537 über dem Stand des Vorjahres.

Auf der Aktivseite war die Bilanz überwiegend vom Anlagevermögen bestimmt. Die Passivseite verfügt über eine Eigenkapitalquote von 33 % (Vorjahr: 36 %).

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der SHS für das Geschäftsjahr 2020 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der SWH-Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil erteilt.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SHS ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft für das Jahr 2021 umfasst weitere Investitionen in 17 Heizungsanlagen mit einem Volumen in Höhe von T€ 792.

Die diesbezügliche Finanzierung soll durch die Aufnahme weiterer Gesellschafterdarlehen erfolgen.

Die Gesellschaft geht davon aus, im Jahr 2021 ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 101 vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten. Die COVID-19-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Lauda, Winfried	(verstorben am 27.09.2020)
	Schirrmeister, Claudia	(seit 11.12.2020)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr 2020 keine Bezüge von der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	32	100	32	100	772	100	0	0
Bilanzsumme	32	100	32	100	772	100	0	0
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	79	26	81	26	3	0	0
Rückstellungen	4	14	5	16	8	1	-1	-20
Verbindlichkeiten	2	7	1	3	738	96	1	100
Bilanzsumme	32	100	32	100	772	100	0	0

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	4.189
sonstige betriebliche Erträge	1	2	0
Materialaufwand	0	0	3.991
Personalaufwand	0	4	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	7	10	170
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-6	-12	21
sonstige Steuern	0	0	3
Erträge aus Verlustübernahmen	6	12	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	0	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:			0,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	-23,44	-46,54	69,70	%
Cash-Flow:	-6	-12	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	1,93	201,57	0,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	79,37	80,64	3,31	%
Fremdkapitalquote:	20,63	19,36	96,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
behandeltes Mischwasser	0,00	0,00	15,64	Mio. m ³
Klärgas	0,00	0,00	2,50	Mio. m ³
Klärschlamm	0,00	0,00	17.425,55	t
Stromerzeugung	0,00	0,00	5,05	Mio. kWh

f) Lagebericht

Struktur

Alleinige Gesellschafterin der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Situation

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH wurde im Geschäftsjahr 2020 operativ nicht tätig. Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt. Die Geschäftstätigkeit der TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschränkt sich seitdem auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Geschäftsführung nach den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterin obliegen.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2020 wegen der Einstellung des operativen Geschäfts nicht erzielt. Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen zum 31. Dezember 2020 TEUR 0,8. Diese Position enthält die Auflösung von Rückstellungen.

Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 6,8 an. Diese Position beinhaltet Kosten für kaufmännische Dienstleistungen, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Versicherungen und Beiträge.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH weist im Jahr 2020 einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von TEUR 6,0 aus.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben und ist auch künftig gesichert. Zum einen verfügt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Rahmen des Cash Pools über ein ausreichendes Guthaben bei der Stadtwerke Halle GmbH, zum anderen ist die Stadtwerke Halle GmbH der TELONON Abwasserbehandlung GmbH durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich eines eventuell entstehenden Jahresfehlbetrages verpflichtet.

Steuerung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschäftigt neben dem Geschäftsführer kein weiteres eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2020 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt. Aufgrund der geringen Anzahl von Geschäftsvorfällen erfolgte eine Gegenüberstellung von Ist- und Planwerten lediglich zum Jahresende.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2020 gab es eine Veränderung in der Gesellschaft. Herr Dr. Winfried Lauda ist zum 27. September 2020 als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum 11. Dezember 2020 wurde Frau Claudia Schirmeister zur Geschäftsführerin der Gesellschaft bestellt.

Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem benennt für das Jahr 2020 keine den Bestand der TELONON Abwasserbehandlung GmbH gefährdende Risiken.

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Chancen und Risiken können sich jedoch im Zusammenhang mit einer in der Zukunft unter Umständen erfolgenden erneuten Aufnahme einer Geschäftstätigkeit ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird nach außen unternehmerisch tätig werden, sobald sich im wirtschaftlichen Umfeld der Gesellschafterin eine Gelegenheit dazu bietet. Über den zeitlichen Rahmen und die weitere geschäftliche Entwicklung lassen sich derzeit keine Aussagen treffen. Bis dahin wird durch die Verwaltungskosten ein jährlicher Fehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von TEUR 6 erwartet.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit dem Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	<i>(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)</i>
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	165	162	158

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
mittelbar	T€	%
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	43.540	92	47.372	92	50.176	96	-3.832	-8
Umlaufvermögen	3.595	8	4.032	8	2.102	4	-437	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme

47.135	100	51.404	100	52.278	100	-4.269	-8
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	46.602	99	50.781	99	51.613	99	-4.179	-8
Rückstellungen	146	0	208	0	192	0	-62	-30
Verbindlichkeiten	387	1	415	1	473	1	-28	-7

Bilanzsumme

47.135	100	51.404	100	52.278	100	-4.269	-8
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.213	1.084	1.019
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	69	0	-171
sonstige betriebliche Erträge	21	21	209
Materialaufwand	528	526	338
Personalaufwand	753	585	490
Abschreibungen	6	10	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	144	85	293
Erträge aus Beteiligungen	1.348	1.826	719
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23	2	94
Ergebnis nach Steuern	1.243	1.722	555
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.243	1.722	555

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	102,54	158,81	54,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,74	3,51	1,09	%
Cash-Flow:	1.250	1.732	561	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	145	369	352	T€
Personalaufwandsquote:	57,76	52,94	46,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,03	0,02	0,03	%
Eigenkapitalquote:	98,87	98,79	98,73	%
Fremdkapitalquote:	1,13	1,21	1,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Stromproduktion der Windparks (eingespeist und vergütet)	242.124	252.791	231.115	MWh

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (im Folgenden „TOW“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Gesellschafter der TOW sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland und Österreich. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH („TOWV“) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlagen und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind 9 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

II. Steuerungssystem

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Ein wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator sind die Winderträge der Beteiligungsgesellschaften.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Nunmehr soll die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Alle Windparkprojekte der TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG-Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam.

II. Geschäftsverlauf

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2020 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung der jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2020 zeichnet sich durch einen unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertragsprognose (nichtfinanzieller Leistungsindikator) von 257.158 MWh für 2020 wurde mit 242.124 MWh (i. Vj. 283.428 MWh) zu 94% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 97%.

Im Geschäftsjahr 2020 sind die drei Verwaltungsgesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH (TOWSV), Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH (TWEV) und Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH (WPTV) auf die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH (TOWV) verschmolzen. In diesem Zuge hat die TOW die Kapitalanteile an der TWEV und der WPTV von der Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG übernommen. Der Verschmelzungsvertrag wurde am 18.08.2020 geschlossen und ist rückwirkend zum 01.01.2020 gültig.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2020 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1.243 (i. Vj. TEUR 1.722) und liegt damit TEUR -1.038 unter dem im Rahmen der Wirtschaftsplanung erwarteten Überschuss von TEUR 2.281. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen geringere Beteiligungserträge als geplant (Ist: TEUR 1.348; Plan: TEUR 1.967), zudem lag das operative Ergebnis (EBITDA) TEUR -482 unter dem erwarteten Wert (TEUR 360) bei insgesamt TEUR -122. Die verringerten Beteiligungserträge sind insbesondere auf nicht-erreichte Umsatzprognosen in den Betriebsgesellschaften zurückzuführen. Die Unterschreitung des operativen Ergebnisses (EBITDA) ergibt sich insbesondere aus einer in der Planung versehentlich doppelt-berücksichtigten Dienstleistungspauschale (TEUR -384) sowie einer geringeren Weiterberechnungsquote der Aufwendungen.

Insgesamt wird das Geschäftsjahr trotzdem als sehr zufriedenstellend angesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -764 (i. Vj. TEUR -418) und resultiert im Wesentlichen aus einer deutlichen Zunahme von Forderungen sowie einem gleichzeitigen leichten Abbau von Verbindlichkeiten im Jahr 2020.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR -5.422 (i. Vj. TEUR -2.555) ergibt sich insbesondere aus den durchgeführten Eigenkapitalrückführungen und Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt TEUR 5.629 (i. Vj. TEUR 3.523) und ist im Wesentlichen auf die Eigenkapital-Rückführungen der Windparks Eisleben, Gerdshagen/Falkenhagen II, Wendorfer Berg, und Bendorf-Oersdorf sowie Rabenau zurückzuführen. Investitionen in Windparks haben im Jahr 2020 nicht stattgefunden.

Insgesamt reduzierten sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2020 um TEUR 557 auf TEUR 56.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2020 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2020 bei 99% (i. Vj. 99%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken der Beteiligungsgesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind bzw. Sonne produzierten Strommengen. Denn die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering. Das Risiko aus Schäden an Windenergie- und Solaranlagen wird durch entsprechende Versicherungen gedeckt.

Die Coronavirus Pandemie hatte bisher keinen erkennbaren bzw. relevanten wirtschaftlichen Einfluss auf das Ergebnis. Nach Einschätzung der Geschäftsführung wird das Ausmaß der Gesamtauswirkungen trotz der aktuell sehr dynamischen Weiterentwicklung der Situation weiterhin von untergeordneter Rolle sein.

II. Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird laut verabschiedeter Wirtschaftsplanung mit einem positiven Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) von TEUR 1.463 gerechnet. Mit weiterhin positiven Jahresergebnissen wird für die Geschäftsjahre 2022 bis 2025 geplant.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 7%.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- Die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- Die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Krefelder Straße 203 52070 Aachen		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	256	100	55	100	54	100	201	365

Bilanzsumme	256	100	55	100	54	100	201	365
--------------------	------------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	236	92	51	93	49	91	185	363
Rückstellungen	4	2	3	5	2	4	1	33
Verbindlichkeiten	16	6	1	2	3	5	15	1.500

Bilanzsumme	256	100	55	100	54	100	201	365
--------------------	------------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	50	11	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	8	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	1	1
Ergebnis nach Steuern	20	2	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	20	2	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	9,38	4,28	9,20	%
Cash-Flow:	20	2	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,31	93,15	91,51	%
Fremdkapitalquote:	7,69	6,85	8,49	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, Aachen, (im Folgenden „TOWV“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen. Da die TOWV als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%-ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOWV wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der Projektgesellschaften, bei denen die TOWV als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, treffen indirekt auf die TOWV zu:

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht wurde. So wird die Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab 2015 in einem Pilotverfahren im Zuge von Ausschreibungen gewährt. Seit 2017 wird die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die Anpassungen des EEG führen zwar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, allerdings bleiben die Realisierung und der wirtschaftliche Betrieb von Onshore-Windparks und Solarparks auch weiterhin möglich.

II. Geschäftsverlauf

Am 18.08.2020 wurde ein Verschmelzungsvertrag geschlossen, wonach die Gesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH („TOWSV“), Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH („TWEV“) sowie die Windpark Twerberk Verwaltungs GmbH („WPTV“) auf die TOWV verschmolzen sind. Die Verschmelzung erfolgte rückwirkend zum 01.01.2020. Bedingt durch den Verschmelzungsvertrag ist die TOWV nun ebenfalls als Komplementärin für die Gesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG, Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG, Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG und Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG tätig und erhält in diesem Zuge Haftungsvergütungen. Die TOWV ist weiterhin alleinige Gesellschafterin der TOWV.

Der Geschäftsverlauf ist geprägt von der Tätigkeit als Komplementärin der TOWV sowie deren Tochtergesellschaften. Der TOWV werden nach dem Gesellschaftsvertrag sämtliche marktangemessenen Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der TOWV sowie deren Tochtergesellschaften eine jährliche Haftungsvergütung.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2020 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 20 (i. Vj. TEUR 2) und liegt damit deutlich über den im Rahmen des in der Wirtschaftsplanung erwarteten Ergebnisses von TEUR 9. Dies liegt insbesondere in der Verschmelzung mit den weiteren Verwaltungsgesellschaften begründet, wodurch erhöhte Umsätze aus Haftungsvergütungen erwirtschaftet werden konnten. Die zugrundeliegende Planung beinhaltete noch keine geplante Verschmelzung.

Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -15 (i. Vj. TEUR 1) und resultiert im Wesentlichen aus der deutlichen Zunahme an Forderungen (TEUR -51), die durch das EBITDA (TEUR +26) und den Aufbau von sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR +14) nicht ausgeglichen werden konnten.

Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen fanden im Geschäftsjahr nicht statt.

Der Cashflow der Eigenkapitalgeber beträgt TEUR 150 und beinhaltet die Übernahme von Gewinnvorträgen aus den verschmolzenen Verwaltungsgesellschaften. Der Jahresüberschuss des Vorjahres wurde nicht ausgeschüttet.

Insgesamt erhöhen sich die Finanzmittel zum 31. Dezember 2020 um TEUR 149 auf TEUR 191.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2020 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2020 bei 90% (i. Vj. 93%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der TOW tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko.

Die Coronavirus Pandemie hatte bisher keinen erkennbaren bzw. relevanten wirtschaftlichen Einfluss auf das Ergebnis. Nach Einschätzung der Geschäftsführung wird das Ausmaß der Gesamtauswirkungen trotz der aktuell sehr dynamischen Weiterentwicklung der Situation weiterhin von untergeordneter Rolle sein.

II. Prognosebericht

Neben der jährlichen Vergütung erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen zu rechnen. Für das Jahr 2021 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 erwartet.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TOWV werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der TOW.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	juristischer/postalischer Sitz Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
	Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Günther, Peter

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	0	0	0	0	0	0
542	100	517	100	509	100	25	5
1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

543	100	518	100	510	100	25	5
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
489	90	480	93	471	92	9	2
26	5	25	5	29	6	1	4
28	5	13	2	10	2	15	115

Bilanzsumme

543	100	518	100	510	100	25	5
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2020	2019	2018
T€	T€	T€
217	154	142
11	13	17
159	104	104
22	22	21
0	0	2
36	32	29
0	0	0
2	0	0
9	9	3
0	0	0
9	9	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,34	5,99	2,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,96	1,96	0,62	%
Cash-Flow:	9	9	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	114	83	80	T€
Personalaufwandsquote:	9,45	12,92	13,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,01	0,01	%
Eigenkapitalquote:	90,04	92,61	92,22	%
Fremdkapitalquote:	9,96	7,39	7,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	4.164,38	3.878,82	3.592,18	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von Verkaufsverpackungen aus Glas spezialisiert hat. Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, der Sparte Wasser und Entsorgung der SWH-Gruppe, welche zugleich mit 60 % Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 % der Anteile an der Gesellschaft beteiligt. Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas gemäß Verpackungsgesetz in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern und Unterflurbehältern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung und Sammlung insbesondere von Verkaufsverpackungen aus Glas im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,5 % (Vorjahr: 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr: 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Frühjahr 2019 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Damit konnte die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2020 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 20. Februar 2020 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Entwicklung war in 2020 von der Neuausrichtung einzelner Systeme, dem Markteintritt neuer Systeme und einer damit verbundenen starken Veränderung bei den Lizenzmengenanteilen geprägt. So hat beispielsweise das duale System des Entsorgers REMONDIS (EKO-Punkt) nach der gescheiterten Übernahme der Duales System Deutschland GmbH, das System RK Recycling Kontor GmbH & Co. KG übernommen. Mit dem System Recycling Dual ist erstmalig ein System eines Verpackungsherstellers (Smurfit Kappa) in den Markt eingetreten. Im Ergebnis standen deutliche Mengenverschiebungen zwischen den einzelnen Systemen. Zwar ist BellandVision nach den Lizenzmengen beurteilt noch das größte System, allerdings sind beispielsweise die beiden neuen Systeme EKO-Punkt und PreZero bereits auf Platz 3 und 4 bei den lizenzierten Glasmengen.

Damit bestätigt sich nicht nur die Vermutung der Bevorteilung entsprechender Unternehmensorganisationen, wenn ein duales System mit einem vertikal integrierten Entsorgungsunternehmen den Marktauftritt sucht, sondern damit einhergehend eine Konzentration der Leistungsvergabe auf wenige große Entsorgungsunternehmen. Zudem wird der Druck auf kleinere und kommunale Entsorgungsunternehmen, welche sich bisher bei Leistungsvergabe behaupten konnten, steigen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen, welches am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist. Generell sind damit die drei Fraktionen des dualen Systems in einer Abstimmungsvereinbarung vereint. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem seitens der Systembetreiber zugelosten Verhandlungsführer im Jahr 2020 abgeschlossen wurde.

Aktuell wird an einer Novellierung des VerpackG gearbeitet. Insbesondere erfolgt dieses mit den Zielstellungen, die Verpackungsmengen zu reduzieren und das Recycling zu fördern. Erreicht werden sollen diese Ziele durch die Stärkung von Mehrweglösungen sowie der Vorgaben für einen Mindestzyklatanteil bei bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen. Positiv ist dabei, dass neu zum Markt hinzutretende Systeme nur dann genehmigt werden sollen, wenn deren finanzielle Leistungsfähigkeit geprüft wurde. Dies ist vor dem Hintergrund vergangener Insolvenzen unter den dualen Systemen hilfreich. Allerdings ist insbesondere bei den bestehenden Systemen und den Sicherheitsleistungen, die Novellierung nach zu schärfen, da diese als nicht rechtssicher und ausreichend erachtet werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.351 Depotcontainer und Unterflurbehälter, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2020 ist mit einer Sammelleistung von 4.164 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.879 Mg um 7,3 % gestiegen. Dieser Wert wird von der Gesellschaft als Bestätigung der Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in der Leistungserbringung als auch Steigerung in der Quantität angesehen. Darüber hinaus begründet sich die gestiegene Tonnage wohl auf einer intensiveren Nutzung des Sammelsystems für Verpackungen aus Glas aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion mit mehr Umweltbewusstsein. Zudem spiegeln sich in der Sammelmenge das Verbrauchsverhalten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) wider, was in dem besonderen Jahr 2020 sicher auch auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie bezogen werden kann.

Da die Dienstleistungsverträge mit den dualen Systemen nicht an die Mengenentwicklung gekoppelt sind, kann aus der zusätzlichen Sammeltonnage keine positive Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2020.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2020 im Stadtgebiet 322 öffentliche Standplätze und 142 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Die leichte Veränderung um drei Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen, um die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zu steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2020 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Mit dem neuen Vertragszeitraum konnten die Umsatzerlöse aus der Sammelleistung deutlich gesteigert werden. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2020 nicht betriebsnotwendige Anlagegüter vermietet. Insgesamt wurden im Jahr 2020 Umsatzerlöse von TEUR 217 erwirtschaftet, was eine Steigerung von TEUR 63 gegenüber dem Vorjahr darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die übrigen betrieblichen Erträge von TEUR 13 im Jahr 2019 auf TEUR 11 im Jahr 2020 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge haben dabei die Auflösungen von Rückstellungen. Mit der Entwicklung der Sammelmenge an Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist folglich die Steigerung des Aufwandes für die bezogenen Leistungen um TEUR 55 festzustellen. Neben der höheren Tonnage ist dieser Umstand auf den höheren Sammelpreis zurückzuführen.

Der Personalaufwand von TEUR 22 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 36 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	154,1	216,9	62,8	40,8
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	12,8	11,4	-1,4	-10,9
Materialaufwand	104,5	159,4	54,9	52,3
Personalaufwand	21,6	21,6	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	31,7	35,6	3,9	12,3
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA ⁽¹⁾	9,1	11,7	2,6	28,6
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBIT ⁽²⁾	9,1	11,7	2,6	28,6
Zinsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9,1	11,7	2,6	28,6
Ertragsteuern	-0,1	2,3	2,4	> 100,0
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	9,2	9,4	0,2	2,2

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization (Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von TEUR 9. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante Ergebnis in der relativen Analyse übertroffen werden.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen. Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss. Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine Eigenkapitalquote von 90,1 % berichten.

Nettoschulden	2019	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	490,2	500,2	10,0	2,0
Nettoschulden	-490,2	-500,2	-10,0	-2,0
EBITDA	9,1	11,7	2,6	28,6
Nettoschulden/EBITDA	-53,9	-42,8	11,1	20,6

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 90,1 % leicht unter dem Vorjahreswert von 92,6 %, was insbesondere auf die höheren Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag zurückzuführen ist.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2020 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld- bzw. Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 500 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Liquiditätsentwicklung	2020 TEUR	2019 TEUR
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	10	10
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen	10	10
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	490	480
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	500	490

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von TEUR 518 zum Vorjahresstichtag steigt die Bilanzsumme um TEUR 25 auf TEUR 543 zum 31. Dezember 2020. Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr in ihren absoluten Werten nur marginal verändert. Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um TEUR 10 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um TEUR 9. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit TEUR 26 gegenüber dem Bilanzstichtag 2019 auf einem um TEUR 1 höherem Niveau.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit durch eine geringe Anzahl an Reklamationen auszudrücken. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Für diese dargestellten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr ein positives Resümee ziehen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2020 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein uneingeschränktes Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der WER Halle GmbH insgesamt acht Risiken ermittelt (Vorjahr: fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung. Im Jahr 2020 wurden die drei Risiken von formellen und materiellen Verstößen gegen den Datenschutz und damit mögliche Sanktionen aus der Datenschutzgrundverordnung sowie die Compliance-Risiken in die Betrachtung aufgenommen.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der zwischenzeitliche Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Die frühzeitige und detaillierte Analyse des Marktes und die konsequente Auseinandersetzung mit den kostenbeeinflussenden Faktoren in der Gesellschaft konnte die Rückgewinnung des direkten Leistungsauftrages 2020 bis 2022 in der Stadt Halle (Saale) sichern. Weitere Chancen der Gesellschaft durch ein regionales Wachstum zu einem Synergiepotenzial in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu kommen, wurde im Jahr 2020 nachrangig betrachtet.

Trotz der Ausbreitung des Corona Virus wird die WER Halle GmbH die Erfassung von Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) auch weiterhin sicherstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen hingewiesen. Das Pandemiegeschehen hat auf das Geschäftsjahr 2020 keinen nennenswerten oder gar bestandsgefährdenden Einfluss.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2021 bis 2025 besteht darin, das Umsatzniveau zu steigern. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 3 im Jahr 2021.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Mit der direkten Beauftragung der dualen Systeme im abgelaufenen Geschäftsjahr und für die kommenden zwei Jahre hat sich die Gesellschaft den Geschäftsinhalt vornehmlich gesichert, denn die wettbewerbliche Marktvergabe des Leistungsauftrages bis zum Jahresende 2022 konnte erfolgreich gestaltet werden. Über den Zeitraum ab dem Jahr 2023 entscheidet eine erneute Ausschreibung der Leistungen im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2022. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Fortsetzung der Direktbeauftragung mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Das Unternehmen hat alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um möglichen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu widerstehen. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse nicht restlos ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. November 2020 dem Wirtschaftsplan 2021 und der Vorschau 2022 bis 2025 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2021 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 4. Überzeugt leitet die Gesellschaft nach dem Zwischenschritt der Subbeauftragung ihre strategische Ausrichtung und die Stellung am Markt aus der erfolgreichen Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber dem dualen System ab.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kloß, Romy
Kuschnik, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	220	21	213	18	221	20	7	3
Umlaufvermögen	826	79	945	82	892	80	-119	-13

Bilanzsumme	1.046	100	1.158	100	1.113	100	-112	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	21	225	19	225	20	0	0
Rückstellungen	353	34	322	28	219	20	31	10
Verbindlichkeiten	468	45	611	53	669	60	-143	-23

Bilanzsumme	1.046	100	1.158	100	1.113	100	-112	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.708	4.657	4.441
sonstige betriebliche Erträge	72	57	46
Materialaufwand	1.671	1.561	1.524
Personalaufwand	2.344	2.281	2.134
Abschreibungen	80	85	83
sonstige betriebliche Aufwendungen	424	433	376
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	2
Ergebnis nach Steuern	261	354	368
sonstige Steuern	7	8	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	254	346	360
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,40	7,44	8,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	113,18	154,19	160,31	%
Cash-Flow:	334	431	443	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	85	86	86	T€
Personalaufwandsquote:	49,04	48,38	47,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,21	18,00	19,74	%
Eigenkapitalquote:	21,48	19,39	20,19	%
Fremdkapitalquote:	78,52	80,61	79,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	449	1.501	1.263	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	19.225	17.113	11.400	Anzahl
operativer Zählerwechsel	514	618	796	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.450	5.448	5.209	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser
Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Installationen an Trinkwasseranlagen
- Sammelkanal
Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle; Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen
- Haustechnik (Fernwärme)
Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen
- Tief- und Rohrleitungsbau
Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen, Trinkwasserhausanschlüssen; Erbringung von Tiefbau- und Reparatur- und Sanierungsleistungen im Trink- und Abwasserbereich
- Gas/Strom
spartenübergreifendes Zählermanagement; Wechsel von Gas- und Stromzählern sowie Messeinrichtungen

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Ver- und Entsorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle (SWH)-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen bzw. vorhandene Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens. Anhand vorhandener Entwicklungen und Innovationen des freien Marktes wird auch das Angebot neuer Dienstleistungen durch die W+H ständig überprüft.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W + H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Energiedienstleistungen.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W + H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der u.a. die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr: 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr: 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragssituation gestaltete sich im Jahr 2020 zufriedenstellend. Bedingt durch die Covid19-Pandemie hat es in einigen Bereichen Umsatzaufälle gegeben, die aber kompensiert werden konnten und zu keiner Verschlechterung des Ergebnisses geführt haben. Es wurden alle notwendigen Schutzmaßnahmen für die Absicherung der Tätigkeiten des Unternehmens eingeleitet.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau war seit Anfang des Jahres eine gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen (u. a. in der Gottesackerstraße, Laurentiusstraße und Zscherbener Straße) beauftragt. Weiterhin konnte die W + H im Abwasserbereich durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren. Die Anzahl der sanierten Schächte stieg von 46 Stück im Vorjahr auf 49 Stück im Geschäftsjahr. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gewechselten Schachtabdeckungen betrug 146 Stück und war im Vergleich zum Jahr 2020 leicht rückläufig. Im Rahmen eines gemeinsamen Pilotprojektes mit der HWS wurden Abschnitte des begehbaren Mischwasserkanal in der Torstraße saniert.

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels der Wasserzähler wurde der Einbau von Funkwasserzählern planmäßig umgesetzt. Eine weitere Steigerung war bei der Bewirtschaftung der Wasserzähler für die Abwasserentgeltminderung zu verzeichnen. Infolge der Witterungssituation der letzten drei Jahre ist hier eine kontinuierliche Steigerung erkennbar.

Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u. a. Installationsarbeiten im I-Gang, Elektroinstallationen an Abwasseranlagen, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal sowie die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH-Gruppe) wurden die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Sammelkanal überschritten.

Das Geschäftsfeld „Stromzählerwechsel“ wurde ebenfalls weiter ausgebaut. 2020 wurden im Auftrag der EVH 4.772 Stromzähler durch die W + H gewechselt (Vorjahr: 3.603).

Auch in der Sparte Haustechnik/Fernwärme konnten die geplanten Umsatzerlöse weitestgehend erreicht werden. Trotz einer rückläufigen Tendenz der Auftragserteilung im Rahmen der Corona-Pandemie konnte durch die Sanierung von Feuerlöschleitungen in 11-geschossigen Wohngebäuden der bestehende Rückstand bei den Umsatzerlösen aufgeholt werden.

Im Verlauf des Jahres 2020 erfolgten die Verhandlungen zur Fortentwicklung des Dienstleistungstarifvertrages, welcher zum 1. Januar 2021 eingeführt wurde. In diesem Zusammenhang wurden Tarifierpassungen sowie die Neuregelung des Leistungslohnes vorgenommen.

Weiterhin wurde die Zertifizierung als DVGW-Fachunternehmen „Fernwärme Rohrleitungsbau“ nach AGFW FW 601 erfolgreich abgeschlossen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Ansiedlungspolitik hat sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W + H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten u. a. im Tief- und Rohrleitungsbau und bei den Elektrodienstleistungen wurde ein weiterer Ausbau dieser Leistungen in der W + H vorgenommen. Mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS und der Beauftragung des Stromzählerwechsels durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden neue Geschäftsfelder in der W + H weiter etabliert.

(Eine Übersicht der Geschäftstätigkeit 2020 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklung auf die Geschäftsfelder der W + H waren nicht zu verzeichnen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist der zum 1. Januar 2019 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2030 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung unter Berücksichtigung des flächendeckenden Einbaues von Funkwasserzählern einschließlich der Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle wurde mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH eine Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang und einer Erhöhung der Leistungspauschale für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 abgeschlossen.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Ausführung von Bauleistungen am Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

Für die Tätigkeiten in der Abwassersparte wurden in 2020 Vereinbarungen für die Sanierung von Abwasserschächten und zur Auswechslung von Schachtabdeckungen geschlossen. Zukünftige Erweiterungen des Tätigkeitsfeldes (u. a. die Sanierung von Kanälen) sind geplant.

Seit 2018 wurde die W + H mittels Rahmenvertrag von der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Der bestehende Vertrag wurde bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Auch dieses Geschäftsfeld soll zukünftig noch erweitert werden.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 wurde ein Rahmenvertrag über die Inspektion, Wartung und Störungsbeseitigung der EVH-eigenen Fernwärmehausanschlussstationen (Contracting) mit der EVH abgeschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W + H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt 2020 waren im Unternehmen 59 Mitarbeiter (Vorjahr: 58 Mitarbeiter), davon 3 Auszubildende (Vorjahr: 3 Auszubildende) beschäftigt.

Die gemäß Wirtschaftsplan vorgesehenen zusätzlichen Personaleinstellungen wurden 2020 infolge der vorhandenen Auftragsituation, vor allem beim Wechsel der Stromzähler und der Sanierung der Abwasseranlagen, nicht vorgenommen. Das vorhandene Personal wurde flexibel und spartenübergreifend eingesetzt.

Für die Gewinnung von Fachkräften setzt die W + H auch auf die Ausbildung und Qualifikation eigener Mitarbeiter. So waren zum Jahresende 2020 drei Auszubildende bei der W + H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker und Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik. Die W+H beteiligt sich auch an Ausbildungsprojekten der SWH, welche u. a. langzeitarbeitslosen Hallensern die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in das Berufsleben bietet. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal (Teamleiter Sammelkanal) konnte durch die Einstellung eines externen Mitarbeiters gewonnen werden.

Einem Mitarbeiter wurde 2020 verhaltensbedingt gekündigt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2020	2019
Tief- und Rohrleitungsbau	1.045,8	1.019,0
Wasser	1.247,0	1.449,9
Sammelkanal	836,6	755,5
Haustechnik	1.426,5	1.301,5
Gas/Strom	135,9	96,4
Schrotterlöse	9,2	33,3
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	6,5	1,4
Summe Umsatzerlöse	4.707,5	4.657,0

Die Umsatzerlöse der W + H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 50,5 TEUR (+1,1 %) geringfügig erhöht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden in Höhe von 1.045,8 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen um 26,8 TEUR (+2,6 %) über Vorjahresniveau. Auch 2020 war die Auftragslage zur Realisierung von Hausanschlüssen, Reparaturen an Trinkwasserleitungen und dem Bau von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Auswechslung von Schachtabdeckungen und Schachtsanierungen in der Stadt Halle gleichbleibend hoch.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen um -202,9 TEUR (-14,0 %) unter dem Vorjahreswert. Infolge der Corona-Pandemie wurden in der Stadt Halle Großveranstaltungen wie das Laternenfest und das Salzfest abgesagt. Der turnusmäßige Wechsel des Zählerbestandes der HWS auf Funkzähler (smart metering) lag 2020 unter dem Wert des Vorjahres und wurde planmäßig erbracht. Zusätzlich erfolgte ein operativer Zählerwechsel für defekte Zähler bzw. Neuanschlüsse. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 4.964 smarte Wasserzähler durch das Team Wasser der W + H eingebaut. Außerdem erfolgte im Juli 2020 auf Auftrag der HWS eine Zwischenablesung von 9.820 Funkzählern.

In der Sparte Sammelkanal wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 836,6 TEUR erwirtschaftet. Zum Vorjahr stellt das einen Anstieg um 81,1 TEUR (+10,7 %) dar. Ursache dafür war eine gute Auftragslage und besonders zusätzliche Leistungen im Bereich der Sicherheitstechnik gegenüber der HWS GmbH (z. B. Prüfung und Mängelbeseitigung an Ex-Schutz-Anlagen der Abwasserpumpwerke).

Die Sparte Haustechnik (Fernwärme) weist gegenüber dem Vorjahr um 125,0 TEUR (+9,6 %) höhere Umsatzerlöse aus. Trotz coronabedingter Reduzierung der Aufträge der Wohnungsgesellschaften konnte durch einen zusätzlichen Großauftrag (Sanierung und Wartung von Feuerlöschleitungen) sowie Arbeiten im Nordbad ein positives Ergebnis erreicht werden.

Durch den weiteren Ausbau des Geschäftsfeldes zum Wechsel von Stromzählern liegen die Umsatzerlöse in der Sparte Gas/Strom zum Vorjahr um 39,5 TEUR (+41,0 %) über dem Vorjahreswert. 2020 wurden 4.772 Stromzähler gewechselt, das sind 1.169 mehr als 2019.

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 72,7 TEUR erzielt, sie liegen um 15,7 TEUR (+27,6 %) über dem Vorjahreswert. Für einen Mitarbeiter wurde eine Rückstellung (Abfindung) teilweise aufgelöst.

Neben Versicherungserträgen enthält diese Position hauptsächlich Erträge aus geldwertem Vorteil durch die private Fahrzeugnutzung der Mitarbeiter, Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt um +123,0 TEUR (+10,2 %) über dem Vorjahresniveau. Durch Aufträge im Tiefbau, HAST-Bau und Sammelkanal war der Mehreinsatz von Material erforderlich. Durch die Rechnungslegung an die Auftraggeber konnten jedoch entsprechend höhere Umsatzerlöse generiert werden. Zusätzlich wurden in größerem Umfang Standrohre ausgetauscht.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde zu 2019 um -12,6 TEUR (-3,5 %) leicht unterschritten. Für den vorhandenen Fuhrpark wurden durch die Neuanschaffung von Fahrzeugen weniger Reparaturleistungen in Anspruch genommen.

Der Personalaufwand stieg im Wirtschaftsjahr auf 2.344,2 TEUR und liegt damit um 63,6 TEUR (+2,7 %) über dem Vorjahr. Ursache dafür ist der zum Vorjahr höhere Personalstand (0,3 VBE im Jahresdurchschnitt).

Die Abschreibungen liegen um -5,0 TEUR (-5,9 %) geringfügig unter dem Vorjahreswert. Vorrangig aus der Sparte Haustechnik (Fernwärme) wurden geringere Abschreibungen generiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um -9,8 TEUR unter dem Vorjahresniveau (-2,3 %). Höhere Aufwendungen, insbesondere für Leasinggebühren wurden durch Einsparungen in anderen Positionen ausgeglichen.

Das Finanzergebnis liegt mit -0,3 TEUR unter Vorjahresniveau.

Das Ergebnis nach Steuern liegt um -92,1 TEUR (-26,6 %) unter dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst.

Die Verringerung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um -92,1 TEUR (-26,6 %) auf 254,2 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für den Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Somit erhöht sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 2,1 Prozentpunkte auf 21,5 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 19,4 %).

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 88,0 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 18,0 TEUR (25,7 %). Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes wurden drei Transporter (ein Stück für Sparte Fernwärme und zwei Stück für Sparte Sammelkanal) zu Anschaffungskosten in Höhe von 59,4 TEUR angeschafft. Die Finanzierung erfolgte aus Eigenmitteln, d. h. dafür wurden keine Kredite aufgenommen.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W + H und den Stadtwerken 2001 eine Cash Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 1. März 2013 ergänzt. Darin vereinbarten die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Für die Sicherung der Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr war eine Inanspruchnahme der internen Kreditrahmen nicht notwendig.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringert sich um 112,9 TEUR (-9,7 %) auf 1.045,6 TEUR. Im Wesentlichen ist der Rückgang der Bilanzsumme auf die Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (665,1 TEUR; Vorjahr: 793,7 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Rückgang der Bilanzsumme im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen (299,6 TEUR; Vorjahr: 426,9 TEUR) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt (23,4 TEUR; Vorjahr: 99,1 TEUR).

4.4. Gesamtaussage

Bedingt durch die Covid19-Pandemie hat es in einigen Bereichen Umsatzaufälle gegeben, die aber kompensiert werden konnten und zu keiner Verschlechterung des Jahresergebnisses geführt haben.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Bestehende Leistungen wurden weiter ausgebaut und neue Aufgabengebiete konnten erschlossen werden. Dazu zählen beispielsweise der zunehmende Leistungsumfang bei der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen, die Sanierungsleistungen und Elektroinstallationen für die Abwassersparte der HWS sowie der Wechsel von Stromzählern für die EVH.

Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 254,2 TEUR und damit +15,4 TEUR (+6,5 %) über Planwert wird die anhaltende gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2020 bei der W + H insgesamt sieben Risiken ermittelt (Vorjahr: drei). In der nachfolgenden Tabelle sind aus der Riskmap 2021 bis 2025 die bestehenden Risiken eingetragen. Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W + H für das Jahr 2020 nicht.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	1	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	2	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	3	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	1	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	7	0	0

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2020 von der Coronavirus-Pandemie geprägt. Für die W + H ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2021 sowie die Vorschau für die Jahre 2022 bis 2025 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2020, die für den Zeitraum bis 2025 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

Die Coronavirus-Pandemie wurde in der Planung berücksichtigt. Mögliche Planabweichungen bei einer Zuspitzung des Pandemieverlaufs können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W + H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

- Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Tiefbau/Hausanschlüsse um Tätigkeiten im Abwasserbereich. Neben der Weiterführung der Sanierung von Abwasserschächten und der Auswechslung von Schachtabdeckungen soll beginnend ab 2021 auch die händische Sanierung von Abwassergrößprofilen umgesetzt werden. Ebenso soll der Tätigkeitsbereich „Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen“ sukzessiv erweitert werden
- Weiterer Ausbau des Geschäftsfeldes „Spartenübergreifendes Zählermanagement“ im Tätigkeitsbereich Wechsel von Zähl- und Messeinrichtungen (Wasserzähler, Garten- und Brauchwasserzähler; Gaszähler und Stromzähler sowie im Tätigkeitsbereich Ablesung und Heizkostenabrechnung)
- Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Sammelkanäle (u. a. Betonsanierungen; Elektroinstallationen im Sammelkanal sowie an Abwasseranlagen)
- Ausführung von Sanierungs- und Instandhaltungsleistungen in den Gebäuden und an den Standorten der SWH Gruppe
- Verstärkung der Aktivitäten bei Energie- und Elektrodienstleistungen (z. B. Begehung und Kontrolle von Elt-Hausanschlüssen)
- Ausbau und Spezialisierung der Leistungen im HAST-Bau in der Sparte Haustechnik (Bauausführung bei Contractingverträgen EVH)
- Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Trinkwasser (Angebot zusätzlicher Dienstleistungen der Wasserzählerprüfstelle; Umsetzung neuer Technologien im Rahmen des smart meterings)
- Optimierung des Personalmanagements durch eine fristgerechte Nachfolgeplanung sowie einen flexiblen Einsatz der vorhandenen Mitarbeiter

6.2. Investitionen

Für die W + H sind im Wirtschaftsjahr 2021 sowie in den Folgejahren jeweils 75 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Das erhöht geringfügig das Niveau der letzten Jahre. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2021	WIPL 2022	WIPL 2023	WIPL 2024	WIPL 2025
W + H	182,5	226,8	190,4	154,5	98,5

Der Wirtschaftsplan 2021 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 182,5 TEUR aus. Das entspricht einer EBIDTDA-Marge von 5,8 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2025 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2021 bis 2025 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum bis 2025 wird, mit Abweichung des Jahres 2025, ein weitestgehend gleichbleibendes Ergebnis erwartet. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt.

Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2020 geplante Jahresergebnis von 238,8 TEUR wurde um 15,4 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 254,2 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Anlage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2020

		2020	2019	2018	2017	2016
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.826	27.957	27.834	27.860	27.745
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.450	5.448	5.209	2.630	4.290
operativer Zählerwechsel	Stück	514	618	796	620	640
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	0	0	0	26	29
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	142	141	141	133	135
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	449	1.501	1.263	1.556	1.510
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	209	190	206	176	102
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	100	210	400	50	150
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	407	490	333	387	781
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	19.225	17.113	11.400	12.153	12.327
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser- entgeltminderung der HWS	Stück	10.063	9.935	9.217	8.326	8.326
Fernwärmeservice Neubau	Stück	24	28	24	37	6
Zwischenablesung Funkzähler	Stück	9.820				
Fernwärmeservice Übergabestellen/Primär- leitung	Stück	14	18	22	14	15
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	652	647	661	648	692
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	69	69	101	97	91
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	94	0	0	1.950	1.560
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	4.772	3.603	1.737		
Schachtsanierung	Stück	49	46	26		
Schachtdeckel	Stück	146	171	121		

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Der regionale Flugplatz (Verkehrslandeplatz) dient der lokalen Wirtschaft, indem er zur Erschließung der Region beiträgt. Am Flugplatz ist neben Unternehmen für Flugdienste und -services unter anderem auch eine Station der DRF Luftrettung ansässig. Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Brüning, Reinhard

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Rebenstorf, René	
	Däumler, Lutz	
	Dr. Schultewolter, Daniel	(bis 26.10.2020)
	Hambacher, Kurt	
	Kleinert, Christina	(seit 27.10.2020)
	Kupski, Christian	
	Leipnitz, Ulli	
	Letsch, Roy	(seit 23.11.2020)
	Müller, Peter	(bis 22.11.2020)

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Aufsichtsrat:

Schaaf, Mario
Schied, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.638	82	1.721	87	1.807	90	-83	-5
Umlaufvermögen	364	18	251	13	199	10	113	45
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	3	0	2	0	-2	-67

Bilanzsumme	2.003	100	1.975	100	2.008	100	28	1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.616	81	1.527	77	1.472	73	89	6
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	105	5	113	6	123	6	-8	-7
Rückstellungen	34	2	18	1	20	1	16	89
Verbindlichkeiten	163	8	226	11	316	16	-63	-28
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	1	0	0	0
Passive latente Steuern	83	4	89	5	76	4	-6	-7

Bilanzsumme	2.003	100	1.975	100	2.008	100	28	1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse ¹⁾	669	739	741
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	1
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	98	21	14
Materialaufwand	8	0	0
Personalaufwand	347	330	329
Abschreibungen	96	97	95
sonstige betriebliche Aufwendungen	209	244	256
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	4	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	24	17
Ergebnis nach Steuern	95	61	52
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	89	55	46

¹⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Positionen Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge im Jahr 2020 ist eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,31	7,43	6,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,84	3,73	3,19	%
Cash-Flow:	185	152	140	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	85	84	76	T€
Personalaufwandsquote:	45,22	43,41	43,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,78	87,16	90,01	%
Eigenkapitalquote:	80,71	77,35	73,33	%
Fremdkapitalquote:	19,29	22,65	26,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Flugbewegungen	30.508,00	29.452,00	27.190,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,40	4,84	4,85	EUR
Kraftstoffverkauf	306.660,00	269.976,00	258.094,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2020 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Es konnte ein positives Betriebsergebnis von **89 T€** und damit ca. **34 T€** mehr Gewinn gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Die über das Jahr positiven Entwicklungen der Flugbewegungszahlen im Vergleich zum Vorjahr widerspiegeln die vorhandene Stabilität und zunehmende Attraktivität unseres Verkehrslandeplatzes, die weiterhin im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstigen gewerblichen Flügen geprägt ist. Die Einstufung als Verkehrslandeplatz und der Betrieb an allen Tagen der Woche mit dem entsprechenden Service (Nachtanflug, Betankung) sind dabei grundlegende Basis.

Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern bietet den Kunden eine gewisse Sicherheit und ist gleichzeitig für den Flugplatz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit entfernter Ziele hält unvermindert an und zeigt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs, zumal die Anflugmöglichkeit für kleinere Flugzeuge in Leipziger im schwieriger wird.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen ihrer Standorte bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der allgemeinen Luftfahrt. Darüber hinaus verstärken sich die Anfragen zum Mieten von Hangars bis hin zu Angeboten von möglichen Investoren selbst Hangars zu bauen.

Das GJ 2020 hat mit einem vergleichbaren normalen Start begonnen, im Vergleichszeitraum Okt.2019-Jan.2020 konnten **3669** Flugbewegungen gegenüber Okt.2018 – Jan. 2019 **3344**, **damit 10 % mehr** erreicht werden

Beginnend ab Februar / März 2020 wurden die tiefgreifenden Einschränkungen durch die Corona Krise voll wirksam. Für den Flugplatzbetrieb hat das insbesondere Auswirkungen auf folgende Bereiche:

FLUGBETRIEB

- Rückgang Flugbewegungen um ca. 50 % durch Stopp für Flugschulen, Vereinstätigkeit Segelflieger und Nutzung ansässiger Privatflieger aus anderen Bundesländern
- Rückgang Provision aus Betankungen
- eventuelle Einbuße bei der Bezuschussung für Flugleiter/BFL Tätigkeit durch das Landesverwaltungsamt bei Nichterreichung der Punktzahl (30.000 Flugbewegungen)

das führte von März bis Mai 2020 zu Erlösschmälerungen gegenüber dem Vorjahr aufgelaufen von

➤ Landeentgelte	-8.701,29 €
➤ Tagesabstellungen	-720,28 €
➤ Provisionen Kraftstoff	-1.593,17 €

- im September wurden im Rahmen der Möglichkeit der Beantragung auf Gewährung von Billigkeitsleistungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt weitere entstandene Einnahmeverluste ermittelt.

➤ Absage/ Ausfall von Veranstaltungen	1.800, - €
➤ Absage/ Ausfall von Luftfahrtveranstaltungen	355, - €
➤ Ausfall aus Verpachtung Werbeanlagen	760, - €

- damit wurden insgesamt Billigkeitsleistungen für 2020 in Höhe von 13.930,65 € beim LVWA beantragt.
- die ansässige Gaststätte „Schnitzeltower“ musste bis Ende Mai schließen und hatte teilweise Außerhausverkauf
- nach Öffnung der Beschränkungen im Mai und Aufnahme des Betriebs aller ansässigen Firmen am Platz ist hier allgemein wieder eine sehr **positivere Situation entstanden, trotz aller Einschränkungen gab es in dem Zusammenhang keine Einbuße bei den gewerblichen und privaten Mieteinnahmen**
- Personalkostenreduzierungen durch Kurzarbeit sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen nicht möglich.
- Anderweitige Kostensenkungen gegenüber Plan bei laufenden Aufwendungen konnten u.a. bei der Werterhaltung/Sanierung des Wohnblocks durch einen erhöhten Anteil der möglichen Eigenleistungen erreicht werden.

Mit 30.508 Flugbewegungen konnten insgesamt die Vorjahreszahlen – VJ 29.452– trotz Corona bedingter Ausfälle übertroffen werden.

In diesem Jahr hatte auch die Struktur der Flugbewegungen einen positiven Einfluss auf die Erlöse und so konnte bei den Landeentgelten 2020 eine Steigerung um **2.510, - € auf 134.063, - € (VJ 131.553, - €)** erzielt werden.

Die Mindereinnahmen bei Erlöse Bahnbefuerung - 242,- € glichen sich durch Mehreinnahmen bei PPR Gebühren + 267,- € wieder aus. Die geringeren Einnahmen aus Tagesabstellungen -1.362,- € resultieren zum Teil aus dem Corona bedingtem Ausfall von jährlich stattfindenden Veranstaltungen am Flugplatz, die aber im Rahmen der Billigkeitsleistungen des LVWA berücksichtigt wurden.

Der Kraftstoffverkauf an der FPG Tankstelle hat sich mit insgesamt 36.600Liter mehr gegenüber dem Vorjahr entwickelt. Der Zuwachs lag vor allem bei Jet Treibstoff. Dem gegenüber standen Mindereinnahmen aus den Provisionen für Betankung DRF. Insgesamt wurden damit ca 5.000,- € weniger Provisionen für Kraftstoff erlöst gegenüber 2019.

Bereits seit 2019 gab es nach der Inbetriebnahme der neuen Tankstelle auch in 2020 immer wieder auftretende technische Mängel, insbesondere bei der Übertragung der Tankdaten an den Tower. Nach weiteren, sehr intensiven Klärungen mit TOTAL und Hectronic-Software konnte eine Verbesserung erreicht werden. Es wird weiterhin an Herstellung eines stabilen Betriebes gearbeitet.

Die seit Mitte des Jahres 2019 eingesetzte Software AIRIELD für den Tower hat immer wieder temporäre Probleme in der Zuverlässigkeit und ist nach Angaben der FL sehr bedienerunfreundlich, hier machen sich teilweise monatlich aufwendige Klärung von Differenzen und „zähe“ Abstimmungen mit dem Softwareentwickler weiterhin notwendig. Es wird immer deutlicher zur weiteren dauerhaften Verbesserung der Zuverlässigkeit und Zukunftssicherheit mittelfristig eine neue Software einzusetzen.

Auf Basis einer sehr guten Zusammenarbeit mit der Softwarefirma AEROPS konnten seit Anfang des Jahres weitere Module der Bezahlung mit APP, z.B. Bezahlung Tankung, eingeführt werden, hier ist Oppin teilweise Pilotflugplatz bei der Etablierung der Module. Diese wurde aktuell erweitert auf die Erprobung einer neu entwickelten, umfassenden Flugplatzsoftware.

Entsprechend den Auflagen aus der jährlichen Überprüfung durch das Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde wurde eine umfangreiche Rissanierung der Start und Landebahn notwendig. Diese konnte im Oktober 2020 mit relativ geringen Auswirkungen auf den Flugbetrieb realisiert werden. Alle weiteren Überprüfungen wurden ohne Beanstandungen absolviert.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Die Mitarbeiter der Flugplatzgesellschaft konnten durch eine Vielzahl von Reparatur- und Serviceleistungen zum stabilen Betrieb der ansässigen Betriebe, Flugschulen und zur Zufriedenheit der Mieter beitragen. Zuverlässigkeit steht dabei besonders im Focus, vor allem für die Firmen, die planen ihre Standorte am Flugplatz Halle/Oppin weiter auszubauen.

Die seit längeren laufenden Verhandlungen mit den Firmen MCO/Air Lloyd und der ADAC Luftfahrt Technik GmbH wurden im Laufe des Jahres fortgeführt und konkretisiert.

Die Planungsarbeiten der Firma **MCO/Air Lloyd** sind auf dem Stand wie 2019. Eine entsprechend positiv beschiedene Bauvoranfrage durch das zuständige Bauamt liegt vor.

In einem Gespräch im Juli hat MCO Herr Ott erneut die Absicht zum Bau einer neuen Werft auch unter Berücksichtigung der besprochenen Belange des FSV zur Lage der Werft bekundet. Insgesamt ergab sich daraus die Notwendigkeit, auf Grund des gekündigten Pachtvertrages mit dem FSV Oppin ab Juli 2020 eine monatliche Verlängerung des Vertrages bis zur endgültigen Klärung zu vereinbaren.

Der **ADAC** hat im Januar 2020 intern die endgültige Freigabe von seinem Stiftungsrat für das Projekt neue Werft Oppin (in vergangenen Berichten mehrfach beschrieben) bekommen, mit dem bereits vom ADAC beauftragten Ingenieurbüro gab es weitere Abstimmungen zur Planung auf deren Basis vom ADAC eine Bauvoranfrage eingereicht wurde. Ein entsprechender Kaufvertragsentwurf liegt zur Aktualisierung aus der Vergangenheit vor.

Auf Basis eines überarbeiteten Entwurfs eines vorliegenden Kaufvertrages ist in Abstimmung mit den Gesellschaftern der Verkauf eines Grundstücks an die Firma Biofrucht Senst weiter vorbereitet worden. Erste Gespräche mit der Bauabteilung der Stadt Landsberg zur Frage Änderung des Flächennutzungsplans wurden im Mai geführt, voraussichtlich werden die Änderungen 1 ½ Jahre dauern, vorher kann auch kein Verkauf/Baubeginn stattfinden.

Ausgehend von der AR Sitzung und GS Versammlung am 13.07.2020 und der anschließenden Abstimmung mit den Hauptgesellschaftern wurden informelle Gespräche mit 4 Interessenten über einen möglichen Verkauf eines definierten Grundstücks und dem damit verbundenen Bau von Hangar geführt. Alle wurden aufgefordert ein entsprechendes Exposé zur beabsichtigten Investition bis Ende November einzureichen

Das Jahr 2020 war erneut von **Personalveränderungen** geprägt. Ein Flugleiter hat die Firma durch Eigenkündigung Mitte August unvorhergesehen verlassen. Hier konnte kurzfristig ein qualifizierter FL / BFL für Eintritt ab 01.09.2020 gewonnen werden.

Herr Rabe, Technischer Leiter, hat geplant zum 31.12.2020 altersbedingt seine Tätigkeit beendet. Um eine notwendige Einarbeitung zu sichern, wurde nach entsprechender Stellenanzeige und Auswahlgesprächen mit 8 Bewerbern, **Herr Geßner** als neuer Technischer Leiter zum 01.11.2020 eingestellt. Auf Grund außerordentlicher Leistungen wurde zum Jahresende eine einmalige Corona Sonderprämie an die Beschäftigten gezahlt.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Das Jahr 2020 hat betriebswirtschaftlich betrachtet gut begonnen. Mit der Corona Pandemie kam es dann zu den beschriebenen Erlösausfällen, die aber im Jahresverlauf weitestgehend wieder ausgeglichen werden konnten. Auf Basis geringerer Kosten gegenüber Vorjahr konnten mehr Erlöse insbesondere bei Landeentgelten und Mieteinnahmen erzielt werden.

Darüber hinaus konnte eine höhere Bezuschussung durch das Land für die Luftaufsicht und den Flugbetrieb erreicht werden.

Die liquide Situation kann das ganze Jahr über als insgesamt sehr gut und stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle und gleichen vorhandene Defizite aus dem fliegerischen Bereich zum Teil aus. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock mit gesamt 40 Wohnungen beträgt der Leerstand 3 Wohnungen. Diese 3 Wohnungen müssen alle überholt und instandgesetzt werden. Eine ist bereits in der Komplettanierung und kann im Frühjahr 2021 wieder vermietet werden. Insgesamt wurden 2020 12 Wohnungen nach Auszug/Umzug kurzfristig wieder neu vermietet. Dies zeigt das weitere Interesse an unseren Wohnungen und dass die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor gegeben ist. Dieser Fakt muss genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen (Hangar) verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze waren das ganze Jahr 2020 über dauerhaft vermietet. Das Interesse an Stellplätzen hat weiter zugenommen. Zum Ende des Jahres lagen 8 Neuanmeldungen vor und vier mögliche Investoren für Landkauf zum Hangar-Neubau bekundeten Interesse.

Der Winter 2019/2020 kann wieder als recht mild eingestuft werden. Durch die Weiterführung einer Anpassung der Vorauszahlungen der Nebenkosten konnten Rückzahlungen zum Jahresende in den Größenordnungen der vorhergehenden Jahre vermieden werden. Insgesamt wurden Betriebskostenvorauszahlungen für 2020 in Höhe von rund 3.800 € (Jahr 2019 11.000 €) zurückerstattet.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt (LVWA) vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen und eines entsprechenden Bescheides erfolgte die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals.

Trotz der Ausfälle durch die Corona Einschränkungen konnten bei den Flugbewegungen zum Stichtag des Abrechnungszeitraum 01.10.2019 – 30.09.2020 **32150 Punkte (Vorjahr 33544)** erzielt werden.

Damit wurde die notwendige Erreichung der 30.000 Punkte für eine volle Bezuschussung vor allem durch die zusätzlichen Leistungen der Flugleiter im Juli bis September sichergestellt. Parallel dazu wurde im LVWA darüber beraten, auf Grund der Ausfälle durch Corona und der gleichzeitigen Betriebspflicht, die Zuschüsse auf Basis des letzten Jahres zu zahlen, auch wenn die notwendigen Punkte nicht erreicht werden sollten. Dementsprechend gab es einen positiven Bescheid und wir erhielten im Oktober eine Zuwendung von **54.541,70 € (Vorjahr 53.035,49 €)**.

Für die geplante Rissanierung der Start- und Landebahn (Maßnahme 01-2020) wurden entsprechende Zuschüsse beim Landesverwaltungsamt beantragt. Auf Grund einer Aufforderung des LVWA vom Anfang des Jahres musste die Rissanierung unbedingt im GJ 2020 umgesetzt werden. Gesamtkosten betragen, inklusive erhöhter Aufwendungen für zusätzlicher Fräsarbeiten und Versiegelungen (ca.3500,-), **netto 18507,24 - € davon 50 % netto 9253,62 €** mögliche Bezuschussung. Die Arbeiten wurden im Oktober 2020 ausgeführt.

Weitere notwendige Nachmarkierungsarbeiten von ca. 2000,- € sind für 2021 geplant. Vom LVWA gab es einen positiven Bescheid und die o.g. Bezuschussung wurde im Dezember überwiesen.

Für eine Maßnahme (02-2020 Schranke Zufahrt Süd-West) zur Verbesserung der Luftsicherheit wurden 70 % der Gesamtkosten von 1.430,77 € in Höhe von 1.001,54 € vom LVWA bezuschusst und im Dezember überwiesen.

Für einen möglichen Sachkostenzuschuss für Ausstattung der Luftaufsichtsstelle (BFL Tätigkeit) von maximal 5.000,- €/Jahr (100 % Erstattung) wurde ein **Zuschuss von 4837,13 €** beantragt und vom LVWA im Dezember ausgezahlt.

Entsprechend dem Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr vom 10.08.2020 über die **Gewährung von Billigkeitsleistungen** im Zusammenhang mit der Corona Pandemie für die Verkehrslandeplätze in Sachsen-Anhalt wurde ein Antrag auf Gewährung in Höhe von **netto 13.930,- €** an das LVWA gestellt. Er wurde positiv beschieden und im November ausgezahlt.

Die Tilgung der noch vorhandenen drei Darlehen bei der Saalesparkasse erfolgte weiter kontinuierlich. Das vom Gesellschafter „Landkreis Saalekreis“ im Jahr 2013 gewährte Darlehen in Höhe von 100 T€ weist zum Jahresende 2020 noch eine Restschuld von 8.770,- € aus. Neben den monatlichen Tilgungen erfolgte auch die jährlich vereinbarte Sondertilgung in Höhe von 6 T€.

Die ab 2021 verbleibende monatliche Annuität aller Darlehen beträgt rund 1.550,- € und reduziert sich zum Ende des Jahres 2021 auf 1.150,- T€.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Die Gesellschaft war im GJ 2020 jederzeit in der Lage alle laufenden Verbindlichkeiten aus liquiden Mitteln (GJ 2021 248 T€) zu begleichen.

Eine Bezuschussung der Gesellschaft durch die Gesellschafter war auch im GJ 2020 nicht notwendig. Dennoch muss weiterhin alles getan werden um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten bzw. zu steigern. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte weiterhin selbstverständlich sein um die Entwicklung der Gesellschaft weiter voran zu treiben.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die Vermietung der am Flugplatz vorhandenen 35 Hangar-Plätze verlief im Jahr 2020 konstant.

Die Entwicklung des Bedarfs an Flugzeugabstellplätzen ist zu beachten um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, die eine Bindung potentieller Kunden an den Flugplatz ermöglichen.

Eine Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision Kraftstoffverkauf.

Mit mittlerweile über 8 Neuanmeldungen und weiteren Interessenten macht sich ein entsprechender Bau eines neuen Hangars zur weiteren Entwicklung des Flugplatzes immer notwendiger. Die grundsätzliche Entscheidung zum Verkauf eines Grundstücks mit der Verpflichtung zur Schaffung von Hangar Plätzen an einen Investor wird zu einer schnellstmöglichen Verbesserung führen. Gleichzeitig stehen damit aus dem Verkauf finanzielle Mittel für dringend notwendige Sanierungen am Wohngebäude zur Verfügung.

Die Auswertung der eingereichten Exposés ergab die Weiterführung der Verkaufsgespräche mit der Firma K+P aus Leipzig.

Da am Flughafen Leipzig die Bedingungen für Kleinflieger immer schwieriger werden, entstehen weitere Chancen für Bedarfe an Abstellmöglichkeiten und damit für die Entwicklung der Flugbewegungen an unserem Verkehrslandeplatz.

Die Firma Biofrucht Senst hat ihr bereits 2018 bekundetes Interesse zum Kauf eines Grundstücks nach zeitweiliger Rückstellung im November 2019 erneuert. Auf Basis des bereits vorliegenden Entwurfs eines Kaufvertrages und einer Bauvoranfrage in 2020 ist in Abstimmung mit den Gesellschaftern der Verkauf in 2021 in Vorbereitung.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Aerotechnics GmbH (ehemals Helitec) können im Jahr 2021 ihre Planungen weiter konkretisieren und die notwendigen Verhandlungen zum Grundstückskauf fortführen und müssen auch auf Grund der Vertragslage zu einem weiterführenden Ergebnis gebracht werden.

Alle Voraussetzungen für die geplante Neuinvestition durch ADAC-LT sind von Seiten der FPG gegeben und vorbereitet worden. Ein entsprechender Kaufvertragsentwurf liegt beiden Parteien zur Prüfung vor, so dass der Kaufvertrag 2021 abgeschlossen werden könnte.

Im Februar 2021 fand dazu vor Ort bereits eine konkretere Abstimmung mit der Geschäftsführung der ADAC Luftfahrt Technik GmbH statt.

Die bevorstehenden Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken können.

Hier sind deshalb rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz vieler Gebäude am Platz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt.

Aus diesem Grund wurde bereits von der Geschäftsführung 2018 eine Mängelliste erstellt, die in den kommenden Jahren, je nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Dazu sind in den laufenden langfristigen Jahresplanungen entsprechende Vorhaben eingeplant. Ferner wird durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen versucht größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind.

Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern. Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Die Personalstellenstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2020 weiterhin unverändert. Die oben aufgeführten unvorhergesehenen bzw. notwendigen Personalveränderungen hatten nur zeitweilig geringe Auswirkungen auf die Tätigkeit der Geschäftsführung und der BFL-Tätigkeit.

Besonders hilfreich für den jetzigen GF war in dieser Phase die außerordentliche Unterstützung des Leiter Technik und der Finanzbuchhalterin bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona Pandemie.

Die zuverlässige Unterstützung durch unsere älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als erforderlich und unabdingbar erwiesen.

Besonders hervorzuheben ist außerordentlich gute Unterstützung und sehr konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde in dem von CORONA geprägten GJ Jahr.

Aktuelle Auswirkungen Corona-Krise auf Geschäftsverlauf neues Geschäftsjahr 2021

Nach einem erneuten verschärften Lockdown im Dezember 2020 sind mit dem Beginn des neuen Jahres die tiefgreifenden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wiederum voll wirksam. Für den Flugplatzbetrieb hat das insbesondere Auswirkungen auf folgende Bereiche:

FLUGBETRIEB

- Rückgang Flugbewegungen um ca. 50 % durch Stopp für Flugschulen, Vereinstätigkeit Segelflieger und Nutzung ansässiger Privatflieger aus anderen Bundesländern, keine Rundflüge
- Rückgang Provision aus Betankungen
- eventuelle Einbuße bei der Bezuschussung für Flugleiter/BFL Tätigkeit durch das Landesverwaltungsamt bei Nichterreichung der Punktzahl (30.000 Flugbewegungen)
- Das führte bis einschließlich Februar zu Erlösschmälerungen gegenüber dem Vorjahr aufgelaufen von
 - Landeentgelte -6.600, - €
 - Tagesabstellungen -600, - €
 - Provisionen Kraftstoff -2.600, - €

EINNAHMEN AUS VERMIETUNG UND VERPACHTUNG

- die ansässige Gaststätte „Schnitzeltower“ musste wieder bis auf Weiteres schließen
- die eingemieteten Flugschulen konnten nicht ausbilden
- zwei ansässige gewerbliche Mieter für kleinere Büros haben zum 2. Quartal gekündigt

Darüber hinaus gab es bisher keine Einbuße bei den gewerblichen Mieteinnahmen.

Mit den aktuellen, neuen Regelungen zur weiteren Öffnung der Beschränkungen können Flugschulen ab März wieder ihren Betrieb aufnehmen. Damit ist hier eine positivere Situation zu erwarten. Ein Termin zur Wiedereröffnung der Gaststätte ist noch nicht bekannt.

Mit dem Landesverwaltungsamt wird im regelmäßigen Austausch weiter geprüft, ob erweiterte Bezuschussungen insbesondere für die BFL Tätigkeit auch in diesem Jahr wieder möglich sind.

Kosteneinsparungen, Personalreduzierungen (Kurzarbeit) sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen nicht möglich.

Aus gegenwertiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass eine z.Z. absehbare negative Veränderung des Ergebnisses gegenüber der Planung zu keiner Bestandsgefährdung des Unternehmens führen wird.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Dr. Wend, Detlef
		Ernst, Johannes
		Krimmling-Schoeffler, Anja
		Rademacher, Grit
		Salz, Roland
		Schachtschneider, Andreas
		Thomann, Beate

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	17	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	278.013	93	288.228	91	286.288	93	-10.215	-4
Umlaufvermögen	21.767	7	27.223	9	20.284	7	-5.456	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	296	0	243	0	157	0	53	22
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0	0	20	0	0	0

Bilanzsumme	300.076	100	315.694	100	306.749	100	-15.618	-5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	28	83.583	26	83.583	27	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	161.773	54	172.751	55	170.293	55	-10.978	-6
Rückstellungen	7.413	2	9.514	3	11.208	4	-2.101	-22
Verbindlichkeiten	44.014	15	47.074	15	38.799	13	-3.060	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	3.293	1	2.772	1	2.866	1	521	19

Bilanzsumme	300.076	100	315.694	100	306.749	100	-15.618	-5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	51.585	58.789	59.667
andere aktivierte Eigenleistungen	181	296	285
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	15.927	11.697	9.342
Betriebskostenzuschüsse	26.455	22.677	21.974
Materialaufwand	23.572	25.812	28.820
Personalaufwand	37.390	37.533	36.312
Abschreibungen	9.741	9.079	8.496
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	20.502	18.193	16.033
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64	18	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	710	727	907
Ergebnis nach Steuern	2.297	2.133	714
sonstige Steuern	66	71	704
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.231	2.062	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2020: 8.828 T€; 2019: 6.907 T€; 2018: 5.692 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2020: 11.178 T€; 2019: 7.954 T€; 2018: 6.867 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,33	3,51	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,67	2,47	0,01	%
Cash-Flow:	11.972	11.141	8.506	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	127	125	124	T€
Personalaufwandsquote:	39,71	40,16	39,79	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,28	91,00	93,03	%
Eigenkapitalquote:	27,85	26,48	27,25	%
Fremdkapitalquote:	72,15	73,52	72,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Beförderte Personen	42.346	56.724	55.077	in 1.000
Fahrplan-km	8.546	8.788	8.886	in 1.000
Nutz-Wagen-km	9.872	10.293	10.428	in 1.000
Personen-km	250	332	328	in Mio.
Platz-km	1.064	1.096	1.110	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/ Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt. Die Gesellschaft wird derzeit durch den Vorstand und vier Prokuristen vertreten.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefördert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Alle Anstrengungen setzt die HAVAG an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung des Betriebskostenzuschusses an.

Seit September 2019 stellt die Weiterentwicklung der Strategie ‚HAVAG 2030‘ ein zentrales Handlungsfeld der HAVAG dar. Die wesentlichen Unternehmensziele werden durch 10 strategische Grundaussrichtungen getragen, so dass, die weiterführende Stärkung einer langfristigen Ertragskraft des Unternehmens, die Steigerung der Fahrgastzahlen sowie die weitere Erhöhung der Kundenzufriedenheit in den kommenden Jahren oberste Priorität haben. Des Weiteren verfolgt die HAVAG die Absicht, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 % zu gehören sowie bei der Spitzenkennzahl „Mobilitätskosten“ ein oberes Branchenniveau nachzuweisen.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildet der mit der Stadt Halle (Saale) und der SWH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß den vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark-Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Prüfung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die im Bereich Technik/Fahrzeuge eingeleiteten organisatorischen und arbeitsprozessualen Veränderungen – entwickelt mit dem TÜV Rheinland in den Jahren 2016 und 2017 – befinden sich in der sukzessiven Umsetzung. Ziel ist es, die Werkstattproduktivität weiter zu erhöhen und den Fahrzeugdurchlauf zu beschleunigen. Der TÜV Rheinland hat basierend zum vorangegangenen Projekt im Bereich Technik/Fahrzeuge im Jahr 2020 im Bereich Materialwirtschaft und Lagerlogistik die Handlungsthemen weiter herausgearbeitet. Als Projektziele wurden die Analyse der Prozesse und Verfahren in der Materialwirtschaft, die Identifikation von Schwachstellen sowie die Ableitung von Handlungsfeldern definiert. Eine Umsetzung der Optimierungspotentiale ist für das Jahr 2021 fokussiert.

Die HAVAG arbeitet an der Implementierung eines strukturierten Geschäftsprozessmanagements (GPM). Das GPM umfasst die Analyse und Überwachung sowie die Konstruktion und Anwendung von konzeptionellen Modellen der Geschäftsabläufe von Unternehmen. Die Umsetzung ist mit der Einführung einer entsprechenden Software verbunden. Im Rahmen dieses Projekts wurde in 2020 mit dem Prozess „kontinuierliche Verbesserung von Prozessen und Schnittstellen in der Angebotsplanung“ ein Pilotprojekt gestartet.

Die Laufzeit des Tarifvertrags TV-N LSA war bis zum 30. Juni 2020 vereinbart und wurde durch die Gewerkschaft ver.di fristgerecht gekündigt. Nach diversen Verhandlungsgesprächen wurde der bis zum 30. Juni 2020 geltende Tarifvertrag rückwirkend wieder zum 1. Juli 2020 in Kraft gesetzt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Über das gesamte Geschäftsjahr 2020 hinweg wurde das Handeln der HAVAG von der Corona-Pandemie geprägt. Die Corona-Pandemie verursachte einen signifikanten Rückgang der Nutzung des ÖPNV-Angebotes, einhergehend mit entsprechenden Umsatzeinbußen. Darauf hat die HAVAG sowohl mit geeigneten Kundenbetreuungsmaßnahmen, einer entsprechenden Anpassung des Fahrplanangebotes, als auch mit Schritten zur Liquiditätssicherung reagiert. Zugleich wurden mit sehr hoher Priorität alle notwendigen Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos für die Mitarbeitenden und Fahrgäste der HAVAG umgesetzt. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche maßgeblich im Rückgang der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich sind, konnten durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) sowie durch Zahlungen für den Ausgleich von Aufwendungen für Infektionsschutzmaßnahmen kompensiert werden. Wesentliche Grundlage für diese Hilfgelder spielte die vom Land Sachsen-Anhalt erlassene ‚Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 in Sachsen-Anhalt‘. Die HAVAG hat fristgemäß am 30. September 2020 den Antrag auf Gewährung von Billigkeitsleistungen beim Aufgabenträger Stadt Halle (Saale) eingereicht. Im Oktober und November erfolgte der Antrag auf Ausgleichsleistungen für Mehraufwendungen aufgrund von Desinfektionsmaßnahmen. Alle beantragten Mittel wurden der HAVAG vollumfänglich Ende des Jahres 2020 ausgezahlt.

Die HAVAG hat im Jahr 2020 die finanziellen und organisatorischen Grundlagen für die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnen geschaffen. Dabei wurde die HAVAG von zwei externen Beratungsfirmen unterstützt, welche die technische und die vergaberechtliche Begleitung der Ausschreibungsvorbereitung zur Aufgabe hatten. Die HAVAG erhielt am 17. Dezember 2020 einen Zuwendungsbescheid des Landes Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Zuwendungen nach den §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) zur Beschaffung von 56 Straßenbahn-Niederflurgelenktriebwagen für den öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen-Anhalt. Mit Unterstützung dieser Landesförderung und unter Berücksichtigung der Finanzierungsmöglichkeiten der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH konnte es gelingen, die notwendige Straßenbahnersatzbeschaffung verbindlich einzuleiten. Die EU-Bekanntmachung zur Fahrzeugausschreibung erfolgte Anfang März 2021.

Im Jahr 2020 hat die HAVAG zum vierten Mal in Folge an einer bundesweit einheitlichen Kundenzufriedenheitsbefragung im ‚ÖPNV Kundenbarometer‘ teilgenommen. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG gegenüber dem ÖPNV-Branchendurchschnitt von 2,82 eine bessere Globalzufriedenheit mit 2,59 aufweist. Gegenüber dem Jahr 2019 (2,65) verzeichnet die HAVAG damit eine weitere Verbesserung der Zufriedenheit um 0,06. In allen wesentlichen ÖPNV-Qualitätsmerkmalen (Informiertheit, Schnelligkeit, Liniennetz, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit) wird die HAVAG durch ihre Fahrgäste sehr gut bis gut bewertet.

Die Kundenhotline der HAVAG wurde vom Institut für Management und Wirtschaftsförderung, als eine der besten Deutschlands ausgezeichnet. Im Ergebnis erreichte die HAVAG einen Platz unter die ersten zehn der bewerteten Hotlines im Regional- und Nahverkehr.

Im Sommer 2020 wurde ein weiterer Teil des Gleisnetzes der HAVAG modernisiert. Auf dem 400 m langen Streckenabschnitt zwischen dem Marktplatz und dem Franckeplatz (Schmeerstraße) wurden die Gleise erneuert. Letztmalig fanden in diesem Streckenabschnitt im Jahr 2003 umfassende Arbeiten statt.

Im Jahr 2020 erfolgten die vorbereiteten Maßnahmen für die Umstellung des gesamten Stromeinkaufs der HAVAG auf Ökostrom. Der grüne Strom, den die HAVAG als Großkundin von der EVH bezieht, verfügt über das OK-Power Label. Dieses Label garantiert, dass der Strom zu 100,0 % aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Ab dem 1. Januar 2021 bezieht die HAVAG zu 100% Ökostrom.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) fördert das Stadtbahnprogramm Halle (Saale) anteilig aus dem GVFG-Bundesprogramm durch Gewährung von Finanzhilfen an das Land Sachsen-Anhalt (§ 6 Abs. 1 GVFG). Grundsätzlich agiert das Land Sachsen-Anhalt (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr- MLV) als Zuwendungsgeber gegenüber der HAVAG. Der Bundesrechnungshof hat in 2018 Bewertungen dazu angestellt, ob bzw. inwieweit das BMVI die GVFG-Mittel für das Stadtbahnprogramm Halle (Saale) ordnungsgemäß bewirksam gemacht hat. Mit einem Schreiben vom Juni 2020 hat der Bundesrechnungshof dem MLV eine Unterrichtung über die abschließende Mitteilung an das BMVI zu der Prüfung über die Gewährung von Bundesfinanzhilfen gemäß GVFG für das Vorhaben Stadtbahnprogramm Halle übersandt. Aktuell befindet sich die HAVAG in der Prüfung und Bewertung der darin verwiesenen Positionen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der ÖPNV bietet die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Die HAVAG ist bestrebt, stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen zu suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus werden die Themen Umsetzung von serviceverbessernden Kundenmaßnahmen sowie Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft noch stärker beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Die Corona-Pandemie hatte im Jahr 2020 maßgeblich Einfluss auf die Nachfrage von Verkehrsleistungen im Bus- und Bahnbereich. Die gesamte Branche ist von starken Rückgängen bei den Fahrgastzahlen geprägt. Die steigenden Tendenzen der letzten Jahre konnten dementsprechend nicht fortgesetzt werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Seit dem 13. Dezember 2018 besteht mit der SWH ein Beherrschungsvertrag. Er wurde am 20. Dezember 2018 in das Handelsregister eingetragen. Seit dem 1. Januar 2019 ist die HAVAG Teil des umsatzsteuerlichen Organkreises der SWH.

Im Dezember 2018 leitete die Stadt Halle (Saale) ein Direktvergabeverfahren für die Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Straßenbahnen und Bussen im Stadtgebiet von Halle (Saale) für die nächsten 22,5 Jahre ein. In den Jahren 2019 und 2020 wurde durch die Stadt Halle (Saale), die SWH und die HAVAG ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) unter Einbeziehung eines externen Beratungsunternehmens erarbeitet. Die Zustimmung zum öDA in Form von Gremienbeschlüssen seitens des Stadtrates, des Aufsichtsrates der HAVAG und des Aufsichtsrates der SWH erfolgten alle im Jahr 2020. Ergänzend wurde im Jahr 2020 eine Gesellschafterweisung erlassen. Demzufolge tritt der öDA zum 1. Januar 2021 in Kraft und wird den Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag ablösen.

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Die Regionalisierungsmittel werden auf der Basis des ÖPNV-Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs anteilig der Stadt Halle (Saale) zugeschrieben und dann wiederum anteilig an die HAVAG ausgereicht.

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, unter anderem die Grunderneuerung von bestehenden ÖPNV-Anlagen. Im Rahmen der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes wird der Fördermittelrahmen ab dem Jahr 2020 kontinuierlich erhöht und der Fördermittelzugang für Schieneninfrastrukturprojekte vereinfacht. Mit der dritten Änderung des GVFG wurden entscheidende Weichen für die Stärkung des ÖPNV im Sinne von Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lebensqualität in Städten und Gemeinden gestellt. Der Bundesrat hat am 14. Februar 2020 im zweiten Durchgang den Gesetzesentwurf der Bundesregierung und die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss final beschlossen. Die Neufassung des GVFG trat rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Die von Bund und Ländern verfügbaren Eindämmungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, insbesondere Schließungen öffentlicher Einrichtungen, starke Kontaktbeschränkungen sowie umfangreiche Homeoffice-Vorgaben, haben zu einer massiven Reduzierung der Verkehrsnachfrage geführt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Jahr 2020 wurde ab Mitte März vorrangig durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Die beiden Lockdowns im Frühjahr und im Herbst/Winter führten zu einer starken Verringerung der Nutzung der Straßenbahn- und Busverkehrsleistungen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind insbesondere im Rückgang der Fahrgastzahlen und der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich. Allerdings konnten die negativen Auswirkungen auf das Jahresergebnis im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“ sowie Erstattung von Mehraufwendungen für Infektionsschutzmaßnahmen) kompensiert werden.

Positiv auf das Jahresergebnis und damit wesentlicher Erfolgsfaktor für das Jahr 2020 ist die Schadensersatzleistung für den Verkehrsunfall ‚Am Wasserturm‘ aus dem Jahre 2011. Des Weiteren unterschreitet der durchschnittliche Personalbestand den in der Planung prognostizierten Personalbestand, welches sich ebenfalls positiv auf das Ergebnis der HAVAG im Jahr 2020 auswirkt. Schlussendlich konnten coronabedingt nicht alle Planvorhaben (z.B. im Kundenservice und Marketingbereich) umgesetzt werden.

Das Verkehrsangebot des Jahres 2020 erstreckte sich auf 14 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 322,5 Kilometern.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung der personenbeförderten Kilometer im Straßenbahnbereich um -140,4 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um -2,7 % verringert. Diese Entwicklung auf 5.139,9 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit veränderten Linienführungen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes sowie veränderten Bedienungen im Zuge der Corona-Pandemie zu begründen.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich weist die Gesellschaft eine Verringerung in Höhe von -2,5 % gegenüber dem Jahr 2019 und somit um -86,6 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf geänderte Bedienkonzepte nach der Beendigung verschiedener Baumaßnahmen, auf Veränderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie auf veränderte Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist.

Die zum 1. August 2019 eingeführte zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung der ‚SchoolCard‘ führte zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft, die jedoch aufgrund der Corona-Pandemie Entwicklung insbesondere auch im 2. Halbjahr 2020 negativ beeinflusst wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2020 im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potenziellen Arbeitgebern im Bedienegebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Arbeitnehmern nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll. Zum Jahresende 2020 konnte die HAVAG 2.181 Jobticketverträge vorweisen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 99 Verträge.

Im November 2019 wurde ein Check-In/Check-Out-System ‚FAIRTIQ‘ als Handyticket mit Tagesbestpreisabrechnung eingeführt. Durch die Einfachheit, die bargeldlose Abrechnung sowie die Bestpreisgarantie bietet es klare Vorteile für Gelegenheitskunden und senkt Zutrittsbarrieren. Die mit der Einführung der App verbundene Attraktivierung des Vertriebes für Gelegenheitskunden zeigt sich in der steigenden Nutzung der App und konnte erfolgreich durch die Corona-Pandemie als kontaktlose Möglichkeit des Erwerbs von Fahrkarten beworben werden.

Im Juli 2020 wurde die neue MDV-Fahrplanauskunfts- und Ticket-App ‚moovme‘ als Nachfolge-App für ‚Easy Go‘ eingeführt. Gegenüber der bisherigen App wurden neue Bezahlungsmöglichkeiten und komfortablere Features integriert.

Die Absenkung der Mehrwertsteuer wurde durch die Verschiebung der MDV-Tarifanpassung vom 1. August 2020 auf den 1. Januar 2021 an die Kunden durchschnittlich weitergereicht.

Das gesamte Verkehrsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2020 insgesamt 42,3 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies ein Verlust um 14,4 Mio. Beförderungsfälle dar. Das gestellte Planziel von 56,7 Mio. Fahrgästen konnte nicht erreicht werden, was im Wesentlichen auf das stark veränderte Fahrgastverhalten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen ist.

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte damit der positive Trend der vergangenen Jahre nicht fortgesetzt werden. Gleichfalls waren im Jahr 2020 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Im Segment des Bartarifs wurde ein Rückgang um 35,6 % der Beförderungsfälle verzeichnet. Dagegen sind in der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ die Zuwächse durch die Umstellung der Produkte erkennbar. Die Steigerung der Beförderungsfälle beim ‚Semestervollticket‘ ist auf die Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr sowie die Erweiterung des ‚Semestervolltickets‘ auf die Hochschule Merseburg zurückzuführen.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2020 einen Wert von 0,98 EUR je Fahrgast und weist somit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert um 0,16 EUR je Fahrgast aus. Diese Steigerung resultiert maßgeblich aus den veränderten Nutzungshäufigkeiten im Schüler-, Studenten- und Ausbildungsverkehr in Folge der Corona-Pandemie.

3.5. Forschung und Entwicklung

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit aus vergangenen Jahren folgte in 2020 die Umsetzung des Projektes ‚Barrierefreies Informations- und Orientierungssystem (BIOS)‘. Innerhalb des Projektes wurden drei Straßenbahnen, sowie zwei Omnibusse mit der notwendigen Technik ausgerüstet. Mit der Entwicklung dieser Orientierungstechnik für Blinde und sehbehinderte Menschen wurde ein System geschaffen, welches eine Anwendungsmöglichkeit anbietet, die von den Blindenverbänden für eine barrierefreie Nutzung der ÖPNV-Linienfahrzeuge der HAVAG gewünscht wurden. Der Blinden- und Sehbehindertenverband attestierte der HAVAG eine hohe Funktionalität, welche sich an den Anforderungen der Blinden und Sehschwachen orientiert. Das System wurde auf verschiedenen Konferenzen vorgestellt und fand bundesweites Interesse. Das Land Sachsen-Anhalt hat ein Interesse für eine landesweite Umsetzung, einschließlich möglicher Landeszuwendungen angezeigt. Die Serienausrüstung aller Fahrzeuge wird in den Jahren 2021-2023 erfolgen.

Die HAVAG hat gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) an einem Entwicklungsprojekt zur Einführung von elektrisch angetriebenen Bussen (E-Bus) des Landes Sachsen-Anhalt und der Nahverkehrsgesellschaft GmbH (NASA) teilgenommen. Im August 2019 wurde ein Abschlussbericht zu den Untersuchungsergebnissen vorgelegt. In der Studie wurde nachgewiesen, dass die Einführung und Umsetzung des Elektrobusbetriebs auf der Linie 21 der HAVAG, unter Berücksichtigung betrieblicher Anpassungen, technisch möglich ist. Als Konsequenz dieser Untersuchung haben die Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger, die SWH als Gesellschafter und die HAVAG gemeinsam entschieden, einen Antrag zur Förderung beim Land Sachsen-Anhalt zur Richtlinie ‚Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)‘ für die Einführung eines Elektrobussystems in Halle zu stellen. Den entsprechenden Zuwendungsbescheid des Landes Sachsen-Anhalt erhielt die Stadt Halle (Saale) am 19. Dezember 2019. Die HAVAG erhielt im August 2020 einen Zuwendungsbescheid seitens der Stadt Halle (Saale) für eine Anteilsfinanzierung der Projektsteuerungskosten. Des Weiteren erfolgte im Jahr 2020 eine Auszahlung erster Fördermittel sowie die Ausschreibung und ordnungsgemäße Vergabe der Projektsteuerungsleistung. Das Lastenheft für die Beschaffung der E-Busse sowie der Infrastruktur wurde bis Anfang 2021 erarbeitet, sodass Anfang Februar 2021 die europaweite Ausschreibung beginnen konnte. Der Zugang der Fahrzeuge ist für das Jahr 2022 geplant.

Im Rahmen des sogenannten Green-City-Planes (Masterplan „Saubere Luft“ Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“) hat die HAVAG im Dezember 2019 eine Bewilligung des Förderantrags im Bereich der „ÖPNV-Informationen“ vom BMVI erhalten. Die Maßnahme umfasst:

- Fahrgastinformation an Haltestellen, Ausrüstung von Haltestellen mit weiteren Fahrgastinformationsmonitoren
- Fahrgastinformation in Fahrzeugen, Ausrüstung von Straßenbahnen und Busse mit Fahrgastinformationsmonitoren
- Fahrgastinformation rund um die Uhr, Einrichtung einer Fahrgastinformationshotline über Social-Media-Kanäle
- Ausrüstung aller Busse sowie MGTK-Fahrzeuge mit Routern (WLAN-Router zur Datenversorgung der TFT-Bildschirme).

Die einzelnen Maßnahmen befinden sich sukzessive in der Umsetzung.

Mit dem zweiten Förderantrag zum Green-City-Plan wurde die Einführung eines „Elektronischen Ticketings“ beantragt. Dieser wurde im März 2020 vom BMVI bewilligt. Hierbei soll eine zukunftsfähige Lösung entwickelt werden, die eine Ablösung der Papierfahrtscheine und die Einführung des bargeldlosen Zahlens ermöglichen kann. Perspektivisch soll eine Chipkarte zum Fahrausweisverkauf genutzt werden. Dieses Projekt soll in den Jahren 2021 bis 2023 umgesetzt werden. Mit der Zusage des Erhalts von Fördermitteln wurde im Jahr 2020 das Projekt „Erweiterung des elektronischen Ticketings auf Gelegenheitskunden“ durch Ausgabe des gesamten Fahrausweissortiments des MDV auf Chipkarte stufenweise begonnen. In 2020 erfolgte eine Direktvergabe an den bisherigen Systempartner der Software sowie entsprechende e Beauftragungen. Ziel ist die Umstellung auf weitestgehend bargeldlosen und papierlosen Ticketvertrieb im Jahr 2023.

Unter der Federführung der SWH und im Hinblick auf das Strukturstärkungsgesetz wurde ein Lastenheft für einen Testbetrieb einer autonom fahrenden Tram erstellt. Es wird geprüft, ob als Testfeld der Überlandbereich der Straßenbahnlinie 5 geeignet ist. Im Gegensatz zu anderen Testfeldern, könnte bei der HAVAG der Fahrer weiterhin die Führung und Steuerung der Tram innehaben. Die Straßenbahn dient als Geräteträger, kommuniziert mit der Infrastruktur und erfasst mittels Sensorik das Umfeld. Die Auswertung der Daten könnte Erkenntnisse über Zuverlässigkeit, Genauigkeit und Verfügbarkeit von Systemen ergeben, die ein autonomes Fahren von Linienfahrzeugen ermöglichen sollen. Im Februar 2020 fand ein Termin mit der Industrie statt, in welchen eine Teilnahme und Unterstützung zugesichert wurde. Im März wurde das Lastenheft intern sowie der NASA vorgestellt. Das Projekt fand keine Berücksichtigung bei der Auswahl der „Starterprojekte“ im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes.

Im Jahr 2020 wurde die HAVAG von der NASA angefragt, inwieweit ein Bus mit einer alternativen Antriebsart auf Wasserstoffbasis für mindestens vier Monate bei der HAVAG im Linienverkehr testweise eingesetzt werden kann. Das Land Sachsen-Anhalt verfolgt das Ziel aus dem praxisnahen Betrieb Erkenntnisse für die zukünftige Wasserstoff-Landesstrategie zu gewinnen. Sämtliche entstehenden Testkosten werden durch das Land übernommen. Im Laufe des Jahres entstand in Kooperation mit der NASA ein umfassendes Konzept zur Realisierung, bzw. Umsetzung des Testbetriebes. Aufgrund der mangelnden Marktverfügbarkeit von Wasserstoffbussen sowie mobilen Tankstellen soll auf Wunsch der NASA die Umsetzung erst in 2021 erfolgen.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 sind in der HAVAG 738 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 46 Auszubildende beschäftigt. Dies stellt einen Rückgang bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber dem Vorjahr um 7 Personen dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist ebenfalls ein Rückgang von 719,0 zum Vorjahresstichtag auf 710,6 zum Stichtag zu verzeichnen. Der angestrebte Planwert von 727,0 Vollzeitbeschäftigten wurde dabei um 16,4 Vollzeitbeschäftigteneinheiten unterschritten. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens, insbesondere durch sozialverträgliche Altersteilzeitmodelle, wurden 15 weitere Altersteilzeitverträge im Jahr 2020 abgeschlossen.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes lag das Durchschnittsalter im Jahr 2020 unverändert bei 47 Jahren, ähnlich verhält es sich bei der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit, welche weiterhin bei 21 Jahren liegt.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten infolge von Krankheit ist mit 9,5 %, im Vergleich zu 8,9 % im Vorjahr, leicht gestiegen. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Die HAVAG stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung. Eine Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

11 Auszubildende beendeten im Jahr 2020 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sechs Auszubildende in ein befristetes und vier Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Des Weiteren unterstützt die HAVAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend und im Unternehmensinteresse qualifizieren wollen sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu besuchen. Aufgrund der Ausbreitung der Corona-Pandemie war die Personalentwicklung der SWH dieses Jahr gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden.

Pandemiebedingt musste auch der geplante Start des individualisierten Führungskräfteentwicklungs-Programms für Führungskräfte der HAVAG ins Folgejahr verschoben werden. Im Mittelpunkt werden hier die Handlungsfelder Führungsrolle, Gesprächsführung/Kommunikation sowie Change Management stehen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollte ein Frauenanteil von ca. 22 % bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 %. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag für die 1. Führungsebene liegt im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibend bei 44 %. Für die 2. Führungsebene ergab sich eine Steigerung von 31 % im Vorjahr auf 33 % im Betrachtungsjahr. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2020 bei 33 %, eine Zielsetzung ist nicht festgelegt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein ereignisreiches Jahr 2020 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 2.231 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der SWH-Gruppe leisten.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	51.585,3	58.789,1	-7.203,8	-12,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	181,1	295,8	-114,7	-38,8
Übrige betriebliche Erträge	28.630,1	24.316,8	4.313,3	17,7
Materialaufwand	23.571,8	25.811,5	-2.239,7	-8,7
Personalaufwand	37.390,2	37.533,1	-142,9	-0,4
Übrige betriebliche Aufwendungen	20.501,5	18.193,2	2.308,3	12,7
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	-0,1	0,1	-100
EBITDA	-1.067,0	1.864,0	-2.931,0	<-100
Abschreibungen	22.444,1	21.698,3	745,8	3,4
EBIT	-23.511,2	-19.834,3	-3.676,9	-18,5
Zinsergebnis	-646,6	-709,5	62,9	8,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-24.157,8	-20.543,8	-3.614,0	-17,6
Betriebskostenzuschüsse	26.454,9	22.676,6	3.778,3	16,7
sonstige Steuern	65,8	71,1	-5,3	-7,5
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	2.231,3	2.061,7	169,6	8,2
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2020 Umsatzerlöse von T€ 51.585 erwirtschaftet, dies entspricht einem Rückgang von T€ 7.204 gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen resultiert dieser Rückgang aus der Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen in Höhe von T€ 4.148 aufgrund der Corona-Pandemie sowie aus der Reduzierung der Erlöse aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 3.234.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich um T€ 4.313 gegenüber dem Jahr 2019. Hauptsächlich sind dafür die um T€ 3.547 gestiegenen Erträge aus laufenden und periodenfremden Schadenersatzleistungen sowie die um T€ 1.920 gegenüber dem Vorjahr reduzierten Erstattungen von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen. In den Schadenersatzleistungen sind die Billigkeitsleistungen der Phase 1 (März bis August 2020) zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr enthalten. Der Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 26.455 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 3.778 gestiegen. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Billigkeitsleistung der Phase 2 (September bis Dezember 2020) zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr, den Ausgleich von Aufwendungen für Infektionsschutzmaßnahmen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie das Stadtbahnprogramm zurückzuführen.

Für den Materialaufwand von T€ 23.572 ist ein Rückgang von T€ 2.240 gegenüber dem Jahr 2019 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 3.234 dar. Dem entgegen steht eine Überschreitung in den Positionen sonstige bezogene Leistung in Höhe von T€ 890 und Instandhaltung in Höhe von T€ 323. In der Position sonstige bezogene Leistung ist zu beachten, dass seit dem Jahr 2020 die Leasingaufwendungen für Busse in dieser Position mit abgebildet werden (TEUR 448).

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung der veränderten Anzahl der Personale ergibt sich für das abgeschlossene Jahr 2020 ein Personalaufwand von T€ 37.390. Gegenüber dem Jahr 2019 wird somit eine Reduzierung von T€ 143 ausgewiesen.

Die wesentliche Erhöhung der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 2.308 ist maßgeblich durch die Steigerungen der Aufwendungen für Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen von T€ 3.224 zu erklären. Dem entgegen steht eine Reduzierung der sonstigen Lieferungen und Leistungen um T€ 851. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich das EBITDA um T€ 2.931.

Die Abschreibungen von T€ 22.444 im Jahr 2020 haben sich im Wesentlichen aufgrund der Investitionen in das Sachanlagevermögen um T€ 746 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Das Zinsergebnis weist gegenüber dem Jahr 2019 eine Verbesserung in Höhe von T€ 63 aus. Die sonstigen Steuern weisen ebenfalls eine positive Tendenz von T€ 5 aus.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2020 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind insbesondere im Rückgang der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich. Allerdings konnten die negativen Auswirkungen auf das Jahresergebnis im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) kompensiert werden. Die außerplanmäßige Schadenersatzleistung für den Verkehrsunfall ‚Am Wasserturm‘ aus dem Jahre 2011 und die Unterschreitung der geplanten durchschnittlichen VbE wirkten sich positiv auf das Jahresergebnis 2020 aus.

Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2020 erstellt wurde, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens nachgewiesen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 74,7 % und kann somit den erreichten Vorjahreswert beibehalten.

Im Geschäftsjahr 2020 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 10.977 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes und des Landes abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 9.282 Fördermitteln des Landes und des Bundes sind zuzüglich eines neu aufgenommenen Kredits von T€ 1.700 sowie der Eigenmittel investive Leistungen in Höhe von T€ 19.795 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2019 ergab die endgültige Abrechnung einen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2020 in Höhe von T€ 1.700, welcher eine Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens zur Folge hatte. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2020 für den Finanzierungsbedarf aus 2019 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 17.106 und verringerten sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 1.545.

Nettoschulden	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	17.106	18.651	-1.545	-8,3
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	9.651	12.314	-2.663	-21,6
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	7.455	6.337	1.118	17,6
Liquide Mittel	-12.245	-12.611	366	-2,9
Kasse	1.637	2.854	-1.217	-42,6
Cash Pool	-13.882	-15.465	1.584	10,2
Nettoschulden	29.351	31.262	-1.912	-6,1
EBITDA	-1.067	1.864	-2.931	>100,0
Nettoschulden/EBITDA	-27,5	16,8	-44,3	>100,0

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 27,9 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 81,8 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 18.651 auf T€ 17.106 bei gleichzeitiger Erhöhung der liquiden Mittel um T€ 366 berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 29.351. Im Jahresverlauf stellt dies eine Reduzierung um T€ 1.912 dar. Aufgrund des negativen EBITDA ergibt sich ein negativer dynamischer Verschuldungsgrad von 27,5 Jahren für das Jahr 2020, welcher einer Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 44,3 Jahre entspricht.

4.2.2. Investitionen

Mit Fortführung des Stadtbahnprogramms wurden weiterhin hauptsächlich Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Dabei standen in 2020 die Beendigung der Vorhaben Merseburger Straße (nördlicher Teil), Große Steinstraße sowie Gimritzer Damm im Mittelpunkt des Geschehens. Darüber hinaus wurden weitere Leistungen zur Planung und Vorbereitung von Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms der Stufe 2 sowie der Stufe 3 im Geschäftsjahr realisiert.

Ergänzt wurden die genannten Komplexbaumaßnahmen durch weitere Leistungen (Restleistungen) in den Abschnitten Fluthilfe 207A und 207B Gimritzer Damm.

Neben dem grundhaften Ausbau der Gleisanlagen erfolgten weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie die Neuherstellung der Gleisanlage Schmeerstraße/Rannische Straße, die Erneuerung von Fahrleitungs-, Bahnstrom- und Kommunikationsanlagen sowie die Nachrüstung/Ersatz von E-Anlagen in Bahnstromunterwerken und die Erneuerung der Betriebshofsteuerung im Betriebshof Rosengarten (Restleistungen).

Außerdem wurde in den Ersatz von Spezialfahrzeugen für die Bereiche Stromversorgung und Gleisbau, in die ersten Projektleistungen zur Beschaffung der drei E-Busse sowie in die ersten Beratungsleistungen für die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnen investiert. Zudem wurden 42 MGTK-Fahrzeuge mit Fahrgastmonitoren ausgestattet. Des Weiteren erfolgten Restzahlungen für Leistungen zur Erneuerung des TETRA-Funksystems sowie in den Ersatz von zwei stationären Radsatz-Überfahrmesseinrichtungen. In Umsetzung des Sicherheitskonzeptes wurden in den Betriebshöfen Drehkreuze zur Einlasskontrolle installiert und Faltore erneuert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse, die Auszahlungen im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirmes sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2020	2019
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-11.028	-12.023
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-21.410	-33.233
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	32.804	43.623
Zahlungswirksame Veränderungen	366	-1.633
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	-12.611	-10.978
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	-12.245	-12.611

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Liquidität haben die zum Ende des Jahres erhaltenen Fördermittel von T€ 8.545 (Vorjahr T€ 8.243).

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 300.076 aus. Dieser Wert sinkt gegenüber dem Vorjahr um T€ 15.618 und wird wesentlich durch eine Verringerung des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2020	2019	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	92,6	91,3	1,4
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	7,4	8,7	-14,9

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine verminderte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2020	2019	Veränderung	
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	278.013	288.228	-10.215	-3,5
Wirtschaftliches Eigenkapital	245.356	256.334	-10.978	-4,3
Deckungsgrad	88,3 %	88,9 %		-0,7

Eine Verringerung der Rückstellungen auf T€ 7.413 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für den Rückgang der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 2.231 schließt die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2020, trotz der widrigen Bedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, mit hoher Zufriedenheit ab. Insbesondere die Unterschreitung der geplanten Personalaufwendungen und die außerplanmäßige Schadenersatzleistung für den Verkehrsunfall ‚Am Wasserturm‘ aus dem Jahr 2011 beeinflussten das Jahresergebnis maßgeblich. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Entwicklung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2015 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte im Jahr 2020 nicht fortgesetzt werden. Durch die Corona-Pandemie ist ein signifikanter Rückgang der Fahrgäste zu verzeichnen.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2020 vereinbarten Sollkosten, die denen eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2020 bei der HAVAG insgesamt elf Risiken ermittelt (Vorjahr elf). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Für das Jahr 2021 besteht ein Risiko der Gruppe 2 für Fahrgeldeinnahmeverluste im Zusammen mit der Corona-Pandemie.

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung der entsprechenden Konzernrichtlinie in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht.

Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der Einzelmaßnahmen aus dem Strategieentwicklungsprozess und dem Effizienzsteigerungsprogramm soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit einem großen Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2021 bis 2025 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Die Corona-Pandemie wird das Handeln der HAVAG weiterhin maßgeblich prägen. Oberstes Ziel ist es, die Fahrgastverluste für die Folgejahre auf ein Minimum zu begrenzen und möglichst bald an den Erfolgen der Fahrgastgewinnung bis 2019 anknüpfen zu können. Das für die 2021 unterstellte Fahrgastniveau in Höhe von ca. 54,9 Mio. Beförderungsfällen wird die HAVAG voraussichtlich nicht erreichen. In der Wirtschaftsplanung ist ein Wachstum auf 58,8 Mio. Beförderungsfälle unterstellt. Die Erreichung dieser Zielstellung stellt für die HAVAG eine große Herausforderung dar.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Die Wirtschaftsplanung der HAVAG berücksichtigt bereits weitere Fahrgeldverluste aus der Corona-Pandemie bis in das Jahr 2023 hinein.

Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG mit Hilfe der geplanten Umsetzung der eTicket-Ziele, einem verbesserten Online-Ticket, dem Ausbau der Mobilitäts-App ‚FAIRTIQ‘ sowie der zunehmenden Digitalisierung von Kundenbetreuungsprozessen. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandssteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau der notwendigen Ausgleichsleistung für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 16. Oktober 2020 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2021 sieht eine Ausgleichsleistung im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages in Höhe von T€ 28.068 vor. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2021 Investitionen von T€ 86.011 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Den Hauptanteil sollten daran die Straßenbahnersatzbeschaffung von 56 Fahrzeugen, die Einführung von Elektrobussen sowie die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe tragen. Gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan stehen dabei erste Leistungen für die Merseburger Straße Mitte sowie der Ausbau/Umgestaltung Dessauer Straße/Frohe Zukunft im Fokus des Geschäftsjahres.

Da in Bezug auf die Straßenbahnersatzbeschaffung die EU-Bekanntmachung zur Ausschreibung Anfang März 2021 erfolgte und eine derartige Ausschreibung üblicherweise mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen wird, kann die Zuschlagserteilung und eine entsprechende Anzahlung an einen Fahrzeughersteller allerdings nun voraussichtlich erst im April 2022 geleistet werden. Demnach geht die HAVAG von einer Verschiebung der Anzahlung aus 2021 nach 2022 aus, sodass sich das Investitionsvolumen in 2021 gegenüber unseren Planungen voraussichtlich um 51.246 T€ verringern wird.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren stehen die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnfahrzeugen und deren finanzielle Auswirkungen im Mittelpunkt des Handelns für die folgenden Jahre. Diese Nachhaltigkeitsinvestition wird durch Fördermittel des Landes, der Stadt Halle (Saale) sowie über die Inanspruchnahme eines Gesellschafterdarlehens abgesichert.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner/-innen und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern. Die HAVAG strebt an, die geplante Ausgleichsleistung für das Jahr 2021 in Höhe von T€ 28.068, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, einzuhalten. Darüber hinaus geht die Gesellschaft davon aus, aus dem Rand- und Nebengeschäft ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 87 zu erwirtschaften, welches über den Gewinnabführungsvertrag mit der SWH an den Gesellschafter abzuführen ist. Demzufolge ergibt sich für die HAVAG am Ende des Jahres 2021 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis nach Gewinnabführung/Verlustübernahme.

Trotz der anhaltenden und nachwirkenden Folgen aufgrund der Corona-Pandemie wird die HAVAG die Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) qualitätsgerecht und zuverlässig sicherstellen. Die HAVAG kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausschließen, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben soll. Dies auch mit der Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) auszubauen und demnach zu stärken.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 76

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12,90	16,96
Stadt Halle (Saale)	11,70	15,38
Hallesche Verkehrs-AG	9,15	12,03
DB Regio Aktiengesellschaft	8,05	10,59
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	4,95	6,51
Burgenlandkreis	3,50	4,60
Landkreis Leipzig	2,60	3,42
Landkreis Nordsachsen	2,60	3,42
Landkreis Saalekreis	2,60	3,42
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	2,60	3,42
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2,20	2,89
Regionalbus Leipzig GmbH	2,20	2,89
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,15	1,51
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1,10	1,45
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Leupold GmbH & Co. KG und Geißler-Reisen GbR	1,10	1,45
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,10	1,45
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,10	1,45
Freistaat Thüringen	0,75	0,99
Landkreis Altenburger Land	0,75	0,99
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	0,75	0,99
Erfurter Bahn GmbH	0,30	0,39
Transdev GmbH	0,30	0,39

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	(bis 31.07.2020)
Vorsitzender	Dienberg, Thomas	(seit 01.08.2020, seit 10.12.2020 Vorsitzender)
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Böhm, Thomas	
	Bonert, Tatjana	
	Brachmann, Sandy	
	Bretzger, Frank-Peter	
	Däumler, Lutz	
	Dr. Mietzsch, Oliver	
	Dr. Weinhold, Wolfgang	
	Emanuel, Kai	
	Hellwig, Annett	
	Juhrs, Ronald	
	Klemens, Holger	
	Krimmling-Schoeffler, Anja	
	Kultscher, Andreas	
	Lüpfert, Ines	
	Middelberg, Ulf	
	Panitz, Peter	
	Parrino, Carmen Maria	(seit 01.01.2020 bis 30.04.2020)
	Rebenstorf, René	
	Riekewald, Franziska	
	Riese, Lothar	(bis 31.12.2020)
	Schachtschneider, Andreas	
	Schafferath, Rolf	(seit 01.05.2020 bis 31.12.2020)
	Seidel, Sigrun	
	Völker, Andreas	

Aufsichtsrat:

N. N.

(Der Vertreter des
Freistaat Thüringen ist
noch nicht benannt.)

beratendes Mitglied

Bause, Mario

(bis 30.04.2020)

beratendes Mitglied

Gerstenberg, Stephan

(seit 01.05.2020)

beratendes Mitglied

Prof. Kummer, Klaus

(bis 31.12.2020)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	3	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	808	29	885	30	682	28	-77	-9
Umlaufvermögen	1.926	70	2.038	69	1.703	71	-112	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	16	1	15	1	31	1	1	7

Bilanzsumme	2.750	100	2.938	100	2.416	100	-188	-6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandvermögen	2.664		3.024		4.633		-360	-12
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	------	-----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	477	17	477	16	461	19	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	494	18	574	20	467	19	-80	-14
Rückstellungen	142	5	152	5	126	5	-10	-7
Verbindlichkeiten	1.536	56	1.599	54	1.239	52	-63	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	101	4	136	5	123	5	-35	-26

Bilanzsumme	2.750	100	2.938	100	2.416	100	-188	-6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	2.664		3.024		4.633		-360	-12
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	------	-----

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.126	971	967
Zuschüsse Gesellschafter	2.973	2.575	2.554
sonstige betriebliche Erträge	1.212	2.016	1.150
Materialaufwand	1.883	2.474	1.694
Personalaufwand	2.539	2.445	2.376
Abschreibungen	264	218	207
sonstige betriebliche Aufwendungen	620	413	390
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	5	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	17	4
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	264	218	207	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	126	132	114	T€
Personalaufwandsquote:	47,81	43,96	50,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,89	3,56	3,45	%
Eigenkapitalquote:	17,36	16,25	19,10	%
Fremdkapitalquote:	82,64	83,75	80,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Tarifzonenfahrgäste	- ¹⁾	253,08	255,47	Mio.

¹⁾ auf Grund der Corona-Pandemie kann für den Bereich „Tarifzonenfahrgäste“ keine Angabe gemacht werden

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2020

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2020 stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Trotz des erweiterten Verbundgebietes lagen die Einnahmen EUR 24,5 Mio. (9,8 %) unter dem Vorjahr und **EUR 35,2 Mio.** (14,1 %) **unter** den mit Tarifierung und Verbunderweiterung **geplanten Einnahmen**. Mit EUR 21,0 Mio. bzw. - 16,8 % hat die Tarifzone Leipzig die höchste Mindereinnahme zu verzeichnen. In den regionalen Tarifzonen liegen die Mindereinnahmen bei EUR 8,3 Mio. (- 9,7 %), in Halle bei EUR 5,9 Mio. (- 11,8 %).

Die stärksten **Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum** waren im Tarif für die Gelegenheitsnutzer zu verzeichnen. Trotz Verbunderweiterung und Tarifierung gingen die Einnahmen um 21,1 Mio. € (29,3 %) zurück. Aber auch im Segment Zeitkarten Jedermann lag der Rückgang in diesem Zeitraum bei - 4,5 Mio. € (- 4,1 %). Nach Zuwächsen durch die Verbunderweiterung von 2,7 % zu Beginn des Jahres lag die Zahl der Abonnenten (inkl. Jobtickets) im Dezember 2020 bereits 4,7 % unter dem Vorjahresmonat. Lediglich die Einnahmen aus Zeitkarten im Ausbildungsverkehr (Schüler, Auszubildende und Studenten) wiesen weiterhin einen Zuwachs von insgesamt EUR 4,8 Mio. auf, wozu insbesondere die Einführung des AzubiTicketSachsen im August 2019 einen wesentlichen Beitrag leistete.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen werden. Die Beihilfegewährung an die Verkehrsunternehmen und/oder Aufgabenträger wird durch eine Bundesrahmenregelung und entsprechende Richtlinien der Länder geregelt. Den Anträgen auf Ausgleich aus dem Corona-Rettungsschirm wurden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund für März bis Dezember 2020 Bruttofahrgeldminderungen von insgesamt EUR 37,0 Mio. zugrunde gelegt, wovon EUR 36,1 Mio. in Anspruch genommen wurden. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel ist unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2020 bis Juni 2021 geplant.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2020 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung** des **Verbundtarifs** vorgesehen. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 04.06.2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 01.07. bis 31.12.2020 wurden die für den 01.08.2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31.12.2020 ausgesetzt. Damit wurde mindestens der Wert der Mehrwertsteuerabsenkung i. H. v. 2 % unmittelbar an die Kunden der Verkehrsunternehmen im MDV weitergegeben. In Leipzig, wo noch das Tarifmoratorium wirkte, wurde als Ausgleich zur befristeten Mehrwertsteuerabsenkung den Vertragskunden (ABO, JobTicket) der entsprechende Betrag erstattet.

Neben der tariflichen Reaktion auf die Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt, um die Akzeptanz der durchgeführten Hygiene- und weiterer Schutzmaßnahmen bewerten zu können. Als Fazit ist festzuhalten, dass insbesondere der Mund-Nasen-Schutz und die zentrale Türöffnung als Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit eine wesentliche Bedeutung haben. Eine nicht ganz so zentrale Bedeutung haben die Themen Kapazitätserweiterung und Reinigung; auch tarifliche Themen spielen in der Diskussion der Fokusgruppen eine untergeordnete Rolle.

Da es dem Freistaat Sachsen ein wichtiges Anliegen ist, Berufsausbildung und Freiwilligendienst zu unterstützen, wurden weitere Ausgleichsmittel bereitgestellt, um die Mobilität für diese Zielgruppen zu verbessern. Ab dem Ausbildungsjahr 2020/21 sind damit auch Schüler, die eine Berufsausbildung in Sachsen erhalten, deren länderübergreifende Fachklassen aber außerhalb von Sachsen unterrichtet werden, sowie Freiwilligendienstleistende, Bundesfreiwilligendienstleistende und Freiwilligendienste aller Generationen zum Erwerb eines **AzubiTicketSachsen** berechtigt.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Tarifs um attraktive Tarifangebote für junge Leute wurde außerdem die Einführung des **Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt** zum 01.01.2021 vorbereitet. Das vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Azubi-Ticket ist zu einem günstigen Abonnementpreis in ganz Sachsen-Anhalt, auch im sachsen-anhaltischen Teil des MDV, für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen-Anhalt besuchen. Die Umsetzung in den ABO-Vertriebssystemen der MDV Unternehmen wurde durch die Verbundgesellschaft technisch-organisatorisch betreut. Zusätzlich übernahm der MDV die Abstimmung mit der NASA und den anderen Regionen in Sachsen-Anhalt zur Sicherstellung der Anerkennung und Kontrollierbarkeit des Tickets bei der Sachsen-Anhalt-weiten Umsetzung, um einvernehmliche Lösungen zu Ticketlayouts, Fahrscheinsicherheit, Anerkennung und Kontrollprozessen mit den Partnerverbänden im Interesse des Fahrgastes zu erarbeiten und umzusetzen.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweiterung** umgesetzt. Der neue Verbundtarif wurde bereits gut von den Fahrgästen im MDV Nord angenommen. Mittels einer vertiefenden Vorteilskommunikation in Verbindung mit Freizeittipps im MDV Nord sollten weitere Fahrgäste vom Vorteil überzeugt werden. Bedingt durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie mussten die Mobilitätsberatung sowie die geplanten Marketingaktivitäten eine Zeitlang pausieren. Je nach Lockerungen werden diese kontinuierlich fortgesetzt. Im Jahr 2020 begleitete die Verbundgesellschaft ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverluste sowie weiterer einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2020 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b abgeschlossen. Es wurden alle notwendigen Anwendungsfälle nach VDV-KA-Norm umgesetzt und umfangreich getestet. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Konkrete Nutzungen durch die Verkehrsunternehmen im sind in Planung.

Mit der Inbetriebnahme des eTicketing bei der MRB konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage erfolgte 2020 die Umstellung der Abonnenten der MRB auf Chipkarte. Des Weiteren wurde die Umstellung des Systems Patris mit der geänderten die Anbindung an BerSy nach VDV-KA-Version 1.5 erfolgreich abgeschlossen und produktiv gesetzt.

Im Jahr 2020 wurde auch die Konzeption für die Umsetzung des **VDV-Barcodes** (statische Berechtigung) im MDV durch die Verbundgesellschaft federführend erstellt und mit allen VU und deren Herstellern einvernehmlich abgestimmt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, ab 2021 die sukzessive verbundweite Umstellung des bisherigen UIC-Barcodes auf den deutschlandweiten Standard des VDV-Barcodes vorzunehmen.

Im Sommer 2020 wurde das weiterentwickelte handybasierte Auskunft- und Ticketingsystem- die neue MDV App MOOVME - am Markt platziert und die Einführung mit einer crossmedialen Kampagne mit Fokus auf online Marketing begleitet. Seitdem steigen die Nutzerzahlen kontinuierlich an und erreichten bis zum Jahresende über 100.000 Downloads. Die alte App easy.GO wurde Ende 2020 abgeschaltet. Der Verbund setzt seit 2020 auf eine Mehr-App-Strategie. Neben MOOVME werden Fahrplaninformationen als auch die Möglichkeit des Ticketkaufs über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und Fairtiq, angeboten, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind. Gestärkt werden sollen nun insbesondere die Verkäufe. Auch, wenn die Summe der über diese vier Apps verkauften Fahrkarten in Summe sehr erfreulich sind, so bieten die bisherigen Nutzerzahlen doch Corona bedingt noch Potential für eine Steigerung.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wurde auch die Auskunft von fahrplanlosen, **vollflexiblen Verkehren des ÖPNV** (Anrufbus) umgesetzt. Die Lösung wurde als Erweiterung des INSA-Systems konzipiert und beinhaltet auch die Prüfung von Verfügbarkeiten und tatsächlichen Fahrzeiten von Fahrzeugen in den Dispositionssystemen der zunächst beteiligten Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Geißler Reisen. Der geschaffene organisatorische und technische Rahmen ist sowohl in Bezug auf die Auskunft als auch die Einbindung weiterer Anrufbussysteme im MDV erweiterbar. Der MDV unterstützte dabei fachlich u.a. die HAVAG bei der technischen Konzipierung eines Anrufbussystems in Halle.

Im Jahr 2021 sind in MOOVME weitere Entwicklungsschritte, wie z.B. die Buchungs- und Bezahlfunktion für Rufbusfahrten sowie verbundüberschreitende Auskunft und Ticketing inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland, und die Vermarktung dieser neuen Funktionen geplant.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele vereinbarten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Dazu gehören u.a. auch die Ausgabe und Kontrolle von Zeitkarten in den Handyticketsystemen sowie die Verbesserung der Sicherheit der genutzten Barcodes (VDV-Barcode Mobile plus). Außerdem soll die Chipkarte zum kontakt- und bargeldlosen Bezahlen unter Nutzung des VDV-KA-Standards (POB, PEB, WEB) ausgebaut werden.

Bereits im Jahr 2020 entstand der gemeinsame Entschluss der Gesellschafter, sich an dem für 2021 angekündigten **Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur** (BMVI) mit diesen und weiteren Maßnahmen zu beteiligen. Um den ÖPNV mittel- bis langfristig noch deutlicher als attraktives und leistungsfähiges Verkehrsmittel zu positionieren und damit seinen Beitrag zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Verkehrssektor zu sichern, hat das BMVI dieses Förderprogramm am 21.01.2021 mit Förderrichtlinie und Förderaufruf veröffentlicht. Die vorbereitenden Arbeiten (Kostenplanung, Maßnahmenplanung usw.) wurden im Jahr 2020 begonnen und soweit abgeschlossen, dass fristgemäß Ende März 2021 zwei Projektskizzen beim Fördermittelgeber (BMVI) eingereicht werden konnten. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand+“), beide Projekte werden, wie von den Partnern gewünscht, in der Steuerung von der MDV-Geschäftsstelle unterstützt.

Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte im Jahr 2020 die Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** abgeschlossen werden. Es beinhaltet die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes anzuwenden. Außerdem sind auch Themen enthalten, die „informativen“ oder „empfehlenden Charakter“ haben. Die Beschlussfassung zum MDV-Handbuch in den MDV Gremien ist im März 2021 erfolgt.

Im Jahr 2020 wurde die **Umsetzung des eTicketing** für die **neuen Bordrechner der PVG Burgenlandkreis** begleitet und umfangreiche Tests durchgeführt. Nach der Inbetriebnahme des papierbasierten Vertriebs bereits Anfangs 2020 soll Anfang 2021 das eTicketing in Betrieb genommen werden. Dazu fanden 2020 vorbereitende Arbeiten zur Installation und Inbetriebnahme des ReTSy unter Mitwirkung des MDV bei der PVG statt.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um eine Echtzeitdatenschnittstelle für die Datenversorgung der Mobilitätsfabrik der LVB erweitert. Der Verbund unterstützt außerdem die HAVAG konzeptionell und fachlich bei der Umsetzung der **Anschlussicherung** durch die Anbindung an die Datendrehscheibe. Die Arbeiten an der Anbindung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) werden aufgrund von Verzögerungen der Datenlieferungen aus dem VVO-System erst 2021 abgeschlossen. Die Daten werden für die Versorgung der Fahrgastinformationsmedien und digitalen Anzeigersysteme (DFI) genutzt.

Um die Fahrgastinformation im Verbundgebiet weiter zu stärken, wurde in Zusammenarbeit mit der NASA GmbH eine Lösung für die Bereitstellung von Abfahrtsdaten des ÖPNV für Anzeigemedien Dritter geschaffen. Mit dem **Abfahrtstafelgenerator** kann auf eine unkomplizierte Weise eine URL-Schnittstelle bereitgestellt werden, die durch die Betreiber von Anzeigetafeln in eigene Systeme eingebunden werden kann. Angezeigt werden echtzeitbasierte Abfahrten des ÖPNV von einer beliebigen Haltestelle.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Daten des MDV und seiner Verkehrsunternehmen weiter vereinfacht. Insbesondere wurden die dynamischen Daten des ÖPNV (Echtzeitdatenschnittstellen) in Abstimmung mit den Gesellschaftern unter eine freie Lizenz gestellt. Darüber hinaus wurde der Umfang der Datenfreigaben mit NASA GmbH abgestimmt, so dass für die ÖPNV-Daten INSA-weit gleiche Lizenzen verwendet werden. Die Fahrplandaten im GTFS-Format wurden im Open Data Katalog Sachsen und auf der bundesweiten Plattform govdata.de veröffentlicht. Der MDV beteiligt sich darüber hinaus als assoziierter Partner an datengetriebenen mFund-Projekten mClient (Tool für eine vereinfachte Aufbereitung und Bereitstellung von Daten für DE-weite Plattformen) und OPENER next (Erhebungstool für Daten zur Barrierefreiheit).

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD), LASuV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt. Für die Netzwerkpartner wurde im Berichtsjahr eine **Befragungs- und Datenerhebungsplattform** bereitgestellt, die durch den Geschäftsbesorger MDV betrieben und supportet wird. Im Bereich **umweltsensitive Verkehrssteuerung** konnte durch die Universität Leipzig (InfAI) eine praktikable und kosteneffiziente Lösung für die Erfassung und Aufbereitung von mobilitätsbedingten Luftschadstoffbelastungen erarbeitet werden, die jedoch im Berichtsjahr noch keinen konkreten Anwendungsfall fand.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** (www.mobile-mitte.de, Betreiber NASA), an dem sich der MDV im Rahmen des KOV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um das P+R und B+R Routing erweitert. Nach Freigabe durch die NASA GmbH kann das Portal nun durch die Netzwerkpartner in eigene Seiten eingebunden und für Informationszwecke der Seitenbesucher eingesetzt werden. Das Portal bietet hierfür ein intermodales Routing sowie weitere mobilitätsrelevante Informationen rund um die Mobilität (ÖPNV und IV) aus Sachsen-Anhalt sowie der Region Halle-Leipzig an und verfügt über weitergehende Informationen zu Car- und Bikesharingstationen und E-Ladeinfrastruktur sowie entsprechende Routingmöglichkeiten (z.B. Charge&Ride).

Die Umsetzung der **Barrierefreiheit** in der Auskunft wurde im Berichtsjahr beauftragt und befindet sich in der Umsetzung. Zusätzlich zum dem abgestimmten Funktionsumfang wurden dynamischen Störungsmeldungen der Aufzüge und Rolltreppen an den Bahnhöfen beauftragt. Parallel dazu konnte die Stadt Halle durch eine genaue Erfassung von Haltestellendaten gem. der DELFI-Anforderungen eine gute Grundlage schaffen. Darüber hinaus erheben die Landkreise Nordsachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis in Abstimmung mit dem MDV relevante Haltestellendaten. Alle verfügbaren Haltestellendaten werden der NASA für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen bereitgestellt.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Der erste Schritt der im Softwarebereich erforderlichen technischen Fortschreibung konnte im Jahr 2020 mit der Abnahme der Transformationssoftware weitgehend abgeschlossen werden. In einer zweiten Stufe wird für das Jahr 2021 die Fertigstellung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung angestrebt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2020 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025, setzten aber regional unterschiedliche Schwerpunkte.

Im **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** konnte in 2020 der letzte Projektbaustein im Bereich „Muldental in Fahrt“ mit der Einführung des flexiblen Stadt-Ruf-Bus in Colditz umgesetzt werden. Die Federführung hierfür lag beim Landkreis Leipzig und der RegionalBus Leipzig GmbH. Damit sind im Landkreis Leipzig sowohl der Stadtverkehr Markkleeberg, der Bereich „Neuseenland in Fahrt“, „Muldental in Fahrt“ und „Frohburg-Geithain“ umgesetzt. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre wird es in 2021 noch Anpassungen im Freizeitverkehr im Neuseenland geben. Noch nicht abgeschlossen sind der Bereich des „Wurzener Landes“ und der Bereich rund um Markranstädt. Für das „Wurzener Land“ wurden unter der Federführung des Landkreises Leipzig 2020 mehrere Varianten eines neuen ÖPNV-Netzes entwickelt, über die in 2021 entschieden werden soll.

Im **Saalekreis** wurde durch den MDV eine Untersuchung zu bisher noch nicht erschlossenen Potentialen in den größeren Gewerbegebieten erarbeitet. Diese zeigte auf, an welchen Standorten prinzipiell noch nicht ausgeschöpfte Potentiale liegen und wo es wirtschaftlich interessant ist, diese zu erschließen. Diese Studie hat eine positive Resonanz bei den MDV-Gesellschaftern hervorgerufen, so dass entsprechende Studien in 2021 auch für weitere Gebiete im MDV erfolgen sollen.

Im Landkreis **Nordsachsen** wurden im Rahmen des Mobilitätsprojektes „Nordsachsen bewegt“ (federführend durch den Landkreis) die ÖPNV-Angebote weiter angepasst und die Umsetzungsplanungen für einen autonomen Shuttlebetrieb zum Schladitzer See vorbereitet. Ab 2021 soll der Shuttle in den Passagierlosen Testbetrieb und ab 2022 in den Passagierbetrieb gehen.

Im **Burgenlandkreis** wurden in 2020 der ÖPNV-Knoten in Schleinitz in Betrieb genommen und gleichzeitig damit die PlusBus-Linie von Naumburg über Schleinitz nach Zeitz beschleunigt. 2021 sollen die Ländergrenzen überschreitende Linie von Zeitz in Richtung Altenburg neu geplant werden.

Im Landkreis **Altenburger Land** wurde 2020 die Planung für das ÖPNV-Konzept im Südraum des Landkreises unter dem Namen „Schmölln macht mobil – Regionalverkehr verbindet“ fertiggestellt. Im Jahr 2021 führt die THÜSAC die Planungen für den Nordbereich des Landkreises fort. Eine Umsetzungsentscheidung im Kreistag ist nach Abschluss der Gesamtplanungen vorgesehen. Seit August 2017 wurde das Projekt durch den MDV in den Bereichen Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet. Diese Arbeiten sind abgeschlossen. Alle Kommunikationspläne und fertigen Marketingmittel wurden der THÜSAC für die spätere Umsetzung nach einem positiven Kreistagsbeschluss übergeben.

Die Marke **PlusBus** wird weiterhin von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert und an interessierte Verkehrsregionen zur Nutzung übergeben. In Sachsen wurde eine gemeinsame Vermarktung mit einheitlicher Gestaltungslinie erarbeitet, die in den Verbundgebieten zum Einsatz kommt. Aktuell gibt es Lizenzverträge zur Nutzung der Marke für Verbände und Verkehrsunternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Anfragen liegen aus Niedersachsen und dem Saarland vor.

Mit Beginn des Jahres 2020 trat eine neue **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** mit einer Laufzeit von drei Jahren in Kraft.

Themen in 2020 waren u.a.:

- Start einer Studie zur Potentialabschätzung einer möglichen SPNV-Reaktivierung der Strecke Eilenburg – Bad Dübener Heide – Bad Schmiedeberg – Lutherstadt Wittenberg (Fertigstellung in 2021)
- Entwicklung planerischer Möglichkeiten zur Anschlussicherung von TaktBus-Linien, analog der Untersuchung von 2019,
- Kontrolle Auslastung und Abstandseinhaltung in den Verstärker- Zügen der S3 (Leipzig – Schkeuditz)
- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräftenrichtlinie des Freistaates Sachsen wurde auch in 2020 in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt** „Betriebe in Fahrt“ vertiefend und mit erfolgreicher Resonanz durchgeführt. Der MDV erörtert 2021 mit den Gesellschaftern Lösungen für eine dauerhafte Ansiedlung des BMM in der Geschäftsstelle.

Das von der EU geförderte Projekt „**LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig**“ wurde 2020 beendet. Ergebnisse sind u.a. ein „Masterplan Mobilität“ für den Gewerbegebietsgürtel im nördlichen Leipzig (Flughafen – bis BMW-Standort) mit über 80 Einzelmaßnahmen, die vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden starken Arbeitsplatzwachstums im Projektraum für eine stufenweise Umsetzung empfohlen werden. Auf dieser Grundlage soll das Projekt inhaltlich und organisatorisch mit dem Ziel weitergeführt werden, die im Masterplan entwickelten ÖPNV-Maßnahmen politisch beschließen zu lassen und danach gemeinsam mit der Stadt Leipzig und der LVB mittel- bis langfristig in einer Umsetzung zuzuführen. Die Umsetzung des Masterplans ist Bestandteil der Projektskizze „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums“ im Rahmen des **Bundesförderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV.“**

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2020 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die **Corona-Pandemie** und den damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen und die Nutzung zu erhöhen. So wurden die neuen Hygiene- und Schutzmaßnahmen (z.B. Mund-Nase-Bedeckung) kommuniziert und mit den Tarifaktionen „2 auf 1“ und „Super-Sommer-Danke“ für alle Abonnenten Fahrtanreize geboten.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne und der neuen ÖPNV-App MOOVME**.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen auch im Jahr 2020 in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der Kommunikation bezüglich des ausgesetzten **Tarifwechsels** infolge der temporären Mehrwertsteuerabsenkung, der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel** sowie der Schulung der Verbundunternehmen.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2020

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2019 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2020 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.961** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2019 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 446 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.972 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.311 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.339 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 435 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 wurde davon durch die Gesellschafter am 10. Dezember 2020 bereits ein Übertrag von TEUR 266 auf die Jahre 2021 bis 2024 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 169 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2020/2021 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategiprojekten.

Zum 31.12.2019 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 383 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2020 nur 50 % der geplanten Zahlungen von TEUR 450 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2020 TEUR 608 zur Verfügung, von denen TEUR 308 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2021 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 300 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 211 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2021 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 89 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.750 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.938) um 6 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus dem Minderung des Anlagevermögens (TEUR 79) und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 113) auf der Aktivseite. Die Senkung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter, die im Vorjahr aufgrund verschiedener weiterberechneter Marketingleistungen erhöht waren. Auf Passivseite sank der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 81, da die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von TEUR 152 die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 71) überstieg. Der Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 101) aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stand ein Zuwachs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Stichtag (TEUR 62) gegenüber.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt werden konnten.

Ausblick auf 2021 und 2022

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2021 mit einer absolut kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „Rettungsschirm für den ÖPNV“ für das Jahr 2021 ausgesprochen. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm 2020 entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.

Dennoch wird auch im Jahr 2021 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch in 2021 auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Im tariflichen Fokus werden u.a. die Einführung eines sächsischen Bildungstickets, vorbereitende Arbeiten zum Sachsentarif sowie die Entscheidungsfindung zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis stehen.

Hinzu kommt eine Überprüfung des Produktsortiments für Stammkunden mit dem Ziel, dieses auch vor dem Hintergrund der sich voraussichtlich verändernden Rahmenbedingungen (u. a. Homeoffice) weiterhin attraktiv zu halten.

Im Jahr 2021 erfolgt die Produktivsetzung der eTicketing-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der PVG Burgenlandkreis, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen, sowie die Anbindung des Bordrechnersystems und des Regionalen Ticketingsystems (ReTSy) an das MDV-Berechtigungssystem (BerSy). Im Rahmen dieser sind u.a. Tests und Schulungen durchzuführen. Damit werden die Abonnenten und ein Teil der Schüler der PVG auf Chipkarte umgestellt, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Für das Jahr 2021 ist die Umstellung der Zeitkarten und weiterer Bartarife auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei im Mittelpunkt stehen.

Nach der Einreichung der beiden Projektskizzen für das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) werden – bei positivem Bescheid – die Themen, an denen die Verbundgesellschaft beteiligt ist, einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt in 2021 bilden.

Neben der Weiterentwicklung der App MOOVME in mehreren Schritten wird 2021 im MDV die Mehr-App-Strategie offensiv umgesetzt. Durch Stärkung der einzelnen Apps und deren Bekanntmachung für die spezifischen Zielgruppen soll der gesamte digitale Umsatz gesteigert werden. Dafür erarbeiten die App-betreibenden VU und die Verbundgesellschaft eine Konzeption, wie und in welchem Zeitfenster nennenswerte Anteile des Papier- und Bargeldverkaufs in die digitalen Vertriebswege über Handy und Chipkarte überführt werden können. Das Ergebnis wird wesentliche Aufgaben und Prozesse in den Folgejahren in den Bereichen Tarif, Vertrieb, Vermarktung beeinflussen.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement (KOV-VM) in 2021 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit der Politik und den Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Des Weiteren soll das Thema Barrierefreiheit sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen werden. Auch die Erweiterung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie eine die Prüfung der Beteiligung der sächsischen Akteure soll vorangetrieben werden.

Die Einführung des Bildungsticket Sachsen im Sommer 2021 führt auch zu zahlreichen Aufgaben im Bereich Vertrieb (ABO) und Kommunikation sowie Einnahmeaufteilung, die durch die Verbundgesellschaft umzusetzen und zu koordinieren sind.

Ab dem Jahr 2021 wird die Geschäftsstelle die Instrumente im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation deutlich digitaler ausrichten, um gegenüber den Fahrgästen und der interessierten Öffentlichkeit künftig schneller, aktueller und flexibler kommunizieren zu können. Geplant sind die Einführung eines MDV-Blogs, einer interaktiven digitalen Karte (über die Skizze Modellprojekt) sowie einer noch stärkeren Verlagerung in das Online-Marketing bei Reduzierung der bisherigen gedruckten Informations- und Werbemedien. Fahrgäste über gezielte tarifliche Marketingaktionen zurück zu gewinnen, wird Pandemiebedingt auch im Jahr 2021 im Fokus stehen. Zudem wird das Jubiläum „20 Jahre MDV-Tarif“ im Herbst öffentlichkeitswirksam begleitet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in ständiger Abstimmung mit den Gesellschaftern die Fortschreibung bzw. Neuausrichtung laufender bzw. geplanter Vorhaben prüfen.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2025 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde von der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2021 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2021 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.164 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 266, wovon TEUR 153 auf das Jahr 2021 und TEUR 113 auf 2022-2024 entfallen.

Die aktuelle **interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist komplett seit Mitte Dezember 2020 umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Hierfür wurde kurzfristig in die Anschaffung von Software und Hardware investiert, die zum Teil außerplanmäßig beschafft wurde. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der Gesellschafter in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital. Die Anpassung dieser Prozesse verlief sehr gut. Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie besteht die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse, nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele

- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind befristete Einsparungspotentiale zu prüfen.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögen finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	172	21	180	26	131	25	-8	-4
Umlaufvermögen	647	78	509	73	353	69	138	27
Rechnungsabgrenzungsposten	6	1	9	1	32	6	-3	-33

Bilanzsumme	825	100	698	100	516	100	127	18
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	209	25	147	21	147	29	62	42
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	6	1	7	1	8	1	-1	-14
Rückstellungen	438	53	202	29	236	46	236	117
Verbindlichkeiten	172	21	342	49	125	24	-170	-50

Bilanzsumme	825	100	698	100	516	100	127	18
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.455	4.648	3.633
sonstige betriebliche Erträge	262	431	186
Materialaufwand	578	490	372
Personalaufwand	4.556	3.995	3.062
Abschreibungen	91	64	84
sonstige betriebliche Aufwendungen	391	526	275
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	34	1	9
Ergebnis nach Steuern	66	3	17
sonstige Steuern	4	4	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	62	-1	14

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,13	-0,02	0,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	42,19	-0,49	10,19	%
Cash-Flow:	153	63	98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	40	36	36	T€
Personalaufwandsquote:	79,70	78,65	80,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,27	24,79	25,22	%
Eigenkapitalquote:	25,29	21,02	28,61	%
Fremdkapitalquote:	74,71	78,98	71,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	1,84	0,09	0,38	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	32,31	28,34	29,10	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) Teil der Stadtwerke Halle Gruppe und als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Schulen, Kindertages-, Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glas- und Rahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Gebäudereinigung, dieser ist in den letzten drei Geschäftsperioden am stärksten gewachsen.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen. Diese Leistungen waren infolge der COVID-19-Pandemie in der vergangenen Geschäftsperiode rückläufig.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2020 vor allem Leistungen für Schutzmaßnahmen sowie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erbracht. Hierzu zählen die Reinigung und Desinfektionen von Bussen und Bahnen, die Desinfektionen von kommunalen Liegenschaften sowie diverse Sicherheitsdienste zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Eindämmungsverordnungen.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung ist nunmehr in den Vordergrund gerückt und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Serviceoptimierung ein Ziel der SGS. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH) Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 26. Februar 2020 wurde der Rahmentarifvertrag der Gebäudereinigung vom 1. November 2019 rückwirkend zum 1. Januar 2020 für allgemeinverbindlich erklärt. Zu Beginn des Jahres erfolgte die Anpassung der Entgelte in der Gebäudereinigung entsprechend dieses Rahmentarifvertrages. Am 16. Juni 2020 begannen die Verhandlungen zu einem neuen Lohnvertrag in der Gebäudereinigung. Ebenfalls im Januar 2020 haben die Verhandlungen für den Tarifvertrag über die Tabellenvergütung in der Fahrausweisprüfung begonnen. Die Verhandlungen wurden jedoch ab März 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie unterbrochen und ab Juni weiter fortgesetzt. Das Ergebnis lag im August vor und beinhaltete eine rückwirkende Anpassung der Entgelte für 2020 in zwei Schritten. Ebenso erfolgt eine zweistufige Anhebung in 2021.

Mit Beginn der Pandemie gab es im weiteren Verlauf der allgemeinen Verordnungen sowie der Katastrophenfalllage in Halle verschiedene Auswirkungen für die Gesellschaft. Zunächst war der Bereich der Reinigung durch die Schließung von Kindergärten und Schulen betroffen. Kurz danach wurde die Fahrausweisprüfung eingestellt. Die Mitarbeitenden konnten alle im Rahmen ihrer bestehenden Arbeitsverträge mit anderen Aufgaben weiterbeschäftigt werden. Im Bereich der Reinigung erfolgte Ende April nach der Wiedereröffnung von Kindergärten und Schulen eine intensive tägliche Reinigung aller Verkehrsflächen sowie zusätzliche Sanitärreinigungen. Fast zeitgleich wurde Anfang Mai die Fahrausweisprüfung in Halle wiederaufgenommen. Am 15. Dezember 2020 wurde die Schließung einer Vielzahl von Bildungseinrichtungen ab dem 16. Dezember 2020 beschlossen, die bis Mitte März 2021 andauern wird. Im Bereich der Reinigung erfolgte bis zum 16. Dezember 2020 in Verwaltungen, Kindergärten und Schulen weiterhin eine intensive tägliche Reinigung aller Verkehrsflächen sowie zusätzliche Sanitärreinigungen. Die Mitarbeitenden haben sich den besonderen Gegebenheiten gegenüber sehr verständlich gezeigt und alle erforderlichen Maßnahmen unterstützend umgesetzt.

Im April 2020 begann im Bereich der Haltestellenreinigung kurzfristig ein zusätzlicher Dienst für die HAVAG mit dem Ziel, den Reinigungszustand der Haltestellen zu verbessern und den Fahrgästen einen sichtbar besseren Zustand zu bieten. Dieser operative Dienst ist als „Feger und Sammler“ regelmäßig an Schwerpunkthaltestellen unterwegs. Weiterhin übernimmt dieser Dienst auch Tätigkeiten und Leistungen, die nicht zur klassischen Haltestellenreinigung des Inventars der HAVAG gehören.

Infolge der COVID-19-Pandemie wurden Schulungen im Rahmen des ESF-Projektes „Sicherheitskonzept Halle“ teilweise verschoben bzw. ganz abgesagt. Durch die zahlreichen Verschiebungen und Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Schulungen wurden zwei Verlängerungsanträge gestellt, diese sehen vor, das Projekt bis zum 31. Juli 2021 zu verlängern. Hierzu wartet die Gesellschaft auf die Rückmeldung, dass der Verlängerung zugestimmt wird. Somit können die offenen Termine weiter geplant werden. Es werden Nachholtermine u. a. für Sachkunde nach § 34 a Gewerbeordnung gesucht. Des Weiteren sollen im Rahmen des Projektes die Trainer-Ausbildungen abgeschlossen werden.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Mindestlohn gilt in Deutschland seit 2015 und wird seit 2018 jährlich stufenweise angehoben. Die Mindestlohnkommission hatte am 30. Juni 2020 eine Anpassung des Mindestlohns empfohlen, das Bundeskabinett hat am 28. Oktober 2020 die Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung beschlossen. Damit beträgt der gesetzliche Mindestlohn ab dem 1. Januar 2021 zunächst 9,50 Euro und steigt dann in weiteren Schritten zum 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro, zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro und zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro. Im Jahr 2022 wird durch die Mindestlohnkommission ggf. ein neuer Mindestlohn festgelegt, der dann ab dem Jahr 2023 Gültigkeit erlangen würde.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten. In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für weitere Kunden Prüfdienste ausgeführt und konnte diese vertraglich binden, wodurch für beide Seiten eine Planungssicherheit entstanden ist. Einen besonderen Anspruch stellte die Kundenberatung in Service-Centern für einen Drittkunden dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit werden vor allem für die HAVAG und EVH GmbH regelmäßige Empfangsdienste erbracht.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren gehört in der Servicebranche darüber hinaus die Akquirierung und der Erhalt von Mitarbeiterkapazitäten.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die neu fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitenden beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 150 (Vorjahr 146) Arbeitnehmende beschäftigt; zum 31. Dezember 2020 waren es 158 (Vorjahr 150). Darin enthalten sind 12 Gehaltsempfänger sowie 6 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 4.556 (Vorjahr T€ 3.995). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeitenden. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 11 (Vorjahr T€ 28) im Geschäftsjahr, was vor allem auf den Ausfall von Schulungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Weiterhin erhielten Beschäftigte eine Corona-Prämie.

Die für Mitarbeitende im Rahmentarifvertrag der SWH vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer sowie eine Gesundheitscard für die Mitarbeitenden abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat ihren Personalauswahlprozess im Geschäftsjahr verändert und sucht verstärkt vor allem Mitarbeitende mit einem Migrationshintergrund. Zum 31. Dezember 2020 haben 16 % der Belegschaft einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind veränderte Anforderungen an die Betriebsorganisation.

Hierzu zählt auch, sich den Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft anzunehmen und diese innerbetrieblich zu lösen. Kurz- und langfristige Personalausfälle führen zu einer starken Belastung für alle Mitarbeitenden in einem sehr personalintensiven Dienstleistungsbereich.

Um die Fehlzeiten im Unternehmen zu minimieren, werden verstärkt Gespräche im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements geführt und wenn möglich gesundheitsverbessernde Maßnahmen angeboten. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Rückgang des Krankenstands zu verzeichnen.

Mit Hilfe des ESF-Projektes konnten die Mitarbeitenden in der Fahrausweisprüfung verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen sowie ihre Fach- und Sozialkompetenzen stärken.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister aus der SWH-Gruppe zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich in der Reinigung ein und in der Fahrausweisprüfung zwei schwere Arbeitsunfälle ereignet. Berufskrankheiten, mit schweren Auswirkungen, sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 62 abschließen.

(Angaben in T€)	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	5.455,4	4.648,5	806,9	17,4
Sonstige Erträge	261,3	431,1	-169,8	-39,4
Gesamtleistung	5.716,7	5.079,6	637,1	12,5
Aufwendungen für RHB und bezogene Waren	202,7	149,5	53,2	35,6
Aufwendungen für bezogene Leistungen	375,1	340,4	34,7	10,2
<i>Deckungsbeitrag</i>	<i>5.138,8</i>	<i>4.589,7</i>	<i>549,1</i>	<i>12</i>
Personalaufwand	4.556,3	3.995,0	561,3	14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	391,0	526,3	-135,3	-25,7
EBITDA	191,6	68,4	123,2	>100,0
Abschreibungen	90,7	63,7	27	42,4
EBIT	100,9	4,7	96,2	>100,0
Finanzergebnis	-0,6	-0,5	-0,1	-10,3
Ergebnis vor Steuern	100,3	4,2	96,1	>100,0
Steuern	38,4	4,9	33,5	>100,0
Ergebnis nach Steuern	61,9	-0,7	62,6	>100,0

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 5.455 (Vorjahr T€ 4.648) verzeichnen. Davon entfielen T€ 2.620 (Vorjahr T€ 2.114) auf die Gebäudereinigung, T€ 792 (Vorjahr T€ 660) auf die Fahrzeugreinigung, T€ 1.220 (Vorjahr T€ 1.182) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 313 (Vorjahr T€ 244) auf Poststelle und den Empfang, T€ 266 (Vorjahr T€ 145) auf die Haltestellenreinigung, T€ 175 (Vorjahr T€ 201) auf die Vegetationspflege sowie T€ 69 (Vorjahr T€ 102) auf den Winterdienst. Aufgrund einer Auftragsenerweiterung in der Fahrzeugreinigung sowie den Vertragsanpassungen in der Gebäudereinigung wurden über den geplanten Umfang hinaus Leistungen erbracht, die zu erhöhten Umsatzerlösen führten. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der HWS und HAVAG im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 209 (Vorjahr T€ 147). Das Anlagevermögen ist damit vollständig (Vorjahr 81 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 83 (Vorjahr T€ 116) getätigt.

Aufgrund der getätigten Investitionen im Geschäftsjahr ergibt sich zum Stichtag eine Cash Pool-Forderung, sodass die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2020 auf T€ 228 (Vorjahr T€ -107) anstiegen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 172 (Vorjahr T€ 342). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 133 % (Vorjahr -30 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool ist unterjährig erfolgt.

4.3. Vermögenlage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 127 bzw. 18 % auf T€ 825 gestiegen. Dieser Anstieg ist aktivisch auf die Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen. Passivisch sind insbesondere die sonstigen Rückstellungen gegenüber Personal durch die Bildung der Rückstellung für die erfolgsabhängige Vergütung gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2020 beträgt T€ 172 (Vorjahr T€ 180). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 174 (Vorjahr T€ 184).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 100 (Vorjahr T€ 4). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 1,83 % (Vorjahr 0,08 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 62 (Vorjahr Jahresfehlbetrag T€ 1).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil erteilt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2020 wurden für das Jahr 2021 bei der SGS insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Risiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Schwerpunktmäßig fallen die Risiken (Gruppe 3 und 4) auf die Bereiche Marktrisiken und rechtliche Risiken.

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt, dieser ist in vergangenen Jahren gesunken und stellt zugleich die Basis der Gesellschaft dar. Die Verschiebung kam durch den Ausbau der Vertragsleistungen mit der HWS sowie mit Drittkunden zustande. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie wird auf mittlere Sicht als gering eingeschätzt.

Ebenso wird am Drittmarkt immer mehr deutlich, dass die Kunden bereit sind, bei einer entsprechenden qualitativen Leistung ein höheres Entgelt zu entrichten. In einzelnen Branchen (z. B. Krankenhäusern) findet wieder ein Wechsel von Fremd- auf Eigenreinigung statt, wovon die Gesellschaft nicht betroffen ist, was aber vor allem einen entscheidenden Einfluss auf die Personalrekrutierung und viel mehr auf die Mitarbeiterbindung hat.

Ein weiteres Risiko besteht bei einer ausbleibenden Vertragsverlängerung für die Reinigungsleistungen von kommunalen Einrichtungen. Hier hat die Gesellschaft selbst nur eine sehr geringe Handlungsmöglichkeit und ist auf die HWS als Vertragspartner angewiesen. Die Vertragslage ist zu einem großen Teil langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern.

Die stärkere Einbindung in die SWH ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wider. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der SWH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Die Inhouse-Fähigkeit ist von großer Bedeutung für den Steuerungs- und Entscheidungsprozess. Dies wird beispielhaft im Bereich der Haltestellenreinigung sowie bei Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, deutlich. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der SWH angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild innerhalb der SWH-Gruppe zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Trotz der erschwerten Bedingungen aufgrund der COVID-19-Pandemie wird die SGS die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen für die HAVAG und ihre sonstigen Kunden auch weiterhin gewährleisten. Die im Zuge der COVID-19-Pandemie getroffenen Konzernregelungen sind in der Gesellschaft umgesetzt und die Einhaltung der Regelungen werden permanent kontrolliert. Die Belegschaft wird im Rahmen der internen Kommunikation auf entsprechende Schutz- und Hygienemaßnahmen unterwiesen.

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin (HAVAG) und den anderen Konzernunternehmen der SWH. Es wird ständig geprüft, welche zusätzlichen Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können.

Um die Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe neu ausgerichtet. Die Servicegesellschaft Saale wurde nunmehr als zentraler Dienstleister für die Gebäudereinigung ausgerichtet. Seit 2018 ist die HAVAG alleiniger Gesellschafter der SGS, somit ist diese auch inhouse-fähig. Im Jahr 2019 wurde der Bereich Gebäudereinigung der Cives Dienste GmbH mittels eines Betriebsüberganges zur SGS übertragen. Die Stärken der SGS in der Gebäudereinigung, insbesondere in Schulen und Schwimmhallen der Stadt Halle (Saale), wurden bei der Zuordnung von neuen Reinigungsobjekten im Rahmen der Leistungsbeziehung mit der HWS berücksichtigt und werden künftig intensiviert.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden hierbei die Ausrüstungen für die Haltestellenreinigung und die Vegetationspflege. Hier ist der Einsatz umweltschonender Ausrüstung und Technik vorgesehen.

Im Rahmen des Projektes „Sicherheitskonzept Halle“ des Europäischen Sozialfonds steht die Mitarbeiterqualifizierung weiterhin im Vordergrund. Zu Beginn des kommenden Geschäftsjahres sollen diese Maßnahmen fortgeführt und bis zum 31. Juli 2021 zum Abschluss gebracht werden. Die Fahrausweisprüfenden erhalten gezielte Weiterbildungen, die sich an den veränderten Anforderungen im täglichen Prüfalltag orientieren. Damit soll vor allem dem Sicherheitsgefühl der Fahrgäste entsprochen werden.

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2021 ist mit T€ 27 geplant. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich aus dem operativen Geschäft ergeben, könnte die geplante positive Ergebnisentwicklung noch gesteigert werden.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	76	7	105	10	114	11	-29	-28
Umlaufvermögen	1.005	92	924	88	919	87	81	9
Rechnungsabgrenzungsposten	12	1	17	2	17	2	-5	-29

Bilanzsumme	1.093	100	1.046	100	1.050	100	47	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandvermögen	6		7		7		-1	-14
------------------	---	--	---	--	---	--	----	-----

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	526	48	526	50	526	50	0	0
Rückstellungen	232	21	219	21	214	20	13	6
Verbindlichkeiten	335	31	301	29	310	30	34	11

Bilanzsumme	1.093	100	1.046	100	1.050	100	47	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	6		7		7		-1	-14
---------------------------	---	--	---	--	---	--	----	-----

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.233	3.329	3.095
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-31	54	123
sonstige betriebliche Erträge	18	13	43
Materialaufwand	1.200	1.367	1.252
Personalaufwand	1.360	1.290	1.225
Abschreibungen	47	31	40
sonstige betriebliche Aufwendungen	413	514	542
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	200	194	202
sonstige Steuern	4	4	5
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	196	190	197
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,05	5,72	6,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	37,21	36,21	37,56	%
Cash-Flow:	243	221	238	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	98	106	105	T€
Personalaufwandsquote:	42,24	37,98	37,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,86	6,70	8,45	%
Eigenkapitalquote:	48,10	50,26	50,05	%
Fremdkapitalquote:	51,90	49,74	49,95	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Umsatz mit Gesellschafter	94	94	94	%

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist trotz des im Berichtsjahr aufgetretenen Corona Virus SARS-CoV-2 wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.032	(94 %)
Umsatz Sonstige	T€	201	(6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

In der BHT waren per 31.12.2020 insgesamt 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Verwaltung erfolgte die Einstellung einer neuen Mitarbeiterin. Im Jahr 2020 befanden sich im Durchschnitt 3 Auszubildende im Unternehmen. Dabei konnte einer seine Ausbildung als Tischler und einer als Maler erfolgreich abschließen. Mit Stand 31.12.2020 beschäftigt das Unternehmen einen Auszubildenden als Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie einen Auszubildenden als Elektroniker mit Schwerpunkt Energie- und Gebäudetechnik. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2020 für die Beschäftigten der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.093 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.046) um 4,5 % erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 47 erhöhte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 48,1 % (Vorjahr 50,3 %) verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen hauptsächlich durch die Erhöhung der Vorräte (um T€ 72) sowie den Forderungen (um T€ 6). Dem gegenüber stehen die Verringerungen des Anlagevermögens um T€ 30 sowie des Rechnungsabgrenzungsposten um T€ 5. Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme durch die um T€ 34 erhöhten Verbindlichkeiten sowie die um T€ 13 erhöhten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 666.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 130 erreicht werden konnte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 200 (Vorjahr T€ 194). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 195 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2021 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2020 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2021 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 130 abschließen wird.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten sowie der Digitalisierung von Arbeitsabläufen können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber auch weiterhin erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kozyk, Jana
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dr. Kreuzfeldt, Annette
		Dr. Wiegand, Bernd
		Jacobi, Dörte
		Kriedemann, Angelika
		Raue, Alexander
		Schachtschneider, Andreas
		Weber, Thomas

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020 T€	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
Aufsichtsrat	15	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

	T€	%
	256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	316.901	91	315.498	92	309.373	90	1.403	0
Umlaufvermögen	29.712	9	26.428	8	33.550	10	3.284	12
Rechnungsabgrenzungsposten	173	0	177	0	42	0	-4	-2

Bilanzsumme

	346.786	100	342.103	100	342.965	100	4.683	1
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandvermögen

	5.712		5.290		5.220		422	8
--	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	186.922	54	182.827	53	178.354	52	4.095	2
Sonderposten für Investitionszulagen	7.012	2	7.212	2	7.419	2	-200	-3
Rückstellungen	1.317	0	1.167	0	1.187	0	150	13
Verbindlichkeiten	150.815	44	150.096	45	155.144	46	719	0
Rechnungsabgrenzungsposten	720	0	801	0	861	0	-81	-10

Bilanzsumme

	346.786	100	342.103	100	342.965	100	4.683	1
--	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten

	5.712		5.290		5.220		422	8
--	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.320	49.801	49.917
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	99	150	-294
sonstige betriebliche Erträge	1.771	3.840	1.639
Materialaufwand	25.990	26.532	23.633
Personalaufwand	6.997	6.750	6.221
Abschreibungen	7.607	8.252	8.546
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.269	2.514	3.004
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	196	190	197
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	76	50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.058	3.501	3.680
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	359	0	542
Ergebnis nach Steuern	6.109	6.508	5.883
sonstige Steuern	14	35	21
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.095	6.473	5.862
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.748	938	4.576
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9.843	7.411	10.438

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,11	13,00	11,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,44	3,69	3,49	%
Cash-Flow:	13.703	14.724	14.408	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	458	485	462	T€
Personalaufwandsquote:	13,41	12,55	12,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,21	92,05	90,03	%
Eigenkapitalquote:	53,90	53,44	52,00	%
Fremdkapitalquote:	46,10	46,56	48,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Wohneinheiten	9.817	9.813	9.780	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,60	5,90	5,40	%
Gewerbeeinheiten	114	115	112	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	3,50	1,70	3,60	%

f) Lagebericht**Inhalt**

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
- 5 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Aus den bewirtschafteten Mietwohnungen werden über 97 % der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit fast 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das Stadtbild zu prägen.

2. Wirtschaftsbericht**2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes**

Bedingt durch die Corona-Pandemie schrumpfte die deutsche Wirtschaft in 2020 erstmals wieder nach vielen von Wachstum geprägten Jahren. Das statistische Bundesamt ermittelte ein um von 5,3 % geringeres Bruttoinlandsprodukt als im Vorjahr. 2019 lag dieses noch um 0,6 % höher als im Jahr 2018. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, mit 11,1 % der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung eine der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, schrumpfte deutlich weniger. Für die Branche ermittelte das statistische Bundesamt einen Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung in Preisen von 334,4 Mrd. € (Vorjahr 327,3 Mrd. €). Preisbereinigt vollzog sich eine leichte Schrumpfung von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr, in dem noch ein Wachstum von 1,0 % zu 2018 verzeichnet wurde. Deutlich spürbarere Folgen der Coronapandemie verzeichneten die Branchen Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 6,7 % Schrumpfung sowie produzierendes und verarbeitendes Gewerbe mit über 10 % Schrumpfung zu 2019. Vorgenannte Angaben sind am 05.03.2021 veröffentlichte Ergebnisse des statistischen Bundesamtes. Sie können sich im Jahr 2021 noch verändern.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft zählt zu den Wirtschaftszweigen, die bislang nur geringe negative Auswirkungen der pandemischen Lage und dem damit verbundenen konjunkturellen Einbruch verzeichnen. Die GWG Halle-Neustadt mbH selbst blickt auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die gute Lage lässt sich auf ein grundsolides Geschäftsmodell zurückführen, das sich auch in Krisenzeiten bewährt hat.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Neben dem seit mehreren Jahren absehbaren demografischen Wandel ist das Management der Zuwanderung auch weiterhin eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Für die GWG ist die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nicht nur mit Blick auf die baulichen Leistungen, sondern vor allem auch im sozialen Bereich eine Herausforderung, die sie angenommen hat und weiterhin gut meistert.

Die Stadt Halle (Saale) konnte in den letzten Jahren leichte Bevölkerungszuwächse verzeichnen. Zum Ende des Jahres 2020 gingen in der Gesamtstadt und auch in Halle-Neustadt die Einwohnerzahlen etwas zurück:

	Einwohner mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Stadt Halle (Saale)	239.738	241.093	241.333	240.931	239.870
davon Halle-Neustadt	45.918	46.280	45.952	45.661	45.480

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) war zum Ende des Jahres 2020 mit 45,1 Jahren etwas niedriger als das Durchschnittsalter der Halle-Neustädte mit 45,9 Jahren. In Halle-Neustadt wohnt, im Gegensatz zu anderen Städten mit Großwohnsiedlungen, jeder fünfte Einwohner der Stadt. Jeder dritte Einwohner von Halle-Neustadt ist GWG-Mieter.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2020 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 6.095 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2020 eingestellten Zielwert von 3.236 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 2.859 T€. Diese ist zum einen auf eine robuste Einnahmesituation zurückzuführen, im Geschäftsjahr 2020 wurden die Planwerte für die Sollmiete je m² übertroffen. Zum anderen bilanzierte das Unternehmen geringere Instandsetzungsaufwendungen. Der Grund hierfür ist, dass durch die Coronakrise die Modernisierungstätigkeit verlangsamt wurde und daher im Jahr 2020 geringe Aufwendungen für die Gebäudeinstandsetzung anfielen als geplant waren. Diese Verzögerungen haben auch Effekte auf den Bereich der aktivierungspflichtigen Bautätigkeit. Die Baumaßnahmen wurden nicht aufgehoben, sodass sich der Instandsetzungsaufwand in das Jahr 2021 verlagern wird. Der Anstieg des Leerstands im Bestand, der im Wesentlichen auf demografische Effekte und der regen Umzugstätigkeit innerhalb der Gesamtstadt zurückgeführt wurde, hat sich verlangsamt und bewirkte etwas geringere Erlösschmälerungen der Sollmieten.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Quantitative und qualitative Anpassungen des eigenen Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Dabei wird neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des eigenen Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges Element sein.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der GWG ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund der umfassenden Dienstleistungen für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen des SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

Neben der Integration gesetzlicher Änderungen waren 2020 die Personalarbeit, die damit verbundenen Regelungen zu Geschäftsabläufen und die Aufrechterhaltung von Serviceleistungen für Mieterinnen und Mieter die Schwerpunkte für die GWG. Es gelang der Gesellschaft, verschiedene Digitalisierungsprozesse voranzutreiben und damit sowohl intern als auch extern Arbeitsabläufe und Kommunikationsmöglichkeiten für Kunden, Geschäftspartner und Beschäftigte zu optimieren. Beispielsweise gelang es mit der Einführung neuer digitaler Vermarktungswege, die gesunkene Nachfrage zu Beginn der Krise zu kompensieren und zum Jahresende eine minimal gestiegene Leerstandsquote auszuweisen.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2020 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2020		31.12.2019	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Fläche (m²)
Wohneinheiten	9.817	555.238	9.813	554.827
Gewerbeeinheiten	114	25.516	115	25.663
	9.931	580.754	9.928	580.490

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag zehn Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit 285 privatisierten Wohnungen auf einer Wohnfläche von 17.431 m².

Zum Ende des Jahres 2020 wurde eine Vermietungsquote von über 93 % erreicht. Die Gründe für die Beendigung von Mietverträgen waren, wie auch in den Vorjahren, hauptsächlich durch das Ableben der Mieter, den Wegzug in Alters- bzw. Pflegeheime oder Hospize, die Größe der Wohnung oder die Beendigung des Studiums in der Stadt Halle (Saale) geprägt. Die Gesellschaft analysiert jährlich die beeinflussbaren Kündigungsgründe und arbeitet aktiv und erfolgreich in der Mieterbindung, um den Wegzug aus dem Wohnungsbestand zu vermeiden. Von den per 31.12.2020 bestehenden 9.931 eigenen Wohnungs- und Gewerbemieteinheiten wurden im gesamten Geschäftsjahr 2020 nur 9,3 % gekündigt (Vorjahr 9,5 %) und dafür mit einer zum Vorjahr coronabedingt geringeren Quote von 8,6 % (Vorjahr 10,1 %) neu- bzw. wiedervermietet.

Wiederum waren zahlreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes die Grundlage dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 5,9 % per 31.12.2019 nur auf **6,6 % per 31.12.2020** anstieg. Die durch den Leerstand im Jahr 2020 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **6,2 %** (Vorjahr: 6,0 %). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft erhöhte sich in gering und belief sich stichtagsbezogen auf 8,4 % (7,7 % per 31.12.2019).

Die Gesellschaft investierte auch in 2020 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 19 Mio. € wurden für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2020 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen.

Die Bereitstellung öffentlicher Fördermittel ermöglichte der Gesellschaft auch in 2020, den Einbau von Aufzügen kostengünstig vorzunehmen und in mehreren Gebäuden moderne Aufzugsanlagen einbauen bzw. zu modernisieren. Weitere Aufzugseinbauten und -modernisierungen sind für 2021 geplant.

Für die Bebauung eines Teils des in 2017 erworbenen Areals am Böllberger Weg wurde im Geschäftsjahr 2020 der dritte Realisierungswettbewerb ausgelobt und prämiert. Der siegreiche Entwurf wurde direkt im Anschluss an den Wettbewerb mit dem Preisträger weiterentwickelt. In 2021 wird die Bautätigkeit der GWG Halle-Neustadt im Böllberger Weg starten.

Das Bedürfnis der Mieter nach Sicherheit ist anhaltend hoch. Die Gesellschaft modernisierte im Geschäftsjahr 36 Treppenhäuser und stattete die Haustüren mit einem höheren Einbruchsschutz aus. Modernisierungsumlagen wurden dafür in geringem Umfang erhoben.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, sind zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt worden.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2020 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 96 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. 65 % aller Auftragsvergaben nach Sachsen-Anhalt erhielten Auftragnehmer aus Halle (Saale).

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, vor allem einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietenpolitik nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Die Stadt Halle (Saale) verfügt derzeit über keinen, qualifizierten Mietspiegel. Eine Neufassung ist im Jahr 2021 geplant, die GWG steht der Neufassung eines Mietspiegels positiv gegenüber.

In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand werden die GWG-Mieten vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen angepasst (nach § 559 BGB). Oftmals geht der maximal umlegbare Kostenanteil auf die Nettokaltmiete für viele Mieter der GWG über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gesellschaft berücksichtigt dies bei der Berechnung und kappt den umlagefähigen Anteil der Modernisierungskosten, sodass die Leistungsfähigkeit der Mieter nicht überschritten wird.

Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

2.3.5 Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2020 insgesamt 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie acht Auszubildende. Von den 116 Beschäftigten sind 67 weiblich (58 %). 52 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Berichtszeitpunkt 45,6 Jahre.

2.3.6 Ergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2020 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Jahresergebnis in Höhe von 195,6 T€ (geplant: 130 T€, Vorjahr: 190,3 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

2.3.7 Stadttrendite

Als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunale Gesellschaft hat die GWG entsprechend der Vorjahre auch für das vorangegangene Geschäftsjahr 2019 eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der Stadttrendite vorgenommen. Mit dem Begriff „Stadttrendite“ werden Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen bewertet, die sie aus gesellschaftlicher Verantwortung mit ihrer Geschäftstätigkeit für die Kommune übernehmen und erbringen.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von 6.095 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 6.783 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 1.523 T€ verbessert hat. Ursächlich für den Anstieg sind gestiegene Istmieten (525 T€), geringere Instandsetzungsaufwendungen (614 T€) und rückläufige Zinsaufwendungen (426 T€). Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 41,53 %.

Das positive Finanzergebnis (198 T€) resultiert überwiegend aus dem Beteiligungsgewinn an der Tochtergesellschaft. Die geringfügige Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinserträge zurückzuführen.

Der Rückgang des neutralen Ergebnisses um 1.564 T€ ist insbesondere durch den Wegfall der im Vorjahr vorgenommenen Zuschreibungen (2.312 T€) begründet. Das neutrale Ergebnis schließt mit einem negativen Saldo von 162 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2020 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2020 positiv zu beurteilen. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 14.148 T€ reichte aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 8.727 T€ und aus der Finanzierungstätigkeit von 4.451 T€ zu decken. Der darüber hinaus verbleibende Überschuss erhöhte den Finanzmittelfonds am Ende der Periode um 970 T€.

Der Abfluss finanzieller Mittel aus der Finanzierungstätigkeit trotz aufgenommener Darlehen in Höhe von 12.060 T€ ist auf planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 14.509 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ zurückzuführen.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2019 um 4.683 T€ erhöht.

Auf der Aktivseite führten im Wesentlichen umfangreiche Investitionen (9.163 T€), reduziert um Abschreibungen (7.607 T€), zu einem Zugang bei den Sachanlagen von 1.411 T€. Die im Bereich der Forderungen zu verzeichnende Zunahme um 2.215 T€ resultiert insbesondere aus bis zum Bilanzstichtag noch nicht ausgezahlten Fördermitteln für Investitionen in das Anlagevermögen. Der Anstieg der flüssigen Mittel um 970 T€ trug weiterhin zur Erhöhung der Bilanzsumme bei. Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch den erzielten Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung des Vorjahresgewinnes. Weitere Erhöhungen ergaben sich im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 216 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 12.060 T€ denen planmäßigen Tilgungen (11.453 T€) und Tilgungszuschüsse (233 T€) gegenüberstanden.

Die Wohn- und Geschäftsbauten wiesen im Durchschnitt einen Buchwert von 494,74 € je m² bei einer Verschuldung von 225,63 € je m² auf.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen : Gesamtkapital) wird mit 55,9 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2020:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,26	5,23
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	6,2	6,9
Verschuldungsgrad	%	38,5	41,5
Eigenkapitalquote	%	56,0	52,8
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,6	1,8

3 Prognosebericht

Für die folgenden Geschäftsjahre geht die Gesellschaft weiterhin von einem Zuwachs an vermietbarer Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an einem weiteren Standort im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die ersten Vermietungen im zukünftigen Wohngebiet „Am Mühlwerder“ werden zu Beginn des Jahres 2023 erwartet. Zusätzlich wird sich durch die Reaktivierung stillgelegten und zur Komplexmodernisierung vorgesehenen Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt die vermietbare Gesamtwohnfläche gegenüber dem Vorjahr bereits im Jahr 2021 vergrößern.

Die Ausschüttungen an den städtischen Haushalt aus den Bilanzgewinnen werden für die kommenden Jahre weiterhin in Höhe von 2,0 Mio. € jährlich geplant.

Auch für das Jahr 2021 erwartet die Gesellschaft einen leichten Rückgang der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt. Hauptgrund ist die weiterhin vorhandene Diskrepanz zwischen Geburten- und Sterbezahlen in der Stadt, die einen Rückgang der Bevölkerung bewirken.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird für 2021 ein Wert von 37,28 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,24 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 7,2 % im Prognosejahr 2021 aus. Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) nicht vorhandenen Mietspiegels sind Wohnungsmieten nicht eigentümerübergreifend vergleichbar. Diese Situation könnte sich im Jahr 2021 verändern, wenn der angekündigte Mietspiegel von der Stadtverwaltung beauftragt und erstellt wird. Aufgrund der Corona-Pandemie wird die Gesellschaft Mieterhöhungen nach Mietspiegel oder nach Vergleichsmieten nicht vornehmen. Modernisierungsumlagen werden auch weiterhin erhoben, um die Wirtschaftlichkeit der Modernisierungen zu gewährleisten. Wie auch in Abschnitt 2.3.4 erwähnt, kappt die GWG die Umlagen sozialverträglich, um Ihre Bestandsmieter halten zu können.

Seit dem Geschäftsjahr 2020 ist die Nachfrage nach Wohnungen mit vier und mehr Individualräumen gestiegen. Diese Wohnungen sind im Eigenbestand nur sehr begrenzt verfügbar oder können nur mit hohem Anpassungsaufwand bereitgestellt werden. Mit der Fertigstellung der komplex modernisierten Gebäude in der Trakehnerstraße 31-39 sowie 47-55 kann dieser Nachfrage zu wirtschaftlich darstellbaren Konditionen entsprochen werden.

Die Gesellschaft wird in 2021 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 31,1 Mio. € aufnehmen und damit die Fremdkapitalquote um mindestens 2 Prozentpunkte erhöhen. Ein Anteil von 8 Mio. € sind dabei Valutierungen von Kreditmitteln aus Vertragsabschlüssen im Geschäftsjahr 2020. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von voraussichtlich 52,9 % zum Ende des Geschäftsjahres 2021.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten 2021 auf das 9,3fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) ansteigen. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2021 ein Wert in Höhe des 4,5fachen der Jahres-Istmiete einstellt.

Vorgenannte Prognosen basieren auf der integrierten Wirtschafts-, Finanz- und Bilanzplanung, die im September 2020 durch das Aufsichtsgremium der Gesellschaft beschlossen wurde.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegulierung stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamttrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2025 wird für die besser nachgefragten Stadtteile Nördliche und Südliche Halle-Neustadt bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von bis zu 10 % prognostiziert, im westlichen Stadtgebiet von bis zu 15 %. In der Prognoserechnung wird von einer sehr geringen Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Bis 2025 zeigen Prognosemodelle weiterhin einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte von über 7 %, bis 2030 weitere 4 %. Für die Gesellschaft kann dies bedeuten, dass ohne weitere Investitionen in qualitative Verbesserungen des eigenen Wohnungsbestandes in 2030 ca. 1.000 Wohnungen in der Großwohnsiedlung nicht mehr vermietet werden können. Zur Vorbereitung auf die veränderte Nachfragesituation hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem erarbeitet, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt. Mittelfristig sieht die Gesellschaft kein Erfordernis zum Abbruch ganzer Wohngebäude. Eine qualitative Anpassung der Wohngebäude wird jedoch weiter erfolgen müssen, um den monostrukturierten und nicht mehr nachgefragten Bestand attraktiv zu halten und sich dem starken Wettbewerb zu stellen.

Die Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen ist durch niedrige Kreditzinsen und Förderprogramme, deren Auflegung die Gesellschaft grundsätzlich sehr begrüßt, stark angestiegen. Dem gegenüber stehen nicht adäquat mitgewachsene personelle und materielle Kapazitäten im Baugewerbe, was die Preise für Bauleistungen erheblich steigen ließ. Auch durch die hohen energetischen Anforderungen für Neubauten ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Wohnungsneu- und -umbau kurzfristig rückläufig entwickeln. Die GWG sieht wegen stagnierender Mietpreise in Teilbereichen der Stadt Halle (Saale) das Risiko, dass einzelne Baumaßnahmen wegen Unwirtschaftlichkeit entweder nicht in dem geplanten Zeitrahmen oder gar nicht realisiert werden können.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialberaterinnen auch in 2021 weiter erhöhen werden. Daraus ergibt sich auch ein erhöhtes Aufkommen an uneinbringlichen Forderungen, die im Geschäftsjahr 2021 voraussichtlich ausgebucht werden müssen.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2020 zur eigenen Haushaltskonsolidierung ca. 57,5 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

4.4 Risiken wegen der SARS-CoV-2 Pandemie

Die sich im Geschäftsjahr 2020 ereignete Corona-Pandemie hat auch die Wohnungswirtschaft erreicht, jedoch nicht in dem Maße wirtschaftlich getroffen wie zunächst eingeschätzt. Die Branche Grundstücks- und Wohnungswirtschaft hat sich als weitgehend krisenresistent herausgestellt. Noch nicht absehbar ist, welche Folgen die bisherigen Einschränkungen der individuellen Lebensgestaltung in der Bevölkerung mittel- und langfristig haben werden. Es ist zudem noch nicht abschätzbar, welche Maßnahmen zur Eindämmung des lebensbedrohlichen Virus und seiner Mutationen ergriffen und dauerhaft eingehalten werden müssen, damit das öffentliche Leben und die Geschäftstätigkeit des Unternehmens wieder weitgehend uneingeschränkt geführt werden kann.

Neben den für das Jahr 2021 bereits jetzt absehbaren Einbußen im Bereich der Vermietung an private Urlauber und Gäste der Saalestadt im Boardinghaus Weinberg campus und den Gästewohnungen sind Risiken durch eine erhöhte Fluktuation nicht auszuschließen. Im Geschäftsjahr 2020 konnten umzugswillige Mieterinnen und Mieter coronabedingt ihrem Wunsch nicht immer nachkommen, eine neue Wohnung zu beziehen. Für das Unternehmen hatte dies einen geringeren Anstieg der Leerstandsquote in 2020 zur Folge. Dieser positive Effekt könnte sich im Folgejahr durch einen stärkeren Aufwuchs des Leerstands umkehren.

5 Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Die im Rahmen der Coronapandemie ergriffenen Maßnahmen für die Beschäftigten sieht die Gesellschaft als Chance, sich für künftige Krisen besser vorbereitet zu sehen. Die Ausweitung mobiler Arbeitsmethoden und die forcierte Digitalisierung in allen Bereichen und Prozessen tragen dazu bei, dass das Unternehmen auch in den kommenden Geschäftsjahren zukunftsfest bleibt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Marx, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		Feigl, Christian
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Krause, Johannes
		Raue, Alexander
		Rochau, Lothar
		Rothe, Uwe
		Scholtyssek, Andreas
		Sommer, Manfred
		Winkler, Steffen

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	22	23	24

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95
Volksbank Halle (Saale) eG	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	593.653	89	584.331	90	567.250	90	9.322	2
Umlaufvermögen	53.803	8	46.408	7	48.248	7	7.395	16
Rechnungsabgrenzungsposten	17.338	3	17.316	3	16.987	3	22	0

Bilanzsumme	664.794	100	648.055	100	632.485	100	16.739	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	309.061	46	300.877	46	290.106	46	8.184	3
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	10.503	2	10.759	2	11.004	2	-256	-2
Rückstellungen	4.066	1	2.728	1	5.156	1	1.338	49
Verbindlichkeiten	338.804	51	331.917	51	325.234	51	6.887	2
Rechnungsabgrenzungsposten	2.360	0	1.774	0	985	0	586	33

Bilanzsumme	664.794	100	648.055	100	632.485	100	16.739	3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	89.405	90.121	89.962
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	860	-238	579
sonstige betriebliche Erträge	727	951	1.064
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	7.618	11.403	9.434
Personalaufwand	41.497	43.952	42.236
Abschreibungen	16.130	15.375	14.001
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.130	13.471	14.513
Erträge aus Beteiligungen	7.279	6.710	7.121
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	135
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	240	283	360
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.650	7.195	7.693
Ergebnis nach Steuern	973	40	1.517
sonstige Steuern	13.191	15.777	14.453
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	6	5
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	13.184	15.771	14.448
Ausschüttung	55.871	46.677	38.674
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5.000	5.000	5.000
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.319	1.577	1.445
	62.736	55.871	46.677

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,75	17,50	16,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,35	6,44	5,94	%
Cash-Flow:	26.313	29.242	28.961	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	384	407	434	T€
Personalaufwandsquote:	16,36	15,04	13,86	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,25	90,11	88,95	%
Eigenkapitalquote:	46,49	46,43	45,87	%
Fremdkapitalquote:	53,51	53,57	54,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Wohneinheiten	15.332	15.282	15.297	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,5	8,0	7,8	%
Wohneinheiten HWG KG	2.241	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	4,6	4,0	4,4	%
Wohneinheiten HGWS	-	-	116	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HGWS	-	-	2,6	%
Gewerbeeinheiten	249	251	249	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,6	11,6	12,9	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	19	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	0,0	5,0	0,0	%
Gewerbeeinheiten HGWS	-	-	5	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HGWS	-	-	40,0	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2020

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten.

Der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Der alleinige Gesellschafter der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich am Wohnraumversorgungsauftrag als Bestandhalter und den Renditeerwartungen des Gesellschafters. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in allen Preissegmenten ausgerichtet. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Dies bedarf eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für differenzierte Zielgruppen umfasst.

Der Abschluss des ersten Investitionszyklus, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen und eine konstante Kreditverschuldung in Relation zur Einnahmenentwicklung sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss für 2020 sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH
Anteile	100 %	99,95 %
Stammeinlage	102.259.000 EUR	9.995 EUR

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über kein Personal. Die Bestände werden durch das Personal der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

In der deutschen Wirtschaft hinterließ die Corona-Pandemie im Jahr 2020 deutliche Spuren. So hat die Gesamtwirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im abgelaufenen Jahr eine tiefe Rezession erfahren. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 5,0 Prozent gesunken und damit im vergleichbaren Ausmaß wie bei der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009.¹

Die negative Entwicklung der Bruttowertschöpfung betraf nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Dabei konnte auch die Nachfrageseite die Wirtschaft nicht stützen. Insbesondere die privaten Konsumausgaben gingen im Jahr 2020 deutlich zurück. Dem entgegen konnte das Baugewerbe auch im Jahr 2020 zulegen, auch wenn der Zuwachs mit 1,4 Prozent deutlich geringer ausfiel als im Vorjahr (3,8 Prozent).²

An dieser Wirtschaftsleistung waren im Jahresdurchschnitt rund 44,8 Millionen Erwerbstätige beteiligt. Damit ist die Entwicklung der Erwerbstätigkeit seit mehr als 10 Jahren erstmals rückläufig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb dabei aufgrund der Kurzarbeiterregelungen stabil, während unter anderem eher geringfügig Beschäftigte von dem Rückgang betroffen waren.³ Die Arbeitslosenquote stieg vor diesem Hintergrund gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 5,9 Prozent.⁴

¹ Pressemitteilung Nr. 020 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2021

² Pressemitteilung Nr. 020 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2021

³ Pressemitteilung Nr. 020 des Statistischen Bundesamtes vom 14.01.2021

⁴ Statistisches Bundesamt (www.destatis.de) Konjunkturindikatoren – Arbeitsmarkt – Arbeitslosenquote Deutschland vom 5.01.2021, Abruf 15.01.2021

Im Ergebnis dessen hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig zugenommen. Der Anstieg betrug 0,8 Prozent. Bei der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war es hingegen rückläufig.⁵

Die Corona-Pandemie mit den damit verbundenen Einschränkungen und die gesamtwirtschaftliche Lage hatten auch Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale). So ist beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) vom III. Quartal 2019 bis zum III. Quartal 2020 deutlich gestiegen. Zum Ende des dritten Quartals 2020 lag diese bei 10,2 Prozent und damit 1,7 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Im Vorjahreszeitraum war diese noch rückläufig.⁶

Seit dem Jahr 2010 stieg die Zahl der Einwohner*innen kontinuierlich.⁷ In den Jahren 2019 und 2020 war diese in der Stadt Halle (Saale) wieder leicht rückläufig. Der Rückgang bei der Bevölkerung im Jahr 2020 betrug 0,4 Prozent. In der Stadt Halle (Saale) wohnen demnach fast 240.000 Einwohner*innen.⁸ Sowohl die natürliche als auch die räumliche Bevölkerungsbewegung trugen zu dieser Entwicklung bei.⁹

Vom III. Quartal 2019 bis zum III. Quartal 2020 blieb der Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) unverändert.¹⁰ Aufgrund des leichten Bevölkerungsrückgangs und des gleichbleibenden Wohnungsbestandes ist somit in diesem Zeitraum von einer stabilen bis leicht steigenden Leerstandsquote in der Stadt Halle (Saale) auszugehen.¹¹

Trotz der insgesamt verschlechterten Rahmenbedingungen sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 die Nettokaltmieten um 1,1 Prozent¹² gestiegen. Der Anstieg bei den Mieten in Sachsen-Anhalt fiel damit leicht höher aus als im Vorjahr.¹³ In Deutschland betrug der Mietenanstieg ca. 1,4 Prozent.¹⁴

Der Verbraucherpreisindex in Sachsen-Anhalt blieb mit einem Anstieg um 0,4 Prozent¹⁵ hinter der Mietenentwicklung zurück. Maßgeblicher Grund dafür ist vor allem die seit Juli 2020 geltende Senkung der Mehrwertsteuersätze.

Die Wohnnebenkosten haben sich in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 differenziert entwickelt, dürften aber aufgrund des deutlichen Preisrückgangs bei der Haushaltsenergie insgesamt gesunken sein.¹⁶

Die Baupreise haben sich im Berichtsjahr deutlich weniger dynamisch entwickelt als im Vorjahr. Der Preisindex für Bauwerksarten und Instandhaltung des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude nahm in 2020 um 2,1 Prozent zu. Daraus zeichnet sich jedoch keine Trendwende ab. Der Preisanstieg ist weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Ursache für den geringer ausgefallenen Preisanstieg dürfte im Wesentlichen die übergangsweise Mehrwertsteuersenkung sein.¹⁷

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen das erneut positive Jahresergebnis sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Die Entwicklung der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde neben den allgemeinen marktbedingten Rahmenbedingungen auch von der Corona-Pandemie beeinflusst. Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind jedoch als vergleichsweise gering zu bewerten. Die Entwicklung der Umsatzerlöse und der Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung, der größten Einnahmeposition der Gesellschaft, waren auch in 2020 stabil.

Die größten pandemiebedingten Auswirkungen trafen das Baugeschehen. Ursprünglich für 2020 geplante Baumaßnahmen, die bewohnte Wohnungen betreffen, wurden teilweise oder vollständig verschoben. Damit können einerseits geplante Mietsteigerungen erst später realisiert werden. Andererseits fallen dadurch aber auch keine Kapitalkosten zur Finanzierung der Maßnahmen an.

⁵ Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zur Pressekonferenz am 14. Januar 2021, Seite 22

⁶ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 3/2019 S. 40 und 3/2020 S. 40

⁷ Hallesches Statistisches Informationssystem, Bevölkerungsentwicklung 1994-2019, Stand 15.01.2021

⁸ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 4/2019 S. 30, Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2020 vom 22.01.2021

⁹ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2020 S. 12 und 13

¹⁰ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 3/2019 S. 23 und 3/2020 S. 23

¹¹ Quartalsmeldungen zum Wohnungsbestand, Leerstand, Sanierungsstand der Stadt Halle (Saale) vom 31.12.2019 und 30.09.2020

¹² Pressemitteilung Nr. 10/2021 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2021

¹³ Pressemitteilung Nr. 6/2020 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2020

¹⁴ Pressemitteilung Nr. 25 des Statistischen Bundesamtes vom 19.01.2021

¹⁵ Pressemitteilung Nr. 10/2021 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2021

¹⁶ Pressemitteilung Nr. 10/2021 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2021

¹⁷ Datentabelle zu Preisindizes für Bauwerksarten und Instandhaltung (Wohngebäude) des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 26.01.2021

Eine Herausforderung war die Corona-Pandemie auch für die Organisation der Gesellschaft. Zur Sicherstellung der laufenden Geschäftstätigkeit bei gleichzeitigem Schutz von Mitarbeiter*innen, Mieter*innen und Geschäftspartner*innen mussten zahlreiche Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Grundlage hierfür bildete ein mehrstufig und differenziert aufgestellter Pandemieplan. Personalausfälle konnten so gering gehalten werden.

Unabhängig von diesen aktuellen Entwicklungen wird seit dem Jahr 2008 die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben seit 2013 mit EUR 5 Mio. p.a. unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in gleicher Höhe in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft verarbeitet.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung in Stadtteilen, in denen die Gesellschaft mehr als 1.000 Wohnungen im eigenen Bestand bewirtschaftet, wurde zudem im Jahr 2019 im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ übernommen. In den Planungen der Gesellschaft ist dies berücksichtigt.

Innerhalb der Stadt Halle (Saale) hat sich der Immobilienmarkt in der Vergangenheit differenziert entwickelt. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile haben in den letzten 10 Jahren zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse erfahren¹⁸. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Die Folgen unterschiedlicher Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios durch beispielsweise lagebenachteiligte Quartiere können dadurch kompensiert werden.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Stadtumbauquartieren. Diese Teilmärkte haben sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. In den letzten Jahren zeigen sich hier jedoch teilweise gegenläufige Tendenzen. Insbesondere in der Großwohnsiedlung Silberhöhe ist der Leerstand im Portfolio der Gesellschaft vergleichsweise hoch.

Die Teilmärkte in den Stadtumbauquartieren bleiben weiterhin bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Sie sind deshalb in den kommenden Jahren ein wichtiges Handlungsfeld für die Gesellschaft. Zur Verbesserung der Marktsituation in diesen Stadtteilen hat die Gesellschaft ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit intensiviert, auch wenn sich beides pandemiebedingt teilweise verzögert.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft im Hinblick auf die Investitionstätigkeit wird weiterhin auch von der aktuellen Marktsituation im Baugewerbe beeinflusst. Investitionsmaßnahmen müssen im Hinblick auf Umsetzungszeitpunkt und Umfang eingehender untersucht werden. Kurz- bis mittelfristig hat sich die Gesellschaft planungsseitig auf diese Situation eingestellt.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2020 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

In der Hausbewirtschaftung wurden das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung, sowie die angestrebte Leerstandsquote nicht vollständig erreicht.

Die um die Erlösschmälerung wegen Leerstand bereinigten Sollmieten befinden sich dennoch auf Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der Bestandsabgänge des ehemaligen Beteiligungsunternehmens Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH in 2019 wurde damit im Hinblick auf die verbliebenen Bestände trotzdem eine Umsatzsteigerung erzielt. Der Leerstand konnte ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen leicht gesenkt werden.

Die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen konnte aufgrund der mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen ebenfalls nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.

In 2020 erwirtschaftete die Gesellschaft im Einzelabschluss ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 13.184 (Vj. TEUR 15.771). Das Jahresergebnis fällt damit um fast EUR 5 Mio. höher aus als geplant.

¹⁸ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 4/2010 S. 20 und Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2020 vom 22.01.2021

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele, jedoch für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen des Tochterunternehmens HWG KG.

Zum Jahresende bewirtschaftete der Konzern 17.573 Wohn- und 268 Gewerbeeinheiten. Der Wohnungsbestand ist damit im Vergleich zum Vorjahr planmäßig um 51 Wohnungen gestiegen. Dies resultiert im Saldo aus der Fertigstellung einer Neubaumaßnahme, Bestandsveränderungen bei Sanierungsmaßnahmen und außerplanmäßigen Verkäufen.

Bestand und Leerstand	2020	2019	Veränderung	
HWG mbH				
Wohneinheiten	15.332	15.282	50	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,5	8,0		%
Gewerbeeinheiten	249	251	-2	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,6	11,6		%
sonstige Einheiten	2.003	1.988	15	Einheiten
HWG KG (angemietet)				
Wohneinheiten	2.241	2.240	1	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,6	4,0		%
Gewerbeeinheiten	19	20	-1	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	0,0	5,0		%
sonstige Einheiten	222	222	0	Einheiten
Konzern gesamt				
Wohneinheiten	17.573	17.522	51	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,1	7,5		%
Gewerbeeinheiten	268	271	-3	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,0	11,1		%
sonstige Einheiten	2.225	2.210	15	Einheiten

Die Gesellschaft geht perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus.

Die zum Jahresende 2020 angestrebte Leerstandsquote von unter 6 Prozent konnte nicht erreicht werden. Der Leerstand lag entgegen den Planungen bei 7,1 Prozent (Vorjahr 7,5 Prozent). Dennoch ist es der Gesellschaft auch unter den derzeit schwierigeren Rahmenbedingungen gelungen, den tendenziellen Leerstandsanstieg aus den Vorjahren zu stoppen und den Leerstand entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung in 2020 zu senken¹⁹.

Der Leerstandsabbau wird maßgeblich von der Investitionstätigkeit der Gesellschaft gestützt. Die Fertigstellung und Vermietung von im unbewohnten Zustand sanierten Beständen spielte hierbei eine bedeutende Rolle. Über den gesamten Bestand konnte auch dadurch eine Anschlussvermietungsquote von 105 Prozent erreicht werden.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre ist dies eine erfolgreiche Entwicklung. Die eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen zeigen ihre Wirkung, auch wenn noch nicht die angestrebte Leerstandsquote erreicht wurde.

Die größten Abweichungen von den Planzahlen beim Leerstand liegen in den Stadtteilen Heide-Nord, Silberhöhe und Nördliche Innenstadt. Hauptursache bei letztgenanntem Stadtteil sind Bauverzögerungen bei einem Neubauvorhaben, so dass hier zum Jahresende keine Vollvermietung mehr erreicht werden konnte. Diese ist für 2021 geplant.

Bei den beiden Großwohnsiedlungen sind die abweichenden Leerstandskennzahlen teilweise ebenfalls investitionsinduziert. In beiden Stadtteilen wurden geplante Investitionsmaßnahmen pandemiebedingt verschoben.

¹⁹ Quartalsmeldungen zum Wohnungsbestand, Leerstand, Sanierungsstand der Stadt Halle (Saale) vom 31.12.2019 und 30.09.2020

Nicht nur durch eine veränderte Investitionstätigkeit wirkten Einflüsse aus den pandemiebedingten Einschränkungen auf die Leerstandsentwicklung. Im ersten Halbjahr 2020 musste zeitweise ein deutlicher Rückgang der Kontakte für Neuvermietungen und eine damit verbundene Reduzierung der Vertragsabschlüsse verzeichnet werden. Bis zum Jahresende konnte dies nicht mehr aufgeholt werden.

Näheres zur Leerstandsentwicklung wird auch unter 3. Chancen- und Risikobericht/ Mietertragsrisiko ausgeführt.

Die Umsatzerlöse entfallen zu mehr als 99 Prozent auf die Hausbewirtschaftung und entwickeln sich seit Jahren positiv. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind sie durch den Sondereffekt im Zusammenhang mit dem Bestandsabgang des ehemaligen Tochterunternehmens Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH und der davon angemieteten Bestände beeinflusst. Die durch den Bestandsabgang fehlenden Sollmieten konnten in 2020 durch Mietsteigerungen bei anderen Beständen ausgeglichen werden.

Dementsprechend lagen die Sollmieten im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Vorjahres- und Planniveau. Gestützt wird diese unter Berücksichtigung der Bestandsabgänge positive Entwicklung durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen und bei Fluktuation. Hier konnten planmäßige Mieten erzielt werden.

Die Leerstandsverluste auf Sollmieten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und liegen damit deutlich über dem Plan. Verschobene Investitionsmaßnahmen sind hierbei ebenso ursächlich wie das erst kurz vor dem Jahresende fertiggestellte Neubauprojekt, dessen Vermietung überwiegend erst im Folgejahr erfolgen/wirksam wird. Die insgesamt nicht planmäßige Leerstandsentwicklung wirkt sich hier ebenfalls aus.

	2020	2019	Veränderung	Veränderung
HWG mbH	TEUR	TEUR	TEUR	%
Sollmieten	68.840	68.748	92	0,1
Leerstandsverluste	4.219	4.127	92	2,2
Sollmieten abzügl. Leerstand	64.621	64.621	0	0,0

Die Sollmieten für alle Nutzungsarten haben sich positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 5,59 EUR/m² (Vj. 5,53 EUR/m²).

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieter*innen bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommensschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus ist eine wesentliche strategische Zielstellung der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2020 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 20.965 (Vj. TEUR 32.008) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr und zur Planung deutlich weniger in ihre Bestände.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen plante die Gesellschaft im Jahr 2020 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von TEUR 30.750. Das realisierte Bauvolumen fiel gegenüber dem Plan damit um etwa ein Drittel geringer aus.

Wesentliche Veränderungen traten bei Realisierungsprojekten aufgrund der pandemiebedingten Rahmenbedingungen auf. Ursprünglich für 2020 geplante Maßnahmen, die bewohnte Wohnungen betreffen, wurden zum Schutz der Mieter*innen als zwingenden gesellschaftlichen Beitrag zur Viruseindämmung und im Hinblick auf die Gewährleistung störungsarmer Bauabläufe teilweise oder vollständig auf einen späteren Realisierungszeitpunkt verschoben. Dies betrifft Teilsanierungen in den Stadtteilen Heide-Nord, Waldstadt Silberhöhe und Südstadt für etwa 240 Wohnungen mit einem Bauvolumen in Höhe von mehr als EUR 9 Mio.

Bei einem Bauprojekt wurde nach Machbarkeitsuntersuchungen aufgrund veränderter Verwertungsabsichten (Verkauf) nicht mit der Baurealisierung begonnen (EUR 0,4 Mio.).

Bauzeitverzögerungen und Leistungsverschiebungen bei laufenden Sanierungsmaßnahmen führten ebenfalls zu einer planabweichenden Leistungserbringung im Jahr 2020. So mussten bei einigen Aufzugsanbauten beispielsweise aufgrund von Lieferschwierigkeiten der Hersteller die Bauzeiten verlängert werden. Diese Leistungen in Höhe von EUR 1,7 Mio. fallen erst im Jahr 2021 an und sind planungsseitig berücksichtigt. Bei drei Projekten verlagerte sich dem entgegen die Leistungserbringung durch Bauzeitverzögerungen mehr ins Berichtsjahr als geplant. Hierdurch erhöhte sich in 2020 das Bauvolumen inklusive erbrachter Mehrleistungen um ca. EUR 3,3 Mio.

In Folge dieser umfassenden Veränderungen bei den Realisierungsprojekten kam es in 2020 auch bei den Bauvorbereitungsmaßnahmen zu Verschiebungen, so dass im abgelaufenen Jahr im Saldo nicht im geplanten Umfang Mittel benötigt wurden (EUR -0,9 Mio.). Gründe hierfür liegen auch in veränderten Umsetzungsmodellen (Projektrealisierung mit Beteiligung Dritter) oder Verzögerungen bei Verhandlungen zu Auftragsbauten. Davon abgesehen gewinnt aufgrund der Baukostenentwicklung die Bauvorbereitung immer mehr an Bedeutung. Die Gesellschaft investiert hier mehr Zeit für umfassendere Untersuchungen zur Abwägung des Sanierungsumfangs mit Blick auf den Erhalt der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung vertretbarer Mieten.

Die Investitionsplanung 2020 sah vor, dass etwa 400 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren oder neu errichtet werden und Gebäude mit ca. 370 weiteren Wohnungen erstmals Aufzugsanlagen erhalten.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden durch Komplettsanierungen und Neubau in 2020 ca. 160 Wohnungen fertig gestellt. Im Rahmen dieser Komplettsanierungen reduzierte sich der Bestand durch Zusammenlegungen um 6 Wohnungen. Bei den verbleibenden ca. 240 Wohnungen wurden die geplanten Maßnahmen pandemiebedingt teilweise oder vollständig in das Folgejahr verschoben.

Mit den Aufzugsein- und anbauten konnten in 2020 insgesamt ca. 250 Wohnungen erstmals mit Aufzügen ausgestattet werden. Die Inbetriebnahme der Aufzüge erfolgte Anfang 2021. Die Fertigstellung der übrigen Aufzugsanbauten bei ca. 120 Wohnungen wird sich aus vorgenannten Gründen bis zum Beginn des II. Quartals 2021 verzögern.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden erreicht.

Die Tochtergesellschaft HWG KG hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Investitionstätigkeit.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms waren Maßnahmen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Im Laufe des Geschäftsjahres stellte die Gesellschaft gemäß Plan erneut verstärkt Mittel für die Instandsetzung von Wohnungen bereit. Die Maßnahme diente dem Abbau bestehender Leerstände. Gleichzeitig soll die Wohnqualität in den Beständen der Gesellschaft unter Beachtung der Nachfragepräferenzen gesteigert werden.

Das Instandhaltungsbudget wurde für das Jahr 2020 mit ca. EUR 14,0 Mio. für Aufträge an Dritte zuzüglich der Leistungen der Handwerker des eigenen Servicebetriebes geplant.

Im Berichtsjahr hat die Muttergesellschaft HWG mbH für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für die eigenen und die angemieteten Bestände Fremdleistungen in Höhe von TEUR 10.991 (Vj. TEUR 12.997) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies EUR 10,65 (Vj. 12,66 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind. Anteilig für Instandhaltung wurden im Geschäftsjahr TEUR 3.699 ermittelt (Vj. TEUR 3.032).

Grundstücksverkehr

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgte der prognostizierte Liquiditätszufluss in Höhe von ca. EUR 1,1 Mio. aus Verpflichtungsgeschäften des Vorjahres.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft entgegen der Planung für das Jahr 2020 im vergangenen Geschäftsjahr vier Grundstücksverkaufsverträge abgeschlossen. Mit zwei Kaufverträgen wurden zwei unrentable Wohn-/Geschäftsbauten veräußert, welche nach unternehmensinterner Prüfung nicht mehr für eine eigene Sanierung vorgesehen waren. Bei den verbliebenen zwei Kaufverträgen handelt es sich um Bereinigungen der Grundstücks-/Eigentümersituation nach Projektentwicklung bzw. im Rahmen des Stadtbahnprogramms.

Der vereinbarte Kaufpreis aus diesen Verkaufsverträgen beträgt insgesamt ca. EUR 0,6 Mio. und ist vollständig in 2020 bei der Gesellschaft eingegangen. Die Kaufpreiszufüsse betragen somit insgesamt ca. EUR 1,7 Mio.

Ankäufe waren pauschal im Umfang von EUR 0,5 Mio. geplant, wurden aber mangels attraktiver und zum Portfolio passender Angebote nicht umgesetzt. Lediglich ein Ankaufsvertrag zum Zwecke der Quartiersaufwertung über eine unbebaute Grundstücksfläche wurde im Jahr 2020 abgeschlossen. Der Kaufpreis beträgt TEUR 25 und fließt erst im Folgejahr.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2020 hatte der Konzern 267 Beschäftigte.

Beschäftigte und Kapazitäten zum Stichtag (31.12.)	2020		2019		Veränderung	
	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE
Beschäftigte gesamt	267	261	268	263	-1	-2
davon produktiv Beschäftigte	248	242	251	246	-3	-4
Geschäftsführung	1	1	1	1	0	0
kaufmännische Verwaltung	151	147	152	148	-1	-1
Technische Verwaltung	16	15	14	13	2	2
Servicebetrieb	56	55	58	58	-2	-3
Hausmeister	24	24	26	26	-2	-2
davon nicht produktiv Beschäftigte	10	10	7	7	3	3
davon zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	9	9	10	10	-1	-1
Kaufmännische Ausbildung	5	5	6	6	-1	-1
Gewerblich-technische Ausbildung	4	4	4	4	0	0

Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit zum Vorjahr nur unwesentlich verändert.

In 2020 wurden vorbereitende Maßnahmen zur Neu- und Umgestaltung der Abteilung Technisches Immobilienmanagement veranlasst. Die Umsetzung ist für 2021 vorgesehen. Hierzu gehörte unter anderem die Ausschreibung der Stelle Abteilungsleitung Technisches Immobilienmanagement, welche im Ergebnis ab Februar 2021 neu besetzt ist.

Alle Beschäftigten sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigte kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft.

Der Personalentwicklung in der HWG mbH liegt seit 2020 ein neues Personalentwicklungskonzept zu Grunde.

Die Ausbildung von Fachkräften für die Gesellschaft nimmt unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktentwicklungen weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben insgesamt drei junge Menschen ihre Ausbildung bei der HWG mbH begonnen. Das Ausbildungsprogramm 2020 umfasst kaufmännische Berufe (Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung (m/w/d) und Immobilienkaufmann (m/w/d) sowie einen handwerklichen Beruf (Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (m/w/d)).

Im Geschäftsjahr engagierte sich die HWG mbH erneut gemeinsam mit der Joblinge gAG gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Neben der Ausbildung ist auch die Weiterbildung für den Unternehmenserfolg wichtig. Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie konnte dies nur eingeschränkt oder in anderer Form, z. B. als Onlineseminare, umgesetzt werden. Somit konnte die Gesellschaft auch im Jahr 2020 die fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen gezielt weiterentwickeln. Es nahmen beispielsweise fünf Mitarbeiter*innen an längerfristigen Qualifikationsmaßnahmen sowie ca. 100 Mitarbeiter*innen und Mitarbeiter an Inhouse-Schulungen (Kommunikation / fachspezifische Themen) bzw. Webinaren teil.

Die bedarfs- und anforderungsgerechte Kompetenzentwicklung ist zudem ein wesentlicher Bestandteil des Mitarbeiterdialogs, im Rahmen dessen Zielstellungen der Zusammenarbeit sowie fachliche und persönliche Ziele für das Geschäftsjahr zwischen Führungskraft und Mitarbeiter*innen besprochen werden.

Seit dem Jahr 2012 sind die familienbewusste Personalpolitik der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zertifiziert.

Neben der Personalentwicklung ist auch die ständige Optimierung und Anpassung von Arbeitsprozessen an die aktuellen Rahmenbedingungen wichtig. Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch sowie abteilungsbezogenen Prozessen/Arbeitsanweisungen festgehalten, welche fortlaufend aktualisiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Operationalisierung der strategischen Ziele der Gesellschaft. Daran wird auch im Jahr 2021 gearbeitet.

Die Digitalisierungsschwerpunkte lagen im Jahr 2020 auf dem Finanzmanagement und dem technischen Bestandsmanagement. In diesem Zusammenhang wurden die inhaltlichen und systemseitigen Grundlagen für einen technischen Datenstamm als Basis für eine systematische Investitions- und Instandsetzungsplanung weiter qualifiziert. Die Umsetzung beginnt in 2021. Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr nach Schaffung der Voraussetzungen im Vorjahr die Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung des Unternehmens mit einer neuen Planungssoftware durchgeführt.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anhand von Tabellen dargestellt. Die tabellarischen Angaben können in den Einzelpositionen durch die Aufrundung auf volle TEUR Rundungsdifferenzen aufweisen.

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2020 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	652.934	94,1	645.023	94,8	7.911
Langfristige Forderungen	72	0,0	81	0,0	-9
Vorräte	26.479	3,8	25.614	3,8	865
kurzfristige Forderungen	3.183	0,5	3.627	0,5	-444
Flüssige Mittel	10.934	1,6	5.729	0,9	5.205
Übrige Aktiva (RAP)	145	0,0	169	0,0	-24
Gesamtvermögen	693.747	100,0	680.243	100,0	13.504

Konzern	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	297.375	42,9	289.665	42,6	7.710
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	339.300	48,9	333.194	49,0	6.106
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	57.072	8,2	57.384	8,4	-312
Gesamtkapital	693.747	100,0	680.243	100,0	13.504

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	593.653	89,3	584.331	90,2	9.322
Langfristige Forderungen	13.220	2,0	11.450	1,8	1.770
Vorräte	26.479	4,0	25.614	3,9	865
kurzfristige Forderungen	3.170	0,5	3.615	0,5	-445
Flüssige Mittel	10.934	1,6	5.729	0,9	5.205
Übrige Aktiva (RAP)	17.338	2,6	17.316	2,7	22
Gesamtvermögen	664.794	100,0	648.055	100,0	16.739

HWG mbH	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	319.564	48,1	311.636	48,1	7.928
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	291.282	43,8	282.055	43,5	9.227
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	53.948	8,1	54.364	8,4	-416
Gesamtkapital	664.794	100,0	648.055	100,0	16.739

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Eigenkapitalquoten und Sachanlagenintensität sind nahezu auf Vorjahresniveau. Das Anlagevermögen wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst.

HWG mbH	2020	2019		Erläuterung
Sachanlagenintensität	89,3	90,1	%	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	46,5	46,4	%	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	53,5	53,6	%	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr im Konzern- und im Jahresabschluss sowohl vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen als auch den Aufwuchs der langfristigen Verbindlichkeiten geprägt. Im Vergleich zum Jahresabschluss der HWG bH stiegen im Konzern die langfristigen Verbindlichkeiten weniger dynamisch, da die Tochtergesellschaft HWG KG keine neuen Darlehen aufnimmt und kontinuierlich durch Tilgung entschuldet.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 1.011 (Vj. TEUR 1.770) gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Grundstücke und Gebäude wurden im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Beim Abgleich der im Kernbestand bilanzierten Bodenbuchwerte mit den amtlichen Bodenrichtwerten festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Konzern und HWG mbH	31.12.2020 TEUR	31.12.2019 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.011	1.770	-759
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	1	13	-12
Gesamt	1.012	1.783	-771

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.364 (Vj. TEUR 2.479).

Konzern und HWG mbH	31.12.2020 TEUR	31.12.2019 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.364	1.048	316
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	0	1.431	-1.431
Gesamt	1.364	2.479	-1.115

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen positiv beeinflusst (TEUR 352; Vj. TEUR 696). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2020 TEUR	2019 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	32.995	28.245	4.750
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.523	-21.214	1.691
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-8.267	-12.073	3.806
Zahlungswirksame Veränderungen	5.205	-5.042	10.247
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.729	10.771	-5.042
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.934	5.729	5.205

HWG mbH	2020 TEUR	2019 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	27.742	21.613	6.129
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.527	-20.606	1.079
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.010	-5.977	2.967
Zahlungswirksame Veränderungen	5.205	-4.970	10.175
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.729	10.699	-4.970
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.934	5.729	5.205

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** haben sich sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Wesentliche Ursache ist der nicht zahlungswirksame Buchgewinn aus der Veräußerung an der HGWS (TEUR 4.850) in 2019, der damals durch das im Vergleich mit 2020 höhere Periodenergebnis nicht kompensiert werden konnte (TEUR 13.184; i.Vj. TEUR 15.771).

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** veränderte sich im Konzern und bei der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich, obwohl das Bauinvestitionsvolumen deutlich geringer ausfiel (siehe Kapital 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung), da die außergewöhnlichen Zuflüsse aus der Veräußerung des Vermögens des ehemaligen Beteiligungsunternehmens Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH nicht erneut wie im Vorjahr anfielen.

Die Unterschiede der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zwischen Konzern und HWG mbH ergeben sich aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	19,2	10,0	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	24,7	16,3	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektivverschuldung	382.038	380.972	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

HWG mbH	31.12.2020	31.12.2019	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	20,3	10,5	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	26,1	17,2	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektivverschuldung	300.568	298.308	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern betrug TEUR 306.294 (Vj. TEUR 297.654). Darin enthalten sind endfällige Schuldscheindarlehen in Höhe von TEUR 33.500 (Vj. TEUR 0). Damit konnte die Gesellschaft sowohl die Zinsaufwendungen durch gezieltes Darlehensmanagement weiter senken als auch die Tilgungen im Portfolio reduzieren, welche in den zurückliegenden Jahren durch die intensive Nutzung von KfW-Mitteln und sowie durch Synchronisierung von Zinsbindung und Darlehenslaufzeit stetig stiegen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut KfW-Förderprogramme und Zuwendungen aus Landesmitteln genutzt.

Von den in 2020 bei der HWG mbH zur Prolongation anstehenden Darlehen wurden im Geschäftsjahr sieben Darlehen (TEUR 10.492) mit dem Ziel der weiteren Optimierung des Darlehensportfolios durch Sondertilgungen in Verbindung mit der Aufnahme der Schuldscheindarlehen abgelöst.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken für jeweils ein Darlehen durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zins-swaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 1.591 (Vj. TEUR 4.045) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 6.000 (Vj. TEUR 1.000). Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr erfolgte im Zusammenhang mit den Gesamtmaßnahmen zur pandemiebedingten Risikovorsorge. Die Inanspruchnahme erfolgte in Höhe von TEUR 204 (Vj. TEUR 0) kurzzeitig am Tag vor dem Mittelzufluss aus dem Schuldscheindarlehen. Es bestanden keine Liquiditätsengpässe.

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Konzern	2020		2019		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.405	98,3	90.105	99,2	-700
Bestandsveränderung	860	0,9	-238	-0,2	1.098
Eigenleistung	727	0,8	951	1,0	-224
Gesamtleistung	90.992	100,0	90.818	100,0	174
Materialaufwand	37.977	41,7	39.968	44,0	-1.991
Personalaufwand	16.130	17,7	15.375	17,0	755
Abschreibungen	14.551	16,0	15.088	16,6	-537
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.761	5,2	4.792	5,3	-31
./.. sonstige betriebliche Erträge	-2.955	-3,2	-3.472	-3,8	517
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	6	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	70.471	77,4	71.757	79,1	-1.286
Betriebsergebnis	20.521	22,6	19.061	20,9	1.460
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-8.634		-9.689		1.055
Neutrales Ergebnis	2.042		6.237		-4.195
Ergebnis vor Ertragsteuern	13.929		15.609		-1.680
Ertragsteuern	973		40		933
Jahresergebnis	12.956		15.569		-2.613

HWG mbH	2020		2019		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.405	98,3	90.121	99,2	-716
Bestandsveränderung	860	0,9	-238	-0,2	1.098
Eigenleistung	727	0,8	951	1,0	-224
Gesamtleistung	90.992	100,0	90.834	100,0	158
Materialaufwand	41.497	45,6	43.952	48,4	-2.455
Personalaufwand	16.130	17,7	15.375	17,0	755
Abschreibungen	13.130	14,4	13.471	14,8	-341
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4.649	5,1	4.666	5,1	-17
./.. sonstige betriebliche Erträge	-2.952	-3,2	-3.473	-3,8	521
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	6	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	72.461	79,6	73.997	81,5	-1.536
Betriebsergebnis	18.531	20,4	16.837	18,5	1.694
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-6.410		-6.911		501
Neutrales Ergebnis	2.036		5.885		-3.849
Ergebnis vor Ertragsteuern	14.157		15.811		-1.654
Ertragsteuern	973		40		933
Jahresergebnis	13.184		15.771		-2.587

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus.

Die Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss/Umsatzerlöse) betrug bei der HWG mbH 14,7 Prozent (Vj. 17,5 Prozent) und im Konzern 14,5 Prozent (Vj. 17,3 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital bereinigt um Bilanzgewinn) beträgt 5,4 Prozent (HWG mbH) und 5,3 Prozent (Konzern) (Vj. beide 6,4 Prozent).

Wie im Vorjahr stammen 99,4 Prozent der **Umsatzerlöse** 2020 sowohl der HWG mbH als auch des Konzerns aus der Hausbewirtschaftung.

Die **Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH** aus der Hausbewirtschaftung sanken moderat um 0,8 Prozent (Vj. Anstieg um 0,5 Prozent). Dies muss im Kontext mit dem Abgang der angemieteten Bestände des im Vorjahr veräußerten Tochterunternehmens gewertet werden (siehe auch 2.3.1 Hausbewirtschaftung). Differenziert betrachtet blieben die Umsätze aus Mieten (hier: Sollmieten abzüglich Leerstandsverluste siehe Seite 11) konstant (Vj. Anstieg um 0,6 Prozent), während die Umsätze aus Betriebskostenumlagen erneut rückläufig waren (-1,7 Prozent; Vj. -1,2 Prozent).

Die Entwicklung der Mieten ist weiterhin wesentlich für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Die **Umsatzerlöse der HWG KG** betreffen im Wesentlichen die Leasingraten, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind neben den Zuschreibungen auf das Anlagevermögen (TEUR 1.364; Vj. TEUR 2.479) wesentlich durch die Erträge aus Grundstücksverkäufen (TEUR 1.374; Vj. TEUR 904) geprägt.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG. Die Aufwendungen für die Anmietung fallen nur bei der HWG mbH an und werden im Konzernabschluss konsolidiert. Verminderungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren vor allem aus veränderten Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen.

Bei der Entwicklung des **Personalaufwandes** wirkte sich im Geschäftsjahr der Anstieg der Mitarbeiterzahl aus dem Vorjahr erstmals ganzjährig aus, während im Geschäftsjahr die Anzahl der Beschäftigten nahezu konstant blieb (siehe 2.3.3 Personal und Organisation). Der Einfluss tariflicher Maßnahmen beschränkte sich im Geschäftsjahr auf eine einmalige im Vergütungsstarifvertrag vereinbarte Corona-Prämie, die seitens der Gesellschaft durch Vereinbarung der Betriebsparteien aufgestockt wurde.

Mit den Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) drückt sich im Einzelunternehmen diese Veränderung in der Verringerung der Gesamtleistung je Mitarbeiter und in der Erhöhung der Personalaufwandsquote aus.

	2020	2019	Erläuterung
Gesamtleistung	98.610	102.237	TEUR Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge (lt. GuV)
Gesamtleistung je Mitarbeiter	384	407	TEUR Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung und Auszubildende)
Personalaufwandsquote	16,4	15,0	% Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.012 (Vj. TEUR 1.783) (siehe 2.4.1 Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand**, um neutrale Bestandteile bereinigt, entspricht dem Vorjahresniveau. Er enthält im Wesentlichen sächliche Verwaltungskosten mit IT-Kosten, übrigen Aufwand wie Rückstellungszuführungen sowie Aufwendungen des Unternehmens für Marketing- und Veranstaltungskosten, Beratungskosten, Beiträge und Sponsoring.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch die Senkung der Zinsaufwendungen für Darlehen positiv beeinflusst (HWG mbH TEUR 6.650; Vj. TEUR 7.194; Konzern TEUR 8.888; Vj. TEUR 10.009). Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Zinsaufwendungen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG (TEUR 2.238; Vj. TEUR 2.815; davon TEUR 177 aus der HGWS) enthalten sind.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 4.666; Vj. TEUR 7.930; Konzern TEUR 4.666; Vj. TEUR 8.275) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 2.630; Vj. TEUR 2.045; Konzern TEUR 2.623; Vj. TEUR 2.038), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 497; Vj. TEUR 529), Erträge aus Wertschöpfungen und Nutzungsentgelten für Gestattungen (TEUR 602; Vj. TEUR 199), Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (TEUR 1.408; Vj. TEUR 480) sowie Aufwand aus Anlageabgängen (TEUR 54; Vj. TEUR 108) und Spenden (TEUR 162; Vj. TEUR 170). Aufwand durch Schadenersatz entstand im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme (TEUR 750; Vj. TEUR 8) und wurde wegen der außergewöhnlichen Größenordnung und Bedeutung (vgl. Angaben im Anhang) ebenfalls dem neutralen Ergebnis zugeordnet. Im Vorjahr ist darüber hinaus im Konzern das Ergebnis aus der Endkonsolidierung verarbeitet (Ertrag TEUR 5.178), im Einzelunternehmen der Abgang aus der Veräußerung des Finanzanlagevermögens (Ertrag TEUR 4.850) betreffend das ehemalige Tochterunternehmen HGWS.

Das **Bewertungsergebnis** ist Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen und die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist stabil. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führten im Geschäftsjahr zu keinen erheblichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken weiterentwickelt und entsprechend im Geschäftsjahr umgesetzt.

Die Schwerpunkte des weiterentwickelten Risikomanagementsystems sind strategische bzw. mittel- und langfristige Risiken mit deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie sonstige Entwicklungen der Gesellschaft. Basierend auf dem strategischen Zielbild der HWG mbH mit seinen Handlungsschwerpunkten zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit wurde dieses zu einem integrierten Kennzahlen- und Risikomanagementsystem qualifiziert. Aus dem strategischen Zielbild mit den festgelegten Teilstrategien leiten sich Kennzahlen ab, die als Mess- und Steuerungsgrößen zur Zielerreichung dienen. An dem Prozess sind neben der Geschäftsführung alle Abteilungen beteiligt.

Die für die Geschäftstätigkeit und im Hinblick auf das Zielbild typischen allgemeinen und immobilienpezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Dort sind die für das jeweilige Risiko verantwortlichen Fachabteilungen benannt. Dieser Risikokatalog bildet die Grundlage für die jährliche Risikoinventur.

Die Risikoinventur findet jährlich im ersten Quartal des Geschäftsjahres statt. Sie wird in Form von Gesprächen zwischen dem Unternehmenscontrolling und der jeweils verantwortlichen Abteilungsleitung durchgeführt. Dabei werden die Risiken auf Vollständigkeit und hinsichtlich der Einschätzung zu Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit überprüft. Der Risikokatalog wird entsprechend der Ergebnisse angepasst und ggf. werden erforderliche Steuerungsmaßnahmen vereinbart.

Über Risiken, die aufgrund von Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit sowie im Hinblick auf das Zielbild von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung und Steuerung der Gesellschaft sind, wird quartalsweise berichtet. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen und eingeleitet.

Ergebnisse der Risikoinventur fließen zudem in die Planungen der Gesellschaft ein. Insbesondere Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Dazu gehörten im Jahr 2020 das Mietertrags-, das Leerstands-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Eine Über- oder Unterschreitung der aus der Jahresplanung abgeleiteten Messgrößen führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering eingeschätzt.

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf Risiken, welche sich aufgrund der Corona-Pandemie hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotential verstärkt haben. Dazu gehört insbesondere das Mietertragsrisiko. Risiken im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der wesentlichen betrieblichen Arbeitsprozesse einerseits und dem Schutz für Mitarbeiter*innen, Kund*innen und Geschäftspartner*innen andererseits hatten aufgrund der Corona-Pandemie ebenfalls eine übergeordnete Bedeutung und unterlagen einer anlassbedingten außerplanmäßigen Risikoinventur.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko erneut eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde dieses Risiko neben der allgemeinen Marktentwicklung auch durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Letzteres hatte bisher jedoch nur geringe Auswirkungen auf die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Nachfolgend wird dazu noch näher ausgeführt.

Die Wohnungsmarktlage hat sich in den letzten Jahren in der Stadt Halle (Saale) verbessert und ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil geblieben. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings differenziert. Vor diesem Hintergrund muss auch die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos differenziert eingeschätzt werden.

In einigen Teilen der Stadt Halle (Saale), insbesondere in innerstädtischen und innenstadtnahen Stadtteilen, wird Wohnraum zunehmend knapper. Hier ist in einigen Stadtteilen und Marktsegmenten eine Anspannung zu verzeichnen. Wohnraumbedarf im gehobenen Segment kann nicht im vollen Umfang gedeckt werden. Dies führt zu steigenden Mieten im oberen Preissegment. Das Mietertragsrisiko in diesen Lagen und Marktsegmenten hinsichtlich des Leerstandes ist als sehr gering einzustufen.

Einige Stadtteile hingegen konnten nicht in dem Maße von den insgesamt positiven Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale) profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Großwohnsiedlungen und im Hinblick auf das Portfolio der Gesellschaft insbesondere für den Stadtteil Silberhöhe. In den Großwohnsiedlungen sind gegenüber dem Unternehmensdurchschnitt überdurchschnittliche Leerstände zu verzeichnen oder diese nur mit überdurchschnittlichem Aufwand zu begrenzen. In diesen Lagen ist das Mietertragsrisiko als erhöht einzuschätzen.

Daraus resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügt über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio hebt sich die Gesellschaft vom Wettbewerb ab. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren. Negative Entwicklungen können durch positive Entwicklungen kompensiert werden, so dass das Mietertragsrisiko insgesamt als gering eingeschätzt werden kann.

Diese Einschätzung wird auch durch die Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr gestützt. Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung konnte der Leerstand nach dem Anstieg in den Vorjahren 2020 gesenkt werden.

Dabei ist es auch im Stadtteil Silberhöhe gelungen, den Leerstand stabil zu halten. Dazu haben die laufende Vermietungstätigkeit und die eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen beigetragen. Die Anschlussvermietungsquote in den Beständen im Stadtteil mit aktiver Vermietungstätigkeit lag in 2020 bei ca. 126 Prozent. Pandemiebedingt konnte der Leerstand in den Investitionsobjekten nicht planmäßig abgebaut werden, da Investitionen verschoben wurden und dies bei einigen Beständen zu einem Aufwuchs beim Leerstand führte.

Ein weiteres mittel- bis langfristiges Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. und der §§ 559 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Mietanpassungen nach § 559 BGB ff. sind gesetzlich begrenzt und werden aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Investitionstätigkeit erst zeitlich verzögert realisiert werden können. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert. Die Stadt Halle (Saale) hat die Erstellung eines neuen Mietspiegels beauftragt, welcher auskunftsgemäß Mitte 2021 fertiggestellt werden soll. Ergebnis und Auswirkungen für die Gesellschaft bleiben abzuwarten.

Weitere Risiken zur Mietertragsentwicklung können sich aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Absenkung des Umlagesatzes nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen (Zeitraum/Höhe) schränken die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitigem Anstieg der Baupreise aufgrund der Marktlage und gesetzlicher Anforderungen bereits weiter ein. Von der Mietpreisbremse ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Gesamtheit der Einflüsse der Corona-Pandemie auf die gesamtwirtschaftliche Lage hatte bisher nur geringe Auswirkungen auf die Wohnungsmietverhältnisse. Auch das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ und dem darin geregelten Mieterschutz führte bisher nicht zu einem Forderungsanstieg und Umsatzverlusten. Entstandene Mietforderungen lassen sich mehrheitlich nicht unmittelbar auf Corona-Einschränkungen zurückführen. Mit allen Mieter*innen die infolge der Pandemie in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, wurden individuelle Lösungen gefunden und entsprechende Vereinbarungen getroffen.

Die Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt in ihren unterschiedlichen Fassungen bergen dennoch weiterhin wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft und den Konzern. Die zeitweise untersagte Öffnung von Gaststätten und Ladengeschäften jeder Art betrifft direkt einen Teil der gewerblichen Mieter und kann in Folge der Einflüsse auf deren Geschäftstätigkeit zu Umsatzverlusten und Forderungsanstiegen bis hin zum Leerstand bei der Gesellschaft und dem Konzern führen.

Die bisherigen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben beim Mietertragsrisiko bisher überwiegend nur zu Verschiebeeffekten geführt. Geplante und noch nicht realisierte Einnahmen werden sich erst später auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken oder konnten durch gegenläufige Entwicklungen kompensiert werden.

So können mit Investitionsmaßnahmen verbundene, geplante Mietensteigerungen sowie Leerstandsabbauereffekte aufgrund der teilweisen oder vollständigen Verschiebung der Maßnahmen voraussichtlich erst ein Jahr später realisiert werden. Geringere Kundenkontakte führten zu weniger Vertragsabschlüssen bei der Neuvermietung. Dem entgegen gingen Mietvertragsbeendigungen in 2020 noch deutlicher als die Neuabschlüsse zurück.

Ein erhöhtes Risiko kann in Abhängigkeit vom weiteren Pandemieverlauf jedoch nicht ausgeschlossen werden. Alle wichtigen Mess- und Steuerungsgrößen werden weiter unterjährig beobachtet.

Die Muttergesellschaft trägt für die angemieteten Bestände der Tochtergesellschaft HWG KG das Mietertragsrisiko.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes. Im Jahr 2020 spielte zudem die Corona-Pandemie eine Rolle. Die Baupreise sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Der Preisanstieg und der Markt des Bauhauptgewerbes entwickelten sich im Jahr 2020 zum Teil weniger dynamisch und differenzierter.

So fiel der Preisanstieg im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich geringer aus. Einen wesentlichen Einfluss hierauf hatte die Mehrwertsteuersenkung.

Baupreisindizes (Wohngebäude, Jahresdurchschnittswerte)		2020 Index	2019 Index	Veränderung
Bauleistungen	Sachsen-Anhalt	116,0	113,6	2,1%
	Deutschland	116,4	114,6	1,6%
Instandhaltung (ohne Schönheitsreparaturen)	Sachsen-Anhalt	118,0	114,9	2,7%
	Deutschland	116,9	114,4	2,2% ²⁰

Seit einigen Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Die Ursache hierfür lag unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit in Sachsen-Anhalt.

²⁰ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Positionen 61261-0001 und 61261-0005, alle Datenabruf vom 11.01.2021; Datentabelle zu Preisindizes für Bauwerksarten und Instandhaltung (Wohngebäude) des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 26.01.2021

Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe fällt in 2020 im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer aus. Mit Stand November 2020 liegt dieser Index für Sachsen-Anhalt mehr als 20 Prozent²¹ unter Vorjahresniveau. Im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum hat der vergleichbare Index bis November 2020 hingegen leicht zugelegt.²²

Umgekehrt ist die Entwicklung bei der Anzahl der Wohnungen, für welche Baugenehmigungen erteilt wurden. Hier wurde in Sachsen-Anhalt der Vorjahreswert bereits im November mit insgesamt ca. 5.200 Wohnungen überschritten (Vorjahr gesamt ca. 5.000)²³. In Deutschland sind es im gleichen Zeitraum ca. 325.000 Baugenehmigungen (Vorjahr gesamt ca. 352.000), so dass davon auszugehen ist, dass hier voraussichtlich in etwa das Vorjahresniveau erreicht wird.²⁴

Diese gegensätzlichen Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass in Sachsen-Anhalt vergleichsweise mehr Investitionen pandemiebedingt zurückgesellt bzw. vorerst nicht realisiert worden sind. Unabhängig davon lässt die Entwicklung bei den Baugenehmigungen und den Auftragseingängen kurzfristig keine spürbare Entspannung bei den Baupreisen erwarten. Durch das Zurückstellen von Investitionen auf der Auftragnehmerseite ist damit kurzfristig nicht zu rechnen.

Ursprünglich von der Gesellschaft in 2020 geplante Bauinvestitionen wurden zum Schutz der Mieter*innen als zwingenden gesellschaftlichen Beitrag zur Viruseindämmung und im Hinblick auf die Gewährleistung störungsarmer Bauabläufe teilweise oder vollständig verschoben. Gleichzeitig wurde die Situation genutzt, um erneut Marktabfragen zu Baupreisen bei diesen Projekten durchzuführen.

Die aktuelle, pandemiebeeinflusste Marktsituation und die daraus resultierende zeitliche Verschiebung hat bei der Durchführung der Vergabe von Bauleistungen zu wirtschaftlich vertretbareren Ergebnissen geführt. Dies zeigen insbesondere die Ergebnisse von zwei Investitionsprojekten, deren Ausschreibungsverfahren aus dem Jahr 2019 aufgehoben und im Jahr 2020 erneut durchgeführt worden sind.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Portfoliogestaltung wird damit aktuell durch mit der Pandemie verbundene Einschränkungen und auch weiterhin von der Baupreisentwicklung beeinflusst. Umsatzsteigerungsziele können dadurch ggf. nicht im geplanten Tempo erreicht werden.

Die Gesellschaft beobachtet den Markt permanent. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2021 und der mittelfristigen Planung 2022 bis 2025 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

Dessen ungeachtet, werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Wirtschaftlichkeitskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Überwachung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Baucontrolling.

Zur Optimierung des Investitionsprozesses wurden bereits Ende 2019 die notwendigen Beschlüsse des Aufsichtsrates zur Neu- und Umgestaltung des Technischen Immobilienmanagements (TIM) gefasst. Die dafür erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr 2020 veranlasst. Im Ergebnis dessen wurde die Stelle des Abteilungsleiters Technisches Immobilienmanagement neu besetzt. Mit der Überarbeitung der Organisationsprozesse wurde mit dem Ziel begonnen, diese im Jahr 2021 in der überarbeiteten Version umzusetzen.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant, da sie im Rahmen der Anmietung der Bestände der HWG KG auch Baumaßnahmen in deren Objekten durchführt.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

²¹ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 18.01.2021

²² Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Position 44111-0009, Datenabruf vom 25.01.2021

²³ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 15.01.2021

²⁴ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Positionen 31111-0002, Datenabruf vom 15.01.2021

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaft zum Anlass genommen, in der ersten Hälfte des Jahres 2020 eine Risikoanalyse durchzuführen, welche sich ausschließlich mit den möglichen Folgen der Pandemie befasst. Daraus abgeleitet, wurde ein mehrstufiger, differenzierter Pandemieplan mit erweiterten Vertretungsregeln mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der wesentlichen betrieblichen Leistungsprozesse und der Umsetzung der Unternehmensplanungen aufgestellt. Über die Entwicklung der Pandemie wird in einer Führungsgruppe regelmäßig und ggf. anlassbezogen beraten und mit erforderlichen Maßnahmen reagiert.

Die Auswirkungen der aktuellen Pandemie mit dem Corona-Virus (COVID-19) beeinflussen neben den vorstehenden Ausführungen im Wesentlichen den Bereich Personal und Organisation.

Direkte Einflüsse hatten die Allgemeinverfügungen und Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) in ihren unterschiedlichen Fassungen insbesondere durch die Schließung von Schulen, Kitas und Horten und durch die Anordnung von Quarantäne für mit dem Coronavirus infizierte Personen, Kontaktpersonen und Reiserückkehrer aus Risikogebieten. Risiken ergeben sich dabei aus der rechtlichen Bewertung der arbeitsvertraglichen Rechte und Pflichten der Parteien sowie aus Engpässen der Verfügbarkeit von Beschäftigten für betrieblich relevante Prozesse.

Die im Jahr 2020 jeweils getroffenen Maßnahmen reichten bisher aus. Mitarbeiter*innenausfälle, sei es aufgrund Kinderbetreuungsleistungen oder Quarantäne, fielen nur gering aus. Der Geschäftsbetrieb war jederzeit gesichert.

Durch den Reifegrad der Organisation und den erreichten Fortschritt bei der Digitalisierung werden die Risiken zum Berichtszeitpunkt grundsätzlich als gering eingestuft. Dabei wird unterstellt, dass durch die eingeleiteten Maßnahmen die Belegschaft einschließlich der eigenen Handwerker weiterhin nicht in einem Maß von Infektionen oder Quarantäne betroffen sein wird, dass betriebliche Abläufe eingestellt werden müssen.

Inwieweit sich aus der Gesamtheit der pandemiebedingten wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen Risiken für die Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung ergeben, die die weitere Entwicklung und Strategie der Gesellschaft und des Konzerns wesentlich beeinflussen, hängt vor allem davon ab, ob die jetzt bekannten Beeinträchtigungen nach den avisierten Zeiträumen enden oder weiterbestehen. Die Gesellschaft beobachtet, bewertet und agiert aktuell auf die sich verändernden Sachlagen und wird im Bedarfsfall ihre Planungen fortschreiben.

Die Geschäftsführung sieht in den genannten Risiken der Corona-Pandemie kurz- bis mittelfristig keine Gefährdung für den Fortbestand des Unternehmens und des Konzerns.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Oktober 2020 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2022 bis 2025 zur Kenntnis genommen und den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2021 genehmigt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2021 umfasst etwa 450 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von Komplett- oder Teilsanierungen erfahren. Wohngebäude mit ca. 220 weiteren Wohnungen werden erstmals mit Aufzugsanlagen ausgestattet. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 23,4 Mio.

Instandhaltungen und Instandsetzungen durch Dritte wurden mit ca. EUR 13,0 Mio. geplant. Hinzu kommen Handwerkerleistungen des eigenen Servicebetriebes analog der Vorjahre mit mindestens EUR 3,0 Mio. Dieses dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Desinvestitionsmaßnahmen in Form von Verkäufen hat die Gesellschaft für das Jahr 2021 nicht vorgesehen. Rückbaumaßnahmen erfolgen nur im Rahmen der Bestandsqualifizierung und führen durch anschließenden Neu- bzw. Ergänzungsbau nicht zu einer Bestandsreduzierung.

Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen wird der Wohnungsbestand im Konzern weitgehend unverändert bleiben und zum Ende des Jahres 2021 weiterhin mehr als 17.500 Wohnungen umfassen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer Erhöhung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote unter 6 Prozent an, was einer Vermietungsquote von über 94 Prozent entspricht.

Investitionen und Leerstandsabbau werden in dem von der Gesellschaft verwalteten Bestand die Umsatzerlöse stärker als im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhen.

Entsprechend wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 10,8 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 10,6 Mio. (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2020 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von EUR 5,0 Mio. aus.

Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zum einen weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen des Gesellschafters sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche der Gesellschafter der Gesellschaft überträgt.

Darüber hinaus wird die weitere Entwicklung maßgeblich davon abhängen, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Folge der Corona-Pandemie verändern. Bisher waren die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vernachlässigbar. Dennoch sind für das Folgejahr und die Folgezeiträume Beeinträchtigungen, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken können, aktuell nicht auszuschließen.

Die aktuellen Einschränkungen und insbesondere die sich daraus ergebenden Folgen für die Gesamtwirtschaft und damit auch für die Entwicklung der Geschäftigkeit des Unternehmens insbesondere zu Investitionen, Umsatz- und Ergebnisentwicklung erschweren die Prognose zum Geschäftsverlauf für das laufende Jahr und die Folgezeiträume. Die Gesellschaft wird soweit möglich und zulässig alles zur Umsetzung der Jahresplanung unternehmen und erforderlichenfalls die Planung fortschreiben. Die Planungen für die Folgezeiträume werden gegebenenfalls auf die sich eventuell verändernden Sachlagen angepasst.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Marx, Jürgen)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian und Heumann, Florian)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Nolte, Markus, Pauly, Björn und Zormaier, Ulrich)</i>

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	64.288	100	65.527	100	66.767	100	-1.239	-2
Umlaufvermögen	12	0	12	0	12	0	0	0

Bilanzsumme	64.300	100	65.539	100	66.779	100	-1.239	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	64.290	100	65.529	100	66.769	100	-1.239	-2

Bilanzsumme	64.300	100	65.539	100	66.779	100	-1.239	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.570	3.949	4.433
sonstige betriebliche Erträge	3	0	0
Abschreibungen	1.240	1.240	1.300
sonstige betriebliche Aufwendungen	109	107	108
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	36	44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.237	2.638	3.069
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.240	1.240	1.300	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,02	0,02	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,98	99,98	99,99	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.487	80	6.049	70	7.359	81	438	7
Umlaufvermögen	1.607	20	2.601	30	1.699	19	-994	-38
Rechnungsabgrenzungsposten	23	0	2	0	2	0	21	1.050

Bilanzsumme

8.117	100	8.652	100	9.060	100	-535	-6
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.724	83	6.742	78	6.864	76	-18	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.024	13	1.433	17	1.842	20	-409	-29
Rückstellungen	184	2	213	2	183	2	-29	-14
Verbindlichkeiten	175	2	255	3	158	2	-80	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	9	0	13	0	1	11

Bilanzsumme

8.117	100	8.652	100	9.060	100	-535	-6
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.885	1.807	1.820
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	85	-30	-30
sonstige betriebliche Erträge	3	2	1
Materialaufwand	1.048	876	923
Personalaufwand	87	76	50
Abschreibungen	159	160	181
sonstige betriebliche Aufwendungen	706	801	642
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	9	12	14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1	2
Ergebnis nach Steuern	-18	-121	7
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-18	-121	7
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-23	98	98
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	0	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-41	-23	98

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,96	-6,70	0,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,27	-1,79	0,11	%
Cash-Flow:	141	39	188	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	987	890	895	T€
Personalaufwandsquote:	4,39	4,27	2,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,94	49,55	53,47	%
Eigenkapitalquote:	82,85	77,93	75,76	%
Fremdkapitalquote:	17,15	22,07	24,24	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	100,00	100,00	97,33	%

f) Lagebericht

- I. Grundlage des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Zur Erfüllung des Unternehmenszwecks werden insbesondere die folgenden Leistungen angeboten:

- Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Bio- und Lebenswissenschaften,
- Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie von Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institute der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,3 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2020 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt insbesondere die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Bereichen Biomedical Life Sciences (u.a. Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin und Medizintechnik).

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die oben genannten Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms 2020 durch die weltweite Pandemie in eine schwere, mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 vergleichbare Rezession geraten. Zwar deuten Szenarien aktueller Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf eine Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2021 hin. Aus heutiger Sicht sind solide Prognosen zum Ende der Pandemie und einer dadurch bedingten Erholung der Gesamtwirtschaft allerdings nicht möglich und wären somit reine Spekulation. Die weltweite Pandemie bedingt zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr 2021 stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Rückschläge bei der Überwindung der Covid-19-Pandemie stellen somit nach wie vor die mit Abstand größte Gefahr für die Konjunktur dar, auch wenn handels- und geopolitische Spannungen sowie mögliche erneute Konflikte zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Jahr 2021 und darüber hinaus als Risiken weiterhin nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können. Dies gilt vor allem in der kurzen Frist, solange noch kein effektiver Impfstoff tatsächlich zur Verfügung steht.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland stagniert und wird auch zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind unter anderem steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind trotz der beschriebenen Annäherungen weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die in vielen Teilen zunehmend protektionistischen Strömungen weiter beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten weiterhin geringe Steigerungsraten. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2020 auch ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus angeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und die Netzwerkpartner fast das gesamte Geschäftsjahr durch die Rahmenbedingungen und die Unsicherheiten der Pandemieentwicklung massiv beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Seit März des Berichtsjahres hat die durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie auch die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen vor allem auf ein Minimum eingeschränkte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten. Permanente Unsicherheiten bezüglich zu erwartender Entwicklungen stellten die Arbeitsorganisation insgesamt vor große Herausforderungen. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage in den Phasen des Lockdowns zum Teil erheblich eingeschränkt. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, war deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Es bestanden permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung. Gleiches galt für die Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Um diesen Unsicherheiten zu begegnen wurden zahlreiche organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagements wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Wöchentlich stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstab der Stadt Halle (Saale) sowie mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Hygieneverordnungen vermitteln zu können. Insbesondere in den ersten Monaten der Pandemie wurden die Mieter und deren Beschäftigte mit medizinischen Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln versorgt. In den Gebäuden und Grundstücken wurden umfangreiche Hygienemaßnahmen umgesetzt. Darüber hinaus konnten erfolgreiche Konsortien aus Startups und Technologieunternehmen u.a. zur Impfstoffforschung und Schnelltest-Entwicklung initiiert werden.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf die Pandemie und einzelne Maßnahmen zu deren Bekämpfung am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgte im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen eingesetzt. Abgeschlossen wurde beispielsweise die Umsetzung der dreijährigen Modernisierung der zentralen Steuerungsanlage für die Medientechnik im Gebäude im Weinbergweg 22 (DDC-Anlage).

Trotz der unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2020 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es mit Hilfe der Betriebsführung über die TGZ Halle GmbH im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum die Etablierung der ersten Accelerator-Programme des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Wahl des Geschäftsführers in den Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), in den Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie in den Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Mitarbeit in der AG Bioparks im BVIZ, im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen. Pandemiebedingt konnten im Geschäftsjahr 2020 kaum derartige Aktivitäten umgesetzt werden. Termine geplanter Präsenzveranstaltungen wurden immer wieder verschoben, Veranstaltungen umorganisiert und immer wieder abgesagt. Lediglich im September 2020 konnte öffentlichkeitswirksam ein „ZukunftsdialoG Gesundheit und Medizin“ im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften durchgeführt und dokumentiert werden. Die Ergebnisse dieses ZukunftsdialoG bilden die Basis für die Leitmarktstrategie des Landes Sachsen-Anhalt 2021ff. Darüber hinaus wurden große Anstrengungen unternommen, digitale Veranstaltungsformate zu entwickeln. Für die digitale Kommunikation notwendige Hard- und Software wurde installiert.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden wiederum neue Kommunikationskanäle etabliert und im Berichtszeitraum ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen laufendes Jahr	906	45,9%	897	50,4%	9	1,0%
+ Mietnebenkosten laufendes Jahr	979	49,6%	910	51,2%	69	7,6%
+ = UMSATZERLÖSE	1.885	95,5%	1.807	101,6%	78	4,3%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	85	4,3%	-30	-1,7%	115	-383,3%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	3	0,2%	2	0,1%	1	50,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.973	100,0%	1.779	100,0%	194	10,9%
+ Raumkosten Mieter	1.048	53,1%	876	49,2%	172	19,6%
+ Personalkosten	87	4,4%	76	4,3%	11	14,5%
+ eigene Raumkosten	54	2,7%	127	7,1%	-73	-57,3%
+ Betriebsführung	250	12,7%	250	14,1%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	8	0,4%	7	0,4%	1	14,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	302	15,3%	308	17,3%	-6	-2,0%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,2%	4	0,2%	-1	-25,0%
+ Werbe- und Reisekosten	5	0,3%	24	1,3%	-19	-79,2%
+ sonstige Kosten	84	4,2%	82	4,6%	2	2,0%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	706	35,8%	802	45,1%	-96	-12,0%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.841	93,3%	1.754	98,6%	87	5,0%
= EBITDA	132	6,7%	25	1,4%	107	428%
+ Abschreibungen	568	28,8%	569	32,0%	-1	-0,2%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-409	-20,7%	-409	-23,0%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	159	8,1%	160	9,0%	-1	-0,6%
= EBIT	-27	-1,4%	-135	7,6%	108	-80,0%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	9	0,5%	12	0,7%	-3	-25,0%
+ = FINANZERGEBNIS	9	0,5	12	0,7%	-3	-25,0%
= EBT	-18	-0,9%	-123	-6,9%	105	-85,4%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	0	0,0%	-2	1,6%	2	-100,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	0	0,0%	-2	1,6%	2	-100,0%
= JAHRESERGEBNIS	-18	-0,9%	-121	-6,8%	103	-85,1%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2019 um 194 T-€ (= 10,9 %) auf 1.973 T-€ erhöht. Dabei stiegen die abgerechneten Mietnebenkosten um 69 T-€ und die Mieteinnahmen um 9 T-€. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 1 T-€ gestiegen. Damit liegt die Betriebsleistung 140 T-€ über Plan.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft sind um 11 T-€ auf 87 T-€ gestiegen. Diese liegen damit 10 T-€ unter dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 96 T-€. Dabei haben sich in diesem Posten die Reparaturen und Instandhaltungen (-6 T-€) und die Raumkosten (-73 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-19 T-€) und die Kosten des Fuhrparks (-1 T-€) vermindert, die Versicherungen und Beiträge (+1 T-€) sowie die sonstigen Kosten (+2 T-€) haben sich leicht erhöht. Der Planansatz wurde um 94 T-€ unterschritten. Dabei lagen die Raumkosten der Mieter um 36 T-€, die Kosten des Fuhrparks um 3 T-€, die Reparatur- und Instandhaltungskosten um 48 T-€ und die Werbe- und Reisekosten um 25 T-€ unter dem Planansatz. Die Sonstigen Kosten hingegen überschritten den Planansatz um 19 T-€.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2019 um 107 T-€ auf 132 T-€ verbessert und lag um 179 T-€ über dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 568 T-€ (Vorjahr: 569 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 159 T-€ um 9 T-€ unter Plan.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2019 um 108 T-€ auf -27 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planansatz von -215 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 188 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (12 T-€) um 3 T-€ auf jetzt 9 T-€ vermindert und liegt damit um 3 T-€ über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags 0 T-€. Im Vorjahr waren Steuererstattungen aufgrund des Verlustrücktrages in das Jahr 2018 in Höhe von -2 T-€ ausgewiesen.

Der **Jahresergebnis** hat sich um 103 T-€ von einem Jahresfehlbetrag (-121 T-€) im Vorjahr auf einen Jahresfehlbetrag (-18 T-€) im Berichtsjahr erhöht und liegt 191 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 1.481,7 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 949,3 T-€ vermindert. Die Minderung resultiert aus der Umschichtung von liquiden Mitteln des Umlaufvermögens in verzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2020		Bilanz zum 31.12.2019		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.724,5	82,8	6.742,5	77,9	-18,0	-0,3
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.023,3	12,6	1.432,6	16,6	-409,3	-28,6
Rückstellungen	184,3	2,3	213,4	2,5	-29,1	-13,6
Erhaltene Anzahlungen	35,0	0,4	120,1	1,4	-85,1	-70,9
Lieferverbindlichkeiten	96,6	1,2	81,3	0,9	15,3	18,8
Sonstige Verbindlichkeiten	43,4	0,5	52,9	0,6	-9,5	-18,0
Summe Verbindlichkeiten	175,1	2,2	254,3	2,9	-79,2	-31,1
Rechnungsabgrenzungsposten	9,5	0,1	9,3	0,1	0,2	2,2
Summe Passiva = Gesamtkapital	8.116,6	100	8.652,1	100	-535,5	-6,2

c) Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2020		Bilanz zum 31.12.2019		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	6,4	0,1	9,7	0,1	-3,3	-34,0
Sachanlagen	3.728,5	45,9	4.286,9	49,5	-558,4	-13,0
Finanzanlagen	2.752,3	33,9	1.752,3	20,3	1.000,0	57,1
Summe Anlagevermögen	6.487,2	79,9	6.048,9	69,9	438,3	7,2
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	124,9	1,5	170,5	2,0	-45,6	-26,7
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.481,7	18,3	2.431,0	28,1	-949,3	-39,0
Summe Umlaufvermögen	1.606,6	19,8	2.601,5	30,1	-994,9	-38,2
Rechnungsabgrenzungsposten	22,8	0,3	1,7	0,0	21,1	1.241,2
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	8.116,6	100,0	8.652,1	100,0	-535,5	-6,2

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 535,5 T-€ (= -6,2 %) auf 8.116,6 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 79,9 % (Vorjahr: 69,9 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 49,5 % im Vorjahr auf 45,9 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.000,0 T-€ auf 2.752,3 T-€ erhöht. Daher hat sich der Anteil am Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr von 20,3 % auf 33,9 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (6,4 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 568,1 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 561,7 T-€ auf einen Betrag von 3.734,9 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 994,9 T-€ oder 38,2 % auf 1.606,6 T-€ vermindert. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 41,3 T-€ haben sich um 19,0 T-€ erhöht, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 64,6 T-€ auf 83,6 T-€ vermindert.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.481,7 T-€ (Vorjahr: 2.431,0 T-€) und nahmen damit um 949,3 T-€ ab. Ein Grund für die Abnahme war der Kauf von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von 1.000,0 T-€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 22,8 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus ist die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen eine wichtige Größe.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,63 % ausgelastet. Temporäre Leerstandzeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	70,00 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	15,00 %
• Sonstige Services	15,00 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 20 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der pandemischen Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2021 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2022 bis 2025 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2021	1.872	1.927	6	-49
2022	1.875	1.889	6	-8
2023	1.877	1.849	6	34
2024	1.880	1.814	6	72
2025	1.882	1.819	6	69

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie und aktueller Rezession relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen der Pandemie für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das 2019/20 weiterentwickelte detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2021 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschulumfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Erste Ergebnisse des im Berichtsjahr etablierten Accelerator-Programms (3 Ansiedlungen von High-Tech-Startups aus den Teilnehmern des ersten Batches) belegen die Wirksamkeit der Strategie.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Zur Fundierung der diesbezüglichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Planungen wurde im Berichtsjahr eine umfangreiche Lebenszyklus-Analyse für die Gebäude durchgeführt. Deren Ergebnisse fließen in die Planung zukünftiger Modernisierungs-, Sanierungs- und Neubauvorhaben ein.

Letztlich befindet sich die Geschäftsführung im Sinne eines Technologiepark-Managements in Strategiegesprächen zur weiteren Infrastrukturentwicklung mit allen strukturbestimmenden Einrichtungen, insbesondere mit der Martin-Luther-Universität und der Universitätsmedizin Halle. Dasselbe gilt auch für Unternehmen, die zukünftig eigene Produktionsstätten im Technologiepark errichten wollen.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet 2021 die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode von 2021 bis 2027, untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2021 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2021ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Pandemie insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Die betrifft bei Unternehmen im Bereich der Fokusbranche Biomedical and Life Sciences (z.B. Biotechnologie, Pharmazie, Analytik) pandemiebedingt wegen zusätzlicher Förderprojekte und der Teilnahme an F&E-Konsortien sogar die kurze Frist. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne pandemiebedingte Einflüsse unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden durch die TG Halle GmbH aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern. In Ergänzung dazu werden im Berichtszeitraum auch im Gebäude im Weinbergweg 22 Gemeinschaftsflächen im Erdgeschoss (Foyer, Konferenzräume, Sanitäranlagen) modernisiert.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.

- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Der von China ausgehende Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, durch den die Lungenkrankheit COVID-19 ausgelöst werden kann, hat inzwischen weltweite und massive Auswirkungen auf Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bevölkerung und das soziale Miteinander. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten. Hinzu kommen Reise- und Versammlungsbeschränkungen, welche die Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten auf ein Minimum reduzieren. Ebenfalls deutlich sind Herausforderungen für die Arbeitsorganisation insgesamt sowie die durch Home-Office, Home-Schooling und Krankentage bedingte Reduktion der Handlungsfähigkeit zahlreicher MitarbeiterInnen in den Phasen des Lockdowns. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, ist deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der Aufgabenerfüllung bleiben bestehen. Gleiches gilt in hohem Maße für die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit und den Verbleib der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements dienen die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank einer Reduktion dieser Unsicherheiten. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, der in Personalunion Leiter des Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstabes der Stadt Halle (Saale) ist.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte weiterhin zur zeitweisen Quarantäne des Personals (Home-Office) und zu Arbeitsausfällen wegen des Home-Schooling oder auch zu Erkrankungen kommen. Für den kaufmännischen Bereich, den Bereich Beratung und Projektmanagement sowie den Bereich Marketing und Kommunikation ist es nach wie vor möglich, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen. Im technischen Bereich gestaltet sich dies schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcing die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Wie bereits im Berichtszeitraum zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Die Antragstellung und Bewilligung von Förderprojekten könnte sich zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen jedoch nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Ein personell bedingter Arbeitsausfall und die damit verbundenen Kosten könnten im Extremfall beispielsweise durch Kurzarbeitergeld teilweise ausgeglichen werden.

- Geplante Veranstaltungen könnten auch weiterhin abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt oder in digitalen Formaten umgesetzt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven könnte die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsverzögerungen ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	<i>(vertreten durch Götte, Dieter, bis 30.06.2020; Weber, Robert, seit 01.07.2020)</i>
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	14.558	100	22.797	99	22.981	99	-8.239	-36
Rechnungsabgrenzungsposten	70	0	115	1	138	1	-45	-39

Bilanzsumme	14.628	100	22.912	100	23.119	100	-8.284	-36
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.149	97	22.612	99	22.947	99	-8.463	-37
Rückstellungen	60	0	114	0	112	1	-54	-47
Verbindlichkeiten	419	3	186	1	60	0	233	125

Bilanzsumme	14.628	100	22.912	100	23.119	100	-8.284	-36
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.923	4.214	8.404
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	25	-1.707	-2.629
sonstige betriebliche Erträge	1.493	0	39
Materialaufwand	2.533	1.301	1.170
Personalaufwand	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	710	712	604
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	53
Ergebnis nach Steuern	198	494	3.987
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	198	494	3.987

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,30	11,71	47,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,42	2,23	21,03	%
Cash-Flow:	198	494	3.987	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	96,73	98,69	99,26	%
Fremdkapitalquote:	3,27	1,31	0,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	172,68	178,28	198,28	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	5,60	20,00	34,00	ha

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Hauptziel der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalekreis.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde für einen ersten Bauabschnitt ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden. Die EglG wird die genehmigten Fördermittel auf Grundlage des mit ihr fortbestehenden Erschließungsvertrages zum Star Park von der Stadt Halle (Saale) gemäß Mittelanforderung erhalten und den verbleibenden Eigenmittelanteil selbst tragen.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führt die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst soll bis Mai 2021 abgeschlossen sein. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es wurden seitens der Stadt Halle (Saale) dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Nacherschließung der Infrastruktur inklusive Kapazitätserweiterung des Stromnetzes durch eine Verbesserung der äußeren Erschließung im Oktober 2020 und zur Nacherschließung einer Gleisanbindung im Februar 2021 gestellt.

Zum 01.07.2020 wurde bei der Komplementärgesellschaft ein neuer Geschäftsführer bestellt.

B. Darstellung der Lage

Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind teilweise durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG wird Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben. Eine Bewertung des Status der Kundenanlage sowie die Prüfung ob, wann und unter welchen Umständen die Energieanlagen in ein öffentliches Netz überführt werden können oder ob es alternative Betriebsmöglichkeiten gibt, wird derzeit durch einen unabhängigen Gutachter geprüft und bewertet.

Im Jahr 2020 konnte eine weitere Teilfläche mit einer Gesamtgröße von ca. 5,6 ha verkauft werden. Der Grundstücksverkauf wurde in 2020 für die Gesellschaft ergebniswirksam, in 2021 liquiditätswirksam und stützt die Liquidität der Gesellschaft in 2021 und folgenden Jahren.

Ein Optionsverkauf von 3,4 ha wurde ebenfalls im Jahr 2020 rechtzeitig angezeigt, konnte jedoch aufgrund von notwendigen Vertragsverhandlungen erst im März 2021 notariell beurkundet werden. Weitere ca. 39 ha sind durch Kaufvertragsangebote notariell beurkundet, welche bis teilweise 31.12.2029 bestehen.

Ein erster Bauabschnitt für die Nacherschließung der Optionsflächen des Industriegebietes mit baulichen Maßnahmen zur Ver- und Entsorgung wird voraussichtlich am 30.04.2021 abgeschlossen. Auf diesen ersten Bauabschnitt sollen zwei weitere Bauabschnitte folgen zur Erschließung der Flächen mit Gas, Strom (inklusive äußerer Erschließung durch Kapazitätserweiterung des Stromnetzes), Trinkwasser, Abwasser, Regenwasserentsorgung, Straßenbaumaßnahmen sowie die Nacherschließung mittels Schienenanbindung erfolgen.

Für diese zwei Bauabschnitte wurden im Jahr 2020 sowie im Jahr 2021 entsprechende Fördermitelanträge im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Diese Fördermitelanträge müssen jetzt zum Erhalt eines entsprechenden Zuwendungsbescheides durch entsprechende Planungsleistungen vervollständigt werden.

Aufgrund der erwähnten Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2020 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 198,1 T€ (Vorjahr 493,6 T€) erzielt werden.

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EglG sehen weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Demgemäß sind Aktivitäten eingeleitet worden, sowohl innerstädtische Industriebrachflächen zu revitalisieren als auch ein neues, großflächiges Gewerbegebiet im Greenfieldbereich zu entwickeln. Abgestimmt mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sollen dabei die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, eine zentrale Rolle übernehmen. Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat der EVG in Form des diesem zur Beratung vorgelegten Nachtrags-Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2020 der EglG gebilligt worden. Dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wurde dieser Nachtrags-Wirtschaftsplan zuständigkeithalber zu dessen Sitzung am 29.04.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Aufbauend auf diesen Beschluss wurde im Juli 2020 ein Planungsbüro zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie damit beauftragt verschiedene Standorte auf Eignung für ein weiteres Gewerbegebiet (Star Park 2) zu untersuchen.

Es ist geplant die Festlegung des Gebietes, durch den Stadtrat in Halle und den Landrat im Saalekreis im Jahr 2021 festzulegen und entsprechende Beschlüsse zur Entwicklung eines neuen Gewerbegebietes zu fassen.

Im September 2020 wurde durch die Komplementärin EVG ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden. Der Eigenanteil soll durch die EglG aufgebracht werden.

Am 21.12.2021 wurde ein Zuwendungsbescheid für Fördermittel aus dem Förderprogramm STARK in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024 zugestellt. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung zur Organisation der 3 Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW Gelände, Umsetzung Star Park 2 sowie Bau des Business Development Centers im Technologie Park nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Gesamtsteuerung des Strukturwandelprozesses der Strukturwandelprojekte der Stadt Halle (Saale), Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Entwicklung RAW-Gelände, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) soll die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) beauftragt werden, als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der „Leuchtturmprojekte“ zu übernehmen.

Die für die Umsetzung notwendige Beschlüsse sollen im Jahr 2021 durch den Stadtrat gefasst werden um im Anschluss, die für die Umsetzung notwendigen Fördermitelanträge zu stellen und weitere vorbereitende Aktivitäten durchführen zu können. Entsprechend ggf. notwendige Aktualisierungen der Wirtschaftspläne für EVG und EglG werden derzeit erarbeitet.

Der Jahresabschluss 2020 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 198,1 T€ (im Vorjahr: 493,6 T€) aus.

Während im Vorjahr Erlöse aus Grundstücksverkäufen von 3.464,8 T€ erzielt wurden, sind im Geschäftsjahr Grundstücke im Wert von 1.381,9 T€ verkauft worden.

Erlöse aus Weiterberechnung und Standortbetreuung in Höhe von 539,1 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr (748,8 T€) gesunken. Diesen Erlösen stehen im Wesentlichen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

Beantragte Fördermittel, welche in Höhe von 1.492,9 T€ als Zuschuss ertragswirksam erfasst wurden, decken wesentliche Teile der im Geschäftsjahr aufgelaufenen Materialaufwendungen in Höhe von 2.533,1 T€. Saldiert betrachtet ist der verbleibende Materialaufwand in Höhe von 1.040,2 im Vergleich zum Vorjahr (1.301,2 T€) gesunken.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2020 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31.12.2020 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 5,554 T€ (Vorjahr: 16,899 T€) aus. Wesentlicher Grund für den Rückgang an liquiden Mitteln war die Rückführung von Eigenkapital an die Kommanditistin der Gesellschaft in Höhe von 8.661 T€.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2020 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2019 und der Wirtschaftsplanung 2020 und der Mittelfristplanung 2021 bis 2024 sowie der Wirtschaftsplanung 2021 und der Mittelfristplanung 2022-2025.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2021 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kam nach dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem eigenen Unternehmenskonzept bis Ende 2018 nur die Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Der Gesellschaft stehen frei verfügbar per 31.12.2020 lediglich noch ca. 3,2 ha vermarkt bare Fläche zur Verfügung. Für weitere ca. 39 ha sind derzeit Kaufvertragsangebote mit unterschiedlichen Unternehmen und unterschiedlicher Laufzeit vereinbart. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragspartner diese Kaufangebote für die geplanten Erweiterungsabsichten ihrer schon bestehenden Unternehmen in Anspruch nehmen.

Für einen Großteil der Flächen im Norden des Industriegebietes ist für eine Veräußerung der Optionsflächen, wie bereits im Vorfeld beschrieben eine Nacherschließung notwendig. Für diese Nacherschließungen sind 2 weitere Bauabschnitte mit einem Investitionsvolumen von ca. 24 Mio. Euro vorgesehen. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahmen mit bis zu 95% gefördert zu bekommen. Die Eigenanteile sollen durch die EglG aufgebracht werden. Zu Erlangung der maximalen Fördersumme von 95% müssen die vollständigen mit der BLSA abgestimmten Z-Bau Unterlagen und die dazugehörigen Abstimmungen bis zur Erlangung des Zuwendungsbescheides bis zum 31.12.2023 abgeschlossen sein. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden derzeit durchgeführt.

Parallel dazu sind, wie bereits ausgeführt, die Entwicklung eines neuen, der Qualität des Star Park vergleichbaren großflächigen klimaneutralen Gewerbegebietes und die Revitalisierung des RAW Geländes zu einem neuen Stadtteil innerhalb des Stadtgebietes für die kommenden Jahre voraussichtliche Betätigungsfelder für die EglG, welche derzeit konkretisiert werden. Mit der Revitalisierung des RAW Geländes können zukünftig einerseits mögliche Investorenanfragen bedient und andererseits ein massiver städtebaulicher und umweltbelasteter Missstand behoben werden. Dazu bedarf es eines entsprechenden Auftrages durch die Stadt Halle und die Bereitstellung eines ausreichenden Budgets. Es ist bereits ein Grundsatzbeschluss im November 2020 gefasst und diesbezügliche Abstimmungen erfolgen derzeit. Konkrete Beschlussvorlagen zu den einzelnen prioritären Investitionsvorhaben sollen dem Stadtrat noch im Jahr 2021 zur Beratung und Feststellung vorgelegt werden.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter	(bis 30.06.2020)
		Weber, Robert	(seit 01.07.2020)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Wolter, Tom	
		Heinrich, Andreas	
		Mämecke, Steve	
		Nagel, Elisabeth	
		Ranft, Melanie	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
		T€	T€
Aufsichtsrat	5	13	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	13	3	39	13	62	29	-26	-67
Umlaufvermögen	397	96	269	87	148	70	128	48
Rechnungsabgrenzungsposten	3	1	1	0	2	1	2	200

Bilanzsumme	413	100	309	100	212	100	104	34
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	151	37	137	44	116	55	14	10
Rückstellungen	222	54	95	31	85	40	127	134
Verbindlichkeiten	40	9	77	25	11	5	-37	-48

Bilanzsumme	413	100	309	100	212	100	104	34
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	844	891	826
sonstige betriebliche Erträge	13	13	14
Materialaufwand	164	181	210
Personalaufwand	512	440	423
Abschreibungen	26	27	24
sonstige betriebliche Aufwendungen	140	236	193
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Ergebnis nach Steuern	15	21	-10
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15	21	-10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,74	2,32	-1,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,79	17,87	-7,64	%
Cash-Flow:	41	48	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	171	226	168	T€
Personalaufwandsquote:	59,71	48,66	50,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,70	4,45	7,77	%
Eigenkapitalquote:	36,63	44,19	54,58	%
Fremdkapitalquote:	63,37	55,81	45,42	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Ziel der Veränderung war es, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Hauptziel der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Zudem werden die Aktivitäten der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale) weitergeführt.

Auch war die zukünftige Gewerbegebietsentwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises sowie die dafür notwendige Machbarkeitsstudie regelmäßiger Inhalt der Geschäftsführungsaufgabe.

Weiterhin wurden regelmäßig die vorbereitenden Maßnahmen für die Entwicklung des RAW-Geländes getroffen. Weiterer Inhalt der Geschäftsführungstätigkeit war zudem die Zuordnung der Projekte zum Strukturwandelprozess Kohleausstieg Mitteldeutschlands.

Zum 01.07.2020 wurde ein neuer Geschäftsführer bestellt.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle (Saale) hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Park im Jahr 2007 beauftragt. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wurde zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Die dementsprechende investive Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde für einen ersten Bauabschnitt ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führt die EgIG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst soll bis Mai 2021 abgeschlossen sein. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung der Infrastruktur des nördlichen Teils des Star Parks wurde im Oktober 2020 ein weiterer GRW- Fördermittelantrag durch die Stadt Halle (Saale) über eine Investitionssumme von 20,7 Mio. € bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Es wurde eine Förderung von bis zu 95% beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EgIG aufgebracht. Eine schriftliche Förderzusage wird seitens der Investitionsbank jedoch erst mit dem Zuwendungsbescheid nach Einreichung der Z-Bauunterlagen erfolgen.

Im April 2021 wird nach europaweiter Ausschreibung die Projektsteuerung für diesen zweiten Bauabschnitt beauftragt. Planungsunterlagen werden bis Anfang 2022 erstellt. Im Anschluss daran sollen die Unterlagen mit dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (LBSA) abgestimmt werden, um die nach den baufachlichen Ergänzungsbestimmungen (Z-Bau) abgestimmten Bauunterlagen im Anschluss bei der Investitionsbank zur Erstellung des Zuwendungsbescheides einreichen zu können. Die Maßnahme soll bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Für den 3. Bauabschnitt der infrastrukturellen Nacherschließung des nördlichen Teils des Star Park zur Anbindung mittels Gleisanlage wurde ebenfalls durch die Stadt Halle (Saale) ein Fördermittelantrag erstellt und wird im Februar 2021 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Für die Dauer von der ersten Ausschreibung bis zur Fertigstellung wurden analog der übrigen notwendigen Bauabschnitte der Nacherschließung 5 Jahre eingeplant und ein Investitionsvolumen von 3,1 Mio. € veranschlagt. Die Maßnahme wird - wie für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung - mit einer bis zu 95%-igen GRW-Förderung bei der Investitionsbank beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht.

Im April 2021 wird hierfür ebenfalls die europaweite Ausschreibung der Projektsteuerung vorbereitet und veröffentlicht. Im Anschluss ist auch bei diesem Projekt die Vorbereitung und Erstellung der Planungsunterlagen angedacht. Die Erstellung dieser Z-Bauunterlagen erfordert die Erbringung und Beauftragung diesbezüglicher Planungsleistungen, weshalb auch hier insofern in Vorleistung gegangen werden muss, um den Zuwendungsbescheid erhalten zu können.

Teil der Neuausrichtung der Gesellschaft sollen u.a. die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises und die Entwicklung des RAW- Geländes werden.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Entwicklung RAW-Gelände, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg-Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) soll die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der „Leuchtturmprojekte“ übernehmen.

Vorbereitend zu diesen Maßnahmen wurde durch die EVG im September ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden. Im Jahr 2021 sollen die Eigenmittel vom Land Sachsen-Anhalt finanziert werden. Für die folgenden Jahre liegt dazu noch keine Aussage vor.

Am 21.12.2020 erhielt die EVG einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung von 3 Projektmanagementstellen zur Organisation der 3 Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW Gelände, Umsetzung Star Park 2 sowie Bau des Business Development Centers im Technologie Park), eine halbe Stelle Projektassistenz, Sachkosten in Verbindung mit dem Projektmanagement, die externe Vergabe der Gesamtsteuerung der Investitionsvorhaben nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz mit bis zu 90% Förderung. Die Eigenanteile sollen im Jahr 2021 durch das Land Sachsen-Anhalt aufgebracht werden. Die Eigenanteile der Folgejahre sollen per Weiterbelastung durch die EglG an die EVG aufgebracht werden.

Die für die Umsetzung notwendige Beschlüsse sollen im Jahr 2021 durch den Stadtrat gefasst werden um im Anschluss die für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte notwendigen Fördermittelanträge zu stellen und weitere vorbereitende Aktivitäten durchführen zu können.

In der Wirtschaftsplanung für 2021 und der Mittelfristplanung bis 2025 wurden entsprechende Personalstellen und Mittel für externe Vergaben in Bezug auf die Projekte des Strukturwandels eingeplant.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf. Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Im Jahr 2020 wurde die städtebauförderrechtliche Abrechnung fristgerecht zum Ende des Jahres eingereicht. Im Entwicklungsgebiet Heide Süd wurden zu Beginn des Jahres 2020 die Infrastrukturmaßnahmen zur Errichtung der Ein- und Mehrfamilienhäuser im Baugebiet 32.6 am grünen Dreieck abgeschlossen. Nach Fertigstellung der privaten Bauvorhaben wird der Straßenendausbau und die Herstellung von Begleitgrün analog der abgeschlossenen Baugebiete in Bauabschnitten hergestellt. Für die ehemals für Reihenhäuser vorgesehenen Grundstücke, welche aufgrund des Bedarfes in Einfamilienhausgrundstücke parzelliert wurden, wurden die Verkehrswertgutachten und Exposés erstellt. Das Beurkundungsverfahren in Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) wurde angestoßen.

Derzeit gibt es im Star Park noch eine vermarktbare Fläche von 3,2 ha sowie ein schwer zu erschließendes Restgrundstück in der Größe von 0,9 ha. Die EVG hat hier im Jahr 2020 diverse Vermarktungsbemühungen unternommen und befindet sich auch derzeit noch in Verhandlungen mit potentiellen Investoren.

Aus den Akquise-Aktivitäten der EVG resultierte im Jahr 2020 ein Flächenverkauf im Star Park von rd. 5,6 ha Gesamtfläche. Ein Optionsverkauf von 3,4 ha wurde ebenfalls im Jahr 2020 rechtzeitig angezeigt, konnte jedoch aufgrund von notwendigen neuen Vertragsverhandlungen aufgrund der Optionsausübung eines neuen Eigentümers erst im März 2021 notariell beurkundet werden.

Der Jahresabschluss 2020 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 14,7 TEUR (im Vorjahr: 20,7 T€) aus und liegt damit im Bereich des geplanten Gewinns.

Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Jahresüberschuss in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. So wurden im Geschäftsjahr T€ 467 in Rechnung gestellt.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte pauschale Jahreshonorar i. H. v. 290 T€ Netto deckte im Jahr 2020 vollständig für die Bezahlung der mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Aktivitäten.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWDD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWDD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag 31.12.2020 TEUR 296,3 T€ (Vorjahr TEUR 174,1). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2020 gesichert. Der überwiegende Teil des Fremdkapitals besteht aus gebildeten Rückstellungen für Personal und Rechtsstreitigkeiten.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Risiken ergeben sich für die EVG zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2020 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, interkommunalen Industrie- und Gewerbeparks auf dem halleschen Stadtgebiet sowie im Saalekreis eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung von 3 Gebieten durchzuführen. Im Juli 2021 soll eine entsprechende Standortentscheidung für das tiefgreifend zu untersuchende Gebiet erfolgen, welche auf Basis der derzeit durchgeführten Grobuntersuchung erfolgen soll. Die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für diesen Vorzugsstandort soll im Juli auf Basis eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses erfolgen.

Außerdem soll ebenfalls ein Beschluss zur Umsetzung der Revitalisierung des RAW – Geländes im Juli 2021 gefasst werden.

Im Rahmen des Strukturwandelprozesses zur Vorbereitung und Begleitung der investiven Maßnahmen, einschließlich der Beantragung von Fördermitteln, notwendigen Ausschreibungs- und Vergabeprozessen, der Beteiligung der Öffentlichkeit im Strukturwandelprozess, Bewertung von Strukturwandelprojekten sowie der wissenschaftlichen Begleitforschung und Erstellung einer Klimabilanz wird die EVG europaweit die Gesamtsteuerung der Vorhaben Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen für die Stadt (Halle) ausschreiben und beauftragen.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EgIG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz oder anderer Gewerbeflächen im Stadtgebiet Halle (Saale). Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2021 und der Mittelfristplanung bis 2025 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen. Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle (Saale) einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle (Saale) vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme hat sich insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Vermarktung des letzten Wohngebietes Am Grünen Dreieck verzögert. Daher ist der Entwicklungsträgervertrag mit der EVG von der Stadt Halle (Saale) unter Anwendung der vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption bis zum 31.12.2021 erweitert worden. Entsprechend der zu erbringenden Leistungen wurde das Entwicklungsträgerhonorar für das Jahr 2021 auf netto 240 T€ (VJ netto 290 T€) angepasst.

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Franz, Henrike	
		Dr. Spremberg, Heinz	(bis 08.12.2020)
		Geißler, Uwe	(seit 09.12.2020)
		Heinrich, Andreas	
		Krischok, Marion	
		Meßmer, Alexander	
		Sund, Sven	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	9	9	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.693	94	17.839	94	12.952	88	2.854	16
Umlaufvermögen	1.257	6	1.039	6	1.688	12	218	21
Rechnungsabgrenzungsposten	60	0	58	0	29	0	2	3
Bilanzsumme	22.010	100	18.936	100	14.669	100	3.074	16

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.117	5	1.241	7	1.343	9	-124	-10
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	19.303	88	15.762	83	12.014	82	3.542	22
Rückstellungen	65	0	880	5	402	3	-815	-93
Verbindlichkeiten	1.507	7	1.049	5	894	6	458	44
Rechnungsabgrenzungsposten	18	0	4	0	16	0	14	350
Bilanzsumme	22.010	100	18.936	100	14.669	100	3.074	16

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	747	644	536
sonstige betriebliche Erträge	644	627	1.014
Personalaufwand	284	264	264
Abschreibungen	684	631	583
sonstige betriebliche Aufwendungen	513	453	859
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	12	12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-102	-89	-168
sonstige Steuern	23	13	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-125	-102	-181

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-16,68	-15,81	-33,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,04	-7,58	-11,85	%
Cash-Flow:	559	529	403	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	348	254	310	T€
Personalaufwandsquote:	20,41	20,78	17,05	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,00	94,19	88,29	%
Eigenkapitalquote:	5,07	6,56	9,16	%
Fremdkapitalquote:	94,93	93,44	90,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
vermietbare Fläche	6.283,92	4.343,72	4.286,92	m ²
Auslastung	98,45	99,50	99,80	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Das Geschäftsjahr 2020 steht vor allem im Zeichen der Corona-Pandemie. Positiv zu werten ist die Fertigstellung der Veranstaltungsbereiche im ersten Untergeschoss und die weitgehende Inbetriebnahme der beiden Ersatzneubauten (Kuben). Die Bau- und Sanierungsarbeiten, resultierend aus dem Hochwasser 2013, konnten in Berichtszeitraum fast vollständig abschlossen werden.

Die Wiedereröffnung erfolgte pandemiebedingt am 02.10.2020 in Form eines kleinen Presserundganges. Unter besonderen Hygieneauflagen wurde am 06.10.2020 die Auswärtige Kabinettsitzung des Landes Sachsen-Anhalt als Auftaktveranstaltung in den neuen Räumlichkeiten durchgeführt.

Die Auswirkungen der Pandemie hatten auch Einfluss auf die Umsatzerlöse im Bereich der Vermietung der Postproduktionsstudios. Aufgrund von Dreh- und Produktionsverschiebungen konnten die geplanten Umsatzerlöse nicht erreicht werden.

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hatten im Geschäftsjahr auch Einfluss auf den Baufortschritt. So wurde im Berichtszeitraum eine Verlängerung des Bewilligungs- und Abrechnungszeitraumes bis 30.04.2021 durch den Fördermittelgeber genehmigt. Aufgrund der erneuten Einschränkungen zum Jahresende wurde zu Beginn des Jahres 2021 eine weitere Verlängerung bis 31.08.2021 beantragt. Diese Verlängerung dient der Fertigstellung des Tonaufnahmerraumes und des Eventraumes. Eine Fertigstellung ist für Ende April 2021 vorgesehen.

Mit dem 4. Änderungsbescheid vom 18.12.2020 beläuft sich die nunmehr genehmigte Wiederherstellungssumme auf 15.206.562,76 Euro (Mischbrutto). Die Finanzierung erfolgt in Höhe von 15.185.218,76 Euro über die Soforthilfe Hochwasser 2013 und Versicherungsleistungen in Höhe von 21.281,00 Euro.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt drei ordentlichen Sitzungen die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Insbesondere wurden die Entwicklung im Studiobetrieb und mögliche Alternativen sowie die Preisgestaltung in der Bürovermietung intensiv diskutiert. Ergänzend wurde laufend zum Baufortschritt berichtet. Die 4. Ordentliche Sitzung konnte pandemiebedingt nicht stattfinden und musste abgesagt werden.

Der Jahresabschluss 2020 schließt bei einer Bilanzsumme von 22.010.013,45 Euro und mit einem auf Planniveau liegenden Jahresfehlbetrag von 124.655,67 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind weiterhin die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsatzerlöse der Veranstaltungsbereiche und die bis Oktober des Jahres eingeschränkte Vermietung zu benennen.

Die Gesellschaft erhält seit dem Geschäftsjahr 2015 keinen Verwaltungskostenzuschuss seitens der Gesellschafterin.

Die Beschäftigtenzahl lag am Ende des Jahres inklusive der Geschäftsführung bei fünf Personen. Der Arbeitsvertrag mit der Mitarbeiterin für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt ist bis 31.12.2021 befristet. Die Finanzierung der Stelle erfolgt vollständig durch die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

Die Rückzahlung der beiden beanspruchten Darlehen (ein Gesellschafterdarlehen [Flutsoforthilfe] in Höhe von 500 TEUR und ein Darlehen der Saalesparkasse in Höhe von 100.000 Euro) erfolgt plangemäß seit Januar 2020. Die vereinbarten monatlichen Raten konnten im Berichtszeitraum fristgerecht ausbezahlt werden.

2. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Berichtszeitraum beziffert sich auf 747 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Umsätze deutlich. Im Jahresvergleich verbesserten sich die Umsatzerlöse um 103 TEUR (Vorjahr 644 TEUR). Als positiver Effekt sind im Wesentlichen die gesteigerten Erlöse aus Vermietung der Tiefgaragenstellplätze (+107 TEUR) zu bewerten.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem planmäßigen Jahresfehlbetrag in Höhe von 124.655,67 Euro.

3. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2020 verminderte sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 434 auf TEUR 370 (Vorjahr 804 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-4.142 TEUR) lag um 1.114 TEUR über dem Vorjahreswert (-5.256 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verminderte sich um 102 TEUR (Vorjahr 4.376 TEUR) auf TEUR 4.274 und speiste sich im Wesentlichen aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen.

Die Zahlungsmittel waren mit 1.099,2 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2019 (TEUR 596,9) um 502,3 TEUR erhöht.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

4. Vermögenslage

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Bilanzsumme um 3.074,5 TEUR auf 22.010,0 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhten sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 3.537,8 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den zweiten Projektabschnitt beinhalteten.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse erhöhte sich durch Auszahlungen der Investitionsbank (5.063,4 TEUR), wobei T€ 737,8 als Anzahlungen auf künftige Zuschüsse in den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Durch gleichzeitige Auflösung (594,5 TEUR) für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 19.303,6 TEUR (Vorjahr 15.761,8 TEUR).

Die Rückstellungen verminderten sich zum Vorjahr (879,9 TEUR) um 814,8 TEUR auf 65,1 TEUR.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (1.048,8 TEUR) um 457,8 TEUR.

5. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Nachdem die Sanierung der Tiefgarage im Vorjahr beendet wurde, konnten zum Anfang des vierten Quartals 2020 die Veranstaltungsbereiche im ersten Untergeschoss und die Büroflächen in den Ersatzneubauten in Betrieb genommen werden. Die Sanierung des Gründerzentrums ist somit fast vollständig erfolgt. Abschließend verbleibt nun der Ausbau des Tonaufnahmerraumes im Ersatzneubau 2 (Kubus 2) und die Fertigstellung des Eventraumes im 2. Untergeschoss (ehemalige Kinomischung). Die Arbeiten sollen bis Ende April 2021 erfolgen.

6. Vermietungsgeschäft

Die vermietbare Fläche (Stand Dezember 2020) beläuft sich inklusive der Studio- und Veranstaltungsbereiche auf 6.283,92 m². Das entspricht gegenüber dem Vorjahr (4.286,92 m²) einem Flächenzuwachs von 1.940,2 m². Dabei machen die Veranstaltungsbereiche mit ca. 909 m² den größten zusammenhängenden Flächenzuwachs aus. Bei den neuen Büroflächen in den beiden Ersatzneubauten und im ersten Untergeschoss wurde das Konzept der kleinteiligen Büovermietung mit einer Grundfläche von ca. 20 m² analog des Bestandes beibehalten. Die nunmehr wiederhergestellten Arbeitsräume konnten zeitnah durch bereits wartende Neumieter und Bestandsmieter genutzt werden. Die im Bestand frei gewordenen Büroflächen werden nach den anstehenden Renovierungsarbeiten einer Neuvermietung zugeführt. Dies führte insbesondere zum Jahreswechsel zu einer leicht höheren Leerstandsquote.

6.1. Arbeits- und Büroflächen

Die durchschnittliche Leerstandsquote lag im Jahr 2020 bei 1,55% und somit etwas höher als im Vorjahr 2019 (0,5%). Dadurch verringerte sich die durchschnittliche Auslastungsquote gegenüber dem Vorjahr (99,5%) auf durchschnittlich 98,45 %, blieb aber dennoch auf einem hohen Niveau. Durch die Staffelmietverträge erhöhte sich der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter erneut von 5,13 Euro in 2019 auf 5,43 Euro im Berichtszeitraum.

6.2. Produktionsbereiche

Neben den branchentypisch zyklischen Schwankungen, die regional in unmittelbarem Zusammenhang mit der Finanzierungsquote für Kinospielefilme durch die Mitteldeutsche Medienförderung stehen, erschwerte die Corona-Pandemie in 2020 die Filmproduktionen zusätzlich. Dreharbeiten konnten streckenweise überhaupt nicht oder nur mit erhöhtem Aufwand stattfinden. Dies hat zwangsläufig auch auf den nachgelagerten Postproduktionsprozess Auswirkungen. Trotz dieser widrigen Umstände, konnte im Jahr 2020 ein Umsatz in Höhe von 90.240,91 Euro erzielt werden. Der Vorjahreswert (102.670,00 Euro) und der Planumsatz (125 TEUR) wurden allerdings nicht erreicht.

6.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die Corona-Pandemie hatte im Berichtszeitraum ebenso erheblichen Einfluss auf die Vermietung von Veranstaltungsräumen. Zwar konnten nach dem ersten Lockdown unter entsprechenden Hygieneauflagen Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden, dies führte aber aufgrund der geringen Raumgröße des Panoramasaals zur Reduzierung der möglichen Teilnehmerzahl. Ein erstes positives Zeichen konnte mit der planmäßigen Eröffnung der neuen Veranstaltungsräume im Oktober 2020 gesetzt werden. Dies war allerdings nicht von langer Dauer, da ab November 2020 weitere Kontaktbeschränkungen angeordnet und geplante Veranstaltungen komplett abgesagt wurden. Der erzielte Umsatz in Höhe von 20.848,81 Euro liegt zwar auf Vorjahresniveau (20.560,01 Euro), allerdings konnte das Umsatzziel mit 30 TEUR nicht erreicht werden.

6.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Nachdem die Tiefgarage im Vorjahr wieder ihren Betrieb aufnehmen konnte, bleibt die Nachfrage nach Dauerstellplätzen ungebrochen. 143 Dauerstellplätze konnten im Berichtszeitraum voll vermietet werden. Diese Stellplätze werden zu rund 20% durch hauseigene Mieter genutzt und zu 80% durch externe Mieter beansprucht. Als sogenannte Quartiersgarage dient die Tiefgarage im MMZ zur Entspannung der Parkplatzsituation im Umfeld. Darüber hinaus stehen für Kurzzeitznutzer, unter anderem auch für Hotelgäste vom benachbarten Ankerhofhotel, 90 Stellplätze zur Verfügung. Das Umsatzsoll in Höhe von 120 TEUR wurde mit einem Umsatz von 135.177,85 Euro leicht überschritten. Gegenüber dem Vorjahr (27.735,26 Euro) erhöhte sich der Umsatz deutlich und trägt somit als weitere Säule zur Stabilisierung der Gesamtumsatzerlöse bei.

7. Netzwerk- und Projektarbeit

Aufgrund der Corona-Pandemie ist fast die gesamte Netzwerk- und Projektarbeit zum Erliegen gekommen. Die anfänglich noch geplanten Veranstaltungen mussten aufgrund der Kontaktbeschränkungen abgesagt oder, sofern möglich, in den virtuellen Raum verlegt werden.

Als wichtige Branchenveranstaltung konnte der Empfang der Mitteldeutschen Medienförderung im Rahmen der Berlinale 2020 noch Anfang Februar besucht werden. Die Präsentation des Medienstandortes erfolgte erneut gemeinsam mit den Akteuren der halleschen Postproduktionsallianz (PostProNetworks Halle).

Ein weiteres Highlight war im März 2020 die Überführung der Wissenschaftsbootes von science2public nach Halle und die kurzzeitige Liegephase am innerstädtischen Bootsanleger direkt am Mitteldeutschen Multimediazentrum.

Hervorzuheben ist die Gründung des Halle Startup Partners e.V.. In Kooperation mit dem TGZ Halle, dem Biozentrum Halle und weiteren Akteuren soll zukünftig der Blickwinkel auf das Unternehmertum in der Saalestadt geschärft und mit verschiedenen Veranstaltungsformaten sowie Initiativen unterstützt werden.

Auch im Geschäftsjahr 2020 war die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH Mitglied im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW], im Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e. V. [VITM], der Initiative OpenLabNet Halle und im Förderverein Pro Halle e.V..

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Die Corona-Pandemie wird sich auch auf das Geschäftsjahr 2021 auswirken. Hiervon werden insbesondere die Vermietung von Veranstaltungsräumen und die Nutzung der Studiokapazitäten betroffen sein. Die positive Nachfrage nach Veranstaltungsräumen im letzten Quartal 2020 lässt allerdings hoffen, dass nach Freigabe der Kontaktbeschränkungen Veranstaltungen in gewohnter Form wieder durchgeführt werden können.

Die Einschätzung, welche weiteren Auswirkungen die Pandemie auf die Herstellung von Kinofilmen hat, kann aktuell nur schwer getroffen werden. Dies hängt zwangsläufig auch von der Zukunft der Kinos selbst, dem Zusammenwirken aller Beteiligten und den gesellschaftlichen Ansprüchen ab. Darüber hinaus wird es entscheidend sein, welche Schwerpunkte die Filmförderung in Mitteldeutschland setzt. Das eine Content-Produktion auch zukünftig erfolgt, ist unstrittig. Es bleibt vielmehr die Frage, in welchem Format die Auswertung erfolgen wird. Gewinnen netflix, disney und Co. weiterhin an Bedeutung oder bleibt der Kinobesuch als kulturelles Event bestehen?

Als reine Mietstudios für die Bild- und Tonpostproduktion haben die Produktionsstudios im MMZ eine Sonderstellung, da die MMZ Halle GmbH kein Postproduktionsdienstleister im klassischen Sinn ist. Die Räume werden durch entsprechende Dienstleister temporär angemietet. Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen sind dabei als zentrale Funktionen anzusehen. Die Netzwerk- und Projektarbeit, das Herstellen von Erstkontakten und der intensive Kontakt zum Film Commission Service Sachsen-Anhalt sind ebenfalls geeignete Werkzeuge. Der Studiobetrieb wird durch den hausinternen Medientechniker abgesichert. Die Umsatzprognose für den Bereich der Kinomischung wurde mit dem Budget für 2021 ff. bereits angepasst.

Für die Kreativ- und Medienbranche lässt sich grundsätzlich festhalten, dass es eine sehr schnelllebige Branche ist. Dadurch wird es auch zukünftig Veränderungen in der Struktur und der Anzahl der eingemieteten Unternehmen im Gebäude des MMZ geben. Die kompakte Struktur der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH mit seinen kurzen Entscheidungswegen bietet dabei das richtige Profil für die Nutzungsanforderungen der einzelnen Teilbranchen. Der Fokus liegt dabei auf den Bereichen Medientechnologie, Mediendienstleistungen und IT. Eine gute Infrastruktur mit schnellem Internet, eine dienstleistungsorientierte Vermietung mit günstigen Mietkonditionen und ein gutes Netzwerk innerhalb der Branche sind dabei Grundvoraussetzungen für den künftigen Erfolg. Das Angebot von kleinteiligen Büroflächen mit durchschnittlich 20 m² wird weiterhin sehr gut angenommen und bleibt somit Schwerpunkt in der Vermietung. Das Angebot eines zeitlich befristeten „Schnupperbüros“ hat sich für Gründungswillige ebenfalls bewährt. Die Nutzer dieses Angebotes können später in ein langfristiges Mietverhältnis geführt werden. Aufgrund der noch bestehenden Zweckbindung und den damit verbundenen Förderrichtlinien der Europäischen Union bleibt die maximale Einmietdauer in das Gründerzentrum begrenzt. Die längere Einmietung über die achtjährige Frist hinaus ist dennoch unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Als Ankermieter ist das Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS) mit der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaften von großer Bedeutung. Bei Projektrealisierungen, als Kooperationspartner und als Anlaufpunkt für junge Unternehmen ist das Institut ein wichtiger Partner im Gründerzentrum.

Das im Jahr 2014 erarbeitete und beschlossene „Konzept zur Fortführung des MMZ“ bildet für die weitere Entwicklung des Gründerzentrums die maßgebliche Grundlage. Die Gesellschaft setzt die darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkte kontinuierlich um. Die bisherigen Verschiebungen zum ursprünglichen Konzept konnten in den letzten Jahren durch die gegenüber dem Budget erzielten Ergebnisverbesserungen kompensiert werden. Basis für eine weiterhin positive Entwicklung bleiben die gute Auslastung der Mietbereiche, die kontinuierliche Nutzung der Postproduktionsstudios und Veranstaltungsbereiche sowie die stabile Vermietung der Tiefgaragenstellplätze. Oberste Zielstellung bleibt die Zuschussfreiheit der Gesellschaft.

Die Bereitstellung der bewilligten Fördermittel für den finalen Wiederaufbau und die damit verbundene wirtschaftliche Tragfähigkeit ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Es sind keine Verfahren anhängig.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Die Restforderung in Höhe von 34.836,42 Euro wurde im Berichtszeitraum vollständig ausgeglichen. Der Großteil des Betrages (32.336,42 Euro) wurde vorfristig am 27.02.2020 überwiesen.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lange, Mark

Beirat: Vorsitzende Dr. Brock, Inés
Drüppel, Thomas
Erben, Matthias
Fleischer, Beate
Gröbel, Grit
Hintz, Katharina (bis 04.03.2020)
Nobel, Mathias
Schaper, Torsten

Beirat:

Schmidt, Claudia
Schramm, Rudenz
Steinke, Sören
Wandrey, Holger

(seit 04.03.2020)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Volksbank Halle (Saale) eG

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	52	15	35	7	34	6	17	49
Umlaufvermögen	289	83	438	91	487	92	-149	-34
Rechnungsabgrenzungsposten	5	2	7	2	8	2	-2	-29

Bilanzsumme

346	100	480	100	529	100	-134	-28
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	121	35	159	33	101	19	-38	-24
Rückstellungen	55	16	51	11	63	12	4	8
Verbindlichkeiten	170	49	270	56	365	69	-100	-37

Bilanzsumme

346	100	480	100	529	100	-134	-28
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	817	1.390	832
sonstige betriebliche Erträge	1.561	1.582	1.307
Materialaufwand	232	447	279
Personalaufwand	1.096	1.112	902
Abschreibungen	20	26	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.068	1.329	978
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-38	58	-35
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-38	58	-36

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,71	4,16	-4,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	-24,14	56,96	-26,04	%
Cash-Flow:	-19	83	-21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	66	89	80	T€
Personalaufwandsquote:	46,11	37,42	42,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	14,90	7,18	6,39	%
Eigenkapitalquote:	34,89	33,17	19,17	%
Fremdkapitalquote:	65,11	66,83	80,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	4	10	12	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	35	71	78	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	17.910	35.797	34.780	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle (Saale) zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren.* Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“ (*Gesellschaftervertrag). Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf der Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU & 5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Pro Halle (Saale) e.V. mit 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V. mit 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. mit 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreute sich der Inlands- und Landestourismus, bis zum Ausbruch der Covid19 Pandemie, einer steigenden Akzeptanz der deutschen Bevölkerung. Die positive Entwicklung der Stadt Halle mit dem dadurch steigenden Imagegewinn wurde aber durch den Ausbruch der Pandemie gestoppt. Die schwer kalkulierbaren Rahmenbedingungen wie die Entwicklung der Pandemie und die damit einhergehenden gesetzlichen Beschränkungen machten ein strategisches Handeln nahezu unmöglich. Die kurze Erholungsphase in den Sommermonaten des Jahres 2020 machte zwar Hoffnung und zeigte, dass nach dem Ende der Pandemie mit einer raschen Erholung des innerdeutschen Tourismus zu rechnen ist.

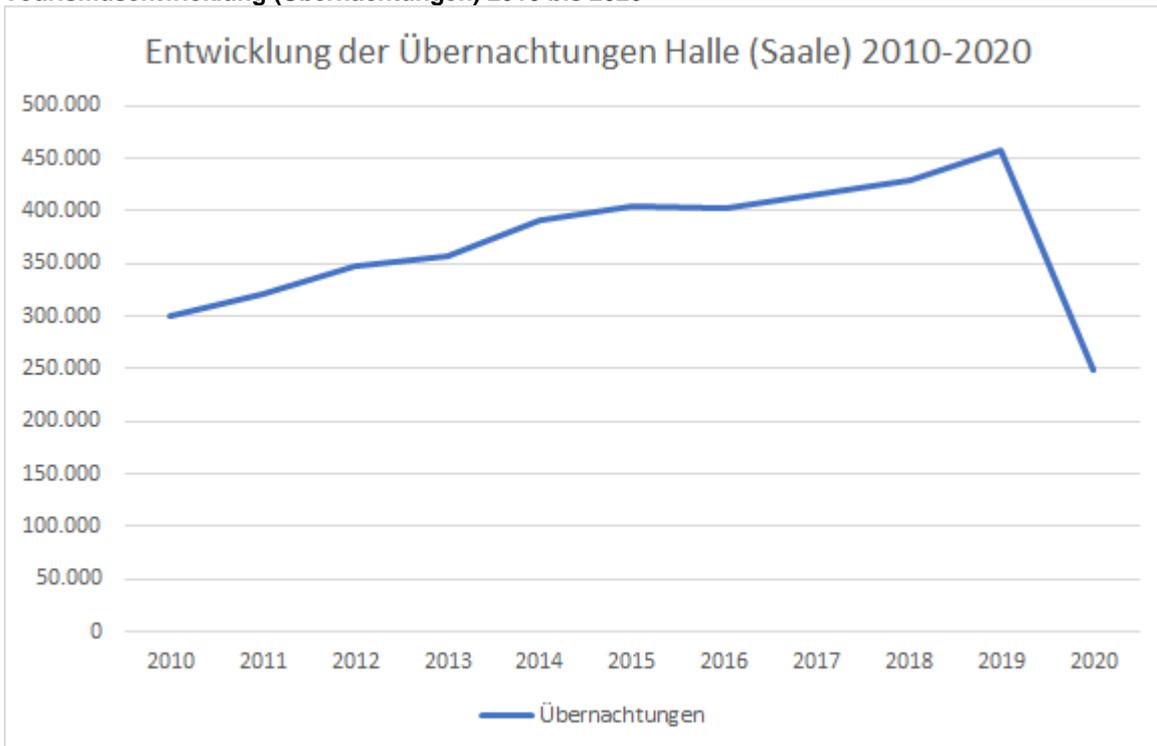
b. Geschäftsverlauf

Auch anhand der touristischen Ankünfte und Übernachtungen als wichtigstes Messinstrument, wie sie die Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt abbildet, spiegelt sich das verhaltene, bzw. nicht erlaubte Reisevolumen in 2020 wider.

	2019	2020	Veränderung in %
Ankünfte	251.227	139.215	-44,6
davon Inland	229.830	128.932	-43,9
davon Ausland	21.397	10.283	-51,9
Übernachtungen	456.739	248.515	-45,6
davon Inland	410.265	222.044	-45,9
davon Ausland	46.474	26.471	-43,0
Aufenthaltsdauer	1,8 Tage	1,8 Tage	0

Die Ankünfte fielen 2020 in Halle auf einen Stand von 251.227, d. h. -44,6 % weniger gegenüber dem Vorjahr. Die Übernachtungen fielen in Halle auf 248.515, dies entspricht einem Rückgang von -45,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe insgesamt belief sich 2020 auf 24,2 %. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) prognostiziert einer Erholung für die Reisebranche erst im Jahr 2024.

Tourismusentwicklung (Übernachtungen) 2010 bis 2020



Businessreise in Halle

Der Bereich Tagungen und Kongresse richtet sich seit 2019 neu aus, mit Schaffung einer neuen Abteilung. Mit der neu entwickelten Kommunikationskampagne "Besser Tagen" wird nun der Tagungs- und Kongressstandort Halle professionell vermarktet. Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von einem Rückgang bei Geschäftsreisen. Nur zwingend notwendige Geschäftsreisen fanden statt. Das Tagungsgeschäft kam Monate zum Erliegen.

Tourismus allgemein

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und vor Ort in der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie der aktiv-, natur- und wassertouristischen Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, NutzerInnen von motorbetriebenen Booten wie Motorboote und Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer und Gäste der Fahrgastschiffe. Die Bedeutung für den Individualtourismus und Aktivtourismus nahm während der Covid19-Pandemie zu.

Erlöse Gruppentouristik

	2019	2020	Veränderung in %
Erlöse Gruppentouristik u. Stadtführungen	490.756,44 €	179.075,78 €	-63,5

Die Erlöse in der Gruppentouristik sind pandemiebedingt gegenüber 2019 um -63,5 % gesunken. Ziel ist es, mit Erholung der Reisebranche mit gezielten Maßnahmen in den kommenden Jahren das ursprüngliche Niveau wieder zu erreichen.

Kosten Gruppentouristik

	2019	2020	Veränderung in %
Nichtselbständige Gästeführer	70.084,82 €	22.446,21 €	-68,0
Gruppentouristik / Gästeführung	358.544,55 €	129.342,25 €	-63,9

2020 betragen die Kosten für Stadtführungen 151.788,46 € (2019: 428.629,37 €). Der Kostenrückgang im Jahr 2020 resultiert aus dem monatelangen Verbot von Stadtführungen und Stadtrundfahrten. Somit waren auch die Honorare der nichtselbständigen Gästeführern rückläufig.

Das Gewinnergebnis für die Gruppentouristik fiel dadurch 2020 auf 27.487,39 € (2019: 62.127,07 €). Die kontinuierliche Prüfung der gruppentouristischen Angebote auf deren Wirtschaftlichkeit und die Auswertung der Kundennachfragen und Buchungen beeinflusst auch in den kommenden Jahren das breit gefächerte Angebotsspektrum der SMG.

Auswertung touristischer Führungen

	2019	2020	Veränderung in %
Führungen (Anzahl)	2.973	1.936	-34,9
Gäste (Anzahl)	35.797	17.910	-49,9

Im Jahr 2020 organisierte die SMG 1.936 Führungen mit 17.910 Gästen gegenüber 2.973 Führungen mit 35.797 Gästen im Jahr 2019. Die Gästezahl sank, da Führungen teilweise nur mit verminderter Gruppengröße bzw. unter strengen hygienischen Auflagen stattfinden konnten.

Branchentreffs & Messen

	2019	2020	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	31.388,39 €	13.711,89 €	-43,68

Die Kosten für Messeauftritte, davon diverse Auslandsmessen, beliefen sich 2020 auf 13.711,89 € (2019: 31.388,39 €).

Die SMG war 2020 physisch auf einer Messe, der Group Travel Expo in Köln, vertreten und an zwei digitalen Messen – der Virtuelle German Travel Mart (GTM) und das Virtuelle Berlin Travel Festival.

Ausblick Messen 2021

Die Plankosten für Messen (einschließlich der Kosten für regionale Produktvermarktung) werden 2021 analog 2020 mit 45.000 € geplant. Die Angebote der Messegesellschaften reichen von digitalen, über hybriden bis zu physischen Formaten, an denen die SMG partizipieren wird. Zudem finden im Jahr 2021 die World Canel Conference und der Tag der Deutschen Einheit statt, an denen die Teilnahme der SMG geplant ist.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung & Ticketing

	2019	2020	Veränderung in %
Provisionserlöse	55.546,20 €	13.630,15 €	-75,46

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung erzielt. Der markante Rückgang ist auf das bestehende Reiseverbot zurückzuführen.

Übersicht Tagungen und Kongresse 2020

- Fraunhofer Institut-Birthday Colloquium 10 Zimmer
- Sikosa 10 Zimmer
- IM Academy 10 Zimmer
- Filmmusiktage 10 Zimmer
- Onlinevermittlung Individualbuchungen
- Buchungen über das regionale Buchungssystem der Stadt Halle (Saale)

Provisionserlöse erzielt die SMG vorrangig durch Zimmervermittlung, wobei die meisten Zimmer online gebucht wurden.

Für das Jahr 2021 ist eine verhaltene Buchungslage festzustellen. Für 2021 liegen aktuell Aufträge von folgenden größeren Tagungen vor:

- DGAB-Deutsche Gesellschaft für Abstammungsbegutachtung 100 Zimmer
- Tag der deutschen Einheit 100 Zimmer
- Uni Regensburg / Exploratory Photochemistry 100 Zimmer
- BFM-Plenartagung 150 Zimmer

Werbekosten (Marketingprojekte und Kampagnen)

	2019 in €	2020 in €	Veränderung in %
Marketingaufwand	1.092.359,97	859.019,03	-21,36
darunter sonstige Werbung	126.108,16	120.307,73	-4,6
darunter sonstige Projekte	458.668,82	321.075,59	-30,0
darunter Standortmarketing	507.582,99	417.635,71	-17,72

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2020 insgesamt 859.019,03 € eingesetzt.

Das Grundverständnis des Arbeitens als Netzwerker und Marketingverantwortliche für die Stadt Halle (Saale) spiegelt sich u.a. in der Fremdmittelquote bei der Durchführung von Projekten wider. Hier wird nicht nur wirtschaftlich agiert, sondern bewusst auf Inhaltgeber der Stadt zugegangen, Ziele abgeglichen und in gemeinsamer Verantwortung gearbeitet. Bei Projekten konnten 28,9 % der Gelder, beim Posten "Sonstige Werbung" 35,16 % akquiriert werden. Ein Drittel der finanziellen Mittel kommt demnach aus zusätzlich eingeworbenen Mitteln. Im eigenständigen Projekt "Standortmarketing" beteiligt sich die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) mit 50% an den Ausgaben.

Übersicht Marketingkampagnen 2020:

Standortmarketing

Die Weichenstellung im Bereich des gemeinsamen Standortmarketings der Stadt Halle (Saale), mit der MLU und SMG sind abgeschlossen.

Insgesamt wurden für das Standortmarketing seitens der SMG im Jahr 2020 417.635,71 € aufgewendet – für die Vorbereitung und Durchführung einer Vielzahl von Projekten, die auf Neustudierende-Akquise und -betreuung abzielen und aufeinander aufbauen.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Teilprojekten:

- **Standortmarketing im Kontext der Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist, die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **Wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2021 bis 2024 beträgt ca. 700.000 € p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle (Saale) und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen, neben avisierten Erlösen durch Beteiligung Dritter und Erlösen aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements.

Strategisches Außen- und Binnenmarketing

Um seine Zielgruppen authentisch zu erreichen, darf Marketing kein Frontalunterricht sein. Vielmehr muss es sich stetig an die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen anpassen können, ohne die eigenen Zielstellungen aus dem Blick zu verlieren. Somit war 2020 einiges anders. Zurecht musste ab März auf touristisches und imagebildendes Außenmarketing komplett verzichtet werden. Die Durchdringungskraft hätte niemals erreicht werden können und die kommunikativen touristischen, kulturellen, erholsamen Aspekte der Stadt Halle spielten im Lebenshorizont der Zielgruppen keine Rolle. Strategische, also langfristig angelegte Kommunikation war weniger das Gebot der Stunde, als schnelle Entscheidungen und Neuinterpretationen der eigenen Ansätze.

Im Fokus standen die eigenen BürgerInnen, das Ermöglichen des Möglichen mit temporären Kampagnen sowie die Anpassung langfristiger und sich auch in Zukunft wiederholender Projekte. Alles stets unter dem Ansatz des sorgsamsten Umgangs mit finanziellen Mitteln, die nach wie vor als strategisches Investment in das Image der Stadt funktionieren und nicht verpuffen sollten.

“... hier unten leuchten wir” – Traditionen brechen? Nicht mit uns.

Eine durch kleine HallenserInnen selbst gestaltete Freiluftausstellung kompensierte den Ausfall des Laternenfestes auf atmosphärische, liebeswerte Art. Unter dem (auch ein wenig trotzigem) Motto: „... hier unten leuchten wir“ strahlte am letzten Augustwochenende die „Längste Lichterkette an der Saale“ am Riveufer in Halle (Saale). Mehr als 4.100 hallesche Kinder hatten 2.500 Laternen für eine 1,4 Kilometer lange Lichterkette an der Saale zwischen der Giebichenstein- und Ochsenbrücke gestaltet. Zu den Bastellaternen in zwei Ausführungen gaben 15 Großlaternen einen besonderen Glanz entlang verschiedener Weg- und Blickachsen am Riveufer. Als eine gemeinsame Aktion der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, der Saalesparkasse und der Stadtwerke Halle (Saale) GmbH ist dies auch ein Richtungszeig für die künftige Ausrichtung und Priorisierung von Inhalten zum Laternenfest in Halle (Saale).

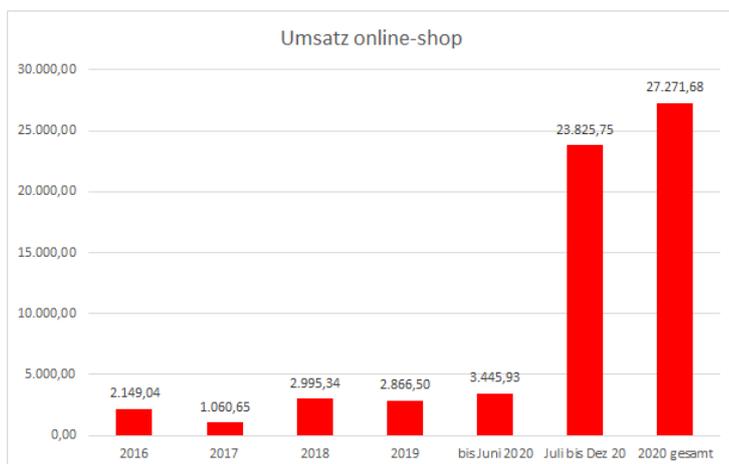
Weihnachtsmarkt für Zuhause

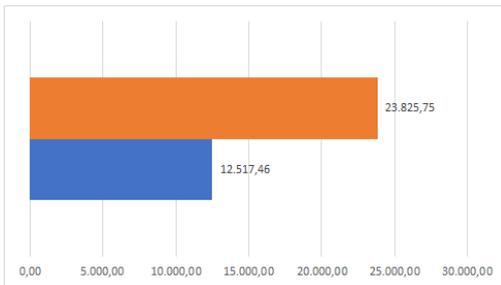
Kampagnendenken mit nachhaltigen Effekten als Kernkompetenz des Stadtmarketings zeigte sich in allen Belangen auch nach der Absage des Halleschen Weihnachtsmarktes 2020. Ein vielschichtiger Ersatz wurde gefunden. Mit Begleitung der Comic-Rentiere “Finni & Rudi” und dem Slogan “Weihnachtsmarkt für Zuhause” konnten HallenserInnen neben kreativen und regionalen Produktpaketen, einen mit 300 Nadelbäumen zur Kunstinstallationen dekorierten Marktplatz wahrnehmen. Auf der neuen Rentier-Website www.finniundrudi.de öffnete sich zudem jeden Tag ein digitales Adventskalendertürchen unter Einbindung vieler PartnerInnen aus Kultur und Sport, was letztlich auch Inhalte des ursprünglichen vorweihnachtlichen Treibens der Stadt zur Adventszeit rettete.

Die Community wächst und zeigt sich hochzufrieden

Die gut vernetzten Marketingaktivitäten im Onlinebereich der SMG sind weiterhin ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft. Folgende Kenngrößen sind für uns wichtig: Halle-Fans auf den firmeneigenen Social-Media-Kanälen, effektive Reichweiten einzelner Halle-Beiträge, -Posts und -Stories, der Umsatz und NeukundInnen-Gewinnung im Onlineshop www.hallesaale.shop und Verweildauer und Clickzahlen auf unserer Landingpage und Content-Hub www.halle-tourismus.de / www.deinhalle.de. Hier gilt für ein kontinuierliches organisches Wachsen, besonders zielgruppenaffin zu arbeiten und das richtige Maß, den richtigen Stil, die richtigen Produkte zu finden, um gleichermaßen imagefördernde, wie auch umsatzfördernde Effekte zu erzielen. Besonders die firmeneigenen Social-Media-Kanäle (verliebtinhalte & deinhalle) sind keine reinen Werbekanäle, sondern dienen auch der aktiven und intensiven Pflege der Gemeinschaft, um diese langfristig an uns zu binden.

Im Juli 2020 wurde der Onlineshop als Vertriebskanal für Halle-Produkte gelauncht. Schon innerhalb eines halben Jahres lieferte dieser fast doppelt so viel Umsatz als die Onlineverkäufe in den vergangenen 4,5 Jahren insgesamt (siehe Grafik). Die Arbeiten zur Programmierung, Gestaltung und Onlinebewerbung wurden vollständig innerhalb des SMG-Teams realisiert, womit das Know-how nunmehr innerhalb der Firma abgerufen werden kann.





Onlineshop 2016 - 06.2020 (blau) / 07.-12.2020 (orange)

Tourist-Information Halle (Saale) mit hallesaale* - & Uni-Shop

	2019	2020	Veränderung in %
Besucherzahl	80.133	71.041	-12
Wareneinkaufswert	87.985,06 €	108.910,64 €	23,8
Verkaufserlöse	130.972,22 €	173.073,77 €	32,1

Die Tourist-Information mit hallesaale* - und Uni-Shop (TI) empfing 12 % weniger BesucherInnen als im Jahr zuvor (2020: 71.041 zu 2019: 80.133).

Durch erhöhte Nachfragen im gelaunchten Online stiegen die Verkaufserlöse um +32,1% (2019: 130.972,22 € zu 2020: 173.073,77 €). Der Wareneinkaufswert erhöhte sich von 87.985,06 € in 2019 auf 108.910,64 € in 2020. Durch die weitere Neuausrichtung des Sortiments mussten auch mehr Waren eingekauft werden als im Vorjahr. Das Shop-Sortiment wurde in 2020 weiter angepasst und umfasst aktuell ca. 400 Artikel. Die saisonale Fokussierung der Artikel wurde im Jahr 2020 wie in den Vorjahren weitergeführt.

In einem firmeninternen Projektteam wird stetig an der Neuausrichtung der Tourist-Information (TI) und passenden Verkaufsprodukten gearbeitet. Ziel ist, durch einen neuen, frischen Auftritt noch attraktiver für HallenserInnen und Gäste zu werden.

VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2020

a. Finanzlage

	2020 in €	2019 in €	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss Gesellschafter	1.511.300,00	1.511.300,00	0,0	
davon Zuschuss Stadt Halle	1.161.300,00	1.161.300,00	0,0	
davon Zuschuss Standortmarketing	350.000,00	350.000,00	0,0	Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing
Liquide Mittel	156.506,45	213.607,23	-26,73	

b. Ertragslage

	2020 in €	2019 in €	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	816.594,12	1.390.370,77	-41,27
sonstige betriebliche Erträge	1.067.669,50	1.581.614,03	-1,31
Personalkosten	1.096.110,53	1.112.014,49	-1,43
Materialaufwand	231.544,05	446.529,61	-48,15
Abschreibungen	19.892,59	25.563,23	-23,20
sonst. betriebliche Aufwendungen	1.092.668,50	1.329.271,12	-17,80
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	7,78	7,70	1,04
Zinsen u. ä Aufwendungen	7,70	144,74	-16,40
sonstige Steuern	531,26	689,56	-22,96
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-38.440,31	57.780,21	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von 38.440,31 € ab. Im Wesentlichen ist das verschlechterte Jahresergebnis durch die Auswirkung der Covid19-Pandemie geprägt. Insbesondere die Verluste im Einnahmehereich der Stadtführungen und der Gruppentouristik wirken in diesem Zusammenhang negativ auf das Ergebnis.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag mit dem bestehenden Gewinnvortrag zu verrechnen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
Sachanlagen-Intensität	14,90	7,89	6,39	8,85	9,65
Eigenkapitalquote	34,89	33,17	19,17	48,31	52,19
Fremdkapitalquote	65,12	66,83	80,83	51,69	47,81

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2020 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Derzeit besteht für die Gesellschaft ein erhöhtes Risikopotenzial geprägt durch den weiteren Verlauf der Pandemie. Die Ertragslage ist zwar geprägt von klaren vertraglichen Zusagen der Gesellschafter, aber durch das Andauern der Virusinfektion Covid19 ist auch weiter mit dem Ausbleiben von Gästen zu rechnen. Gerade Großveranstaltungen sowie Tagungen und Kongresse werden aus Sicherheitsgründen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung überwiegend abgesagt bzw. Rahmenbedingungen für deren Durchführung sind noch nicht erstellt. Durch diesen Umstand ist damit zu rechnen, dass bei den Gästeankünften, Übernachtungen und Umsatzerlösen ein Defizit zu den Planansätzen 2021 zu erwarten ist. Allerdings wirkt sich das auch auf einen Rückgang der Aufwendungen aus. Sollte allerdings die Pandemie weiterhin weit ins Jahr 2021 anhalten und damit die Einnahmen ausbleiben, ist die Gesellschaft gezwungen neben der Verringerung der Ausgaben auch andere Instrumente wie Kurzarbeit, Personalabbau und Schließung von Geschäftsfeldern zu nutzen. Eine Gefährdung der Gesellschaft ist trotz Pandemie nicht zu erwarten, da einerseits verbindliche Finanzflüsse der Gesellschafter erfolgen und andererseits pandmiebedingt die variablen Ausgaben für Marketing, Projekte und Wareneinkauf angepasst werden können.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung, insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement und die Bereitstellung eines Kongressmanagements, welches weitere Businessgäste gewinnen kann. Durch Hotelneubaus und daraus ergeben die Erhöhung von Bettenkapazitäten kann die Gesellschaft gerade bei der Bereitstellung eigener Events, Produkte und touristischen Highlights eine Erhöhung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer der Gäste ermöglichen. Dies ist im Jahr 2021 aber vom Verlauf der aktuellen Virusinfektion Covid 19 abhängig.

Der Umbau des Onlineshops wird zudem auch im Jahr 2021 pandemieunabhängig die Einnahmen des hallesaale*shops sichern. Die Verlagerung des Käuferverhaltens hin zum Onlineshopping konnte die Gesellschaft sehr gut nutzen und so eine deutliche Steigerung der Einnahmen aus dem Shop gegenüber dem Vorjahr trotz pandemiebedingter Schließung über Wochen erreichen.

Die Erweiterung der Produktpalette hin zu Trend -und Saisonalprodukten, soll diese Entwicklung noch unterstützen.

c. Prognose

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Gesellschaft für das Jahr 2021 erscheint schwierig. Einerseits ist der Großteil der Einnahmen der Gesellschaft von klaren Zusagen der Gesellschafter geprägt, andererseits muss pandemiebedingt weiter mit dem Ausbleiben von Gästen gerechnet werden.

Die Neuausrichtung der Stadtmarketinggesellschaft wird weiterhin zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der Gesellschafter zur Installation dieser Gesellschaft weiter stärken.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren lagen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht vor. Dem Unternehmen stehen monatliche Auswertungen zu finanziellen Leistungsindikatoren wie Cash-Flow, Ergebnis, Einhaltung Plan-Ist in Form der Auswertung des Wirtschaftsplanes vor. Diese Indikatoren werden monatlich abgeglichen und entsprechende, kurzfristige Anpassungen vorgenommen.

Wir planen im folgenden Geschäftsjahr 2021 ein höheres Umsatzvolumen, sind hier aber in Abhängigkeit der Pandemieentwicklung. Durch unsere angepassten Fixkosten und entsprechender Bereitstellung der Zuschüsse der Gesellschafter, kann trotz alledem mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden.

Wir werden auch künftig immer in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant im Jahr 2021 weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.511.300,00 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausgezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2021 mit 1.245.000 € (IST 2020: 816.594,12 €) geplant, allerdings ist hier entscheidend, welchen Verlauf die aktuelle Pandemielage nimmt.

Die Personalkosten werden für das Jahr 2021 in Höhe von insgesamt 1.163.000 € geplant (IST 2020: 1.096.110,53 €). Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2021 mit 100.000 € geplant (IST 2020: 108.910,64 €).

Die betrieblichen Aufwendungen, wie z.B. Mieten/Raumkosten, Reinigung/Abfallbeseitigung, Energie, Versicherungen wurden in 2021 aufgrund der Vergrößerung der Flächen der Tourist-Information mit hallesaale*-Shop entsprechend der neu gewonnen Flächen angepasst. Kfz-Kosten und Buchführungskosten einschl. Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2020 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing wurden in gleicher Höhe wie 2020 geplant.

Laut Wirtschaftsplan 2021 wird die SMG mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Martens

Aufsichtsrat:

	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Schröter, Reinhard
		Aldag, Wolfgang
		Dr. Bergner, Christoph
		Dr. Fox, Jürgen
		Marquardt, Bertolt
		Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	3	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.668	85	20.281	78	21.989	81	387	2
Umlaufvermögen	3.731	15	5.774	22	5.256	19	-2.043	-35
Bilanzsumme	24.399	100	26.055	100	27.245	100	-1.656	-6

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.337	59	14.327	55	14.596	54	10	0
Sonderposten für Investitionszulagen	9.515	39	10.667	41	11.892	44	-1.152	-11
Rückstellungen	305	1	621	2	330	1	-316	-51
Verbindlichkeiten	235	1	439	2	420	1	-204	-46
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	1	0	7	0	6	600
Bilanzsumme	24.399	100	26.055	100	27.245	100	-1.656	-6

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.648	4.374	4.564
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	188	41	-143
sonstige betriebliche Erträge	53	18	57
Materialaufwand	2.414	2.117	2.181
Personalaufwand	717	616	607
Abschreibungen	573	515	564
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.179	1.461	1.101
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	3	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-4	5
Ergebnis nach Steuern	10	-269	23
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10	-269	22
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-269	0	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	0	22
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-259	-269	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,21	-6,15	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,07	-1,84	0,15	%
Cash-Flow:	583	246	586	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	326	317	407	T€
Personalaufwandsquote:	14,66	13,91	13,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,37	73,94	76,99	%
Eigenkapitalquote:	58,76	54,99	53,57	%
Fremdkapitalquote:	41,24	45,01	46,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m²
Auslastung	98,93	98,80	98,64	%

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die Gesellschaft in deren Räumlichkeiten aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die Gesellschaft bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben,
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die Gesellschaft in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 64,8 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups, und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2020 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung der Gesellschaft und des Technologieparks Weinberg Campus insgesamt auf die Bereiche Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms 2020 durch die weltweite Pandemie in eine schwere, mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 vergleichbare Rezession geraten. Zwar deuten Szenarien aktueller Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute auf eine Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2021 hin. Aus heutiger Sicht sind solide Prognosen zum Ende der Pandemie und einer dadurch bedingten Erholung der Gesamtwirtschaft allerdings nicht möglich und wären somit reine Spekulation. Die weltweite Pandemie bedingt zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr 2021 stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Rückschläge bei der Überwindung der Covid-19-Pandemie stellen somit nach wie vor die mit Abstand größte Gefahr für die Konjunktur dar, auch wenn handels- und geopolitische Spannungen sowie mögliche erneute Konflikte zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Jahr 2021 und darüber hinaus als Risiken weiterhin nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können. Dies gilt vor allem in der kurzen Frist, solange noch kein effektiver Impfstoff tatsächlich zur Verfügung steht.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland stagniert und wird auch zukünftig eher verhalten bleiben. Gründe hierfür sind unter anderem steigende Arbeits- und Energiekosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind trotz der beschriebenen Annäherungen weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die in vielen Teilen zunehmend protektionistischen Strömungen weiter beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich dämpfen.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten weiterhin geringe Steigerungsraten. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2020 auch ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus angeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und die Netzwerkpartner fast das gesamte Geschäftsjahr durch die Rahmenbedingungen und die Unsicherheiten der Pandemieentwicklung massiv beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Seit März des Berichtsjahres hat die durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie auch die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen vor allem auf ein Minimum eingeschränkte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten. Permanente Unsicherheiten bezüglich zu erwartender Entwicklungen stellten die Arbeitsorganisation insgesamt vor große Herausforderungen. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage in den Phasen des Lockdowns zum Teil erheblich eingeschränkt. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, war deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Es bestanden permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung. Gleiches galt für die Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Um diesen Unsicherheiten zu begegnen wurden zahlreiche organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagement wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Wöchentlich stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstab der Stadt Halle (Saale) sowie mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Hygieneverordnungen vermitteln zu können. Insbesondere in den ersten Monaten der Pandemie wurden die Mieter und deren Beschäftigte mit medizinischen Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln versorgt. In den Gebäuden und Grundstücken wurden umfangreiche Hygienemaßnahmen umgesetzt. Darüber hinaus konnten erfolgreiche Konsortien aus Startups und Technologieunternehmen u.a. zur Impfstoffforschung und Schnelltest-Entwicklung initiiert werden. Die einzige nicht kommunale Schnelltest-Station der Region wurde in einem Gebäude der Gesellschaft errichtet.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf die Pandemie und einzelne Maßnahmen zu deren Bekämpfung am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgte im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2020 wurden insbesondere weitere Teilbereiche des ältesten Gebäudes im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen saniert und modernisiert. Der Umbau folgt insgesamt dem Ziel, das Gebäude schrittweise zum zentralen Innovation Hub des Technologieparks für Startups und junge Technologieunternehmen zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bildeten im Berichtsjahr die Modernisierung und Sanierung von Büro- und Gemeinschaftsräumen, mieterseitige Umstrukturierungen sowie der weitere Ausbau von Pre-Seed- und Seed-Inkubatoren für Startups. Deren Betrieb erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus erfolgten umfangreiche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Erdgeschoss des Gebäudes. Ziel war es hierbei, an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientierte Büro-, Beratungs-, Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen zu schaffen, die ein offenes kooperatives Zusammenarbeiten von Gründungsteams und jungen Unternehmen ermöglichen. Herausgehoben werden kann die Eröffnung einer modernen Cafeteria, die Aufwertung des Foyers mit einer großen Sitztreppe sowie die Errichtung eines Bereiches für den Betrieb des ersten Startup-Accelerators im Land Sachsen-Anhalt.

Dem 2018 entwickelten Flächenentwicklungskonzept entsprechend, wurde im Geschäftsjahr 2020 eine umfangreiche Machbarkeitsstudie zum Bau eines neuen hochtechnischen Gebäudes mit Labor-, Technikums- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical Life Sciences und Material Sciences erarbeitet. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf neuen digitalen Geschäftsmodellen. Es wurde den Gremien der Gesellschaft und des Hauptgesellschafters Stadt Halle (Saale) präsentiert sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, der Staatskanzlei und der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt vorgestellt. Im Ergebnis dessen werden die Planungen im laufenden Geschäftsjahr konkretisiert sowie Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten eruiert. Ziel ist es, gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier zu entwickeln und in den nächsten Jahren umzusetzen.

Trotz des hohen Niveaus bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2020 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum die Etablierung der ersten Accelerator-Programme des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen.

Pandemiebedingt erwies sich sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten schwierig. Bereits geplante Projektkooperationen wurden von potenziellen Auftraggebern abgesagt oder verschoben, so dass dementsprechend geplante Erlöse nicht realisiert werden konnten.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Wahl des Geschäftsführers in den Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), in den Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie in den Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Mitarbeit in der AG Bioparks im BVIZ, im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen. Pandemiebedingt konnten im Geschäftsjahr 2020 kaum derartige Aktivitäten umgesetzt werden. Termine geplanter Präsenzveranstaltungen wurden immer wieder verschoben, Veranstaltungen umorganisiert und immer wieder abgesagt. Lediglich im September 2020 konnte öffentlichkeitswirksam ein „ZukunftsdialoG Gesundheit und Medizin“ im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften durchgeführt und dokumentiert werden. Die Ergebnisse dieses ZukunftsdialoG bilden die Basis für die Leitmarktstrategie des Landes Sachsen-Anhalt 2021ff. Darüber hinaus wurden große Anstrengungen unternommen, digitale Veranstaltungsformate zu entwickeln. Für die digitale Kommunikation notwendige Hard- und Software wurde installiert.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden wiederum neue Kommunikationskanäle etabliert und im Berichtszeitraum ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten lfd. Jahr	3.748	76,6%	3.559	80,3%	189	5,3%
+ Einnahmen Projektleistungen	851	17,4%	671	15,1%	180	26,8%
+ sonstige Dienstleistungen	49	1,0%	144	3,2%	-95	-66,0%
+ = UMSATZERLÖSE	4.648	95,1%	4.374	98,7%	274	6,3%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	188	3,8%	41	0,9%	147	358,5%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	54	1,1%	18	0,4%	36	200,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.890	100,0%	4.433	100,0%	457	10,3%
+ Raumkosten Mieter + Fremdleistungen	2.414	49,4%	2.117	47,8%	297	14,0%
+ Personalkosten	717	14,7%	616	13,9%	101	16,4%
+ eigene Raumkosten	211	4,3%	161	3,6%	50	31,1%
+ Versicherungen / Beiträge	29	0,6%	27	0,6%	2	7,4%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	423	8,6%	836	18,9%	-413	-49,4%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	3	0,1%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	64	1,3%	57	1,3%	7	12,3%
+ externe Projektkosten	32	0,7%	61	1,4%	-29	-47,5%
+ sonstige Kosten	417	8,5%	316	7,1%	101	32,0%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	1.179	24,1%	1.461	33,0%	-282	-19,3%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.310	88,2%	4.194	94,6%	116	2,8%
= EBITDA	578	11,8%	239	5,4%	339	141,8%
+ Abschreibungen	1.725	35,3%	1.740	39,3%	-15	-0,9%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.152	-23,6%	-1.225	-27,6%	73	-6,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	573	11,7%	515	11,6%	58	11,3%
= EBIT	5	0,1%	-276	11,6%	281	-101,8%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	4	100,0%	3	100,0%	1	33,3%
+ = FINANZERGEBNIS	4	100,0%	3	100,0%	1	33,3%
= EBT	9	0,2%	-273	-6,2%	282	-103,3%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	0	0,0%	-5	1,8%	5	-100,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	0	0,0%	-5	1,8%	5	-100,0%
= JAHRESÜBERSCHUSS	9	0,2%	-268	-6,3%	277	-103,4%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2019 um 10,3% (+457 T-€) erhöht und liegt somit bei 4.890 T-€. Dabei haben sich die Mieten und abgerechneten Mietnebenkosten um 188 T-€, die Einnahmen aus Projektleistungen um 179 T-€ sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um 35 T-€ erhöht. Eine Verminderung gab es lediglich bei den sonstigen Dienstleistungen um -94 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2020 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten i.H.v. 3.822 T-€ ergaben sich einschließlich Veränderung der nicht abgerechneten Nebenkosten aus dem Vorjahr hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.748 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 74 T-€ über dem Planansatz, was im Wesentlichen durch die Verringerung der Leerstandszeiten nach Umzügen sowie der Auflösung des Bestands an nicht abgerechneten Nebenkosten aus dem Vorjahr begründet ist. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 267 T-€ über dem Planansatz. Hierin sind wiederum weiterberechnete Instandhaltungsaufwendungen an Mieter i.H.v. 35 T-€ enthalten, die so nicht planbar waren. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 408 T-€ mehr als geplant.

Die **Raumkosten der Mieter** und Fremdleistungen erhöhten sich um 297 T-€ auf 2.414 T-€ und lagen damit um 14 T-€ über dem Planansatz.

Die **Personalkosten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 101 T-€ auf 717 T-€ und lagen damit um 57 T-€ unter dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 282 T-€ (-19,3%) auf 1.179 T-€. Gesunken sind dabei die Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen (-413 T-€) und die externen Projektkosten (-29 T-€). Erhöhungen gab es bei den sonstigen Kosten (+101 T-€), den eigenen Raumkosten (+50 T-€), den Versicherungen und Beiträgen (+2 T-€) sowie den Werbe- und Reisekosten (+7 T-€).

Im Vergleich zum Planansatz lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 1.179 T-€ um 414 T-€ über dem Planansatz i.H.v. 765 T-€. Wesentlichen Abweichungen gibt es bei den Reparaturen und Instandhaltungen (+163 T-€), den sonstigen Kosten (+217 T-€), den eigenen Raumkosten (+21 T-€) und den Kosten der Warenabgabe (+32 T-€). Die KFZ-Kosten (-27 T-€) blieben dagegen nennenswert unter dem Planansatz. Die übrigen Kosten lagen jeweils nur geringfügig über oder unter den Planansatz. Die erhebliche Überschreitung bei den Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen ist durch die weiterhin umfangreichen erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Gebäuden zu begründen, im Berichtsjahr ist hier insbesondere die Fertigstellung der Sanierung des Foyers im TGZ I zu nennen. Die Überschreitung bei den sonstigen Kosten ist überwiegend durch Projektkosten verursacht, die wiederum zu höheren Erträgen aus den Projekten geführt haben.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2019 um 339 T-€ auf 578 T-€ erhöht. Gegenüber dem Planwert von 538 T-€ ergab sich hierbei eine Unterschreitung in Höhe von 40 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.683 T-€ (Vorjahr: 1.740 T-€) sowie außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 42 T-€. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung um 73 T-€ auf 1.152 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 573 T-€ und liegt damit um 44 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** beträgt mit 5 T-€ im Berichtsjahr +281 T-€ mehr als im Vorjahr, gegenüber dem Planwert gab es eine negative Abweichung von 4 T-€.

Das **Finanzergebnis** ist gegenüber dem Vorjahr um 1 T-€ gestiegen und beträgt 4 T-€. Der Planwert mit 6 T-€ konnte somit nicht erreicht werden, was an den weiterhin sehr geringen Anlagezinsen liegt.

Das **EBT** liegt mit 9 T-€ um 282 T-€ über dem Vorjahreswert und um 6 T-€ unter dem Planwert.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des vorhandenen Verlustvortrages aus dem Vorjahr 0 T-€. Im Vorjahr waren Steuererstattungen aufgrund des Verlustrücktrages in das Jahr 2018 in Höhe von -5 T-€ ausgewiesen.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 10 T-€ und liegt damit um 278 T-€ über dem Vorjahr bzw. 5 T-€ unter dem Planwert, der von einem Jahresüberschuss i.H.v. 15 T-€ ausging.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.157,6 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von kurzfristigen Geldanlagen hin zu langfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2020 haben sich die liquiden Mittel um rund 2.056,8 T-€ verringert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2020		Bilanz zum 31.12.2019		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.336,6	58,8	14.327,0	55,0	9,6	0,1
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	9.515,1	39,0	10.667,1	40,9	-1.152,0	-10,8
Rückstellungen	304,9	1,2	621,4	2,4	-316,5	-50,9
Erhaltene Anzahlungen	50,0	0,2	237,7	0,9	-187,7	-79,0
Lieferverbindlichkeiten	107,2	0,4	111,0	0,4	-3,8	-3,4
Sonstige Verbindlichkeiten	78,7	0,3	90,0	0,3	-11,3	-12,6
Summe Verbindlichkeiten	235,9	1,0	438,7	1,7	-202,8	-46,2
Rechnungsabgrenzungsposten	6,9	0,0	1,2	0,0	5,7	475,0
Summe Passiva=Gesamtkapital	24.399,4	100,0	26.055,4	100,0	-1.656,0	-6,4

c) Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2020		Bilanz zum 31.12.2019		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	10,1	0,0	15,0	0,1	-4,9	-32,7
Sachanlagen	17.658,4	72,4	19.266,0	73,9	-1.607,6	-8,3
Finanzanlagen	3.000,0	12,3	1.000,0	3,8	2.000,0	200,0
Summe Anlagevermögen	20.668,5	84,7	20.281,0	77,8	387,5	1,9
Forderungen	142,1	0,6	42,6	0,2	99,5	233,6
Sonstige Vermögensgegenstände	431,2	1,8	517,4	2,0	-86,2	-16,7
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.157,6	12,9	5.214,4	20,0	-2.056,8	-39,4
Summe Umlaufvermögen	3.730,9	15,3	5.774,4	22,2	-2.043,5	-35,4
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	24.399,4	100,0	26.055,4	100,0	-1.656,0	-6,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.656,0 T-€ (-6,4 %) auf 24.399,4 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der flüssigen Mittel (-2.056,8 T-€), der Sachanlagen (-1.607,6 T-€), der Sonstigen Vermögensgegenstände (-86,2 T-€) sowie des immaterielle Anlagevermögen (-4,9 T-€). Die Forderungen (+99,5 T-€) und die Finanzanlagen (+2.000,0 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 77,8 % auf 84,7 % erhöht.

Bei Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 112,8 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.725,3 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit **immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 17.668,5 T-€ (-1.612,5 T-€) vermindert. Das **Finanzanlagevermögen** hat sich von 1.000 T-€ auf 3.000 T-€ erhöht.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 2.043,5 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verringerte sich dadurch auf 15,3% gegenüber 22,2% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 99,5 T-€ resultiert aus den gestiegenen Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (+27,1 T-€) sowie den höheren Forderungen aus Mietnebenkosten (+72,4 T-€).

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 86,2 T-€ ist auf die Reduktion der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (-225,3 T-€) zurückzuführen. Dagegen erhöhten sich die angeforderten Projektmittel (+116,6 T-€) sowie die Ansprüche aus Steuererstattungen (+22,5 T-€).

Die Verminderung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 5.214,4 T-€ auf 3.157,6 T-€ resultiert im Wesentlichen aus dem Mittelabfluss aus den Investitionstätigkeiten der Gesellschaft (-2.109 T-€). Für getätigte Investitionen in Sachanlagevermögen flossen 70,4 T-€ ab. Investitionen in Finanzanlagen erfolgten i.H.v. 2.000,0 T-€.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen. Hinzu kommen Zielvorgaben in den im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzten Projekten zur Gründungsförderung (Startup- and Growth-Accelerator, Gründungsqualifizierung für die Stadt Halle), die im Berichtszeitraum trotz der pandemiebedingt schwierigen Rahmenbedingungen erfüllt werden konnten.

Insgesamt waren die Gebäude der Gesellschaft im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,70 % ausgelastet. Temporäre Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 98,93 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige, in denen die Mieter der Gesellschaft tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	41,07 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	16,07 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	14,28 %
• Material Sciences, Nanotechnologie	10,72 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	8,93 %
• Sonstige Services	8,93 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 56 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Gesamtleistung sowie Ergebnis vor Steuern.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der pandemischen Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2021 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2022 bis 2025 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2021	4.642	4.615	6	33
2022	4.506	4.502	6	10
2023	4.405	4.392	6	19
2024	4.415	4.404	6	17
2025	4.425	4.383	6	48

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie und aktueller Rezession relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen der Pandemie für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter unteretzt. Das 2019/20 weiterentwickelte detailliertere Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2021 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Erste Ergebnisse des im Berichtsjahr durch die Gesellschaft etablierten Accelerator-Programms (3 Ansiedlungen von High-Tech-Startups aus den Teilnehmern des ersten Batches) belegen die Wirksamkeit der Strategie.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Zur Fundierung der diesbezüglichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und Planungen wurde im Berichtsjahr eine umfangreiche Lebenszyklus-Analyse für die Gebäude durchgeführt. Deren Ergebnisse fließen in die Planung zukünftiger Modernisierungs-, Sanierungs- und Neubauvorhaben ein.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Zum einen soll wie schon im Abschnitt zum Geschäftsverlauf 2020 berichtet, ein weiteres hochtechnisches Gebäude mit Labor-, Technikums- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical und Life Sciences sowie New Materials, Bioeconomy, Green Tech und Sustainability gebaut werden (Business Development Center). Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf neuen digitalen Geschäftsmodellen in den genannten Schwerpunktbranchen. Die diesbezüglichen Planungen werden im kommenden Geschäftsjahr konkretisiert sowie Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten eruiert. Im Ergebnis sollen ca. 8.000 bis 10.000 qm neue Vermietungsflächen entstehen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier zu entwickeln und in den nächsten Jahren umzusetzen. Für das Vorhaben notwendige Beschlüsse wurden im Berichtszeitraum vorbereitet. Im Geschäftsjahr 2021 sollen die notwendigen Beschlüsse gefasst werden und erste Planungsleistungen erfolgen. Die Umsetzung des Neubauprojektes ist für die Jahre 2021 bis 2025 geplant.

Bestehende Planungen zur Errichtung eines eigenen neuen Bürogebäudes, in dem insbesondere Unternehmen der Informationstechnologie und der Softwareentwicklung Raum für Wachstum finden, werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Stattdessen soll ein ähnliches Bauvorhaben nunmehr durch einen Mieter mit Unterstützung durch die Gesellschaft selbst umgesetzt werden. Mit diesem Vorgehen werden sowohl der satzungsgemäße Auftrag erfüllt und zugleich Flächen für neue Mieter geschaffen.

Letztlich befindet sich die Geschäftsführung im Sinne eines Technologiepark-Managements in Strategiegesprächen zur weiteren Infrastrukturentwicklung mit allen strukturbestimmenden Einrichtungen, insbesondere mit der Martin-Luther-Universität und der Universitätsmedizin Halle. Dasselbe gilt auch für Unternehmen, die zukünftig eigene Produktionsstätten im Technologiepark errichten wollen.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet 2021 die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode von 2021 bis 2027, untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2021 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2021ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Pandemie insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung, die im Rahmen des bereits im Prognosebericht genannten Leuchtturmprojektes für die Region in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität genutzt werden sollen.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies betrifft bei Unternehmen im Bereich der Fokusbranche Biomedical and Life Sciences (z.B. Biotechnologie, Pharmazie, Analytik) pandemiebedingt wegen zusätzlicher Förderprojekte und der Teilnahme an F&E-Konsortien sogar die kurze Frist. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne pandemiebedingte Einflüsse unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfänglichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner und Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.

- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für die Prognoseberichterstattung dar. Der von China ausgehende Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2, durch den die Lungenkrankheit COVID-19 ausgelöst werden kann, hat inzwischen weltweite und massive Auswirkungen auf Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bevölkerung und das soziale Miteinander. Dazu zählen wirtschaftliche Einbußen bei Unternehmen, beispielsweise aufgrund von Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten. Hinzu kommen Reise- und Versammlungsbeschränkungen, welche die Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten auf ein Minimum reduzieren. Ebenfalls deutlich sind Herausforderungen für die Arbeitsorganisation insgesamt sowie die durch Home-Office, Home-Schooling und Krankentage bedingte Reduktion der Handlungsfähigkeit zahlreicher MitarbeiterInnen in den Phasen des Lockdowns. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, ist deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der Aufgabenerfüllung bleiben bestehen. Gleiches gilt in hohem Maße für die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit und den Verbleib der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements dienen die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank einer Reduktion dieser Unsicherheiten. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, der in Personalunion Leiter des Pandemie- bzw. Katastrophenschutzstabes der Stadt Halle (Saale) ist.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Es könnte weiterhin zur zeitweisen Quarantäne des Personals (Home-Office) und zu Arbeitsausfällen wegen des Home-Schooling oder auch zu Erkrankungen kommen. Für den kaufmännischen Bereich, den Bereich Beratung und Projektmanagement sowie den Bereich Marketing und Kommunikation ist es nach wie vor möglich, einen Großteil der Aufgaben in Heimarbeit zu erledigen. Im technischen Bereich gestaltet sich dies schwieriger. Hier ist in Folge des Outsourcing die Energieversorgung Halle GmbH zuständig.
- Wie bereits im Berichtszeitraum zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Die Antragstellung und Bewilligung von Förderprojekten könnten sich zeitlich verzögern. Durch die öffentliche Förderung fallen die diesbezüglichen Einnahmen jedoch nicht aus, sondern verzögern sich lediglich in der Auszahlung. Ein personell bedingter Arbeitsausfall und die damit verbundenen Kosten könnten im Extremfall beispielsweise durch Kurzarbeitergeld teilweise ausgeglichen werden.
- Geplante Veranstaltungen könnten auch weiterhin abgesagt werden müssen. Durch organisatorische Maßnahmen könnten diese allerdings zum Teil nachgeholt oder in digitalen Formaten umgesetzt werden.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven könnte die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsverzögerungen ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Berend, Stephanie
Dr. Kreuzfeldt, Annette
Dr. Marquardt, Judith
Friedrich, Holger
Hülsbusch, Peter

Beirat:

Mehlis, Marion
Michalak, Ingo
Misch, Werner
Ufer, Niklas
Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.504	83	11.250	85	11.935	85	-746	-7
Umlaufvermögen	2.154	17	2.061	15	2.075	15	93	5
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0	0	0	7	0	31	100

Bilanzsumme	12.689	100	13.311	100	14.017	100	-622	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.849	54	6.846	51	6.845	49	3	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.995	24	3.244	24	3.440	25	-249	-8
Rückstellungen	250	2	356	3	317	2	-106	-30
Verbindlichkeiten	2.595	20	2.865	22	3.415	24	-270	-9

Bilanzsumme	12.689	100	13.311	100	14.017	100	-622	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.370	5.465	5.532
sonstige betriebliche Erträge	486	292	239
Materialaufwand	2.986	2.574	2.808
Personalaufwand	1.498	1.805	1.635
Abschreibungen	781	801	759
sonstige betriebliche Aufwendungen	526	510	473
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61	72	86
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-7	8
Ergebnis nach Steuern	4	2	2
sonstige Steuern	1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	1	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	0,02	0,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,05	0,02	0,03	%
Cash-Flow:	785	802	761	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	127	109	120	T€
Personalaufwandsquote:	25,59	31,34	28,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,76	84,49	85,13	%
Eigenkapitalquote:	53,98	51,43	48,83	%
Fremdkapitalquote:	46,02	48,57	51,17	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Besucher	139.542	303.922	310.237	Anzahl

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat erstmals zum 1. Mai 2010 in Kraft. Am 29. Januar 2021 haben die Stadt Halle (Saale) und die Bäder Halle GmbH die Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages um weitere 10 Jahre unterzeichnet. Der Bäderfinanzierungsvertrag sichert die Finanzierung des Bäderbetriebes im Zeitraum bis 2030. Er stellt darüber hinaus die Durchführung der notwendigen Ersatzinvestitionen/Instandhaltungen im Rahmen des Bäderkonzeptes der Stadt Halle und die Umsetzung der Sanierung des Stadtbades sicher. Damit kann das vielfältige Angebot für Schul-, Breiten- und Spitzensport auch zukünftig durch die Bäder Halle GmbH zur Verfügung gestellt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleischen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH ab 1. August 2014 verpachtet und wird aktuell noch durch die GWG betrieben. Der Vertrag wurde durch die GWG zum 30. Juni 2021 gekündigt. Ab dem 1. Juli 2021 ist geplant, dass die Stadt Halle (Saale) die Ballsporthalle von der BHG pachtet. Die Verträge dazu befinden sich in der Abstimmung.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat in Zusammenarbeit mit der Bäder Halle GmbH (BHG) in der 2. Jahreshälfte 2020 ein Bäderkonzept erarbeitet. Mit dem Konzept verfolgt die Stadt Halle (Saale) das Ziel, die Vielfalt der halleischen Bäderlandschaft für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus zu sichern sowie deren Anziehungskraft für die Bevölkerung der Stadt und aus der Region zu stärken. Dieses Konzept wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 beschlossen und dient der Bäder Halle GmbH als Arbeitsgrundlage. Durch zielgerichteten und effizienten Einsatz der der BHG zur Verfügung stehenden Instandhaltungs- und Investitionsmittel sind die Bäder langfristig zu erhalten und angemessen an den Bedarfen der Nutzer auszurichten.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Die Sanierungskosten belaufen sich auf rd. 26,7 Mio. EUR (netto). Für die Beteiligung an der Finanzierung dieser Sanierung konnten drei Fördermittelgeber gewonnen werden. Der Bund beteiligt sich mit 13,4 Mio. EUR, das Land Sachsen-Anhalt mit 6,0 Mio. EUR und Stadtumbaumittel werden in Höhe von 3,0 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Der verbleibende Anteil von 4,4 Mio. EUR wird von der Bäder Halle GmbH aufgebracht. Geplant ist die Umsetzung der Gesamtsanierung im Zeitraum 2021 bis 2024.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Einen großen Teil der Aufwendungen stellen die Materialaufwendungen (insbesondere Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme/Gas) und Personalaufwendungen in Summe dar. Diese sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der SARS-CoV-2-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie geprägt. Alle Hallenbäder wurden auf behördliche Anordnung am 13. März 2020 erstmals geschlossen. Die Bäder Halle GmbH hat in dieser Situation zunächst die Revisionsarbeiten soweit es möglich war in den Bädern vorgezogen, geplant sind diese regulär in der Schließzeit in den Sommerferien. Da sich keine Veränderungen im April 2021 abzeichneten, wurde nach dem Abbau von Zeit- und Urlaubssalden Kurzarbeit beantragt und bis Juni in Anspruch genommen. Im Juni konnten Frei- und Hallenbäder mit Hygiene- und Kapazitätskonzepten in Sachsen-Anhalt wieder öffnen. Die Schulen nahmen den Schwimmunterricht erst ab September wieder auf, damit einhergehend begann auch der öffentliche Badebetrieb in den Hallenbädern wieder. Das organisierte Sport- und Vereinsschwimmen sowie der Rehabilitationssport fand bereits ab Juni unter Anwendung von Hygiene- und Kapazitätskonzepten in den Hallenbädern wieder statt.

Der Betrieb der Freibäder war ebenfalls hinsichtlich der zugelassenen, maximalen Besucherzahlen auf der Grundlage der behördlichen Verordnungen reglementiert. Dies galt einerseits für das gesamte Bad aber auch für die Nutzung der einzelnen Becken und Wasserbereiche und stellte eine große Herausforderung für die Mitarbeitenden dar. Dieser Saisonbetrieb verlangte auch den Badegästen viel Verständnis für die Hygienemaßnahmen und insbesondere rücksichtsvolles Verhalten ab, nicht immer wurde es auch aufgebracht. Geringere als geplante Besucherzahlen waren im Ergebnis dieser Regularien in beiden Freibädern zu verzeichnen. Das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde 2020 nicht geöffnet, ein sehr geringer Wasserstand sowie der weitere Nachweis von Vibriolen waren maßgebliche Gründe dafür. Hinzu kam die Schwierigkeiten der Umsetzung und vor allem Überwachung von behördlich vorgeschriebenen Kontaktbeschränkungen in diesem sehr unübersichtlichen und weitläufigen Gelände. Langfristig soll nach einem Pächter mit Interesse am Gesamtbetrieb und investivem Engagement gesucht werden.

Aufgrund der Entwicklung der Infektionszahlen wurde mit der Achten Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt für Bäder ab dem 2. November 2020 erneut die Schließung angeordnet. Bis auf Schulen, Kadersportler bis zur 2. Nachwuchsklasse einschließlich der Landesklassen sowie Rehabilitationssportgruppen wurde allen anderen Personen die Nutzung untersagt. Ab dem 16. Dezember 2020 durften dann ausschließlich noch Bundeskader trainieren. Aktuell werden daher nur die Wasserflächen der Sprunghalle der Schwimmhalle Neustadt und der Robert-Koch-Schwimmhalle genutzt. In allen anderen Bädern sowie in der 50-Meter-Halle der Schwimmhalle Neustadt wurde der Betrieb zur Minimierung der laufenden Aufwendungen heruntergefahren. Die zugrundeliegenden Verordnungen gelten zunächst bis einschließlich 28. März 2021. Der überwiegende Teil der Mitarbeitenden befindet sich in Kurzarbeit. Das technische Personal fährt die Anlagen im Minimalbetrieb und überwacht die Technik in den genutzten Hallen.

Maßnahmen zur Sanierung der Elektroinstallationen im Stadtbad (elektrische Anlagen und ortsfeste Betriebsmittel) mussten aufgrund der Dringlichkeit noch vor der geplanten Gesamtsanierung umgesetzt werden. Die Arbeiten erfolgten von Juni bis Dezember 2020, der Bäder Halle GmbH wurden dafür zusätzliche Mittel durch die Stadt Halle (Saale) bereitgestellt.

Die Sanierung des Sprungturbelages in der Schwimmhalle Neustadt wurde im August 2020 abgeschlossen. Die damit geschaffenen optimalen Trainingsbedingungen für die Kadersportler sollten beste Voraussetzungen für die Vorbereitung auf die nach 2021 verschobenen Olympischen Spiele bieten. Das Land Sachsen-Anhalt hat diese Maßnahme im Vorjahr mit Fördermitteln im Umfang von 30,0 TEUR unterstützt.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2021 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von drei Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Betrieb von Sport- und Freibädern war im Geschäftsjahr 2020 stark von der Pandemie und ihren Auswirkungen geprägt. Während in den vergangenen Jahren die Besucherzahlen in den Freibädern besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig waren, kamen im Sommer 2020 die Restriktionen aus dem Hygienekonzept hinzu. Der Sommer 2020 lässt sich hinsichtlich der Witterungsverhältnisse als „guter Freibadsommer“ bezeichnen. In diesem Geschäftsbereich wird die Witterung immer einen extremen Einfluss auf die Besucherzahlen haben, ein Gegensteuern ist hier nicht möglich. Die Besucherzahlen in den Hallenbädern lagen aufgrund der Schließungen um 57,9 % deutlich unter dem Vorjahr.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2020 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche negative Einflussfaktoren waren und sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt, insbesondere die behördlich angeordneten Schließzeiten und die zunächst sehr einschneidenden Restriktionen, unter denen die Bäder öffnen durften. Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Die Eintrittspreise für die Frei- und Hallenbäder verringerten sich im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2020 aufgrund der temporären gesetzlichen Umsatzsteuersenkung von 7 % auf 5 %, die an die Besucher weitergegeben wurde. Aus den behördlich angeordneten Schließungen resultierten stark rückläufige Besucherzahlen, die sich wie folgt darstellen:

Nutzergruppe	Jahr 2019	2020
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:	184.447	77.223
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:	119.475	62.319
Besucher Schulschwimmen:	75.965	42.767
Besucher Vereinsschwimmen:	155.811	78.762

* ohne Angersdorfer Teiche, diese blieben 2020 geschlossen

Im Vergleich zu 2019 haben sich die Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb aufgrund der Pandemie wesentlich verringert.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren in der Bäder Halle GmbH 46 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 7 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 21 Frauen. In den Monaten Juni bis September haben im Schnitt 5 Vollzeitsaisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit der geforderten Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetriebe aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD).

Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe wurde für 2020 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020 auf.

Auch der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes wurde zum 1. September 2020 neu verhandelt. Dieser weist eine 28-monatige Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 auf, danach finden erneut Tarifverhandlungen statt.

Personalentwicklung 2020

Im November 2019 sowie im Januar 2020 fanden zwei Führungskräfte tagungen mit dem Titel „Wirkungsvoll führen, lernen, beteiligen“ statt. An diesen Veranstaltungen nahmen sechs Führungskräfte der Bäder Halle GmbH teil. Neben viel Raum zum Austausch untereinander und mit den Geschäftsführern des eigenen sowie der Schwesterunternehmen fand eine intensive Auseinandersetzung mit der aktuellen und zukünftigen Feedbackkultur in der Stadtwerke-Gruppe statt.

Darüber hinaus war die Personalentwicklung der SWH Aufgrund der Ausbreitung des Covid 19-Virus dieses Jahr gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betragen 543,3 TEUR (Vorjahr 1.027,5 TEUR) und liegen damit deutlich unter dem Vorjahr, ursächlich sind die pandemiebedingten Schließzeiten.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2020 nur bei 104,5 TEUR (Vorjahr 145,1 TEUR), da in den Zeiten der pandemiebedingten Schließung die Bäder Halle GmbH auch keine Dienstleistung für das Kassieren der Eintrittsentgelte und die Wasseraufsicht erbracht hat. Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen vertragsgemäß wie bereits im Vorjahr 161,8 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber. Unter den Umsatzerlösen ist das Leistungsentgelt der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2020 mit 4.402,6 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 3.965,4 TEUR lag.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Auflösungserträge von Sonderposten für Maßnahmen der Hochwassersanierung und von Rückstellungen enthalten sowie Erlöse aus der Dezemberhilfe 2020.

Die Aufwendungen lagen im Jahr 2020 in vielen Bereichen aufgrund der mehrfachen Bäderschließung unter denen des Vorjahres. Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 927,2 TEUR (Vorjahr 1.184,0 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung die nur in Höhe von 230,9 TEUR (Vorjahr 272,4 TEUR) beansprucht wurden sowie Fremdleistungen in Höhe von 83,3 TEUR (Vorjahr 109,2 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand lag 2020 bei 1.583,3 TEUR (Vorjahr 840,0 TEUR). Darin enthalten sind neben den laufenden Instandhaltungsaufwendungen u. a. die Aufwendungen für die Sanierung der elektrischen Anlagen im Stadtbad im Umfang von 738,6 TEUR und für die Erneuerung des Sprungturbelages im Umfang von 104,5 TEUR.

Die Personalaufwendungen liegen bei 1.498,5 TEUR (Vorjahr 1.804,6 TEUR) und wurden durch die Erstattungen der Agentur für Arbeit gemindert.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 3,4 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus den die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2020 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.849,1 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 3,4 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Zuführung des Jahresergebnisses 2020.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen hat in 2020 einen Rückgang von 249,8 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2020 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2020 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1.913,2 TEUR (Vorjahr 2.309,2 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen durch die Rückrechnung des Leistungsentgeltes gegenüber der Stadt Halle und der außerordentlichen Wirtschaftshilfe durch den Corona-bedingten Lockdown für den Monat Dezember eine Erhöhung zum Vorjahr auf.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2020 eine Eigenkapitalquote von 54,0 % aus (Vorjahr 51,4 %).

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten drei Betriebsjahre 2010 bis 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 TEUR vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Die 2020 erforderlichen Investitionen wurden aus der eigenen Liquidität finanziert. Sie betragen in Summe 35,7 TEUR und betrafen u.a. die Anschaffung neuer Wettkampfleinen für das 50-Meter Becken der Schwimmhalle Neustadt für 10,5 TEUR und die Anschaffung neuer Windowslizenzen für 4,2 TEUR. Ab 2021 bis 2030 wurde ein sehr umfassender Investitionsplan erarbeitet der Bestandteil des Nachtrages zum Bäderfinanzierungsvertrag ist und darauf fußt, dass diese Investitionen über Gesellschafterdarlehen finanziert werden.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Am 31. Dezember 2020 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 12.688,5 TEUR, das ist eine Verringerung um 622,6 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2020 ein Anlagenbestand in Höhe von 10.504,0 TEUR erreicht (Vorjahr 11.249,6 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 123,1 TEUR auf.

Die Passivseite weist einen Rückgang der Verbindlichkeiten und des Sonderpostens aus, so dass insgesamt eine positive Vermögenslage zu verzeichnen ist.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach den Betriebserfahrungen der zurückliegenden Jahre im laufenden Betrieb nicht mehr möglich. Nach Untersuchungen im Rahmen des Energieaudits wären über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z. B. über die Lüftung, noch Einsparpotenziale zu heben. Hierbei ist jeweils abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die einzelnen Investitionen amortisieren würden.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da das öffentliche Schwimmen zu „sozial verträglichen Eintrittspreisen“ erfolgen soll. Nach der Eintrittspreis Anpassung im Jahr 2011 wurden die Entgelte für das öffentliche Schwimmen zum 1. Januar 2020 wieder angepasst.

Da die Hallenbäder derzeit auf Grundlage der 10. Eindämmungsverordnung mindestens noch bis zum 28. März 2021 geschlossen bleiben werden und noch kein Termin für die Öffnung für Publikum in Aussicht gestellt ist, ist aktuell bereits abzusehen, dass im Jahr 2021 die geplanten Besucherzahlen und Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb nicht erreicht werden können. Zur Kompensation der ausbleibenden Erlöse dienen neben dem Kurzarbeitergeld von der Bundesagentur für Arbeit auch die Einsparungen im Bereich der Medienkosten und Fremdreinigung.

Nach Beendigung der Pandemie und der damit einhergehenden Einschränkungen bleibt es weiterhin das Ziel für die kommenden Jahre, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann soll weiter in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Dazu wird auch die Sanierung des historischen Stadtbades beitragen.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreibung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr: 10). Unter diesen Risiken lässt sich keines der Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	2	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	2	0	0
Rechtliche Risiken	5	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	10	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2021 sowie in der Mittelfristplanung bis 2025 wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2021 bis 2025 konstant 300.900 Besucher geplant. Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2022 in Höhe von 979,9 TEUR bis 2025 auf 1.032,6 TEUR nur marginal aufgrund der eingeplanten Anpassungen der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer sowie der Schulen und einer geringfügigen Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, die im Jahr 2024 geplant ist, an. In allen anderen Bereichen wird von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen. Wie sich das Jahr 2021 aufgrund der anhaltenden Pandemie entwickelt, bleibt abzuwarten.

5.5. Investitionen

Für das Jahr 2021 sind in Summe 80,6 TEUR für Investitionen in der SH Neustadt geplant. Weitere 775,0 TEUR sind für die Sanierung des Stadtbades eingeplant, davon werden 643,6 TEUR über Fördermittel finanziert. Für dieses Gesamt-sanierungsprojekt sind 4 Jahre veranschlagt.

5.6. Finanzierung

Die langfristig geplanten Investitionen werden über Darlehensaufnahme finanziert, was mit der Fortführung des Bäderfinanzierungsvertrages beschlossen wurde. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

5.7. Ergebniserwartung

Für das Wirtschaftsjahr 2021 werden 0,8 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Im Planungszeitraum 2022-2025 sinkt das erwartete Ergebnis auf 0,2 TEUR ab, wenn das Verpachtungsverhältnis für die Ballsporthalle vertragsgemäß im Jahr 2021 endet und es nicht zu einem anderweitigen Pachtvertragsabschluss kommt. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder wird für das Jahr 2021 ein Zuschussbedarf in Höhe von 3.968,0 TEUR geplant. Auch in den Folgejahren wird davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der sechs Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Die Ausbreitung des Corona Virus hat dazu geführt, dass ab dem 2. November 2020 die Bäder erneut behördlich geschlossen wurden. Die Schließung wird nach derzeitigem Kenntnisstand mindestens bis einschließlich 28. März 2021 andauern. Genauere Prognosen zum Zeitpunkt der Wiederöffnung der Bäder für alle Nutzergruppen sind aktuell nicht möglich. Derzeit sind für den Schließungszeitraum im Jahr 2021 keine staatlichen Coronahilfen für öffentliche Unternehmen bekannt.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat: Vorsitzender Sommer, Anton
Battermann, Jens
Brederlow, Katharina
Dönitz, Anke

Verwaltungsrat:

Dr. Danek, Simone
Dr. Kehl, Peter
Dr. Streibelt, Marco
Gellrich, Barbara
Ideker, Thomas
Krahl, Hans-Joachim
Reinhardt, Marlis
Stegmann, Jürgen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	0	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.386	75	11.810	79	12.096	82	-424	-4
Umlaufvermögen	3.867	25	3.104	21	2.723	18	763	25
Rechnungsabgrenzungsposten	26	0	21	0	21	0	5	24
Bilanzsumme	15.279	100	14.935	100	14.840	100	344	2

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.751	51	6.969	47	6.124	41	782	11
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.260	28	4.453	30	4.667	32	-193	-4
Rückstellungen	276	2	196	1	161	1	80	41
Verbindlichkeiten	2.992	19	3.316	22	3.888	26	-324	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	0	0	-1	-100
Bilanzsumme	15.279	100	14.935	100	14.840	100	344	2

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.247	7.129	6.853
sonstige betriebliche Erträge	634	637	519
Materialaufwand	846	912	882
Personalaufwand	4.178	4.047	3.833
Abschreibungen	788	800	782
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.162	1.027	1.073
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	126	132	150
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	781	848	654
sonstige Steuern	-1	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	782	845	652

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,79	11,85	9,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,22	13,80	11,91	%
Cash-Flow:	1.570	1.645	1.433	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	116	116	115	T€
Personalaufwandsquote:	53,01	52,11	51,99	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,25	78,80	81,16	%
Eigenkapitalquote:	50,73	46,66	41,27	%
Fremdkapitalquote:	49,27	53,34	58,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Abrechnungstage	46.970,00	45.338,00	43.620,00	Tage

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Das BFW Halle war 2020 in mehrere Projekte eingebunden, die unterschiedliche Zielstellungen beinhalteten. Hervorzuheben sind die Projekte, in denen die Digitalisierung und die damit einhergehenden Chancen und Risiken für blinde und sehbehinderte Menschen betrachtet werden. So ging es im Projekt „InclusiveOCW“, finanziert durch das BMBF, welches am 30. November 2020 endete, um die Erstellung und Nutzung einer OpenCourseWare in der Berufsförderung für Menschen mit Seheinschränkungen. Im Ergebnis des Projektes ist die OpenSource Plattform SlideWiki nun auch barrierefrei für blinde und sehbehinderte Menschen bedienbar. Für die Qualifizierung im BFW stehen im Projekt entwickelte Lerninhalte zur Verfügung. Im Projekt „A4S-Inklusion Sehbehinderter durch Digitalisierung“, gefördert durch die DRV Bund, widmet sich das BFW Halle (Saale) seit März 2019 der Fragestellung: Wie kann Arbeiten 4.0 für die berufliche Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen genutzt werden? Derzeit wird an der digitalen Didaktik und an der konkreten Umsetzung der ausgewählten Technik gearbeitet. Im Projekt AKTILA-BS (Aktivierung und Integration (langzeit-)arbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen), welches durch das BMAS finanziert und im Februar 2020 abgeschlossen wurde, ging es um die Möglichkeiten der Aktivierung und Integration langzeitarbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen. Ein wesentliches Ergebnis war neben dem einrichtungübergreifenden Modulportfolio und dem Peer Mentoring der Werkzeugkasten für Leistungsträger „Wiki Durchblick“, der u.a. die Arbeit der Leistungsträger wesentlich unterstützt. Das BFW Halle wirkt seit 2020 als Referenzeinrichtung in dem Projekt KI-ASSIST, welches durch den Bundesverband der Deutschen Berufsförderungswerke koordiniert wird, mit. Dieses Projekt beschäftigt sich mit der Fragestellung, wie künstliche Intelligenz für Menschen mit Behinderungen nutzbar gemacht werden kann.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit des BFW Halle 2020 einschneidend und stark geprägt. Die damit verbundenen Veränderungen und Veränderungsgeschwindigkeiten in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und dementsprechend auch in der Rehabilitation waren 2020 schwierige Rahmenbedingungen. Das Thema Digitalisierung hat 2020 durch die Corona-Pandemie nochmals eine spezielle Dynamik erhalten. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse unter diesen Gesichtspunkten ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Die Corona-Pandemie hat den Geschäftsverlauf 2020 wesentlich beeinflusst. Das BFW Halle hat sich sehr früh mit den verschiedenen Risikoszenarien auseinandergesetzt. Es wurde ein Krisenstab gebildet, in dem alle Aktivitäten und Maßnahmen abgestimmt wurden. Dazu gehörten die Erstellung eines Konzeptes zur alternativen Durchführung der Maßnahmen sowie die Erstellung eines Notfall- und Pandemieplanes sowie eines Hygiene- und Schutzkonzeptes.

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2020 daher trotz der Corona-Pandemie die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen sowie ausbauen.

Das BFW Halle (Saale) hat die mit externer neutraler Unterstützung konkreten und tragfähigen Maßnahmen 2020 weiterentwickelt und schrittweise umgesetzt, die dazu geeignet sind, ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle (Saale) langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert. Diese Maßnahmen zeigten 2020 ihre Wirkung.

Im Laufe des Jahres 2020 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen weiter stabilisiert und ist trotz der Corona-Pandemie leicht gestiegen.

Die Bemühungen der letzten Jahre zeigten Erfolge und lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2020 nahmen durchschnittlich 130 Teilnehmer (im Vj. 126 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2020 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Das Thema Digitalisierung war für das BFW Halle (Saale) im Jahr 2020 nicht nur in den Projekten präsent. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des BFW Halle (Saale) stand im Vordergrund.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2020 unterhalb des Planungsansatzes. Dies ist hauptsächlich der Corona-Pandemie geschuldet, da in bestimmten Zeiträumen keine Assessment-Maßnahmen stattfinden konnten.

Die Zertifizierung nach der Norm DIN EN ISO 2001:2015 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2020 erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben der Umstellung der Marketingmaßnahmen unter Corona-Bedingungen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation unter Corona-Bedingungen auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in den Akquise Prozessen sowie in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung der Qualifikation in einen modularen Aufbau wurden 2020 weitergeführt. Das Thema Personalentwicklung stand im Vordergrund, um u.a. die Spezifik der Sehbehinderten- und Blindenrehabilitation zu schärfen sowie die Entwicklung digitaler Kompetenzen sowohl den Mitarbeitern als auch bei den Rehabilitanden zu fördern.

2020 waren durchschnittlich 65 (im Vj. 64) Angestellte sowie 3 (im Vj. 3) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. 4 Mitarbeitende im Rahmen des Teilhabechancengesetzes unterstützten die Stammbeslegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitenden lag bei 16,62 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2020 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 124 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Die Geschäftsstelle in Berlin ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden. Die Kapazitäten der Geschäftsstelle Berlin konnten durch den planmäßigen Ausbau im Jahr 2020 wiederum erweitert werden, sodass das BFW Halle (Saale) sein Dienstleistungsangebot neben den Vorbereitungsmaßnahmen im Jahr 2020 um eine weitere Qualifizierung in einem Berufsbild erweitern konnte.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 118 gestiegen. Dies resultiert u.a. aus der gestiegenen Belegung sowie Steigerung der verhandelten Kostensätze für das Jahr 2020.

Im Berichtsjahr fielen mit 46.970 Abrechnungstagen (im Vj. 45.338) 3,5 % mehr Abrechnungstage in Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen sowie Integrationsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Erlöse aus den Assessmentmaßnahmen sind Corona bedingt leicht gesunken.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Dies betrifft insbesondere die Projektzuwendungen. Der Materialaufwand ist um TEUR 66 gesunken. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2020 TEUR 193 (im Vj. TEUR 213).

Das Betriebsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 72,9 auf TEUR 907,5.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2020 einen Jahresüberschuss von TEUR 782.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2020 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.774 (im Vj. TEUR 1.723) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2020 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds stieg um TEUR 938. Die Gesellschaft verfügt 2020 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen 2020 im Bereich der Qualifizierung, der Hilfsmittel und im IT-Bereich.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 343,5 erhöht.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 367 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 788 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere aus der tilgungsbedingten Verringerung der Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger um TEUR 349 sowie aus der Differenz zwischen der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 193 und dem im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss von TEUR 782. Damit steigt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 589.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2020 TEUR 12.011, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 78,6 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2020 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitung - und Hauptmaßnahmen stieg die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 3%. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag Corona bedingt unter den Vorjahreszahlen. Trotz Corona stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Jahr 2020. Die Geschäftsstelle Berlin stellt zunehmend eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2020 die Auslastung weit über dem geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2020 weiter um. Mit diesen Maßnahmen gelingt es, die Ertragsseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Dieses Jahr werden außerdem die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wesentlich prägen. Die Kostensatzentwicklung muss neben der Entwicklung der Inflation und Tarife die Corona bedingten Mehraufwände berücksichtigen. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2021 konnten die geplanten Erhöhungen nicht erzielt werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 127 Teilnehmern wurde für das Wirtschaftsjahr 2021 ein positives Jahresergebnis geplant. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zu 2020 auf Grund der Corona-Pandemie eine unsichere Entwicklung. Dies bezieht sich hauptsächlich auf Umsatzerlöse der Assessmentmaßnahmen. Auf Grund der guten Belegungszahlen im I. Quartal 2021 sowie der praktizierten Verfahrensweise der Rehaträger in Form der Weiterzahlung der Maßnahmenkosten bei Weiterführung der Maßnahmen in digitaler Form kann das BFW Halle (Saale) 2021 ein positives Jahresergebnis erreichen.

Bei der Planung wurde eine Tarifsteigerung von 1,4 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 490 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, der Verwaltung sowie im IT-Bereich liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2021 von 130 Teilnehmern geht das BFW Halle (Saale) mit den Erfahrungen aus dem letzten Jahr 2021 von einem positiven Ergebnis aus, das unter dem Ergebnis von 2020 liegt. Die Rehabilitanden lernen teilweise von zu Hause aus in einer Heimlernphase. Dazu wurden alle Bedingungen seitens des BFW Halle (Saale) geschaffen und weiterentwickelt. Bei den Assessmentmaßnahmen und Einzelmaßnahmen erwartet das BFW Halle (Saale) einen Belegungsrückgang. Ein Rückgang in den Assessmentmaßnahmen kann negative Auswirkungen auf die Belegung der Folgejahre haben. Hier beeinflussen die Bedingungen der Corona-Pandemie die kontinuierliche und auskömmliche Auslastung.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche seit dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Durch den Ausbau der Geschäftsstelle Berlin stehen im Jahr 2021 wiederum mehr Kapazitäten zur Verfügung.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) auch nach dem 30-jährigen Jubiläum weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt. Hierzu werden die Kommunikationsformen Corona bedingt umgestellt.

Intensive Gespräche in hybrider Form mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen sowie die Digitalisierung werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2021 unter Corona Bedingungen weiter optimiert. Generell erfolgt eine Umstellung der Arbeits- und Kommunikationsformen.

Die Infrastruktur mit ihrem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis unter den Rahmenbedingungen der Corona Pandemie.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Flexibilität verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ unter veränderten Rahmenbedingungen zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommen dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Über allem steht die derzeitige weltweite Corona-Pandemie, deren Folgen – zumindest im Umfang – z.Z. nicht kalkulierbar sind. Hier sind alle Szenarien auf globaler und nationaler Ebene und bezüglich aller Lebensbereiche denkbar. Welche gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, finanztechnischen, rechtlichen, sozialen, psychischen, selbst politischen Folgen tatsächlich eintreten, wird vom weiteren Verlauf zunächst in Deutschland, aber auch darüber hinaus bestimmt werden. Das Sozialschutz-Paket der Bundesregierung soll den Bestand sozialer Dienste und Einrichtungen sichern. Wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist das „Sozialdienstleister-Einsatzgesetz“ (SodEG). Es sieht vor, alle sozialen Dienstleister im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Gleichzeitig beinhaltet es einen Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger für soziale Dienstleister.

Als Herausforderung erweist sich weiterhin die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2021 das Kernziel der Gesellschaft. Hierbei wird die Digitalisierung sowie damit verbunden die Barrierefreiheit eine immer bedeutsamere Rolle spielen.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft und 2020 abgeschlossen wurde, galt es, dieses Risiko näher zu erforschen, eventuelle Versorgungslücken zu eruieren sowie entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich.

Das BFW Halle (Saale) ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Infolge der Corona-Pandemie ist diese kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung eher unsicher. Hier werden sich die Art und Weise der beruflichen Rehabilitation verändern. Digitale Lernformen werden mehr und mehr Einzug halten. Welche Auswirkungen dies auf die Strukturen der beruflichen Rehabilitation im BFW Halle (Saale) hat, ist momentan schwer abzuschätzen. Es ist mit einem teilweisen veränderten Dienstleistungsangebot zu rechnen. Die digitalen Lernformen stellen aus Sicht des BFW Halle (Saale) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen eine Ergänzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation dar, ersetzen können sie diese nicht.

Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern. Die berufliche Rehabilitation ist in der Zukunft u.a. auch zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie mitbestimmend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie für die Deckung des Fachkräftebedarfes.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. In Folge der Corona-Pandemie ist zunächst mit einem Rückgang der Belegung zu rechnen. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das BFW Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Rehabilitation, der fortschreitenden demografischen Entwicklung und der derzeit sich verändernden Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können. Die mittelfristigen Risiken der Corona-Pandemie können im Moment noch nicht abschließend bewertet werden und sind ins Risikomanagement aufzunehmen.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept vor der Corona-Pandemie erarbeiteten Szenarien waren mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür waren stabile Belegungszahlen.

Auf Grund der Corona-Pandemie sind Aussagen zur mittelfristigen Liquidität derzeit schwer möglich. Die bisherige Verfahrensweise der Rehabilitationsträger, bei Fortführung der Maßnahmen in einer Heimlernphase die Maßnahmenkosten inklusive Internatskosten weiterzuzahlen, lässt die Aussage zu, dass 2021 nach jetzigem Stand die Liquidität im BFW Halle nicht gefährdet ist.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen, Netzwerke sowie der Digitalisierung bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie alternative Lernformen sowie die Barrierefreiheit von Dokumenten, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Einrichtungen im öffentlichen Bereich hierzu nachfragen und die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) dafür in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes unter Einbeziehung der Auswirkungen der Corona-Pandemie sieht das BFW Halle (Saale) eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Alternative Lernformen sind gefragter denn je. Das BFW Halle (Saale) kann zeigen, wozu das BFW in der Lage ist und begleitet die Teilnehmenden individuell und je nach ihren Möglichkeiten. Damit bietet die Krise auch eine Chance zur Weiterentwicklung.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Die Folgen der Corona-Pandemie sind derzeit für das BFW Halle (Saale) mittel- bis langfristig nicht einschätzbar.

Unter der Voraussetzung einer in etwa auf dem Niveau von 2020 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe für 2021 nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) wird die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes unter den Einflüssen der Corona-Pandemie mittel- bis langfristig prüfen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Döring, Jan Heym, Carsten Schied, Thomas Schmeil, Birgit Streckenbach, Johannes

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2019.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	49	0	30	0
Umlaufvermögen	10.941	100	8.081	100
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	4	0

Bilanzsumme	10.993	100	8.115	100
--------------------	---------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	0	37	0
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	600	5	581	7
Rückstellungen	74	1	111	2
Verbindlichkeiten	10.282	94	7.386	91

Bilanzsumme	10.993	100	8.115	100
--------------------	---------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2019	2018
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.785	8.813
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.350	-2.744
sonstige betriebliche Erträge	884	993
Materialaufwand	1.546	1.612
Personalaufwand	3.355	5.346
Abschreibungen	15	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	107	88
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0
Ergebnis nach Steuern	0	0
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	15	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	19	T€
Personalaufwandsquote:	66,85	75,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,45	0,37	%
Eigenkapitalquote:	0,34	0,46	%
Fremdkapitalquote:	99,66	99,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	53,00	32,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	43,00	33,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	12,00	11,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2019 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt Halle (Saale) in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) der Stadt Halle (Saale) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2019 erfüllen.

Im Jahr 2019 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Vom Juni September 2019 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2018 durch den Fachbereich Rechnungsprüfung geprüft. Mit dem Prüfbericht wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2018 wurde am 18.12.2019 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 konnte nicht zeitgleich eingebracht werden, sondern wurde parallel zum Haushaltsplan der Stadt erst am 29.01.2020 durch den Stadtrat beschlossen. Dadurch musste der Eigenbetrieb bis zum 02.03. 2020 unter den Vorgaben einer vorläufigen Bewirtschaftung bzw. Haushaltsführung arbeiten.

10 Tage später musste dann auf die ersten Auswirkungen der Corona-Krise reagiert werden, so dass sich jetzt schon abzeichnet, dass das Geschäftsjahr 2020 kein normales Jahr wird und das die Anforderungen an alle Bereiche des Betriebes enorm sein werden.

Vor dem Hintergrund, dass AGH- Maßnahmen im Eigenbetrieb in der Regel in größeren Gruppen von 16 bis 21 Personen stattfinden, wurden für insgesamt 364 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (AGH), die über die Regionale Koordination bewilligt wurden oder im EfA vertraglich gebunden waren, am 19.03.2020 unterbrochen. Diese Unterbrechung erfolgte bis zum 15.05.2020 oder gar zum 01.06.2020. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten während dieser Zeit ihre Regelleistung vom Jobcenter Halle.

225 AGH Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch Intensivbetreuer*innen telefonisch oder online weiter betreut. Weitere 69 AGH Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden entsprechend durch die Arbeitnehmerbetreuung des Eigenbetriebes weiter betreut. Um die verbleibenden 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kümmerten sich die verschiedenen Träger individuell.

Im Rahmen dieser Betreuung wurden auch alle Fragen rund um die Pandemie besprochen und bearbeitet. Mit den durch die Unterbrechung der AGH im Eigenbetrieb freien Mitarbeiterressourcen setzten wir für den Fachbereich Sicherheit (FB 37) das medizinische Zentrallager in der Barbarastraße um. Die Einrichtung erfolgt auch mit vorhandenen materiellen Ressourcen und Logistik des EfA und des FB 37.

Den Betrieb konnten wir Wochentags im Zweischichtsystem von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr und am Wochenende mit einer Rufbereitschaft absichern.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mussten entsprechend der tariflichen Regelungen, Verordnungen und Anordnungen ihren Tätigkeiten weiter nachkommen. Die Wiederaufnahme der Maßnahmetätigkeiten erfolgte schrittweise zwischen dem 15.05.2020 und dem 01.06.2020.

Ebenfalls im Erstellungszeitraum des Jahresabschlusses fand auch noch die Lohnsteuerprüfung des Finanzamtes Halle (Saale) für die Jahre 2016 bis 2019 statt. Der Prüfbericht ohne Beanstandungen wurde dem Eigenbetrieb im Mai 2020 zugestellt.

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wird entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2021 für die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, dem Landesprogramm „Gesellschaftliche Teilhabe – Jobperspektive 58+“, der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend zur weiteren Cofinanzierung für Förderprogramme des Landes und für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt werden. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2021 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2020 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Januar 2019 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2019 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 28.01.2019 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen zügig umgesetzt werden.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2020 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2019.

Prägend für das Geschäftsjahr 2019 war die mit der Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt verbundene Entwicklung und Umsetzung des Förderprogrammes „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderprogramme mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Programme und Förderinstrumente sowie die Debatte über das 10. SGB II Änderungsgesetz (10. SGB II ÄG) „Teilhabechancengesetz“, welches im Dezember 2018 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr 2019 stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2019 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten und einer Intensivbetreuung für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Umsetzung und Gestaltung des Teilhabechancengesetz sowie „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ), das für die Jahre 2019 bis 2022 neu konzipiert wurde.

Darüber hinaus mussten die Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+, „Familien stärken-Perspektiven eröffnen“ (FsPe), die Regionale Koordination und das Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA) umgesetzt werden. In den letzten Wochen des Jahres hat das Land Sachsen-Anhalt die Verlängerung verschiedener dieser Förderinstrumente bis 31.12.2021 bewilligt.

Mit der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt seit Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2019 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Entwicklung und Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat den Beschluss zur Umsetzung dieses Förderprogramms in Vorgriff auf den Haushalt 2018 ff am 30.08.2017 gefasst und damit einer zeitnahen Umsetzung und der notwendigen Bindung personeller Ressourcen ab November 2017 den Weg freigemacht. Derzeit liegt eine Budgetbewilligung bis 31.12.2021 vor. Dieses bewilligte Budget ermöglicht es aber nur mit einer verminderten Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Projekt ganzjährig zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der Personalentwicklung bei der Intensivbetreuung werden kostenintensive Maßnahmeplätze abgebaut, um die Quantität der Betreuung und Nachbetreuung bis zum 31.12.2021 aufrecht zu erhalten

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträger*innen für die Laufzeit von 2019 bis 2022 entsprechende Kapazitäten gebunden. Die Bewilligung des Förderprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ für die Förderperiode 2019 bis 2022 ging noch am 10.12.2018 ein, so dass den Teilprojekträger*innen noch am 13.12.2018 die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn übergeben wurde. Dadurch konnte eine unterbrechungsfreie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Förderprogramm ab dem 01.01.2019 gesichert werden.

Problematisch gestaltet sich für die Teilprojekträger*innen im Förderprogramm BIWAQ der Wechsel der Förderperiode, da verausgabte Mittel aus dem letzten Quartal des Vorjahres erst nach erfolgter Schlussprüfung des Gesamtverwendungsnachweises ausgezahlt werden und erste Abschläge für die neue Förderperiode keinesfalls vor dem dritten Quartal des Folgejahres erfolgen. Damit ergibt sich eine Liquiditätslücke von mindestens 9 Monaten, in der Summe aller Träger*innen ca. 310.000 €.

Diese Probleme konnten auf eine Monatsscheibe reduziert werden, da der für die Abrechnung zuständige Teilprojekträger die Abrechnung nunmehr in Monatsfrist vorlegt.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden. Im Team „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ ist dies die Finanzierung einzelner Maßnahmen aus mehreren Fördertöpfen, im Team „Projekte“ die Umsetzung der Projekte gemeinsam mit dem Jobcenter aus Bundesmitteln und der landesgeförderten Intensivbetreuung. Hierbei sind die nicht immer kompatiblen Richtlinien miteinander in Einklang zu bringen.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen.

Federführend durch das Team Personal und Qualitätsmanagement, welches im Jahr 2019 die Rezertifizierung gemäß Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) nach § 184 SGB II konstruktiv umgesetzt hat, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die oben schon angeführte Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020, die „Regionale Koordination“ und das „Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf“ (RÜMSA) für die Jahre 2016 ff. benannt werden. Diese Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Die Umsetzung des Förderprogrammes STaA erforderte einen deutlich ausweiteten Aufwand an Personalakquise und Personaleinsatz.

Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde die ab Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuches implementiert.

Seit dem Spätherbst 2018 hat sich der Eigenbetrieb in die konzeptionelle Entwicklung eines „Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt“ in der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales sollten für 2019 Übergänge geregelt werden und für den Jahreswechsel zu 2020 die formalen Voraussetzungen für die Umsetzungen geschaffen sein. Dieser strukturelle Umbau gestaltet sich langfristiger als vorhergesehen. Die abschließenden Regelungen können frühestens zum Jahreswechsel 2020/2021 oder gar erst mit dem Auslaufen der EU Förderperioden zum 31.12.2021 erfolgen.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2019 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1,- € Jobs- mittlerweile 1,80 €) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate),
- „Gesellschaftliche Teilhabe - Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 bis 48 Monate),
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten i. V. m.,
- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 38 Monaten,
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen",
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern 2019 bis 2022,
- RÜMSA „Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung“,
- Arbeitsplätze gefördert nach Teilhabechancengesetz, SGB II § 16e und § 16i.

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2019 nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+	66 Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	182 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	87 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	20 Plätze
Teilhabechancengesetz nach SGB II § 16e und § 16i	35 Plätze
Gesamt:	390 Plätze
STaA Intensivbetreuung	225 Plätze
Summe:	515 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut. Damit wurden im Jahr 2019 in der Summe 675 Teilnehmerplätze für 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt über **700 Beschäftigungsplätze** realisiert wurden. Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2019 insgesamt über 1.000 Personen**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+“, „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ und weiterer angekündigter Programme, zu berücksichtigen.

Auch für die neue EU Förderperiode ab 01.01.2022 hat das Land Sachsen-Anhalt eine ähnliche Vorgehensweise angekündigt. Dabei ist damit zu rechnen, dass die Budgetverantwortung und Budgetverwaltung auf die kommunale Ebene verschoben wird,

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2019	2018
Zuschüsse der Stadt	1.777.735	1.519.700 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	146.612	326.171 €
Sonstige Einnahmen sonstige	455	6.144 €
Mittel des Bundes und ESF	383.881	348.685 €
Mittel des Landes und ESF	1.832.119	2.558.036 €
Mittel des Jobcenter Halle	1.046.258	2.457.973 €
Summe	5.187.060	7.216.709 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen

Durch einen guten Maßnahmemix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2019	2018	2017
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2018	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,0	11,0	0,0	11,1	11,1
strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	37,0	0,0	37,0	0,0	0,0
übrige Rückstellungen	63,3	43,3	4,0	47,2	63,2
	111,3	54,3	41,0	58,3	74,3

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2019 (TEUR)	2018 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	483,4	6.325,6
Zuschüsse Land / ESF	812,9	54,9
Zuschüsse Bund	27,0	1.347,0
Zuschüsse Stadt	461,8	1.085,1
Sonstige betriebliche Erträge	868,4	974,2
verwendete Spenden	0,0	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	15,7	18,7
	2.669,2	9.805,5

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2019	2018
durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	289	374
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	2.781,7	4.437,0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	573,8	909,1
- davon für die Altersversorgung	69,9	69,5
	3.355,5	5.346,1

Die Liquidität konnte ganzjährig durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2020

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 10.720* Personen arbeitslos, davon werden 7.600 bzw. 70,0 %* der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt damit 9,2 %*, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 8,1 %* und erst recht dem Landesdurchschnitt von 7,8 %* und dem Bundesdurchschnitt von 5,8 %*.

* Daten aus dem April 2020

In Verbindung mit der durch Corona bedingten Wirtschaftssituation ist davon auszugehen, dass es in den Folgemonaten zu signifikanten Veränderungen kommen wird. Ein Drittel der Unternehmen hat derzeit Kurzarbeit angemeldet. Messbare Auswirkungen werden erst mit dem Bericht zum Monat Juni erwartet.

Im Jahr 2020 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die Realisierung weiterer Maßnahmeplätze im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderperiode 2019 bis 2022 im Förderprogramm BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Realisierung des „Teilhabechancengesetzes“ als sogenannte öffentliche Arbeit bzw. eines Aktiv – Passiv- Tausches die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein genereller „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter **wesentlich größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft. Einig sind sich die Beteiligten Akteure, dass Maßnahmen mit begleitender (Intensiv) Betreuung und Nachbetreuung, egal in welcher Finanzierungsform, die effektivsten Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Ordnung und Sauberkeit, Kita, Grünanlagen u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den Efa.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Von den hier Beschäftigten sollen die förderfähigen Teilnehmenden möglichst über eine weitere Förderung nach § 16i SGB II auf den ersten Arbeitsmarkt platziert werden. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine -woche, einen -monat, ein -jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung und der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) zu sehen. Dazu wird das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) geschaffen.

Das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) ist die zentrale Anlaufstelle für Hallenserinnen und Hallenser, Unternehmen und Institutionen zum Thema Arbeitsmarkt. Ziel ist es, alle an der Arbeitsmarktgestaltung beteiligten Einrichtungen, Institutionen und Personen zu vernetzen. Das DLZA arbeitet dazu mit dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung und weiteren Arbeitsmarktakteur*innen zusammen. Die gesetzlichen Zuständigkeiten werden nicht aufgelöst, sondern besser miteinander vernetzt.

Ziel ist es, möglichst vielen Menschen eine Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Sämtliche Finanz- und Personaltransfers, die für die Beantragung, Abrechnung und die Umsetzung der Projekte, Maßnahmen und Netzwerke des DLZA notwendig sind, werden durch die Verwaltung des Eigenbetriebes realisiert und im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) im Produkt 1.57104 als Gesamtzuschuss abgebildet.

Einige Förderinstrumente, die bisher im EfA abgebildet wurden, werden nunmehr dem DLZA zugeordnet. Dazu wechseln personellen Ressourcen aus dem Fachbereich Bildung und die finanzielle Ausstattung des „Hauses der Jugend“ in das DLZA und werden dann im Stellen- und Finanzplan des Eigenbetriebes dargestellt.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2020 städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.838.889 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

3.185.247 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

2.827.389 EURO

und sonstige Mittel

141.856 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2021 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	808 Maßnahme- Plätze
2019	515 Maßnahme- Plätze
2020	650 Maßnahme- Plätze
2021	605 Maßnahme- Plätze

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Bönisch, Bernhard Dr. Burkert, Silke Dr. Lochmann, Mario Dr. Schöps, Regina Jahn, Josephine Pätzold, Bettina Plassa, Rebecca Schnabel, René Weiß, Sylvia	(seit 25.11.2020) (bis 30.10.2020)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	54.236	88	39.756	83	37.557	84	14.480	36
Umlaufvermögen	7.510	12	8.166	17	7.274	16	-656	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	61.746	100	47.922	100	44.832	100	13.824	29

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.106	33	21.149	44	20.320	45	-1.043	-5
Sonderposten für Investitionszulagen	29.683	48	17.122	36	15.898	36	12.561	73
Rückstellungen	3.633	6	2.675	6	2.501	6	958	36
Verbindlichkeiten	8.210	13	6.849	14	6.012	13	1.361	20
Rechnungsabgrenzungsposten	114	0	127	0	101	0	-13	-10
Bilanzsumme	61.746	100	47.922	100	44.832	100	13.824	29

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.635	51.424	45.332
sonstige betriebliche Erträge	2.326	2.118	2.975
Materialaufwand	41	68	76
Personalaufwand	43.376	42.245	39.574
Abschreibungen	1.737	2.574	2.044
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.707	7.824	6.419
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	143	154	164
Ergebnis nach Steuern	-1.043	677	30
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.043	677	30

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,06	1,32	0,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,93	3,31	0,15	%
Cash-Flow:	694	3.251	2.074	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	52	56	51	T€
Personalaufwandsquote:	81,90	78,90	81,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,83	82,94	83,75	%
Eigenkapitalquote:	32,56	44,13	45,32	%
Fremdkapitalquote:	67,44	55,87	54,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Betreuungsstunden	10.538.218	10.828.946	10.744.362	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	5,12	4,81	4,44	€/Std.
davon Personalkosten	4,17	3,96	3,72	€/Std.
davon Sachkosten	0,95	0,85	0,72	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.556	5.657	5.574	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

I. Grundlagen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2020, 49 Kindertagesstätten und 6 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Kostenbeiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Das Jahr 2020 war von gesetzlichen Reformen durch die COVID-19-Pandemie seit März 2020 geprägt, die Einflussgrößen für die Tätigkeit des Eigenbetriebes waren. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt.

2. Geschäftsverlauf

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die von der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) getroffenen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben den Eigenbetrieb Kindertagesstätten wesentlich beeinträchtigt.

Aufgrund dieser Maßnahmen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten gezwungen, im Geschäftsjahr seine Gruppen in den Kindertagesstätten zu schließen und Kohorten entsprechend den Verordnungen der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) zu bilden.

Für das zum 31. Dezember 2020 endende Geschäftsjahr weist der Eigenbetrieb einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.043.425,72 Euro aus. Damit konnte im Jahr 2020 sogar ein leicht besseres Jahresergebnis als geplant erzielt werden (Plan 2020: - 1.250.000,00 Euro). Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass die aufgrund geringerer Kosten für Brandschutzmaßnahmen in den Jahren 2018 und 2019 sowie für die Herrichtung eines Ausweichobjektes im Jahr 2019 vorhandenen überschüssigen liquiden Mittel für die Finanzierung des geplanten Defizites verwendet werden. Durch dieses Vorgehen sollte der städtische Ausgleich entlastet werden. Somit kann die wirtschaftliche Lage trotz des Jahresfehlbetrages insgesamt als ausgeglichen angesehen werden.

Im Durchschnitt wurden 5.556 Kinder im Wirtschaftsjahr 2020 betreut.

Die Belegung der Kindertagesstätten und damit verbunden auch die Erlöse aus Kostenbeiträgen wurden maßgeblich durch die veränderten Betreuungszeiten infolge der COVID-19-Pandemie beeinflusst.

Es besteht weiterhin eine erhebliche Unsicherheit über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die zukünftige Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes Kindertagesstätten.

Chronologie der Erhebung der Kostenbeiträge



Januar bis 12. März 2020

Kostenbeitragspflicht bis 12.03.2020

13. März bis 31. März 2020

Keine Kostenbeitragspflicht vom 13.03.2020 bis 31.03.2020, da Schließung der Kindertageseinrichtungen (basierend auf einer landeseinheitlichen Regelung des Landes Sachsen-Anhalt)

April 2020

Generell keine Kostenbeitragspflicht für alle sorgeberechtigten Personen (Eltern) (basierend auf einer landeseinheitlichen Regelung des Landes Sachsen-Anhalt)

Mai 2020

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der Notbetreuung, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 19 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme der Notbetreuung

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Mai

Juni 2020

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der eingeschränkten Regelbetreuung und von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 21 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Juni

***Juli 2020**

Tageweise Berechnung je nach Inanspruchnahme der eingeschränkten Regelbetreuung und von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen, d.h. regulärer Kostenbeitrag geteilt durch 23 Betreuungstage multipliziert mit den Tagen der Inanspruchnahme

Alle sorgeberechtigten Personen (Eltern), die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, erhielten rückwirkend einen gesonderten Kostenbescheid für den Monat Juli

****August 2020**

Reguläre Erhebung der Kostenbeiträge außer von Amts wegen Reduzierung der Betreuungszeitstufe auf Grund individueller Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen

Die betroffenen sorgeberechtigten Personen (Eltern) erhielten rückwirkend einen Kostenbescheid August

September bis Dezember 2020

Reguläre Erhebung der Kostenbeiträge

Vorausschau der Erhebung der Kostenbeiträge in 2021

Januar und Februar 2021

Kostenbeiträge werden weiterhin regulär erhoben.

Eltern erhalten keine gesonderte Information zur Zahlungsweise.

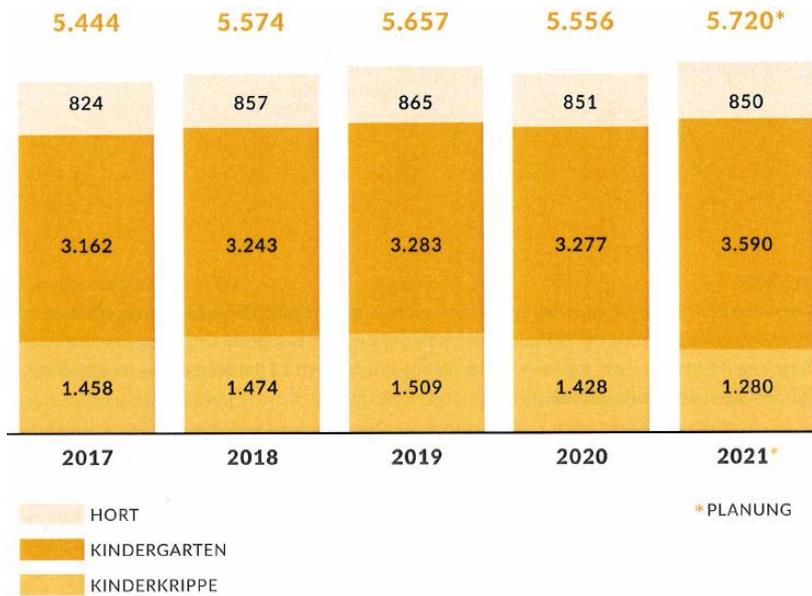
Die Stadt Halle (Saale) hat am 03.02.2021 folgende Festlegung getroffen:

„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe zu entrichten, unabhängig von der Anzahl der in Anspruch genommenen Betreuungstage.“

Grundlage dafür ist der Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt vom 12. Januar 2021:

§1 Abs. 1 Satz 2: „Es ist den Gemeinden überlassen, wie sie die Beiträge für die Notbetreuung festsetzen und berechnen.“

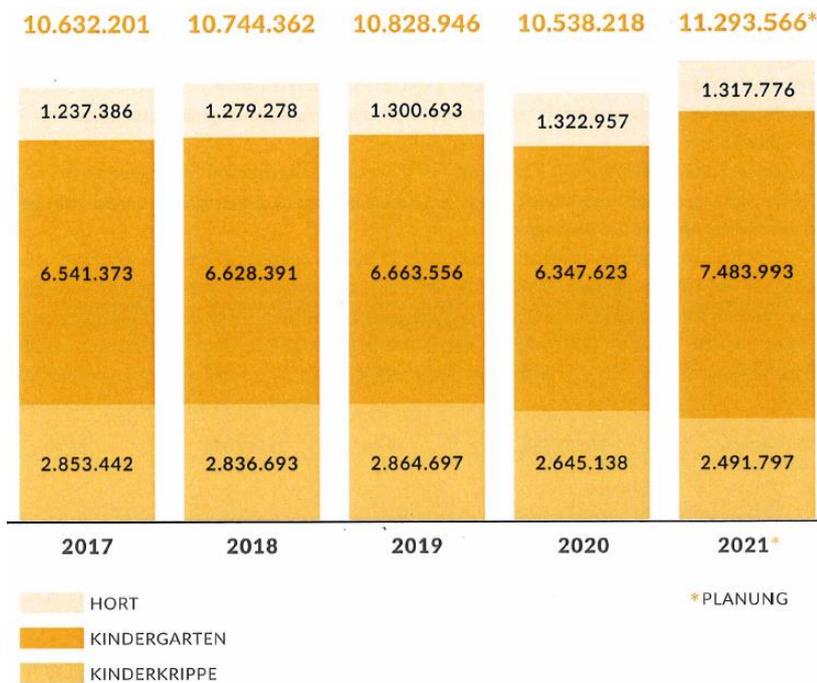
Entwicklung Belegungszahlen



Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze ist im Jahr 2020 um 1,79 % gegenüber dem Jahr 2019 im Wesentlichen aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gesunken.

Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Entwicklung Betreuungsstunden



Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden ist gegenüber dem Jahr 2019 auf 10.538 Mio. infolge der COVID-19-Pandemie zurückgegangen.

3. Lage

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzstruktur weist gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Anlagevermögen und Sonderposten sind durch Baumaßnahmen wesentlich gestiegen.

Das Anlagevermögen ist zu 95 % durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2020 in TEUR	Bilanzsumme in Prozent	2019 in TEUR	Bilanzsumme in Prozent
immat.VG	6.688	0,01	7.217	0,02
Grundstücke / Gebäude	30.529.886	49,44	31.819.014	66,40
diverses AV	23.699.722	38,38	7.929.689	16,55
Eigenkapital	20.105.613	34,27	21.149.039	42,72
Sonderposten	29.682.815	48,09	17.121.854	35,73
langfr. Verbindlichkeiten	1.927.081	3,12	2.185.249	4,56

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 61.747, damit stieg sie um insgesamt TEUR 13.825 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2019.

Bilanzsumme und Anlagevermögen

Jahr	Bilanzsumme in TEUR	Anlagevermögen in TEUR
2016	39.586	35.007
2017	40.452	36.992
2018	44.832	37.557
2019	47.922	39.756
2020	61.747	54.236

In folgenden Positionen der Bilanz ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2020 im Bereich der Sachanlagen TEUR 3.114. Das Anlagevermögen hat sich insgesamt von TEUR 39.755 auf TEUR 54.236 erhöht.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 21.760 (Vorjahr: TEUR 5.797) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2020 wurde entsprechend abgestuft. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Kostenbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 4 (Vorjahr: TEUR -1) weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 6.006 (Vorjahr: TEUR 7.267).

Es gab Auszahlungen für Bauleistungen und Brandschutzmaßnahmen sowie für den Einsatz von Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Aufgrund erhaltener Zuwendungen im Rahmen des Innovations- und Investitionsprogramms STARK III des Landes Sachsen-Anhalt sowie erhaltener Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) ist der Sonderposten zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 29.683 (Vorjahr: TEUR 17.122) angestiegen.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 1.335 erhöht. Grund hierfür sind die Investitionsmaßnahmen.

Des Weiteren wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang: TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2020 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den Umsatzerlösen und dem Personalaufwand.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr durch die COVID-19-Pandemie in Höhe von TEUR 580 zurückgegangen.

Umsatzerlöse

Produkte	2020 in TEUR	2019 in TEUR
Kostenbeiträge	3.911	4.502
Zuweisungen KA-Kinder	1.584	1.606
Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt*	18.216	17.808
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.735	5.794
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	17.368	17.942
Ermäßigungen	3.794	3.720
Erträge aus Mieten und Pachten	28	52
Summe	50.636	51.424

*inkl. projektbezogener Zuweisungen

Im Wirtschaftsjahr 2020 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 43.094 (Vorjahr: TEUR 41.972) zu verzeichnen. Der Anstieg um TEUR 1.122 resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung zum 1. März 2020 sowie der Sonderzahlungen infolge der COVID-19-Pandemie (TEUR 463).

Bezeichnung	2020 in TEUR	2019 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.967	1.793
soziale Abgaben	372	344
Aufwendungen Altersversorgung	78	76
Insgesamt Verwaltung	2.417	2.213
Löhne/Gehälter	32.970	32.062
soziale Abgaben	6.415	6.361
Aufwendungen Altersversorgung	1.291	1.336
Insgesamt Kindertagesstätten	40.676	39.760
EB Kita gesamt	43.094	41.972

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2020 TEUR 282 (Vorjahr: TEUR 273).

Für Altersvorsorgeaufwendungen werden pauschale Steuern durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gezahlt, diese sind im Jahr 2020 gesunken. Weiterhin ist in der Darstellung die Sonderzahlung auf Grund der COVID-19-Pandemie in Höhe von TEUR 463 an die Beschäftigten enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 787 erhöht. Diese sind in 2020 durch die Einführung der Servicepauschale für Essenanbieter in den Kindertagesstätten seit dem 01.08.2019 gestiegen.

Das Jahr 2020 schließt der Eigenbetrieb mit einem Jahresfehlbetrag nach Risiko und Bewertung in Höhe von TEUR 1.043 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 677) ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2020 TEUR 6.006 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 1.661 gesenkt. Grund hierfür ist der Einsatz der Mittel für Brandschutzmaßnahmen und für Neubauten.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anhand der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 ist auch weiterhin von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung des Eigenbetriebs auszugehen.

Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)

Neben den Zuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle sowie der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 40.407 (Vorjahr: TEUR 41.404) erhielt der Eigenbetrieb projektbezogene Zuweisungen von der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 909 (Vorjahr: TEUR 540), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.794 (Vorjahr: TEUR 3.720) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.584 (Vorjahr: TEUR 1.606).

¹ Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§ 53, 54 SGB XII

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichszahlung in TEUR	Zuweisungen in TEUR	Zuweisungen KA - Kinder in TEUR
2016	15.061	17.112	1.636
2017	16.859	17.433	1.569
2018	17.475	17.632	1.621
2019	17.942	23.062	1.606
2020	17.367	23.042	1.584

Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas (im Durchschnitt)
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen im Durchschnitt	Beschäftigtenzahlen im Durchschnitt
2016	10.590.760	5.359	794
2017	10.632.201	5.444	894
2018	10.744.362	5.574	943
2019	10.828.946	5.657	964
2020	10.538.218	5.556	983

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2016 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2020 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.750 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2020 durchschnittlich 5.556 Kinder betreut und der Planwert somit um 194 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind die geringeren Betreuungszahlen durch die Covid-19-Pandemie.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Baumaßnahmen und Investitionen

1. Neubau der Kindertagesstätte Albrecht-Dürer-Straße 8a, 06114 Halle (Saale)

Das Gebäude wurde im Rahmen eines Generalunternehmerauftrages vom 15.04.2019 durch die Firma Goldbeck Nordost GmbH als Schlüsselfertigbau in Systembauweise errichtet. Im Vertrag enthalten waren die vollständigen Leistungen der KG 200 (Herrichtung und Erschließung), KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und KG 400 (Bauwerk-Technische Anlagen).

Die Finanzierung des Gesamtvorhabens erfolgte über städtische Eigenmittel.

Die Ausführungszeit für den Neubau dauerte von 09/2019 bis 09/2020. Die Abnahme erfolgte am 30.09.2020.

Die Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten separat ausgeschrieben und in zwei Losen vergeben. Lieferung und Montage des Mobiliars erfolgten in 11/2020.

Die Gestaltung der Freianlagen (KG 500 Außenanlagen) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten ebenfalls separat ausgeschrieben und als ein Los vergeben. Die Ausführung begann in 07/2020 und wird in 07/2021 abgeschlossen sein.

Das Gebäude besteht aus zwei voneinander getrennten Kindertagesstätten mit einer jeweiligen Kapazität von 100 Kindern (40 Krippe/60 Kindergarten).

Am 26./27.11.2020 zogen die Kindertagesstätten Traumland und Sausewind aus der Albert- Schweitzer-Straße 25a, 06114 Halle (Saale) ein.

Die Inbetriebnahme erfolgte am 01.12.2020. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Betriebserlaubnisse vor.

2. Neubau der Kindertagesstätte Theodor-Weber-Straße 11, 06132 Halle (Saale)

Das Gebäude wurde im Rahmen eines Generalunternehmerauftrages vom 27.06.2019 durch die Firma Kleusberg GmbH & Co.KG als Schlüsselfertigbau in Modulbauweise errichtet. Im Vertrag waren die vollständigen Leistungen der KG 200 (Herrichtung und Erschließung), KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und KG 400 (Bauwerk-Technische Anlagen) enthalten.

Die Finanzierung des Gesamtvorhabens erfolgt über städtische Eigenmittel.

Die Fertigung der Module begann in 10/2019, die Montage dieser auf der Baustelle und damit der offizielle Ausführungsbeginn der Arbeiten fand in 04/2020 statt. Die Fertigstellung der Gesamtleistungen des Hauptauftrages erfolgte in 12/2020. Die Abnahme wurde am 15.12.2020 durchgeführt.

Nachträglich wurde die Fa. Kleusberg GmbH & Co.KG auch mit der Ausführung der Leistungen der KG 500 (Außenanlagen) beauftragt. Die Fertigstellung dieser Leistungen erfolgte in 04/2021.

Die Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) wurde durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten separat ausgeschrieben und als ein Los vergeben. Lieferung und Montage des Mobiliars wurden in 03/2021 abgeschlossen.

Die Inbetriebnahme erfolgte am 01.02.2021.

Das Gebäude besteht aus zwei voneinander getrennten Kindertagesstätten mit einer jeweiligen Kapazität von 100 Kindern (40 Krippe/60 Kindergarten).

Die Krippe Am Breiten Pfuhl und der Kindergarten EINSTEIN werden das Objekt als Ausweich- Kita während der Sanierung ihres Hauptstandortes Am Breiten Pfuhl 18 a/b, 06132 Halle (Saale) nutzen.

3. Sanierung der Kindertagesstätte Stadtzwerge – Krausenstraße 12, 06112 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 30.11.2018 vor.

Für das Vorhaben wurden in 2020 drei Mittelabrufe an den Fördermittelgeber gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgte in 23 Einzellosen und war zum 31.12.2020 abgeschlossen.

Der Baufortschritt ist termingerecht. So wurden in 2020 die Gewerke Rohbau (v.a. Anbau des neuen Treppenhauses), Abdichtung, Dach, Fassade und Fenster abgeschlossen. Der Leistungsstand des Innenausbaus beträgt ca. 50 %, der haustechnischen Gewerke (Heizung, Sanitär und Elektro) ca. 75 %.

Die geplante Fertigstellung der geförderten Leistungen der KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und der KG 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) ist 03/2021.

Die nicht zum Förderprogramm zählende Erstausrüstung (KG 600 – Ausstattung) ist als Einzellos ausgeschrieben und vergeben.

Der Umbau der Freianlagen (KG 500 – Außenanlagen), der ebenfalls nicht in den Förderumfang gehört, ist auch als Einzellos ausgeschrieben und vergeben. Die Arbeiten begannen im IV. Quartal 2020 und werden voraussichtlich Ende 2021 beendet sein.

4. Sanierung der Kindertagesstätte Kinderinsel – Friedrich-List-Straße 20, 06110 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 30.11.2018 vor.

Für das Vorhaben wurden in 2020 drei Mittelabrufe an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt und bewilligt.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgte in 27 Einzellosen und war zum 31.12.2020 abgeschlossen.

Aufgrund der angespannten Konjunkturlage Anfang des Jahres kam es zu einer geringen Beteiligung an den öffentlichen Ausschreibungen, so dass einige Vergabeverfahren aufgehoben und neu begonnen werden mussten. Weiterhin erforderte die Bestandsituation (bauliche Verbindung zum benachbarten Wohngebäude) Änderungen in der Tragwerksplanung, die wiederum prüfpflichtig sind und somit das Verfahren der Freigabe von Bauleistungen verzögerten. Nach Fertigstellung der Abbrucharbeiten in 05/2020 war der tatsächliche Gebäudebestand des DDR-Typenbaus offengelegt und eine nicht absehbare Schadstoffbelastung nachgewiesen, die zu einem Mehraufwand hinsichtlich ursprünglich geplanter Leistungen und somit zu Verzögerungen im Bauablauf führten.

Der avisierte Fertigstellungstermin der geförderten Leistungen der KG 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und der KG 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) wurde um drei Monate auf 06/2021 verschoben.

Die nicht zum Förderprogramm zählende Erstausrüstung (KG 600 – Ausstattung) ist als Einzellos ausgeschrieben und vergeben.

Der Umbau der Freianlagen (KG 500 – Außenanlagen), der ebenfalls nicht in den Förderumfang gehört, ist in zwei Losen ausgeschrieben und vergeben. Die neue Einfriedung wurde im II. Quartal 2020 abgeschlossen. Der Umbau der Freianlagen erfolgt in 2021.

5. Sanierung der Kindertagesstätten Traumland und Sausewind – Albert-Schweitzer-Straße 25a, 06114 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 04.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen ist in ca. 25 Einzellosen geplant. Zum Stand 31.12.2020 waren bereits neun Gewerke beauftragt, weitere drei befinden sich im Vergabeverfahren. Hinzu kommen die Vergaben der nicht geförderten Leistungen der Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung), der Tiefbauarbeiten und der Umgestaltung der Freianlagen (beide KG 500 Außenanlagen) in jeweiligen Einzellosen.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) wurden im III. Quartal 2020 abgeschlossen, einschließlich der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

Am 07.12.2020 begann die Bauausführung mit der Baustelleneinrichtung und den Erdbauarbeiten.

6. Sanierung der Krippe Am Breiten Pfuhl und des Kindergartens EINSTEIN – Am Breiten Pfuhl 18 a/b, 06132 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes erfolgt über das Förderprogramm STARK III plus EFRE. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 11.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Vergabe der Bauleistungen ist in ca. 25 Einzellosen geplant. Zum Stand 31.12.2020 befinden sich vier Gewerke im Vergabeverfahren. Hinzu kommen die Vergaben der nicht geförderten Leistungen der Erstausrüstung (KG 600 Ausstattung) und der Umgestaltung der Freianlagen (KG 500 Außenanlagen) in jeweiligen Einzellosen.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) sind in 2020 zu 90 % abgeschlossen, einschließlich der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

Der Baubeginn war am 01.02.2021.

7. Sanierung der Kindertagesstätten Tabaluga und Fuchs & Elster – Gottfried-Semper-Straße 15/16, 06124 Halle (Saale)

Die Sanierung des Gebäudes soll über das Förderprogramm STARK III plus EFRE erfolgen. Die Zuwendungsbescheide für die energetische und allgemeine Sanierung liegen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seit dem 04.10.2019 vor.

Für das Vorhaben wurde in 2020 ein Mittelabruf an den Fördermittelgeber gestellt. Weiterhin wurde ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes gestellt.

Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) sind in 2020 zu 60 % abgeschlossen, einschl. der notwendigen Gutachten und Genehmigungen.

8. Ersatzneubau der Kindertagesstätte Ökolino – Fritz-Hoffmann-Straße 36, 06116 Halle (Saale)

Im IV. Quartal 2020 wurde eine Machbarkeitsstudie – v.a. hinsichtlich der Standortfindung – durchgeführt.

5. Personal

Zum 31.12.2020 waren 1.014 Mitarbeiter beschäftigt, diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden unter Berücksichtigung der Verordnungen der Bundes- und Landesregierung sowie der Stadt Halle (Saale) bezüglich der COVID-19-Pandemie.

Im Geschäftsjahr 2020 waren im Jahresdurchschnitt 983 Mitarbeiter beschäftigt, von denen ca. 11 % weniger Mitarbeiter effektiv zur Verfügung standen. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen und Mitarbeiterinnen in Elternzeit sowie Beschäftigungsverbote.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Sollarbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2020 war. Gegenüber dem Jahr 2019 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Krankenquote in Prozent

Krankenstatistik EB Kita	2020	2019	2018
Einrichtungen	8,83	9,84	9,17
Verwaltung	5,85	5,97	4,60

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2021 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen auf 5.720 gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr 2006 ca. 1.116 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2021 auf TEUR 4.767. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen inkl. KA-Zuweisungen und projektbezogene Zuweisungen laut Planung TEUR 26.906, die Ermäßigungen betragen TEUR 4.152 und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt TEUR 21.112.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

Seit dem 01. Januar 2019 gilt in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es hat Familien mit mehreren Kindern bei den Beiträgen stark entlastet und soll mehr Fachkräfte für die Kitas hervorbringen. Mit dem nächsten Schritt wird nun das Gute-Kita-Gesetz des Bundes umgesetzt.

Seit dem 01.01.2020 greift das Gesetz in Sachsen-Anhalt. Familien mit mehreren Vorschulkindern werden noch stärker entlastet. Wird ein Geschwisterkind im Hort betreut, entfallen die Beiträge für alle Geschwisterkinder, die Krippe oder Kindergarten besuchen. Die neue Geschwisterkindregelung wird aus Bundesmitteln finanziert und gilt für zunächst zwei Jahre.

Ein weiterer Schritt ist der Kita-Fachkräfte-Pakt, bei dem junge Erzieherinnen und Erzieher gewonnen werden. Ab 2019 wird die gestaffelte Vergütung für das 600-stündige Praktikum, das Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger vor Beginn der Ausbildung zur Erzieherinnen und Erzieher absolvieren müssen, für drei Jahre übernommen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und Vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Rechtliche Chancen - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2021 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten auf Grund der Tarifierhöhung TVÖD ab 01. April 2021 kommen. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen, tariflich bedingte Höherstufungen, die Anpassung der Jahressonderzahlung an das Westniveau sowie die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit zum 01.01.2022 auf 39,5 Stunden und zum 01.01.2023 auf 39,0 Stunden.

Im Rahmen der „Corona-Krise“ seit 2020 ist es schwierig, bereits jetzt, da ein Ende der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie noch nicht absehbar ist, Auskunft zu geben. Dennoch ist dies gesetzlich gefordert und muss notfalls geschätzt bzw. ausführlich beschrieben werden, wenn keine Schätzung möglich erscheint. Im Eigenbetrieb Kindertagesstätten kam es zur Schließung aller Einrichtungen ab dem 13.03.2020. Während der Schließung wurde lediglich eine Notbetreuung für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, angeboten. Die Fehlbedarfsfinanzierung war aber auch in dieser Zeit zu 100 % gewährleistet, so dass es aus finanzieller Sicht zu keinen Nachteilen gekommen ist.

Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen und Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Wesentlichstes leistungswirtschaftliches Risiko stellt eine zu geringe Sicherung der Qualität der Betreuungsleitungen durch die eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher dar.

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2021 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.720 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2021 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Ein erhebliches finanzwirtschaftliches Risiko stellt eine fehlende Sicherung der Liquidität des Eigenbetriebes dar. Im Geschäftsjahr 2020 war die Zahlungsfähigkeit zu jeder Zeit gesichert.

Rechtliche Risiken

Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes und demzufolge auch auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken zählt das Risiko sich ändernder Energiepreise.

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2021 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum auf Grund der COVID-19-Pandemie gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab. Ungewiss sind die möglichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ab dem viertel Quartal 2021.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2020 gab es keine Veränderungen
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und 6 Horte. Nach Rückkehr zum regulären Regelbetrieb war zum Dezember 2020 eine Auslastungsquote von 90,1 % zu verzeichnen.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf den Abschnitt II.4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Abschnitt C des Anhangs verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2020	Plan in EUR	Ist in EUR	+/-	+/-%
1. Umsatzerlöse				
a) Kostenbeiträge	5.311.112,05	3.910.586,40	-1.400.525,65	-26,4
b) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder	1.799.609,47	1.584.055,27	-215.554,20	-12,0
c1) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt	18.049.898,00	18.215.986,75	166.088,75	0,9
c2) Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.734.842,00	5.734.842,00	0,00	0,0
d) Ausgleich Stadt Halle (Saale)	19.139.572,00	17.367.477,35	-1.772.094,65	-9,3
e) Ermäßigungen	3.846.639,91	3.794.274,54	-52.365,37	-1,4
f) Mieterträge	52.400,00	28.314,36	-24.085,64	-46,0
	53.934.073,43	50.635.536,67	-3.298.536,76	-6,1
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) sonstige Erlöse	733.080,00	1.930.608,41	1.197.528,41	163,4
b) Erträge Auflösung Sonderposten	511.069,60	395.296,77	-115.772,83	-22,7
	1.244.149,60	2.325.905,18	1.081.755,58	86,9
3. Materialaufwand				
a) Spiel- und Beschäftigungsmaterial	65.000,00	40.782,50	-24.217,50	-37,3
b) bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	-
	65.000,00	40.782,50	-24.217,50	-37,3
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	35.147.493,23	34.937.301,47	-210.191,76	-0,6
b) Sozialabgaben	8.724.464,95	8.438.964,03	-285.500,92	-3,3
c) Sonstige Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	-
	43.871.958,18	43.376.265,50	-495.692,68	-1,1
5. Abschreibungen				
a) unbewegliches Vermögen	628.886,72	880.450,93	251.564,21	40,0
b) bewegliches Vermögen	895.115,59	857.119,50	-37.996,09	-4,2
	1.524.002,32	1.737.570,43	213.568,11	14,0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Mieten und Pachten	397.939,00	402.553,26	4.614,26	1,2
b) Bewirtschaftung	3.604.710,63	3.187.138,35	-417.572,28	-11,6
c) Bauunterhaltung	3.621.548,69	1.844.271,54	-1.777.277,15	-49,1
d) Versicherungen	239.700,00	211.875,04	-27.824,96	-11,6
e) Druck, Vervielfält. und Reisekosten	94.700,00	58.701,07	-35.998,93	-38,0
f) Bürokosten	141.243,00	208.650,39	67.407,39	47,7
g) übrige sonstige Kosten	2.722.948,00	2.793.425,53	70.477,53	2,6
	10.822.789,32	8.706.615,18	-2.116.174,14	-19,6
7. Finanzergebnis				
a) Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-
b) Zinsaufwendungen	144.473,22	143.633,96	-839,26	-0,6
	144.473,22	143.633,96	-839,26	-0,6
8. Jahresergebnis	-1.250.000,00	-1.043.425,72	206.574,28	-16,53

Erläuterungen wesentlicher Veränderungen der Plan-Ist-Zahlen 2020**1a) Kostenbeiträge: TEUR -1.401**

Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass eine neue Kostenbeitragssatzung zu höheren Erlösen aus Kostenbeiträgen i.H.v. 710 TEUR führen würde. Dass diese geänderte Kostenbeitragssatzung nicht verabschiedet wurde, ist ein hauptsächlicher Grund für die Plan-Ist-Abweichung. Zum anderen wirken geringere Kinderzahlen als geplant, welche im Wesentlichen ursächlich der COVID- 19-Pandemie zugerechnet werden können, erlösmindernd.

1d) Ausgleich Stadt Halle (Saale): TEUR -1.772

Die Planung des Zuschusses zur Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich über den städtischen Ausgleich und wird somit als Umsatzerlös im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes.

2a) sonstige Erlöse: TEUR +1.198

Diese deutliche Überschreitung des Planwertes resultiert insbesondere aus Erstattungen von Krankenkassen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverboten und Mutterschutz (+ 841 TEUR), da diese in der Regel nicht geplant werden. Im Gegenzug entfällt auch die Planung von Personalkosten von im Beschäftigungsverbot und Mutterschutz befindlichen Mitarbeiterinnen. Zudem hatte der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ungeplante periodenfremde Erträge i.H.v. 234 TEUR (Erstattungen Betriebskostenabrechnungen für 2019 und Nachforderungen Fehlbedarf P.I.A. 2019) zu verzeichnen.

6b) Bewirtschaftung: TEUR -418

Die Planung der vom Fachbereich Immobilien zu erbringenden Serviceleistungen in einer Größenordnung von 665 TEUR, welche im Rahmen einer Servicevereinbarung mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten festgelegt wurden, erfolgte fast ausschließlich in den Bewirtschaftungskosten, wohingegen die Verbuchung der Ist-Kosten in den Bauunterhaltungskosten erfolgt. Dieser Umstand begründet die Planunterschreitung.

6c) Bauunterhaltung: TEUR -1.777

Die Planung der Kosten für die Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich in den Bauunterhaltungskosten, und damit werden diese im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes (siehe auch Ausführungen zur Planunterschreitung des städtischen Ausgleiches). Gegenläufig wirkt die Verbuchung der vom Fachbereich Immobilien zu erbringenden Serviceleistungen (siehe Ausführungen zu den Bewirtschaftungskosten).

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	63	100	63	100	66	100	0	0

Bilanzsumme	63	100	63	100	66	100	0	0
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	57	91	56	89	55	83	1	2
Rückstellungen	5	8	5	8	5	7	0	0
Verbindlichkeiten	1	1	2	3	6	10	-1	-50

Bilanzsumme	63	100	63	100	66	100	0	0
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	26	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	25	25
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,51	4,98	4,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,58	2,36	2,07	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	90,61	89,01	83,40	%
Fremdkapitalquote:	9,39	10,99	16,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. **Wirtschaftliche Entwicklung**

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der SARS-CoV-2-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. **Arbeitsmarkt**

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. **Bevölkerungsentwicklung**

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. **Geschäftsverlauf**

Der Geschäftsverlauf 2020 der FTZ war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co. KG anfallenden Aufwendungen auch in 2020 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 25,3 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,0 TEUR gegenüber, so dass 2020 nach Steuern ein Jahresgewinn in Höhe von 0,9 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 57,1 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 30,6 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2020 in Höhe von 0,9 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß § 7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co. KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co. KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Da die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG durch Zahlung eines aufgrund der COVID-19 Pandemie beschlossenen zusätzlichen Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter HWS und SWH im Jahr 2020 jederzeit gesichert war, bestand auch für die FTZ kein dahingehendes Risiko. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert. Für das Jahr 2021 ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG aufgrund der Zahlungseingänge der außerordentlichen Wirtschaftshilfe („November- und Dezember-Hilfe“) trotz andauernder Schließung zunächst gesichert. Jedoch wird aufgrund der andauernden Schließung von einem erneuten zusätzlichen Zuschussbedarf ausgegangen, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. In welcher Höhe der Zuschuss benötigt wird, hängt vom tatsächlichen Öffnungszeitpunkt und den damit verbundenen Auflagen ab. Aktuell geht das günstigste Szenario von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 760 TEUR aus.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 63,0 TEUR, das entspricht einer Verringerung um 0,1 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine Minderung der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die verminderte Bilanzsumme vor allem aus der Abnahme der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil erteilt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden bei der FTZ GmbH insgesamt keine Risiken ermittelt (Vorjahr keine).

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als ein Risiko, allerdings mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bei der Maya mare GmbH & Co. KG gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare nicht gesichert, was auch auf die FTZ durchwirken würde.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

Für das Jahr 2021 wurde der Betriebskostenzuschuss für die Maya mare GmbH & Co. KG bestätigt. Inwieweit dieser Betriebskostenzuschuss ausreicht, um die zu erwartenden Verluste aus der andauernden pandemiebedingten Schließung des Maya mare zu decken, muss fortlaufend analysiert werden.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Für das Jahr 2021 ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG aufgrund der Zahlungseingänge der außerordentlichen Wirtschaftshilfe („November- und Dezember-Hilfe“) trotz andauernder Schließung zunächst gesichert. Jedoch wird aufgrund der andauernden Schließung von einem erneuten zusätzlichen Zuschussbedarf ausgegangen, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. In welcher Höhe der Zuschuss benötigt wird, hängt vom tatsächlichen Öffnungszeitpunkt und den damit verbundenen Auflagen ab. Aktuell geht das günstigste Szenario von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 760 TEUR aus.

Es wird für die Geschäftsjahre 2021 bis 2025 mit einem Ergebnis für die FTZ von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Haftkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	6.109	85	7.010	83	7.132	88	-901	-13
Umlaufvermögen	1.054	15	1.395	17	975	12	-341	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	18	0	6	0	10	0	12	200

Bilanzsumme

7.181	100	8.411	100	8.117	100	-1.230	-15
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.516	49	3.517	42	3.517	43	-1	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.336	18	1.703	20	2.083	26	-367	-22
Rückstellungen	143	2	695	8	508	6	-552	-79
Verbindlichkeiten	2.144	30	2.453	29	1.962	24	-309	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	42	1	43	1	47	1	-1	-2

Bilanzsumme

7.181	100	8.411	100	8.117	100	-1.230	-15
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.852	6.453	5.799
sonstige betriebliche Erträge	3.119	2.283	1.989
Materialaufwand	2.591	3.549	2.710
Personalaufwand	2.303	3.060	2.889
Abschreibungen	1.225	1.120	1.190
sonstige betriebliche Aufwendungen	777	911	896
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30	42	59
Ergebnis nach Steuern	46	55	44
sonstige Steuern	46	55	44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.225	1.120	1.190	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	56	65	56	T€
Personalaufwandsquote:	33,03	35,03	37,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,98	83,17	87,65	%
Eigenkapitalquote:	48,97	41,81	43,32	%
Fremdkapitalquote:	51,03	58,19	56,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Besucher	217.550	392.379	361.222	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades Maya mare zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Maya mare versteht sich als Freizeitdienstleister, der es den Gästen ermöglicht, einen Kurzurlaub vom Alltag zu erleben. Hierzu trägt neben dem durchgehend mexikanischen Ambiente auch die besondere Lage am Rande der Elsteraue bei. Das Vermitteln von Wohlgefühl, einmaliger Naturkulisse und die vielfältigen Attraktionen werden seit jeher zur Vermarktung des Gesamtkonzeptes „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ genutzt. Die Vielzahl verschiedener Saunen ist im näheren Umkreis des Maya mare einmalig. Der Gesundheitsclub Viva mare bietet ein ganzheitliches Gesundheitskonzept, stets in Verbindung mit der Nutzung des Badebereiches. Wenngleich das Maya mare über zahlreiche Alleinstellungsmerkmale verfügt, sind neben der erforderlichen Attraktivierung auch Sanierungsmaßnahmen in größerem Umfang erforderlich, da die Anlage bereits 22 Jahre alt ist. In dem Konzept „Maya mare 2030“ wurden die erforderlichen Maßnahmen erfasst und priorisiert. Hierbei wird der Stand der Technik ebenso berücksichtigt, wie die Bedürfnisse der Gäste. Durch dieses umfassende Maßnahmenpaket soll das Maya mare dauerhaft konkurrenzfähig und für die kommenden Jahre attraktiv bleiben. Dass sich umfassende Investitionen lohnen, zeigte zuletzt das am 18. Dezember 2019 neu eröffnete Sauna-Ruhehaus Mayapán, welches in Verbindung mit dem neu gestalteten Saunaaußenbereich maßgeblich die Attraktivität der gesamten Saunaanlage erhöht. Im Januar und Februar 2020 konnten bereits höhere Gästezahlen verzeichnet werden, als im Vergleichszeitraum der zurückliegenden Jahre. Aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie wurde diese positive Entwicklung unterbrochen. Inwieweit die Investition in das neue Sauna-Ruhehaus zu einer dauerhaften Stabilisierung oder Erhöhung der Gästezahlen führt, wird weiter analysiert. Bereits im Jahr 2016 konnte mit der Investition in den neuen Kinderbereich Tulumaya die Attraktivität für Familien mit Kindern im Alter von bis zu 12 Jahren maßgeblich gesteigert werden. Dies spiegelt sich in einer dauerhaften Gästezahlensteigerung im Badebereich wider. Durch die Umsetzung der im Zuge von MM 2030 geplanten Maßnahmen, ist davon auszugehen, dass die Attraktivität des Maya mare signifikant gesteigert und dadurch dauerhaft eine Stabilisierung der aktuellen Gästezahlen erzielt werden kann.

Der demografische Wandel ist für den Gesundheitsklub „Viva Mare“ nach wie vor eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen sehr hoch liegt. Im Zuge der Pandemie und den damit verbundenen Schließzeiten des Viva mare kam es zu vermehrten Kündigungen. Wenn jedoch in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Eine Mitgliederbefragung durch die Firma Conomic im Frühjahr 2019 ergab unter anderem, dass die Mitglieder viel Wert auf moderne Geräteausstattung legen, deren Bedienung und Handhabung einfach gestaltet ist. Im Jahr 2020 wurde ein sehr günstiges Angebot wahrgenommen, den Bereich der Cardiogeräte entsprechend zu modernisieren.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad und Reinigung, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Gästezahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2020 stand weltweit unter dem Einfluss der SARS-CoV-2-Pandemie. Die von der deutschen Regierung und anderen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes fiel das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Somit ist die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt sank im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 5,2 % (deutschlandweit 6,6 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch die Arbeitsmärkte sind von den Auswirkungen der Pandemie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg von durchschnittlich 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 % im Jahr 2020. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 auf 7,6 % (Vorjahr 7,1 %), darunter ein erhöhender Corona-Effekt von 1,3 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2020 einen Einwohnerstand von 239.870 (Vorjahr 240.931) aus. Somit war zum zweiten Mal seit dem ab 2010 anhaltenden Bevölkerungszuwachs ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um 1.061 Einwohner) zu verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2020 war auch im Bereich des Bäder- und Freizeitmarktes stark durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie geprägt. Das Maya mare und die öffentlichen Bäder wurden in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) am 13. März 2020 geschlossen. Ab dem 18. März 2020 waren per Verordnung alle Bäder in Sachsen-Anhalt von der Schließung betroffen. Mit Ankündigung der Schließung entschied man sich, die für September geplante Revision in den März vorzuziehen. Der Gesundheitsclub Viva mare konnte zunächst am 28. Mai 2020, das restliche Maya mare am 30. Mai 2020 wieder öffnen.

Bei der Wiedereröffnung galt für das Maya mare eine deutliche Begrenzung der Gästezahlen auf rund 1/3 der zeitgleich möglichen Maximalkapazität. Aus diesem Grund mussten über fest vorgebuchte Zeitslots und eine auf 4 Stunden beschränkte Verweildauer diese Kapazitäten gesteuert werden. Das wiederum machte einen Online-Ticketverkauf unumgänglich, der für die Gäste sehr ungewohnt war. Entsprechend zurückhaltend war zunächst die Resonanz. Nachdem ab dem 11. Juli 2020 wieder sämtliche Tickets vor Ort und ohne Beschränkung der Aufenthaltsdauer erworben werden konnten, stieg der Besucherzuspruch in den Monaten August bis Oktober auf Planniveau, trotz fortgeführter Reglementierung der Maximalkapazität. Diese positive Entwicklung wurde durch die erneute behördlich angeordnete Schließung ab dem 2. November 2020 beendet. Nach aktuellem Stand hat die Schließung auf Grundlage der 10. Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt zunächst bis zum 28. März 2021 Bestand. Eine Verlängerung dessen ist nicht auszuschließen und ist abhängig von den Beschlüssen der Bundesregierung.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist nach Recherche in Fachkreisen in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg ist dabei, seine alte Rutschenanlage grundlegend zu sanieren und zu modernisieren. Inwieweit dies relevante Maßstäbe für den Wettbewerb um die Gäste setzen wird, bleibt abzuwarten. Das Maya mare hat zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität im Saunabereich 2019 neue attraktive Ruhebereiche geschaffen und das Sitzplatzangebot in der Saunagastronomie erweitert. Die Neugestaltung des Saunagartens wurde im April 2020 abgeschlossen. Für den Gesundheitsclub Viva mare wurden Cardio-Geräte nach 15 beziehungsweise 20 Jahren Nutzungsdauer ersetzt.

Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit sind ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial für das Maya mare verringern können. Aufgrund der sozialpolitischen Verpflichtungen steigen die Hallenbadpreise auch nach derartigen Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen, Kurs- und Erlebnisbecken oder Saunaangeboten) nicht deutlich an und bleiben damit hinter den Eintrittspreisen, die für große Freizeitbäder erforderlich sind, zurück. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare wird erschwert.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2020 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche negative Erfolgsfaktoren waren und sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt, insbesondere die behördlich angeordneten Schließzeiten und die zunächst sehr einschneidenden Restriktionen, unter denen das Maya mare am 30. Mai 2020 öffnen durfte. Dass das Maya mare unter normalen Bedingungen von den Kunden nach wie vor sehr gut angenommen wird, zeigen die (über-)planmäßigen Besucherzahlen im Januar und Februar, sowie in den Monaten August bis Oktober.

Im Geschäftsjahr 2020 konnten insgesamt 217.550 Besuchende gezählt werden (2019: 392.379), was einer Minderung der Gästezahlen zum Vorjahr um 44,6 % entspricht. Ausschlaggebend für diese negative Entwicklung waren die behördlich angeordneten Schließzeiten des Maya mare. Die Besucherzahlen weisen in allen Bereichen des Maya mare eine negative Abweichung zum Wirtschaftsplan auf. Entsprechend liegen auch die kundenabhängigen Umsatzerlöse unter dem Planniveau. Während der ersten behördlich angeordneten Schließung im Frühjahr 2020 wurden öffentliche Unternehmen, so auch das Maya mare, explizit von der staatlichen Überbrückungshilfe ausgenommen. Mit der erneuten Schließungsanordnung ab dem 2. November 2020 bot die „November- und Dezemberhilfe“ auch dem Maya mare die Möglichkeit, einen Teil der entgangenen Umsatzerlöse zu kompensieren. Inwieweit die Überbrückungshilfe III im Jahr 2021 für das Maya mare in Anspruch genommen werden kann, ist noch nicht abschließend geklärt, wird jedoch eingehend geprüft.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit zahlreichen weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um neue Mitglieder für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2020 die Zahl der größtenteils pandemiebedingten Austritte nicht kompensieren können.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 5 Auszubildende beschäftigt, davon waren 76 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 32 geringfügig Beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 39 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 6 Jahren.

Wie in den vergangenen Jahren auch versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau und -mann für Systemgastronomie
- Fachkraft im Gastgewerbe
- Fachangestellte und Fachangestellter für Bäderbetriebe.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungsstarifvertrag wurde für 2020 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020 auf.

Personalentwicklung 2020

Im November 2019 sowie im Januar 2020 fanden zwei Führungskräfte tagungen mit dem Titel „Wirkungsvoll führen, lernen, beteiligen“ statt. An diesen Veranstaltungen nahmen 12 Führungskräfte der Maya mare GmbH teil. Neben viel Raum zum Austausch untereinander und mit den Geschäftsführern des eigenen sowie der Schwesterunternehmen fand eine intensive Auseinandersetzung mit der aktuellen und zukünftigen Feedbackkultur in der Stadtwerke-Gruppe statt.

Darüber hinaus war die Personalentwicklung der SWH Aufgrund der Ausbreitung des Covid19-Virus dieses Jahr gezwungen, Workshops und Schulungsangebote in Präsenzformaten abzusagen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich berufsbegleitend qualifizierten, konnten diese Maßnahmen nur fortführen, wenn durch die externen Anbieter entsprechende virtuelle Durchführungsalternativen angeboten wurden. Ursprünglich in Präsenzformaten geplante Workshops wurden auf sinnvolle Übertragbarkeit in virtuelle Lösungen überprüft und im Einzelfall durchgeführt. Lediglich Schulungen mit Pflichtcharakter und ohne Option zur virtuellen Durchführung konnten unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln in Präsenzform durchgeführt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2020 insgesamt mit 3.851,6 TEUR um 40,3 % unter dem Vorjahresumsatz (2019: 6.452,5 TEUR) und um 37,6 % unter dem Plan.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar und liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen notwendig, der Gesamtaufwand lag 2020 bei 1.305,6 TEUR (2019: 1.610,9 TEUR). Ursächlich hierfür waren insbesondere die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Außenanlagen im Bad- und Saunabereich, die Entsorgungsmehrkosten der Dachdämmung bei der Instandsetzung des Badehallendaches, ungeplante Reparaturen an den Lichtkuppeln über der Badumkleide und Fitnessbereich, sowie die Installation eines Blitzschutzes auf dem Badehallendach.

Der Personalaufwand 2020 beträgt 2.302,8 TEUR (2019: 3.060,4 TEUR). Der Rückgang des Personalaufwandes ist auf die in den Monaten Mai bis Juli sowie November und Dezember in Anspruch genommene Kurzarbeit zurückzuführen.

Die Abschreibungen 2020 liegen bei 1.225,0 TEUR (2019: 1.120,0 TEUR).

Die Entwicklung ist auf die pandemische Situation und die damit einhergehenden Schließzeiten zurückzuführen. Materialaufwendungen lassen sich auch während einer kompletten Schließung nicht vermeiden. Das Maya mare konnte im Zuge der außerordentlichen Wirtschaftshilfe des Bundes die November- und Dezemberhilfe in Anspruch nehmen und somit anteilig Umsatzverluste in Höhe von 711,6 TEUR decken. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.812,5 TEUR (2019: 1.711,8 TEUR) und damit 155,4 TEUR über dem Planansatz, erzielt werden. Aufgrund der im Jahr 2021 weiter andauernden Schließung, sind auch für 2021 umfassende Verluste zu erwarten, welche nach derzeitigem Kenntnisstand nicht durch staatliche Hilfen ersetzt werden. Aus diesem Grund werden voraussichtlich auch im Jahr 2021 Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter über dem Planniveau notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2020 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,4 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2020 planmäßig in Höhe von 368,1 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse und Volksbank konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2020 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2020 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 266,0 TEUR (Vorjahr: 522,1 TEUR).

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2020 eine Eigenkapitalquote von 49,0 % erreicht (Vorjahr: 41,8 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2020 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 342,6 TEUR getätigt. Im Wesentlichen wurden für den Gesundheitsclub Viva mare neue Cardio-Geräte angeschafft, die PC-Technik auf Microsoft Office 2016 umgestellt, Restleistungen für das Sauna-Ruhehaus abgerechnet und eine neue Druckluftsteuerung angeschafft.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co.KG weist zum 31. Dezember 2020 einen negativen Finanzmittelfonds in Höhe von -302,2 (Vorjahr: 1.067,0 TEUR) aus. Durch zusätzliche Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS, einer außerordentlichen Wirtschaftshilfe für den Corona-bedingten Lockdown der Monate November, Dezember 2020 und dem erhaltenen Kurzarbeitergeld konnte die Gesellschaft jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht werden. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2020 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 7.180,6 TEUR, das ist eine Abnahme um 1.230,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus dem negativen Finanzmittelfonds sowie der Abnahme des Anlagevermögens durch planmäßige Abschreibungen und geringere Investitionen. Auf der Passivseite stehen erhöhten Verbindlichkeiten, die planmäßige Auflösung des Sonderpostens sowie der Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind ein Angebot zur Freizeitgestaltung für jede Altersgruppe. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten einmal erreichter Gästezahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Durch die Pandemie konnten diese Ziele im Jahr 2020 jedoch nicht realisiert werden.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden sowie im Bereich von Dampfbad und Caldarium müssen in nächster Zukunft umgesetzt werden, damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Im Jahr 2020 erfolgte eine Prüfung des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Halle - Gruppe nach dem Prüfungsstandard IDW PS 981. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüfte die Angemessenheit, Wirksamkeit und Implementierung des Systems für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2020. Im Ergebnis wurde ein positives Prüfungsurteil bescheinigt.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2020 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr: 7). Unter diesen Risiken lässt sich keines der Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	4	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	10	0	0

Als ein Risiko mit potenziell großer Schadenshöhe wurden die pandemiebedingten Verluste gesehen. Allerdings gab es Beschlüsse der beiden Gesellschafter SWH und HWS zur Zahlung eines über den Wirtschaftsplan hinausgehenden Betriebskostenzuschusses zur Deckung pandemiebedingter Verluste im Jahr 2020 bis zu einer maximalen Höhe von 1.755,0 TEUR.

Ein weiteres Risiko mit potenziell großer Schadenshöhe stellt der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, dar. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert und ein Fortbestand der Gesellschaft gefährdet. Das Risiko betrifft die Wirtschaftsjahre ab 2022, für das Jahr 2021 sind die Vereinbarungen über die Zahlungen der Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind die Risiken aus der Covid-19-Pandemie hinzugekommen. Durch den Beschluss zur Zahlung eines zusätzlichen Betriebskostenzuschusses zum Ausgleich der pandemiebedingten Verluste bis zu einer maximalen Höhe von 1.755,0 TEUR ist dieses Risiko jedoch nicht bestandsgefährdend. Auch andere bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2021 sowie der Mittelfristplanung bis 2025 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Gästepotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Gästezahlen und somit auf die Erlöse haben. Die Besucherzahlen wurden auf Niveau des Wirtschaftsplanes 2020 geplant. Eine Steigerung der Besucherzahlen wurde aufgrund der unklaren Nachwirkungen der Pandemie nicht unterstellt.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle zwei Jahre angepasst und sind die maßgebliche Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

6.2. Investitionen

Das Maya mare wurde in 2020 21 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Der Austausch von Lüftungsgeräten und die Sanierung der Umkleiden, Duschen und WC-Räume stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden. Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung der Dusch- und WC-Bereiche, sowie in die Innenausstattung der Schwitzräume notwendige Maßnahmen, um gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Bereich der Rutschangebote hat jetzt auch deutschlandweit die Digitalisierung verstärkt Einzug gehalten, insbesondere um bestehende Anlagen aufzuwerten und zugleich zu sanieren. Die Visualisierung von unterschiedlichsten Effekten in ein- und derselben Rutsche und die onlinebasierte Zusammenstellung eines ganz individuellen Rutscherlebnisses durch den Gast sind mittelfristig auch Investitions Herausforderungen, denen sich das Maya mare stellen muss.

In der Wirtschaftsplanung 2021 werden Investitionsmittel in Höhe von 735,0 TEUR vorgesehen. Davon entfallen auf die Umgestaltung der Dampfsauna und des Caldariums jeweils 150,0 TEUR. Zudem soll der Kinderspielplatz im Außenbereich des Bades für 55,0 TEUR umgestaltet werden. Weitere investive Maßnahmen betreffen zumeist den Ersatz von Maschinen und Geräten, beispielsweise in der Gastronomie sowie dem Bereich Technik, die ihre Verschleißgrenzen erreicht haben. In der Mittelfristplanung 2021-2025 wurden zwischen 370,0 TEUR und 4.795,0 TEUR Investitionsmittel geplant. Hierin sind Maßnahmen aus dem Gesamtvorhaben Maya mare 2030 enthalten, unter anderem der komplette Neubau der Rutschenanlage, die Sanierung der WC-, Dusch- und Umkleideräume sowie die Erneuerung der Lüftungstechnik.

6.3. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2021-2025 vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

6.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der ab dem Jahr 2021 geplanten Maßnahmen aus dem Gesamtpaket Maya mare 2030 wird in der Planung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.528,8 TEUR im Jahr 2021 und 1.402,7 TEUR im Jahr 2022 ausgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Betriebskostenzuschusses im Jahr 2021 für die letzten Instandsetzungsarbeiten an den Dächern des Maya mare eingeplant wurde (198,0 TEUR). Für das Jahr 2021 wird aufgrund der andauernden Schließung von einem erneuten zusätzlichen Zuschussbedarf ausgegangen, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. In welcher Höhe der Zuschuss benötigt wird, hängt vom tatsächlichen Öffnungszeitpunkt und den damit verbundenen Auflagen ab. Aktuell geht das günstigste Szenario von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 760 TEUR aus. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2022 bis 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	54	311	54	311	55	0	0
Umlaufvermögen	268	46	262	46	257	45	6	2
Bilanzsumme	579	100	573	100	568	100	6	1
Passiva								
Eigenkapital	579	100	573	100	568	100	6	1
Bilanzsumme	579	100	573	100	568	100	6	1

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	19	19	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	14	16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	6	5	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	5	3
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-1	-3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,06	0,96	0,54	%
Cash-Flow:	6	5	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,66	54,24	54,77	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung am 15.04.2021 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2020
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 6.135,80 auf EUR 579.364,75 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 18.623,26. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 16.895,97) und Erbbauzins (EUR 1.725,30).

Dem stehen Ausgaben gegenüber in Höhe von EUR 192,29.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 18.430,97 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3AO in Höhe von EUR 6.143,66 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 116.868,28 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 12.295,17 (Vorjahr: 14 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb eines Kombidämpfers	EUR	6.309,47
• Zuwendung an Freiwilligenagentur „Junges Engagement“	EUR	1.000,00
• Zuwendung an DRK „Digitale Cafés“	EUR	1.000,00
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhafe-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2020	EUR	3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2019 und Fertigung Steuerklärung	EUR	571,20
• Prüfung Jahresrechnungen 2017-2019 durch Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat Stiftungen	EUR	70,00
	Σ	EUR 12.295,17

Der Nachweis der Mittelverwendung wurde durch die Destinatäre Freiwilligenagentur, DRK und Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Die Mittel wurden satzungsgemäß und entsprechend der Zuwendungsverträge verwendet.

Mittelverwendung in Höhe von 8.301,61 €

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

Der DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. erhält für das Projekt DRKdikultiv - Veranstaltungsreihe „Wissenstransfer 2021“ eine Zuwendung/Zufinanzierung in Höhe von EUR 2.000,00.

Die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle erhält für den Erwerb von Pflegebetten für den stationären Pflegebereich in der Glauchaer Straße 68 und Unterplan 11 eine Zuwendung/Zufinanzierung in Höhe von EUR 6.301,61.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kantstraße 1 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand:		Fritschek, Andreas	
Stiftungsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Haupt, Ute	
		Helmich, Dennis	(seit 25.11.2020)
		Seidel-Jähmig, Annika	(bis 24.11.2020)
		Töpfer, Gernot	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	17	0,26
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	53.707	91	54.631	94	52.243	94	-924	-2
Umlaufvermögen	5.312	9	3.666	6	3.365	6	1.646	45
Rechnungsabgrenzungsposten	51	0	63	0	67	0	-12	-19

Bilanzsumme

59.070	100	58.360	100	55.675	100	710	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	21.163	36	19.628	34	18.885	34	1.535	8
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	17.130	29	17.774	30	18.419	33	-644	-4
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	652	1	677	1	701	1	-25	-4
Rückstellungen	916	2	633	1	840	2	283	45
Verbindlichkeiten	18.419	31	19.000	33	16.200	29	-581	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	790	1	648	1	630	1	142	22

Bilanzsumme

59.070	100	58.360	100	55.675	100	710	1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	28.810	25.953	23.316
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	75	17	7
sonstige betriebliche Erträge	480	750	485
Materialaufwand	5.931	5.540	5.309
Personalaufwand	17.762	15.978	13.846
Abschreibungen	2.103	1.934	1.857
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	669	669	670
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.268	2.830	2.291
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	106	1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	5	12
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2	0	13
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	44	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	396	476	421
Ergebnis nach Steuern	1.534	743	754
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.534	743	754
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.534	743	754
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,33	2,86	3,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,25	3,79	3,99	%
Cash-Flow:	3.639	2.677	2.624	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	66	63	60	T€
Personalaufwandsquote:	60,49	59,80	58,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,56	93,45	93,54	%
Eigenkapitalquote:	35,83	33,63	33,92	%
Fremdkapitalquote:	64,17	66,37	66,08	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Verpflegung, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 480 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören nach wie vor fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und eine Tagesförderung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie für Menschen mit geistiger Behinderung 21 Plätze in betreuten Wohnungen und 9 Plätze in 4 selbstorganisierten Wohngemeinschaften an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 243 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Weiterhin werden Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie vermietet.

Unverändert ist die Stiftung 100%ige Gesellschafterin der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringedienst und Pforte erbringt. In der Serva GmbH sind ca. 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe sind auf unterschiedliche Weise von sich verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen. In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von rechtlichen Änderungen auf Landes- und Bundesebene wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz II und III sowie das Pflegepersonalstärkungsgesetz.

Weiterhin wurde mit dem Pflegeberufereformgesetz die Ausbildung in der Pflege ab Januar 2020 grundlegend verändert.

Ab Juli 2019 trat die Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz in Kraft.

Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen verändert das Bundesteilhabegesetz seit Januar 2017 die Grundlagen für die Arbeit.

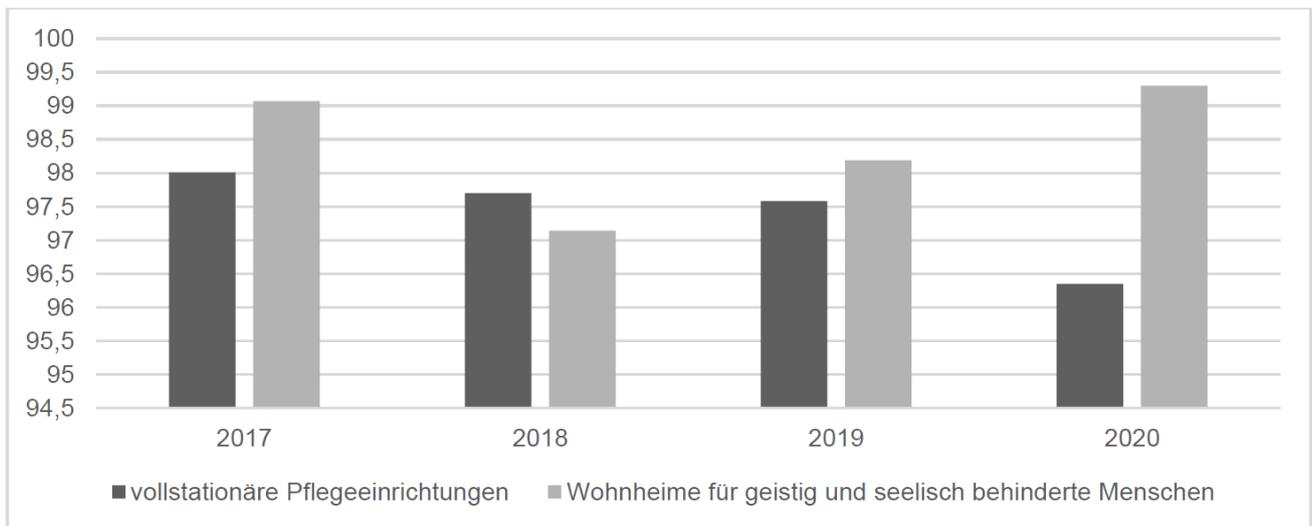
Infolge der rechtlichen Neuerungen mussten Änderungen der Entgeltkalkulationen, der Vertragsinhalte und des Leistungsbezuges ab 1. Januar 2020 umgesetzt werden. Von zentraler Bedeutung war hierbei die Trennung der Eingliederungsleistungen von den existenzsichernden Leistungen. Dies bedeutet, dass existenzsichernde Leistungen wie die Grundsicherung nunmehr beim zuständigen Sozialamt und die Fachleistung beim Träger der Eingliederungshilfe zu beantragen sind.

Altenpflege und Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Die Arbeit der Stiftung wird auf allen Ebenen seit März 2020 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bestimmt. Ziel der Stiftung war und ist es hierbei, Bewohner, Klienten, Patienten, Angehörige und Mitarbeiter zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die sozialen Belange ein wesentlicher Bestandteil der täglichen Arbeit bleiben.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Die Auslastungsquote in den stationären Einrichtungen der Altenpflege betrug 96,4 % und war corona-bedingt rückläufig im Vergleich zu den Vorjahren. Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen sind diese Schwankungen nicht aufgetreten.



Unterjährig waren die Auswirkungen im Bereich der Altenpflege insbesondere im 2. Quartal 2020 sichtbar. Hier sank die Auslastungsquote von 97,3 % im 1. Quartal auf durchschnittlich 94,9 %. Im 3. Quartal (96,4 %) und im 4. Quartal (96,8 %) konnte die Auslastung wieder stabilisiert werden.

Ursache für den Rückgang insbesondere im 2. Quartal waren neben einem zeitlich verlängerten Aufnahmeprozess (Voraussetzung Negativtestung, Bewertung im Krisenstab), der Aufnahmestopp bei Corona-Verdachtsfällen sowie die Umsetzung der RKI-Empfehlungen bei Neuaufnahme von Bewohnern/Betreuten aus dem häuslichen Umfeld sowie bei Verlegungen bzw. Rückverlegungen aus dem Krankenhaus.

Die Tagespflegen waren seit 18.03.2020 geschlossen. In der Notbetreuung wurden durchschnittlich 9 Klienten versorgt. Ab 08.06.2020 konnten die Tagespflegen wieder geöffnet werden. Unter Einhaltung von Hygienevorschriften und Abstandsregeln wurden die Tagespflegen nicht voll ausgelastet.

Ebenso waren die Tagesstätte Röpziger Straße sowie die Tagesförderung Bugenhagenstraße seit 19.03.2020 geschlossen. Diese beiden Einrichtungen öffneten schrittweise ab dem 19.05.2020.

Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz wurde im März 2020 eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen soweit wie möglich zu reduzieren.

Dabei werden ordentliche Aufwendungen, z.B. Sachmittel aufgrund von infektionshygienischen Schutzmaßnahmen (Schutzmasken, Schutzkleidung) oder Desinfektionsmittel, erhöhte Inanspruchnahme von Fremddienstleistungen oder Personalmehraufwendungen (z.B. Mehrarbeit) sowie Mindereinnahmen, die nicht anderweitig finanziert werden, erstattet.

Bis Dezember 2020 wurden 364 TEUR Erstattungen für Mindereinnahmen und Mehrkosten beantragt. Die Beträge wurden wie beantragt ausgezahlt. In einem nachgelagerten Nachweisverfahren, können etwaige Überzahlungen aufgrund von angeforderten Nachweisen seitens der Pflegekassen geprüft werden.

Diese Regelungen des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz wurden bis zum 30.06.2021 verlängert.

Im Mai 2020 hat der Bundestag das zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beschlossen. Darin war die einmalige Zahlung der sogenannten Corona-Prämie, als Anerkennung der besonderen Anforderungen und Leistungen während der Corona-Pandemie, für Mitarbeiter in der Altenpflege geregelt. Das Land Sachsen-Anhalt hat darüber hinaus die einmaligen Sonderleistungen für Beschäftigte in der Altenpflege aufgestockt. Somit erhielten beispielsweise schwerpunktmäßig in der direkten Pflege und Betreuung arbeitende Beschäftigte statt 1.000 EUR nun 1.500 EUR (Vollzeitkraft).

Insgesamt hat die Stiftung 360 TEUR beantragt und nach vollständigem Zahlungseingang der Pflegekasse an die 314 anspruchsberechtigten Beschäftigten ausgezahlt.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen kam diese Regelung nicht zur Anwendung, obwohl in diesen Einrichtungen neben den pädagogischen Leistungen ebensolche pflegerischen Leistungen wie in der Altenpflege erbracht werden.

Trotz aller Bemühungen der Stiftung auf Landesebene und in Verbänden ist es nicht gelungen, dass das Land Sachsen-Anhalt Mittel für eine Prämie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Eingliederungshilfe zur Verfügung stellt.

Vor diesem Hintergrund sowie der Leistungen der Mitarbeiter/innen erhielten im Dezember 108 Beschäftigte eine Prämienauszahlung (Gesamtkosten für Stiftung: 95 TEUR).

Am 15.10.2020 ist die „Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2“ in Kraft getreten. Diese Verordnung regelt u.a. die Ansprüche der Versicherten auf eine Testung zum Nachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 sowie den Einsatz und Vergütung der PCR-Tests und PoC-Antigen-Schnelltests.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung der PoC-Antigen-Schnelltests sowie der Durchführungen werden auf Basis zuvor genannter Verordnung erstattet.

Bis 31.12.2020 sind der Stiftung Refinanzierungskosten in Höhe von 138 TEUR entstanden (inkl. Beschaffungskosten für Tests, welche erst Anfang 2021 genutzt wurden). Es wurden 5.535 Tests durchgeführt.

Vermietung

Zum 01.12.2019 bzw. 01.01.2020 war der Neubau von 34 Wohnungen in der Bugenhagenstraße bezugsfertig. Zu diesem Zeitpunkt waren bis auf 2 Wohneinheiten alle vermietet. Seit dem 01.04.2020 sind alle Wohnungen vermietet.

Die Wohnungen wurden je nach Lage und Ausstattung zu unterschiedlichen Kosten vermietet. So variiert die Miete je Quadratmeter zwischen 10,30 EUR und 11,50 EUR.

Die Gesamtkosten des Bauvorhabens belaufen sich auf rd. 5,5 Millionen EUR.

Verstärkt wurde die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote der Stiftung. Damit wird es möglich, für die Kunden maßgeschneiderte Angebote entsprechend des Hilfebedarfs zu gestalten. Durch diese Fokussierung auf die Vernetzung der Angebote der Stiftung konnte erreicht werden, dass die Mieter unserer altengerechten Wohnungen mehr als bisher von den verschiedenen Leistungen der Stiftung profitieren können.

Hier zeigt sich auch, wie wichtig es ist, dass die Stiftung über die Serva GmbH auch vermietungsnahe Dienstleistungen erbringen kann. Für zahlreiche Mieter wurden Leistungen wie Essenversorgung, Wäschereiservice und Hausmeisterservice im Jahr 2020 erbracht. Dies steigert die Attraktivität der Angebote im Bereich Vermietung und unterscheidet die Stiftung von ihren Mitbewerbern.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2020 Gesamterträge von 29.365 TEUR erzielen. Damit sind die Gesamterlöse um 2.644 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2020 in TEUR	2019 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	16.091	14.827	+1.264
Teilstationäre Altenpflege	357	455	-98
Ambulante Pflege	1.154	875	+279
Behindertenhilfe	8.461	8.105	+356
Vermietung	1.754	1.453	+301
Sonstiges	1.548	1.005	+543

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen und die weiterhin stabilen Auslastungswerte.

Für den Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen konnten die gestiegenen Kosten ebenfalls in den neu vereinbarten Entgelten berücksichtigt werden. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen hauptsächlich Erstattungen der Krankenkassen zum Mutterschutz bzw. Beschäftigungsverbot (220 TEUR), Erstattung corona-bedingte Mindereinnahmen/Mehrausgaben (97 TEUR) sowie Erstattungen nach dem Arbeitsförderungs- und Altersteilzeitgesetz (119 TEUR).

Im Jahr 2020 investierte die Stiftung rd. 1.255 TEUR in das langfristige Vermögen. Davon wurden rd. 625 TEUR für den 1. Bauabschnitt Bugenhagenstraße aufgewendet.

Darüber hinaus wurden ca. 305 TEUR für die Beschaffung von neuem Mobiliar ausgegeben.

Im Berichtszeitraum konnte die Stiftung den Bestand an Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalenten von 2.667 TEUR auf 3.523 steigern. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 im Wesentlichen aufgrund von gestiegenen Zahlungsmitteln auf 59.070 TEUR erhöht. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 58.360 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 1.535 TEUR erhöhte sich das Eigenkapital auf 21.163 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 2,20 % gestiegen.

	2016	2017	2018	2019	2020
Eigenkapitalquote	30,74 %	32,72 %	33,92 %	33,63 %	35,83 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war mit 705 TEUR positiv. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +2.448 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.173 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -570 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 2.344 TEUR auf 3.049 TEUR erhöht.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 beschäftigte die Stiftung 478 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 28 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2019. Dies entspricht einer Erhöhung zum Vorjahr um 6,2 %. Darüber hinaus steigerte die Stiftung die Anzahl an Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 36. Damit wurden mit Stichtag 31.12.2020 7 Auszubildende mehr beschäftigt als im Vorjahr.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 61 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 65 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 13,6%. Gezählt wurden hierbei sämtliche Austritte aus dem Unternehmen, also auch auslaufende befristete Verträge und Renteneintritte.

Die Stiftung arbeitete 2020 weiter daran, sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Alle Beschäftigten der Stiftung mit einem Vertrag, der vor dem 01.01.2011 geschlossen wurde, erhielten mit Wirkung zum 01.01.2020 eine Entgeltsteigerung von 3%. Alle diese Fachkräfte erhielten darüber hinaus einen weiteren Entgeltzuschlag in Höhe von 2%. Des Weiteren wurde die hauseigene Betriebsvereinbarung weiterentwickelt. Im Ergebnis entsprechen die Entgelte der Fachkräfte der Stiftung seit dem 01.01.2020 den Entgelten des TVöD-Pflege.

Außerdem wurden zwei weitere Entgeltgruppen in der Betriebsvereinbarung für Führungsfunktionen eingeführt, die sich analog zum TVöD an der Anzahl der unterstellten Mitarbeiter/innen und dem Grad der Verantwortung orientiert. Insbesondere die Funktionen der Wohnbereichsleitererebene wurden damit aufgewertet. Abschließend wurden auch zwei weitere Entgeltentwicklungsstufen für die Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten eingeführt, so dass sich deren Entgelte auch bei langfristiger Beschäftigung weiter steigern werden. Insgesamt erhöhten sich mit Wirkung zum 01.01.2020 alle Entgeltgruppen und -stufen.

Bereits seit 2017 erhalten die Beschäftigten bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung eine freiwillige Sonderzahlung in Höhe von 700 EUR brutto, die unabhängig von der Qualifikation oder der Tätigkeit in der Stiftung im Dezember zur Auszahlung kommt. Im Jahr 2020 wurde außerdem erstmals eine zweite Jahressonderzahlung (Urlaubsgeld) in gleicher Höhe an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezahlt.

Externe Qualitätsprüfung

Eine externe Prüfung durch den MDK nach einem Notensystem gibt es nicht mehr. Dieses Verfahren wurde zum 01.11.2019 durch das indikatorengestützte Qualitätssystem ersetzt.

Das neue System enthält drei Bausteine:

1. einen Indikatorenansatz zur Beurteilung von Ergebnisqualität
2. ein neues Konzept für die externe Qualitätsprüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) bzw. den Prüfdienst der PKV sowie
3. ein neues Konzept für öffentliche Qualitätsberichte über die Pflegeeinrichtung

Der Indikatorenansatz bedeutet, dass die stationären Einrichtungen im Abstand von 6 Monaten Informationen zu ihren Versorgungsergebnissen sammeln und an eine Datenauswertungsstelle übermitteln. Erhoben werden 10 Indikatoren aus 3 Qualitätsbereichen.

Wie bisher wird es auch weiterhin externe Qualitätsprüfungen in stationären Pflegeeinrichtungen geben. Methodisch und inhaltlich gibt es aber umfangreiche Änderungen. Inhaltlich stehen zukünftig sogenannte Qualitätsaspekte im Fokus der Prüfung.

Zukünftig wird aus dem Transparenzbericht die Qualitätsdarstellung. Es sind drei verschiedene Darstellungsformen vorgesehen, um so auch den unterschiedlichen Informationsbedürfnissen entgegen zu kommen. Diese sind Standarddokument, webbasiertes Informationsangebot und individuell gestaltbares Dokument. Alle Darstellungsformen enthalten erläuternde Hinweise über Details des Systems der Qualitätsprüfung und der Qualitätsindikatoren.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie ist eine verpflichtende Umsetzung bis zum 31.12.2021 ausgesetzt.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Themen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 auf die Stiftung aus?
- II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
- III. Umsetzung des 2. Bauabschnittes des Bauvorhabens Bugenhagenstraße.
- IV. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.
- V. Wie setzen wir das Thema Digitalisierung in der Stiftung sinnvoll um?
- VI. Wirtschaftsplan 2021

I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 auf die Stiftung aus?

Es ist davon auszugehen, dass die COVID-19-Pandemie das gesellschaftliche Leben und damit auch unsere Arbeit weiter maßgeblich beeinflussen wird.

Impfungen gegen das Coronavirus werden eine Rückkehr zur Normalität im Zusammenleben ermöglichen. Die Folgen der Pandemie und der Umgang mit diesen kann nicht eingeschätzt werden.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden auch im Jahr 2021 aller Voraussicht nach gering ausfallen. Wie zuvor dargestellt wurden die Festlegungen zum Ausgleich der COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen der Pflegeeinrichtungen zunächst bis zum 30.06.2021 verlängert.

Es ist im Moment nicht abzusehen, in welchem Umfang Rückforderungen im Rahmen des nachgelagerten Nachweisverfahrens geltend gemacht werden.

Die Pflegekassen werden mit mindestens jeder zehnten Pflegeeinrichtung, die Gelder aus dem Kostenerstattungsverfahren erhalten hat, das nachgelagerte Nachweisverfahren durchführen. Zur Auswahl dieser Pflegeeinrichtungen werden statistische Analyseverfahren, Zufallsstichproben oder Prüferfordernisse aus der Antragsbearbeitung herangezogen. Das Verfahren startete für Auszahlungen, welche das Kalenderjahr 2020 betreffen, am 1. April 2021. Bisher hat die Stiftung noch keine Nachweisanfrage erhalten.

Für die Krankenhäuser wird im Moment immer wieder thematisiert, ob es nach Ende der Pandemie einen in den Belastungen begründeten vermehrten Ausstieg von Pflegekräften aus ihrem Beruf geben könnte.

Aktuell ist dies für den Bereich der Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen kein Thema, es ist jedoch nicht auszuschließen, dass es hier eine Entwicklung geben kann, die sich auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation im Pflegesektor auswirkt.

Es stellt sich ferner die Frage, ob die Nachfrage nach Plätzen in den stationären Altenhilfeeinrichtungen wieder steigen wird. Es ist zu verzeichnen, dass es aus dem Bereich der Krankenhäuser nur noch wenig Nachfrage nach Unterbringung in den Altenpflegeheimen gibt. Dies trifft aber auch auf Anfragen direkt aus der Häuslichkeit zu. Hier ist davon auszugehen, dass dieser mit einer Wiederaufnahme des Normalbetriebs in den Krankenhäusern und einem wieder zunehmenden Vertrauen in stabile Rahmenbedingungen im Bereich der Altenhilfe die Nachfrage wieder steigen wird.

Grundsätzlich ist die Stiftung durch die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr für den Umgang mit der Pandemie gut aufgestellt. Entwickelte Strukturen haben sich bewährt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen professionell mit den zusätzlichen Aufgaben und den zusätzlichen Belastungen um.

II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Die Arbeit in Pflege und Betreuung unterliegt einer großen Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht erst seit der Corona-Pandemie verändern sich fortlaufend die Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Arbeit. Die Nachweisführung erbrachter Leistungen wird umfangreicher, ganze Pflegeprozesse verändern sich.

Neben der weiterhin bestehenden Herausforderung, externe Fachkräfte für die Pflege und Betreuung in der Stiftung zu gewinnen, ist es zunehmend auch schwierig, geeignetes Personal im Assistenzbereich einzustellen. Umso wichtiger ist es, durch gute Arbeitsbedingungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die Entwicklung der Mitarbeiterentgelte wird dabei auch in den Folgejahren weiter vorangetrieben. Die Pflegefachkräfte erhalten inzwischen eine Vergütung auf dem Niveau des TVöD-Pflege. Im Assistenzbereich ist diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen und wird in den kommenden beiden Jahren Hauptschwerpunkt der Entgeltentwicklung der Stiftung sein.

Einen Einfluss darauf wird insbesondere auch die momentan schwer zu prognostizierende politische Situation rund um die Entwicklung der Vergütung im Bereich Altenpflege haben. Es herrscht parteiübergreifende Einigkeit, dass sich die Vergütungen in der Pflege allgemein erhöhen sollen. Wie das gestaltet werden soll, wie und wer das bezahlen wird und welche Anforderungen auf die Einrichtungen zukommen, ist bislang weitestgehend unklar geblieben. Es existieren Überlegungen zu einer verpflichtenden Anwendung eines Tarifvertrags als Voraussetzung für die Abrechnung von Pflegeleistungen bei den Kassen. Aber auch diese Variante geht bislang nicht über Grundüberlegungen auf der politischen Ebene hinaus. Daher wird diese Entwicklung weiterhin durch die Stiftung beobachtet und in künftige Entscheidungen zur eigenen Entgeltentwicklung eingebunden.

Die langfristige Sicherung des Fachpersonals soll insbesondere durch die Ausbildung von Pflegefachfrauen und -männern erfolgen.

In den vergangenen Jahren wurde die Anzahl der Auszubildenden schrittweise erhöht. Allein am 01.09.2020 begannen 20 neue Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung zur Pflegefachkraft in der Stiftung. Es ist beabsichtigt, eine ähnliche Größenordnung auch in den Folgejahren fortzusetzen.

Aber auch die Qualität der Ausbildung gilt es weiterhin zu verbessern. Um Praxiswissen systematisch zu vermitteln und die Absolventen optimal auf die verantwortungsvollen Fachkraftaufgaben vorzubereiten, wird der Bereich Praxisanleitung weiter gestärkt. Ab dem 01.09.2021 soll für diese Aufgabe zusätzliches und qualifiziertes Personal eingestellt werden.

Neben der Ausbildung investiert die Stiftung weiterhin in die Entwicklung von Führungs- und Nachwuchsführungskräften. Mit einem externen Anbieter wurde im Berichtsjahr eine hauseigene Weiterbildung für Führungskräfte konzipiert und durchgeführt. Es ist beabsichtigt, diese Weiterbildung auch im Folgejahr anzubieten, um auch anderen aktuellen und potenziellen Führungskräften Handwerkzeug zu geben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisteten in den vergangenen Monaten seit Ausbruch der Pandemie in Bezug auf Einsatzbereitschaft, Solidarität und Verlässlichkeit Großartiges. Diese Tugenden kann nur zeigen, wer sich darauf verlassen kann, dass ein Arbeitgeber alles für den Arbeitsschutz und die Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unternimmt. Die Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung der Beschäftigten werden auch zukünftig ein betrieblicher Schwerpunkt der Arbeit des Bereiches Personal sein.

III. Umsetzung des 2. Bauabschnitts des Bauvorhabens Bugenhagenstraße

Im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs für die Entwicklung des Projekts im Jahr 2015 und 2016, wurde auf der südlich gelegenen Fläche des Grundstücks die Idee für die Errichtung eines Atriumbaus entwickelt.

Hier sollten ursprünglich neben 48 altengerechten Wohnungen, Räumlichkeiten für eine Tagespflege, eine Physiotherapiepraxis und Wohngemeinschaften für Senioren entstehen.

Da nur schwer vorauszusehen war, wie gut sich die Wohnungen zu den geplanten Mietpreisen vermieten lassen, wurde entschieden, dass zunächst der 1. Bauabschnitt des Vorhabens (Bugenhagenstraße 6, 7 und 9) umgesetzt wird und dann über die Umsetzung des 2. Bauabschnitts entschieden wird.

Nach der erfolgreichen Vermietung der 34 Wohnungen im 1. Bauabschnitt wurde das Konzept für den 2. Bauabschnitt überarbeitet. Hier sollen nunmehr ausschließlich 62 altengerechte Wohnungen entstehen. Die Kosten belaufen sich voraussichtlich 10.059 TEUR.

Aktuell finden Gespräche zur Finanzierung des Bauvorhabens statt.

IV. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.

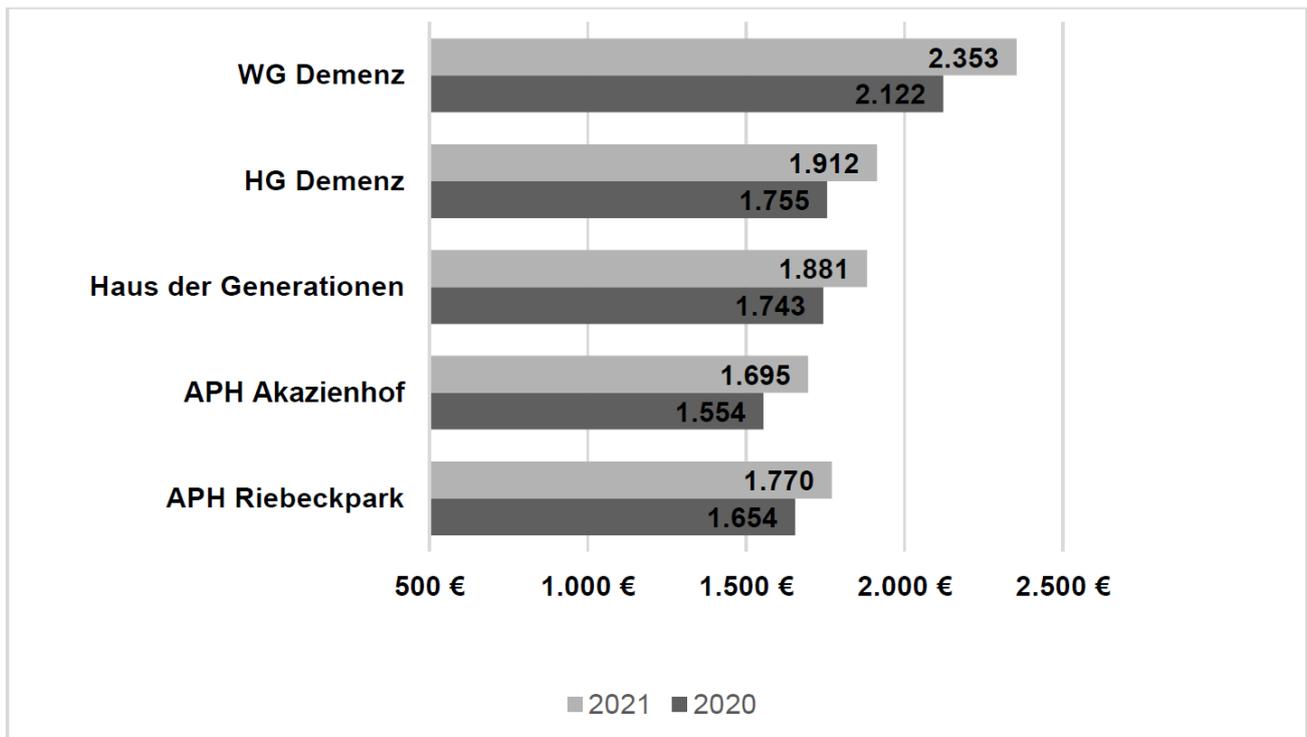
Die Arbeit der Stiftung im Bereich der Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist durch eine hohe Regulierungsdichte gekennzeichnet.

Neben Verordnungen auf Landesebene, hat insbesondere die Gesetzgebung auf der Bundesebene teilweise massive Auswirkungen auf die Stiftung und ihre Kunden.

Das größte Problem sind aktuell die immer weiter steigenden Eigenanteile der Bewohnerinnen und Bewohner in den stationären Pflegeeinrichtungen.

Durch die aktuellen gesetzlichen Regelungen der Pflegeversicherung sind die Anteile, die die Pflegekassen für die Finanzierung der Unterbringung in den Altenpflegeheimen zahlt, gedeckelt. Daraus folgt, dass alle Kostensteigerungen unmittelbar von den Bewohnern getragen werden müssen.

Die Steigerungsraten der monatlichen Zuzahlungen in der Stiftung betragen zum 01. Januar 2021 bis zu 231 EUR (WG Demenz).



Parallel dazu gibt es seit Jahren Forderungen, die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenhilfe anzuheben. Hier gibt es noch deutliche Unterschiede in der Vergütung zum Beispiel zwischen freigemeinnützigen und privaten Trägern aber auch zwischen der Altenhilfe und den Krankenhäusern.

Beide Entwicklungen führen aktuell zu verschiedenen Gesetzgebungsverfahren, bei denen noch nicht abzusehen ist, wann sie abgeschlossen werden und welche Auswirkungen sie dann auf die Stiftung haben werden.

Auf Basis des Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetzes werden ab 2021 in der vollstationären Altenpflege bundesweit 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte finanziert. Der Eigenanteil der Pflegebedürftigen wird durch die zusätzlichen Stellen nicht ansteigen, da diese vollständig durch die Pflegeversicherung finanziert werden. Die zusätzlichen Stellenanteile werden auf Grundlage der Pflegegrade und entsprechender Personalschlüssel berechnet. Lt. aktuellen Prognosen können in der Stiftung rd. 11 VZK zusätzlich beschäftigt werden. Die Besetzung dieser Stellen bleibt abzuwarten.

Es wird damit gerechnet, dass noch in der bestehenden Legislaturperiode im Rahmen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) einzelne Elemente der geplanten Pflegereform umgesetzt werden.

Dies betrifft insbesondere die finanzielle Entlastung von Pflegebedürftigen. So ist vorgesehen, dass der Eigenanteil für die reine Pflege durch Zuschläge im ersten Jahr im Heim um 5 % sinkt, im zweiten Jahr um 25 %, im dritten Jahr um 45 % und ab dem vierten Jahr um 70 %.

Darüber hinaus sollen Versorgungsverträge nur noch mit Pflegeeinrichtungen abgeschlossen werden, welche nach Tarifverträgen oder tarifähnlich bezahlen.

Die genannten und darüber hinaus gehenden Änderungen im Rahmen des GVWG werden aktuell geprüft. Was letzten Endes tatsächlich und wie umgesetzt wird ist noch offen, daher können die Auswirkungen auf die Stiftung noch nicht abgeschätzt werden.

V. Wie setzen wir das Thema Digitalisierung in der Stiftung sinnvoll um?

Zur Unterstützung bei der immer komplexer werdenden Administration der von der Stiftung zu erbringenden Leistungen wird verstärkt auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen gesetzt.

In mehreren Schritten sollen die Prozesse der Dokumentation in der Alten- und Behindertenhilfe und der Heimverwaltung auf die Software von Vivendi umgestellt werden.

Seit dem 01.01.2019 erfolgen die Dienstplanung und die Arbeitszeiterfassung für alle Mitarbeiter der Stiftung über Vivendi. Daneben werden auch die Verwaltung, Abrechnung, Planung für die ambulante Pflege und die Tagespflegen mit der neuen Software durchgeführt.

Im Jahr 2020 wurde schrittweise damit begonnen, auch die Pflege- und Betreuungsdokumentation in den Bereichen der Altenpflege und Hilfen für Menschen mit Behinderungen über Vivendi durchzuführen. Dies soll dazu beitragen, dass die Dokumentationen schneller, automatisierter und nachvollziehbarer erstellt werden.

Die Umstellung auf digitale Pflegedokumentation wird voraussichtlich Herbst 2021 abgeschlossen sein. Die Einführungskosten für die digitale Pflege- und Betreuungsdokumentation inklusive Schulungskosten belaufen sich auf ca. 60 TEUR.

Die Stiftung hat zum 01.03.2021 den Posteingang auf das Dokumenten-Managementsystem (DMS) DocuWare umgestellt. Im ersten Schritt wurde der komplette Rechnungseingang ausschließlich digital aufgenommen und bearbeitet. Im Sommer 2021 folgt der restliche Posteingang. Ziel ist es perspektivisch immer mehr papierhafte Bereiche von analog auf digital umzustellen.

Die Anschaffungskosten einschließlich Einrichtung und Schulungen werden mit rd. 100 TEUR kalkuliert.

Ferner wurde, auch in Hinblick auf die COVID-19-Pandemie, die Verwaltungsebene mit Notebooks ausgestattet. Dadurch ist es möglich, dezentral, ob präsent in der Stiftung oder im Home-Office, den anfallenden Tätigkeiten nachzugehen. Des Weiteren hat sich Microsoft Teams als Kommunikations-Medium etabliert und wird ebenfalls als Arbeits- und Austauschplattform genutzt.

VI. Wirtschaftsplan 2021

Der Vorstand erwartet gemäß Wirtschaftsplanung für 2021 ein positives Ergebnis von ca. 727 TEUR, durch das eine weitere Stabilisierung der Ertrags- und Finanzlage sowie der Investitionsfähigkeit erreicht werden kann.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Bis auf das Risiko hinsichtlich der weiteren Folgen der Corona-Pandemie gibt es keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Geschäftsvorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Stiftung, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen. Hierin wurden auch Überlegungen betreffend die Corona-Krise berücksichtigt.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
7	2	11	4	19	7	-4	-36
327	98	273	96	273	93	54	20
0	0	1	0	1	0	-1	-100

Bilanzsumme

334	100	285	100	293	100	49	17
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
81	24	81	28	81	28	0	0
48	15	60	21	40	13	-12	-20
204	61	141	50	167	57	63	45
1	0	3	1	5	2	-2	-67

Bilanzsumme

334	100	285	100	293	100	49	17
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2020	2019	2018
T€	T€	T€
3.397	3.343	3.073
51	17	30
1.137	1.152	1.123
2.265	2.091	1.875
10	9	8
79	101	96
0	0	0
0	0	0
-43	7	1
1	1	0
44	0	0
0	6	1
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,29	0,19	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	-54,09	7,85	0,76	%
Cash-Flow:	-34	16	9	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	35	35	33	T€
Personalaufwandsquote:	65,69	62,23	60,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,07	3,82	6,50	%
Eigenkapitalquote:	24,16	28,29	27,51	%
Fremdkapitalquote:	75,84	71,71	72,49	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert
Beirat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	Jacobi, Dörte
		Eigendorf, Eric
		Ettingshausen, Rüdiger
		Feigl, Christian
		Heym, Carsten
		Krech, Thomas
		Mämecke, Steve
		Meerheim, Sten

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Beirat	1	0	1

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	79	11	48	5	121	10	31	65
Umlaufvermögen	447	61	629	68	822	67	-182	-29
Rechnungsabgrenzungsposten	203	28	249	27	282	23	-46	-18

Bilanzsumme	729	100	926	100	1.225	100	-197	-21
--------------------	------------	------------	------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	27	4	26	3	27	2	1	4
Rückstellungen	7	1	5	1	7	1	2	40
Verbindlichkeiten	167	23	207	22	429	35	-40	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	528	72	688	74	762	62	-160	-23

Bilanzsumme	729	100	926	100	1.225	100	-197	-21
--------------------	------------	------------	------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.821	1.801	1.852
sonstige betriebliche Erträge	0	1	7
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	20	73	118
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.797	1.724	1.733
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	4	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	2	1
Ergebnis nach Steuern	1	-1	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	-1	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,03	-0,04	0,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,43	-2,54	9,52	%
Cash-Flow:	21	72	120	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,78	5,13	9,88	%
Eigenkapitalquote:	3,65	2,80	2,17	%
Fremdkapitalquote:	96,35	97,20	97,83	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2020 war durch zwei Faktoren besonders geprägt: Zum einen durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen und Auflagen, zum anderen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und die sportliche Entwicklung des Halleschen FC.

Mit der Inkraftsetzung der Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus SARS-Cov-2 des Landes Sachsen-Anhalt am 18.03.2020 wurde jegliche Nutzung des ERDGAS Sportparks untersagt. Der HFC hat daraufhin das Stadion geräumt. Es fanden weder Spiele noch Training statt. Auch die Geschäftsstelle wurde nicht genutzt. Die Saison in der 3. Liga wurde unterbrochen.

Erst am 09.05.2020 nahm der HFC das Training am ERDGAS Sportpark in Kleingruppen wieder auf. Ab dem 30.05.2020 wurde die unterbrochene Saison ohne Zuschauer fortgesetzt und zu Ende gespielt.

Grundlage für die Wiederaufnahme des Spielbetriebes war die Umsetzung des Hygiene-Konzepts von Deutscher Fußballliga und Deutschem Fußballbund sowie der Auflagen des Fachbereiches Gesundheit der Stadt Halle (Saale). Dazu gehörte eine Mitnutzung der Gastkabine durch den HFC, um die Mindestabstände einhalten zu können. Um dennoch den Spielbetrieb zu gewährleisten, musste die SHBG zusätzliche Raumkapazitäten schaffen. Dies wurde mit der Anmietung von mehreren Umkleide- und Sanitärcontainern, für die ein Baugenehmigungsverfahren durchlaufen werden musste, umgesetzt. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmte dieser außerplanmäßigen Ausgabe am 27.05.2020 zu. Die Mietkosten für die Container haben die Jahresleistung der SHBG zusätzlich belastet.

Für den Zeitraum der Sperrung des ERDGAS Sportparks vom 18.03.2020 bis zum 09.05.2020 stellte der HFC die Mietzahlungen ein. Eine von der SHBG beauftragte rechtliche Stellungnahme durch eine Anwaltskanzlei hat diese Maßnahme des HFC als rechtmäßig bestätigt.

Zu Beginn der Saison 2020/21 Mitte September 2020 wurden zunächst nach Genehmigung der Hygienekonzepte teilweise wieder Zuschauer im ERDGAS Sportpark zugelassen. Mit der erneuten Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen gegen das Corona-Virus Ende Oktober 2020 wurde erneut der Zuschauerausschluss bei Heimspielen des HFC beschlossen. Diese Maßnahmen dauerten bis zum Ende des Geschäftsjahres an und belasteten durch eine leichte Reduktion der Mietzahlungen des HFC wegen des Zuschauerausschlusses zusätzlich das Ergebnis. Auch diese Maßnahme wurde im Auftrag der SHBG rechtlich überprüft und als vertretbar eingeschätzt.

Der Saisonverlauf des HFC in der Saison 2019/20 der 3. Liga war geprägt von einer anhaltenden Negativserie der Mannschaft. Erst am vorletzten Spieltag konnte das Team den Klassenerhalt in der 3. Liga sichern. Zum Ende der Hinrunde der Saison 2020/21 stand der HFC auf dem 9. Tabellenplatz.

Trotz der notwendigen Eindämmungsmaßnahmen gegen das Corona-Virus konnte der Betrieb des ERDGAS Sportpark dank der langjährigen Erfahrungen der beteiligten Personen reibungslos erfolgen.

Aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen gegen das neuartige Corona-Virus haben im ERDGAS Sportpark ab März 2020 keine Veranstaltungen im Business-Bereich stattgefunden. Neben dem Wegfall der Mieteinnahmen blieb damit auch jegliche Rückvergütung durch den Caterer im Stadion aus. Auch diese wirkte sich negativ auf die Jahresleistung der SHBG aus.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2020 umfasste einen ganzjährigen, nur von März bis Mai 2020 außerplanmäßig unterbrochenen, Spielbetrieb des HFC in der 3. Liga. Durch die hierbei erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 371. Dieser im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Liquiditätsbestand ist vor allem auf die zusätzlichen Ausgaben wegen der notwendigen Hygiene-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie auf geringere Mietzahlungen des HFC sowie ausbleibende Sonderveranstaltungen zurückzuführen.

Weiterhin laufen wichtige Verträge der SHBG im Jahr 2021 aus. Dies betrifft insbesondere die Bewirtschaftung des Objektes sowie der Sponsoringvertrag zu den Namensrechten. Bezüglich der Neuvergabe der Bewirtschaftungsleistungen wurden von der SHBG die Vorbereitungen der europaweiten Ausschreibung erfolgreich abgeschlossen.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt – trotz der negativen Einflüsse der Covid-19-Pandemie – als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 629,52 € ein leicht positives Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2021 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions und die notwendigen Eindämmungsmaßnahmen aufgrund der Covid-19-Pandemie geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer begann die Rückrunde 2020/21 mit einer schlechten Serie von mehreren sieglosen Spielen hintereinander. Der Verein rutschte damit in Richtung Abstiegsplätze in der 3. Liga. Dank mehrerer siegreicher Spiele hintereinander konnte der Verein am 06.05.2021 den Klassenerhalt in der 3. Liga sichern. Für die SHBG bedeutet dies, dass die Mietzahlungen des HFC auch in der Saison 2021/22 in gleicher Höhe wie aktuell gezahlt werden.

Die Ergebnisse der Sonderveranstaltungen werden maßgeblich vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie abhängen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und dem Fortgang der Corona-Pandemie geprägt sein.

Bezüglich der Corona-Pandemie besteht die Chance, dass ab der 2. Jahreshälfte 2021 zumindest eine Teilzulassung von Zuschauern und Sonderveranstaltungen im ERDGAS Sportpark ermöglicht wird. Dadurch würde sich die Einnahmesituation der SHBG verbessern. Weiterhin besteht die Chance, dass die Container-Anmietung zur Eindämmung des neuartigen Corona-Virus auslaufen kann, so dass die SHBG die dafür notwendigen Mietkosten einsparen könnte.

Bezüglich der Bewirtschaftungsleistungen ist mit einer planmäßigen Neuvergabe zum 01.10.2021 zu rechnen. Hier besteht das Risiko, dass die Angebote in der europaweiten Ausschreibung höher ausfallen als bisher geplant. Da die aktuellen Zahlungen für die Bewirtschaftungsleistungen allerdings in den vergangenen Jahren schon indiziert wurden, ist das Risiko eher als gering einzuschätzen.

Bezüglich der Namensrechte befindet sich die SHBG in fortgeschrittenen Verhandlungen. Es wird davon ausgegangen, dass die dafür geplanten Sponsoringzahlungen in Höhe von 160.000,00 € der Gesellschaft ab dem 1. Juli 2021 unterbrechungsfrei zur Verfügung stehen.

Die wichtigste Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Keine.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred	
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Borggrefe, Fabian	(bis 07.07.2020)

Stiftungsvorstand:

Döring, Jan (seit 08.07.2020)
Kirchert, Christian
Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	26.998	93	27.591	94	28.339	93	-593	-2
Umlaufvermögen	1.745	6	1.705	6	2.069	7	40	2
Rechnungsabgrenzungsposten	149	1	87	0	74	0	62	71
Bilanzsumme	28.892	100	29.383	100	30.482	100	-491	-2

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.158	63	18.257	62	17.790	58	-99	-1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.435	8	2.559	9	2.693	9	-124	-5
Rückstellungen	343	1	321	1	1.003	3	22	7
Verbindlichkeiten	7.755	27	8.053	27	8.804	29	-298	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	201	1	193	1	192	1	8	4
Bilanzsumme	28.892	100	29.383	100	30.482	100	-491	-2

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	9.630	9.063	8.556
sonstige betriebliche Erträge	610	894	136
Materialaufwand	2.121	2.029	1.943
Personalaufwand	6.132	5.400	4.931
Abschreibungen	851	857	862
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	124	134	135
sonstige betriebliche Aufwendungen	975	932	1.344
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	384	407	417
Ergebnis nach Steuern	-99	467	-670
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-99	467	-670

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,03	5,15	-7,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,54	2,62	-3,63	%
Cash-Flow:	752	1.324	192	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	86	87	79	T€
Personalaufwandsquote:	59,89	54,23	56,73	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,22	93,68	92,76	%
Eigenkapitalquote:	62,85	62,13	58,36	%
Fremdkapitalquote:	37,15	37,87	41,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Pflegeplätze	159,00	159,00	159,00	%
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	56.708,00	57.095,00	57.070,00	Anzahl
Kapazitätsauslastung Betten	96,00	98,00	97,00	Anzahl
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Tage
Vermietungsstand	97,00	96,00	94,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand :

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	344	63	344	64	344	64	0	0
Umlaufvermögen	202	37	196	36	191	36	6	3
Bilanzsumme	546	100	540	100	535	100	6	1
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	546	100	540	100	535	100	6	1
Bilanzsumme	546	100	540	100	535	100	6	1

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	15	14	14
sonstige betriebliche Aufwendungen	10	12	10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	7	4	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	4	6
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	5	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	-1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,21	0,86	1,14	%
Cash-Flow:	7	4	6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	62,92	63,69	64,24	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Ackerfläche	444.667,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung am 15.04.2021 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2020
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 6.595,80 auf EUR 546.460,31 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 17.062,38. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 14.254,82) und Zinsen aus Kontokorrentkreditvertrag mit der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (EUR 2.000,07).

Dem stehen Ausgaben gegenüber in Höhe von EUR 625,10.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 16.437,28 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3AO in Höhe von EUR 5.479,09 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 92.017,43 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 9.841,48 (Vorjahr: 14 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb eines Kombidämpfers	EUR 4.541,38
• Zuwendung an das Stadtarchiv - Erneuerung eines Sehbehinderten Leseplatzes	EUR 1.000,00
• Zuwendung an Se(H)-Blick für Selbststärkungs/-Verteidigungskurs für blinde und sehschwache Menschen	EUR 600,00
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhafe-Zeyse-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2020	EUR 3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2019 und Fertigung Steuerklärung	EUR 285,60
• Prüfung Jahresrechnungen 2017-2019 durch Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat Stiftungen	EUR 70,00
	Σ EUR 9.841,48

Der Nachweis der Mittelverwendung wurde durch die Destinatäre Freiwilligenagentur, DRK und Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Die Mittel wurden satzungsgemäß und entsprechend der Zuwendungsverträge verwendet.

Mittelverwendung in Höhe von EUR 7.258,09

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

Der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle erhält für den Erwerb des Vorlesegerätes Optolec ClearReader LS20 CR Plus für blinde und sehschwache Bewohner eine Zuwendung in Höhe von EUR 3.702,00.

Die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle erhält für den Erwerb von Pflegebetten für den stationären Pflegebereich in der Glauchaer Straße 68 und Unterplan 11 eine Zuwendung/Zufinanzierung in Höhe von EUR 3.556,09.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.541

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Dr. Schellenberger, Gunnar
		Bärenz, Reinhard
		Dr. Fox, Jürgen
		Dr. Wünscher, Ulrike
		Prof. Dr. Maul, Michael
		Prof. Kopp, Peter
		Quäschning, Bettina

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang	
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff	
		Hoberg, Uwe	
		Kaiser, Angela	
		Lange, Mark	(seit 06.07.2020)
		Lutz, Florian	(bis 05.07.2020)
		Prof. Dr. Fontana, Eszter	
		Prof. Dr. Ruf, Wolfgang	(bis 05.07.2020)
		Schirmer, Ragna	
		Sutcliffe, Walter	(seit 06.07.2020)
	Voß, Stefan	(bis 05.07.2020)	
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.537	78	8.353	79	8.404	78	184	2
Umlaufvermögen	2.375	22	2.276	21	2.341	22	99	4
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	6	0	2	0	8	133
Bilanzsumme	10.926	100	10.635	100	10.747	100	291	3
Passiva								
Eigenkapital	9.965	91	9.993	94	10.129	94	-28	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	407	4	152	1	68	1	255	168
Rückstellungen	451	4	161	2	160	1	290	180
Verbindlichkeiten	34	0	77	1	78	1	-43	-56
Rechnungsabgrenzungsposten	69	1	252	2	312	3	-183	-73
Bilanzsumme	10.926	100	10.635	100	10.747	100	291	3

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	56	106	109
Zuschüsse Gesellschafter	2.198	2.439	2.439
sonstige betriebliche Erträge	274	1.158	1.062
Personalaufwand	1.192	1.209	1.187
Abschreibungen	242	239	245
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.140	2.437	2.468
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	22	8
Ergebnis nach Steuern	-33	-160	-282
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-33	-160	-282
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-33	-160	-282
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-58,56	-150,48	-257,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,33	-1,60	-2,78	%
Cash-Flow:	209	79	-37	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	133	195	190	T€
Personalaufwandsquote:	47,14	32,66	32,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,10	78,46	78,15	%
Eigenkapitalquote:	91,21	93,96	94,25	%
Fremdkapitalquote:	8,79	6,04	5,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Besucher Museum Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus sowie Veranstaltungen Stiftung Händel-Haus	9.741	29.548	30.575	Anzahl
Besucher Händel-Festspiele	0	59.354	59.243	Anzahl

f) Lagebericht**Bericht Jahresabschluss 2020 Stiftung Händel-Haus Halle
(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)****Aktiva**

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2020 € 10,93 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill zusammen.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich, den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude sowie dem im Rahmen einer EFRE-Förderung erfolgten Umbau und Errichtung eines behindertengerechten Eingangsbereichs. Im besonderen Maße wurden im Jahr 2020 Bauleistungen für die Herstellung des neuen Eingangsbereiches erbracht. Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf.

Investitionen in die EDV-Software und IT-Technik erfolgten ab Frühjahr 2020 nur in absolut notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen, um somit Rücklagen aufzubauen in Anbetracht der unklaren wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie.

Durch Ankäufe und Schenkungen sowie Wertzuschreibung von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2019 um insgesamt € 15 T.

Aufgrund der besonderen Situation der Corona-Pandemie und der prognostizierten Einnahmeausfälle durch Schließung des Museums und Absage von Veranstaltungen hat die Stiftung Händel-Haus geplante Investitionen hinterfragt und teilweise zurückgezogen. Nur noch in absolut notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen wurde im Jahr 2020 investiert, um Rücklagen in Anbetracht der unklaren wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie zu bilden.

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen Forderungen sind Rechnungsabgrenzungen für im Jahr 2020 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen, die nach dem 01.01.2021 beglichen wurden.

Im Jahr 2020 erfolgte eine abschließende Klärung der umsatzsteuerlichen Behandlung der Händel-Festspiele mit dem Finanzamt Halle. Mit Bericht des Finanzamtes Halle vom 3. April 2020 wurde die umsatz- und ertragssteuerliche Erfassung der Ergebnisse der Umsatzsteuer-Sonderprüfung sichergestellt, dass neben der Zahllast auch die geänderten Besteuerungsgrundlagen in der laufenden Buchführung auf den entsprechenden Konten gebucht werden. Die Ergebnisse spiegeln sich in den Umsatzsteuerkonten wider.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um ausstehende Förderratenzahlungen der Investitionsbank mit Abgrenzung zum 31.12.2020 im Rahmen des EFRE-Förderprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 1,85 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 273 T. Die Wertpapieranlage gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie erfolgte in folgender Anlagestruktur:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe
- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Die Auflösung der Wertpapiere der Deka-Bank Stufenzins-Anleihe erfolgte per 31.07.2020 in Höhe von € 151.125,00. Mit Stichtag 31.12.2020 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Immobilien Europa: € 72.639,65
- Deka-Stiftungen Balance: € 99.026,96
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 101.175,00

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Jahr 2020 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2021 enthalten. Dabei handelt es sich um Gebühren für den Feuerwehranschluss (€ 1,7 T), die Abgrenzung der Aufwendungen für das Gestaltungskonzept des neuen Erscheinungsbildes der Händel-Festspiele 2020-2023 (€ 3 T) sowie Beiträge für die Kunstgutversicherung der ÖSA für das Jahr 2021 (€ 9,3 T).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt per 31.12.2020 um rund 15 T€. Neben der Zuführung aus den freien Rücklagen erhöht sich das Grundstockvermögen im Rahmen von Schenkungen in Höhe von € 1.632,90.

Die Ergebnisrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Der Betrag der verwendeten Ergebnisrücklage steigt per 31.12. 2020 auf rund € 2,404 Mill. an. Eine Betriebsmittelrücklage wurde gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 2,29T gebildet.

Die freie Rücklage reduziert sich durch eine Entnahme in Höhe von € 7.969,09 für das Grundstockvermögen.

Der Saldenvortrag für den Sonderposten mit Rücklageanteil betrug zum 01.01.2020 € 152.045,52. Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden Fördermittel in Höhe von € 216.742,08 für das durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE-Kulturerbe-Programms geförderten Bauprojekt zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus gemäß Baufortschritt abgerufen und in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt. Das Bauvorhaben wurde im Kalenderjahr 2020 beendet.

Die Rückstellungen in Höhe von € 430 T wurden grundsätzlich auf Vorjahresniveau gebildet zzgl. der erforderlichen Rückstellungen aufgrund des dreijährigen Rückerstattungsanspruches für noch nicht erstattete Tickets der abgesagten Händel-Festspiele 2020 und Konzerte sowie Veranstaltungen des Händel-Hauses.

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

- Corona-Rückstellungen Händel-Festspiele 2021 (€ 250.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2020 (€2.400)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2020 (€ 7.500)
- Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (€ 2.526)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets der Händel-Festspiele 2020 (€ 46.258,08)
- Rückstellung noch ungeklärter Tickets für Konzerte und Veranstaltungen im Händel-Haus (€ 3.070)
- Rückstellung wegen möglicher Rückzahlung von Landesmitteln (€ 113.000)
- mögliche Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie 2021 (€ 5.000)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten setzen sich aus Rechnungen mit Abgrenzung zum 31.12.2020 zusammen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2021 aus Ticketverkäufen (€ 480,00) sowie zweckgebundene Spenden für die Händel-Festspiele 2021ff. in Höhe von insgesamt 68.052,00 €, welche per 31.12.2020 der Stiftung zugeflossen sind.

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 22 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung verzeichnet. Es bleibt weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Die Kursgewinne der Wertpapiere im Jahr 2020 betragen € 13 T.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 85 T akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes wurde aufgrund der abgesagten Händel-Festspiele im Jahr 2020 auf € 271 T reduziert.

Aufgrund der mehrmonatigen coronabedingten Schließung der Museen der Stiftung und Absage von Konzerten und im Zusammenhang der Corona-Pandemie erheblichen Reduktion der Anzahl von Menschen, die gleichzeitig Ausstellungen bzw. Konzerte besuchen dürfen vermindern sich im Wirtschaftsjahr 2020 die Einnahmen der Eintrittserlöse um mehr als die Hälfte.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen auch im Jahr 2020 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für Mitarbeiter*innen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD gemäß des vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplanes.

Für die Pflege der Kunstsammlung der Stiftung wurden im Jahr 2020 Aufwendungen in vergleichbarer Höhe wie im Vorjahr getätigt.

Die Sachkosten für die Durchführung von eignen Veranstaltungen fallen aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2020 gegenüber dem Jahr 2019 deutlich niedriger aus (€ 90.626). Die Aufwendungen für Künstlerhonorare fallen aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 deutlich geringer aus.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit reduzierten sich im Wirtschaftsjahr 2020 ebenfalls aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie mit Absage vieler Veranstaltungen und den Händel-Festspielen 2020.

Aufgrund der mehrmonatigen Schließung des Museums in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sanken die Raum- und Bewachungskosten im Vergleich zum Vorjahr um € 47 T.

Im Investitionsbereich erfolgten im Wirtschaftsjahr 2020 vorrangig zugesagte Bau-Investitionen im laufenden Bauvorhaben Umbau des Eingangsbereich Händel-Haus. Darüber hinaus wurde ab Frühjahr 2020 nur in absolut notwendige und nicht verschiebbare Maßnahmen investiert.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 22T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 26 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -109 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 18 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 10 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2020 rund € 22 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2020 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Kumuliert weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2020 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -32.980,07 aus. Damit fällt der Verlust um rund € 130 T niedriger aus, als wie es der vom Kuratorium auf seiner Sitzung am 23. September 2019 beschlossene Wirtschaftsplan für das Kalenderjahr 2020 ausweist (€ -162.700).

Die Liquidität ist vorhanden.

Zusammenfassende Erläuterung

- Wie bereits in der Vorbemerkung dargelegt und mehrfach in den Erläuterungen des Jahresabschlusses erwähnt, hat die Direktion der Stiftung Händel-Haus aufgrund der besonderen Pandemie-Situation im März 2020 ursprüngliche Investitionsplanung überarbeitet und nach entsprechender Dringlichkeit und nur die absolut notwendigen und nicht verschiebbaren Maßnahmen im Jahr 2020 sowie das laufende Bauvorhaben umgesetzt.
Der im Vergleich zum Wirtschaftsplan deutlich geringer ausgefallene Verlust ist Beleg dafür, dass die getroffenen Maßnahmen sinnvoll waren. Gleichzeitig muss aber für die Jahre 2021ff. ein Investitionsstau konstatiert werden, den es abzubauen gilt.
- Aufgrund der behördlich verordneten Schließung der Museen sowie Absage von Veranstaltungen und der Händel-Festspiele weist der Jahresabschluss der Stiftung im Jahr 2020 weniger Fördermittel, deutlich geringere Einnahmenerlöse und auch einen reduzierten Landeszuschuss aus.
- Dem gegenüber stehen geringere Aufwendungen im Bereich Honorare, Sachausgaben, Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit sowie geringere Aufwendungen für die Raum- und Bewachungskosten.
- Im Rahmen einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung für das Jahr 2015 war die umsatzsteuerliche Behandlung der Händel-Festspiele strittig.
Mit Datum 3. April 2020 wurde vom Finanzamt Halle (Saale) der abschließende Bericht Umsatzsteuer-Sonderprüfung zugesandt. In diesem Zusammenhang erfolgten Erstattungen der Umsatzsteuer für die Jahre 2015 und 2018 (€ 53 T).
- Die Stiftung Händel-Haus erhielt im Jahr 2020 Betriebskostenerstattungen von der Stadt Halle (Saale) nach Abrechnung für die Jahre 2018 und 2019 in Höhe von rund € 39 T ausgezahlt.
- Darüber hinaus sind unter der Position „Sonstigen Einnahmen“ Einnahmen in Höhe von € 11.085,32 zu verzeichnen, die sich aus Zinszahlungen aus Umsatzsteuernachzahlungen für die Jahre 2015 und 2018 (€ 5.361) sowie einer Rate der beantragten „Novemberhilfe“ (€ 5.691) zusammensetzen. Auch hier handelt es sich um **einmalige Sonderzahlungen**.

- Bei diesen Erstattungen aus den Vorjahren in Höhe von € 91.652,06 handelt es sich um einen **einmaligen Sondereffekt**, der als nicht steuerbar in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 nicht berücksichtigt werden konnte und das Stiftungsergebnis.

Resümee:

Berücksichtigt man alleine die in den o.g. Punkten genannten Beträge, so ist zu konstatieren, dass trotz der mehrmonatigen Schließung der Museen der Stiftung Händel-Haus sowie der Absage eines Großteils der Veranstaltungen des Händel-Hauses zwar Mindereinnahmen in den Erlösen zu verzeichnen waren, welche aber durch zielgerichtete Einsparungsmaßnahmen, insbesondere durch Einsparungen im Personaleinsatz der Servicefirma für Raum- und Bewachungskosten, kompensiert werden konnten. Das mit Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2020 erzielte Stiftungsergebnis fällt um rd. € 130 T niedriger aus, als im Wirtschaftsplan für 2020 prognostiziert. Dies konnte maßgeblich aufgrund der einmaligen Sonderzahlungen aus Vorjahren von insgesamt € 103 T erzielt werden. Es bleibt zu konstatieren, dass das mit Wirtschaftsplan 2020 geplante und prognostizierte Stiftungsergebnis von € -162,7 T bei normalem Museums- und Spielbetrieb und geplanter Durchführung der Händel-Festspiele sowie ohne die einmaligen Sonderzahlungen aus den Vorjahren erreicht worden wäre.

Ferner muss festgestellt werden, dass die Finanzierung der Stiftung für die Jahre 2018 bis 2022 auf der Grundlage des zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Stadt Halle (Saale) und der Stiftung Händel-Haus geschlossenen Finanzierungsvertrages vom 25.11.2015 nur bis zum 31.12.2022 vertraglich gesichert ist. Aus diesem Grund kann die Mittelfristplanung der Stiftung Händel-Haus nur bis zum Wirtschaftsjahr 2022 erfolgen.

Ergebnisverwendung 2020

- Bei diesen Erstattungen aus den Vorjahren in Höhe von € 91.652,06 handelt es sich um einen **einmaligen Sondereffekt**, der als nicht steuerbar in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 nicht berücksichtigt werden konnte und das Stiftungsergebnis.
Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 22 T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 26 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -109 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 18 T) hinzu.

- Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (€ 21.659,90), der Vermögensverwaltung (€ 26.034,16), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 18.395,86) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (€ 10.257,73) sollen mit dem Verlust im steuerfreien Zweckbetrieb (€ -109.327,72) verrechnet werden.
- Der Restbetrag des Verlustes (€ -32.980,07) soll durch Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage in Höhe von € 329.896,07 und gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage (€ -296.916,00) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		-32.980,07 €
Entnahme freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	0,00 €
Einstellung Betriebsmittelrücklage	§ 61 Abs. 1 AO	-296.916,00 €
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 2 S. 2 AO	329.896,07 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Rosinski, Stefan	(bis 02.07.2020)
		van den Broek, Uta	(seit 02.07.2020)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Heinemann, Jens	
		Müller, Katja	(seit 29.01.2020)

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2020 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2019.

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz
Sedlacek, Michal
Vogel, Gerd

(bis 29.01.2020)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€
Aufsichtsrat	3	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2018	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	22.586	85	23.443	89
Umlaufvermögen	4.045	15	2.778	10
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	214	1

Bilanzsumme	26.661	100	26.435	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	22.026	83	21.739	82
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.592	6	1.665	6
Rückstellungen	1.042	4	1.207	5
Verbindlichkeiten	1.010	4	936	4
Rechnungsabgrenzungsposten	991	3	888	3

Bilanzsumme	26.661	100	26.435	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2019	2018
	T€	T€
Umsatzerlöse	3.451	3.492
Zuschüsse Gesellschafter	36.183	35.056
sonstige betriebliche Erträge	365	528
Materialaufwand	3.472	3.485
Personalaufwand	31.717	30.991
Abschreibungen	1.366	1.353
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.176	2.884
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-40	153
Ergebnis nach Steuern	307	196
sonstige Steuern	20	61
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	287	135

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,31	3,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,32	0,62	%
Cash-Flow:	1.653	1.488	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84	82	T€
Personalaufwandsquote:	79,29	79,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,60	88,49	%
Eigenkapitalquote:	82,62	82,23	%
Fremdkapitalquote:	17,38	17,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Besucher	227.755	221.995	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.311	1.048	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der *Theater, Oper und Orchester GmbH Halle* zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Im Geschäftsjahr 2019 kam der im Jahr 2018 für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 neu ausgehandelte Theatervertrag mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt erstmalig zum Tragen. Der neue Theatervertrag versetzt die Gesellschaft in die Lage, weitere vier Jahre mit einer gesicherten Finanzierung zu planen. Dieser Theatervertrag sichert das aktuelle Stellengefüge der GmbH ab und geht, wie auch schon im Strukturanpassungskonzept 2.0 vorgesehen, von einer Orchesterstärke von 115 MusikerInnen aus. Für das Geschäftsjahr 2019 wurde der Wirtschaftsplan am 24. Oktober 2018 vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen. Außerdem sah der Wirtschaftsplan 2019 die Zahlung eines Sonderzuschusses in Höhe von TEUR 1.053 vor.

Wie im vorangegangenen Geschäftsjahr 2018, konnte die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2019 ein positives Ergebnis erreichen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von TEUR 287 ab. Durch die Stabilisierung der Erlöse aus Kartenverkäufen konnte das positive Ergebnis aus dem Vorjahr fortgesetzt werden. Zu großen Teil ist das Ergebnis auf Fluktuationen in den Personalkosten im Vergleich zur Hochrechnung zurückzuführen. Die tatsächlichen Personalkosten waren geringer als geplant, jedoch deutlich höher als im Vorjahr. Ein Teil des Überschusses ist auch auf die Auflösung von Steuerrückstellungen nach Beendigung der Betriebsprüfung für die Jahre 2013 bis 2016 zurück zu führen. Zuschüsse wurden in Höhe von TEUR 36.183 an die Gesellschaft geleistet (Vorjahr: TEUR 35.056).

Durch die Einhaltung der vorgegebenen Budgets und einer engmaschigen Liquiditätsüberwachung konnte die Liquiditätslage zum Ende des Geschäftsjahres weiter stabilisiert werden, sie liegt weiterhin in einer der Größe der Gesellschaft angemessenen Höhe.

Leistungsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 fanden spartenübergreifend 27 Premieren statt. Durch die zahlreichen Übernahmen aus vergangenen Spielzeiten konnte die Gesellschaft wieder ein breit gefächertes Angebot vorhalten. Die Oper konnte 7 Premieren zur Aufführung bringen, das neue theater 11, das Thalia Theater 4 und das Puppentheater 4. Außerdem gab es auch im Geschäftsjahr 2019 mit „Cabaret“ eine Koproduktion zwischen Oper und neuem theater.

Die reinen Einnahmen und Besucherzahlen aus Kartenverkäufen der einzelnen Sparten vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 im Überblick:

	Einnahmen EUR	Besucher Anzahl	Vorstellungen Anzahl
Oper	1.138.624	59.345	198
Staatskapelle	732.331	52.495	116
neues theater	747.991	49.521	314
Thalia Theater	239.189	24.010	162
Puppentheater	280.519	18.204	166
TOO gesamt:	3.138.654	203.575	956

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan stellt sich die Entwicklung der Einnahmen und Besucherzahlen in den Sparten wie folgt dar:

	Einnahmen		Besucher	
	lt. Wipla in EUR	Ist 31.12.19 in EUR	lt. Wipla	Ist 31.12.19
Oper	1.100.000	1.138.624	60.200	59.345
Staatskapelle	650.000	732.331	50.500	52.495
Neues theater	680.000	747.991	55.000	49.521
Thalia Theater	190.000	239.189	24.000	24.010
Puppentheater	220.000	280.519	18.500	18.204

Im Rahmenprogramm (Führungen, Einführungen, Nachgespräche, theaterpädagogische Angebote) wurden in den einzelnen Sparten folgende Zahlen erreicht.

	Anzahl	Besucher
Oper	99	5.827
Schauspiel	107	8.778
Puppentheater	21	909
Staatskapelle	24	3.700
Spartenübergreifend	56	3.394
Theaterpädagogik	48	1.572

Somit ergeben sich für die gesamte GmbH folgende Besucher- und Vorstellungszahlen für das Geschäftsjahr 2019:

Besucher	Vorstellungen
227.755	1.311

Diese Übersicht zeigt deutlich, dass in allen Sparten Mehreinnahmen erzielt wurden. Sowohl in der Oper als auch im Schauspiel haben die gemeinsamen Koproduktionen zu Mehreinnahmen geführt.

Die Staatskapelle konnte wiederum, wie auch in den Vorjahren, Mehreinnahmen generieren. Hervorzuheben sind vor allem die Sinfoniekonzerte, mit denen Einnahmen in Höhe von fast TEUR 300 erzielt wurden. Die Gastspieltätigkeit hat im Vergleich zum Vorjahr etwas abgenommen, gleichwohl wurden auch hier die geplanten Einnahmen erreicht. Ein Höhepunkt war wie in den vergangenen Jahren die Teilnahme der Staatskapelle an den Händelfestspielen. Alle anderen Reihen wie die „Galeriekonzerte“, „Musica sacra“, die Kammermusiken und die Pavillonkonzerte wurden in bewährter Weise fortgeführt.

Das Puppentheater konnte wie in den Vorjahren das Geschäftsjahr überaus erfolgreich beenden. Ein besonderer Höhepunkt war die Fortführung der Koproduktion mit der Handspring Puppet Company „Save the pedestals“, mit der das Puppentheater weiterhin erfolgreich auf Gastspielreisen war, unter anderem in Kapstadt und Creteil. Wie im Vorjahr bespielte das Puppentheater verstärkt das Puschkinhaus, um dem ungebrochenen Besucherandrang gerecht zu werden, wie zum Beispiel mit der Inszenierung „CLARA Ein Spiel für Ragna Schirmer“. Die Auslastung des Puppentheaters lag auch 2019 mit 95 % über dem Durchschnitt.

Im Jahr 2019 kamen im **Schauspiel** insgesamt 16 Neuinszenierungen zur Premiere, davon vier Produktionen des Thalia Theaters und elf Produktionen des neuen theaters und eine Koproduktion mit der Oper. Hinzu kommen vier jährlich wiederkehrende Veranstaltungen, die stark in die Stadt hineinwirken und der steten Publikumsgewinnung dienen (Theaterthekennnacht, Maifeier, Der Esel der auf Rosen geht, Silvestergala). Publikumsmagnet war, wie in den Vorjahren, der Kinderfasching „Auf der Rasenkante – Insekten“. Die Auslastung lag hier bei 100 %. Insgesamt erzielte das Thalia Theater eine durchschnittliche Auslastung von 88 %.

Das **neue theater** konnte die Auslastung im Vergleich zum Vorjahr (82 %) noch einmal erhöhen. Sie lag bei 83,5 %.

Wie in allen Jahren erfreute sich das Weihnachtsmärchen im Hof allergrößter Beliebtheit, in zunehmenden Maße auch bei erwachsenen Besuchern mit einer Auslastung von 100 %. Ein großer Erfolg waren auch die anderen Premieren des neuen theaters, allen voran die gemeinsam mit der Oper produzierte Inszenierung „Cabaret“. Großen Wert legte das Schauspiel, als Sparte der TOO H GmbH, auch 2019 wieder auf das Vermietungsgeschäft.

Die Oper konnte sowohl bei den Besuchern als auch bei den Einnahmen an das Vorjahr anschließen. Vor allem die Inszenierungen auf der Raumbühne „Babylon“ erfreuten sich, wie zum Beispiel „Messa da Requiem“, großer Beliebtheit. Die durchschnittliche Auslastung in den Spielstätten der Oper (alle Veranstaltungen) lag bei 68 %. Hervorzuheben sind wie in den Vorjahren natürlich wieder die Ballettaufführungen des „Ballett Rossa“, allen voran wie immer zur Weihnachtszeit „Der Nussknacker“.

Das experimentelle Musiktheater der Oper wurde durch die Verleihung des mit TEUR 75 dotierten Theaterpreises des Bundes 2019 gewürdigt.

2. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 sah der Wirtschaftsplan der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.059 vor. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Umsatzerlöse gesamt:	EUR	3.059.000,00
davon Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR	2.840.000,00
davon sonstige Umsatzerlöse	EUR	219.000,00

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurden folgende Zahlen erreicht.

	Wirtschaftsplan	Ist per 31.12.2019
Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR 2.840.000,00	EUR 3.138.654,15
Sonstige Umsatzerlöse:	EUR 219.000,00	EUR 312.629,36
Umsatzerlöse gesamt:	EUR 3.059.000,00	EUR 3.451.283,51

Somit belaufen sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb auf beachtliche TEUR 299 und aus sonstigen Umsatzerlösen auf TEUR 94.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb wie folgt auf:

Sparte	Mehreinnahmen
Oper	38.624 EUR
Staatskapelle	82.331 EUR
neues theater	67.331 EUR
Thalia Theater	49.189 EUR
Puppentheater	60.519 EUR.

Hier zeigt sich, dass hinter allen Sparten ein weiteres überaus erfolgreiches Geschäftsjahr liegt und die TOO H bei den Besuchern aus Halle und von außerhalb eine hohe Akzeptanz genießt.

Im Einzelnen stellen sich die Erlöse wie folgt dar:

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 66 Mieten und Pachten von Geschäftsräumen, mit TEUR 74 periodenfremde Erträge, vor allem die Auflösung der Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter, mit TEUR 60 Garderobengebühren und mit TEUR 3 Erlöse aus Inseraten. Außerdem werden hier Einnahmen aus Ticket- und Vorverkaufgebühren sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Programmheften und Kostümverleih verbucht.

Neben den Umsatzerlösen waren für das Geschäftsjahr **sonstige betriebliche Erträge** in Höhe von TEUR 250 geplant. Verbucht wurden TEUR 365. Hierbei bilden mit TEUR 162 Fördergelder, Drittmittel, Sponsoring und Spenden den größten Posten. Im Wirtschaftsplan 2019 wurden nur die bereits bei der Planung zugesagten Fördergelder und Spenden berücksichtigt.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die wesentlichsten Fördergelder und Spenden wie folgt auf (in EUR):

Sparte	Fördergelder	Projekt
Puppentheater	38.000,00	„Save the pedestals“
Oper	12.500,00	Förderung Kinder- und Jugendchor
Theaterpädagogik	7.500,00	Theatertage der Schulen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zudem im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 81 und Erträge aus der Erstattung von Personalkosten (Mutterschutz) in Höhe von TEUR 99.

Zuschüsse

Der am 17. September 2018 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2019 einen Zuschuss von insgesamt TEUR 36.183 vor, der in dieser Höhe ausgereicht wurde. Er gliedert sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	22.652
Zuschuss Land	TEUR	10.425
Zuschuss Dynamisierung Stadt	TEUR	529
Zuschuss Dynamisierung Land	TEUR	529
Zusatzbedarf Stadt lt. Wipla	TEUR	1.053
Sonderzuschuss	TEUR	995
Gesamt:	TEUR	36.183

Aufwendungen

Personalkosten

Bei der Planung und Hochrechnung der Personalkosten wurde in allen Bereichen mit 2,5 % Tarifierung gerechnet. In allen Sparten gab es wie im Vorjahr auch Umwidmungen aus dem Festpersonal in den Honorarstat. Bereinigt um die Rückstellungen und die Honorare für abhängig beschäftigte Gäste beliefen sich die Personalkosten im Geschäftsjahr auf TEUR 31.172 und lagen mit TEUR 682 unter dem Planansatz.

Bereich/Sparte	Wirtschaftsplan	nach Umwidmung	Ist per 31.12.2019	dav. abh. Gäste per 31.12.2019	PK fest angestellte Mitarbeiter	Abw. ohne Gäste und nach Umwidmung
Geschäftsführung	261.884	261.884	245.750		245.750	16.134
Staatskapelle	842.163	842.163				
Musiker	11.090.929	11.040.929				
Staatskapelle gesamt	11.933.092	11.883.092	11.613.027		11.613.027	270.065
Chor/Musiktheater	4.220.502	3.959.001	4.435.602	459.353	3.976.249	-17.247
Ballett	1.172.159	1.172.159	1.169.346		1.169.346	2.813
Oper gesamt	5.392.661	5.131.160	5.604.948	459.353	5.145.595	-14.434
Schließer/Aushilfen						
Oper	180.000	180.000	150.746		150.746	29.254
Statisten Oper	30.000	30.000	43.144		43.144	-13.144
Extrachor	61.000	61.000	36.929		36.929	24.071
Kinder- und Jugendchor	53.000	53.000	56.874		56.874	-3.874
Schauspiel	2.344.703	2.303.998	2.418.868	138.111	2.280.757	23.241
Studio	50.000	50.000	55.496		55.496	-5.496
Statisten Schauspiel	21.000	21.000	12.433		12.433	8.567
Schließer/Aushilfen						
Schauspiel	118.000	118.000	75.782		75.782	42.218
Aushilfen Fasching	35.000	35.000	16.676		16.676	18.324
Puppentheater	720.523	630.523	707.820	94.845	612.975	17.548
Zentraler Bereich	10.794.789	10.794.789	10.713.423		10.713.423	81.366
Leistungsentgelt	153.500	153.500				153.500
Zentraler Bereich	10.948.289	10.948.289	10.713.423		10.713.423	234.866
Aushilfen Zentraler Bereich	55.000	55.000			-	55.000
Unfallumlage/Schwerbehind.	92.000	92.000	112.680		112.680	-20.680
	32.296.152	31.853.946	31.864.596	692.309	31.172.286	681.660
Rückstellungen						-147.266
Personalkosten gesamt inklusive abhängig beschäftigte Gäste:						31.717.330

Honorare

Wie im Vorjahr fanden Umwidmungen aus den Festpersonalkosten, Gagendifferenzen nach Neubesetzungen unterjährig Berücksichtigung. Außerdem wurden durch Fördergelder und Spenden sowie Sponsoring finanziert. Hierdurch wurden die teilweise entstandenen Überziehungen im Vergleich zum Ansatz im Wirtschaftsplan in voller Höhe gedeckt.

Somit ergaben sich für die Sparten folgende Ergebnisse:

Oper

Honoraretat 2019	EUR	920.000,00	
Umwidmung Personalkosten	EUR	75.000,00	unbesetzte Sängerstellen
	EUR	20.000,00	Gastdirigate
	EUR	16.500,00	Elternzeit
	EUR	78.500,00	Ballettdirektor
	EUR	39.500,68	Gagendifferenzen nach Neubesetzungen
	EUR	30.000,00	Lohnverzicht Dramaturgen
Sonstige	EUR	13.250,00	Sponsoring, Förderung Förderverein
	EUR	40.000,00	Förderung Ernst von Siemens Stiftung
	EUR	20.000,00	Umbuchung vom Gästeetat Staatskapelle
Gesamt:	EUR	1.252.750,68	
Ist per 31.12.2019	EUR	1.176.793,21	

Die Oper konnte also Einsparungen generieren, was vor allem daran lag, dass für den Ballettdirektor der kommissarische Direktor Micael Sedlacek einsprang und die Leitung der Oper weitestgehend auf Gastdirigate verzichtete.

Staatskapelle

Honoraretat	EUR	380.000,00	
Umwidmung	EUR	20.000,00	Gastdirigate
Gesamt	EUR	400.000,00	
Ist per 31.12.2019	EUR	385.426,00	

Der Ansatz im Wirtschaftsplan von TEUR 400 wurde zu Beginn des Geschäftsjahres auf TEUR 380 gesenkt, da die Staatskapelle TEUR 20 an den Etat der Oper übergab, im Gegenzug sollen im Geschäftsjahr 2020 TEUR 20 vom Etat der Oper an die Staatskapelle übergeben werden. Für Gastdirigate wurde der Etat wie bei der Oper um TEUR 20 aufgestockt, da die Stelle des GMD noch bis zum 31. Juli 2019 unbesetzt blieb. Die Staatskapelle konnte das Budget somit einhalten.

Schauspiel

Honoraretat	EUR	450.000,00	
Umwidmungen	EUR	19.724,00	Krankheitsvertretungen
	EUR	20.981,28	Gagendifferenzen nach Neubestzungen
	EUR	21.600,00	Drittmittel
	EUR	-2.972,00	abzüglich interne Verrechnungen
Gesamt:	EUR	509.333,28	
Ist per 31.12.2019	EUR	499.679,14	

Auch dem Schauspiel ist es durch eine exakte Planung gelungen, den Honoraretat einzuhalten. Die Einzelansätze wurden unterjährig den Gegebenheiten angepasst.

Puppentheater

Honoraretat	EUR	140.000,00	
Umwidmungen	EUR	40.000,00	Mutterschaft
	EUR	50.000,00	unbesetzte Stelle Puppenspieler
Sonstige	EUR	38.000,00	Fördergeld „Save the pedestals“
Gesamt:	EUR	268.000,00	
Ist per 31.12.2019	EUR	237.669,20	

Das Puppentheater konnte im Kalenderjahr 2019 den Honoraretat einhalten. Mit der generierten Einsparung deckte das Puppentheater die Mehrausgaben für Mieten des Puschkinhauses in Höhe von TEUR 10 ab.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Für Neuinszenierungen wurden insgesamt TEUR 490 eingeplant. Zum 31. Dezember 2019 ergab sich folgendes Bild:

	Plan	Ist per 31.12.2019
Oper	TEUR 300	TEUR 383
Schauspiel	TEUR 150	TEUR 173
Puppentheater	TEUR 40	TEUR 43.

Die Überziehung im Schauspiel und der Oper resultiert aus der Tatsache, dass in den theatereigenen Werkstätten Kapazitäten frei wurden und somit schon Bühnenbilder für das Jahr 2020 vollständig fertig gebaut werden konnten.

Laufende Inszenierungskosten

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben, Instrumentenstimmungen, Ballettschuhe und laufende Kosten der Theaterwerkstätten. Zu den Urheberabgaben ist anzumerken, dass die Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte (GEMA) auskunftsgemäß nach einem Systemausfall keine Rechnungen verschicken konnte, da ein Großteil der gemeldeten Musikfolgen nicht mehr auffindbar war. Aus diesem Grund wurden hier Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen wurden höher gebildet als die Planansätze der Vorjahre, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen ist, in welcher Höhe Rechnungen eintreffen werden. Es ist jedoch bekannt, dass auch noch Rechnungen aus dem Jahr 2019 und eventuell 2018 fehlen. Die GEMA war bis jetzt nicht in der Lage, dies zu beziffern. Das Problem betrifft alle Theater bundesweit, die durch diese GEMA Direktion abgerechnet werden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Für sonstige betriebliche Aufwendungen standen im Wirtschaftsplan TEUR 3.000 zur Verfügung. Verbucht wurden TEUR 3.176.

	Wipla	Ist 31.12.2019
Marketing/Werbung/Pädagogik	330.000	327.571
Instandhaltung/Wartung	400.000	552.735
Bewachung	170.000	166.145
Reinigung/Material	410.000	402.574
Betriebskosten	650.000	617.319
Fuhrpark	55.000	63.210
Arbeitsschutz	15.000	14.390
Mieten	55.000	39.097
Versicherungen/Beiträge	211.000	167.447
Rechts- und Beratungskosten	122.000	143.646
Abschluss- und Buchführungskosten	95.000	137.306
Aus- und Fortbildung/FSJ	76.000	74.275
Ticketgebühren	55.000	48.478
Leasingraten	130.000	117.801
Hard- und Software	120.000	117.291
Telefon/Porto/Bürobedarf	70.000	61.844
Sonstiges	36.000	101.094
Projekte	0	23.587
Gesamt	3.000.000	3.175.810

Der größte Mehrbedarf entstand im Bereich Instandhaltung, da Reparaturen vorgenommen werden mussten, die in diesen Größenordnungen nicht geplant waren. Diese waren jedoch notwendig, um den Spielbetrieb aufrechterhalten und die Sicherheit gewährleisten zu können. Der Mehrbedarf bei Abschluss- und Buchführungskosten entstand durch eine Sonderprüfung des Finanzamtes. In der Position Sonstiges sind im Ist Rückstellungen für eventuell zu erwartende Nachzahlungen von SV Beiträgen verbucht, die sich aus der Prüfung der Vorjahre ergeben könnten. Für Projektaufwendungen erfolgt in der Wirtschaftsplanung kein gesonderter Ansatz, da die Finanzierung der Projekte in der Regel zum Zeitpunkt der Planung noch nicht gesichert ist.

Abschreibungen

Die Abschreibungen, geplant in Höhe von TEUR 1.420 belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 1.366 und liegen damit weiterhin weit über dem Investitionsvolumen.

3. Investitionen

Der Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2019 Investitionen von TEUR 578 vor. Hinzu tritt ein Zuschuss von TEUR 3 der Freunde der Staatskapelle. Obwohl der Ansatz im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich erhöht wurde, besteht weiterhin ein erheblicher Investitionsstau. Insgesamt wurden Investitionen in Höhe von TEUR 509 getätigt. Da einige Investvorhaben in der Umsetzung weniger kostenintensiv waren als geplant und einige Investvorhaben, aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Baufirmen, nicht durchgeführt werden konnten, ergibt sich ein Restbetrag an verfügbaren Investmitteln in Höhe von TEUR 72.

Insgesamt wurden folgende Investitionen getätigt:

Ort	Maßnahme	Plan EUR	Soll EUR	Ist EUR	Rest EUR
Oper	Steuerung Bühnenmaschinerie				
	lt. Angebot	156.416,00	20.416,00	16.808,46	3.607,54
	5 Stk. Movinglights	34.000,00	0,00	0,00	0,00
	Rauchklappensteuerung Bühne	15.000,00	13.000,00	12.231,80	768,20
	Gastroausstattung	3.000,00	20.000,00	19.144,57	855,43
	Sicherheitstechnik	10.000,00	30.000,00	28.100,16	1.899,84
	Maschinen und Geräte	25.000,00	70.000,00	68.130,77	1.869,23
	Baumaßnahmen Gosenstraße	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00
	Ton	10.000,00	10.000,00	7.810,45	2.189,55
	Melderwechsel BMA	3.584,00	3.584,00	0,00	3.584,00
	Bau Kantine	0,00	143.000,00	124.286,13	18.713,87
	Versorgungstechnik Oper	0,00	15.000,00	12.997,18	2.002,82
	Maßnahmen Barrierefreiheit	0,00	10.000,00	6.718,07	3.281,93
	energetische Maßnahmen	0,00	10.000,00	9.845,94	154,06
	Summe	277.000,00	365.000,00	306.073,53	58.926,47
Staats- kapelle	Instrumente und Anlagegegenstände	25.000,00	23.000,00	20.582,50	2.417,50
	Zuschuss Freunde der Staatskapelle	0,00	3.000,00	0,00	3.000,00
	Summe	25.000,00	26.000,00	20.582,50	5.417,50
NT	Obermaschinerie	20.000,00	0,00	0,00	0,00
	Eingangstüren Hof (4 Stück)	10.000,00	9.000,00	8.729,53	270,47
	Überdachung Passage	15.000,00	0,00	0,00	0,00
	Baumaßnahmen	10.000,00	0,00	0,00	0,00
	Melderwechsel BMA (angefangen)	7.000,00	3.000,00	2.128,70	871,30
	Ton	10.000,00	44.500,00	44.243,45	256,55
	Scheinwerfertechnik	40.000,00	21.000,00	20.715,52	284,48
	Maschinen und Geräte HAT/BÜT	20.000,00	8.000,00	7.557,72	442,28
	Anlagegegenstände	20.000,00	1.500,00	1.234,99	265,01
	Summe	152.000,00	87.000,00	84.609,91	2.390,09
PTH	Ton Doc 1 Erneuerung Beschallung (Nexo)	12.000,00	7.000,00	6.470,21	529,79
	Beschallung Dock 2	17.000,00	23.000,00	22.122,81	877,19
	Dimmer Beleuchtung	15.000,00	15.000,00	14.296,66	703,34
	Lager ebenerdig	10.000,00	0,00	0,00	0,00
	Maschinen und Geräte/Beleuchtung	20.000,00	23.000,00	20.192,94	2.807,06
	Summe	74.000,00	68.000,00	63.082,62	4.917,38

4. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt am 31. Juli 2009 über ein Anlagevermögen in Höhe von TEUR 28.460. Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2019 auf TEUR 22.586, das Stammkapital (TEUR 25) und die Kapitalrücklage (TEUR 27.074) werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Jahres 2019 auf TEUR 3.795. Die Liquiditätsplanung ging von einer Liquidität zum 31. Dezember 2019 von TEUR 1.031 aus. Hier machen sich die Mehreinnahmen, die Einsparungen bei den Personalkosten und die Mittelbindung aufgrund der refinanzierten Abschreibungen bemerkbar.

Gleichzeitig war die Liquidität am Ende des Geschäftsjahres 2018 schon um TEUR 1.700 höher, als im Wirtschaftsplan 2018 vorgesehen. Dieser hohe Liquiditätsstand zum 31. Dezember 2018 wurde für die Planung 2019 noch nicht berücksichtigt, da dieser zum Zeitpunkt der Planung noch nicht abzusehen war.

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Durch Abschluss des neuen Theatervertrages ist die Gesellschaft für weitere vier Jahre in der Lage, den laufenden Theaterbetrieb solide auszustatten und Preissteigerungen, vor allem im Bereich Instandhaltung und Betriebskosten, abzufangen. Durch die Zuschüsse zur Dynamisierung sollten auch die kommenden Tarifsteigerungen gedeckt werden können.

Jedoch gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht abfangen kann. Wie auch schon im alten Theatervertrag besagt auch der am 20. Dezember 2018 unterzeichnete Theatervertrag, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Hier aber besteht Bedarf, da die Gebäude teilweise in schlechtem Zustand sind, ebenso einige Spielstätten. So ist die Untermaschinerie im Großen Saal des neuen theaters stark veraltet (31 Jahre) und entspricht nicht mehr den steigenden sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen. Fast die gesamte Bühnenausstattung ist veraltet.

Die Gesellschaft wird ab dem Jahr 2020 verstärkt Förderanträge stellen. Auch für kleinere Invest-Vorhaben wird eine möglichst hohe Förderquote durch EU-, Bundes-, Landes- und ggf. weitere Drittmittel angestrebt. Hierfür ist der Aufbau einer ausreichend großen Liquiditätsreserve zwingend erforderlich, um die geforderten Eigenanteile finanzieren zu können. Weiterhin muss die Gesellschaft eine eigene Kompetenz für die Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung von Fördermitteln aufbauen.

Der Aufsichtsrat der TOOH hat in seiner 57. Sitzung am 22. Februar 2019 dafür gestimmt, sowohl den Vertrag des Intendanten des neuen theaters, Matthias Brenner, als auch den Vertrag des Intendanten des Puppentheaters, Christoph Werner, um weitere fünf Jahre zu verlängern. Mit der Verpflichtung von Walter Sutcliffe, konnte die Suche nach einem neuen künstlerischen Leiter der Oper erfolgreich abgeschlossen werden. Herr Sutcliffe wird ab 1. August 2021 die Position des künstlerischen Leiters der Oper Halle bekleiden.

Mit der Aufhebung des Vertrages mit der GMD der Staatskapelle Frau Ariane Matiakh, muss auch für diese Position eine neue, nachhaltige Lösung zur Besetzung gefunden werden.

In der Sitzung vom 18. Februar 2020 hat der Aufsichtsrat der TOOH sich gegen eine Verlängerung des Vertrages mit dem Geschäftsführer Stefan Rosinski entschieden. Herr Rosinski wird somit zum 31. Juli 2021 als Geschäftsführer der TOOH ausscheiden.

Die Gesellschafterin hat bereits mit den Vorbereitungen für die Suche nach einer neuen Geschäftsführung begonnen.

Wie für alle Kulturbetriebe in Europa stellte die Corona-Pandemie auch für die TOOH eine besondere Herausforderung dar. In besonderer Weise belastend ist die mangelhafte Planbarkeit des kurzfristigen Spielbetriebs und die damit einhergehende Unsicherheit in Bezug auf die zu erwartenden Umsatzerlöse. In diesem Kontext ergeben sich die aktuell größten Risiken für die Gesellschaft.

Seit Mitte März 2020 ruht der Spielbetrieb der TOOH, und die Gesellschaft hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat am 5. Mai 2020 den regulären Spielbetrieb der aktuellen Spielzeit als für beendet erklärt. Dies begründet sich zum einen aus dem Mangel an Repertoirestücken, die den geltenden Hygienebestimmungen entsprechen würden. Zum anderen kann ein neues, angepasstes Repertoire nicht erarbeitet werden, da der Probenbetrieb bislang ebenfalls eingestellt war. Hinzu kommt, dass in der jetzigen Situation mit einer stark reduzierten Nachfrage gerechnet werden muss.

Für den Juni 2020 wurde ein eingeschränkter Probenbetrieb vorbereitet, um eine punktuelle Bespielung des Innenhofes des neuen theaters und an die Gesamtsituation adaptierte Neuproduktionen für den Herbst in allen Sparten zu ermöglichen.

Vor diesem höchst unsicheren Horizont hat die Geschäftsführung sich intensiv mit Liquiditätsszenarien auseinandergesetzt, um auch für den Worst Case gewappnet zu sein; nämlich, dass es unter Umständen erst wieder ab Oktober 2020 zu nachhaltigen und langsam steigenden Erlösen in relevanter Größenordnung kommen könnte. Danach würde die Liquidität ohne Maßnahmen der Gegensteuerung von Ende März bis Ende Dezember 2020 um geschätzte Mio. EUR 1,8 schrumpfen. Darin berücksichtigt ist allerdings eine Simulation der Sicherung der Gästeeats für die Sparten in voller Höhe, um die Spielfähigkeit bzw. die Möglichkeit neuer Produktionen vollumfänglich zu erhalten. Eine Kompensation der Erlösdefizite durch adäquate Kürzungen in den Gästeeats wäre kontraproduktiv und ist daher abzulehnen.

Zur Kompensation fehlender Erlöse bis zur kommenden Spielzeitpause hat die Geschäftsführung das Instrument der Kurzarbeit geprüft, eine Betriebsvereinbarung mit den beiden Betriebsräten der TOOH verhandelt und Ende März 2020 fristgerecht bei der Agentur für Arbeit die „Anzeige von Arbeitsausfall“ als ersten notwendigen Schritt zur Wahrung der Ansprüche eingereicht. Mit den Betriebsräten ist Kurzarbeit für die Abteilungen Orchester, Orchesterwarte, Maske, Ankleider, Ballett, Chor, Schauspielensemble, Puppenspielensemble, Opernensemble, Bühnentechnik, Ton, Beleuchtung, Besucherservice, Fuhrpark und Requisite vereinbart worden, und zwar für den Zeitraum vom 16. März bis zum 30. April 2020. Die hier nicht erwähnten Mitarbeiter*innen sind arbeitstätig.

Eine zwingende Bedingung der Betriebsräte war die „freiwillige“ Aufstockung des Kurzarbeitergeldes von durchschnittlich ca. 65 % des Nettoehaltes auf 100 % durch den Arbeitgeber.

Der eigentliche Antrag auf Kurzarbeit ist zusammen mit den entsprechenden Lohnnachweisen Anfang Mai 2020 bei der Agentur für Arbeit eingereicht worden. Dieser Antrag hat einen Zahleingang in Höhe von ca. Mio. EUR 1,5 seitens der Agentur für Arbeit zur Folge gehabt. Allerdings ist dies vorbehaltlich geschehen, da die detailbezogene Prüfung der Ansprüche noch aussteht und wahrscheinlich erst im kommenden Kalenderjahr erfolgen wird. Sollte sich die Zahlleistung verifizieren, käme es zu einer Kostenübernahme von Gehaltsteilen, die in etwa den im Worst Case geschätzten Ticketausfällen bis Ende des Jahres entspricht.

Generell werden aktuell die Spielpläne für den kommenden Herbst überarbeitet, um mit kleineren Formaten die Saison eröffnen zu können. Allerdings ist auch die TOOH in ihrem Geschäftsgebaren von der weiteren Entwicklung der Pandemie und sich daraus ergebenden Restriktionen abhängig.

Erst im Herbst werden sich solidere Aussagen darüber erlauben, wie die mittelfristige Entwicklung der Besuchszahlen sein wird; dies auch im Hinblick auf die Entwicklung der Abonnentenzahlen.

Die Spielunterbrechung nutzt die TOOH aktuell, um den nach wie vor bestehenden Sanierungsstau in Einzelmaßnahmen abzarbeiten. Es bleibt aber eine nach wie vor ungelöste Aufgabe, die Gebäude der Oper und der Kulturinsel einer grundlegenden Sanierung zu unterziehen. Hier ist perspektivisch zunächst eine Machbarkeitsstudie zu erstellen.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>26</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	
		Mackies, Stefanie	
		Plassa, Rebecca	(bis 31.12.2020)
		Sehrndt, Martin	
		Sondermann, Hans-Dieter	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	2	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	18.493	91	19.235	90	20.101	93	-742	-4
Umlaufvermögen	1.759	9	2.020	10	1.562	7	-261	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	64	0	66	0	55	0	-2	-3
Bilanzsumme	20.316	100	21.321	100	21.718	100	-1.005	-5

Treuhandvermögen Tierheim der Stadt Halle (Saale)	6		23		44		-17	-74
--	---	--	----	--	----	--	-----	-----

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.840	34	6.550	31	6.126	28	290	4
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	4.127	20	4.962	23	5.798	27	-835	-2
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.049	40	8.213	39	8.684	40	-164	-17
Rückstellungen	944	5	868	4	810	4	76	9
Verbindlichkeiten	252	1	460	2	190	1	-208	-45
Rechnungsabgrenzungsposten	104	0	268	1	110	0	-164	-61
Bilanzsumme	20.316	100	21.321	100	21.718	100	-1.005	-5

Treuhandverbindlichkeiten Tierheim der Stadt Halle (Saale)	6		23		44		-17	-74
---	---	--	----	--	----	--	-----	-----

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.090	4.830	3.845
sonstige betriebliche Erträge	5.559	4.904	4.943
Materialaufwand	2.188	2.389	1.752
Personalaufwand	4.023	3.667	3.369
Abschreibungen	1.836	1.875	1.963
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.275	1.338	1.104
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	31	37
Ergebnis nach Steuern	300	434	582
sonstige Steuern	10	10	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	290	424	572

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,09	8,78	14,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,43	6,92	10,29	%
Cash-Flow:	2.126	2.299	2.534	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	122	119	105	T€
Personalaufwandsquote:	41,69	37,67	38,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,97	90,14	92,44	%
Eigenkapitalquote:	33,67	30,72	28,21	%
Fremdkapitalquote:	66,33	69,28	71,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Besucher	313.932	540.311	472.177	Anzahl
Tierbestand	1.156	1.104	1.342	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage, hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.100 Tiere in ca. 175 Arten in überwiegend nach zooökologischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für Bergzebras und Elenantilopen, Rote Pandabären und Schopfhirsche, für Pudus und für Löffelhunde, konnten in diesem Zuge bereits umgestaltet werden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau des Zoos im Tierbereich mit dem im Jahr 2006 eröffneten Elefantenhaus bereits 15 Jahre zurück. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb des Freizeitmarktes zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammesbesucher werden durch diese Anreize dazu motiviert, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und die Treue zu halten. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 7.098 verkauften Jahreskarten im Jahr 2019 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, ersten Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 99 % gesteigert und damit quasi verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Vermutlich führten die Restriktionen im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie im Jahr 2020 erstmals seit 2015 zu einem Rückgang bei der Zahl verkaufter Jahreskarten auf nunmehr 6.506. Dieser Einbruch bei den Verkaufszahlen wird sich hoffentlich mit einer Rückkehr zum Regelbetrieb wieder umkehren.

Der Ausbruch der Pandemie mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 und alle damit verbundenen Schutzmaßnahmen markierten im vergangenen Jahr jedoch eine regelrechte Zäsur in unserem kollektiven Selbstverständnis. Weder Politik noch Wirtschaft, geschweige denn die Gesellschaft waren sich der Möglichkeit des Eintretens einer globalen Krise solchen Ausmaßes mit all ihren Konsequenzen bewusst. Die Pandemie traf die gesamte Wirtschaft und mit ihr auch den Bergzoo quasi unvorbereitet. Die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen war im zurückliegenden Jahr für die gesamte Welt und natürlich auch für die Zoologische Garten Halle GmbH das alles beherrschende Moment und wird es wohl auch noch auf absehbarer Zeit bleiben.

Aufgrund der „Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt“ vom 17.03.2020 musste der Zoologische Garten Halle (Saale) für Besucher schließen und konnte erst am 23.04.2020 unter starken, die Zahl der Besucher limitierenden Auflagen wiedereröffnen. Damit war der Zoologische Garten Halle fast sechs Wochen für Besucher gesperrt. Während sich die Situation über die Sommermonate hinweg weitgehend normalisierte und sukzessive auch wieder mehr Besucher gleichzeitig in den Zoo gelassen werden konnten, war es im weiteren Jahresverlauf nicht möglich, Großveranstaltungen wie die Zootage oder Halloween unter den geltenden Sicherheits- und Hygieneauflagen wirtschaftlich durchzuführen. Diese Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus belasteten jedoch auch im Regelbetrieb den Haushalt der Gesellschaft im besonderen Maße. So wurden die Reinigungsintervalle der Sanitäranlagen halbiert, Einsatzkräfte wurden eingesetzt, um die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen im Zoogelände zu kontrollieren und gegebenenfalls auch durchzusetzen, es fielen Mieten für Abstandsgitter und Lautsprechersysteme an und die Nebenkosten für den Ticketverkauf stiegen aufgrund des zur Sicherstellung der maximal zulässigen Besucherzahlen notwendig gewordenen Onlinevorverkaufs deutlich an (im Durchschnitt 1,03 € pro Ticket). Mit Stolz kann der Zoo jedoch resümieren, dass es gelungen ist, den Zoogästen in dieser Zeit einen sicheren Besuch zu ermöglichen. Leider sah sich die Geschäftsführung in intensiver Abstimmung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft und dem Pandemiestab der Stadt Halle (Saale) dazu veranlasst, den Zoo mit der Ausbreitung der zweiten Welle der Pandemie am 16.12.2020 und damit vor den gewöhnlich besucherstarken Weihnachtsferien erneut für Besucher zu schließen. Dies schien auch notwendig, um insbesondere die Tierpflegerschaft vor Ansteckungen zu schützen, da hier Quarantänen von ggf. mehreren Mitarbeitern eines Reviers die Versorgung der Zootiere massiv gefährden würde. Mitteldeutschland und damit auch die Stadt Halle (Saale) entwickelten sich in dieser Zeit zum Hotspot des Infektionsgeschehens in Deutschland mit 7-Tage-Inzidenzen von weit mehr als 300 Neuinfizierten pro 100.000 Einwohner. Erst mit Ausklingen der zweiten Infektionswelle konnte der Bergzoo am 29.01.2021 wieder für den Besucherverkehr öffnen. Leider führte die Einschleppung einer Virusmutante aus Großbritannien zu einer dritten Infektionswelle in Deutschland, noch bevor die zweite Welle in Mitteldeutschland vollständig abgeebbt war. Die nur schleppend angelaufene Impfkampagne in Deutschland konnte dies bisher weder verhindern, noch die Ausbreitungsgeschwindigkeit merklich reduzieren.

Aufgrund des Überschreitens der 7-Tage-Inzidenz von 200 Neuinfizierten pro 100.000 Einwohner in Halle (Saale) musste der Bergzoo im April 2021 wieder zeitweise schließen, dies insbesondere auch während des traditionell stark besuchten Osterwochenendes. Seit dem 24.04.2021 ist der Zoo jedoch unter strikten Hygieneauflagen wieder geöffnet.

Trotz der pandemiebedingten, vorzeitigen Beendigung (ursprünglich war eine weitere Veranstaltungswoche nebst den beiden flankierenden Wochenenden geplant), war die Dauerausstellung „Magische Lichterwelten – Mythen, Märchen und Legenden“ noch ein wirtschaftlicher Erfolg, der maßgeblich dazu beigetragen hat, das Jahresergebnis der Zoologischer Garten Halle GmbH im Pandemiejahr zu retten. Das im Berichtsjahr nunmehr zum dritten Mal durchgeführte Format feierte im Bergzoo Halle mit einer neu konzipierten Ausstellung rund um das Thema „Märchen“ am 23.01.2020 Weltpremiere. Insgesamt konnten ca. 92.000 Besucher zu den „Magischen Lichterwelten“ begrüßt werden. Dies ist gegenüber der Besucherzahl des Vorjahres zwar ein Minus von 50.000 Besuchern, dennoch konnte ein operativer Gewinn von TEUR 245 erwirtschaftet werden.

Die beiden mehrwöchigen Schließungen des Bergzoo und die auch nach der Wiedereröffnung das ganze Jahr hindurch fortbestehenden Besuchsrestriktionen führten in Summe zu einem enormen Einbruch in der Besucherzahl. Das pandemiebedingt installierte Besucherzählsystem des Zoos erlaubte dabei im Jahr 2020 erstmals in der Zoogeschichte, die exakte Besucherzahl zu erfassen. Bisher wurde zur Feststellung der Besucherzahlen durch Jahreskarteninhaber ein Schätzfaktor verwendet, der durch den „Verband der Zoologischen Gärten“ zur Vergleichbarkeit der Besucherzahlen zwischen seinen Mitgliedern eingeführt wurde. Im Jahr 2020 besuchten insgesamt schließlich nur knapp 314.000 Besucher den Bergzoo und damit deutlich weniger als im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre (2017 bis 2019 Ø 479.000, davon 540.000 Besucher in 2019). Nach der auch dem Wirtschaftsplan zu Grunde liegenden Besucherzahl unter Berücksichtigung des Schätzparameters für Jahreskarten entspräche die Besucherzahl für das Berichtsjahr 411.000. Allerdings muss bei dieser Betrachtung berücksichtigt werden, dass fast das gesamte Berichtsjahr über auch der Zutritt mit Jahreskarte limitiert war.

Der größte Lichtblick für den Bergzoo war im vergangenen Jahr die überwältigende Unterstützung durch die Besucher, Förderer und die beiden Sponsoren der Gesellschaft. So konnten durch die Spendenaktion „Futterpatenschaften“ und das großzügige Engagement der Saalesparkasse insgesamt Spenden in Höhe von TEUR 494 generiert werden. Die Spenden kompensierten die Mehraufwendungen und Einnahmefälle der Gesellschaft, sodass das Jahr 2020 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von TEUR 290 abschloss.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 33 % des Aufwandes für die Gesellschaft trägt, andererseits die Gesellschaft über die Umsatzerlöse, die vor allem aus Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, erzielt werden, weitere 44 % Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet.

Die Corona-Pandemie hat die Freizeitindustrie und das Gastgewerbe sicher am stärksten getroffen. Aufgrund der landes- und bundesweiten Sicherheitsmaßnahmen konnten einige Branchen und Betriebe (vor allem Freizeitparks, Diskotheken, Großkonzerte, Festivals und andere Großveranstaltungen) seit Beginn der Pandemie so gut wie gar nicht oder nur unter extremen Einschränkungen Besucher empfangen. Die Folgen sind bis heute nicht abschätzbar. Durch verschiedene staatliche Hilfsprogramme konnten Insolvenzen bisher weitgehend verhindert werden. Ob dies im Zuge der stufenweisen Wiedereröffnungen und dem Auslaufen der staatlichen Hilfen weiterhin gelingt, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig ungewiss. Zudem ist unklar, ob auch das bis dato weitgehend in Kurzarbeit befindliche Personal im Freizeitgewerbe wieder zur Verfügung stehen wird oder ob sich die Menschen in relevantem Umfang anders orientiert haben. Letztlich ist auch ungewiss, ob sich das Konsumverhalten der Menschen ändern wird. Nach den Erfahrungen der letzten Wiedereröffnungen kann für den Zoologischen Garten Halle festgestellt werden, dass die Sehnsucht nach Freizeitbeschäftigung und eventuell auch der damit verbundenen Normalität hoch zu sein scheint. Die limitierten Besuchskontingente waren zumindest an den Wochenenden und in den Ferien auch bei mäßigem Wetter und unter den jeweils gültigen Einschränkungen (geschlossene Tierhäuser und Streichelanlagen, Einschränkungen bei der Gastronomie, Maskenpflicht, fehlende kommentierte Fütterungen) bei gleich bleibenden Eintrittspreisen in aller Regel ausverkauft. Sicherlich müssen auch Großveranstaltungen im Zoo wie die „Magischen Lichterwelten“ völlig neu bewertet werden. Die Kurzfristigkeit der zum Teil drastischen Corona-Schutzmaßnahmen zeigt, wie hoch das Ausfallrisiko für solche Formate sein kann. Auch wenn das Modell der Einnahmeteilung, wie in den letzten Jahren praktiziert, risikomindernd wirkt und sich mit dieser Erfahrung als absolut notwendig erwiesen hat, wären die Ausgaben für die Vorbereitungen und der Aufwand für das Marketing unter Umständen verloren. Erst mit Ende der Pandemielage ist eine seriöse und risikoarme Planung von Großveranstaltungen im Bergzoo wieder sinnvoll.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Aufgrund der „Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt“ vom 17.03.2020 war der Zoologische Garten Halle (Saale) sechs Wochen lang für Besucher geschlossen und auch nach der Wiedereröffnung Ende April war die Besucherzahl zunächst stark und über weite Teile des Sommers weiter deutlich limitiert. Die Durchführung von bewährten Großveranstaltungen und Zoofesten war unter den gegebenen Sicherheitsvorkehrungen nicht wirtschaftlich durchführbar. Damit entfielen Möglichkeiten, die bis dato bereits eingetretenen Umsatzdefizite auszugleichen. Schließlich wurde der Bergzoo mit dem Anstieg der zweiten Infektionswelle am 16.12.2020 und bis weit über den Jahreswechsel hinaus erneut für Besucher geschlossen.

Vor diesem Hintergrund hat der Geschäftsführer umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Liquidität der Gesellschaft auch mittelfristig zu gewährleisten. Dazu zählten die Verschiebung nicht dringend erforderlicher Anschaffungen, Instandsetzungs- und Reparaturmaßnahmen, die Verschiebung von Beauftragungen für das Investitionsvorhaben „Sanierung Sanitärgebäude“, Budgetkürzungen in den Bereichen Marketing und Veranstaltungen und die Einführung von Kurzarbeit. Zudem hat die Abteilung Kommunikation, Bildung und Besucherservice eine sehr erfolgreiche Spendenkampagne durchgeführt. Die Geschäftsführung hat ihre Liquiditätsvorausschau und Ergebnisprognose unterjährig fortwährend aktualisiert und über die Betriebsmanagementgesellschaft der Stadt Halle (BMA) und die durchgeführten Aufsichtsratssitzungen entsprechend kommuniziert. Unter den gegebenen Umständen ist zu betonen, dass die Liquidität der Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt im Berichtsjahr gefährdet war.

Die mit den Schließungen und den Einschränkungen (Besucherlimits, reduziertes gastronomisches Angebot, keine Veranstaltungen, nur wenige Führungen) einhergegangenen Einnahmenverluste haben zu einem deutlichen Einbruch bei den Umsatzerlösen im Vergleich zum Vorjahr geführt. Konnten 2019 noch Umsätze in Höhe von TEUR 4.830 erzielt werden, so sanken die Umsatzerlöse im Pandemiejahr auf TEUR 4.090 (- 15,2 %). Bei den Eintrittsgeldern für den regulären Zoobesuch reduzierten sich die Einnahmen um TEUR 304 auf TEUR 1.417 (-17,7 %). Hierunter ist der Umsatz für den Verkauf von Jahreskarten prozentual gesehen erfreulicherweise weniger stark gesunken (2021 TEUR 179; - 4,8 %). Die Einnahmen aus dem Verkaufserlös im Zoo-Shop sanken um TEUR 58 auf TEUR 304, die aus der Verpachtung der Zoogastronomie reduzierten sich um TEUR 54 auf TEUR 234. Die mit der Schaffung einer weiteren Tierpflegerstelle im Tierheim und der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst deutlich gestiegenen Personalkosten (TEUR 223; TEUR +58) des Tierheims wurden vereinbarungsgemäß von der Stadt Halle (Saale) erstattet.

Trotz der vorzeitigen Beendigung der Dauerveranstaltung „Magische Lichterwelten – Mythen, Märchen und Legenden“ konnten noch Eintrittserlöse in Höhe von TEUR 1.346 eingenommen werden (- TEUR 260). Abzüglich des mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung verbundenen hohen finanziellen Aufwandes sowie der Einnahmeteilung mit dem chinesischen Partnerunternehmen „Dragon Illumination Arts“ resultierte dies in einem operativen Gewinn von TEUR 245. Dieses sehr erfreuliche Ergebnis konnte maßgeblich dazu beitragen, dass die Gesellschaft auch für das Krisenjahr 2020 ein positives Jahresergebnis ausweisen kann. Da es sich bei den „Magischen Lichterwelten“ nicht um eine zootypische Veranstaltung handelt, können die Einnahmen hierfür nicht dem gemeinnützigen Zweckbetrieb zugeordnet werden und sind somit in voller Höhe umsatzsteuerpflichtig. Diese Aussage wurde durch das Finanzamt Halle bestätigt. Daher wurden in der obigen Darstellung Nettobeträge ausgewiesen.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan wirkte sich jedoch insbesondere die Verschiebung des Verkaufs von zwei Wohnimmobilien negativ auf das zu erwartende Jahresergebnis aus, waren hier doch Verkaufserlöse in Höhe von TEUR 1.307 geplant. Die Liquidität aus dem Immobilienverkauf wird für das Investitionsvorhaben rund um den Umbau des rückwärtigen Eingangs des Zoos benötigt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Prüfung des Förderantrages kommt es bei der Realisierung des Großprojekts jedoch auch weiterhin zu zeitlichen Verschiebungen. Wären die Immobilien bereits 2020 verkauft worden, so wären unnötig Kosten für Verwahrensgelder bei gleichzeitigem Wegfall der Mieterlöse angefallen. Zudem machte die Einhaltung der Hygienevorschriften im Zuge der Pandemie die organisatorische Durchführung des Verkaufes (Gutachter-, Makler- und Interessentenbesichtigungen usw.) zeitweise unmöglich und erschwerte sie auch weiterhin. Der Verkauf ist nunmehr für die Jahre 2021 und 2022 geplant.

Die Unterstützung und Solidarität aus der halleschen Bevölkerung insbesondere während der ersten Schließung im Frühjahr 2020 war überwältigend und trug den Bergzoo durch die Krise. Die online angebotene und medial beworbene Spendenkampagne „Futterpatenschaften“ war hierbei ein großartiger Erfolg. Insgesamt konnten Spenden in Höhe von TEUR 494 aus zahlreichen Einzelspenden verbucht werden, so dass zumindest die Einnahmeausfälle aufgrund der Schließungen und der verkürzten Durchführung der „Magischen Lichterwelten“ fast vollständig kompensiert werden konnten.

Beim Aufwand ist insbesondere der hohe Bedarf für die Durchführung der Großveranstaltung „Magische Lichterwelten“ in Höhe von TEUR 1.101 relevant (hier: Einnahmeteilung mit dem Partnerunternehmen „Dragon Illumination Arts“; siehe oben). Wegen der großen Trockenheit im Jahr 2019 waren erhebliche Mehrverbräuche beim Wasserbedarf für die Grünflächen und Tieranlagen gegenüber den Vorjahren kostenintensiv. Dieser Mehraufwand reduzierte sich im Berichtsjahr wieder deutlich (- TEUR 68). Aufgrund der erneuten Sommerhitze arbeitete auch das Blockheizkraftwerk wieder unterhalb seiner Möglichkeiten, so dass Strom zugekauft werden musste. Eine durchgeführte Analyse durch die EVH ergab ein hohes Einsparpotential, sollte das bestehende Kraftwerk durch ein leistungsstärkeres, effektiveres Gerät ersetzt werden. Diese Maßnahme konnte noch im Berichtsjahr erfolgreich durchgeführt werden (siehe unten). Der Aufwand für Elektroenergie im Berichtsjahr war gleichbleibend wie im Jahr 2019 (TEUR 165). Der kurze Winter und der warme Frühling bedingten zudem eine verkürzte Heizperiode und resultierten in Einsparungen beim Gas- und Heizölverbrauch. Insgesamt wurden hier TEUR 157 aufgewendet (- TEUR 10 gegenüber 2019). Daneben fällt insbesondere der relativ gesehen deutlich reduzierte Aufwand für Dienstkleidung auf (TEUR 7; - TEUR 13). Dies liegt darin begründet, dass zu Beginn des Jahres 2019 noch aufgrund eines Wechsels des Anbieters höhere Kosten für die entsprechende Erstausrüstung anfielen. Der nunmehr festgestellte Bedarf resultiert aus dem jährlichen Verschleiß. Die Mehrkosten zur Kontrolle und Durchsetzung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen gleicht sich dabei mit den Minderkosten aufgrund des reduzierten Bedarfs von externen Kassierkräften annähernd aus. Ein Großteil dieser Hygienekontrollen im Besucherverkehr sowie die Reinigung von Kontaktflächen wurden zudem mit zoeieigenem Personal organisiert. In Summe reduzierte sich der Materialaufwand im abgelaufenen Geschäftsjahr um TEUR 201 auf TEUR 2.188. Der vermeintliche Minderbedarf resultiert allerdings im Umfang von TEUR 109 aus den reduzierten Abführungen im Rahmen der Einnahmeteilung für die Großveranstaltung „Magische Lichterwelten“ aufgrund der verkürzten Veranstaltungsdauer (im Berichtsjahr sechs Wochen, im Jahr 2019 sieben Veranstaltungswochen).

Der Mehraufwand für die Zugangskontrolle (hier insbesondere die Ticketentgelte im Zuge des Onlinevertriebs der Eintrittskarten) sowie für Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen betrug insgesamt + TEUR 181 gegenüber dem Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr bzw. + TEUR 196 gegenüber dem Vorjahr. Deutliche Einsparungen wurden durch den Verzicht zur Durchführung weiterer Veranstaltungen im Jahresverlauf (- TEUR 151 auf TEUR 11) und einer deutlichen Reduktion beim Werbeaufwand (- TEUR 56 auf TEUR 81) erzielt. Kleinere Einsparungen konnten im Berichtsjahr bei notwendigen Reparaturen und Sanierungsarbeiten an den baulichen Anlagen erreicht werden (- TEUR 12 auf TEUR 499).

Die voraussichtlichen Personalkosten unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr erstmals ganzjährigen Anwendung des Tarifvertrages mussten bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes für das Berichtsjahr noch geschätzt werden und wurden mit TEUR 3.707 eingestellt. Der tatsächliche Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr 2020 auf TEUR 4.023. Die Personalaufwendungen haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 356 erhöht. Die Planüberschreitung ist vor allem einer gewissen Unsicherheit bei der vorgenommenen Schätzung der durch Einführung des Tarifvertrages zu erwartenden Löhne, notwendige Anpassungen an aktuelle Situationen (hier insbesondere die Einstellung einer Tierpflegerin für das städtische Tierheim), der Auszahlung der nicht vorhersehbaren, tarifvertraglich vereinbarten Corona-Sonderzahlung sowie der notwendig gewordenen Erhöhung der Pensionsrückstellung begründet. Die Zuschüsse der Agentur für Arbeit für Eingliederungs- bzw. Teilhabemaßnahmen (TEUR 121) sowie die Erstattung von Kurzarbeitergeld (TEUR 79) sind nicht hier, sondern bei den sonstigen betrieblichen Erträgen berücksichtigt.

Die Abschreibungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr plangemäß um TEUR 39.

Die Geschäftsführung ging in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 von einem positiven Jahresergebnis aus. Das Ziel von TEUR 1.447 war jedoch aufgrund der Verschiebung des Verkaufs zweier Wohnimmobilien (siehe oben) und den pandemiebedingten Ausfällen und Mehrkosten nicht zu erreichen. Über diesen Umstand wurden der Aufsichtsrat der Gesellschaft sowie die BMA im Laufe des Jahres mehrfach ausführlich unterrichtet. Vor diesem Hintergrund ist es sehr bemerkenswert, dass es aufgrund der Einsparungen, dem wirtschaftlichen Erfolg der „Magischen Lichterwelten“ sowie der großzügigen Unterstützungen vieler Einzelspender und der beiden Großsponsoren der Gesellschaft, der Saalesparkasse und der HWG, gelungen ist, noch ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 290 zu erwirtschaften (- TEUR 134 gegenüber 2019). Ergebnisverbessernd wirkt sich weiterhin die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 1.723, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, aus. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2020 auf TEUR 20.316 (Vorjahr: TEUR 21.321). Davon entfallen 91 % (Vorjahr: 90 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 269 auf TEUR 1.456 (- 15,6 %) reduziert und erreichen nun einen Anteil von 7,2 % (Vorjahr: 7,8 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Auszahlungen von Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 458 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können.

Investitionstätigkeit

Um die Liquidität der Gesellschaft im Falle länger anhaltender Schließungen nicht zu gefährden, entschloss sich der Geschäftsführer der Gesellschaft während der ersten Schließung des Zoos aufgrund der unsicheren Situation dazu, die Beauftragung verschiedener Leistungen im Rahmen der Investitionsprojekte des Zoos zu verschieben. Im Laufe des Sommers entspannte sich die Pandemiesituation zunächst jedoch deutlich. Zudem verlief die Spendenkampagne „Futterpatenschaften“ sehr erfolgreich, so dass eine Gefährdung der Liquidität im weiteren Jahresverlauf ausgeschlossen werden konnte. Die im Einzelnen verschobenen Investitionsprojekte wurden daraufhin im Wirtschaftsplan 2021 berücksichtigt. Zudem beschloss der Aufsichtsrat der Gesellschaft auf Vorschlag des Geschäftsführers die außerplanmäßige Neuanschaffung eines Blockheizkraftwerkes. Dieses Projekt konnte bereits zum Ende des Jahres realisiert werden.

Zentrales Ziel des „Zukunftskonzepts Bergzoo2031“ ist die Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Halle zu einer auch überregional attraktiven Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert. Zur Erschließung des Saaletourismus und damit zur Einbindung des Zoos in den Stadttourismus plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über ein Turmgebäude mit Erlebnisfahrtstuhl erschlossen. Daneben befindet sich ein mehrstöckiges Gebäude, in dem weitere zentrale Funktionen zur Umsetzung des Konzeptes untergebracht sind. In Höhe der Zoobene sollen ein spannender Kletterspielplatz, erste Blicke auf die Elefantensavanne und eine ansprechende Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die dritte Etage gelangen die Besucher auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne schließlich in den eigentlichen Zoo. Am 19.08.2019 konnte die HPP Architekten GmbH mit Sitz in Leipzig in einem zweiten Ausschreibungsverfahren als Objektplaner für das Projekt gewonnen werden. Aufgrund der schnellen Bearbeitung und der sehr guten Koordinierung der Planungsleistungen durch das Projektsteuerungsbüro war es möglich, die Planung der Leistungsstufe 3 abzuschließen und bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur finalen Prüfung einzureichen. Diese Prüfung bei der Investitionsbank respektive beim Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) dauert bis zum heutigen Tag an. Die Verzögerung im Prüfungsverfahren, für das keine rechtliche Fristsetzung besteht, ist zum Teil sicher auch Folge der Corona-Pandemie, da die Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Förder- und Nothilfprogramme des Bundes verantwortlich zeichnet. Bereits im Jahr 2017 ist eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) ausgestellt worden. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme. Damit sind diese Maßnahmen, wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ dargestellt, finanzierbar und somit realisierbar. Insgesamt wurden in dem Projekt im Jahr 2020 TEUR 389 aufgewendet. Die Kosten entstanden im Rahmen der Abschlussrechnungen für die 3. Leistungsphase der Planungsgewerke sowie notwendig gewordener Honoraranpassungen für die erfolgten Planungsleistungen aufgrund der nunmehr vorliegenden Kostenberechnungen. Die Abschlagszahlungen für die Leistungsstufen 1 bis 3 erfolgten bisher vertragsgemäß lediglich auf Grundlage der Kostenschätzungen. Der Plan zum Bau eines zweiten Parkhauses in der Emil-Eichhorn-Straße wurde hingegen verworfen, da die Förderkulisse keine Möglichkeit bot, das Projekt für die Gesellschaft wirtschaftlich tragbar zu realisieren.

Ein weiteres Großprojekt im Rahmen des Zukunftskonzeptes ist der begonnene Umbau der sogenannten „Saubucht“ samt anschließendem Weg Richtung „Bergterrasse“ zur alpenländischen „Reilsalm“. Während in der „Saubucht“ verschiedene bedrohte Haustierrassen in einer traditionellen Bauernhofkulisse gezeigt werden, weiden auf der begehbaren Streichelalm Schafe einer bedrohten Alpenrasse. Als zusätzliches Alleinstellungsmerkmal soll der Innenhof der „Saubucht“ als Mensch-Tier-Begegnungsstätte umgestaltet werden, um hier Angebote im Bereich der tiergestützten Therapie durchführen zu können. Eine entsprechend geschulte Mitarbeiterin ist bereits mehrere Jahre im Bereich Umweltpädagogik für die Gesellschaft tätig. Für das Projekt liegt eine Ausführungsplanung nebst Kostenberechnung in Höhe von 980 TEUR vor. Die Planungen für den Umbau der Gebäude wurde im Jahr 2019 finalisiert und die einzelnen Gewerke wurden bereits im Jahr 2019, die übrigen zu Beginn des Berichtsjahres nach beschränkten Ausschreibungen beauftragt. Die Fertigstellung der Bauarbeiten an den Gebäuden war ursprünglich für das vierte Quartal 2020 vorgesehen. In der Folge sollten die Arbeiten an den Freianlagen begonnen werden. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen verzögerten sich allerdings die Bauarbeiten. Zudem entschloss sich der Geschäftsführer auch in diesem Projekt dazu, die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen der Freianlagenplanungen (und damit auch die Durchführung der entsprechenden Bauarbeiten) zu verschieben, um die Liquidität der Gesellschaft im Krisenjahr nicht zu gefährden. Die Freianlagen sollen nun im Jahr 2021 umgebaut werden. Die Fertigstellung der Bauarbeiten an den Objekten erfolgte zum Ende des Berichtsjahres. Der Förderverein des Zoos unterstützt dieses Projekt mit insgesamt TEUR 310. Ein Teil der Finanzierung wird zudem durch eine Erbschaft in Höhe von TEUR 179 realisiert, die der Gesellschaft im Berichtsjahr durch den Testamentsvollstrecker fast vollständig überwiesen wurde. Insgesamt wurden in diesem Projekt im Jahr 2020 TEUR 328 investiert.

Der als Tierarztpraxis geplante Rohbau hinter der „Reilschen Villa“ ist weiterhin ohne Nutzung. Eine im Jahr 2019 beauftragte Planung bestätigt, dass die im Zukunftskonzept in diesem Gebäude vorgesehenen Funktionen (Sanitärgebäude für bis zu 30 Mitarbeiterinnen, Belegschaftsraum für die Gesamtbelegschaft und Empfang) hier untergebracht werden können. Mit den Bauarbeiten sollte ursprünglich im Jahr 2020 begonnen werden. Aufgrund der pandemiebedingten Schließung des Zoos und der ungewissen Situation entschied sich der Geschäftsführer jedoch dazu, das Projekt in das nächste Jahr zu verschieben. Für den Umbau ist ein Investitionsvolumen in Höhe von TEUR 480 im Wirtschaftsplan 2021 eingestellt. Bisher entstanden Aufwendungen im Jahr 2019 zur Ausführungsplanung (1. bis 3. Honorarteilrechnung des Architekten) in Höhe von TEUR 32 und im Jahr 2020 zur Ausführungsplanung (4. Honorarteilrechnung des Architekten) und vom HLS-Fachplaner (1. Abschlagsrechnung) in Höhe von TEUR 23. Ende des ersten Quartals 2021 konnten die einzelnen Baugewerke nach beschränkten Ausschreibungen fast vollständig beauftragt werden.

Im Jahr 2013 wurde im Rahmen des Konzeptes zur energetischen Ertüchtigung des Zoos ein Gas-Blockheizkraftwerk (BHKW) als Komponente der Anlage für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Betrieb genommen. Im Jahr 2019 waren Betriebsausfälle zu verzeichnen, die einen erheblichen Mehraufwand bei den Reparatur- und Stromkosten durch zusätzlich notwendig gewordenen Zukauf verursacht haben. Die mehrfach bestellte Wartungsfirma konnte die Störungsquelle nicht abschließend beseitigen, so dass sich die Ausfälle auch im Jahr 2020 fortgesetzt haben, wenn auch im geringeren Umfang. Der Zoo hat durch die EVH eine Untersuchung des BHKW durchführen lassen. Es wurde daraufhin auch in Hinblick auf mögliche Einsparungspotentiale empfohlen, ein neues, hocheffizientes und leistungsstärkeres Blockheizkraftwerk anzuschaffen. Aufgrund der höheren Effizienz und Kapazität des neuen BHKWs und die wieder möglich werdende KWK-Vergütung wurde eine Kostenreduzierung von jährlich bis zu TEUR 83 auf Basis der Daten von 2019 ermittelt. Die in der Aufsichtsratsitzung vom 01.07.2020 (AR 06-2020) beschlossene Anschaffung eines neuen Blockheizkraftwerkes wurde beschränkt ausgeschrieben. In der Auswertung wurde festgestellt, dass die EVH mit Errichtungskosten in Höhe von TEUR 189 das günstigste Angebot abgegeben hat. Die Investition wurde im Wesentlichen aus den der Gesellschaft bereits zur Verfügung gestellten und zweckgebundenen Mitteln des Zukunftsfonds für die energetische Ertüchtigung geleistet. Diese Mittel wurden auf einem separaten Konto bei der Saalesparkasse vorgehalten und waren auch für eine eventuell notwendig werdende Ersatzanschaffung vorgesehen. Die Anlage konnte noch im Berichtsjahr in Betrieb genommen werden.

Fertig gestellt wurde auch der komplette Neubau des Spielplatzes an den Bergterrassen als themenbezogener Kletterspielplatz. Mit der Planung wurde das Freilandarchitekturbüro „Plantraum“ mit Sitz in Halle beauftragt. Das Investitionsvolumen betrug dabei TEUR 221 und wurde im Wesentlichen durch eine großzügige Spende der Saalesparkasse aufgebracht. Die Bauarbeiten begannen bereits Ende 2019. Die Fertigstellung erfolgte schließlich während der ersten pandemiebedingten Schließung, so dass der Spielplatz erst im Zuge der schrittweisen Eröffnung der einzelnen Besuchereinrichtungen im Zoo am 08.05.2020 leider ohne eine entsprechende Feier freigegeben werden konnte.

Neben diesen Großvorhaben konnten kleinere Umbaumaßnahmen an bestehenden Anlagen im Rahmen der Realisierung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ umgesetzt werden. So wurden die Ameisenbärenanlage und die ehemalige Anlage für die Zackelschafe überwiegend in Eigenleistung zu einer Großanlage für Ameisenbären und Darwinnandus zusammengeschlossen und es wurde ein neues Absperrgehege an der Vikunjaanlage errichtet. Zudem konnte ein Liefervertrag für die Ersatzbeschaffung von 6 Aufsitz-Elektroschleppern für den Tierpflegebereich nach beschränkter Ausschreibung im Wert von TEUR 62 abgeschlossen werden. Die Lieferung dieser Elektroschlepper erfolgte in 2021.

Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 1.124 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur Projekte mit einem Investitionsvolumen > TEUR 15): Planungen für Baumaßnahme „Saaleeingang“ mit Erweiterung Elefantenanlage: TEUR 389, Umgestaltung Saubucht zur Reilsalm: TEUR 328, Ersatzbau Blockheizkraftwerk: TEUR 189, Neubau „Bergspielplatz“: TEUR 90, Planungen für Sozialgebäude: TEUR 24. Die Gesamtaufwendungen wurden aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2020 durch die Stadt Halle in Höhe von TEUR 256, aus Spenden durch die Saalesparkasse und den Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, aus Erbschaften sowie aus eigenen Mitteln geleistet.

Personal- und Sozialbereich

Im Jahr 2020 beendeten drei Auszubildende der Gesellschaft erfolgreich die Lehre, zwei als ZootierpflegerInnen und eine als Pensionstierpflegerin. Die beiden ZootierpflegerInnen konnten auf durch Rentenantritt freigewordene Planstellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Freigewordene Stellen in der Buchhaltung (eine) und im Gartenbereich (zwei) konnten trotz der coronabedingten Schwierigkeiten bei der Durchführung des Bewerbungsverfahrens erfolgreich wiederbesetzt werden.

Um die MitarbeiterInnen der Gesellschaft angemessen an der aktuellen Lohnentwicklung zu beteiligen und die Lohngestaltung anhand einheitlicher Tätigkeitsmerkmale transparent und im branchenüblichen Rahmen vorzunehmen, haben die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Halle GmbH im Jahr 2019 die Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für die MitarbeiterInnen durch Beitritt der Gesellschaft in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) beschlossen. Das Berichtsjahr 2020 ist nunmehr das erste vollständige Jahr, in dem der Tarifvertrag zur Anwendung kommt.

Zur Abfederung der schließungsbedingten Einnahmeausfälle und zur Verhinderung betriebsbedingter Kündigungen hat die Gesellschaft im Berichtsjahr erstmals Kurzarbeit eingeführt und entsprechende Ausgleichszahlungen bei der Agentur für Arbeit beantragt. Zu diesem Zwecke haben Geschäftsführung und Betriebsrat in vertrauensvoller Zusammenarbeit eine entsprechende Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Die Kurzarbeit betraf vor allem das direkt im Kundenverkehr tätige Personal (Kassierer, Besucherservice, Zoolotsen) sowie den Tierpflegebereich. In der Zeit vom 17.03. bis zum 05.07.20 (16 Wochen) vielen so insgesamt knapp 6.090 Stunden Kurzarbeit an. Das erstattete Kurzarbeitergeld belief sich auf TEUR 79 (die Zahlung ist unter den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht).

Der eingeführte Pandemieplan der Gesellschaft zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft und der Versorgung des Tierbestandes erwies sich als effizient. Es traten keine Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 innerhalb der Tierpflegerschaft auf. Ebenso wenig wurden Tierpfleger als Kontaktpersonen vorsorglich unter Quarantäne gestellt.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Planungen für dieses Großvorhaben voranzutreiben.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den drei erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“ (2018 - 2020), dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Besuchern anzusprechen. Solche Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes und vor Ausbruch der Corona-Pandemie bereits vergleichsweise hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo zu locken. Es ist allerdings ungewiss, ob Großveranstaltungsformate wie die „Magischen Lichterwelten“ bereits im Jahr 2022 wieder möglich sein werden. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2021 im Mai des Berichtsjahres wurde bereits eingeschätzt, dass dies im Jahr 2021 wohl nicht möglich sein würde. Die Erwartungen an die Besucherzahlen und Umsatzerlöse fallen entsprechend vorsichtig aus.

Risiko- und Prognosebericht

Mit der rasanten Ausbreitung der zweiten Infektionswelle in der Corona-Pandemie im Herbst des Berichtsjahres und mit der dritten Infektionswelle im März dieses Jahres sieht sich die Zoologischer Garten Halle GmbH erneut mit einer Schließung für den Besucherverkehr und den damit verbundenen Einnahmehausfällen konfrontiert. Noch erweisen sich die Maßnahmen zur Senkung der Aufwendungen (strenge Haushaltsdisziplin, Einsparungen vor allem im Marketingbudget, Verschiebung von Investitionsmaßnahmen hier vor allem im Projekt „Neubau Saaleeingang“, erneute Einführung von Kurzarbeit) als ausreichend, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern. Zudem verfügt die Zoologischer Garten Halle GmbH aufgrund der guten Geschäftsverläufe in den zurückliegenden Jahren über eine gewisse Liquiditätsreserve. Hilfskredite werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht benötigt und werden auch nicht erwartet. Ob eine erneute Spendenkampagne Abhilfe bei einer eventuellen Gefährdung der Liquidität schaffen könnte, ist ungewiss und eher zweifelhaft. Die von der Bundesregierung aufgestellten Hilfspakete können nach bisherigen Recherchen aufgrund von Zugangsrestriktionen für von der öffentlichen Hand getragene Unternehmen jedenfalls nicht in Anspruch genommen werden. Landesprogramme für zoologische Einrichtungen, wie in anderen Bundesländern aufgelegt, sind in Sachsen-Anhalt trotz entsprechender Anmahnung auch von Seiten der Interessenverbände der Zoologischen Gärten (Verband der Zoologischen Gärten, Deutsche Tierparkgesellschaft) nicht verfügbar. Wir gehen davon aus, dass die Zahlungsfähigkeit erhalten bleibt. Sollten erneute Schließungen im weiteren Jahresverlauf allerdings über längere Zeiträume (ca. drei Monate) andauern und die Einnahmeverluste die Liquidität gefährden, wird die Geschäftsführung rechtzeitig auf die Gesellschafterin und auf mögliche Kreditgeber zugehen, um kurzfristige Überbrückungshilfen zu erhalten.

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 330.000 bis 350.000 Besuchern geplant.

Mögliche positive Effekte aufgrund der Durchführung von Großveranstaltungsformaten sind hierbei zunächst nicht berücksichtigt. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt. Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche entstehen. Dieses Szenario ist erstmalig in der Geschichte des Zoologischen Gartens Halle (Saale) aufgrund der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie eingetreten.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 von einem positiven Jahresergebnis von TEUR 200 aus. Dies scheint aus heutiger Sicht, in Verbindung mit geplanten Immobilienverkäufen, noch nicht gefährdet.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Richter, Inge	
		Geier, Egbert	
		Heym, Carsten	
		Hintz, Katharina	(bis 26.02.2020)
		Müller, Katja	(bis 29.01.2020)
		Schramm, Rudenz	(seit 29.01.2020)
		Steinke, Sören	(seit 26.02.2020)
	Winkler, Yvonne		
beratendes Mitglied	Bär, Claudia		

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	12	12	11

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	168	23	168	25	163	26	0	0
Umlaufvermögen	543	76	510	74	454	73	33	6
Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	8	1	7	1	-1	-13

Bilanzsumme	718	100	686	100	624	100	32	5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	285	40	273	40	222	36	12	4
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	31	4	31	5	29	4	0	0
Rückstellungen	382	53	360	52	356	57	22	6
Verbindlichkeiten	20	3	22	3	17	3	-2	-9

Bilanzsumme	718	100	686	100	624	100	32	5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.044	1.071	1.047
Personalaufwand	880	824	806
Abschreibungen	10	6	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	147	145	134
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	4	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9	41	0
Ergebnis nach Steuern	12	51	93
Jahresüberschuss	12	51	93

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2020	2019	2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	22	57	102	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	116	119	116	T€
Personalaufwandsquote:	84,31	76,90	77,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,01	4,18	4,66	%
Eigenkapitalquote:	39,70	39,79	35,65	%
Fremdkapitalquote:	60,30	60,21	64,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2020 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2019 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2019 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2021 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2019 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2019 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum zehnten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2019 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2018 erhöhten sich die Wertansätze im Wesentlichen aufgrund der Zuordnung von 24,3 % der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zur Stadt Halle (Saale) und der damit verbundenen erstmaligen Bilanzierung.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Überarbeitung der Internet-Präsenz

Zur Erreichung der Zielstellung der „Überarbeitung der Internet-Präsenz“ ist nach umfangreicher Bestandsaufnahme die Aktualisierung und Ergänzung (z. B. Glossar mit Fach-Vokabular) der bestehenden Inhalte der Internet-Präsenz erfolgt.

Im Hinblick auf eine Neukonzeption der Homepage wurde, in Abstimmung mit der IT-Consult Halle GmbH, auch die Möglichkeit einer technischen Integration der Internet-Präsenz (in Teilen bzw. neu konzipiert) unter Beibehaltung der Internet-Adresse <http://www.bma-halle.de> auf dem Webserver bzw. der Homepage der Stadt Halle (Saale) geprüft.

Anhand der erzielten Erkenntnisse aus dem Austausch mit dem IT-Dienstleister konnte festgehalten werden, dass zusätzlich die technische Neukonzeption der Homepage (u. a. Implementierung neues Content Management System) im Jahr 2021 erforderlich sein wird.

7. Absicherung einer kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2021** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung des Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,
- durch Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei der **Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** durch Unterstützung der Entscheidungsprozesse personalwirtschaftlicher Maßnahmen,

- bei der **Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH** mit der Unterstützung bei der Umsetzung eines geordneten Generationenwechsels und Abschluss des neuen Anstellungsvertrages und
- bei der **Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG** mit der Unterstützung bei der Abstimmung mit dem Land zur Auslegung des Berechnungsschemas zur Bestimmung der jährlichen Abgeltungsverpflichtungen der Stadt gegenüber dem Land.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Unterstützung bei der Erarbeitung eines Strukturkonzeptes zur **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** von Stadt und Land für die Haushaltsjahre 2023 ff. und
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus**).

Die **Corona-Pandemie** hatte auf die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt im Wirtschaftsjahr 2020 keine Auswirkungen.

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf der Rückstellungsbildung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2020 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von 159 TEUR bilden die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung ab, nach der die von der BMA erbrachten Leistungen einen Betrieb gewerblicher Art begründen. Die Steuerrückstellungen betreffen in Höhe von insgesamt 143 TEUR Risiken, dass die Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 bis 2020 – zumindest in Teilen – der Umsatzbesteuerung unterliegen.

Ferner werden in den Steuerrückstellungen Verpflichtungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag für den Veranlagungszeitraum 2019 in Höhe von 16 TEUR ausgewiesen.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 10 TEUR erhöht. Die während der Aktivphase erdienten Gehaltsansprüche des ehemaligen Vorstandes aus seinem Dienstvertrag wurden letztmalig im September 2020 ausgezahlt. Gleichzeitig wurde im Wirtschaftsjahr 2020 eine Rückstellung für sonstige Personalkosten im Zusammenhang mit der an den ehemaligen Vorstand gewährten Altersversorgung gebildet (45 TEUR).

Diese berücksichtigt die Verpflichtung, die laufenden Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung um jährlich 1 % zu erhöhen.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2020 mit 12 TEUR (Vorjahr: 51 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Anstalt die Transferzahlungen sowie die Liquidität dar.

Bei der Planung wurde für das Wirtschaftsjahr 2020 von einem Jahresverlust in Höhe von 20 TEUR ausgegangen. Ursache für die Erzielung eines Jahresgewinns sind hauptsächlich die außerplanmäßigen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (115 TEUR), vorrangig geprägt durch die Teilauflösung der Rückstellung für Pensionen (108 TEUR) aufgrund geänderter Bewertungsparameter mit Eintritt des Versorgungsfalls.

Darüber hinaus wurden Budgets im Bereich der Personalkosten, der Fortbildungs- sowie Reisekosten aufgrund der Corona-Pandemie und der Rechts- und Beratungskosten nicht ausgeschöpft.

Durch diese Effekte konnte die Rückstellungsbildung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 vollständig kompensiert werden.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.054 TEUR (Vorjahr: 1.040 TEUR) erhalten.

Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 16 % (Vorjahr: 17 %).

Die **Personalkosten** haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf der Bildung einer Rückstellung für sonstige Personalkosten im Zusammenhang mit der an den ehemaligen Vorstand gewährten Altersversorgung (45 TEUR). Zusätzlich haben individualvertragliche Anpassungen der Gehälter für alle Mitglieder der Belegschaft zu Kostensteigerungen geführt.

Die gegenüber dem Vorjahr höheren Raumkosten beruhen auf dem neuen Mietvertrag für die Geschäftsräume der BMA zum 01.03.2020 zu erhöhten Konditionen. Die übrigen **Sachkosten** bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2020 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens- und Finanzlage keine wesentlichen Veränderungen. Die Ertragslage hat sich vorrangig aufgrund der erstmaligen Berücksichtigung einer Rückstellung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 in Höhe von 143 TEUR sowie die Bildung einer Rückstellung im Zusammenhang mit der an den ehemaligen Vorstand gewährten Altersversorgung (45 TEUR) verschlechtert. Positiv hingegen hat sich die Teilauflösung der Rückstellungen für Pensionen (108 TEUR) aufgrund geänderter Bewertungsparameter mit Eintritt des Versorgungsfalls auf die Ertragslage der Anstalt ausgewirkt.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2020 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2020 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Technische Neukonzeption der Internet-Präsenz.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 20 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.069 TEUR.

Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie einmalig zu erwartende Rechts- und (Steuer-)Beratungskosten für die bislang noch ausstehende endgültige Entscheidung des Finanzamts Halle (Saale) zur Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen der Stadt an die BMA. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2021 werden keine Auswirkungen aus der **Corona-Pandemie** hinsichtlich der Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt erwartet.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Durch die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Behandlung der Geschäftstätigkeit der BMA ab dem Veranlagungszeitraum 2018 besteht das Risiko einer Verschlechterung des Jahresergebnisses sowie das Risiko der Entstehung einer finanziellen Deckungslücke im Wirtschaftsjahr 2021 aufgrund der bei Richtigkeit der geänderten Rechtsauffassung der Finanzverwaltung anfallenden steuerlichen Mehrbelastungen.

Aufgrund der für den Monat Dezember 2018 durchgeführten Umsatzsteuer-Sonderprüfung kommt das Finanzamt Halle (Saale) in seinen vorläufigen Prüfungsfeststellungen vom 17. Juli 2019 zunächst zu dem Ergebnis, dass die BMA unternehmerisch tätig sei.

Da nur eine teilweise Übertragung der Aufgaben des kommunalen Beteiligungsmanagements an Steuer- oder Wirtschaftsberatungsgesellschaften zulässig sein dürfte, erscheint es fraglich, ob tatsächlich eine größere Wettbewerbsverzerrung im Fall der BMA droht.

Eine unternehmerische Tätigkeit kommt allenfalls bei einem Teil der von der BMA satzungsgemäß wahrgenommenen Aufgaben in Betracht.

Das Finanzamt hat in seinem Schreiben vom 8. Dezember 2020 den Anteil administrativer Tätigkeiten der BMA (auf Dritte übertragungsfähige Tätigkeiten) beziffert, der nach derzeitiger Rechtsauffassung der Umsatzsteuer unterliegt. Im Sinne des Vorsichtsprinzips ist zur Abbildung dieses Risikos erstmalig im Wirtschaftsjahr 2020 eine Rückstellung für voraussichtlich abzuführende Umsatzsteuer in Höhe von 143 TEUR für die Veranlagungszeiträume 2018 bis 2020 gebildet worden.

Über die Höhe des Anteils der administrativen Aufgaben befindet sich die BMA mit dem Finanzamt noch in Abstimmung.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen. Somit stellen die Mitarbeiterzufriedenheit, eine wettbewerbsfähige Vergütungsstruktur sowie die Attraktivität der Anstalt als Arbeitgeber insgesamt, die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren der BMA dar.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Zusammenfassend haben sich die Chancen der Anstalt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Risikolage der BMA hat sich aufgrund der dargelegten umsatzsteuerlichen Problematik gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Saalesparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalesparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalesparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalesparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalesparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

Öffentlicher Zweck:

Die Saalesparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen Meßmer, Alexander
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Handschak, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	2. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik Beyer, Jens

Verwaltungsrat:

Bürger, Tino
Dr. Czikowsky, Halina
Dr. Hagenau, Dietlind
Ettingshausen, Rüdiger
Hänsel, Andreas
Helmich, Dennis
Leibrich, Uwe
Moll, Thomas
Müller, Thomas
Prinzler, Torsten
Schaaf, Mario
Schröder, Florian
Schwab, Tobias
Sorge, Alexander

c) Gesamtbezüge der Organe

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	98	103	104

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Vorstandsmitglieder wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100,00
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,40
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,80
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	18,18
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	18,23
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2020		2019		2018		Veränderungen 2020 zu 2019	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	617.136	12	476.566	10	503.680	11	140.570	29
Forderungen an Kreditinstitute	86.242	2	90.734	2	85.425	2	-4.492	-5
Forderungen an Kunden	2.569.914	48	2.470.934	51	2.360.343	51	98.980	4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.440.694	27	1.304.142	27	1.265.187	27	136.552	10
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	457.432	9	385.304	8	317.877	7	72.128	19
Beteiligungen	12.902	0	22.306	0	11.337	0	-9.404	-42
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.165	0	18.165	0	25	0	0	0
Treuhandvermögen	61.048	1	62.253	1	66.471	1	-1.205	-2
Immaterielle Anlagewerte	79	0	117	0	155	0	-38	-32
Sachanlagen	76.107	1	47.627	1	49.648	1	28.480	60
Sonstige Vermögensgegenstände	7.089	0	7.813	0	8.292	0	-724	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.244	0	1.526	0	1.727	0	-282	-18

Bilanzsumme	5.348.052	100	4.887.487	100	4.670.167	100	460.565	9
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	194.852	4	184.601	4	187.343	4	10.251	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.537.183	85	4.139.325	85	3.923.552	84	397.858	10
Treuhandverbindlichkeiten	61.047	1	62.253	1	66.471	2	-1.206	-2
Sonstige Verbindlichkeiten	2.882	0	3.477	0	3.107	0	-595	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	373	0	500	0	678	0	-127	-25
Rückstellungen	39.587	1	43.091	1	36.873	1	-3.504	-8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	300.900	5	245.100	5	245.100	5	55.800	23
Eigenkapital	211.228	4	209.140	4	207.043	4	2.088	1

Bilanzsumme	5.348.052	100	4.887.487	100	4.670.167	100	460.565	9
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	32.383		26.123		30.604		6.260	24
Andere Verpflichtungen	205.944		123.672		106.460		82.272	67

bb) GuV

	2020	2019	2018
	T€	T€	T€
Zinserträge	67.470	70.577	74.357
Zinsaufwendungen	3.678	6.272	7.559
Laufende Erträge	12.478	13.241	11.444
Provisionserträge	37.895	38.915	39.179
Provisionsaufwendungen	4.085	2.997	2.636
Sonstige betriebliche Erträge	9.673	6.445	13.287
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	68.719	71.951	71.147
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.915	3.682	3.647
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.266	9.252	9.017
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	44.855	5.154
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	39.071	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	0	12.620
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1.743	33.549	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	8	76	7
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	55.800	0	8.300
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	21.859	23.642	18.180
Steuern vom Einkommen und Ertrag	19.525	21.342	15.961
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	247	202	171
Jahresüberschuss	2.087	2.098	2.048
Bilanzgewinn	2.087	2.098	2.048

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	12,74	0,46	2,34	%
Cash-Flow:	6.002	50.634	23.469	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	202	199	204	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	33,94	34,42	31,82	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,42	0,97	1,06	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	9,58	9,29	9,68	%
Fremdkapitalquote:	90,42	90,71	90,32	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018	Angaben in
Kundeneinlagen	4.537,2	4.139,3	3.923,6	Mio. €
davon Spareinlagen	1.053,6	1.037,3	1.018,4	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.569,9	2.470,9	2.360,3	Mio. €
Filialen	45	45	46	Anzahl
SB-Filialen	37	37	40	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2020

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2020 war durch eine Rezession geprägt, deren Ausmaß sehr dem Jahr 2009 mit den Folgen der Finanzkrise ähnelt. Die Ursachen und auch die sektorale Betroffenheit sind jedoch anders gelagert. Durch die Pandemie und deren Einschränkungen finden direkte Eingriffe in Produktions- und Konsummöglichkeiten der Realwirtschaft statt. Nach der Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich aus dem wechselhaften Verlauf im Gesamtjahr 2020 eine reale BIP-Veränderung von -5,0 %.

Die privaten Konsumausgaben waren 2020 mit 6,0 % in ungewöhnlichem Umfang rückläufig. Dieser Rückgang war deutlich stärker als der Rückgang der Einkommen, welche für weite Teile der Bevölkerung aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen abgedeckt werden konnten. Zu dieser Abfederung haben die großzügigen Kurzarbeitsregelungen der Agentur für Arbeit und Corona-Hilfen des Bundes beigetragen.

Der Preisauftrieb war 2020 sehr verhalten. Die Pandemie wirkte sich sowohl angebotsseitig als auch nachfrageseitig aus. Die gedrückte Nachfrage überwog jedoch in ihrer Wirkung auf die Preise.

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland für das Jahr 2020 um 0,9 Prozentpunkte auf 5,9 % gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 429.000 zurückgegangen.

In Sachsen-Anhalt erhöhte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2020 auf 7,7 % gegenüber 7,1 % im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten im Jahr 2020 in der Stadt Halle (Saale) sowie im Saalekreis im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gestiegen.

Der Prognose entsprechend ist die Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt nach wie vor rückläufig. Dies resultiert insbesondere aus der Entwicklung im Saalekreis. Vonseiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während für die Stadt Halle von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Sowohl bei den kurzfristigen Zinsen (drei Monate bis ein Jahr) als auch im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich (5 bis 10-Jahres Zins) lagen die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2020 im negativen Bereich. Die Zinsentwicklung im Jahr 2020 war leicht rückläufig.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex (DAX) war in 2020 sehr volatil. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende einen Stand von 13.719 Punkten. Die im Jahr 2020 aufgetretenen Verluste konnten mehr als ausgeglichen werden.

Die EZB hat den negativ verzinslichen Satz für die Einlagefazilität von -0,5 % p. a. im Jahresverlauf beibehalten. Dieser Satz ist der in der aktuell herrschenden Überschussliquiditätssituation entscheidende Leitzinssatz, der das Geld- und Kapitalmarktgeschehen prägt. Der Hauptrefinanzierungssatz sowie der Spitzenrefinanzierungssatz blieben unverändert.

Die Immobilienmarktentwicklung erwies sich trotz der Herausforderungen und Veränderungen im Jahr 2020 als stabil, dieses zeigte sich besonders im Bereich Wohnen.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse. Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden und bewegt sich damit erneut über den Erwartungen. Im Geschäftsjahr 2020 konnten die Planannahmen im Geschäftsfeld Kreditgeschäft im Wesentlichen erreicht und im Einlagengeschäft sogar übertroffen werden.

Der Zinsüberschuss legte über den Planwert hinaus zu, blieb allerdings leicht unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele nicht erreichen und bewegt sich deutlich unter dem Vorjahr. Die Verwaltungsaufwendungen liegen jedoch wesentlich sowohl unter dem Planwert als auch unter dem Vorjahreswert. Die Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Jahr 2020 kann gegenüber der Planung als stabil eingeschätzt werden, auch weil in geringerem Umfang Bewertungsmaßnahmen erforderlich waren.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Geschäftsjahr 2020 zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 99,0 Mio. EUR auf 2.569,9 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 4,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einem Rückgang um 3,7 % (Vorjahr 4,0 %) unter dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen sank um 0,1 % (Vorjahr 2,8 %), es liegt damit leicht unter den Erwartungen. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 14,4 % (Vorjahr 9,8 %) über die Planvorgaben hinaus ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 5,6 % (Vorjahr 9,1 %). Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten verringerte sich um 54,2 Mio. EUR bzw. 0,5 % entgegen den Planvorgaben.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Rückgang bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (-44,1 Mio. EUR bzw. -12,8 %). Demgegenüber erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 128,0 Mio. EUR bzw. 5,8 %.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 23,9 % und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 66,5 % erhöht.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich bis Ende 2020 um 204,2 Mio. EUR (+11,5 %) auf insgesamt 1.984,4 Mio. EUR, sie bewegen sich damit leicht über unseren Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 4,5 Mio. EUR (5,0 %) auf 86,2 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) erhöhte sich um 208,7 Mio. EUR auf 1.898,1 Mio. EUR. Dies entspricht einer Erhöhung um 12,4 % gegenüber dem Vorjahr und ist vornehmlich auf Neuinvestitionen in Schuldverschreibungen sowie Spezialfonds zurückzuführen. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 114,1 Mio. EUR bzw. 16,3 % auf 811,5 Mio. EUR erhöht. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Staatsanleihen.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 457,2 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf um 72,1 Mio. EUR erhöht, darunter sind ca. 87,2 % des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 10,5 % der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung. Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 12,9 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,2 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 5,4 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt entfallen. Dabei ist die Beteiligung am Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt zum Vorjahr um 9,5 Mio. EUR zurückgegangen.

Der Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt hat mit Wirkung zum 01.01.2020 seine Beteiligungen an der ÖSA Feuer sowie der ÖSA Leben veräußert. Auf die Saalesparkasse entfällt ein anteiliger Verkaufspreis in Höhe von 4,9 Mio. EUR. Die verbleibende indirekt für die Sparkassen gehaltene Beteiligung an der NORD/LB wird im Jahresabschluss per 31.12.2020 aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Bank, die u. a. aus der Pandemie erwartet werden, teilweise abgeschrieben und führt zu einem Rückgang des Beteiligungsbuchwertes der Saalesparkasse um 4,9 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse hält darüber hinaus eine stille Einlage an der NORD/LB in Höhe von 4,2 Mio. EUR, welche durch die Bank zur Optimierung ihrer Kapitalstruktur zum 31.12.2021 gekündigt wurde. Die in Folge dessen vorgenommene Bewertung der Saalesparkasse führt zu einer weiteren Abschreibung im Jahresabschluss 2020.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-gesellschaft Halle mbH eine 100 %-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht.

Als weiteres verbundenes Unternehmen hält die Saalesparkasse seit 2019 100% der Anteile der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) mit Sitz in Halle (Saale) mit einem Buchwertwert von 18,1 Mio. EUR, deren Immobilienbestand des Wohnviertels „Pauluspark“ in Halle (Saale) zur Portfoliodiversifizierung der Wohnimmobilien der Saalesparkasse beiträgt.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 397,9 Mio. EUR (9,6 %) auf 4.537,2 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals deutlich unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 16,2 Mio. EUR oder 1,5 % auf 1.053,6 Mio. EUR leicht erhöht. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unseren Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zulasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem Rückgang des Festzinssparens sowie in einem nochmaligen Rückgang des Prämiensparens widerspiegelte. Demgegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 16,4 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit einem Zuwachs von 381,7 Mio. EUR wesentlich positiver als geplant. Dabei zeichneten sich die Zuwächse aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um diesen Betrag erneut zulegten und damit unsere Planwerte deutlich übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 10,3 Mio. EUR bzw. 5,6 % auf 194,7 Mio. EUR leicht erhöht.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr reduzierte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots deutlich um 16,8 Mio. EUR oder 10,3 % auf 145,8 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich im Jahr 2020 um 188 Stück auf 28.931 Stück. Das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um 39,0 Mio. EUR oder 5,2 % auf 795,0 Mio. EUR gewachsen.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten die geplanten Erwartungen in fast allen Bereichen nicht erreicht werden. Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2020 im Volumen eine negative Entwicklung. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2020 für die Lebensversicherungen bei 1,8 Mio. EUR und damit unter dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen hingegen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 5,3 Mio. EUR und liegt somit um 0,4 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Bei den Sachversicherungen veränderte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert nur unwesentlich und erreicht einen Wert von 1,4 Mio. EUR. Durch die besondere Situation und daraus resultierende Einflüsse konnten die Vertriebsziele im Jahr 2020 nicht erreicht werden.

Bei den Bausparverträgen setzt sich die rückläufige Entwicklung aus dem Vorjahr fort. Das im Jahr 2020 abgeschlossene Volumen liegt bei 96,7 Mio. EUR und damit um 2,1 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjahresergebnis nur knapp nicht erreicht werden. Insgesamt wurden 127 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt blieb im gleichen Zeitraum bei 0,14 Mio. EUR. Die in 2020 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen damit wieder 1,4 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Auch in den Monaten mit Einschränkungen durch die Corona-Pandemie waren wir für unsere Kunden auf allen Kanälen erreichbar. Alle Filialen hatten bis auf wenige temporäre Ausnahmen mit angepassten Servicezeiten geöffnet und unser Beratungsangebot per Telefon stieß auf reges Interesse unserer Kunden. Insbesondere unsere gewerblichen Kunden konnten in dieser herausfordernden Situation von unseren Beratungsangeboten bei Finanzierungen oder staatlichen Unterstützungsangeboten profitieren.

Die anhaltende Niedrigzinsphase verändert das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen weiterhin. Aufgrund dieser Situation an den Kapitalmärkten mit zunehmend negativen Zinssätzen hat die Saalesparkasse einen weiteren Teil der im Bestand befindlichen Verträge „S-Prämien sparen flexibel“ ohne Laufzeitbegrenzung gekündigt. Betroffen waren ausschließlich Verträge, die die höchste Prämienstufe erreicht hatten.

Mit der Einführung des Deka-Abräumsparens oder des Deka Junior-Plan Plus erweitern wir die Angebote zum regelmäßigen Wertpapiersparen. Das Angebot rund um das Girokonto wurde weiter ausgebaut. Seit September 2020 besteht für Nutzer der Sparkassen-Card (Girocard) die Möglichkeit, mit Apple Pay bequem mobil zu bezahlen. Der Angebotsumfang der Echtzeitüberweisung wurde durch die Erhöhung des Maximalbetrages auf 100.000 EUR und die Funktion der Sammelüberweisung erweitert.

Unsere digitalen Angebote wurden weiter ausgebaut. Dafür stehen die Einführung des Anlagefinders in der Internetfiliale, der Start der S-Invest-App als sinnvolle Erweiterung der Sparkassen-App oder das persönliche Finanzmanagement im Onlinebanking.

2.10 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2020 waren in der Saalesparkasse 666 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr marginal verringert. Die Zahl der Teilzeitkräfte ist mit 291 gegenüber dem Vorjahr geringfügig höher. Im Berichtsjahr haben 15 Auszubildende am 1. August 2020 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 44 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 6 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,3 Mio. EUR aufgewendet.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 115 Geldautomaten, 107 Kontoauszugsdruckern und 17 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2020 rund 7,7 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten rund 901,3 Mio. EUR verfügt wurden.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Insgesamt belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2020 auf 453,9 Mio. EUR. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2020 mit 14,8 % über den gesetzlichen Mindestanforderungen (KWG i. V. m. CRR). Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestgesamtkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0 %) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP: 2,0 %) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestkapitalanforderung für 2020 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 12,5 % und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 48,1 % (Vorjahr 50,6 %) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 26,9 % (Vorjahr 26,8 %) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 84,8 % (Vorjahr 84,7 %) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (3,6 %), die im Vorjahresvergleich (3,8 %) nahezu konstant blieben.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2020 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag und die Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Risikovorsorge nach § 340f HGB.

Die Saalesparkasse verfügt über eine angemessene Kapitalausstattung, die den Rahmen für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 211,2 Mio. EUR (3,95 % der Bilanzsumme) betragen.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderte Kennzahl gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/61 wurde stets eingehalten.

Die Guthaben, die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschrieben sind, unterhielt die Saalesparkasse bei der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase überwiegend kurzfristig gebunden. Demgegenüber stehen auf der Aktivseite ausreichend Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank und der Nord/LB sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 205,9 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2020 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachfolgende Übersicht enthält eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres.

Position	31.12.2020 in Mio. EUR	in % der DBS*	% der DBS LSA*	31.12.2019 in Mio.	in % der DBS*	% der DBS LSA*
Zinsüberschuss	73,7	1,44	1,58	74,3	1,57	1,75
Provisionsüberschuss	33,8	0,66	0,72	35,9	0,76	0,76
Sonstige betriebliche Erträge	5,7	0,11	0,04	5,6	0,12	0,05
Verwaltungs- aufwendungen	-71,0	-1,39	-1,43	-72,5	-1,54	-1,58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,9	-0,06	-0,02	-3,0	-0,06	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	39,4	0,77	0,88	40,3	0,86	0,96
Bewertungsergebnis	1,5	0,03	-0,09	33,4	0,71	0,18
Neutrales Ergebnis	-8,5	-0,17	-0,14	-4,7	-0,10	-0,08
Ertragsteuern	-19,5	-0,38	-0,27	-21,3	-0,45	-0,31
Veränderung der Vorsorgereserven (saldiert)	-10,8	-0,21	-0,33	-45,6	-0,97	-0,69
Jahresüberschuss	2,1	0,04	0,04	2,1	0,04	0,06

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2020 und 2019
 Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
 LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mio. EUR bzw. um 0,8 % geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Obwohl der Planwert leicht übertroffen werden konnte, hat ein geringerer Zinsertrag im Depot A insbesondere aus Fondsausschüttungen zur rückläufigen Entwicklung im Berichtsjahr geführt.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 83,2 Mio. EUR (Vorjahr: 86,6 Mio. EUR) nochmals geringeren Zinserträge liegen besonders in einem niedrigeren Ergebnis im Eigengeschäft begründet. Der Planwert wurde leicht unterschritten. Verglichen mit dem Vorjahr verminderten sich erneut die Zinsaufwendungen mit 4,7 Mio. EUR (Vorjahr: 7,5 Mio. EUR). Darin sind vereinnahmte Verwarentgelte enthalten. Der mit den Zinserträgen saldierte Aufwand aus den getätigten Zinssicherungsvereinbarungen (Swaps) belief sich auf 4,8 Mio. EUR.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zinsspanne von 1,44 % (Vorjahr 1,57 %), die unter dem Planwert und dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,58 %) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 33,8 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (35,9 Mio. EUR) sowie deutlich unter dem geplanten Wert (36,8 Mio. EUR). Rückläufig waren im Vergleich zum Vorjahr insbesondere die Erträge aus dem Barzahlungsverkehr aufgrund deutlich gesunkener Transaktionen und dem Verbundgeschäft (Bausparen, Versicherungen und Wertpapiergeschäft), die auch deutlich unterhalb der Planwerte lagen.

Das Wertpapierleihegeschäft führte zu einem Ergebnis in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr 1,3 Mio. EUR), welches die getroffene Planvorgabe von 0,8 Mio. EUR erneut überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden wesentlich durch die Grundstücks- und Gebäudeerträge sparkasseneigener Immobilien, deren Bestand durch Neuerwerbungen gestiegen ist, geprägt. Sie bewegten sich mit 5,7 Mio. EUR (Vorjahr 5,6 Mio. EUR) über dem Planwert (5,0 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen (71,0 Mio. EUR) lagen unter dem Niveau des Vorjahres (72,5 Mio. EUR), sie bewegen sich dabei leicht unter dem geplanten Niveau (71,7 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sanken um 1,1 Mio. EUR auf 43,2 Mio. EUR (0,84 % der DBS) und lagen damit leicht unter dem Planwert von 44,0 Mio. EUR. Die angebotenen Teilzeitregelungen in Verbindung mit der Corona-Pandemie und die geringer ausgefallenen Tarifsteigerungen haben zu diesem Ergebnis geführt.

Der Sachaufwand lag bei 27,8 Mio. EUR (Vorjahr 28,2 Mio. EUR) mit 0,54 % der DBS und entsprach damit dem des Planwertes. Die Positionen mit Einsparungen (Aufwendungen für Aus – und Weiterbildung, Reisekosten sowie Werbeaufwand) standen höheren Aufwendungen aus der Bankenabgabe und für externe Berater gegenüber.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich mit 39,4 Mio. EUR um 0,9 Mio. EUR oder 2,2 % gegenüber dem Vorjahresergebnis verringert. Damit liegt die Saalesparkasse unter dem Planwert (40,4 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) mit 64,3 % fast nicht verändert (Vorjahr 64,2 %). Der Planwert (64,0 %) wurde damit nicht erreicht.

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 1,5 Mio. EUR (0,03 % der DBS). Während zwar auch Risikovorsorgemaßnahmen bei Schuldscheindarlehen erforderlich waren, ist die deutlich positivere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-7,7 Mio. EUR) im Wesentlichen auf die weitere Einlieferung von Immobilienfonds in einen Masterfonds und die damit verbundene Gewinnrealisierung in Höhe von 9,2 Mio. EUR zurückzuführen. Diesen Gewinnen stehen jedoch in der GuV-Gesamtbetrachtung auch die entsprechenden steuerlichen Belastungen in gleicher Höhe gegenüber.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -0,8 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Gegenüber den Modellannahmen aus der Planung in Höhe von -3,7 Mio. EUR stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich positiver dar. Bedingt durch Fremdadlösungen, aber auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung ein deutlich günstigerer Ist-Wert als der ursprünglich erwartete Bewertungsbedarf ermittelt.

Das sonstige Bewertungsergebnis (0,8 Mio. EUR) fällt gegenüber dem Planwert in Höhe von -2,6 Mio. EUR und dem Vorjahr (-0,1 Mio. EUR) geringer aus. Wesentlicher Grund für die positive Abweichung gegenüber dem Planwert ist, dass die Abschreibung der indirekt über den SBV gehaltenen Nord/LB-Beteiligung in Höhe von 4,9 Mio. EUR im neutralen Aufwand ausgewiesen wird.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit +1,5 Mio. EUR bzw. 0,03 % der DBS leicht positiv dar.

Das neutrale Ergebnis fällt mit insgesamt -8,5 Mio. EUR deutlich negativer gegenüber dem Planwert (-1,1 Mio. EUR) aus und auch gegenüber dem Vorjahr (-4,7 Mio. EUR). Auf die Ausführungen zum sonstigen Bewertungsergebnis wird verwiesen.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,039 %.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote soll der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr 2020 als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2020 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurde ein neues Swapgeschäft abgeschlossen. Drei Zinsswapgeschäfte wurden fällig. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen. Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos. In der Saalesparkasse kommt ein strategiebasiertes Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Die Grundlagen dafür bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien.

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. In mindestens jährlichem Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und – inklusive möglicher Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen - mit diesem erörtert.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikoarten Adressen-, Marktpreis-, Beteiligungs- und Liquiditätsrisiko sowie operationelles Risiko und sonstige Risiken ein.

Ausgehend von den in der Risikostrategie definierten wesentlichen Risikoarten des Bankgeschäftes werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit nachfolgende Risikoarten limitiert:

- Adressenrisiko Kundengeschäft
- Adressenrisiko Eigengeschäft
- Zinsspannenrisiko
- Marktpreisrisiko Depot A
- Immobilienobjektrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Operationelle Risiken
- Vertriebsrisiko Dienstleistungsgeschäft
- Refinanzierungsrisiko

Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Saalesparkasse ist der Begriff „Risiko“ als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrundeliegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten. Zur Steuerung in der Saalesparkasse dient die periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern).

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption ist als rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung ausgestaltet.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial setzt sich aus der nicht zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen gebundenen Sicherheitsrücklage, dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem erwarteten Betriebsergebnis nach Bewertung und Steuern zusammen.

Als steuerungsrelevantes Szenario dient das Risikoszenario. Das Gesamtlimit im Risikoszenario wird ausgehend vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial unter Beachtung der in der Risikostrategie verankerten strategischen Zielgröße, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 8,0 % zuzüglich eines Managementpuffers sowie der harten Kapitalanforderung gemäß SREP, bereitgestellt. Der Managementpuffer beläuft sich dabei auf 1,25 %. Er deckt sowohl das eigene Sicherheitsniveau als auch den aktuellen und künftig erwarteten institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffer ab.

Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und ggf. Limite angepasst. Das Risikoszenario dient als steuerungsrelevantes Szenario mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Die Risikomessung erfolgt dabei auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 95 %.

Mithilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche, Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, einen langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist sowohl durch die Ausgestaltung der Szenarien als auch durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird von den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral von der Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Provisions- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach den MaRisk Rechnung getragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Prüfungsaufgaben von der Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab / Compliance installiert. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Das Adressenrisiko umfasst einerseits die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Kreditnehmers (auch im Sinne eines Emittenten/ Kontrahenten¹) sowie Eventualverbindlichkeiten (wie beispielsweise Avale) (Ausfallrisiko). Ein weitere Komponente des Adressenrisikos stellen sich im Zeitablauf ändernde Bonitätseinstufungen (Ratingklassen) des Kreditnehmers dar², in deren Folge ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Darüber hinaus umfasst es auch die Konstellation, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst das Risiko eines Ausfalls oder einer Bonitätsänderung eines Schuldners, der selbst ein ausländischer öffentlicher Haushalt ist. Ein weiterer Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten ca. zu knapp einem Fünftel an Kreditnehmer mit Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Frankreich stellt dabei das Sitzland mit dem höchsten Investitionsvolumen dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieranleihen von Staaten, Banken und Unternehmen.

¹ Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in

- ein Wiedereindeckungsrisiko (Risiko, dass ein Geschäftspartner ausfällt und ein ursprünglich abgeschlossenes Geschäft zu neuen ungünstigeren Konditionen erneut abgeschlossen werden muss),
 - ein Erfüllungsrisiko (Gefahr, dass eine getätigte Transaktion nicht oder nicht rechtzeitig abgewickelt wird, d.h. das Risiko, dass der Käufer nicht bezahlt oder der Verkäufer das Transaktionsobjekt nicht liefert)
- und ein Vorleistungsrisiko (Risiko, dass eine Seite bei einem Wertpapiergeschäft leistet - Geld wird überwiesen bzw. ein Wertpapier wird übertragen -, die andere Seite jedoch nicht leistet)

² In der Regel erhöht sich der Spread durch den Wechsel in eine schlechtere Ratingklasse.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 auf insgesamt 192,4 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 101,6 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 62,3 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte zum Beispiel in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist unter anderem die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren und über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (zum Beispiel Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfänglich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

7.3.1.1 Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 95,9 % ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I (Rating 1 bis 9) mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 2,2% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II (Rating 10 bis 15C) mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III (Rating 16 bis 18) entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 wenn erforderlich durch eine Risikovorsorge abgesichert sind. Auswirkungen der Pandemie sind aktuell nicht erkennbar und werden zeitlich verzögert erwartet.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenrisiken im Kundengeschäft einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung des Kreditportfoliomodells Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0 % für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Das gemäß der rollierenden Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitskonzeption für die kommenden 12 Monate festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 12,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 67,7% beansprucht.

7.3.1.2 Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung. In Ergänzung der bestehenden Risikofrüherkennung bei Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds wird als weiteres Instrument die Informationssammlung der Coface Rating GmbH genutzt, die neben volks- und betriebswirtschaftlichen Daten auch Zahlungsstörungsmeldungen analysiert.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 79,6 % im Investment-Grade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 4,2 % im Speculative-Grade (Ratingklassen 6 bis 18) vertretbare Risiken auf. 0,1 % gelten als ausgefallen. Weitere 16,1% des Volumens entfallen auf die Liquiditätshaltung bei der Deutschen Bundesbank und weisen kein Rating aus.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten. Zur Reduzierung von Größenkonzentrationen wurden Bestände einzelner Emittenten im Verlauf des Geschäftsjahres abgebaut.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Volumenlimit eingeräumt. Darüber hinaus wird zur Steuerung der Emittenten- und Kontrahentenrisiken ein Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet.

Die Ermittlung der Adressenrisiken für Eigenanlagen für Zwecke der Risikotragfähigkeit erfolgt in Analogie zum Kundengeschäft über ein Kreditportfoliomodell, welches sowohl die aktuelle Portfoliostruktur als auch das geplante Neugeschäft berücksichtigt. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Neben den Portfoliodaten (insbesondere Volumen und ratingbezogene Ausfallwahrscheinlichkeit) werden dabei auch übergreifende Parameter (beispielsweise eine Migrationsmatrix und Recovery Rates) berücksichtigt.

In die auf Ratings basierende Risikoermittlung werden auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings einbezogen. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei im Wesentlichen auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die Auslastung der für die Emittenten und Kontrahenten eingeräumten Volumenlimite wird täglich überwacht. Darüber hinaus wird das Adressenrisiko des Depot A regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 12,0 Mio. EUR wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 54,1 % beansprucht.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiko wird in der Saalesparkasse die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen, Aktienkurse und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Das ebenfalls im Marktpreisrisiko abgebildete Immobilienrisiko umfasst sowohl Immobilieninvestitionen mit fremden Management, die aus Immobilienfonds oder Immobiliengesellschaften resultieren (Immobilienrisiko Fonds), sowie Immobilien im eigenen Management zum Zweck der Renditeerzielung (Immobilienobjektrisiko).

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption werden dabei neben dem Zinsspannenrisiko auch das Marktpreisrisiko des Depot A (incl. des Immobilienrisikos aus Fonds) sowie das Immobilienobjektrisiko limitiert.

Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnung einen Zinsrisikoeffizienten größer als 20,0 % aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2020 bei 11,1 % und damit deutlich unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im April 2020 mit 15,1 % ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 17 Sicherungsgeschäfte zur Absicherung eines Volumens von 383 Mio. EUR nominal.

Neben der Erhöhung der Investitionen in Spezialfonds erfolgten ebenfalls Neuinvestitionen im Rentenportfolio. Insgesamt hat sich die Duration im Wertpapierportfolio leicht verringert. Im Ergebnis dessen konnte, trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und den Effekten aus der Covid 19-Pandemie, auch durch diese aktiven Steuerungsmaßnahmen der geplante Zinsüberschuss für das Geschäftsjahr 2020 positiv beeinflusst werden.

Für die im Anlagevermögen der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird im Jahresabschluss wie im Vorjahr das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale, die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelsmäßig für das Anlagebuch und das Gesamtdepot ermittelt. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie den Value-at-Risk für eine Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 95 % informiert.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Handelsgeschäfte zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt und die Effekte als Marktpreisrisiko Depot A quantifiziert. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds werden dabei anhand eines Benchmarkportfolio-Ansatzes ermittelt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 95 % gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Auch für die Immobiliendirektanlagen werden für Zwecke der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der Risikofaktoren Wertrisiko, Adressrisiko (Mietausfallrisiko) sowie Leerstands- und Betriebsrisiko Szenarioanalysen durchgeführt. Die Effekte, die daraus resultierend zu einer Wertminderung der Immobilien führen können, werden als Immobilienobjektrisiko quantifiziert.

Das für das Immobilienobjektrisiko für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit in Höhe von 0,6 Mio. EUR wird zum Bilanzstichtag nicht beansprucht.

Für das Zinsspannenrisiko ergibt sich zum Bilanzstichtag für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 0,7 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 44,7 %. Das Limit für das Zinsspannenrisiko wurde im Berichtsjahr 2020 jederzeit eingehalten.

Für das Marktpreisrisiko Depot A ergibt sich im Risikoszenario per 31. Dezember 2020 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 33,8 Mio. EUR, der sich damit im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund gesunkener Bonitätsspreads niedriger darstellt. Die Limitauslastung beträgt 53,3 %. Das Limit für das Marktpreisrisiko Depot A wurde im Berichtsjahr 2020 jederzeit eingehalten.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Zahlungsverpflichtungen das zur Verfügung stehende Liquiditätsdeckungspotenzial übersteigen. Das Refinanzierungsrisiko als Ertragsrisiko definiert die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl der negative Effekt aus veränderten Liquiditätsspreads als auch aus einem Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur maßgeblich.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse geht zur Generierung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation ein. Liquiditätsfristentransformation liegt vor, wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig investiert werden. Die Fristigkeit stellt dabei auf die Kapital- bzw. Liquiditätsbindung ab. Resultierend aus dem Umfang der Liquiditätsfristentransformation können sowohl das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als auch das Refinanzierungsrisiko als Risikokategorien des Liquiditätsrisikos schlagend werden. Die Überwachung und Begrenzung beider Risikoausprägungen erfolgt im Rahmen des operativen und strategischen Liquiditätsrisikomanagements. Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätsdeckungspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahl „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) zur Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos heran. Die LCR beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2020 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. Die Reichweite lag deutlich über der Frühwarnmarke von zwölf Monaten und beträgt am Jahresultimo 25 Monate. Die Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Sie lag zum Jahresultimo 2020 bei 191,2 %.

Risikomaß für das Refinanzierungsrisiko ist das Liquiditätstransformationsergebnis. Dieses ist eine Erfolgskomponente des Zinsergebnisses und setzt sich aus der Summe der aktivischen und passivischen Liquiditätsbeiträge zusammen. Die Beeinträchtigung der Ertragslage bei Risikoeintritt ist dabei vom Grad der Liquiditätsfristentransformation bzw. der Höhe des Anteils der Liquiditätsbeiträge am Zinsüberschuss abhängig. Der Risikowert beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 auf 0,04 Mio. EUR. Damit ist das in der Risikotragfähigkeit eingeräumte Limit in Höhe von 3,4 Mio. EUR zu 1,2 % ausgelastet.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (zum Beispiel Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Aus der Risikoinventur für die operationellen Risiken 2020 lässt sich der Wert für den realistischen Maximalverlust ableiten, der sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit einfließt.

Die Schadensfalldatenbank bildet die Grundlage für Risiken, die mit Hilfe der ex post-Analyse formuliert werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken setzt die Saalesparkasse das Schätzverfahren „OpRisk“ der SR Sparkassenrating und Risikosysteme GmbH ein.

Die innerhalb der Risikoinventur 2020 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse ist sich der festgestellten Risikokonzentrationen bewusst. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie externe Einflüsse (Schadenshöhe). Andererseits sind die Konzentrationen (realistischer Maximalverlust) auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates im IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Die vertraglichen Regelungen zur Anpassung von Zinssätzen bei Prämiensparverträgen sind Gegenstand von Musterfeststellungsklagen. Aktuell ist eine Musterfeststellungsklage des Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gegen die Saalesparkasse anhängig. Eine hinreichend sichere Einschätzung, zu welcher Einschätzung das OLG Naumburg kommen wird, ist derzeit nicht möglich. Auf der Grundlage des laufenden Gerichtsverfahrens besteht am Bilanzstichtag keine Anspruchsgrundlage der Kunden, sodass keine Aufwendungen zu berücksichtigen sind. Rechtsrisiken sind als Bestandteil der operationellen Risiken Gegenstand der Risikosteuerung und werden somit im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die „Zentrale Stelle“ ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wiederherzustellen.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 3,0 Mio. EUR wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 58,6 % beansprucht.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet.

Das Provisionsrisiko bezeichnet das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss unterschritten wird. Dieses beinhaltet sowohl den dem Vertrieb zuzurechnenden Teil des Provisionsüberschusses als auch den aus dem Eigengeschäft und anderen Elementen.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung bezogen auf das Dienstleistungsgeschäft. Daher wird das Provisionsrisiko im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsrechnung innerhalb des Vertriebsrisikos aus dem Dienstleistungsgeschäft limitiert.

In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein, die die Vertriebsplanung betreffen. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Zusätzlich zur Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Die von der Saalesparkasse angebotenen Produkte und Dienstleistungen unterliegen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit einer regelmäßigen Überprüfung und einer aktiven Anpassung an die vorherrschenden Marktbedingungen.

Die für das Jahr 2020 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnten jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche teilweise kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 94,5 % der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich damit zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 insgesamt als unkritisch dar.

Für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet. Dabei bildet der geplante Provisionsüberschuss zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft in der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ab. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 6,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 70,1 % beansprucht.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben. Je nach Beteiligungsart unterscheidet die Sparkasse nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen oder operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung, welche i. d. R. über die innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) und der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU) erfolgt. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoprüfung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken und zu leistende Nachschüsse zugrunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 97 % des Volumens auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Weitere 3 % des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert.

Die für Beteiligungen in 2020 bestehenden Risiken übersteigen die ursprünglich in der GuV geplanten Risiken deutlich. Grund sind Bewertungsaufwendungen an Beteiligungen an der NORD/LB, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt und auch direkt durch die Saalesparkasse gehalten werden.

Für den Prognosezeitraum des Folgejahres wird unter Berücksichtigung der andauernden Pandemie ein im Vergleich zum Ist-Wert und den bereits im Jahresabschluss 2020 abgeschirmten Risiken geringeres Risiko erwartet. Das für die kommenden zwölf Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 6,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zum Stichtag zu 47,2 % ausgelastet.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig an die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Änderungen des Marktes, die Entwicklung der Geschäfte sowie die Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und weiterentwickelt werden.

Das für Zwecke der Risikotragfähigkeit einsetzbare Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2020 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden. Im Jahresverlauf wurde das ursprünglich im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung festgelegte Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit angepasst. Dies erfolgte in erster Linie aufgrund zwischenzeitlich deutlicher Risikoerhöhung bei den Adressenrisiken, für die infolge der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vorübergehend die geänderte Annahme einer Ratingnotenverschlechterung um 2 Stufen, zum Jahresende dann noch um 1 Stufe, in den Risikosimulationen berücksichtigt wurde. Darüber hinaus kam es pandemiebedingt auch bei den Marktpreisrisiken der Eigenanlagen (Depot A) zu einer zwischenzeitlich erheblichen Risikoerhöhung aufgrund zeitweise stark gestiegener Bonitätsspreads.

Die höchsten Risikopotenziale wurden im Laufe des Geschäftsjahres 2020 bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse bei den Marktpreisrisiken des Depot A sowie den Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft gemessen.

Temporäre Überschreitungen von Einzellimiten ergaben sich im Jahr 2020 im Bereich der Adressenrisiken als unmittelbare Folge der sich mit der Corona-Pandemie ergebenden höheren Risiken sowie im Bereich des Refinanzierungsrisikos aufgrund einer gegenüber der ursprünglichen Planung abweichenden Liquiditätsfristentransformationsstruktur. Unter Berücksichtigung ausreichend vorhandener Puffer im Risikodeckungspotenzial erfolgte daraufhin eine Erhöhung des Gesamtlimits und Neuverteilung auf die Risikoarten.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen infolge der Corona-Pandemie war die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2020 jederzeit gegeben. Die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials der Saalesparkasse waren im Berichtsjahr auch unter Berücksichtigung der genannten Teillimitüberschreitungen ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Aus den durchgeführten Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreisinklusive Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Diese Stresstests zeigten insbesondere zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Corona-Pandemie temporär bestehende bemerkenswerte Risikoausprägungen auf. Im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenarioannahmen war jedoch kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, sodass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist.

Das im Jahr 2020 in der Saalesparkasse eingerichtete Covid-19-Krisenmanagement hat grundsätzlich die Wirksamkeit der im Rahmen der Risikotragfähigkeit eingerichteten Methoden und Verfahren sowie der Stressszenariobetrachtungen bestätigt. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Das für das steuerungsrelevante Risikoszenario der Risikotragfähigkeit festgelegte Gesamtlimit (108,0 Mio. EUR) wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 53,6 % beansprucht.

Die Risikosituation der Saalesparkasse wird auf dieser Basis zum Ende des Jahres 2020 durch den Vorstand als gut eingeschätzt.

Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controllingmaßnahmen erfasst. Mögliche Ertragsbelastungen werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2021 berücksichtigt.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe erwarten ab dem Frühjahr eine kräftige wirtschaftliche Erholung. Für das deutsche BIP wird 2021 ein Wachstum von 3,5 % prognostiziert. Wichtigste Voraussetzung hierfür ist eine konsequente und zügige Bekämpfung der Pandemie.

Nach dieser Konjunkturdelle erwarten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe aber eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung. Allein wegen der dann wieder günstigeren Witterungsbedingungen ist ab dem Frühjahr mit einer kräftigen Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen, sofern Rückschläge bei den Impfungen ausbleiben. Die Stimmung der Unternehmen und Finanzmarktexperten hat sich zuletzt trotz der zweiten Welle teils deutlich verbessert, insbesondere die Komponente der Erwartungen. Ausgelöst wurde dies sicher durch die immer konkreteren Meldungen zu Impfstoffen seit Anfang November. Die Zuversicht wird mit einer zunehmenden Durchimpfung der Bevölkerung sicher eher noch weiter steigen. Für 2021 erwarten die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe bei den Verbraucherpreisen in Deutschland eine Steigerungsrate von 1,4 %.

Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2021 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 3,6 % prognostiziert. Getragen wird dieses voraussichtliche Wachstum von den drei Verwendungskomponenten des Inlandsproduktes, dem privaten Konsum, dem Staatsverbrauch und dem Bausektor. Für diese Hauptbestandteile der Binnennachfrage bleiben die Voraussetzungen mit robuster Einkommensentwicklung, günstigen Finanzierungsbedingungen und dem ohnehin bestehenden Baurückstand gut. Der Außenhandel wird vorerst noch nicht wieder zur Haupttriebfeder des Wachstums werden.

Die Quote der registrierten Arbeitslosen würde nach der Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2021 mit 6,2 % weiter sehr niedrig bleiben. Durch das Instrument der Kurzarbeit und vielfältige Unterstützungsmaßnahmen der Fiskalpolitik für Unternehmen konnten schlimmere Auswirkungen in Form einer großen Entlassungswelle vermieden werden. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote kletterte im Sommer 2020 nur kurzzeitig auf 6,4 %. Zeitweise waren aber rund 6 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm dennoch im Gesamtjahr erstmals seit 14 Jahren ab, und zwar um fast 500.000.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Die Phase der Negativzinsen wird 2021 auch in Abhängigkeit von der künftigen Zinspolitik der EZB voraussichtlich weiter anhalten. Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir einen nahezu konstanten Verlauf in allen Laufzeitbereichen. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahres-Zins wird dabei mit 40 Basispunkten für den Prognosehorizont des Jahres 2021 erwartet.

Die EZB will den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität im Jahr 2021 unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,50 % belassen. Sie geht davon aus, dass die Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis sie feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in ihrem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrundeliegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Die ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die günstigen Finanzierungsbedingungen während der Pandemie aufrechtzuerhalten und dadurch die Kreditvergabe an alle Wirtschaftssektoren zu fördern, die Konjunktur zu unterstützen und mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten. Zugleich herrscht weiterhin große Unsicherheit, auch im Hinblick auf die Entwicklung der Pandemie und den Zeitpunkt der Bereitstellung von Impfstoffen. Die EZB wird die Wechselkursentwicklung mit Blick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die mittelfristigen Inflationsaussichten auch weiterhin beobachten und ist daher nach wie vor bereit, alle ihre Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.

Der Vorstand geht von einer stabilen Entwicklung der Immobilienmärkte aus.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Während die Stadt Halle (Saale) ihre gegenwärtige Bevölkerungszahl relativ stabil halten kann, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahren doch zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen. Die demografische Entwicklung bleibt eine wesentliche geschäftspolitische Herausforderung der Zukunft.

Generell sieht der Vorstand die Stabilität des Geschäftsmodells der Saalesparkasse, das besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist, als weiterhin gegeben. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den Herausforderungen der Corona-Krise gewachsen zu sein. Darüber hinaus beschäftigen uns intensiv die Auswirkungen der weiterhin noch nicht ausgestandenen Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der EZB-Nullzinspolitik, das anhaltende Niedrigzinsumfeld, Belastungen durch die Regulatorik und der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt.

Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere wegen der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase, wird 2021 das Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Jahres 2020 liegen. In den Folgejahren erwarten wir wieder ein Ansteigen des Betriebsergebnisses vor Bewertung. Trotz der prognostizierten Entwicklung ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Dies ist die Voraussetzung, um Privatkunden sowie Unternehmen in der Region auch zukünftig im Rahmen von Finanzierungsvorhaben vollumfängliche begleiten zu können. Im Zuge der aufsichtsrechtlichen Anforderungen können zudem weitere Erhöhungen der Mindestquoten und zusätzliche Kapitalpuffer nicht ausgeschlossen werden.

Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen im Zuge der Digitalisierung über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen.

Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2021 ein spürbares Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes mit Privatkunden um 8,4 % und mit Unternehmenskunden um 2,8 % geplant. Dagegen wird ein deutlicher Rückgang bei Krediten an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 5,1% für 2022 und 2023 aus.

Insgesamt werden die Eigenanlagen 2021 trotz hoher Fälligkeiten von Anleihen und Schuldscheindarlehen gering ansteigen. Eine Wiederanlage verzinslicher Anlagen ist in der derzeitigen Marktsituation nicht vollumfänglich möglich. Dagegen wird der Bestand an Spezialfonds weiter ausgebaut. Für die Planjahre 2022 und 2023 wird von einem leichten Wachstum ausgegangen. Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt.

Für das Jahr 2021 wird mit einem weiteren Wachstum der Kundeneinlagen um 4,4 % gerechnet. Zuwächse erwarten wir insbesondere in den Sichteinlagen, und im Zinsdirekt. Auch für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs in den Kundeneinlagen in Höhe von 3,9 % in 2022 und 3,8 % in 2023 aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2021 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, die Modelle und Konditionen im Girobereich auch im Jahr 2021 konstant fortzuführen. Gleichzeitig soll der Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft tendenziell gesteigert werden. Dieses erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der Deka-Bank.

Die Vertriebskanalpräferenzen der Kunden berücksichtigend verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte der mindestens jährlichen Kundenkontakte zu verstetigen, um auch zukünftig das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 55,0 % der geführten Girokonten nach den Marktanalysen des DSGVO zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2021 einen Zinsüberschuss in Höhe von 67,2 Mio. EUR, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der anhaltende Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Anleihen im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird sich der Zinsüberschuss weiter rückläufig entwickeln und bis zum Jahr 2023 auf 64,8 Mio. EUR sinken, sofern die erwartete Seitwärtsentwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen eintritt und die geplanten Annahmen im Kundengeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2021 bei Erreichen der Vertriebsziele leicht über dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird eine gering ansteigende Entwicklung des Provisionsüberschusses unterstellt.

Der Personalaufwand wird im Vergleich zum Wert des Jahres 2020 im Planjahr 2021 nur marginal ansteigen. Nach einem Rückgang in 2022 und 2023 stabilisiert sich der Personalaufwand in den Folgejahren bei ca. 42,6 Mio. EUR. Der Sachaufwand des Jahres 2021 wird mit 28,0 Mio. EUR leicht über dem Wert für 2020 liegen. Im weiteren Planungszeitraum gehen wir im Planjahr 2022 von einem leichten Anstieg auf 28,3 Mio. EUR aus. Für das Planjahr 2023 wird ein moderater Rückgang mit einem Planwert von 28,1 Mio. erwartet.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2021 mit 67,7 % über dem Niveau des Jahres 2020 bewegen. Unter Berücksichtigung der Planannahmen ist in den Folgejahren eine Ergebnisentwicklung auf einen Wert von 66,0 % zu erwarten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2021 unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. Für die Folgejahre gehen wir trotz geringeren Zinsüberschüssen von leicht steigenden Betriebsergebnissen und einer noch auskömmlichen Ertragslage aus.

Pandemiebedingt wird von einem zeitverzögerten Eintritt steigender Adressenrisiken ausgegangen. Dies wurde durch besondere Planannahmen in Bezug auf die Ratingentwicklung bereits in unserer Ertragsvorschau berücksichtigt. Dabei wird sowohl für die Positionen des Kundenkreditgeschäftes als auch des Wertpapiereigengeschäftes jeweils eine Verschlechterung um 1 Ratingstufe unterstellt.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von -7,1 Mio. EUR im Jahr 2021 eingeplant, welches unter dem durch Sondereffekte geprägten positiven Istwert von 2020 liegt und hauptsächlich durch die steigenden Erwartungen in Bezug auf Adressenrisiken aufgrund der pandemiebedingt unterstellten Ratingstufenverschlechterung geprägt ist. Für den adresseninduzierten Teil des Bewertungsergebnisses wird dabei für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte sowie der nach wie vor andauernden Corona-Pandemie ein etwa auf dem Niveau des Ist-Wertes von 2020 liegender Prognosewert erwartet. Gleichwohl können auch marktpreisinduzierte weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. Für die Folgejahre wird von negativen Bewertungsergebnissen ausgegangen, die insgesamt zwischen -6,6 und -7,1 Mio. EUR schwanken.

Für das Kundenkreditgeschäft werden im Jahr 2021 ebenfalls deutlich steigende Bewertungsaufwendungen in Höhe von 6,1 Mio. EUR erwartet. Neben den Basisparametern der Risiko- und Sicherheitenstruktur und dem geplanten Wachstum im Kreditgeschäft beeinflusst in erster Linie die pandemiebedingte Annahme der Ratingstufenverschlechterung den Vorschauwert. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft auf leicht steigendem Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird ausgehend von der Risikostruktur der Beteiligungen im Vergleich zum Istwert im Jahr 2020 deutlich negativer ausfallen, da im Berichtsjahr die Risiken geringer als erwartet eingetreten sind und die Bewertung der Beteiligung des SBV an der Nord/LB im neutralen Aufwand ausgewiesen wird. Für die Folgejahre wird von nahezu konstanten Bewertungsaufwendungen ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2020 in Höhe von 2,0 Mio. EUR soll zur Stärkung der Eigenmittel genutzt. Darüber hinaus sollen Vorsorgereserven nach § 340g HGB gebildet werden. Für die Folgejahre sollen weitere Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Stärkung der Eigenmittel getätigt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, sodass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31. Dezember 2020 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen. Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann damit aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

Darüber hinaus ist für den Prognosezeitraum der kommenden zwölf Monate weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Kapitalengpässe sind für den Planungshorizont ebenfalls nicht erkennbar.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

In den aktuellen Planungen geht der Vorstand von einer Entspannung in der Corona-Pandemie aus. Durch wiederkehrende Lockerungen könnte die Wirtschaft profitieren, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die nun noch durch die Corona-Hilfen u.U. verschärfte europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur belasten, werden die avisierten Ertragsziele mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während Risiken in erster Linie in Belastungen aus Insolvenzen von Kreditnehmern oder Herabstufungen von deren Ratings bestehen.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Mittelfristig werden Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses in der Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem moderaten Anstieg und einer Versteilerung der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen bei einem weiteren Zinsrückgang bzw. einer Verflachung der Zinskurve.

Die Zinsentwicklung nimmt auch Einfluss auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere. Stark steigende Zinsen generieren zinsinduzierte Bewertungsrisiken, die wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Sparkassen haben können. Zu deren Begrenzung wurden Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, sodass wir uns auch für die Zukunft gut gerüstet sehen.

Die Entwicklung der Immobilienmärkte hat einen wesentlichen Einfluss auf die Erträge und Wertansätze der Immobilienfonds sowie der eigenen fremdgenutzten Bestandsimmobilien. Risiken ergeben sich insbesondere aus negativen Preisentwicklungen, erhöhten Leerständen und Angebotsüberhängen. Dem gegenüber sehen wir Chancen bei einer weiteren positiven Marktentwicklung.

Im Jahr 2020 hat es unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine nennenswerten Auswirkungen auf das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft gegeben. Die Auswirkungen im Eigengeschäft der Saalesparkasse waren moderat. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen und sinkenden Sicherheitenwerten in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahmen konnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist für das Jahr 2021 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse auswirken.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2021 unter dem Niveau des Jahres 2020 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung verursacht werden, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.